Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis … in drei Bänden Band 12/3

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
von 1949 bis …
Band 12/3

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung:
Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Inhaltsverzeichnis Band 12/3	**Seite**
Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 2 Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Gastarbeiter, Islamisierung und Massenmigration, Teil 2 Friedliche Nutzung der Kernenergie Rettung des Weltklimas Die "Energiewende" Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands → BRD + DDR = DDR 2.0 Die repräsentative deutsche Scheindemokratie: Fremdbestimmte Parteien und Politiker bzw. verdeckte Herrschaft der Wirtschaftslobbyisten	3-171
Der völkerrechtliche Status des Deutschen Reiches von 1871-2018	172-198
Das NWO-Geheimprojekt: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands" 1. – 7. Phase des NWO-Geheimprojektes: … Schlüsselereignisse von 1914-2020	199-345
Das Widerstandsrecht der Deutschen: Die Hoffnung stirbt zuletzt - Noch ist Deutschland nicht verloren	346-362
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	363-371

Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 2

Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Gastarbeiter, Islamisierung und Massenmigration, Teil 2

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/78-79): >>**Die Richterin und ihre Henker**

_ *von Josephine Barthel*

Kirsten Heisig war ein Störfaktor für das Polit-Establishment - und mögliche Spitzenkandidatin einer neuen Protestpartei. Mußte sie deswegen sterben?

Geduld scheint eine Eigenschaft zu sein, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist. In kaum einem anderen Land der Welt ist die politische Leidensfähigkeit so hoch wie zwischen Oder und Rhein. Statt konkreter Maßnahmen, die für die Regelung der Zustände in unmittelbarer Umgebung sorgen, philosophieren bundesdeutsche Gutmenschen lieber über globale Gesellschaftsentwürfe oder das Zusammenleben von Menschen in anderen Breitengraden - während es im eigenen Stadtteil bereits lichterloh brennt.

Insofern war bereits der Titel eines Buches eine Kampfansage gegen die allumfassende Lethargie, die für alle Befürworter des Status quo lebenswichtig ist: Das Ende der Geduld. Was die Berliner Amtsrichterin Kirsten Heisig in dieser Streitschrift präsentierte, dürfte vielen Gesellschaftsgruppen nicht gefallen haben. Weder der Einwanderungslobby des Großkapitals, das billige Fachkräfte rekrutieren möchte, noch den etablierten Parteien, die über Jahrzehnte eine völlig reflexionslose Asylpolitik betrieben haben. Und schließlich sind die Wahrheiten Kirsten Heisigs auch für manche Migranten-Communities und die angeschlossenen Sozialstaatsapparate wenig erfreulich gewesen.

Tod im Tegeler Forst

Daß die Autorin des brisanten Buches den Erscheinungstag nicht mehr erleben durfte, wunderte die veröffentlichte Meinung in Deutschland kaum. Heisig verschwand am selben Tag, an dem sie die letzten Korrekturen an das Lektorat geschickt hatte. Für Polizei und Presse stand gleich fest, daß die lebenslustige Mutter zweier Kinder Selbstmord begangen haben soll. Man stellte sich nicht die Frage, unter welchem Gefahrenpotential Menschen leben, die solch unbequeme Wahrheiten aussprechen. Eine SMS an die Kinder, die auf psychische Probleme hingedeutet habe, soll Beweis für die Selbstmordthese sein.

Daß Kirsten Heisig noch am Tage ihres Verschwindens einen Talkshowtermin bei Stern TV zugesagt und danach einen Urlaub mit ihren Kindern gebucht hatte, ist nur eines der mehr als sonderbaren Indizien, die besonders im Internet für kontroverse Diskussionen sorgen sollten. Die sogenannte seriöse Presse hielt sich an das, was viele als inoffizielle Sprachregelung empfanden - jedenfalls in Deutschland.

"Verdacht eines vertuschten Mordes" Neue Zürcher Zeitung

Anders in der Schweiz. Das wichtigste Blatt der Alpenrepublik, die Neue Zürcher Zeitung, notierte am 15. September 2010 verwundert: "Von Oberstaatsanwalt Andreas Brehm hätten wir ... gern Näheres über Kirsten Heisigs Selbstmord im Tegeler Forst erfahren, dessen Umstände so fragwürdig sind, daß sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen läßt."

Auf die Frage, ob die nichtöffentlichen Ermittlungsakten auf Antrag einsehbar wären, habe Brehm mit den Worten geantwortet: "In diesem Fall gewiß nicht."

Hierzulande beschäftigte sich ausschließlich das Netzforum Kopp Online umfassend mit dem mysteriösen Tod der Richterin. Der Investigativjournalist Gerhard Wisnewski stellte in einer acht Folgen umfassenden Beitragsreihe zahlreiche Fragen, die bis heute nicht ausreichend beantwortet wurden.

Von Anfang an, so Wisnewski, habe die Polizei nach außen hin einseitig ermittelt. Bereits am

2. Juli, also kurz nach dem Verschwinden Heisigs, habe man apodiktisch verkündet: "Eine Entführung, überhaupt eine Straftat, schließt die Polizei aus." Es sei, so der Autor, nicht mitgeteilt worden, wo und wie die Frau genau gefunden worden oder wie sie tatsächlich zu Tode gekommen sei. Auch warum bei heißem Wetter und daraus folgender schneller Verwesung einer Leiche diese in einem stark frequentierten Waldstück nicht schneller gefunden wurde, bleibt offen. Die schon bald eingesetzten Suchhunde jedenfalls hätten den Verwesungsgeruch bemerken müssen.

In der Kriminalistik wird bereits jedem Erstsemester eingepaukt, daß man bei einer Straftat immer nach dem Motiv zu fragen habe. Für die Selbstmordthese spricht laut überzeugender Aussagen von Weggefährten Heisigs nichts. Für Mord dagegen viel. Man darf davon ausgehen, daß Heisig nach der Veröffentlichung des Buches, ähnlich wie später Thilo Sarrazin, zum Medienstar geworden wäre. Nicht umsonst nannte man sie in Anlehnung an den Hamburger Ex-Senator und Richterkollegen Ronald Schill "Richterin Gnadenlos".

Während Schill zum kurz aufflackernden politischen Ecce-Homo (klassische Aussprache) wurde, die Politikszene aufmischte und dann plötzlich und unerwartet abstürzte, fand Kirsten Heisig noch vor dem medialen Durchbruch den Tod. Doch wenn Schill als manchmal allzu schneidiger Hardliner Wahlergebnisse von über 20 Prozent in Hamburg erzielen konnte - welche Resultate hätte da erst eine grundsolide und sympathische Frau wie Kirsten Heisig erzielen können?

Politisches Potential

Diese Frage ist keineswegs abstrakt. Nach Berichten von Weggefährten des damaligen Berliner CDU-Dissidenten René Stadtkewitz war Heisig im Sommer 2010 an Gesprächen über eine Parteibildung beteiligt und sogar als Spitzenkandidatin im Gespräch. Als untadelige Richterin mit der Fähigkeit, tabuisierte Probleme anzusprechen und konkrete Lösungen aufzuzeigen, hätte sie bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin im Herbst 2011 eingeschlagen wie eine Bombe.

Nicht auszuschließen ist, daß sie mit ihrem sachbezogenen Ansatz, der nicht gegen den Islam, sondern gegen das kriminelle Potential genau definierbarer Ausländergruppen zielte, Brücken hätte bauen können zur Mehrheit der vernünftigen Moslems. In Neukölln und Wedding sind es nämlich oft genug die fleißigen Türken der ersten Einwanderergeneration, die unter der Gewalt und Asozialität der später Zugezogenen, vor allem krimineller arabischer Gangs, zu leiden haben. Daß sie den jugendlichen Delinquenten nicht nur mit der Strenge des Gesetzes kam, sondern ihnen bisweilen auch als Frau und Mutter ihr Herz öffnete, muß allen verhaßt gewesen sein, die den "Kampf der Kulturen" von der einen wie von der anderen Seite befeuern wollen.

Heisig wäre nach der Veröffentlichung des Buches zum Medienstar geworden.

Wer profitierte von Kirsten Heisigs Tod - und wer mußte die lebendige Kirsten Heisig fürchten? Diese Fragen zu stellen, hat nichts mit einer sogenannten Verschwörungstheorie zu tun - ein Begriff, der immer gern benutzt wird, um sich einer Diskussion zu entziehen. Unliebsame Annahmen werden rasch und wirkungsvoll zu einer solchen Theorie gestempelt, damit man sich nicht mit ihnen beschäftigen muß.

Von den Deutschen wird gesagt, sie lebten in historischen Pendelschlägen. Nach Zeiten der absoluten Ruhe und Agonie kamen oft übersteigerte Gegenbewegungen. Man hat bei der Lektüre von Das Ende der Geduld den Eindruck: Kirsten Heisig war es ein Anliegen, daß es bald zu konstruktivem Handeln kommt. Bevor die Probleme unüberschaubar werden - und damit auch die Reaktionen.

_ Josephine Barthel hat in München und Köln Vor- und Frühgeschichte sowie Mediävistik und Rechtswissenschaften studiert. Sie lebt heute als freie Autorin in Limoges.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>**Sie wollen eine Weltregierung**

_ Viktor Orban im Interview

Noch vor den Europawahlen im Mai sollen Fakten geschaffen werden - daher wird jetzt der UN-Migrationspakt durchgepeitscht. Das ist ein radikaler Bruch mit dem Völkerrecht.

Nächste Woche wird es einen EU-Gipfel geben. Ob die Frage des Grenzschutzes zur Sprache kommen wird, die neulich angeschnitten worden ist?

(Orban:) Wenn ich die europäische Situation jetzt in einem Satz als Antwort auf Ihre Frage zusammenfassen müßte, dann würde ich sagen: Die Einsätze liegen auf dem Tisch, alle Masken sind gefallen. Im Mai 2019 wird es also die Wahlen zum Europäischen Parlament geben: Jene Dinge, die jetzt geschehen, kann man am ehesten als Teil eines Wahlkampfes deuten. Beziehungsweise: Die Politiker, die in Brüssel an der Macht sind ... - denn in Brüssel gibt es heute eine die Einwanderung befürwortende Mehrheit -, wollen jetzt noch alles bis zu den Wahlen im Mai durchdrücken, denn ... es kann auch passieren - und das ist zugleich auch unsere Hoffnung -, daß es in Europa nach den Wahlen eine die Einwanderung zurückweisende Mehrheit geben und es eine entsprechende EU-Kommission sowie ein entsprechendes EU-Parlament geben wird. ...

Die Wahrheit ist, daß mit Volldampf Ansiedlungsprogramme fabriziert werden. Die Kommission hat ihr Programm öffentlich gemacht, in dem sie niedergeschrieben hat, was ihrer Ansicht nach jetzt alles schnellstens durchgeführt werden müßte. ... Darin stehen Dinge wie ein ständiges Umsiedlungsprogramm, die Öffnung legaler Migrationsrouten, gemeinsame ... Migrationsprogramme mit afrikanischen Ländern, die Einführung eines neuen, sogenannten humanitären Visums, die Einbeziehung der NGOs in die Prüfung von Visa - überhaupt: Rechte, Befugnisse an jene Organisationen abgeben, die im Übrigen von George Soros finanziert werden.

Das sind also die Vorschläge. Die Wegnahme des Grenzschutzes von den Mitgliedsstaaten und seine Übergabe in die Hände von Frontex, wo man gar nicht mehr von Grenzschutz spricht, sondern - die Wörter besitzen eine Bedeutung! - ... von "Grenzmanagement". Also das Wort "Grenzschutz" bedeutet, das man eine Grenze schützt, und "Grenzmanagement" bedeutet, daß es dort ein irgend etwas gibt, dessen Überquerung auf irgendeine Weise erledigt werden muß.

Kampf zweier Welten

In dieser Woche hat eine amerikanische Journalistin muslimischer Herkunft niedergeschrieben, daß es ein offenes Geheimnis ist ..., daß zum Beispiel in Amerika die Demonstrationen gegen den (von Trump unterstützten) Kandidaten (Brett Kavanaugh) zum Obersten Gerichtshof vor der Richterwahl von den von Soros unterstützten Organisationen organisiert, gesteuert, koordiniert wurden. Anscheinend funktioniert dies in Europa auf die gleiche Weise.

(Orban:) Auch das kann man langsam als ein offenes Geheimnis bezeichnen. ... Wir erinnern uns nicht mehr daran, weil so vieles geschieht, doch vor einigen Jahren wußten nur sehr wenige, was für ein starkes Netzwerk George Soros in Ungarn, in Mitteleuropa, in Brüssel und auch in Amerika mit vielen Millionen oder Milliarden Dollar betreibt. Das war damals ein verborgenes Netzwerk, das stärker unter dem Wasser wirkte - wie im Wasserball: oben lächeln wir, und unten treten wir uns. Das war auch ihre Taktik. ...

Gegen verborgene Netzwerke kann man nur sehr schwer kämpfen, jetzt befinden sie sich aber schon draußen im Sonnenlicht. ... Jedoch finde ich es am spannendsten, daß diese Schlacht auch in Amerika läuft. Denn es gibt den Kampf zwischen der Kraftgruppe des amerikanischen Präsidenten und der Soros'schen Seite auch in Amerika, was für uns Ungarn, die wir auf nationaler Grundlage stehen, schwer zu verstehen ist.

Wenn wir hinter die Ereignisse blicken, dann können wir sehen, daß die eine Kraft, die sich um den amerikanischen Präsidenten konzentriert, deutlich erkennbar zu den Grundlagen der

amerikanischen nationalen Interessen zurückkehren will und parallel dazu anerkennen möchte, daß auch andere Nationen das Recht besitzen, ihr Leben, so wie sie wollen, ihrem eigenen Geschmack entsprechend zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten. Ihnen gegenüber stehen in Amerika und überall die großen Soros'schen Netzwerke, die wir als Globalisten zu bezeichnen pflegen, und sie wollen anstatt der Vereinbarungen, der Verträge der Nationen, eine Weltregierung.
Wir glauben daran - wir stehen auf der nationalen Seite -, daß die Welt dann gut funktioniert, wenn sie unter Nationen aufgeteilt ist, wenn die Nationen gewählte Politiker besitzen und diese die Interessen ihrer eigenen Nation vertreten, miteinander Vereinbarungen treffen und die Dinge der Welt auf diese Weise erledigen. Die Globalisten glauben, daß es gut sei, wenn es eine Weltregierung, irgendwo ein Kraftzentrum, gibt, die von dort aus den Nationalstaaten obligatorisch vorschreibt, was gemacht werden muß. Das ist der Gedanke der Weltregierung.
...

Wühlarbeit der Soros-Netzwerke

Aber hier geht es doch nicht nur um ... von George Soros unterstützte Organisationen, sondern darum, daß wir sehen, wie diese unterstützten Leute auch in internationale Organisationen integriert werden. Zum Beispiel sehen wir, ... daß jetzt ein albanischer Rechtsanwalt Mitglied des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte geworden ist, der, obwohl er über keine Praxis als Richter verfügt, ausgewählt wurde - und es hat sich herausgestellt, daß er früher bei einer Stiftung von George Soros gearbeitet hat. Das Gleiche können wir in der UNO sehen, nicht wahr? Der Migrationspakt versucht, genau die gleiche globalistische Denkweise zu vertreten.

(Orban:) Diese Netzwerke, wie auch das von George Soros, besitzen einige Schwächen, doch sie verfügen auch über einige Wettbewerbsvorteile. Ihre Schwäche ist natürlich, daß, wenn man sie plötzlich benennt und man sich im Namen des Volkes gegen sie zu verteidigen beginnt - denn wir sind ja gewählte führende Politiker, es ist also unsere Aufgabe, die Interessen der Menschen zu vertreten -, dann stellt sich heraus, daß sie niemand ermächtigt hat, und in dieser Diskussion stehen sie auf verlorenem Posten. …<<

Der deutsch-ägyptische Islamwissenschafter Hamed Abdel-Samad berichtete im Jahre 2018 in seinem Buch "Integration. Ein Protokoll des Scheiterns" (x339/180-184,265-266): >>… **Orient und Okzident**

Antithese mit Tradition

Das Morgen- und das Abendland sehen sich bereits seit dem siebten Jahrhundert als Antithese zueinander. Auch wenn es im Laufe der Geschichte gelegentliche Phasen des Friedens und des Kulturtransfers zwischen den beiden Kontrahenten gegeben hat, bestimmten fast immer Konflikte und Haß die Beziehung zueinander.
Die Erfolge der einen Seite waren fast immer zwangsläufig mit Verlusten der anderen verbunden. Im jeweiligen Kollektivgedächtnis werden eher die traumatischen Erfahrungen betont, nicht die Gemeinsamkeiten. Während die einen an Kreuzzüge und Kolonialismus denken, denken die anderen an die Eroberung Konstantinopels, die Türken vor Wien und den 11. September.
Jede Seite wußte die Konturen der eigenen Identität der anderen zu schärfen. Jede Seite hielt oder hält die eigenen Werte für überlegen und allgemeingültig und die anderen für dekadent beziehungsweise barbarisch.
Die Geschichte von Orient und Okzident ist eine Geschichte voller Mythen, voller Asymmetrien, Kränkungen und Mangel an Vertrauen. Die Araber verbrachten Jahrhunderte in Spanien als Kolonialmacht, es kam zu einer kurzen Phase der Zusammenarbeit mit Juden und Christen, aber nie zu einer wirklichen Vermischung oder einer Kultursymbiose, in der alle gleichberechtigt und gemeinsam teilhatten an der Blütezeit. Die westlichen Kolonialherren wieder-

um verbrachten Jahrhunderte im Orient, die Errungenschaften der Moderne und die Gedanken der Aufklärung im Gepäck, ohne daß auf dieser Basis neue, gemeinsame Werte entstanden wären.
… In der islamischen Welt aber hinterließ der Kolonialismus eine so tiefe narzißtische Wunde, daß sie auch mit der Zeit nicht zu heilen scheint. Denn die faktische Überlegenheit des Westens widerspricht dem islamistischen Gottesplan, der den Sieg des Islam über alle Kulturen verspricht.
Seit Jahrzehnten nun leben Millionen von Muslimen in Europa, sie genießen die Vorzüge der Freiheit und des Wohlstandes, dennoch sind sie und ihre Religion hier immer noch fremd und exotisch. Viele Europäer empfinden die hier lebenden Muslime als eine Gefahr für die innere Sicherheit. Und viele Muslime blicken mit Skepsis auf die Freiheit und haben Angst, ihre Seele an den Westen zu verlieren.
Diese Distanz ist bemerkenswert, liegen die Kulturräume Arabien und Europa doch geographisch und auch religiös näher beieinander als Asien und Europa. Und doch schaffen es die Asiaten besser und schneller, sich in westlichen Gesellschaften einzugliedern und sich westliche Werte zu eigen zu machen, als Muslime.
Vietnamesen, Thailänder, Japaner, Koreaner und Chinesen sind mit Sicherheit ebenso stolz auf ihre eigene Kultur und versuchen, diese auch in der Fremde zu bewahren. Aber sie sehen ihre Kultur nicht als die bessere Alternative zur westlichen Zivilisation. Sie empfangen genau wie Muslime die Programme der Satellitensender aus der Heimat, doch diese warnen sie nicht vor der Moral des Westens und schüren keine Verschwörungstheorien. Obwohl auch Asien in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit westlicher Aggression gemacht hat, hat hier die Erziehung zum Haß gegen den Westen keine Tradition. …
Anders als das Christentum … war der Islam sehr früh in seiner Geschichte erfolgreich unter anderem auf den Trümmern des christlichen Byzantinischen Reiches. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kannte er über Jahrhunderte die Situation einer Minderheit nicht. Deshalb hat er ein Selbstverständnis der Dominanz und Gestaltung entwickelt und mußte auch nie eine Minoritätentheologie entwickeln. Statt dessen war der Sieg über die westlichen Mächte in Spanien, Sizilien, Konstantinopel, Nordafrika und auf dem Balkan die Grundlage für das Entstehen vieler islamischer Reiche.
Als der Islam seine Macht verlor, stieg Europa militärisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich auf und kolonisierte weite Teile der arabischen Welt. Das letzte islamische Reich, das gefallen war, war das Osmanische Reich, das letzte Kalifat. Dieses mußte sich in einer direkten Auseinandersetzung mit dem Westen geschlagen geben. Seine Gebiete wurden unter westlichen Mächten aufgeteilt.
Diesen Machtverlust können viele Muslime bis heute nicht verkraften. Viele träumen noch immer davon, daß sich irgendwann das Rad der Geschichte doch noch zu drehen und der Islam die Macht über die Welt wiedererlangen wird. Dieser Traum legitimiert sich durch ein heiliges Versprechen Allahs im Koran. Der Sieg des Islam über alle anderen Religionen und über die Ungläubigkeit ist nicht nur ein Traum, sondern ein politischer Auftrag, den Gott höchstpersönlich allen Gläubigen erteilt.

Von tödlichen Identitäten und rückwärtsgewandten Utopien

"Der Islam ist als Fremder geboren und wird als Fremder wiederkehren. Selig sind die Fremden", hat Mohamed prophezeit. Nicht jeder Muslim, der nach Europa auswandert, nimmt diesen Auftrag ernst und nicht jeder will Europa islamisieren, doch für viele Islamisten und Vertreter des konservativen Islam ist dieser Traum eine Orientierung für die Zukunft. Manche arbeiten daran, daß die Prophezeiung bald Realität wird, andere behalten sie zumindest im Herzen.
Alle aber wissen, daß der Islam nicht gekommen ist, um sich in irgend etwas zu integrieren,

sondern um alles von oben zu bestimmen und den Willen Gottes auf Erden durchzusetzen. Das Prinzip "Andere Länder, andere Sitten" und "Jeder soll nach seiner Fasson selig werden" ist für den gläubigen Muslim nicht bindend. Denn es gibt im Islam keine Gleichwertigkeit von Werten und Sitten. Nur die islamische Moral ist wirklich eine Moral. Und Moral ist gleich auch Gesetz.
Von einem Muslim wird erwartet, daß er und der Islam eine Einheit bilden und daß er sich nicht nur von den unislamischen Werten distanziert, sondern diese auch aktiv bekämpft, während er die islamischen Werte nicht nur unter Muslimen, sondern überall, wo er lebt, verbreiten soll. …<<
>>… **Ein Blick in die Zukunft**
… Immer mehr Migranten strömen nach Europa, die Entwicklung überfordert Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung die wirtschaftlichen Strukturen, viele Jobs gehen verloren. Jobs, mit denen auch unqualifizierte Einwanderer und Deutsche ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, gibt es nicht mehr. Es kommt zum Aufstand der Abgehängten, die mit der neuen Welt nicht zurechtkommen. Migrantenviertel wachsen weiter und entwickeln sich immer mehr zu Magnetfeldern für Islamisten und Kriminelle.
Die Ghettos breiten sich in den Großstädten immer weiter aus, Berlin wird zu einem großen Neukölln, Duisburg zu einem großen Marxloh, Bonn zu einem großen Bad Godesberg, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart ziehen nach. Die Islamisten starten eine Gegenoffensive gegen einen weichen, verwestlichten Folkloreislam und wollen zurück zu den Grundlagen des Glaubens, so wie sie ihn verstehen. Zurück zur Scharia als letztem Anker gegen eine Welt , die aus den Fugen geraten ist.
Jetzt müssen sie nicht mehr behaupten, die Scharia sei mit der Demokratie vereinbar, denn sie brauchen den Segen der Demokratie nicht mehr. Da sie besser organisiert sind und über die besseren Strukturen verfügen, begeistern sie immer mehr junge, frustrierte Menschen, die gering qualifiziert sind und die in der Hightechwelt kaum eine Chance haben. Sie verstärken die Allianz mit den türkischen Nationalisten und den kriminellen Banden. Auch andere Migranten ohne muslimischen Hintergrund und einige verträumte Linke treten dieser Allianz bei, um der immer weiter erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.
Die Rechten haben ihre Hochburgen in kleineren Städten und auf dem Land, wo wenig Migranten leben und die Neonationalisten den Ton angeben. Die gleichen anständigen Deutschen, die früher zu den Problemen der Integration geschwiegen haben, schweigen weiter. Diesmal zum Wiederaufstieg des Rassismus. Das Land spaltet sich in kleine Enklaven auf, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Der Staat verliert die Kontrolle über seine Bürger, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren haben. Skepsis, Haß und Aggressivität bestimmen den politischen Diskurs und das Zusammenleben.
Nur wer sich zu einer bestimmten Gruppe bekennt, wird gehört - von den anderen Mitgliedern dieser Gruppe. Alle bewegen sich in Echokammern, unabhängige Stimmen gibt es nicht mehr.
Ich wandere nach Tunesien aus, wo es noch Säkularität und Freiheit gibt, und erzählte in einem orientalischen Café die Geschichte eines wunderbaren Landes namens Deutschland. Eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit eine funktionierende Demokratie war, dann aber alles auf Spiel setzte und verlor, weil es nicht mehr bereit war, seine Werte zu verteidigen. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 20. März 2020: >>**"No Way!" statt freie Fahrt**
Herbert Kickl
Die Lage in Griechenland ist dramatisch, und es ist sicher nicht übertrieben, von einem Angriff auf die Außengrenze der Europäischen Union zu sprechen. Die Türkei versucht sich in einer Art hybrider Kriegsführung gegen die EU mit dem Ziel, zuerst den Süden und in weite-

rer Folge die gesamte Union zu destabilisieren. Neben denjenigen, die derzeit versuchen, die Außengrenzen zu durchbrechen, existiert ein gigantisches Potential von Millionen Menschen, die sich - im schlimmsten Fall unter Anwendung von Gewalt - mit hoher Wahrscheinlichkeit auch auf den Weg nach Europa machen würden, wenn man die Vorhut gewähren läßt und Erdogans Begehrlichkeiten nachgibt.
Der deutsche Innenminister Horst Seehofer hat sich wider jede Vernunft für eine "Koalition der Willigen" in der EU ausgesprochen. Die deutsche Bundesregierung hat bereits bekanntgegeben, Migrantenkinder aus Griechenland aufzunehmen. Illegale Einwanderung zahlt sich aus - das ist die Botschaft, die Angela Merkel damit an die Schlepper dieser Welt und ihre Kunden aussendet.
Wie im Jahr 2015 öffnet sie einen Spalt der Tür nach Europa. Denn Merkel spricht von Kindern und verschweigt dabei, daß ihnen selbstverständlich Mütter, Väter, Brüder und Onkel folgen werden. Die deutsche Kanzlerin spielt dem türkischen Diktator Erdogan in die Hände. Das ist ein neuerlicher Sündenfall der Wiederholungstäterin Merkel auf Kosten der Europäer. Die Allianz der sogenannten Willigen ist in Wahrheit eine Allianz der willfährigen Erfüllungsgehilfen Ankaras.

Wir brauchen eine Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co.

Deshalb brauchen wir eine europäische Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co. Wer sich nach dem Fiasko, das sie ihrem Land und dem ganzen Kontinent 2015 eingebrockt hat, im Angesicht eines neuerlichen illegalen Migrantenansturms wieder an Merkel-Deutschland orientieren will, der ist ganz bewußt auf die Schädigung Europas aus. Diese "Koalition der Willigen" ist eine "Koalition der Naivlinge und Unverantwortlichen" und ist aus zweierlei Gründen brandgefährlich: Erstens knickt die EU damit erneut vor dem Erpresser Erdogan ein. Andererseits wird dieses Verhalten eine enorme Magnetwirkung entfalten und so für massiven zusätzlichen Druck auf die Grenzen sorgen, diesmal ganz ohne Erdogans Zutun.
In Österreich wehrt sich der - vor allem in Deutschland - maßlos überschätzte Bundeskanzler Sebastian Kurz gegen die Aufnahme zusätzlicher Migranten, allerdings nur gegen die freiwillige Aufnahme. Sollte aber die EU eine solche Aufnahme vorschreiben, wäre er bestimmt wieder der erste Musterschüler. Denn vor den beiden Europa-Gefährderinnen Ursula von der Leyen und Angela Merkel umzufallen, ist ihm schon einige Male passiert.
Erinnern wir uns daran, was Frau von der Leyen ganz oben auf ihre Agenda der Kommissionspräsidentschaft gesetzt hat, nämlich die Frage der Verteilung von Migranten in der EU. Das ist ihr großes Projekt neben dem "Green Deal". Das heißt, jetzt werden zwar vordergründig Abwehrmaßnahmen geplant, aber die Zwangs- und Pflichtverteilung von Migranten wird kommen, nicht gleich und durch die Hintertür, aber das ist der Plan.

Wichtig wären jetzt andere Maßnahmen

Wichtig wären jetzt ganz andere Maßnahmen. Der Desinformation, die von seiten der organisierten Schlepperkriminalität und vermutlich auch des türkischen Regimes betrieben wird, muß entgegengetreten werden. Auf allen Kanälen muß in den betroffenen Regionen, aber auch in den Herkunftsländern und in potentiellen Drittstaaten über elektronische Medien bis hin zu Klassikern wie dem Flugblatt oder Lautsprecherdurchsagen eine einfache Botschaft kommuniziert werden: "No way! Versucht es erst gar nicht! Ihr habt keine Chance! Europa ist eine Festung!" Australien macht das seit dem Jahr 2013, und zwar höchst konsequent. Dort hat niemand, der als Bootsflüchtling aufgegriffen wurde, auch nur ansatzweise die Chance, eine Aufenthaltsgenehmigung in Australien zu bekommen.
Zudem wären die Länder der EU gut beraten, sich mittels umfassender Grenzschutzübungen auf den Migrantenansturm vorzubereiten. In Österreich wurde eine solche gemeinsame Übung von Polizei und Militär im Jahr 2018 auf meine Veranlassung als damaliger Innenminister bereits einmal erfolgreich durchgeführt. Damit haben wir auch ein klares Signal echter Ab-

wehrbereitschaft in die Welt geschickt. Wir werden nicht Herr der Lage werden können, wenn wir die Hände in den Schoß legen oder sie zur Raute formen. Als Politiker sind wir verpflichtet, die Bevölkerung unseres Landes zu schützen, und zwar mit allen Mitteln, die dafür notwendig sind.

Das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben

Griechenland hat das Asylrecht temporär ausgesetzt. Das sollte Österreich auch tun. Es darf nicht mehr möglich sein, einen Asylantrag auf österreichischem Boden zu stellen. Jene, die jetzt zu Tausenden die griechische Grenze bestürmen, sind in Wahrheit illegale Einwanderer. Menschen, die in der Türkei bereits Schutz haben, nicht in die EU zu lassen, ist unser Recht und unsere Schuldigkeit gegenüber unserer eigenen Bevölkerung. Auch alle anderen, die mehrere sichere Länder durchquert haben, wo sie längst einen Asylantrag hätten stellen können, sind in Wahrheit illegale Einwanderer.

Der Antrag ist dort zu stellen, und so ist es in der Genfer Flüchtlingskonvention gedacht, wo man den ersten sicheren Punkt erreicht hat. Sich über Hunderte oder Tausende Kilometer dorthin zu begeben, wo es ökonomisch am günstigsten ist, hat mit dem Asylgedanken und mit der Genfer Flüchtlingskonvention nichts zu tun.

Auch das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Das Flüchtlingsabkommen muß sofort gekündigt und durch das endgültige Aus der aktuell auf Eis liegenden EU-Beitrittsverhandlungen signalisiert werden, daß die Türkei keinen Platz in der europäischen Staatengemeinschaft hat. Wobei der Deal von Anfang an hinterfragbar war. Denn selbst wenn er funktionieren würde, wäre es ein Nullsummenspiel. Denn er besagt ja nur, daß die Türken für einen illegalen Migranten, den sie zurücknehmen, das Recht haben, uns einen legalen zu schicken.

Die illegalen Zuwanderer werden in der Türkei umetikettiert, und dann stehen sie wieder auf europäischem Boden. Dafür hat die Europäische Union Milliarden bezahlt, anstatt dieses Geld in sinnvolle Grenzschutzmaßnahmen zu investieren. Und es sind etwa zehnmal mehr Menschen aus der Türkei nach Europa gebracht worden als von Griechenland in die Türkei.

Die EU steht vor einer Grundsatzentscheidung

Abseits der aktuellen Entwicklungen steht die Europäische Union vor einer Grundsatzentscheidung, die überfällig ist: Arbeiten wir weiter im Reparaturmodus oder stellen wir das Asylsystem auf neue Beine? Und sind wir endlich bereit, die Begriffe zu entwirren und Ordnung ins Chaos zu bringen? In der politischen beziehungsweise medialen Debatte werden ja gern die Begriffe vermengt. Jeder Migrant wird zum Flüchtling erklärt. Die Genfer Flüchtlingskonvention schütze sie angeblich alle - selbst wenn sie mehrere sichere Staaten durchquert haben, bis sie in einem Land ihrer Wahl Asyl beantragen. Das war sicher nicht im Sinne der Flüchtlingskonvention.

Die Konvention unterscheidet auch zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen, die wegen eines gewaltsamen Konfliktes ihr Land verlassen haben. Völkerrechtsprofessor Michael Geistlinger von der Universität Salzburg hat in einem Interview ein schönes Beispiel formuliert, anhand dessen er den Unterschied klarmacht: "Stellen Sie sich eine Landgemeinde mit 2.500 Menschen vor. 2.400 leben unter dem Regime, beklagen sich über verschlechterte Zustände, aber sie werden nicht direkt vom Regime behelligt. Und dann gibt es einen Lehrer, der öffentlich Kritik übt. Der wird von der Polizei aufgesucht, im schlimmsten Fall sogar gefoltert. Dieser eine Lehrer ist laut Genfer Flüchtlingskonvention ein Flüchtling. Er wird persönlich verfolgt. Alle anderen, die vor den Zuständen flüchten, sind Vertriebene. Und die haben kein Recht auf eine Anerkennung als Flüchtling."

Asyl auf den ursprünglichen Gedanken zurückführen

Also führen wir Asyl doch auf seinen ursprünglichen Gedanken zurück und bringen wir das gesamte System auf die Höhe der Zeit des Jahres 2020. Mit einem klaren strategischen An-

satz, der "innerkontinentalen Fluchtalternative".
In einer globalisierten Welt sind Instrumente aus der Mitte des letzten Jahrhunderts, die primär für Dissidenten aus den Diktaturen des damaligen Ostblocks geschaffen wurden und nicht für Menschenmassen, die sich in einer Art Völkerwanderung auf den Weg machen, nicht mehr tauglich. Es braucht die "innerkontinentale Fluchtalternative". Das bedeutet, Asyl kann es nur mehr auf dem Kontinent geben, von dem die Migranten stammen. In anderen Worten: Die Person muß entweder in einem direkten Nachbarstaat Europas verfolgt sein oder keine realistische Möglichkeit auf Schutz in einem Land haben, das näher am Herkunftsstaat liegt als die EU. Das entspricht auch der Intention der Genfer Flüchtlingskonvention.
***Herbert Kickl**, Jahrgang 1968, war von Dezember 2017 bis Mai 2019 Bundesminister für Inneres der Republik Österreich. Zuvor war der ehemalige FPÖ-Generalsekretär (2005 bis 2018) elf Jahre Abgeordneter im Nationalrat, dem österreichischen Parlament. Dort ist er nun geschäftsführender Vorsitzender der FPÖ-Parlamentsfraktion.<<*
Schlußbemerkungen: Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel - ohne Zustimmung des Bundestages - das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Million Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den nordafrikanischen Maghrebstaaten und der Sahelzone, wie z.B. Nigeria und Eritrea.
Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Million Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen. Wer es wagte, diese selbstmörderische Destabilisierungspolitik bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die gleichgeschalteten Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt.
Infolge dieser unentschuldbaren illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese enormen "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich aufzubringen und werden sicherlich langfristig das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat vernichten. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel - "Wir schaffen das ..." - vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr weiterhin keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.
Der deutsche Staat bemüht sich demnach zweifelsfrei nicht mehr um das Gemeinwohl des deutschen Volkes, sondern die derzeitige "Scheindemokratie" vertritt gegenwärtig fast ausschließlich nur noch die Interessen von angeblich "schutzbedürftigen Ausländern" (Migranten und sonstige bedürftige Gruppen).
Die Auflösung des monokulturellen Staates durch die Flutung mit Millionen von Migranten führt zwangsläufig zur Schaffung eines leicht zu lenkenden "Lumpenproletariats" in Parallelgesellschaften ohne nationale Kulturwerte. In zahlreichen deutschen Städten beträgt der Anteil der islamischen Neugeborenen bereits 50 % bis 80 %. Die große Mehrheit der Muslime hält "religiöse Gesetze" grundsätzlich für wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben und bestätigen, daß nur eine mögliche Auslegung des Korans existiert. Diese Muslime halten daher den bevorstehenden "heiligen Krieg gegen die Ungläubigen" für unumgänglich.
Der Islam, der sich seit seiner Entstehung als Religionsgemeinschaft tarnt, war nie eine Religion des Friedens. Der Islam war immer eine religiös-politische Eroberungs- und Unterdrückungsideologie, die nachweislich die Weltherrschaft anstrebt (Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht.").

Friedliche Nutzung der Kernenergie

> Lache nicht über die Dummheiten der anderen! Sie kann deine Chance sein.
> *Henry Ford (1863-1947, amerikanischer Unternehmer)*

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.
Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).
In Kahl am Main lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Mai 1966: >>**Atomstrom in der DDR**
... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg bei Rheinsberg in Betrieb. ...<<
Die konservative Pariser Tageszeitung "L'Aurore" berichtete am 2. April 1979 über die Nutzung der Kernenergie (x149/226): >>... Wenn morgen die Atomkraftwerke durch das, was sich heute ereignet, in Frage gestellt werden sollten, wenn den Menschen die Sinne schwinden, dann könnte sich die Frage stellen:
Waren jene aus einem anderen Holz geschnitzt, die trotz zahlreicher Opfer und der Abstürze der Ballons und des Verschwindens der Flugzeuge die Eroberung des Luftraums fortsetzten, jene, die das Schienennetz trotz der Explosionen von Dampfmaschinen oder Zusammenstößen ausbauten, jene, die trotz Schiffsuntergängen weiterhin zur See fuhren?
Die Entwicklung unserer Zivilisation hat diesen Preis. Es stimmt, daß wir verpflichtet sind, die Risiken zu begrenzen und alle Garantien zu beschaffen. Aber es stimmt auch, daß man aufgeben und zum Pferd, zur Kerze und zum Holzfeuer zurückkehren kann. ...<<
Meinungsumfragen zur "Nutzung der Kernenergie" im Jahre 1979 ergaben folgende Ergebnisse (x149/225): >>... 30 % "Wir müssen weitere Kernkraftwerke bauen."
37 % "Wir sollten keine neuen Kernkraftwerke mehr bauen, aber die bestehenden weiterbetreiben."
24 % "Wir sollten mit der Erzeugung von Kernenergie ganz aufhören und die bestehenden Kernkernkraftwerke stillegen."
9 % (sind) unentschieden.<<
Die Bürgerinitiative für Umweltschutz im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg erklärte im Jahre 1979 (x149/226): >>... Der Bürgerinitiative wird oft vorgeworfen, sie informiere einseitig – Tatsache ist, daß sie die Informationen bringt, die Betreiber und Regierungen im eigenen Interesse wohlweislich verschweigen müssen.
Wir werden auch in Zukunft weiter auf die Gefahren der Atomenergie hinweisen,
(1) weil die Technik der Atomanlagen nicht sicher ist;
(2) weil die Anlagen das ökologische Gleichgewicht unwiederbringlich zerstören;
(3) weil uns die Nutzung der Atomenergie die totale Überwachung und Kontrolle der Bürger bringt, den Atomstaat. ...<<
Am 28. Februar 1981 protestierten etwa 100.000 Atomkraftgegner trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Bei der "Schlacht um Brokdorf" wurden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.
In der Ukraine ereignete sich am 26. April 1986 der bisher größte Anzunehmende Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Bei diesem Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl wurde 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der

Atombombenexplosion in Hiroshima in Japan im Jahre 1945 (x175/790).
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 26. Mai 1986 über die "Pfingstschlacht" von Wackersdorf: >>**Wie sie ihre Wut loswerden ...**
Die "Pfingstschlacht" von Wackersdorf: brutale Chaoten, kopflose Polizisten - Tschernobyl hat der westdeutschen Antikernkraftbewegung einen neuen Schub schlimmer Unterstützer zugeführt: junge Gewalttäter. Zu Pfingsten bekam das am Baugelände für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf die bayrische Polizei zu spüren. Sie war weder personell noch taktisch in der Lage, die Tage dauernden Krawalle zu beenden, und warf am Ende Reizgasbomben unter friedliche Demonstranten. …
Bayerns Innenminister räumte selbst ein, daß man das nach Wackersdorf anrückende Gewaltpotential unterschätzt habe und von einer "bisher nicht gekannten kriminellen Energie" überrascht worden sei - trotz Tschernobyl und reichlichen Informationen verschiedener Verfassungsschutzämter. …<<
Die deutsche Bundesregierung - SPD und Bündnis 90/Die Grünen - verständigte sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.
Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...):
>>... **1. Die 68er**
Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet. Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randale zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.
Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat. Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.
Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.
Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO2-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlage-

nen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.
Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom. Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks.

Was sind das für Leute, deren Aufgabe es war, die Energieautarkie in Deutschland zu zerstören und das Land fast ganz von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus dem Ausland abhängig zu machen?

Wie oben erwähnt, waren es die 68er, also meist politisierende Studenten, sehr oft Soziologen und Politologen, die von der Frankfurter Schule beeinflußt waren, die Revolution machen oder alles kurz und klein schlagen wollten. Sie sollten die Bevölkerung gegen die sehr leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie aufhetzen mit schlagkräftigen Parolen. Diese Studenten hatten nie erkannt, wie die großen Leistungen in Deutschland zustande gekommen waren, nämlich durch beharrliche zielgerichtete gemeinsame Arbeit des ganzen Volkes, geleitet durch verantwortungsbewußte Eliten, durch die konstruktive Zusammenarbeit von Industrie, Hochschulen, Finanzinstituten und Staat. Vor allen Dingen nicht durch endloses Palavern und Abschieben der Verantwortung auf anonyme Gremien.
Die Leistungen, welche die 68er vollbracht haben, sind eher bizarr, sie liegen z.B. auf rhetorischem Gebiet. So ist ihnen die Einführung des großen Binnen-I gelungen - StudentInnen, WählerInnen usf. Eine weitere kulturelle Großtat war, daß der fortschrittliche 68er Redner mit offenem Hemdkragen, 5-Tage-Bart, Jeans und Krokodillederschuhen zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine Wahlrede halten kann, ohne die weibliche Hälfte der Menschheit zu diskriminieren, indem er seine Zuhörer dauernd mit der Floskel "Meine lieben Wählerinnen und Wähler" anredet, während der Parteigegner nur die Wähler anspricht, was ihn als Macho disqualifiziert. ...
Es ist erstaunlich, zu welch absonderlichen und krausen Ideen das menschliche Gehirn fähig ist, wenn es sich nicht an der Realität orientiert, sondern an Ideologien und suggerierten Meinungen, wie es für die 68er charakteristisch ist. Da wegen der verschiedenen Bildungsreformen seit 1945 ihr Intellekt wenig entwickelt und suggestiv stark verformt ist, können sie mit klaren Begriffen wenig anfangen. Sie führen deswegen dauernd neue schwammige Schlagworte in die Sprache ein – z.B. Nachhaltigkeit, Trauerarbeit, Betroffenheit, Hinterfragung ...- über die in Talkshows und in Feuilletons palavert wird.

Was nun sind die herausragenden Leistungen der 68er und ihrer Nachfolger?

Vor allen Dingen haben sie den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken verhindert oder behindert, den Bau der Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsanlage unterbunden, den Bau von Autobahnen, Flughäfen, Eisenbahnen, Transrapid, Kanälen boykottiert, die technische Entwicklung gebremst. Sie haben Umbenennungen von Straßen und Kasernen durchgesetzt, die verleumderische Wehrmachtsaustellung organisiert, Denkmäler zerstört ebenso wie das ganze Kulturleben der Nation, für Schwule und Lesben demonstriert, geschützte Wege für Kröten und Frösche anlegen lassen, neue Behörden geschaffen - Ausländer-, Frauen-, Gleichstellungsbeauftragte.
Sie haben Frauenhäuser organisiert, für Naturschutzparks und Biotope plädiert, sowie verhindert, wo es etwas zu verhindern gab. Sie haben die Quotenfrau erfunden und den Trauerarbei-

ter. Sie kämpfen gegen den Leistungsdruck in den Hochschulen und sind die Erfinder der Sekundärtugenden und anderer Unsäglichkeiten aus dem Narrenhaus, über die seit Jahren in Feuilletons, Workshops und Talkshows auf hirnrissige Art in 68er Lyrik palavert wird. Weitere revolutionäre Ideen waren: das Fahrrad als Verkehrsmittel der Zukunft propagieren, den Mützenschirm der Kopfbedeckung nach hinten drehen, anscheinend zum Schutz des Nackens usw. ...

Sie haben die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie behindert.

Vor allen Dingen haben sie es durchgesetzt, daß die erneuerbaren Energien mit erheblichen Staatsmitteln gefördert werden, ohne gleichzeitig die Speicherung dieser Energien durch Wasserstoff zu entwickeln. Ohne Speichermöglichkeit sind die erneuerbaren Energien in dem Industriestaat Deutschland völliger Unfug.

Nach den Wünschen unserer anglo-amerikanischen Freunde sollten die 68er nicht nur Randale machen, Häuser besetzen, Straßenkämpfe mit der Polizei und Sitzblockaden veranstalten, Häuserwände und Eisenbahnwagen beschmieren, Kernkraftwerke belagern usf., sondern wirklichen Schaden in Deutschland anrichten. Dazu brauchten sie als Operationsbasis eine demokratisch legitimierte Partei, welche Regierung und Verwaltung beeinflussen konnte. Außerdem brauchten sie eine Klientel von gleichgesinnten Protestierern und Sympathisanten, die man vor allen Dingen in der studentischen umerzogenen Jugend fand.

In den Parteien der Umweltschützer und Grünen sah man die geeigneten Bundesgenossen, die nun flugs auf bolschewistische Art unterwandert und umfunktioniert wurden, unterstützt vom Wohlwollen der Frankfurter Schule, von Geheimdiensten, von den Medien und einigen Ministerien. Bei den Grünen hatte man die Macht schnell in den Händen, bei anderen Parteien dauerte der Marsch durch die Institutionen länger.

So sind die Grünen, die ehemaligen 68er, jetzt die besten Helfershelfer der angloamerikanischen Globalisierer, die die Weltherrschaft anstreben. Nur dürfen das ihre Anhänger nicht wissen, die ja inzwischen auch von der Globalisierung betroffen werden. Genausowenig dürfen sie wissen, daß sie mit ihren Antikernkraft- und CO2-Kampagnen Millionen Deutsche dem Hungertod preisgeben, da Deutschlands Existenz von seiner Industrie und damit von ausreichender Energieversorgung abhängt.

Diese Leute ohne Realitätssinn und in Unkenntnis technischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge haben die Energieversorgung Deutschlands auf eine Basis gestellt, die das Land unweigerlich in den Abgrund führt. Statt der Versorgungssicherheit des Landes unbedingte Priorität zu geben, haben sie, als sie in der Regierung waren, den Einflüsterungen aus New York und London Folge geleistet und die blühende deutsche Nuklearindustrie vernichtet, mit verderblichen Folgen nicht nur für Deutschland, denn ohne Nutzung der Kernenergie – vor allen Dingen des in Deutschland entwickelten Hochtemperaturreaktors - wird die Welt in Kriegen und Chaos versinken.

Denn der Energiebedarf der Welt wird in den nächsten Jahren gewaltig steigen, weil die Entwicklungsländer nach mehr Wohlstand für ihre Völker streben.

Welches waren die Argumente der 68er, mit denen sie die Vernichtung der deutschen Nuklearindustrie begründeten?

Sie behaupteten, der Ausstieg aus der Kernenergie und der Abbruch der laufenden Entwicklungsarbeiten und Umfunktionierung der entsprechenden Institute sei nötig, weil diese Technik

- Radioaktivität produziere und damit lebensfeindlich sei,
- weil die Wiederaufarbeitung der Abfallprodukte der Kernreaktoren gefährlich und die Endlagerung nicht gesichert sei,
- weil die Brennstoffversorgung nicht gesichert sei,
- weil Tschernobyl die Gefährlichkeit der Kerntechnik gezeigt habe,

- weil Terroranschläge auf nukleare Einrichtungen zu befürchten seien,
- weil die Kerntechnik unwirtschaftlich sei.

In einem jahrelangen Streit wurden diese Punkte von ausgewiesenen Fachleuten widerlegt.

Da die 68er diese Sachargumente nicht widerlegen konnten, wurden die Experten als Lobbyisten der Atomindustrie und als Fachidioten verleumdet. Es war für sie halt offenkundig, daß die Kerntechnik Teufelswerk ist und nur dem Vorteil der Großindustrie dient. Dieses Dogma verteidigen sie bis heute mit Zähnen und Klauen. Die 68er sind auf Grund ihrer mangelhaften Vorbildung gar nicht in der Lage, komplizierte naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge zu durchschauen oder beurteilen zu können - ich meine hier nicht die 68er von der Randale-Fraktion, sondern ihre Intelligenz aus den Ministerien, Feuilletons, Instituten und Kanzeln.

Die Stichworte und Argumente für ihre Aktionen kamen aus London und New York, unterstützt wurden sie in ihrem Tun durch diverse nichtstaatliche Organisationen, Logen, Medien, selbst Ministerien und Banken. Auch wenn es nicht allgemein bekannt ist: Banken und andere Finanzinstitutionen gehören zu den wirkungskräftigsten Verhinderern der Kernenergie und anderer Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland. Sie haben in dieser Hinsicht die gleichen Interessen wie die 68er. Nur darf es keiner wissen. Denn durch den Bau von Kernkraftwerken und durch Infrastrukturmaßnahmen werden große Kapitalmengen niedrig verzinst gebunden, die somit nicht mehr für Spekulationszwecke zur Verfügung stehen.

Neue Energietechniken - HTR, Kohleverflüssigung, Biomassevergasung, Wasserstofftechnik - sind forschungsintensiv, Forschung erfordert Ingenieurleistung und kostet Geld, das dann nicht mehr in die Banken fließt. Wenn in Deutschland Kernkraftwerke gebaut würden, kämen viele große Banken in erhebliche Schwierigkeiten. Die Banken nehmen also gerne die kostenlosen Dienste der 68er in Anspruch. ...

Folgerungen

Den Anglo-Amerikanern ist es mit Hilfe der Grünen und der Medien gelungen, innerhalb von zehn Jahren die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten, die für unsere Energieversorgung und unser Überleben notwendig war. Die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors und des schnellen Brüters wurde eingestellt, wichtige Auslandsaufträge zum Aufbau der Infrastruktur in Brasilien und im Iran wurden durch Druck aus New York annulliert, um die deutsche Nuklearindustrie zu schwächen und die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu halten.

Die Antikernkraftkampagnen wurden von New York aus ferngesteuert. Sie dienten dazu, die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten. Ihr Ziel war nicht die Sorge um das Wohlergehen des deutschen Bürgers, wie man uns weismachen will. Die von den 68ern und Grünen benutzten Argumente sind ohne Substanz und dienten nur dazu, Angst zu verbreiten. Die grünen Thesen zur Kernenergie sind den 68ern mit suggestiven Methoden so in ihre Gehirne eingehämmert, daß Begriffe wie Kernkraftwerk, Plutonium, Castorbehälter usw. bei ihnen zu reflexartigen Reaktionen führen wie bei den Pawlowschen Hunden unter Umgehung des Verstandes und der Großhirnrinde. Dies ist sehr schwierig reparierbar, wie moderne Erkenntnisse der Biologie beweisen.

Die Medien wenden seit Jahrzehnten diese Methoden der Gehirnwäsche an

Erstaunlich ist, daß dies nicht mehr nur auf historischem Gebiet geschieht, sondern neuerdings auch auf naturwissenschaftlich-technischem. Nur eine unverzügliche Wiederaufnahme der Kernenergietechniken, die man Ende der 80er Jahre aufgeben mußte, kann Deutschland noch retten. Die Drohungen aus New York dürften uns dabei nicht hindern.

Wissenschaftler und Ingenieure haben den Weg zum Aufbau einer friedlichen Welt ohne Armut gezeigt. Die jetzige Erdölwirtschaft der Globalisierer führt mit Sicherheit in den Abgrund, in Krieg und Chaos, Mord und Verderben.

Nicht mit einer mächtigen Armee überleben wir die kommende Krisenzeit, sondern mit der richtigen Energietechnik für die ganze Welt. Joachim Fernau sagt 1977 in seinem Buch "Halleluja": Gewinnt der Amerikanismus, so wird er in 150 Jahren die Menschheit zugrunde richten, und die Erde wird als erstorbener Mars im Weltall weiterkreisen.
Joachim Fernau irrt. Die Menschheit wird viel schneller zugrunde gerichtet.<<
Schlußbemerkungen: Der durch die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) willkürlich angeordnete Ausstieg aus der Kernenergie (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022) wird Deutschland zu einem Stromimportland degradieren und alle stromintensiven Industriebetriebe werden danach sehr schnell wegen fehlender Versorgungssicherheit ins Ausland abwandern.
Wenn man im Jahre 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke, die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten aller 473 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke zählen, ersatzlos abschalten muß, wird es in Deutschland große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben.
Da der Ersatz alter und störanfälliger Betriebselemente aufgrund von finanziellen Problemen der Energieversorgungsunternehmen unterbleibt, wird durch Überalterung der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen sowie wegen fehlender Vorhaltung von ausreichenden Reserven die bisherige vorbildliche deutsche Energieversorgungssicherheit zunächst schleichend sinken und schließlich verloren gehen. Vor allem fehlende Reservekraftwerke und fehlende Pumpspeicherkraftwerke (zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland anstatt der mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerke nur 35) werden vielerorts zu dramatischen Versorgungsengpässen führen.
Störungsfälle, wie z.B. regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche, die Stromschwankungen, Naturkatastrophen oder andere Ereignisse auslösen, sind infolge der katastrophalen Folgen der staatlich angeordneten "Energiewende" nicht mehr kurzfristig zu beheben, denn die durch die staatliche Planwirtschaft systematisch ruinierten privatisierten Energieversorgungsunternehmen verfügen schon längst nicht mehr über genügend eigene Energiespezialisten. Die Anbieter des Billigstroms besitzen im allgemeinen ebenfalls kein teures Fachpersonal, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen kommen wird.
Die Deutschen sollten sich deshalb rechtzeitig von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen staatlichen "Energiewende" darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und geringerer Lebensqualität auszukommen.
Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind außerdem auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

Rettung des Weltklimas

> Wir leben in einer Welt, in der die Menschen nicht wissen was sie wollen und bereit sind, durch die Hölle zu gehen, um es zu bekommen.
> *Donald R. Perry Marquis (1878-1937, amerikanischer Schriftsteller)*

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer.

Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. März 2001 über die Entwicklung des "Klimaschutzes" (x887/...): >>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**
… Der auf geistige Distanz gegangene Achtundsechziger und "Sponti" Michael Buselmeier schildert die damaligen Motive in einer Ehrlichkeit und Offenheit, die einem "Offenbarungseid" gleichkommt und andere Schönredereien als unehrlich erscheinen läßt:
… Buselmeier bestätigt auch, daß viele Achtundsechziger die Chancen der Öko-Bewegung gewittert, einfach ihre Couleur gewechselt und diese Bewegung schlicht unterwandert haben. Sie hofften, getarnt als "grüne" Umweltaktivisten, schneller an die Schalthebel der Macht zu kommen und so den "langen Marsch durch die Institutionen" gewaltig abkürzen zu können. Die Karrieren von Cohn-Bendit und Fischer sind Bestätigung dieser erfolgreichen Machtergreifung.
Buselmeier schreibt: "Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Leitwölfe und Funktionäre der radikalen Linken nach ihrem schwachen Abgang in unauffällige Berufe und Hausarbeit zurückgezogen hätten.
Statt dessen haben sie die grüne Partei, kaum daß sie vorhanden war, in den Griff genommen. Zwar waren sie an Ökologie, an Pflanzen und Tieren nicht interessiert. Dafür verfügten besonders die ehemaligen Maoisten über organisatorische Fähigkeiten, Sitzfleisch und die Fähigkeit, Seilschaften zu knüpfen. Ihr zweiter, diesmal legaler Versuch, an die Macht zu gelangen, erscheint weit aussichtsreicher als der erste. Sie haben auf Vorrat Kreide gefressen und reden sehr moralisch in der gleichen vermurksten Sprache wie die übrigen Politiker. Dicht an den Staat geschmiegt, müssen sie vermutlich nicht einmal mehr lachen, wenn sie ihre Köpfe auf den Bildschirmen erkennen."
Joseph Martin "Joschka" Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Jürgen Trittin, "Joscha" Schmierer und viele andere emanzipierten sich nicht, um der "Hausarbeit" nachzugehen. Sie bemächtigten sich der Naturschutzbewegung, deren Hoffnungsträger und Symbolfigur der ehemalige CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl war. Er hatte 1976 den Bestseller "Ein Planet wird geplündert" geschrieben. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, daß dieser fanatische Antikommunist ausgerechnet von K-Aktivisten ausgebootet wurde.
Als Herbert Gruhl seine Naturschutzbewegung 1980 in eine offizielle Partei umwandelte, da war es um ihn geschehen. Das Zugpferd wurde ausgemustert, die Macht übernahmen die "Achtundsechziger".
Herbert Gruhl mitsamt dem Ökobauern Baldur Springmann wandte sich enttäuscht ab und gründete die Ökologisch Demokratische Partei ÖDP, die jedoch eine Splitterpartei blieb. Derweil segelten die Achtundsechziger unter der Flagge "Grün" von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und verdrängten gar die FDP in der Parteienhierarchie vom dritten Platz.
Seit Ende 1998 stehen die "Grünen" auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung und besetzen mit dem Außenminister und Vizekanzler Fischer, dem Umweltminister Trittin und jetzt der Verbraucherschutzministerin Künast drei wichtige und gesellschaftspolitisch hochbrisante Schlüsselressorts. Hier kann und hier wird ganz gezielt der "Umbau der modernen Industriegesellschaften" vorangetrieben, nach dem Motto "Wieviel ist genug?".
Der Sektor "Umweltschutz" eignet sich vorzüglich für revolutionäre Geister, denn noch keinem klugen Geist ist es bisher gelungen zu definieren, welche "Umwelt" denn zu schützen ist. "Umwelt" ist ein ganz subjektiver Begriff, und so werden wir mit immer neuen "Umweltgefahren" konfrontiert, von denen kein Sterblicher wirklich sagen kann, welche nun real oder fiktiv sind. Fiktive Gefahren eignen sich vorzüglich, unter dem Vorwand akuter Gefahrenabwehr die bürgerlichen Freiheitsrechte immer mehr einzuengen.
Als die größte umweltpolitische Herausforderung wird der "Treibhauseffekt" bezeichnet, der,

verursacht durch die Kohlendioxidemissionen der "reichen" Industrienationen, zu einer globalen "Klimakatastrophe" führen soll. Diesen Effekt gibt es in der Natur zwar nicht, aber er ist Teil unserer "Einbildung" und damit, wenn schon nicht physisch, so doch psychisch real. Er hat seine eigene Wirkmächtigkeit und dient in der Hand der Mächtigen als wundersames Manipulationsinstrument.
Der "Treibhauseffekt" wurde als schlichte Vermutung in die Welt gesetzt, avancierte dann durch ständige Propaganda zu einer Meinung, die nunmehr den Status einer Überzeugung angenommen hat und damit weitgehend kritikresistent geworden ist. Der "Treibhauseffekt" eignet sich ideal für gesellschaftspolitische Veränderungspläne, kann man sich doch zum Schutzpatron des "kleinen Mannes" aufspielen, um ihm dann um so forscher in die Tasche zu greifen.
Die Argumentation ist einfach: Die "monokapitalistische Gesellschaft" ist verantwortlich für den "Konsumterror", dessen korrumpierenden Wirkungen das Individuum hilflos ausgesetzt ist. In dieser Situation bietet sich der Staat als Retter an, indem er dem "kleinen Mann" die Mittel entzieht, die ihn in Gefahr bringen könnten, sich weiter an der "Umwelt" zu versündigen.
Die Taktik dieser Vorgehensweise beschreibt Wolfgang Fritz in schwer verständlichem Politkauderwelsch im Kursbuch 20 von 1970: "Die korrumpierenden Wirkungen von geradezu anthropologischem Ausmaß, die ein bloßer Nebeneffekt der Dynamik kapitalistischen Profitstrebens sind, sind verheerend. Den Leuten ist das Bewußtsein abgekauft. Täglich werden sie trainiert im Genuß der Identifikation mit der Übermacht.
Selbst in realen Gebrauchswerten, die sie bekommen, wohnt oft eine unheimliche Macht der Zerstörung. Das Privatauto - bei Vernachlässigung der öffentlichen Transportmittel - zerpflügt die Städte nicht weniger wirksam als der Bombenkrieg und schafft die Entfernungen erst, die ohne es nicht mehr zu überbrücken sind."
Der Kleinbürger sollte froh sein, daß sich in den "Grünen" eine geradezu seelsorgerische Kaste gefunden hat, die ihm die Mittel nimmt, mit denen er korrumpiert werden kann, um sich dann am "Klima" zu versündigen. So viel staatliche Vorsorge um das private Seelenheil sollte stutzig machen.
Das Instrument, mit dem sich der Bürger versündigt, ist das "Privatauto". Es stand schon 1970 auf der roten Abschußliste der Achtundsechziger, um 1999 auf die grüne Verbotsliste gesetzt zu werden. Die erste umweltpolitische Großtat der rot-grünen Bundesregierung war die Einführung der "Ökosteuer" zum 1. April 1999. Sie sieht vor, schrittweise in Sechs-Pfennig-Stufen bis 2003 die Mineralölsteuern zu erhöhen, um der "Spaßgesellschaft" den Spaß am "Privatauto" zu vermiesen und den Bürger zum Umsteigen auf die bequemen "öffentlichen Transportmittel" zu nötigen.
"Ehrlich" wie Gesellschaftsrevolutionäre sind, hat "Joschka" Fischer bereits im Frühjahr 1998 dieses Vorhaben in seinem Buch "Der neue Gesellschaftsvertrag" angekündigt. Er schreibt: "Eine ökologische Preisreform hat sowohl ein anderes ökonomisches Verhältnis zu Energie und Mobilität zur Voraussetzung als auch einen entsprechenden Einsatz des staatlichen Steuersystems zur Durchsetzung dieser Preisreform".
Verstanden? Macht nichts!
Fakt ist, daß die Revolutionäre, deren Ziel es war, den repressiven Staat seiner Macht zu berauben, um ein anarchistisches Leben zu führen, sich nun - kaum an der Macht - der Staatsmacht bedienen, um ihre "Reformideen" den Bürgern aufzuzwingen. Aus einer totalitären gewalttätigen Minderheit wurde eine ebenso totalitäre Mehrheit, die jetzt allerdings auf ihre demokratische Legitimation pochen kann.
Doch lassen wir wieder "Joschka" Fischer zu Wort kommen: "Die massenhafte Entfesselung der individuellen Mobilität durch die millionenfache Motorisierung war nicht nur eine gewal-

tige infrastrukturelle Herausforderung für den Staat, nicht nur ein enormes Geschäft für das investierte Kapital, nicht nur die Grundlage für steigende Massenbeschäftigung und Massenkaufkraft, sondern die individuelle Massenmotorisierung setzte zugleich auch scheinbar grenzenlose Wunsch- und Traumkapazitäten frei.
Das Automobil wurde zum gesellschaftlichen und kulturellen Status-, ja Freiheitssymbol quer durch alle sozialen Schichten hindurch. Diese herrliche Zeit des westlichen Wohlfahrtsstaates - Wohlstand für alle! - war also zugleich das Zeitalter des Automobils und des billigen Öls. ... Die Energiepreise bestimmten und bestimmen den Lebensrhythmus der Industriegesellschaft, so wie dies die Kornpreise in den vorindustriellen Gesellschaften getan haben. Und was dort die Brotpreise für die Massen waren, ist in der automobilen Gesellschaft der Benzinpreis geworden."
Mit diesen Wunschträumereien ist es nun vorbei!
Leider haben die "Massen" Fischers Buch nicht gelesen, sonst hätten sie massenweise durch Stimmentzug dieser Schreckensvision eine Absage erteilt. Diese Chance ergibt sich erst wieder in zwei Jahren! Mit jeder staatlichen Erhöhung der Benzinsteuern weiß nun der Bürger, daß ihm sprichwörtlich der Brotkorb höher gehängt wird. Getroffen und gestraft werden immer zuerst die Ärmsten der Armen, die mit der geringsten Kaufkraft. Diese überproportionale Bestrafung des "kleinen Mannes" ist alles andere als sozial verträglich, geschweige denn sozial gerecht. Ist das die neomarxistische Variante einer neuen klassenlosen Gesellschaft?
Mobilitätsberaubung ist nichts anderes als Freiheitsberaubung. Mobilität heißt Beweglichkeit und die höchste Form der Beweglichkeit ist die Selbst- oder Automobilität, welche dem einzelnen die Freiheit gewährt, sich nach freiem Gutdünken in Raum und Zeit zu bewegen. Natürlich gehen vom Verkehr zu Lande, im Wasser und in der Luft Gefahren aus, natürlich werden Rohstoffe verbraucht, aber das rechtfertigt nicht die "Ökosteuer", denn diese wurde ausdrücklich mit der Notwendigkeit des "Klimaschutzes" begründet.
Dieses "grün-rote" Versprechen ist ein Nullversprechen, denn es gibt gar kein "Globalklima", das sich "erwärmen" könnte. Eine "Globaltemperatur" kann jeder Volksschüler berechnen, der das Addieren und Dividieren von Zahlen gelernt hat. Ein Klimawert setzt langjährige Wetterbeobachtung voraus und entsteht durch Kopfrechnen auf dem Papier! "Klima" ist immer und in jeder Dimension eine statistische Größe, die vom Wetter her bestimmt wird!
Man muß aber ein vom Machbarkeitswahn befallener "Klimaexperte" sein, um glauben zu machen, man könne der "Globaltemperatur" den "Odem des Lebens" einhauchen und fertig wäre ein neues Produkt, das der menschlichen Beeinflussung unterliegende "Globalklima". Dieses Unverhältnis wie Unverständnis der Natur gegenüber hatte bereits Karl Marx. Von ihm stammt die Vision, daß nur die anthropogen gestaltete Natur die wahre Natur sei.
Aber auch wenn von heute auf morgen alle Räder still stehen würden, das Wetter würde davon keinerlei Notiz nehmen. Das Vorhaben "Schutz des Globalklimas" ist pure Idiotie! ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. September 2001: >>**"Kohlendioxid ist kein Luftschadstoff"**
Interview: Der Meteorologe Wolfgang Thüne hält den Treibhauseffekt für eine Erfindung der Atomlobby
Herr Dr. Thüne, wie stehen Sie zur aktuellen Diskussion über den zu hohen Kohlendioxid-Ausstoß in den Industrieländern und die damit zusammenhängende Erderwärmung?
Thüne: Als Meteorologe halte ich die ganze Treibhaus-Diskussion für absurd. Als Soziologe nehme ich sie überaus ernst, verbirgt sich doch hinter dem Konzept Klimaschutz ein gewaltiges, ja globales kulturrevolutionäres Projekt zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaften. Dies steckt versteckt in der Behauptung, allein die reichen Industrieländer seien über den Kohlendioxid-Ausstoß für die Erderwärmung verantwortlich.
Sind sie das also nicht?

Thüne: Nein, das ist physikalisch unsinnig! Es gibt keine guten und keine bösen Kohlendioxidmoleküle! …
Die Behauptung vom natürlichen Treibhauseffekt ist eine raffinierte wissenschaftliche Lüge!
Woran liegt es denn, daß die Meinungen der Wissenschaftler zum Thema Treibhaus-Emissionen so weit auseinandergehen?
Thüne: Die hochgradigen Meinungsverschiedenheiten unter den Wissenschaftlern sind Folge der unterschiedlichen politischen Gesinnung und der Tatsache des "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing"! Ursprünglich ist der Treibhauseffekt eine Erfindung der Atomlobby. Er ist eine intellektuelle Glanzleistung der Kernphysiker. Sie verteufelten speziell das Kohlendioxid als Klimakiller, um die fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas aus dem Strommarkt zu verdrängen. …
Ihr Buch "Der Treibhausschwindel" hat den Untertitel "Die Erde steckt in keinem Glashaus". In der Schule wurde aber gelehrt, daß die Ozonschicht mit einem Glashaus vergleichbar ist, das Wärme und Sauerstoff speichern kann …
Thüne: Sollten Sie das tatsächlich so in der Schule gelernt haben, dann ist das ein Zeichen dafür, wie erfolgreich die 68er Kulturrevolution gewesen ist. Die Existenz der Lufthülle verdanken wir der Masse der Erde und ihrer Schwerkraft!
Wie kommt es, daß Sie mit ihrem Standpunkt zu der Minderheit der Wissenschaftler gehören?
Thüne: Ich glaube keineswegs, daß ich zu einer Minderheit gehöre. Ich repräsentiere eher die schweigende Mehrheit, der der Zugang zu den Medien erschwert wird und die daher öffentlich nicht wahrgenommen wird. Die Dominanz der Treibhaus-Protagonisten in den Medien spiegelt den Zeitgeist wider. Auch handeln die Medien nach dem Gesetz; das Abnormale verkauft sich besser als das Normale.
Normale Wetterkatastrophen werden daher einfach zu Klimakatastrophen umfunktioniert und doppelt vermarktet! Klimakatastrophen sind auch deswegen ein Renner, weil jeder Journalist seiner Grusel-Phantasie freien Lauf lassen kann. Er braucht sich um keine Folgen zu kümmern, denn sein Tun ist straffrei, zumal er sich immer auf Wissenschaftler berufen kann, die ihm diesen Unsinn eingeflüstert haben. Das Märchen von der Sintflut, die den Kölner Dom in den blauen Meeresfluten versinken läßt, stammt keineswegs vom Spiegel, sondern der Deutschen Physikalischen Gesellschaft! …
Was sollten aber Wissenschaftler davon haben, die Klimalüge zu verbreiten?
Thüne: Politiker sind vom Naturell aus Gestalter- und Machertypen. Sie fühlen sich als soziale Glücksbringer. Sie haben daher den Auftrag von Wissenschaftlern, das Weltklima schützen und den Klimawandel stoppen zu müssen, durchaus gern aufgenommen. Sie fragen nicht nach Sinn oder Unsinn, sondern wetteifern untereinander um die Vorreiterrolle beim Klimaschutz! Doch in dem ganzen Klimapoker sind die Mehrzahl der Journalisten wie Politiker nur Statisten. Hinter vorgehaltener Hand werden sie von den Klimaexperten als nützliche Idioten belächelt, denen man jeden Bären aufbinden kann.
Jährlich werden Hunderte von Millionen Mark allein in Deutschland in die sogenannte Klimaforschung gesteckt, auf Nimmerwiedersehen. Einen Erkenntnisfortschritt gibt es nicht, denn Klima ist nur eine statistische Größe, die vom Wetter abgeleitet wird. Doch Wetterforschung ist mühsam und unpopulär! Während vom Staat der Deutsche Wetterdienst finanziell ausgehungert wird, die Wettervorhersagen in die verbale Beliebigkeit abgleiten, kassieren die Klimaexperten für Prognosen, die nichts als numerische Spielereien, ganz ohne Wert sind. Wundert es, wenn sich die Mehrzahl der jungen Wissenschaftler konform verhält und in das lukrative Klimaprognosengeschäft einsteigt?
Sollten dann nicht wenigstens die Klimagipfel abgeschafft werden?
Thüne: Der in Den Haag begonnene und in Bonn weitergeführte 6. Klimagipfel ist ebenso überflüssig wie seine fünf Vorgänger. Es ist ein teurer politischer Wanderzirkus, der inzwi-

schen jeden Unterhaltungswert verloren hat. Was auch immer an immer fauleren Kompromissen zu Papier gebracht wird, nirgendwo auf der Erde wird sich etwas am Klima ändern, weil das Wetter nicht die geringste Notiz von den Beschlüssen nimmt.
Was halten Sie von dem Ausstieg der USA aus dem Kyoto-Protokoll?
Thüne: Der Ausstieg von George W. Bush aus dem Kyoto-Prozeß war keine Gegenreaktion auf Bill Clinton, er folgte einem 95:0-Votum des US-Senats! Es war ein mutiger Schritt, wenn ich auch eine physikalische Widerlegung erwartet hätte. Aber selbst Bush ist zuerst Politiker, der Medienstimmungen berücksichtigen muß. Nur weil er konservativ ist, entlud sich auf ihn als Kyoto-Spielverderber der ganze Haß der medial global vernetzten Linken. Ich hätte mir gewünscht, daß Bush als Ablehnungsgrund nicht nur auf die ökonomischen Folgen für die USA verwiesen hätte, sondern das Treibhaus als ideologisches Hirngespinst entlarvt hätte. Doch dies haben wiederum amerikanische Wissenschaftler verhindert aus Angst, die Milliarden für die Klimaforschung könnten gestrichen werden.
Beim Geld wiederum sind sich alle Wissenschaftler einig, es muß fließen, egal wohin! Auch läßt im Moment der öffentliche Mediendruck es noch nicht zu, daß an dem Mythos der Erde als Treibhaus ernsthaft gerüttelt wird. Ich appelliere daher an die eher konservativen Medien, mutig den notwendigen Paradigmenwechsel anzustoßen und zu beschleunigen.
Das hieße also, wir hätten in der Zukunft nichts zu befürchten - wenn ich da an den steigenden Meeresspiegel denke, bei dem die Prognosen ja von bis zu 50 Meter ausgehen?
Thüne: Als Wetterfrosch gebe ich nur Prognosen ab, die ich auch verantworten kann. Jeder weiß, daß der numerischen Berechenbarkeit des Wetters zwei grundsätzliche und unüberwindbare Grenzen gesetzt sind infolge der Unberechenbarkeit chaotischer Systeme. Und das Wetter ist der Prototyp eines chaotischen Systems! Kohlendioxid ist kein Luftschadstoff! Es ist absolut unverzichtbar in der Luft. Ohne Kohlendioxid keine Pflanzen und damit keine Nahrungs- und Sauerstoffproduzenten, kurz, es gäbe kein Leben auf der Erde.
Wenn die Grünen das atmosphärische Kohlendioxid als umweltschädlich bezeichnen, dann zeigen sie, daß sie auch in Biologie nicht die geringsten Kenntnisse besitzen und reine Ideologen sind. Allen Abgeordneten aller Parteien, die dem Zeitgeist gehuldigt und das Scheitern des Klimagipfels bedauert haben, empfehle ich eine Führung durch den Botanischen Garten in Berlin. An der Eingangspforte steht der Satz: "Hab' Ehrfurcht vor der Pflanze, alles lebt durch sie!" Der Satz ist wirklich des Nachdenkens wert. …
Buch zum Thema: Wolfgang Thüne: "Der Treibhausschwindel - Die Erde steckt in keinem Glashaus" …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Dezember 2012 (x887/...): >>**Dreiste Folgen**
Dank unermüdlichen Einsatzes und scheinbar nie enden wollender Diskussionsbegeisterung haben uns die Klimaschützer mit den Grünen an der Spitze ein schlechtes Gewissen beschert, was letztendlich zum Atomausstieg, dem Boom von unverhältnismäßig teuren Bioprodukten und Energiesparmaßnahmen führte. Ob man sein Geld für Bioprodukte ausgeben will, ist natürlich die private Entscheidung des Einzelnen. Vor der Energiewende hingegen kommt jetzt niemand davon, ob man sich nun dafür oder dagegen ausgesprochen hat.
Die Stromkonzerne haben ihre durch die Privatisierung ohnehin schon gefährlich große Macht walten lassen und kurzerhand den Elan der Bevölkerung für sich genutzt. Und sobald es jetzt ans Praktische geht beim Klimaschutz und wir die teuren Folgen des lang umstrittenen Atomausstiegs bekommen, sind die Überzeugung und das Gutmenschgetue plötzlich etwas verflogen. Wer nämlich blechen muß, ist der Bürger. Denn Strom braucht jeder. Auch hartgesottene Klimaschützer. So hinterlistig und dreist solch eine Preiserhöhung sein mag - haben wir wirklich geglaubt, von einer Energiewende profitierten bloß das Klima und die Umwelt?<<
Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Mai 2014 über den

IPCC-Weltklimarat - https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/ -: >>**Wer oder was ist eigentlich der "WELTKLIMARAT" (IPCC) und was tut er?**

von *C. O. Weiss*

Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. …

Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.

… Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.

Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen. So geschehen beim diesjährigen Bericht AR5:

Bei der Formulierung des "summary" kämpfte beispielsweise die deutsche Regierungsvertreterin, die Wissenschaftsministerin, darum, den Stillstand der Erderwärmung der letzten 15 Jahre (trotz starken Anstiegs der CO2-Konzentration in der Atmosphäre) zu verschweigen. Mit der Begründung, sonst würde die sogenannte "Energiewende" in Deutschland gefährdet.

Eine breite Zustimmung der Regierungsvertreter zu Katastrophenszenarien, vor allem der kleineren Länder mit wenig Industrie, wird erreicht durch Gelder aus dem "Hilfsfond für Anpassung an den Klimawandel".

Je dramatischer die negativen Aussichten beschrieben werden, desto höher die Zahlungen des Hilfsfonds an die entsprechenden Länder. Kurz gesagt wirken daher die Hilfsfondgelder als Bestechung der Regierungsvertreter. …

Für den jetzigen IPCC Bericht AR5 wählten die IPCC Wissenschaftler aus 28.000 Publikationen etwa 11.000 zur Auswertung aus. Es versteht sich, daß diejenigen Arbeiten, welche, veröffentlicht, klar und unwidersprochen belegen, daß CO2 das Erdklima höchstens in vernachlässigbarem Maße beeinflußt, oder daß die Modelle, die eine Erderwärmung durch CO2 beweisen sollen, bei allen Tests durchfielen, keine Erwähnung finden. (Beispiele solcher Arbeiten sind unten zitiert).

Das ist auch konsequent, denn anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO2 einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit, mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. …

Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?

Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin

DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."
Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. …
Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.
UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefellers und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:
Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegengeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. …
Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anläßlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.
Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Abgeordneten in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say "1.000 scientists signed" or "150 signed". No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion − Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!"
So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, **voll von Klimadatenfälschungen.**
Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfaßt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit?: Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen.
Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?
Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. …

Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeudende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.
Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.
Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so, wie der Michel.
Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.
Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt.
Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.
(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 14. Februar 2015: >>**Grüner Wahn**
Deutschland leidet unter gefährlicher Öko-Hysterie
Vor 50 Jahren fingen die Deutschen an, sich Sorgen um die Umwelt zu machen. Heute leben sie in einem Öko-Musterland. Die Mahner und Warner wenden sich deshalb Problemen zu, die meist gar keine sind.
Daimler wirbt für schicke Elektroautos, der Energieriese E.ON zerlegt sich selbst, und auf Elternabenden wird diskutiert, ob das Essen in der Kita nur bio, bio-vegetarisch oder bio-vegan sein soll. Touristen werden mit Rikschas durch Berlin und München kutschiert, abgasfrei und geräuschlos. Glühbirnen sind verboten, und die Klos haben Wasserspartasten.
Brokdorf-Veteranen bleibt die Spucke weg, wenn eine CDU-Kanzlerin die Energiewende ausruft.
In Deutschland, Österreich und der Schweiz hat grünes Gedankengut die Gesellschaft tief durchdrungen. Und es wurde mit Erfolg in viele andere Länder der westlichen Welt exportiert. Fahrradfahren, Energiesparen und Mülltrennen gehören zum fest eingeübten Alltagsverhalten, wie Zähneputzen. Man fühlt sich verantwortlich für das Weltklima, die Rettung der Wale und den tropischen Regenwald.
Landschaftsschützer streiten mit Klimarettern
Alle sind grün geworden, von Angela Merkel bis Margot Käßmann, von "Bild" bis "Brigitte", von der Allianz bis zum ADAC. Sogar McDonald's hat sein Logo von rot auf grün umgefärbt. Gleichzeitig wird immer verschwommener, für was die Etiketten "grün" oder "nachhaltig" überhaupt noch stehen.
Dafür werden die Widersprüche verschiedener ökologischer oder vermeintlich ökologischer Kämpfer sichtbar. Da streiten Wald- und Landschaftsschützer mit Klimarettern, die Windräder, Sonnenfarmen oder Speicherseen errichten wollen. Die dafür erforderlichen Stromtrassen werden inzwischen bekämpft wie eine neue Autobahn.
Sozial eingestellten Grünen mißfällt, daß die Großindustrie durch geschickten Lobbyismus den grünen Markt an sich gerissen hat. Was, fragen sie, hat der Windkraftinvestor mit dem Fledermausschützer noch gemein? An den Rändern des grünen Denkens blühen Heilslehren, die irgendwie grün daherkommen sollen, doch mit Ökologie nichts zu tun haben. In deutschen

Buchhandlungen etwa schwemmen Esoterik, Wellness und biodynamische Garten-Ratgeber in die Regale.
Beliebigkeit breitet sich aus. Bei vielen Errungenschaften neuerer Zeit stellt sich die Frage: Sind sie wirklich gut für die Umwelt, oder tun sie nur so? Auf den Plastiktüten der Supermarktkette Tengelmann steht "I'm green". Begründung: Der verwendete Kunststoff wird aus Zuckerrohr produziert. Aber warum soll Zuckerrohr "green" sein? Die Plantagen sind oft alles andere als ökologisch vorteilhaft. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Keine soziale Bewegung siegte so schnell

Sind Sparleuchten umweltfreundlich, die giftiges Quecksilber enthalten? Ist Bio-Landwirtschaft wirklich ökologisch, wenn sie für den gleichen Ertrag doppelt so viel Land benötigt? Sind Windkraftwerke umweltfreundlich, die Tausende Vögel und Fledermäuse zerhacken? Welche Folgen hat Biodiesel für die Natur, wenn er aus Palmöl stammt für dessen Anbau Regenwälder abgebrannt werden? Warum interessiert es deutsche Sonnenfreunde nicht, daß chinesische Solarzellen-Fabriken die Umwelt verschmutzen und Menschen vergiften? Zu diesen Widersprüchen konnte es nur kommen, weil inzwischen alles kritiklos durchgewinkt wird, was grün ist oder auf grün macht.
Keine soziale Bewegung in der Geschichte siegte so schnell. Bis das Industrieproletariat sich akzeptable Lebensverhältnisse erkämpft hatte, bis die Sklaverei in Amerika abgeschafft und Frauen gleichberechtigt waren, vergingen teilweise Jahrhunderte. Vom Zeitpunkt, zu dem das Umweltthema in Deutschland aufkam, bis zum Ergrünen von Politik und Wirtschaft vergingen nicht einmal drei Jahrzehnte. …

Gehen Umweltschützern langsam die Themen aus?

Heute ist Deutschland eines der Umweltmusterländer der Welt. … Man könnte meinen, daß den Umweltschützern so langsam die Themen ausgehen. Doch die professionellen Mahner und Warner haben sich neuen Feldern zugewandt. Je mehr Erfolge das grüne Großreinemachen in Deutschland vorweisen konnte, desto stärker rückten schwer überprüfbare Katastrophen-Prognosen in den Fokus der Aktivisten.
Und hier liegt eine große Gefahr. Wie sich eine ganze Gesellschaft von Schreckensszenarien in den Bann schlagen läßt, wenn die Ängste so stark werden, daß es niemand mehr wagt, kritisch nachzufragen, erlebte Deutschland eindrucksvoll in den 80er-Jahren. Das Gespenst der damaligen Zeit hieß Waldsterben.

Die Mär vom deutschen Waldsterben

Wer verstehen will, was damals passierte, fragt am besten Rudi Holzberger. Der Medien- und Agrarwissenschaftler glaubte seine Heimat, die Wälder des Allgäus, Anfang der 80er-Jahre verloren. Doch zehn Jahre später wandelte sich seine Angst in Skepsis. Er begann, die Horrorszenarien zu hinterfragen, und sah sich die Berichterstattung genauer an, analysierte und verglich 150 Artikel überregionaler Printmedien. Er schrieb eine Doktorarbeit darüber.
Ab 1981 wurde das Waldsterben zum Dauerthema in der deutschen Presselandschaft. 1983 schrieb der "Spiegel": "Wir stehen vor einem ökologischen Hiroschima". Im "Stern" stand 1986: "Die Reihen der Bäume lichten sich, wie Armeen unterm Trommelfeuer."
"Die überboten sich gegenseitig, wie beim Kartenspiel", sagt Holzberger. In seiner Dissertation "Das sogenannte Waldsterben: Zur Karriere eines Klischees" wies er nach, daß die Journalisten voneinander abgeschrieben hatten und immer dieselben Experten zitierten. Die wissenschaftliche Basis war dünn. Zwei Wissenschaftler dienten als Kronzeugen. Fernsehen, Hörfunk, Zeitungen und Zeitschriften befragten immer wieder diese beiden und kaum je einen anderen Experten. Forscher, die Zweifel an der Theorie vom Waldsterben anmeldeten, wurden ignoriert.
Die Fotos und Fernsehbilder, die den dramatischen Befund belegten, stammten größtenteils aus dem Erzgebirge, damals DDR. Dort waren tatsächlich ganze Hänge abgestorben. Die

Ursache dieses Desasters lag jedoch nicht in einem allgemeinen Waldsterben, sondern fand sich ganz in der Nähe. Braunkohlekraftwerke der damaligen CSSR bliesen riesige Mengen Schwefeldioxid in die Luft, das auf die Wälder niederregnete.

Die Grünen waren Gewinner der Hysterie

Das Horrorszenario und seine mediale Verstärkung führten dazu, daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik quer durch die gesamte Bevölkerung Einigkeit über ein wichtiges Thema herrschte. Es war Konsens: Der Wald stirbt, und die Politik muß endlich handeln.

Der große politische Gewinner des Waldsterbens waren die Grünen, die 1983 in den Bundestag einzogen. Aber auch Helmut Kohl erkannte die Zeichen der Zeit und griff das Thema auf. Die Betreiber von Stein- und Braunkohlekraftwerken in Deutschland mußten Filteranlagen einbauen, die schädliche Schwefelverbindungen aus den Abgasen entfernen.

Die falschen Propheten von damals behaupten noch heute, dieses wichtige Umweltgesetz sei durch ihre zwar falschen, aber doch nützlichen Prognosen zustande gekommen. Doch die Verordnung über Großfeuerungsanlagen war nicht Ergebnis der Waldsterbens-Hysterie. Sie stammte aus den 70er-Jahren und war nur noch nicht in Kraft getreten. …

Aus "Waldsterben" wurden "Waldschäden"

1993 veröffentlichte das Bundesforschungsministerium eine Zwischenbilanz aus zehn Jahren Waldschadensforschung. Das Expertengremium der Bundesregierung kam zu einem eindeutigen Ergebnis: "Das großflächige Absterben ganzer Waldregionen, wie es der Begriff 'Waldsterben' unterstellt, wird heute von der Wissenschaft auch für die Zukunft nicht befürchtet." Ein Jahrzehnt nach dem ersten Alarm war den Fachleuten also klar, daß das Waldsterben nicht existiert.

Und wie wurde diese frohe Kunde aufgenommen? Man ignorierte sie. Noch 1994 verkündete der "Stern" auf dem Titel: "So sterben unsere Wälder".

Die Forststatistik belegt: Als alle den Wald für sterbenskrank hielten, nahm die Waldfläche jährlich um 100 Quadratkilometer zu. Bis heute wächst er weiter. Die Umweltverbände haben ihre Wortwahl korrigiert und reden nur noch von "Waldschäden".

Und im Jahr 2003, zehn Jahre nachdem wissenschaftlich nachgewiesen war, daß es sich beim Waldsterben um Hysterie gehandelt hat, verkündete die damalige grüne Ministerin Renate Künast: "Ja, wir haben den Trend umgekehrt. Ich kann nur dringend empfehlen, am Sonntag einen Waldspaziergang zu unternehmen."

Dreister kann man sich nicht mit fremden Federn schmücken.

Das Gefühl einer allgewaltigen Bedrohung ist geblieben

Das Waldsterben war die Mutter aller Öko-Ängste. Wer die Hysterie verstehen will, die sich angesichts mancher Ereignisse bis heute oft reflexhaft ausbreitet, der sollte sich vor Augen führen, zu welcher Selbsttäuschung Deutschland damals fähig war.

Bis heute haben die Umweltverbände und die Grünen nicht selbstkritisch reflektiert, daß und wie sehr sie mit ihren Voraussagen zum Waldsterben danebenlagen. Statt daraus zu lernen, stürzten sie sich auf immer neue Schreckensprognosen, mit denen sie Menschen Angst machen und die Spendenkassen füllen.

Die Waldsterbensangst ist abgeflaut, das mulmige Gefühl einer allgewaltigen Bedrohung ist geblieben. Heute fürchten sich viele Deutsche vor einer kommenden Klimakatastrophe und vor Gentechnik in der Landwirtschaft. Die Rhetorik ist praktisch dieselbe geblieben, und auch die Prognosen sind ähnlich kühn wie damals. Beispiel Klimawandel. Beispiel Gentechnik.

Nach wie vor ist unbewiesen, ob tatsächlich das Kohlendioxid die treibende Kraft hinter den Klimaveränderungen ist. Erdgeschichtliche Analysen legen den Schluß nahe, daß die Rolle dieses Gases überschätzt wird. Und auch an den Schreckensszenarien haben manche Wissenschaftler erhebliche Zweifel. Denn Warmzeiten waren in der Vergangenheit stets besonders gute Zeiten für die Landwirtschaft und auch für die Natur.

Die Klimaprognosen haben den Vorteil, daß die Propheten vielleicht nicht mehr am Leben sein werden, wenn sich herausstellt, ob ihre Vorhersagen eingetroffen sind. Das Problem Umweltverschmutzung ist irgendwann erledigt, wenn die Luft wieder rein, die Flüsse sauber und Wälder grün sind. Doch das Klima-Thema bleibt erhalten. Und damit die Existenzberechtigung für Aktivisten, Nichtregierungsorganisationen, kurz: NGOs, Konferenzen, Behörden, Industrien und spezielle Forschungsinstitute. Solche, die immer wieder auf eine drohende Klimakatastrophe hinweisen. …<<

Der deutsche Professor für Informatik und Physik, Horst-Joachim Lüdecke, berichtete über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>**Klimaschutz und Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?**

Als einzige große Industrienation verzichtet Deutschland auf die Kernkraft und erklärt dafür die erneuerbaren Energien zu den "Silberkugeln" seiner zukünftigen elektrischen Stromerzeugung. Keine Stimme des Auslands schickt Glückwünsche.

So schreibt der englische Daily Telegraph am 31.3.2011 "Frau Merkels Beschwichtigung der nuklearen Hysterie ist weit über die deutschen Grenzen hinaus verstörend, weil sie die Kapitulation einer ehemals in Wissenschaft und Technik führenden Nation gegenüber einem ideologischen Irrationalismus aufzeigt".

Die Entscheidung gegen die Kernenergie ist indes nur vorläufiger Endpunkt einer konsequenten Entwicklung. Diese begann mit "Klimaschutz", schädigte daraufhin Landschaften, Vogel- und Fledermauspopulationen, küstennahes Meer, Schiffahrt und Meeressäuger mit Tausenden von Windrad-Ungetümen und wird schließlich unsere elektrische Stromversorgung und Volkswirtschaft nachhaltig beeinträchtigen.

Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO2-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos.

Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad Celsius während ihrer Lebenszeit erleiden mußten …

Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!

Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO2-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO2 als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO2 verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO2-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan. …

Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warm-

zeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.
Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten … werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. ...
Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.
Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren. Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.
Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. ...
Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit einem extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des unstetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen.
Die Kernenergie sei ethisch nicht mehr vertretbar. Eine wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Entscheidung wird damit sachfremd getroffen. In der von der Bundesregierung berufenen 14-köpfigen Kommission zur Energiewende befanden sich drei Kirchenvertreter, aber kein einziger Energie-Experte - ein Rückfall in Zeiten vor der Aufklärung.
Jede Form der Energieerzeugung ist mit Kollateralschäden verbunden, etwa den vielen Opfern des Untertage-Kohleabbaus. Bei ideologiefreier Risikobewertung sind deutsche KKW sicher. Daran ändern auch die Havarien von Tschernobyl, Harrisburg und Fukushima nichts, bei denen hierzulande undenkbare Verletzungen von Sicherheitsregeln Ursache waren. Der europaferne Siegeszug der Kernenergie ist ohnehin unaufhaltsam. Anders ist der Energiehunger der wachsenden Weltbevölkerung nicht zu stillen.
Ein nuklearfreies Deutschland wird maßgebende Nachteile im globalen Wettbewerb erleiden und Arbeitsplätze einbüßen. Vollends unverständlich ist das Ignorieren der Entwicklung von inhärent sicheren Typen der nächsten KKW-Generationen. Auch das Transmutationsverfahren zur radioaktiven Abfallreduzierung auf wenige Prozent ist Medien und Politik keiner Erwähnung wert. Die EU finanziert diese Entwicklung von bereits Pilotreife mit mehr als einer Milliarde Euro. Trotz KKW-Abstinenz darf sich Deutschland nicht der Kernenergie-Forschung und KKW-Weiterentwicklung verschließen! Da der deutsche Aderlaß an KKW-Leistung nur mit Gas und Kohle ausgleichbar ist, ist Rückkehr zur Kernkraft spätestens dann geboten,

wenn inhärent sichere KKW's zur Verfügung stehen.
Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.
Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. So schreibt naiv-unverblümt die Barclays Bank "CO2 Vermeidungstechnologie ist eine einzigartige Chance für Banken, um vom signifikanten Wachstum dieses Sektors zu profitieren und gleichzeitig zu demonstrieren, daß man einen positiven Beitrag gegen den Klimawandel leistet". Ein Schelm, wer dabei an eine neue, später platzende Blase denkt.
Auch die Politik ist höchst interessiert, spült doch der CO2-Zertifikatehandel Geld in die Staatskasse. Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umweltparteien und Verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."
Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.
Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. …<<
Schlußbemerkungen: Der Ausbau und die Weiterentwicklung regenerativer Energie ist grundsätzlich nur zu rechtfertigen, wenn die Formen der regenerativen Stromgewinnung technologisch zukunftsweisend und wirtschaftlich sinnvoll sind. Wesentliche Argumente, mit denen die Befürworter z.B. den schnellen und völlig überzogenen Ausbau der Windenergie fordern, halten einer genauen Prüfung jedoch nicht stand.
Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kraftwerk oder Kernkraftwerk, da die ständige Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann. Durch die unterschiedlichen Stromeinspeisungen, die sich nach den dauernd schwankenden Windverhältnissen richten, wird das Verbundnetz der Stromerzeuger stark belastet. Diese erheblichen Stromschwankungen müssen unentwegt durch vorhandene Reservekraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke ausgeglichen werden.
Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führt statt der angekündigten Rettung des Weltklimas zunächst lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher.
Aufgrund der hohen Strompreise werden schon bald nicht wenige private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen können und viele Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß diese destabilisierende politische Maßnahme schließlich den angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziel-

len und sozialen Zusammenbruch Deutschlands einleiten wird.
Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank des "Flatterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln.
Zur Senkung der deutschen CO2-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa **2,2 Prozent** der weltweiten CO2-Emissionen betrugen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 **zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro** erforderlich.
Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO2-Ausstoß im Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.
Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" der selbsternannten Klima- und Weltretter wird zwar niemals das Weltklima entscheidend verändern oder gar retten, aber sie wird gewiß die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft und letzten Endes auch den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland vollständig zerstören: **"In Deutschland werden die Lichter ausgehen!"**
Die ideologische Energiepolitik der linkslastigen Gutmenschen wird unumkehrbar ins Chaos führen, denn ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher kann zukünftig keine sichere Energieversorgung gewährleistet werden. Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben wird. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeitig nur 35 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb wird es zukünftig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit mehr geben.

Die "Energiewende"

> Beendet ist der Weg, die Stunde schlug, es ist Zeit heimzukehren.
> *Michail Lermontow (1814-1841, russischer Dichter)*

Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.
Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.
Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.
Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost " berichtete am 30. Juni 2011: >>**Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022**
Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 – als erste führende Industrienation.
Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit

großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.
Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.
Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.
SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel, CDU, und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückgekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.
Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.
Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz EEG zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**
Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.
Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampfthema wird damit im breiten Konsens befriedet. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Mai 2012 (x887/...): >>**Von der Energiewende zum Stromkollaps**
Zahlreiche Institute warnen vor den Gefahren der Unterversorgung - Keine Vorsorge für Notfälle
Je stärker der Ausbau der Solar- und Windstromerzeugung voranschreitet, desto deutlicher wird, daß mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz eine gigantische Umverteilungsmaschinerie zu Lasten der Verbraucher in Gang gesetzt wurde. Durch den ungebremsten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung wächst allerdings noch ein anderes Risiko - das eines bundesweiten Kollaps des Stromnetzes, der innerhalb weniger Stunden zu einem flächendeckenden Chaos führen würde.
Die Niederlage Norbert Röttgens, CDU, bei der NRW-Wahl hat eine weitere Niederlage des ehemaligen Umweltministers in den Schatten gerückt. Nur zwei Tage vor der Landtagswahl war Röttgen im Bundesrat daran gescheitert, die Förderung für die erneuerbaren Energien zu

begrenzen. Der ungebremste Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen hat für die Verbraucher eine Kostenlawine losgetreten, die sich immer mehr in den Haushaltskassen bemerkbar macht. Auf einen Barwert von 335 Milliarden Euro schätzt etwa der Wissenschaftler Georg Erdmann von der TU Berlin die direkten und indirekten Kosten durch das EEG für den Zeitraum von 2010 bis 2030. Die Folge:

Immer mehr Haushalte können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Bundesweit wurde im Jahre 2010 nach einer Hochrechnung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen rund 600.000 Mal Verbrauchern wegen offener Rechnungen der Strom abgedreht. Betroffen sind vor allem die sozial Schwächsten, so daß der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums bereits vor einem "gewaltigen Umverteilungsprogramm" von unten nach oben warnt. Daß der Hartz-IV-Empfänger über den Strompreis die Solaranlage des wohlhabenden Eigenheimbesitzers finanziert, wird von der zugespitzten Formulierung zunehmend zur Realität.

Das noch von der rot-grünen Koalition im Jahr 2000 auf den Weg gebrachte EEG entwickelt neben dieser sozialen Schieflage allerdings zunehmend auch noch ein anderes Risiko. Mit jeder Photovoltaik- und Windkraftanlage, die in Betrieb genommen wird, wird das Stromnetz anfälliger für einen flächendeckenden Kollaps, einen sogenannten "Blackout". Zum Problem könnten nicht nur fehlende Hochspannungsleitungen von Nord nach Süd oder Engpässe bei der Energieerzeugung, etwa im Winter, werden, auch die Qualität des Stroms wird zunehmend schlechter. Zwar hat es Netzschwankungen und Spannungseinbrüche schon immer gegeben, durch die massive Zunahme der Zahl kleinerer Stromproduzenten wird die Netzstabilität aber immer fragiler und das Netz immer schlechter steuerbar.

Grundlage der Netzstabilität waren bisher Braunkohle- und Kernkraft-Grundlastkraftwerke. Diese eignen sich im Gegensatz zu den Solar- und Windkraftanlagen als Anker zur Frequenzstabilisierung bei 50 Hertz. Allerdings sind diese Kraftwerke aufgrund der wachsenden Einspeisung des "Öko-Stroms" mittlerweile so wenig in Betrieb, daß die Forderung nach Subventionen immer lauter wird, damit sie überhaupt noch in Bereitschaft gehalten werden. Die Verkettung mehrerer Störfaktoren, wie sie etwa im Stromnetz Kaliforniens bereits vorgekommen ist, könnte bei dieser Ausgangslage auch in Deutschland zu dramatischen Folgen führen: im Extremfall zum Kollaps des gesamten bundesdeutschen Stromnetzes.

Auslöser könnte die mißlungene Stabilisierung eines lokalen Stromnetzes sein, die sich dann kaskadenartig auf das Gesamtnetz ausbreitet. Falls es zu einem derartigen Ereignis kommt, dann wird es nicht Stunden, sondern Tage dauern, bis das Netz wieder stabilisiert ist, so die Prognose von Guido Knott vom Energielieferanten E.ON.

In einer Studie des Netzbetreibers "Swissgrid" wurde ein derartiges Szenario bereits eingehend für die Schweiz untersucht. Allein in der überschaubaren Alpenrepublik würde man zwei Tage benötigen, um die Stromversorgung wieder aufzubauen. Der Betreiber "Austrian Power Grid" geht sogar von einer Woche aus, die es dauern könnte, das österreichische Gesamtnetz wieder hochzufahren. Der schrittweise Wiederaufbau des Netzes gleicht dabei einem Balanceakt, bei dem jeweils nur so viel Strom bezogen werden könnte, wie schrittweise wieder eingespeist wird.

Während bisher in den deutschen Medien die verbrauchsstarken Wintermonate als kritisch für die Stromversorgung gesehen wurden, hat die Bundesnetzagentur auf ein eher weniger beachtetes Risiko hingewiesen: einen Netzzusammenbruch im Sommer, wenn eine große Zahl von Photovoltaikanlagen in Betrieb ist, aber Großkraftwerke wegen Revisionsarbeiten vom Netz genommen werden. Mit den Folgen eines solchen flächendeckenden Stromausfalls hat sich bereits im Jahr 2010 das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag beschäftigt:

"Betroffen wären alle kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft

wäre kaum zu verhindern", lautet eine der dramatischen Einschätzungen der erstellten Studie. Innerhalb weniger Stunden würde sich ein flächendeckendes Chaos einstellen, weil unter anderem Verkehrsleitsysteme, der Bahnverkehr, Wasserwerke und Tankstellen ausfallen würden. Relativ schnell würden auch Lieferketten im Handel und der Industrie zusammenbrechen, nach 24 Stunden wäre das Gesundheitswesen massiv beeinträchtigt. Vorsorgekonzepte für einen derartigen längeren Stromausfall waren laut der Bundestagsstudie zumindest im Jahr 2010 nicht vorhanden.<<

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtete später über die Erneuerbare Energie und Kernenergie (x864/...): >>**Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?**

Solarenergie und Windenergie fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhanden sind.

Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.

Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen. Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie - letzteres in Brennstoffzellen. Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.

Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, werden die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.

Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.

Aber man tut es nicht! Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kohlekraftwerke und Kernkraftwerke, die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz ins Netz speisen können.

Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergietechnik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu

einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.
Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolgversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Hysolar-Projekte an der Universität Stuttgart, das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neunburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftweisenden Entwicklungsaktivitäten.
Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherinfrastruktur besteht, wie z.B. Tankstellen.
Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte. Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.
Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen. Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden. Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die anglo-amerikanische Klimapolitik der 1980er Jahre (x364/229-230): >>… **Mißachtung der Gesetze**
Alle Probleme, die die amerikanische Nation belasten, lassen sich auf ein und denselben Nenner bringen - Mißachtung der Gesetze. Unter dem satanischen Einfluß der von den Illuminaten beherrschten Humanitaristen ist die amerikanische Öffentlichkeit einer Gehirnwäsche unterworfen worden, die sie glauben macht, daß es keine absoluten Wahrheiten, keine absoluten Gesetze gibt. Und keine Strafe dafür, daß man alle Gesetze mit Füßen tritt, die uns von Gott gegeben wurden. Diesem satanischen Ansturm ist es gelungen, die Grundlagen der amerikanischen Gesellschaft zu unterminieren.
Die grimmige Zukunft, die Illuminaten für alle amerikanischen "Bauern" vorgesehen haben, wurde von einem Sprecher einer weiteren Exklusivgruppe, dem Club of Rome, sehr anschaulich dargelegt.
In einem Interview mit dem Magazin "Fusion" vom August 1980 hat Howard Odum, Meeresbiologe an der Universität Florida, enthüllt, was die Internationalisten für unsere Zukunft planen: "Die Vereinigten Staaten haben eine neue und reizvolle Führungsrolle in der Welt. Wir werden die Welt nach unten führen. Wir werden die Welt auf ein niedrigeres Niveau des Energieverbrauchs bringen."

Die Weltstrategen glauben, "es ist notwendig, daß die Vereinigten Staaten in den nächsten 50 Jahren ihre Bevölkerung um zwei Drittel verringern." Odum erzählt leider nicht, wie er und seine illuminierten Freunde die Beseitigung von rund 150 Millionen ihrer Mitamerikaner bewerkstelligen wollen, aber wir können sicher sein, daß sie mit Fleiß an dieser Problemlösung arbeiten.
In dem von Odum vorgesehenen Staat könnte der Großteil der Bevölkerung "Vollbeschäftigung in einer eigenversorgerischen Landwirtschaft finden. Es gäbe praktisch keine Arbeitslosigkeit, da viele Arbeiten, die heute von Maschinen ausgeführt werden, wieder von Menschenhand getan werden müßten."
Der Plan sieht eindeutig vor, daß die Amerikaner nach und nach all ihrer Freiheit und ihres Wohlstandes beraubt werden und daß sie in der neuen Weltordnung auf den Status von Leibeigenen gedrückt werden.
Dies bestätigt die Aussage des verstorbenen Professor Carrol Quigley, daß die Internationalisten "nichts weniger wollen, als ein Weltsystem der finanziellen Beherrschung durch Privathand, welches das politische System eines jeden einzelnen Landes sowie die Weltwirtschaft insgesamt lenkt. Dieses System soll von den Zentralbanken der Welt in feudalistischem Stil gesteuert werden, die konzentriert handeln, und zwar aufgrund von Geheimabkommen, die auf häufig stattfindenden Gipfeltreffen und Gipfelkonferenzen vereinbart werden."

Amerikas Schicksalsdekade

Amerika steht an einem Scheideweg. Das Jahrzehnt der 80er Jahre ist die Schicksalsdekade. Die kommenden Jahre werden über die Zukunft der Vereinigten Staaten entscheiden - und die der ganzen Welt.
Für diejenigen, die "Augen haben, um zu sehen", sind die Wegweiser klar und unmißverständlich markiert. Der eine Pfeil weist die Nation auf einen verführerischen Pfad des Vergnügens, bespickt mit subtilen Vortäuschungen, die an die niedrigsten Instinkte des Menschen appellieren, nach Links.
Dies ist der Weg des geringsten Widerstandes, der Weg, der all jenen traurigen, kranken Geschöpfen verheißungsvoll erscheint, die jegliches persönliches Verantwortungsbewußtsein aufgegeben und ihre Seele für eine bezahlte Reise in die Märchenwelt eingetauscht haben, die die humanitaristischen Propagandisten für sie geplant haben. Diese leichtgläubigen Unschuldslämmer, die sich auf diesen Weg verlocken lassen, wissen nicht, daß er zu einem gewaltigen persönlichen Trauma, zu Frustration, Armut, Degradierung und letztlich in die totale Sklaverei führt.
Der andere Pfeil lenkt die amerikanische Nation auf einen langen, mühsamen Weg des Aufstiegs zurück zur nationalen Unabhängigkeit und wahrem materiellem und geistigem Gedeihen. Er führt in die Freiheit.<<

Dr. Ing. Günter Keil berichtete am 27. Juni 2012 über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>**Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse**

Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.
Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stillegung von

8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.
Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.
Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.
Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.
Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.
Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. …

Die Grundfehler der Energiewende

Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz. Es weist … grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen …
Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderungspolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen.
Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.
Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Energiepflanzen, Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen der Photovoltaik oder Lärmbelastungen durch Windkraft; von der Landschaftsverschandelung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.
Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den

zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung, "Energiearmut", Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.
Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten Erneuerbaren Energien nur an 5 bis 10 Prozent der Jahresstunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.
Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr.

Die Liste der Versäumnisse und Fehleinschätzungen wird immer länger

Die Regierung hat erst vor kurzem begriffen, daß von Anfang an - das heißt bereits seit Einführung des EEG - riesige Stromspeicher zum Ausgleich der systembedingten starken Schwankungen des eingespeisten Wind- und Solarstroms erforderlich gewesen wären, die es aber nicht gab und die es auch innerhalb der kommenden 15-20 Jahre nicht geben kann. Damit war ein Ausgleich dieser Schwankungen von vornherein ausgeschlossen. Kraftwerke mußten das übernehmen. Und die dafür geeignetsten sind Kernkraftwerke. Sie arbeiten nicht nur CO2-frei, sie waren und sind konstruktionsbedingt die mit Abstand schnellsten Regler im Netz, die mit ihrer großen Leistungsregelungs-Kapazität schnelle Schwankungen am besten ausgleichen konnten.
Die Regierung schaltet sie jetzt entschlossen ab - und stellt nun verblüfft fest, daß sie für die damit früher erfolgte Stabilisierung des Netzes heute keinen Ersatz bekommen kann. Neue Kohle- und Gaskraftwerke sollen das nun - unter Opferung der Klimaschutz-Ziele - übernehmen. Sie sollten auch die gefährliche Versorgungslücke schließen, die durch die abgeschalteten und noch stillzulegenden Kernkraftwerke entstand.
Aber wiederum hat man zu spät begriffen, daß auch das nicht funktioniert. Denn der im EEG festgelegte Vorrang für die Einspeisung des "grünen" Stroms zwingt die Kohle- und Gaskraftwerke zu einem ständigen Hoch- und Herunterfahren ihrer Leistung, was nach Abschätzung des BDEW zu einer Nichtauslastung von 40 % führen wird. Unter diesen Bedingungen werden alle Investitionen in solche Kraftwerke unrentabel - sie unterbleiben deshalb.
Auf diese Weise führt das EEG nicht nur zu einem immer größer werdenden Bestand an Wind- und Solarstromerzeugern, deren Stromerzeugung man immer seltener voll nutzen kann, das EEG verhindert zugleich die Errichtung konventioneller Kraftwerke als der einzig verbliebenen Möglichkeit zur Stabilisierung des Netzes. So wurde aus einem ursprünglich gut gemeinten Förderprogramm ein Monstrum, das absehbar die zuverlässige Versorgung des Landes mit elektrischer Energie beenden und große Schäden anrichten wird.
Die Reaktion der Regierung: Nicht etwa das Abstellen der Ursache - das ist der im EEG gesetzlich festgeschriebene Vorrang für "erneuerbaren" Strom -, sondern Überlegungen zu einer weiteren Subvention: Investitionszuschüsse für unwillige Kraftwerks-Investoren - und selbstverständlich die Überwälzung der Kosten auf die Verbraucher. Abermals Planwirtschaft statt Marktwirtschaft.
Dazu paßt auch der neue Plan der Regierung, die fällige Stillegung unrentabler Kohle- und Gaskraftwerke per Verordnung zu verzögern und zu verbieten. Dies sind sowohl Altanlagen,

die sich am Ende ihrer typischerweise 40-jährigen Lebensdauer befinden, mit schlechten Wirkungsgraden und entsprechend hohen Emissionen, als auch jüngere Kraftwerke, die durch den EEG-bedingten Abschaltungszwang unrentabel geworden sind. Wie bei allen anderen planwirtschaftlichen Eingriffen der Regierung wird man auch hierbei die Zusatzkosten, die man den Kraftwerksbetreibern für den unrentablen Weiterbetrieb bezahlen muß, den Verbrauchern aufbürden. ...

Die Risiken werden bedrohlich

Die Regierung hat eine unheilvolle und die Sicherheit der Stromversorgung unterminierende Kombination zweier Fehlentscheidungen zu verantworten:

Sie hat das Erneuerbare Energie-Gesetz unverändert beibehalten, womit der damit gesetzlich gesicherte Vorrang für die Einspeisung von Wind- und Solarstrom bei dessen unvermindert starkem weiterem Ausbau immer mehr zu massiven Störungen im Stromnetz führt. Und sie hat diese prekäre Situation durch die Abschaltung von 8 Kernkraftwerken nochmals extrem verschärft. Damit fehlt jetzt ein erheblicher Anteil an Wetter- und Tageslicht unabhängiger Grundlast-Stromerzeugung und gleichzeitig auch noch eine wichtige Regelungskapazität gegen Einspeisungsschwankungen, die gerade die Kernkraftwerke boten.

Im Winter 2011/2012 gab es deswegen bereits zwei sehr ernste Situationen, bei denen ein Blackout gerade noch mit drastischen Notmaßnahmen verhindert werden konnte. Für den kommenden Winter rechnet man mit einer noch ernsteren Situation. Über die Folgen eines flächenweiten Stromausfalls, der dann mehrere Tage andauern würde, macht sich anscheinend noch niemand Gedanken.

Deutschland ist durch eine Kette fast unglaublicher Fehler und Unterlassungen in diese fatale Situation gebracht worden: Erst die Verabschiedung des EEG ohne jegliche Absicherung gegen die extremen Schwankungen der Stromeinspeisung durch Speicher - die man nicht hatte und deshalb "vergaß" - und dazu auch noch ohne die Möglichkeit, den in Norddeutschland erzeugten Windstrom durch das vorhandene Übertragungsnetz nach Süddeutschland zu transportieren.

Diese Unterlassung führte zu einer Zweckentfremdung von Gas- und sogar von Kohlekraftwerken als "Lückenbüßer-Kraftwerke", die wegen der gesetzlich erzwungenen Grünstromeinspeisung ständig herauf- und heruntergeregelt werden mußten - und damit unrentabel wurden. Nicht genug damit erfolgte noch die hektische Stillegung der Kernkraftwerke, womit bei dem aus den erwähnten Gründen unterbleibendem Neubau von konventionellen Kraftwerken, der im Übrigen noch Jahre dauern würde, die Sicherheit der Stromversorgung bei steigenden Stromkosten weiter abnimmt.

Die steigenden Risiken für die Bevölkerung und für die Wirtschaft werden unten beschrieben.

Weil die sehr viel ernsteren Auswirkungen dieser Politik erst noch kommen werden und der politische Widerstand noch gering ist, muß mit einem Festhalten an der Energiewende bis zum Zeitpunkt des Eintretens größter und unbeherrschbarer Probleme gerechnet werden, die dann nicht mehr durch das Umverteilen der angerichteten Schäden provisorisch repariert werden können.

Planwirtschaft statt Marktwirtschaft

Von vielen Autoren der Wirtschaftspresse ist bereits harte Kritik daran geübt worden, daß im Energiesektor immer mehr marktwirtschaftliche Grundprinzipien, die bisher den Erfolg der Industrienation Deutschland herbeiführten, von der Regierung mißachtet und durch politisch motivierte Verletzungen dieser Prinzipien ersetzt werden.

Diese planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen, kennzeichnen heute die Energiepolitik.

Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung; starke Energiekostensteigerung - mit der Folge der neuen "Energiearmut" -; großer verspäteter Aufwand für das Beheben von Defiziten, die durch das jahrelange Ignorieren von zentralen Voraussetzungen für eine derartige Umgestaltung des Elektrizitätssystems entstanden sind, fehlende Speicher, unzureichendes Netz, fehlende konventionelle Kraftwerke als Sicherheit; Verwandlung des erhofften Nutzens in eine Bedrohung - Vertreibung der energieintensiven Industrie, Blackouts; Ärger mit den Nachbarländern wegen des Mißbrauchs ihrer Stromnetze als Abladeplatz für wetterbedingte Stromüberschüsse; technologischer Rückstand und der Verlust von Kompetenzen auf den nicht vom EEG begünstigten Feldern.
Diese EEG-verursachten Probleme wurden durch das plötzliche Abschalten von 7 Kernkraftwerken nochmals erheblich vergrößert. Zudem gab Deutschland damit seine bisherige Rolle als Exporteur von Grundlaststrom, mit dem das europäische Verbundnetz versorgt und stabilisiert wurde ohne Abstimmung mit den Nachbarländern auf.
Die durch die Fehler der Regierung verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. ...

Die Kostenlawine rollt

Neben der in jedem kommenden Winter drohenden Blackout-Gefahr stellen die stetig und unabwendbar ansteigenden Kosten der Energiewende - insbesondere der Haushalts-Strompreis - die größte politische Gefährdung dar. Die Regierung versucht verzweifelt, die energieintensive Industrie von den existenzgefährdenden Zusatzkosten, z.B. den steigenden Netzkosten zu entlasten - und wälzt sie zusätzlich auf die Bürger. …
Der Koordinator Energiepolitik der Unionsfraktionen Thomas Bareiß meinte besorgt und hilflos: "Die Strompreise werden zur Achillesferse der Energiewende. Wir müssen sie so gestalten, daß sie bezahlbar bleiben. Die Belastung darf nicht einseitig bei den Privatverbrauchern landen." Wie man Strompreise "so gestalten" kann, daß sie niemand mehr wehtun, verriet er nicht.
Das Gegenteil ist der Fall, denn: "Die Hauptlast tragen die privaten Haushalte", sagte dazu McKinsey-Experte Thomas Vahlenkamp.
Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat ergeben, daß arme Haushalte mit 1 % ihrer verfügbaren Einkommen relativ zehnmal mehr für die Subvention von Sonnen- und Windstrom zahlen als reiche mit 0,1 %. "Die derzeitige Finanzierung der Energiewende ist unsozial", stellte die auftraggebende Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft fest. Wegen unbezahlter Rechnungen wurde bereits 2010 600.000 Haushalten der Strom abgeschaltet, sagte Mieterbund-Chef Lukas Siebenkotten. ...

Das Urteil des Auslands ist vernichtend …

- Nur 38 % der Experten trauen Deutschland zu, einzelne Ziele - und zwar verspätet - zu erreichen.
- Bis 2020 erwarten 76 % der Experten eine Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands.
- Auch nach 2020 erwarten 48 % eine solche Schwächung.
- 71 % der Befragten erwarten Preissteigerungen für Strom im eigenen Land!
- Knapp zwei Drittel - 62 % - der Befragten sehen erhöhte Gefahren für die Versorgungssicherheit Europas.
- 81 % der befragten Länder lehnen den deutschen Weg als Vorbild für die Welt ab.
- Keiner der Experten hält es für vorstellbar, daß sein Land den deutschen Politikansatz vollständig übernehmen könnte.
- 62 % können sich vorstellen, einzelne Elemente der Energiewende zu übernehmen. 33 % kein einziges Element. …

Die Naturschützer geraten in die Zwickmühle

… Die ursprüngliche Idee, damit der Umwelt etwas Gutes zu tun, wurde durch den flächenfressenden Gigantismus der grünen Techniken und die zwangsläufig dadurch entstehenden Umweltprobleme ad absurdum geführt.

Gerade die Naturschützer müssen jetzt mit Schrecken diese Folgen zur Kenntnis nehmen: Neben dem sehr erheblichen Flächenverbrauch, den alle grünen Energietechniken wegen ihrer sehr geringen Leistungsdichte aufweisen, werden Biotope zerschnitten, Monokulturen nebst Dünger- und Pestizideinsatz lassen die Tierwelt verarmen, Windmühlen gefährden Vögel und Fledermäuse, Hochspannungstrassen - auch solche mit Erdkabeln - erfordern breite Schneisen, große Windparks werden neuerdings bevorzugt in Wäldern errichtet und die Verschandelung der Landschaft ist in vielen Regionen brutal geworden.

Bürgerinitiativen kämpfen energisch gegen den Bau von neuen Pumpspeicherkraftwerken, wie zum Beispiel die in Atorf im Südschwarzwald von den Schluchseewerken geplante Großanlage. Der Schwarzwaldverein als Interessenvertreter der Bevölkerung hatte in den Anhörungen kritisiert, "die Region dürfe nicht bloß das Objekt für energiewirtschaftliche Ausbeutung werden." Die Vertreter des EVU räumten ein, daß sich die Landschaft deutlich verändern werde, "da werde man sich sicher erst dran gewöhnen müssen." Naturschützern müßten bei derartigen Äußerungen die Ohren klingen.

Wer zudem auch noch ein Menschenfreund ist, wird die Lärmemissionen der Windanlagen, den Elektrosmog durch Hochspannungsleitungen, die Brandgefahren der Photovoltaik und die Unfälle bei der Errichtung der diversen Anlagen mit ins Kalkül ziehen müssen. ...

Wann kommt das Ende?

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie irrealen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.

Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtete später über die Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland (x866/...): >>**Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?**

Die Lösung der Energiefrage in Deutschland ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale Ansprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelungen. Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben, aber auch von anderen klugen Beobachtern.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl destilliert wird.

Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl und an der Bagdadbahn an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhrgebiet -, nachdem die oberschle-

sischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung und die Abtrennung des Ruhrgebiets, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte.
Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistigtechnische und moralische Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung … Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranlagen. Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert.
Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen und zum 2. Weltkrieg führte. Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die Terroristen in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau der deutschen Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen. So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen - die in der östlichen Zone erst nach 1989 - sowie der Bergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.
Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben. Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fortgeschrittenen Kernenergietechnik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können.
Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt. Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb.
Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-How der Kerntechnik und Kohletechnik ist in Deutschland immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen unserer guten Freunde aus dem Westen.
Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid, das kein Schadstoff und Klimakiller ist wie die Leute von der Wall-Street behaupten, usf. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne eines Großteils der Menschheit.
Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc.
Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht. Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganz Deutschland mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen … angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energieliefe-

rung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien.
Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang in Frage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann, gut transportabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei und können die bestehenden Energiesysteme nicht ersetzen.
Als Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat man zunächst die Speicherung in Drucktanks erwogen. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personenautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur des Tankstellennetzes ohne große Änderungen benutzt werden kann.
Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw. Globalstrategen nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher gesagten. So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt. Die Hilfstrupps in Bonn und Berlin haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie nicht laut gesagt.
Ein weiteres Argument gegen die Wasserstofftechnik kam von den Grünen: diese Technik helfe nur der Großindustrie und sei damit nicht förderungswürdig. Basta! Ab Mitte der 1990er Jahre - als der Einfluß der 68er in allen Parteien bestimmend geworden war - wurde die staatliche Förderung der BRD-Wasserstoff-Projekte zurückgefahren bzw. eingestellt. Dafür wurde der Absatz von Windenergieanlagen und Fotovoltaiksystemen in steigendem Maße subventioniert. Diese Windräder liefern allerdings bei Windstille oder Schwachwind keinen Strom, ebensowenig wie die Solarzellen nachts oder bei wolkenverhangenem Himmel.
Die grünen Energiepolitiker waren sich schnell einig, daß dieses Problem leicht mit Batterien zu lösen sei. Allerdings gibt es auf der Welt nicht so viel Blei - für die Elektroden der Batterien, um die Energieversorgung Deutschlands für einige Wochen durch Batterien sicherzustellen.
Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten.
Noch kurioser wird es bei Starkwind. Wegen des EEG müssen bei starkem Wind - also bei hoher Stromproduktion- die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom. Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke. Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.
Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungs-

gesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden. Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist. Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht und muß ebenfalls verboten werden, Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO2-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO2-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.

Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall-Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der Überschrift beantwortet:

Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.

Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hollywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. November 2013: >>**Jammern auf hohem Niveau**

Energiepolitik: Stromkonzerne warnen vor Blackouts / Milliardengewinne trotz Atomausstieg / Bürger müssen die Zeche zahlen …

Für die Altlasten des in den siebziger Jahren staatlich initiierten AKW-Abenteuers sind milliardenschwere Rückstellungen in den Bilanzen verbucht. Den Löwenanteil für Rückbau und atomare Endlagerung wird ohnehin der Steuerzahler zu tragen haben. Die Chefs von zehn führenden EU-Versorgern, darunter auch E.ON und RWE, treibt derzeit eine andere Sorge um: "Die Gefahr von Blackouts in Europa war nie höher als derzeit", warnte Gérard Mestrallet, Chef des teilstaatlichen französischen Konzerns GDF Suez in einer Erklärung. Die Versorgungssicherheit sei während eines strengen Winters nicht mehr gewährleistet, mahnte RWE-Chef Peter Terium.

Ursache hierfür ist, daß konventionelle Kraftwerke aus Kostengründen vom Netz gehen, während der Ökostrom mit EEG-Milliarden ausgebaut wird. Der "grüne" Strom hat aber einen großen Nachteil: er fließt nur, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht. Hinzu kommt, daß die meisten Windräder in Nord- und Mitteldeutschland, die energiehungrigsten Abnehmer aber im Süden und Westen angesiedelt sind.

"Der Netzausbau ist nicht vorangekommen - es wurden keine neuen Leitungen errichtet. Es wurden auch keine zusätzlichen Kraftwerke gebaut", klagte der Chef des Stromnetzbetreibers Tennet, Martin Fuchs, im Münchner Merkur. "Die Gefahr eines Stromausfalls ist eher noch gestiegen, weil jetzt in Süddeutschland zwei Gaskraftwerke nicht mehr für den regelmäßigen Einsatz zur Verfügung stehen."

Diese Kraftwerke sind aber unverzichtbar, um bei Flaute des Ökostroms schnell Ersatz liefern zu können. Zusätzliche Stromleitungen sind nötig, um bei hohem Windstromangebot diesen nach Südwesten zu transportieren. Im Februar dieses Jahres hätten bereits Zwangsabschaltungen gedroht: "Damals waren die Kraftwerkskapazitäten komplett ausgeschöpft. Wäre ein Kraftwerk ausgefallen, hätten wir Verbraucher vom Netz nehmen müssen."

Für den Netzausbau seien "schlanke und zügige Genehmigungsverfahren" unabdingbar. Eine Stromautobahn von Nord- nach Süddeutschland würde zwei bis drei Milliarden Euro kosten. "Ein flächendeckender Stromausfall kostet allerdings innerhalb weniger Stunden Milliarden. Die Versorgungssicherheit sollte uns eine solche Investition wert sein", so der Tennet-Chef, der mit "uns" wahrscheinlich den Steuerzahler meinte. …<<

Dr. Klaus Peter Krause berichtete am 30. Januar 2014 in der Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt": >>**"Die Energiewende-Politik beenden"**

Ein *Energiepolitisches Manifest* stellt dar und begründet, warum das notwendig und unausweichlich ist …

Die deutsche "Energiewende" ist zu einer sinnentleerten Politik geworden. Die Bundesregierung und ihre Parteien halten nur noch aus Furcht vor der völligen Blamage … an ihren irrealen Plänen fest. Mit kosmetischen Korrekturen versuchen sie, sich über die Runden zu retten, wohl wissend, daß der Preis, den Bürger und Wirtschaft für die mutwillige Stromverteuerung und für die Folgen dieser Verteuerung in allen Lebensbereichen werden zahlen müssen, mit jedem weiteren verlorenen Monat nur noch weiter steigt.

Anscheinend wartet die Politik mit einer radikalen Kurskorrektur noch so lange, bis Arbeitslosigkeit, Energiearmut und die Abwanderung der Industrie völlig unerträglich geworden sind. So steht es sinngemäß im Vorwort eines Papiers mit dem Titel *"Energiepolitisches Manifest"*. Verfaßt haben es die Diplom-Ingenieure Günter Keil, Michael Limburg und Burkhard Reimer. Sie fordern dazu auf, die Energiewende-Politik zu beenden, und tragen in ihrem "Manifest" die Argumente dafür vor.

Das *Manifest* enthält, was Politik und Medien mitzuteilen verweigern

Im Vorwort heißt es ist ferner: "Am 16. Dezember 2013 hat die Diskussion über die Energiepolitik eine neue Qualität bekommen: An diesem Tag hielt der Direktor des Münchner ifo-Instituts Prof. Dr. Hans-Werner Sinn einen Vortrag im Audimax der Universität München mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Noch nie zuvor hat ein führender Ökonom derart präzise und kompromißlos die katastrophalen Fehler der Energiewendepolitik analysiert und deren ebenso katastrophale Folgen demonstriert. …

Der erste Fehler: Ignoranz gegenüber Physik und Elektrotechnik

Den ersten Fehler sehen die Verfasser in der "Ignoranz gegenüber den Gesetzen der Elektrotechnik". Er liegt "darin, daß die Regierung mit ihren Plänen zur immer stärkeren Stromversorgung Deutschlands mit den völlig ungeeigneten, unzuverlässigen und dazu noch teuren Techniken Windstrom und Solarstrom das Problem der dafür erforderlichen, aber nicht im Entferntesten vorhandenen Stromspeicher übersehen bzw. nicht begriffen hat.

Sie muß das jetzt erkennen und die bittere zusätzliche Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß es auch in den nächsten 30 Jahren keine einzige quantitativ ausreichende und zudem auch noch bezahlbare alternative Speichertechnik geben wird und geben kann, egal, welche verspäteten und z.T. fragwürdigen Entwicklungsprojekte jetzt in aller Hektik begonnen werden.

In der Folge wird die Netzstabilität und damit die Versorgungssicherheit dramatisch abnehmen - mit desaströsen Folgen für die Wirtschaft. Die zu 99 % fehlende und praktisch nicht zu steigernde Stromspeicher-Kapazität - 35 Pumpspeicherwerke statt der erforderlichen 3.500 Pumpspeicherwerke - ist absolut tödlich für die gesamte Energiewendepolitik."

Der zweite Fehler: Unbegreifliche Unterschätzung der Kosten

Der zweite Fehler liegt für die Verfasser "in der ebenfalls unbegreiflichen Unterschätzung der Kosten für die Umsetzung der Energiewendepläne. 'Das EEG wurde vermutlich von niemandem zu Ende gedacht und zu Ende gerechnet', kommentierte der Analyst Guido Hoymann vom Bankhaus Metzler.

Alle Berechnungen zu den mit jedem Jahr weiter steigenden Kosten für immer mehr Windräder und Photovoltaikanlagen, für Biogasanlagen, für den riesigen Ausbau zunächst des

Höchstspannungsnetzes und danach der noch viel größeren unteren Netzebenen, die gigantischen Offshore-Investitionen führen bereits zu Billionen-Beträgen. Dazu kommt aber noch die bald unvermeidliche Subventionierung der unverzichtbaren Kohle- und Gaskraftwerke, ebenso der Pumpspeicher-Kraftwerke und selbst der verbliebenen Kernkraftwerke - weil die Überförderung der sogenannten erneuerbaren Energien und ihr EEG-garantierter Einspeisezwang diese Kraftwerke unwirtschaftlich gemacht hat.
Deshalb bekommt Deutschland als logisches Ergebnis der Energiewendepolitik ein doppeltes und auch doppelt unrentables Stromerzeugungssystem - die hochsubventionierten "Erneuerbaren" und die dann notleidenden und gleichfalls subventionierten "Konventionellen". Das muß die Strompreise weiter in die Höhe treiben."

Am Ende werden Billionen Euro verloren sein

Abschließend heißt es: "Um den Exodus der Industrie etwas zu verlangsamen, wird man die energieintensiven Unternehmen ebenfalls finanziell unterstützen müssen und ebenso viele der von den extremen Energiekosten überforderten Bürger. Weil gleichzeitig wegen der Industrieabwanderung die Steuereinnahmen sinken und die Arbeitslosigkeit steigt, verschlechtert sich die Lage weiter. Wie viele Billionen am Ende für diesen wirtschaftlichen Selbstversuch eines Industrielandes verloren sein werden, ist nicht abschätzbar. Sicher ist nur, daß dies der zweite Sargnagel für die Energiewende ist." …<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2014: >>**Ifo-Chef Top-Ökonom Sinn wirbt für Rückkehr zur Atomkraft**

… Ifo-Chef Hans-Werner Sinn plädiert dafür, die deutschen Atomkraftwerke nicht abzuschalten und die Förderung regenerativer Energien einzustellen. Sein Argument: Deutschland wird seinen Kohlendioxidausstoß nicht wie geplant verringern können, wenn es auf Wind- und Sonnenenergie setzt und gleichzeitig seine Atomkraftwerke abschaltet. Das sei aus ökonomischen Gründen nicht möglich, erklärte er bei einem Symposium der Handelskammer für München und Oberbayern.

"Die Atomkraftwerke abzuschalten, ist Unfug. Wer die Umweltproblematik ernst nimmt, der kommt an der Atomkraft nicht vorbei", sagt Sinn in seinem Vortrag mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Demnächst dürfte auch ein Buch mit diesem Titel erscheinen. Deutschland will bis 2050 rund 80 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen und 2022 das letzte Atomkraftwerk abschalten. …

Sinns Rechnung geht hingegen so: Ja - Deutschland muß seinen Kohlendioxidausstoß reduzieren, aber das klappt mit erneuerbaren Energien nie. Er rechnet vor: Derzeit decken fossile Energieträger rund 85 Prozent unseres Endenergiebedarfs, regenerative kamen 2012 gerade einmal auf drei Prozent.

Es könnte mehr sein, aber dazu müßte man es schaffen, die Windstromspitzen zu nutzen, also das Stromangebot über eine Zwischenspeicherung zu glätten. Aber dafür müßten mindestens 400 Pumpspeicherwerke gebaut werden. "Dagegen würden sich sicher Proteste in der Bevölkerung erheben", sagt Sinn und fügt hinzu: Von dem Geld könnte man mehrere Atomkraftwerke bauen. ...

Ein nächster Kritikpunkt Sinns sind Flächenverbrauch und "Landschaftsverschandlung". Eine Fläche von der Größe mehrerer Wattenmeere müßte Deutschland mit Windrädern bedecken, wollte es fossile Energieträger durch regenerative ersetzen, behauptet Sinn. …

Wie komme es nur, daß die Energiewende trotz der höheren Strompreise eine so hohe Zustimmung in der Bevölkerung genieße, fragt die Moderatorin der Veranstaltung. Die Deutschen neigten eben zu Ideologisierung und seien nicht so pragmatisch wie die Angelsachsen, antwortet Sinn. …

Die anwesenden Wirtschaftsvertreter stört vor allem der Strompreis. Heinrich Traublinger, der Präsident des Bayerischen Handwerkstags, rechnet vor, daß die EEG-Umlage von 0,2 Cent im

Jahr 2000 auf 6,24 Cent in diesem Jahr gestiegen ist. "Steuern und Abgaben machen schon knapp unter 60 Prozent des Strompreises aus, in Österreich sind es nur 28 Prozent", sagt er.
Martin Faulstich, der Chefumweltberater der Bundesregierung, gibt zu, daß "die Erneuerbare-Energie-Umlage ein unglückliches Konstrukt ist". …
Um 13 Milliarden Euro habe die Förderung der Erneuerbaren die Stromrechnung im Jahr 2013 erhöht, sagt Hans-Werner Sinn und witzelt mit Blick auf ein anderes Lieblingsthema: Mancher meine angesichts der Rettungsschirme vielleicht, daß es darauf auch nicht mehr ankomme.
Damit kommt er beim Publikum besser an als Staatsekretär Pschierer, der den Anwesenden mit Blick auf die Energiewende mitteilen muß:
"Es wird kein Roll back geben, die Energiewende ist beschlossen." …
Hans-Werner Sinn dagegen muß sich nicht darum kümmern, ob eine Sache parlamentarisch beschlossen ist oder nicht. Er wirbt unverzagt für die allseits unbeliebte Atomkraft: "Ich wage zu behaupten, daß sich Deutschland von diesem Kurs abwenden wird und zur Atomkraft zurückkehren wird - die Abschaltung der Atomkraftwerke ist noch nicht gesichert", sagte er Mitte Dezember bei der erstmaligen Vorstellung seiner These von der "Energiewende ins Nichts". Sinn bietet Wetten darauf an, daß die letzten Atomkraftwerke nicht abgeschaltet werden.
Als Vorbild hält der Ökonom den Deutschen die Chinesen vor, die den in Deutschland entwickelten Kugelhaufenreaktor bauen wollen. "Jeden Monat wird in China ein neues Atomkraftwerk in Betrieb genommen", sagt er. Die Angst seiner Landsleute vor der Atomkraft hält Sinn für irrational: "Die deutschen Atomkraftwerke sind die sichersten der Welt. Ihre Sicherheit hat sich seit Fukushima nicht verändert", sagt er.
"Haben sie nicht manchmal die Befürchtung, kein Recht zu haben?", fragt die Moderatorin gegen Ende der Veranstaltung. Sinn überhört den ironischen Unterton und antwortet: "Ich liebe mein Volk, aber ich fürchte, daß es so ist: Wir erfinden Ideologien und erwarten, daß die anderen hinterherlaufen."<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. November 2015: >>**Energiewende: So teuer wird der Atomausstieg für die Deutschen**
Bis Ende 2016 wird ein deutscher Durchschnittshaushalt die Energiewende mit 540 Euro subventioniert haben – Tendenz steigend. Besonders schlimm daran: Das Projekt ist noch nicht einmal erfolgreich. ...
Versprochen hatte Angela Merkel anderes. In ihrer Regierungserklärung zur Energiepolitik drei Monate nach dem Reaktorunglück in Fukushima erklärte die Kanzlerin im Juni 2011, Strom müsse bezahlbar bleiben. Die EEG-Umlage von damals 3,5 Cent solle nicht weit über dieses Niveau steigen. Vier Jahre später läßt sich konstatieren: Diese Versprechen wurden gebrochen. Von den insgesamt 540 Euro Mehrkosten für einen Durchschnittshaushalt seit 2011 entfallen laut dem IW Köln allein 350 Euro auf die Förderung von Öko-Strom.
Zweifel am Erfolg der Energiewende
... Auch die Wirtschaft macht sich Sorgen. "Mehrbelastungen für Unternehmen und Privathaushalte in Höhe von 100 Milliarden Euro in zehn Jahren sind nicht unrealistisch", sagt DIHK-Chef Eric Schweitzer. Die Politik solle die Notbremse ziehen und etwa auf die höhere KWK-Förderung verzichten.
Befürworter der Energiewende argumentieren: Der Atomausstieg verursacht nun einmal Kosten. Aber ist die Energiewende nicht dennoch ein Erfolg? Seit Inkrafttreten des EEG vor 15 Jahren ist der Anteil des Ökostroms auf 28 Prozent gestiegen. Zeigt das nicht, daß Atom- und Kohlestrom ersetzbar sind? Wissenschaftler des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg haben ihre Zweifel. Sie stellten jüngst fest: Trotz dreistelliger Milliarden-Beihilfen deckt die Windkraft erst 1,2 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs, die Solarenergie sogar nur ein Prozent.

Wie kann das sein? Beliefert nicht eine Windkraftanlage mehr als tausend Haushalte mit Strom? Sollten bei den mehr als 20.000 Windrädern nicht 20 Millionen Haushalte mit Ökostrom versorgt sein? Ist damit die Energiewende nicht fast schon geschafft? "Nein", stellten die Physiker fest. So hat der gesamte deutsche Stromverbrauch nur einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtenergie-Verbrauch Deutschlands. Und die privaten Haushalte stehen wiederum nur für 26 Prozent des gesamten Stromverbrauchs.
Der Beitrag von Ökostrom zum Klimaschutz ist damit fast verschwindend gering. "Selbst wenn alle Haushalte in Deutschland ihren Strom aus erneuerbaren Quellen bezögen, so wären erst 3,6 Prozent der Energiewende geschafft", sagt Studienautor Dirk Dubbers. Tatsächlich müßte der Klimaschutz eher bei der Heizenergie oder dem Verkehr ansetzen. "Wird im Verkehrssektor acht Prozent weniger Kraftstoff verbraucht, so spart dies mehr Energie ein, als alle bestehenden Windkraftanlagen produzieren", so Dubbers. ...<<
Der deutsche Unternehmer und Verleger Bernd Förtsch berichtete am 19. Februar 2016 im Börsenmagazin "DER AKTIONÄR": >>**Merkels (Null-)Planwirtschaft**
Wer erfolgreich sein will, muß Opfer bringen. Keiner weiß das besser als Kanzlerin Angela Merkel. Wer sich von einer schüchternen Uckermark-Perle zur mächtigsten Frau Europas entwickelt, hat sicher viele Opfer gebracht. Leider wird immer deutlicher, daß sie für ihre Karriere etwas opfert, was mir sehr am Herzen liegt: Deutschland.
Symptomatisch dafür ist die Situation der Versorger, allen voran bei RWE. Die nach Fukushima eingeleitete Energiewende war und ist nichts anderes als Improvisationspolitik aus wahltaktischen Gründen. Das Opfer bringen deutsche Unternehmen und Verbraucher, die im internationalen Vergleich mit die höchsten Energiekosten verkraften müssen. Ein Standortnachteil, der Deutschland Investitionen und am Ende viele Arbeitsplätze kostet.
Denn bei RWE – und im Umkehrschluß dann auch bei E.ON – stehen nicht etwa die Dividenden für die Aktionäre und für Ruhrpott-Kommunen im Feuer. Das ist zu verkraften. Am politisch verursachten Niedergang von RWE und E.ON hängen 120.000 Arbeitsplätze, welche die Kanzlerin potentiell auf dem Gewissen hat. Angesichts des Teufelskreises, in dem sich die Versorger befinden, würde es mich nicht wundern, wenn eines Tages die Verstaatlichung des Energiesektors als "alternativlos" diskutiert wird.
Daß der planwirtschaftliche Irrsinn hierzulande nicht längst zum großen Knall geführt hat, ist der Tatsache geschuldet, daß für Exportweltmeister Deutschland mit Nullzinsen und dem schwachen Euro die denkbar besten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorherrschen. Nur deshalb und dank des damit verbundenen größten Steueraufkommens aller Zeiten kann sich Merkels Finanzchef Wolfgang Schäuble für seine schwarze Null auf die Schultern klopfen. Daß es bei diesen Rekorden nicht möglich ist, Schulden zu reduzieren, ist ebenso ein Armutszeugnis wie Schäubles Tragfähigkeitsbericht: Deutschlands Staatsfinanzen sind alles andere als zukunftsfest.
Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang die konzertierte Attacke auf das Bargeld. Doch dafür gibt es eine einfache Erklärung: Es müssen künftig eben noch mehr Opfer gebracht werden. In einem rein digitalen Finanzsystem können die Opferlämmer – die Steuerzahler – schneller zur Schlachtbank geführt werden.
Was uns Merkel als soziale Marktwirtschaft verkaufen will, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiederauferstehung einer gescheiterten DDR-Planwirtschaft, die vor 26 Jahren begraben wurde. Ein Rückfall in Merkels sozialistische Jugendzeit entspricht nicht meiner Vorstellung von Deutschlands Zukunft.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. März 2016: >>**Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik**
Am 11. März 2011 forderten ein Erdbeben, ein Tsunami und die anschließende Atomkatastrophe in Fukushima über 18.000 Opfer. Japan will nun den nuklearen Neuanfang - gegen

den Willen der Bevölkerung.
Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang.
Zum fünften Jahrestag des Tsunamis mit folgender Atomkatastrophe von Fukushima fällt Sigmar Gabriel vor allem das ein: "Energiewende - wir machen das." Der offizielle Kommentar des Bundesministers für Wirtschaft und Energie unterscheidet sich da überhaupt nicht von den einschlägigen Öko- und Umweltverbänden: Sie alle schlagen in ihren aktuellen Statements anläßlich der japanischen Nuklearkatastrophe direkt den Bogen zum ökologischen Umbau der deutschen Energieversorgung. Dabei liegt die Verbindung nicht so auf der Hand, wie es zunächst scheint.
Der einflußreiche Berliner Thinktank Agora etwa nahm den Jahrestag zum Anlaß, eine Energiewendebilanz der letzten fünf Jahre zu ziehen. Ganz so, als hätte das eine etwas mit dem anderen zu tun. Und die Deutsche Umwelthilfe fühlte sich vom Gedenktag sogar zur Geschichtsklitterung der besonderen Art verleitet: "Als Reaktion auf das Unglück beschloß die Bundesregierung den Atomausstieg und leitete die Energiewende ein", deuten die Umwelthelfer die Geschichte um.
Spätestens hier muß man festhalten, daß die Fukushima-Katastrophe die deutsche Energiewende weder ausgelöst noch begründet hat. Fukushima hat sie noch nicht einmal beschleunigt oder sonst wie befeuert. Der Bau von Solaranlagen hatte in Deutschland schon 2010, also ein Jahr vor Fukushima, sein Rekordniveau von rund 7,5 Gigawatt erreicht.
Auch der Windkraftausbau gewann nach dem Katastrophenjahr 2011 nur ganz leicht an Tempo und blieb noch bis einschließlich 2013 weit hinter der von der Bundesregierung anvisierten Zielgröße zurück. Beschleunigt hat Fukushima hier erst einmal gar nichts. Richtig ab ging es mit dem deutschen Windkraftboom erst wieder 2014: Da machten die Investoren Tempo, um noch schnell von den hohen Einspeisevergütungen zu profitieren, bevor die Bundesregierung das Fördersystem auf eine wettbewerbliche, unbequemere Variante umstellen wollte. …

Operation Grünen-Bremse

Der nach Fukushima von der Bundesregierung eingeleitete Atomausstieg war somit kein Ausfluß einer neu motivierten Energiewendepolitik - denn der damit einhergehende Rückschlag für den Klimaschutz wurde ja noch nicht einmal ansatzweise diskutiert. Im Grunde ging es der schwarz-gelben Koalition um Macht: Es galt, den damals steilen Aufstieg der Grünen in den Umfragen zu bremsen.
Denn bei den Landtagswahlen nur wenige Wochen nach Fukushima war es der Ökopartei gelungen, mit Baden-Württemberg eine CDU-Hochburg zu Fall zu bringen und dort mit Winfried Kretschmann den ersten grünen Ministerpräsidenten zu stellen. In der sogenannten Sonntagsfrage näherten sich die Grünen bis zum Sommer 2011 bundesweit sogar der 30-Prozent-Marke an und rangierten nur noch drei Prozentpunkte hinter der Union.
In dieser Situation entschied sich das Kabinett Merkel, den großen Energiekonzernen in einem enteignungsgleichen Eingriff den Betrieb von acht Atomkraftwerken sofort und entschädigungslos zu untersagen und den übrigen Meilern feste Abschaltdaten bis zum Jahr 2022 vorzugeben. Dieser womöglich verfassungswidrige Eingriff - Karlsruhe verhandelt das in der kommenden Woche - befreite die Union nachhaltig von der Last der seit Jahrzehnten schwelenden Atomdebatte in Deutschland.
Die Operation Grünen-Bremse gelang: Durch den eingeleiteten Atomausstieg eines ihrer wichtigsten Themen beraubt, gehörten die Grünen 2013 zu den Verlierern der Bundestagswahl.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. September 2016: >>**Lecks in der Modellfabrik der Zukunft**

Das Energiesparpotential in der Industrie ist enorm, aber nicht alle neuen Ideen sind sofort praxistauglich
Der international erfahrene Energiesicherheitsexperte Manfred Haferburg macht sich keine Illusionen: "Ohne eine billige, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern. Und diese Speicher-Technologie ist noch nicht erfunden", konstatierte der Diplomingenieur für Maschinenbau und Kernenergetik auf dem Autorenblog "Die Achse des Guten". Selbst wenn die Sonne öfter schiene und der Wind 364 Tage im Jahr durchwehte, wäre ein Zweitkraftwerkspark mit 100 Prozent Kapazität für die paar Stunden nötig, in denen es windstill und stockdunkel ist: "Sonst bricht das Stromnetz zusammen - es gibt einen Blackout. Das ist der unheilbare Konstruktionsfehler der Energiewende", so Haferburg.
Unrealistisches Energiekonzept?
Doch Haferburgs berechtigte Kritik hat nur eine der beiden Säulen der politisch initiierten Energiewende - die "Erneuerbaren" und die nicht vorhandenen Speicher für Wind- und Sonnenstrom - im Blick. Die andere Säule, die Energieeinsparung, scheint allerdings auch nicht sonderlich tragfähig. Hierzu wäre nicht allein auf einzelne Sparten wie den inzwischen als illusorisch erkannten massenhaften Umstieg auf Elektroautos zu verweisen. …<<
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 23. November 2016: >>**Wie steht es um die Energiewende?**
Hans-Werner Sinn
Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn ist für seine steilen Thesen bekannt. Und so waren auch nicht alle Mitglieder des Handelsblatt-Wirtschaftsclubs mit seiner Analyse zur Energiewende einverstanden.
"Am Schluß kommt es auf die Zahlen an." …
Das Thema des Vortrags von Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn: "Der grüne Zappelstrom und die Grenzen der Energiewende". "Ist die Energiewende schon verstorben und ein Fall für die Pathologie?", fragte Moderator und Chefökonom des Handelsblatts Dirk Heilmann.
Sinn setzte sich gleich zu Beginn seines fast einstündigen Vortrags selbst die Latte, an der Ökonomen gemessen werden: "Ein Volkswirt akzeptiert die Ziele, die von der Politik gesetzt werden", sagte er. Wenn ein Volkswirt kritisiere, möchte er nicht die Ziele der Politik in Frage stellen, es gehe immer nur um die Instrumente, die eingesetzt werden.
Am Ende seines Vortrags und einer kontroversen Diskussion im Anschluß mit den Lesern des Handelsblatts sollte Sinn von diesem Grundsatz jedoch abweichen.
Die Ziele der Politik bei der Energiewende sind in Deutschland klar definiert: Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020, Ausstieg aus der Stromgewinnung aus Atomkraft bis 2022. "Ehrlich gesagt ist es ein Fehler, aus der Atomkraft auszusteigen", sagte Sinn. Statt dessen plädierte er dafür, die Forschung an der Atomkraft mit zweistelligen Milliardenbeträgen weiter zu betreiben. Das sei doch viel besser als "diese volatilen Stromquellen zu betreiben".
Wie volatil diese sind, hatte er in seinem Vortrag beschrieben. Er erklärte, welche Rolle ein flexibler Stromverbrauch spielen könnte und wie Speicher beschaffen sein müßten und wie viele nötig seien, um diese Volatilität auszugleichen: Batterien von Elektroautos etwa, Pumpspeicherwerke, Methanspeicher. "Man kann sehr schön semantisch über solche Dinge reden, aber am Schluß kommt es auf die Zahlen an", so Sinn. Eine Kilowattstunde Methan aus Rußland koste drei Cent, dieselbe Menge Methan aus Windstrom koste mindestens 24 Cent.
Die Pufferung der Erzeugungsspitzen erfolge momentan durch Doppelstrukturen, so Sinn, konventionelle Anlagen würden dann angeschaltet, wenn regenerativer Strom nicht erzeugt wird. Sinn zeigte, daß Pumpspeicherwerke allein nicht ausreichen würden, um Volatilität von Wind- und Solarstrom bei 100-prozentiger Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen

auszugleichen. Sinns Thesen: Für die Pufferung von Wind- und Solarstrom bräuchte man 6.400 Pumpspeicherwerke. Auch Demand Management reduziere die nötige Speicherkapazität kaum. Bei einer Pufferung durch konventionelle Anlagen seien nicht mehr als 30 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien möglich, so sein Schluß.
Sinn äußerte sich kritisch gegenüber den deutschen Klimaschutzplänen: "Um so mehr wir tun, um so weniger tun die anderen."
Aus dem Publikum bekam er Gegenwind für seine Thesen. "Sie haben zwei Themen ausgeblendet", kritisierte Alexander Voigt, Seriengründer im Bereich Erneuerbare Energien. So habe Sinn die Sektorkopplung ausgeblendet, also die Verbindung des Wärme- mit dem Stromsektor. Diese Kopplung könne helfen, die Spitzen in der Energieerzeugung auszugleichen. Außerdem werde der Preis für Strom aus erneuerbaren Energien kontinuierlich sinken, auch das habe Sinn bei seinem Vortrag nicht berücksichtigt.<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. November 2016: >>... **Volksabstimmung Schweizer wollen Atomkraftwerke nicht schnell abschalten**
Die fünf Atomkraftwerke in der Schweiz werden nicht vorzeitig vom Netz genommen: In einer Volksabstimmung hat eine überraschend große Mehrheit der Eidgenossen eine entsprechende Initiative abgelehnt.
Schon am frühen Nachmittag war in der Schweiz klar, was sich seit dem Vormittag immer mehr abgezeichnet hatte: Die fünf Atomkraftwerke des Alpenlandes werden nicht vorzeitig stillgelegt. In einer Volksabstimmung lehnte eine überraschend große Mehrheit von 54,2 Prozent eine Initiative der Grünen Partei ab, die einen sofortigen "geordneten Ausstieg aus der Atomenergie" vorgesehen hatte. Für die Atomausstiegsinitiative votierten 45,8 Prozent der Eidgenossen.
Danach hätte die Laufzeit aller fünf Atomkraftwerke des Landes auf 45 Jahre beschränkt werden sollen. Bis spätestens 2029 hätten alle AKWs damit vom Netz müssen. Für drei der ältesten Atomkraftwerke der Welt - darunter zwei in unmittelbarer Nähe zu Baden-Württemberg - wäre schon im nächsten Jahr das Aus gekommen. Doch schon in ersten Hochrechnungen bekam die Initiative nur 45 Prozent der Stimmen, 55 Prozent stimmten dagegen. Auch war schon früh klar, daß die Mehrheit der Kantone die Pläne abgelehnt hatte. Damit scheitert die Ausstiegsinitiative schon allein am "Ständemehr".
Die 1969 sowie 1971 fertiggestellten AKW Beznau 1 und Beznau 2 liegen weniger als zehn Kilometer Luftlinie von der Südgrenze Deutschlands entfernt. Auch das Atomkraftwerk Mühleberg in der Nähe von Bern hätte 2017 vom Netz genommen werden müssen, die zwei weiteren Schweizer AKW bis spätestens 2029. Beznau 1 war der erste Atommeiler der Schweiz und ist das älteste noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerk der Welt.
Ausstieg generell beschlossen, aber nicht, wie
Daß sich nach Deutschland auch die Schweiz über kurz oder lang vom Atomstrom verabschieden wird, ist seit der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 grundsätzlich klar. Auch die Schweizer Regierung beschloß damals den Ausstieg - nur wann und wie, wurde nicht geklärt. Nach dem gescheiterten Referendum vom Sonntag wird diese Frage die Schweizer Politik nun weiter beschäftigen. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Mai 2017: >>**Energiewende durch die Hintertür**
EU sagt der Braunkohle den Kampf an - Berliner Senat will den Ausstieg bis Ende des Jahres
Die Landesregierungen in Potsdam und Dresden wollten der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz eigentlich noch eine längere Perspektive geben. Eine neue EU-Regelung macht nun allerdings einen vorzeitigen Ausstieg immer wahrscheinlicher.
Bereits am 9. Mai hat der Berliner Senat den Entwurf für eine Novelle des Berliner Energie-

wendegesetzes beschlossen. Nach dem Willen der rot-rot-grünen Koalition soll in der deutschen Hauptstadt bereits bis Ende dieses Jahres der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erfolgen. Bis 2030 will der Senat zudem auch auf Steinkohle als Energieträger verzichten. …
Tatsächlich hätte ein baldiges Aus für die Kohleverstromung weitreichende Folgen:
Mehrere Zehntausend Arbeitsplätze und Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung hängen in Brandenburg und Sachsen direkt und indirekt von der Braunkohle ab. Trotz des Ausbaus der Erneuerbaren Energien wird zudem auch immer noch gut ein Viertel des Stroms in Deutschland über den Energieträger Braunkohle erzeugt.
Damit nicht genug. Deutschlands Kohlekraftwerke leisten mit ihrer Grundlastfähigkeit bislang einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Im Gegensatz zu den Windenergie- und Photovoltaikanlagen liefern sie nämlich mit konstanter Zuverlässigkeit Strom und sorgen für eine Frequenzstabilität im Stromnetz.
Der Bundesverband Braunkohle hat zudem auf Prognosen hingewiesen, wonach in den nächsten drei Jahrzehnten noch einmal mit einem deutlichen Anstieg der Stromnachfrage zu rechnen sein soll.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/59-61): >>**Die fünf größten Profiteure**
_ *von Andrew Follett*
"Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!" Wie bei Johann Tetzels Ablaßhandel gibt es auch bei der angedrohten Klimaverdammnis immer jemanden, der die Hand aufhält. Wer den größten Reibach mit der Angst macht, lesen Sie in dieser Rangliste.
Ökoaktivisten werfen Klimaskeptikern gerne vor, ihr Geld auf dem Rücken der Umwelt zu verdienen oder von der Erdöl-Lobby geschmiert zu sein. Dabei macht Letztere jährlich nur 46 Millionen Dollar locker, wie aus einer Analyse des US-Magazins Forbes von Anfang 2014 hervorgeht. Das ist etwa sechs Mal weniger als Greenpeace mit seinem 260-Millionen-Dollar-Budget von 2011. Laut Forbes kommen die fünf größten Öko-NGOs Greenpeace, The Nature Conservancy, World Wildlife Fund (WWF), National Wildlife Federation und der Sierra Club zusammen auf mehr als 1,6 Milliarden Dollar pro Jahr.
Tatsächlich haben also die Aktivisten der globalen Erwärmung viel mehr Geld zur Verfügung als ihre Gegner. Die fünf Spitzenverdiener im Klima-Busineß sind folgende:
Platz 1: Al Gore
Der ehemalige US-Vizepräsident hat es durch seinen selbstlosen Einsatz gegen die globale Erwärmung geschafft, sein Privatvermögen von 700.000 Dollar im Jahr 2000 auf 200 Millionen Dollar im Jahr 2017 zu vergrößern. Gore sowie der ehemalige Chef von Goldman Sachs Asset Management, David Blood, machten zwischen 2008 und 2011 Profite in Höhe von 218 Millionen Dollar, und zwar durch den Handel mit Emissionszertifikaten - ein Geschäftsmodell, das alleine auf Gores zuvor geschürter CO2-Panik basiert.
"Al Gore ist auf dem Weg, der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden."
The Telegraph
Im Jahr 2008 war er in der Lage, atemberaubende 35 Millionen Dollar seines Gewinns in Hedgefonds und andere rentable Investments zu pumpen. Darüber hinaus hat er viel Geld in Unternehmen gesteckt, die kurz darauf im Zusammenhang mit neuen Klimagesetzen große Regierungszuwendungen erhielten. Dabei sprang für den Ex-Vizepräsidenten immer eine ordentliche Rendite heraus.
2009 schrieb *The Telegraph* dazu: "Al Gore 'profitiert' von der Klimaagenda" und sei auf dem Weg, "der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden".
2. Platz: Elon Musk
Der Starinvestor und Großunternehmer, der bereits als Anteilseigner des Bezahlsystems PayPal ein Vermögen machte, gründete eine Reihe innovativer Firmen wie den Elektroauto-

Hersteller Tesla Motors, den Marktführer in Sachen Solarkollektoren SolarCity oder die Raumfahrtfirma SpaceX, die sich in Milliarden regierungsamtlicher Subventionen wälzen.
Im Jahr 2014 erhielt Musk 1,4 Milliarden Dollar von den Steuerzahlern in Nevada, um eine "Gigafabrik" für Tesla zu errichten. SolarCity erhielt ebenfalls große Summen, um nach Nevada zu ziehen - über eine Million Dollar flossen direkt aus dem Büro des Gouverneurs.
Als der US-Bundesstaat Änderungen an den Subventionen für Solarenergie vornahm, die zur Folge hatten, daß SolarCity nicht mehr begünstigt wurde, verließ das Unternehmen Nevada prompt. Mit anderen Standorten des Unternehmens war es zuvor ganz ähnlich gelaufen.
Der Autohersteller Tesla verkauft auch Lithium-Ionen-Batterien - sogenannte Powerwalls - für 7.000 Dollar pro Stück, die Strom in Privathaushalten speichern. Die ursprüngliche Absicht war es, Solar-Panels auf Dächern für Verbraucher erschwinglich zu machen. Die Powerwalls sollen sich nach Berechnung des Institute for Energy Research aber erst nach etwa 30 Jahren amortisieren, doch Tesla gibt lediglich zehn Jahre Garantie und schätzt, daß die Batterien nur etwa 15 Jahre lang halten werden.

3. Platz: Warren Buffet

Der US-Milliardär und Spekulant hat sehr viel in Stromversorgungsunternehmen wie NV Energy Inc., einen Elektrizitäts- und Gasversorger mit Sitz in Las Vegas, investiert und ist seit einiger Zeit auch auf den lukrativen grünen Energiezug aufgesprungen:
Berkshire Hathaway Energy hat knapp 30 Milliarden Dollar in erneuerbare Energiequellen investiert, vor allem in Windkraftanlagen.
Besonders stark hat sich Buffet bei der Lobbyarbeit in Sachen "Net-Metering" engagiert - hier geht es um die Vergütung von Strom aus privaten Wind- oder Photovoltaikanalagen. Ihm gelang die Revision eines Gesetzes in Nevada zu Gunsten der Stromversorger, also seiner Konzerne. Allein diese Änderung der Politik führte dazu, daß der rivalisierende Milliardär Elon Musk etwa 165 Millionen Dollar an einem einzigen Tag verlor.

4. Platz: Vinod Khosla

Der aus Indien stammende US-Milliardär wird als "Vater der sauberen Energierevolution" bezeichnet und hat über eine Milliarde Dollar in die Gründung von rund 50 verschiedenen Energie-Startups investiert. Ebenso steckt er hinter einigen der spektakulärsten Pleiten der Greentech-Industrie. Ans Aufgeben dachte er nie. Nach wie vor sieht er den Markt der erneuerbaren Energien als Profitquelle der Zukunft.
Viel Geld hat Khosla in den Treibstoffzusatz Ethanol gesteckt. Ob sich diese Investition rechnet, hängt stark von den Vorschriften der US-Regierung ab, die vorgibt, wieviel Ethanol Benzin enthalten muß. Steuernachlässe für den industriellen Alkohol haben die Regierung zwischen 1978 und 2012 bis zu 40 Milliarden Dollar gekostet, schreibt die Zeitschrift National Review.
Das Biosprit-Unternehmen KiOR wurde von Khosla maßgeblich finanziert und machte, nachdem es zuvor in den Himmel gelobt wurde, im November 2014 pleite - mit verheerenden Folgen für den US-Bundesstaat Mississippi, der KiOR einen zinslosen Kredit über 20 Jahre in Höhe von 75 Millionen Dollar gewährt hatte. Diese Gelder waren dem Unternehmen nur bewilligt worden, weil Khosla dem Staat versichert hatte, daß er Fabriken im Wert von 500 Millionen Dollar errichten und 1.000 Arbeitsplätze schaffen würde.

5. Platz: James Cameron

Der bekannte Filmregisseur und -produzent hat ebenfalls gewaltig vom Umweltaktivismus profitiert und erfreut sich eines einwandfreien, grünen Gewissens.
Anfang 2010 verstieg er sich laut BBC sogar zu der Behauptung, daß "wir in einer Weise mobil machen müssen wie während des Zweiten Weltkriegs", um die globale Erwärmung zu stoppen.
Über Wissenschaftler, die hinsichtlich des "Global Warmings" skeptisch sind, ließ Cameron

in Wildwest-Manier verlauten: "Ich möchte diese Leugner auf die Straße herausrufen, wenn die Sonne am höchsten steht, und diese Holzköpfe zum Duell fordern." Weiter sagte er: "Jeder Einzelne, der in dieser Zeit noch ein Leugner der globalen Erwärmung ist, hat seinen Kopf so tief in seinem Arsch, daß ich nicht weiß, ob er mich hören kann."

"Wir müssen gegen den Klimawandel mobil machen wie während des Zweiten Weltkriegs."

US-Regisseur James Cameron

Der Science-Fiction-Film *Avatar - Aufbruch nach Pandora* (2009), der die Zerstörung einer paradiesischen Welt durch fremde Eindringlinge und Ausbeuter thematisierte - und damit enorm auf der Welle des grünen Bewußtseins unserer Zeit ritt -, brachte Cameron über 650 Millionen Dollar ein, was ihn zu einem der reichsten Regisseure aller Zeiten machte.

Kampf gegen den Klima-Hitler

"Wir, die menschliche Spezies, sind mit einem planetaren Notfall konfrontiert - einer Bedrohung für das Überleben unserer Zivilisation, die in ihrer unheilvollen und destruktiven Kraft weiter steigt, während wir uns hier versammeln. ... Dennoch, trotz einer wachsenden Zahl ehrbarer Ausnahmen, sind immer noch zu viele Führer dieser Welt am besten mit den Worten Winston Churchills beschrieben, die er an jene richtete, die die Bedrohung durch Adolf Hitler ignorierten:

"Sie handeln merkwürdig paradox, entschieden nur darin, unentschieden zu sein, entschlossen zur Unentschlossenheit, unerbittlich in ihrer Wankelmütigkeit, fest in ihrer Flüssigkeit, allmächtig darin, ohnmächtig zu sein." (Aus einer Rede, die Al Gore am 10. Dezember 2007 in Oslo hielt, als er den Friedensnobelpreis entgegennahm)

_ Andrew Follett ist ein US-amerikanischer Journalist mit den Spezialbereichen Energie und Wissenschaft. Er schreibt für eine Reihe von Publikationen, unter anderem auch für die Webseite dailycaller.com, der dieser Text entnommen ist. COMPACT hat ihn leicht redigiert. Zuerst entdeckt haben wir den Artikel auf der Seite des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE) und danken Chris Frey für die Übersetzung.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/62-63): >>**Windrad-Kommunismus**

_ *von Daniell Pföhringer*

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein planwirtschaftliches Instrument, das Gelder an die Ökostromanbieter umverteilt. Die Verbraucher zahlen die Zeche - vor allem die ärmsten.

In keinem anderen Land der Welt wird die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft, Windenergie, Solaranlagen, Biomasse und Geothermie finanziell so stark gefördert wie in Deutschland. Beliefen sich die Kosten der Energiewende bis 2015 schon auf rund 150 Milliarden Euro, könnten sie sich nach einer aktuellen Studie des Instituts für Wettbewerbsökonomie der Universität Düsseldorf (DICE) in den nächsten zehn Jahren auf insgesamt 520 Milliarden Euro erhöhen.

Das Subventionsvolumen für Erneuerbare beträgt inzwischen mehr als 25 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind über 300 Euro je Bundesbürger. Laut DICE ist allein für den Zeitraum 2016 bis 2025 mit einer Belastung von gut 37,50 Euro pro Monat und Einwohner zu rechnen. Von einer Verringerung der volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung, wie sie von der Bundesregierung im Zuge des übereilten Ausstiegs aus der Atomkraft nach Fukushima 2011 in Aussicht gestellt wurde, kann also keine Rede sein.

Energiepolitische Planwirtschaft

Das planwirtschaftliche Produktionsregime der Energiewende hat ein altes Prinzip der Elektrizitätswirtschaft außer Kraft gesetzt: Früher richtete sich die Produktion nach dem Verbrauch. Es wurde genau so viel angeboten, wie auch abgenommen wurde, denn Strom kann

man schlecht speichern.
Doch heute bestimmt nicht mehr die Nachfrage das Produktionsvolumen, sondern die Natur, also Wind und Sonne. Herrscht eine steife Brise und strahlt gleichzeitig die Sonne, dann wird mehr Strom eingespeist als gebraucht wird. Die Netzbetreiber drosseln in diesem Fall ihre Kohle- und Gaskraftwerke, um eine Überlastung zu verhindern.
Bläst es noch stärker, müssen selbst Windparks vom Netz genommen werden, obwohl der Verbraucher weiter dafür zahlt. Auch das offenkundige Nord-Süd-Gefälle liegt in dieser Energie-Kommandowirtschaft begründet, da es auf einen klassischen Fehler zurückzuführen ist, der schon den früheren Ostblockstaaten zu schaffen machte, nämlich die mangelnde Synchronizität der Wirtschaftssektoren.
Soll heißen: Im Norden baut man die Landschaft mit Windrädern zu, hat aber nicht genügend Leitungen, um den produzierten Strom in den Süden zu bringen. Die dafür benötigten Trassen fehlen.
Versprochen ist versprochen und wird schnell gebrochen - das gilt auch für die Zusage Angela Merkels aus dem Jahr 2011, daß die EEG-Umlage nicht über den Wert von 3,53 Cent pro Kilowattstunde steigen werde. Mittlerweile hat sich die Umlage auf 6,88 Cent nahezu verdoppelt. Laut Berechnungen der Pro-Energiewende-Denkfabrik Agora, die von dem früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) geleitet wird, soll die EEG-Umlage 2018 zwar minimal auf 6,74 Cent pro Kilowattstunde (kWh) sinken, dieser Wert ist allerdings mit Prognoseunsicherheiten behaftet, so daß tatsächlich eine Bandbreite zwischen 6,6 und 6,9 Cent möglich wäre. Schon 2019 sieht Agora die Kosten wieder deutlich ansteigen - und zwar auf mehr als 7,5 Cent je kWh.

Papa Staat greift zu

Statt der "Strompreisbremse", von der Kanzleramtschef Peter Altmaier einmal geredet hat, steht der Fuß weiterhin auf dem Gaspedal. So hat sich seit 1998 der Strompreis schon um sage und schreibe 70 Prozent erhöht, wofür hauptsächlich der Staat durch die Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben verantwortlich ist.
Lag der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde in Deutschland 1998 bei 17,1 Cent (berechnet auf der Grundlage eines Jahresverbrauchs von 3.500 kWh), stieg er bis 2011 auf 25,2 Cent und liegt aktuell bei 29,16 Cent. Der Staatsanteil erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 24,5 über 45,3 auf aktuell 55 Prozent. Der Anteil der EEG-Umlage - das ist im Grunde die Differenz zwischen dem Preis, den Stromerzeuger bekommen, und den garantierten Abnahmepreisen für Ökostrom - liegt derzeit bei 23,6 Prozent. Die Stromkosten für private Haushalte in Deutschland liegen schon jetzt fast 50 Prozent über denen in Frankreich mit seinen 58 Atomreaktoren. Laut einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie dürften sich die Preise bis 2025 nochmal um 70 Prozent erhöhen.

Grassierende Stromarmut

Durch die Preisexplosion droht Energie inzwischen zu einem Luxusgut zu werden. Die sogenannte Stromarmut ist ein Phänomen, das sich im Zuge der Merkelschen Ökopolitik rasant ausgebreitet hat - vor allem die Bürger im Osten sind davon stark betroffen.
Laut Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linksfraktion wurde 2016 rund 330.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Von 2011 bis 2015 schwankte die Zahl der jährlichen Sperren zwischen 312.000 und 352.000.
Schon im Energie-Wendejahr 2011 wurden beispielsweise in Sachsen rund 1,3 Millionen Mahnungen verschickt und rund 250.000 Sperrandrohungen ausgesprochen. Bei mehr als 21.600 Haushalten wurde diese Drohung auch wahr gemacht - sie waren zeitweilig komplett ohne Strom. Die Verbraucherzentrale sprach damals von einer Preissteigerung um 100 Prozent in den vergangenen 13 Jahren.

Inzwischen sind die Zahlen sogar noch weiter nach oben gegangen. Insbesondere für die 6,4 Millionen Hartz-IV-Bezieher und gut eine Million Sozialhilfeberechtigten in Deutschland wird die Teuerung zum Existenzproblem.
Nach Angaben des Verbraucherportals Verivox belaufen sich die realen Kosten eines Alleinstehenden für die Grundversorgung mit Strom im bundesweiten Durchschnitt auf 44,30 Euro monatlich und damit auf 26 Prozent mehr, als im Regelsatz dafür vorgesehen ist. Besonders gravierend ist auch in diesem Fall das Problem im Osten, weil der Strom dort teurer ist. So müssen Singlehaushalte in Brandenburg pro Monat rund 49 Euro für Strom aufwenden - und damit fast 40 Prozent mehr, als Hartz-IV-Bezieher für den Energiebedarf erhalten. Aufs Jahr gerechnet ergibt dies einen Fehlbetrag von 168 Euro.
In Mecklenburg-Vorpommern fallen im Schnitt gut 47 Euro pro Monat an Stromkosten an, in Thüringen 46 Euro. Hauptleidtragende des energiepolitischen Ökostrom-Sozialismus sind also wieder einmal die Ärmsten der Armen - jene Bevölkerungskreise, die sich wenig Gedanken über einen möglichst nachhaltigen Lifestyle machen können, weil es bei ihnen um das nackte Überleben geht. Die Energiewende ist damit nicht nur ein ökonomisch schädliches und unbezahlbares, sondern auch ein zutiefst unsoziales Projekt, bei dem es nur einen Gewinner gibt: die hochsubventionierte Wind- und Solarstromindustrie.

Schäfflers Einspruch

"Wir planen von der Spitze herab, wie viele Gaskraftwerke zu bauen und Kilometer Überlandleitungen zu errichten sind. Wir greifen ein in das Preisgefüge bei Strom aus sogenannter erneuerbarer Energie, indem wir umfangreiche Subventionstatbestände schaffen. Wir planen hier in Berlin, welcher Anteil des Stroms aus welcher Quelle produziert werden soll.
Wir ignorieren dabei sämtliche ökonomischen Einsichten über das Funktionieren von Märkten und die Wichtigkeit des Preissystems als Mechanismus zur Vermittlung von Informationen. ...
An die Stelle der privaten und dezentralen Pläne der Unternehmer und ihrer Kunden setzen wir unsere angeblich überlegene Kenntnis, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft organisieren sollen." (Aus der schriftlichen Begründung des FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler für seine Ablehnung des von seiner Partei mitbeschlossenen Atomausstiegs am 30. Juni 2011) …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/65-66): >>**Wollt Ihr den totalen Blackout?**

_ *von Daniell Pföhringer*

Die Energiewende soll das Klima retten - doch bisher hat sie eher die Stromversorgung gefährdet. Seit dem überhasteten Atomausstieg gibt es immer wieder Netzzusammenbrüche - erst im Januar 2017 schrammte das Land haarscharf an einem Totalausfall vorbei. Ein solcher könnte schlimme Folgen haben.
Es gibt schon seltsame Zufälle, so wie Anfang Dezember 2012: Nur einen Tag, nachdem der damalige Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) davor warnte, daß es wegen der Stilllegung zahlreicher Kraftwerke zu Engpässen bei der Elektrizitätsversorgung kommen könnte, wurde es in Bayerns Landeshauptstadt München zappenduster.
In Schwabing, Pasing, Giesing, Sendling, Riem und anderen Teilen der Millionenmetropole blieben für mehr als zwei Stunden Straßen- und U-Bahnen stehen, Ampeln fielen aus, Fahrstühle streikten, elektronische Türen bewegten sich nicht mehr, und in den Krankenhäusern sprangen die Notaggregate an. Ursache des Strom-Blackouts war eine Störung im Umspannwerk - es stand nicht genügend Grundlast zur Verfügung. Die meisten Münchner hätten sich dieses Chaos niemals vorstellen können, doch großflächige Ausfälle könnten auch anderswo schon bald keine Seltenheit mehr sein. Daß Wind- und Sonnenstrom nicht grundlastfähig sind, haben die Konstrukteure der Energiewende offenbar vergessen.

Gefährliche "Dunkelflauten"

Warnungen gab es genug. Bereits 2011 stellte die Wirtschaftsberatungsgesellschaft A.T. Kearney fest, daß die Versorgungssicherheit im zweiten Jahr der Energiewende stark gesunken war. Die Zahl der Netzausfälle steigt seit 2009 kontinuierlich an, und weil die Grundlast nach Abschaltung mehrerer Atommeiler vor allem durch fossile Kraftwerke erzeugt wird, nahm der Primärenergieverbrauch an Kohle, Öl und Gas nicht ab, sondern stark zu. Daß dies im Sinne des Umweltschutzes und der selbstgesteckten Klimaziele ist, darf bezweifelt werden.

"Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden."

Klaus Schäfer

Probleme gibt es meist in den Wintermonaten. Erst im Januar dieses Jahres wäre es sogar fast zu einem Ausfall des gesamten Netzes gekommen. Der Deutsche Wetterdienst meldete Durchschnittstemperaturen von minus 2,3 Grad, die damit unter den für den Jahresanfang üblichen Werten lagen. Die Sonne brach nur selten durch, oft war es windstill.

Solche "Dunkelflauten", so der Fachterminus der Energiewirtschaft, sind für das deutsche Elektrizitätsnetz, das zunehmend auf nicht speicherbaren Strom aus Windkraft- und Solaranlagen setzt, überaus gefährlich.

Besonders dramatisch war die Lage am 24. Januar 2017: Nach Angaben des Vorsitzenden der IG Bergbau Chemie Energie, Michael Vassiliadis, konnten die Netzbetreiber die Stromversorgung an diesem Tag nur mit größter Mühe aufrechterhalten. Die deutschen Verbraucher riefen mehr als 80 Gigawatt ab, von denen die Erneuerbaren nicht einmal fünf Prozent beisteuern konnten. An einen Import von Nachbarstaaten wie Frankreich war nicht zu denken, denn die hatten wegen der Kältewelle selbst arge Schwierigkeiten, ihren Bedarf zu decken. Daß die Lichter in Deutschland nicht komplett ausgingen, lag laut Vassiliadis nur daran, daß die Energieversorger "auch noch das letzte Reservekraftwerk" ans Netz nahmen.

"Kohle, Gas und Kernkraft hielten das Land quasi im Alleingang unter Strom", so der Gewerkschaftschef. Vor größeren Blackouts warnte im Mai dieses Jahres auch Klaus Schäfer. "Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden. Das läßt sich auch daran ablesen, wie häufig die Netzbetreiber eingreifen müssen, um Schlimmeres zu verhindern", so der Chef des Energiekonzerns Uniper. Das Thema sollte deshalb bei der Bundesregierung "ganz oben auf der Liste der Aufgaben" stehen. Leider ist das nicht der Fall - und das kann schwerwiegende Folgen haben.

Anarchische Zustände

Was nach einem großflächigen Stromausfall passieren kann, beschreibt der Schriftsteller Marc Elsberg in seinem 2012 erschienenen Technik-Thriller Blackout, für den er mehrere Jahre über die europäischen Energienetze recherchiert hat:

Versorgung und Infrastruktur brechen zusammen, Plünderungen und Anarchie breiten sich aus, die Städte versinken in Chaos und Gewalt. Die Zeitschrift Bild der Wissenschaft bezeichnete sein Szenario als "realitätsnah". "Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen", so Elsberg. Allein der Energiekreislauf Deutschlands ist insgesamt rund zwei Millionen Kilometer lang, die Leitungen würden etwa 45 Mal rund um die Erde reichen - und die Grundlast muß immer vorhanden sein. "Das Stromnetz ist das System der Systeme: Jeder Einzelne von uns hängt 24 Stunden am Tag von ihm ab", so Elsberg. "Ohne Strom stürzt eine Gesellschaft zurück ins Mittelalter."

"Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen."

Marc Elsberg

Daß ein Blackout eine westliche Gesellschaft tatsächlich an den Rand eines Bürgerkriegs führen kann, konnte man 2005 nach dem Hurrikan Katrina in den Südstaaten der USA beobach-

ten: Zehntausende Menschen wurden obdachlos, den Notstromaggregaten in den Krankenhäusern ging der Treibstoff aus, Unruhen griffen um sich, bewaffnete Banden raubten im Schutz der Dunkelheit Supermärkte und Privatwohnungen aus. Nach drei Tagen erhielten Polizisten das Recht, Plünderer zu erschießen. "Während Katrina waren wir nicht in der wahren Welt, wir lebten in einem Holocaust", wurde David Benelli, damals Polizeileutnant in New Orleans, von den Medien zitiert.

"Hochgradig verletzbar"

Würde der Strom in ganz Deutschland ausfallen, sähe es nicht besser aus. "Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr. Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen", so Christoph Revermann, stellvertretender Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.

Seine Forschungsstelle hat 2011 erstmals die Folgen eines Netzausfalls in mehreren Bundesländern untersucht und war zu dem Schluß gekommen: "Die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern erfolgt über ein eng verflochtenes Netzwerk an kritischen Infrastrukturen, die hochgradig verletzbar sind. Die Folgen eines Blackouts sind nicht beherrschbar, selbst unter Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen.

"Rund 430 Millionen Euro pro Stunde würde Deutschland ein solcher Stromkollaps kosten. Und dazu bräuchte es noch nicht mal eine Naturkatastrophe - die Energiewende reicht.

Elektrisierend

Der spannende Roman Blackout von Marc Elsberg zeigt, wie Europa nach einem beinahe flächendeckenden Stromausfall aussieht. In den Millionenstädten und auf dem Land wird es von einer Sekunde auf die andere dunkel, die Versorgung bricht zusammen, aus den Leitungen kommt bald kein Wasser mehr, Benzin und Lebensmittel werden knapp, die Straßen versinken im Müll, und Kriminalität breitet sich aus.

Ein italienischer Computerspezialist hat den Verdacht, daß es sich um einen terroristischen Hacker-Angriff handeln könnte und geht der Sache nach. Doch schon bald gerät er selbst ins Visier von Polizei und Geheimdiensten. Elsberg, Jahrgang 1967, stammt aus Wien und wollte mit Blackout verdeutlichen, wie verletzlich von Elektrizität abhängige westliche Gesellschaften sind, vor allem nach einem Übergang zu Hacker-anfälligen digitalen Haushaltsmeßgeräten. Der Roman wurde im deutschsprachigen Raum über eine Million Mal verkauft, blieb mehrere Jahre auf der Spiegel-Bestsellerliste (Juli 2013: Platz 2) und wurde 2012 als Wissensbuch des Jahres in der Kategorie Unterhaltung ausgezeichnet. …<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 8. November 2017: >>**Die gescheiterte ideologische Energiewende**

Kosten steigen und steigen. Immer mehr Verbrauchern wird der Strom abgeklemmt

"Höchste Strompreise, keine CO2-Einsparung, wachsende Konflikte mit dem Naturschutz, Gefahren für die Versorgungssicherheit. Die Zwischenbilanz der Energiewende ernüchtert", erklärte der Energiewende-Experte Holger Douglas in der vergangenen Woche in einer Pressemitteilung des Bundes für soziales und ziviles Rechtsbewußtsein:

Die Energiewende ist krachend gescheitert

Diejenigen, die den Wahnsinn Energiewende in die Welt gesetzt haben, wissen offenbar nicht mehr weiter. Die Kosten steigen und steigen. Der Stromverbraucher muß für jenen "grünen" Strom zahlen, der gar nicht erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr paßt oder weil noch keine Leitungen gebaut sind, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern sind 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht. …

Diese EEG-Förderung war der Anreiz, Windanlagen zu bauen und Photovoltaikanlagen auf die Dächer zu setzen. Ein Mensch, der noch bei Trost ist, würde das niemals tun, denn es rechnet sich nicht - es sei denn, er wird mit einem Haufen Geld gelockt.

Also entstanden zuerst an den Küsten unüberschaubare Wälder von Windanlagen, Bauern bastelten sich Photovoltaikanlagen auf ihre großflächigen Stalldächer, und grüne Lehrer und Zahnärzte quetschten noch auf den letzten Dachziegel Photozellen. Und alle pumpen nun Strom in die Netze.
Da lacht das Herz des Energiewendegewinnlers, das des Stromverbrauchers bekommt Rhythmusstörungen, weil die Kosten in astronomische Höhen klettern.
Jede Fortschreibung des EEG löst weitere Kostenlawinen aus. Insgesamt sollen die deutschen Stromverbraucher im kommenden Jahr die wahnsinnige Summe von 29,5 Milliarden Euro für "Ökostrom" bezahlen, hat die Bundesnetzagentur prognostiziert. So hoch dürften die Ansprüche aller Photovoltaik- und Windstromerzeuger auf Vergütung ausfallen.
Dem würden voraussichtlich, so die Agentur weiter, Einnahmen aus dem Verkauf des Stromes von 4,7 Milliarden Euro gegenüberstehen. Eine ordentliche Differenz, die bezahlt werden muß. …
Die Mechanismen der EEG-Umlage sind reichlich verworren und schwer durchschaubar. Fest steht, daß dabei auch der Staat über diverse Steueranteile kräftig mitverdient.
Aber immerhin: Die "grünen" Stromerzeuger haben etwas in der Geschichte Einmaliges vollbracht: Der Stromverbraucher muß für etwas bezahlen, das es nicht gibt, nämlich für jenen "grünen" Strom, der gar nicht erst erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr hineinpaßt oder - noch besser - weil noch keine Leitungen gebaut wurden, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern dieser Anlagen wurden 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht. Da werden sogar die albanischen Hütchenspieler neidisch.
Immer mehr Verbraucher können nun ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. So wurden im Jahr 2015 von den Stromversorgern über 6 Millionen Sperr-Androhungen verschickt. Rund 418.000 Haushalten wurde der Strom abgeklemmt. Hinzu kommen 58.000 Gasabschaltungen. Die Stromversorgung ist ein soziales Recht und eine Grundvoraussetzung für ein gesundes menschenwürdiges Wohnen. Stromsperren durch die Energieversorger aufgrund von Zahlungsunfähigkeit ihrer Kunden sind vom Gesetzgeber zu verbieten.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Ökowahnsinn auf Kosten der Bürger**
Leif-Erik Holm
Sie stehen an unseren Küsten, in unseren Wäldern, auf unseren Bergen. Windkraftanlagen vermehren sich scheinbar ungebremst, und sie werden immer monströser. Die neueste Generation soll bis zu 200 Meter hoch werden - höher als der Kölner Dom. Wir Bürger erkennen unser Deutschland kaum noch wieder. Jahrhundertealte Kulturlandschaften verschwinden lautlos im Schatten immer neuer Windparks.
Sie stehen symbolisch für die total gescheiterte Energiewende. Sechs Jahre nach dem überhasteten Ausstieg aus der Kernkraft ist die Bilanz verheerend: Jahr für Jahr blechen wir neue Rekordpreise für Strom.
Eine Familie mit zwei Kindern zahlt in diesem Jahr rund 300 Euro EEG-Zwangsumlage.
Kein Wunder, daß der Widerstand gegen diesen energiepolitischen Amoklauf wächst.
Merkels Ökopopulismus löst nicht eines der vermeintlichen Probleme. Weder sinkt der Ausstoß von Kohlendioxid, im Gegenteil, noch können wir auf Strom aus Kernenergie verzichten. Wir schalten zwar die eigenen Kernkraftwerke ab, müssen dann aber bei Flaute und Dunkelheit selbstverständlich Atomstrom aus dem Ausland einkaufen. Welch ein Selbstbetrug!
Natürlich wollen wir saubere Energie. Aber das schaffen wir nicht mit diesem blauäugigen "Wünsch dir was", sondern mit starken Investitionen in die Forschung. Wir brauchen neue grundlastfähige Technologien der Energieerzeugung, und wir brauchen große Energiespeicher.

Solange wir nicht Vernunft in die Energiepolitik einziehen lassen, werden die Strompreise weiter steigen, und gerade die Menschen mit kleinen Einkommen müssen den planwirtschaftlichen Irrsinn der Merkel-Regierung bezahlen. Daß die Bürger davon die Nase voll haben, zeigt ein Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern. Hier beschloß die Landesregierung ein "Bürgerbeteiligungsgesetz", durch das Anwohner von in der Nähe gelegenen Windparks profitieren sollten. Die Beteiligung liegt bisher bei null. Was die Regierenden offensichtlich unterschätzt haben: Die Bürger wollen nicht an solchen Anlagen verdienen, sie wollen ihre Heimat erhalten. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019: >>**Janichs Welt _ Klima-Planwirtschaft**

Seit mehreren Wochen versuche ich nun schon, unter dem Hashtag *#Oliwillreden* einen prominenten Klima-Alarmisten dazu zu bewegen, mit mir oder einem der Professoren, die skeptisch gegenüber der Hysterie sind, zu debattieren. Bisher haben alle die Aufforderung ignoriert oder abgelehnt. Der Grund ist klar: Ihnen fehlen die Argumente.

Kein Wunder: Die Klimasteuerung muß selbst dann scheitern, wenn an der These von der menschengemachten Erderwärmung etwas dran wäre. Grüne und angegrünte Altparteien folgen nämlich genau jener Ökonomik, die schon den Ostblock zusammenbrechen ließ. Bereits vor über 100 Jahren haben Vertreter der Österreichischen Schule erläutert, woran die Planwirtschaft scheitern muß: weil echte Marktpreise fehlen, die anzeigen, wie knapp ein Gut ist. Dieses Manko gibt es auch beim CO2, selbst wenn durch den Handel mit CO2-Zertifikaten das Gegenteil suggeriert wird. Es sind Politiker, also Planwirtschaftler, die festlegen, wie viel Kohlendioxid-Vermeidung gut wäre.

Sogar der Weltklimarat gibt in seinem "Third Assessment Report" von 2001 zu: "Das Klimasystem ist ein gekoppeltes, nichtlineares chaotisches System. Daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich." Ohne eine solche Vorhersage ist natürlich auch keine Steuerung möglich. Planwirtschaft führt immer zur Verschwendung knapper Ressourcen. So errechnete das Ifo-Institut im April, daß Elektroautos 28 Prozent mehr CO2 verbrauchen als Dieselfahrzeuge.

Selbstverständlich fiel sofort die versammelte Öko-Mafia über die Studie her. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß für die Herstellung Kobalt gebraucht wird, das in Entwicklungsländern und China unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil von Kindern abgebaut wird. Ohne die künstlich erzeugte Nachfrage der staatlichen CO2-Planer würde dieses Problem gar nicht existieren.

Windräder wiederum verbrauchen ein Gut, das wirklich knapp ist, nämlich Grund und Boden. Solange die Wertschöpfung durch technischen Fortschritt schneller steigt als die Bevölkerung, ist das unproblematisch. Aber gerade dieser Marktmechanismus wird durch Planwirtschaft ausgehebelt. Windräder verbrauchen ein Vielfaches an Platz im Vergleich zu Kohle- oder Atomkraftwerken. Sie töten Vögel und Insekten, die wiederum bei der Nahrungsmittelerzeugung eine große Rolle spielen.

Physiker der Universität Heidelberg kamen zudem kürzlich zu dem Schluß, daß - trotz Milliarden-Ausgaben für Erneuerbare Energie - der CO2 Ausstoß kaum gesunken ist. Zitat: "Zwar ist der CO2-Ausstoß in den Jahren nach der Wiedervereinigung leicht zurückgegangen (um 25 Prozent), weshalb 1990 gern als Referenzdatum genommen wird. Dieser Rückgang lag jedoch vor allem an der Deindustrialisierung der neuen Bundesländer." Deindustrialisierung und damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands sind denn auch das offensichtliche Ziel der Klima-Alarmisten.

Die Öko-Diktatur ist noch schlimmer als die kommunistische.

Die Öko-Diktatur ist aus zwei Gründen noch schlimmer als die kommunistische: Die Ostblockführer wußten zumindest, daß fast alle Menschen gerne ein Auto fahren würden (trotz-

dem dauerte die Lieferung zehn Jahre, und die Qualität war lausig). Außerdem versuchten die KPdSU und ihre Bruderparteien "nur", die Produktion zu kontrollieren. Das führte zu Ineffizienz, aber immerhin gab es bestimmte Produkte. Die aktuelle Klimaplanwirtschaft setzt jedoch direkt beim Konsumenten an. Der Green New Deal der Demokraten in den USA will Flugreisen und das Auto gleich ganz unmöglich machen, im Zweifel mit Verboten. Die gelten natürlich nur für das gemeine Volk und nicht für die Elite, versteht sich.<<

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 28. Dezember 2019: >>**AKW im Ländle geht an Silvester vom Netz - wo jetzt der Ersatz-Strom herkommt**

Das Atomkraftwerk Philippsburg 2 in Baden-Württemberg geht an Silvester vom Netz. Damit fehlen 13 Prozent des Stroms im Ländle. Woher kommt nun Ersatz?

Der Betreiber EnBW nutzt die Frist bis zum letzten Tag. So wird der Reaktor Philippsburg 2 erst am Silvestertag gegen 19 Uhr vom Netz gehen. Gesetzlich vorgeschrieben ist die Abschaltung des vorletzten noch arbeitenden Atomkraftwerks in Baden-Württemberg bis Mitternacht.

2020 startet dann der Rückbau des AKW. Die bereits stillgelegten Reaktoren Obrigheim, Philippsburg 1 und Neckarwestheim 1 werden schon seit Jahren zurückgebaut.

Der grüne Umweltminister Franz Untersteller beteuert, daß auch ohne den nun abzuschaltenden Meiler die Versorgung in seinem Bundesland sicher sei. Eine Herausforderung: Fällt jener Block 2 weg, fehlen über Nacht 13 Prozent des Stroms im Ländle. Der Ersatz gelinge "durch einen Maßnahmenmix aus Stromimport, Erzeugung durch erneuerbare Energien und Netzausbau."

"Sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit Kohlekraftwerke brauchen"

Doch woher importiert der Südwesten nun seinen Strom? Wegen der Abschaltung werde verstärkt auf Importe aus anderen Regionen Deutschlands und aus dem benachbarten Ausland zurückgegriffen, sagte Hans-Josef Zimmer aus dem Vorstand des Energieversorgers EnBW diese Woche der "Stuttgarter Zeitung". "Unsere Handelsabteilung hat schon vor langer Zeit begonnen, Vorsorge zu treffen, damit EnBW den Kunden die benötigte Strommenge liefern kann." Den genauen Strommix legt der Versorger dabei nicht offen.

Daß nicht alles öko ist, was den fehlenden Atomstrom ersetzt, ist indes klar: "Wir sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit auch Kohlekraftwerke und mittelfristig Gaskraftwerke brauchen, um zuverlässig jeden Tag 24 Stunden lang Elektrizität liefern zu können", erklärt Zimmer den "Stuttgarter Nachrichten" weiter.

Die staatlich beauftragte Studie "Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 - sichere Nachfragedeckung auch in Extremsituationen?" kam schon früher im Jahr zu dem Schluß, daß Deutschland in deutlichem Umfang auf Importe aus Nachbarländern angewiesen sein werde. "Ob die Nachbarländer die von Deutschland benötigten Erzeugungsleistungen zur Verfügung stellen können und werden, wurde in der Untersuchung nicht überprüft", zitiert der SWR aus der Studie.

Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken

Insgesamt beurteile die Studie die Versorgungssituation optimistischer als Vorgängerstudien. Vor allem aus einem Grund: Insbesondere in Frankreich und in Polen würden Kern- und Kohlekraftwerke länger laufen als geplant.

Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken. Zu den größten Importeuren gehört Deutschland. Und Frankreich setzt weiter auf Atomstrom, plant den Bau sechs neuer AKW.

Insgesamt exportiert Deutschland seit 2002 durchgehend jedes Jahr mehr Strom, als es aus dem Ausland bezieht. Vergangenes Jahr waren es nach Angaben der Bundesnetzagentur etwa 51,5 Terawattstunden, von 650 Terawattstunden, die netto ins Ausland flossen, rund zehn Prozent der gesamten deutschen Stromerzeugung.

Daß Deutschland weit mehr Strom produziert als es verbraucht, liegt daran, daß seit Jahren die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, alte Kohle- oder Kernkraftwerke aber nicht in demselben Maße stillgelegt werden. Das wird sich spätestens ab 2023 ändern, wenn alle Atommeiler vom Netz gehen. Weil gleichzeitig auch am Kohleausstieg gearbeitet wird, könnte Deutschland bald sogar zum Nettoimporteur werden. Baden-Württemberg bezieht jetzt schon mehr Strom von außen, als es selbst erzeugt. Nach dem Ende von Philippsburg wird der bei etwa 14 Prozent liegende Import-Anteil steigen.

Frankreich hatte 2018 die Nase vorn

Bisher kommen Deutschlands Stromimporte überwiegend aus den Nachbarländern. Frankreich hatte 2018 mit 10,1 Terawattstunden (TWh) die Nase vorn und war damit das einzige Land, das mehr Strom nach Deutschland lieferte als es von dort einkaufte.

Bewahrt das Ländle also französische Kernkraft vor möglichen Blackouts? Nicht allein! Elektrizität werde, wie die "Stuttgarter Zeitung" berichtet, "je nach Lage" aus der Lausitz, dem Rheinland, aus der Schweiz, Österreich oder Frankreich eingekauft. "In einer Kältephase können wir von dort keine einzige Kilowattstunde bekommen", sagte EnBW-Mann Zimmer der "Stuttgarter Zeitung" weiter. Weil die Nachbarn im Westen mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom dann selbst.

Die Bundesregierung hatte den beschleunigten Atomausstieg nach der Erdbebenkatastrophe im japanischen Fukushima im Jahr 2011 beschlossen. Demnach sollen bis Ende 2022 alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sein. Vor einem Jahr wurde auch der Kohleausstieg fixiert, der 2038 abgeschlossen sein soll.

Und die Aufgaben, die Energiewende mit einer wirklich positiven Öko-Bilanz zu meistern, wird auch im Südwesten nicht geringer: Dort läuft nun nur noch Neckarwestheim 2 im Kreis Heilbronn. Dieser Meiler geht Ende 2022 vom Netz.<<

Schlußbemerkungen: Die staatlich angeordnete "Energiewende" - nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft - wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. In Deutschland werden voraussichtlich spätestens ab 2022 nicht nur unentwegt die Lichter ausgehen, sondern auch die Zahl der sogenannten "Freunde" wird schon bald sehr übersichtlich sein, wenn der bisherige "Zahlmeister der EU" selbst wirtschaftliche und finanzielle Hilfe benötigt!

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird die "Energiewende" (staatlich angeordnete hochsubventionierte doppelte Stromerzeugung) die deutsche Energiewirtschaft unweigerlich ruinieren.

Wenn man im Jahre 2022 aufgrund der ideologischen Energiewende (Kampf der selbsternannten Öko-Propheten gegen die vermeintlich von den Menschen verursachte Erderwärmung zur Rettung des Weltklimas) die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) ersatzlos abschalten muß und die angestrebte Stillegung aller Kohlekraftwerke durchsetzt, wird es in Deutschland große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben. Vor allem fehlende konventionelle Reservekraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke werden sicherlich vielerorts zu dramatischen Versorgungsengpässen führen.

Windkraft, Photovoltaik und Biomasse-Stromerzeuger können ohne die bisherigen Grundlastkraftwerke, wie z.B. Kern-, Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke, keine stabile Energieversorgung garantieren, so daß es infolge der Flatter-Einspeisung durch die "erneuerbare" Energietechnik des Mittelalters aus Wind- und Sonnenkraftwerken zwangsläufig zum Zusammenbruch der Stromversorgungsnetze kommen wird. Vorübergehende Stromausfälle werden durch die Flatter-Stromeinspeisung zum täglichen Normalzustand gehören.

Alle stromintensiven Industriebetriebe werden wegen fehlender Versorgungssicherheit sowie

der hohen Stromkosten sehr schnell ins Ausland abwandern. Mit den großen internationalen Großkonzernen verlassen auch unzählige Spezialisten und Fachkräfte das Land.
Während die "deutschen" Konzernbosse diese Standortverlagerungen wegen der günstigeren Produktionskosten im Ausland sicherlich begrüßen, wird die deutsche Exportwirtschaft bzw. die gesamte deutsche Wirtschaft zwangsläufig zusammenbrechen und schließlich vollständig liquidiert.
Bei den sog. "Blackouts" (Zusammenbruch von Stromnetzen) werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und flächendeckend chaotische Zustände entstehen. Infolge der Stromausfälle fallen unter anderem alle Verkehrsleitsysteme, der Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke und Tankstellen aus. Sämtliche Geschäfte, Banken, Apotheken, Betriebe usw. müssen schließen. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) bricht ebenfalls zusammen, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht. Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher bleiben stumm. Längere flächendeckende Blackouts werden sich zwangsläufig zu nationalen Katastrophen entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend verändern.

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands → BRD + DDR = DDR 2.0

> Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: Ich, der Staat, bin das Volk.
> *Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph und Dichter)*

Der Staats- und Parteichef der DDR, Erich Honecker, stattete der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.
Erich Honecker betonte damals während seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwicklung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...
Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<
Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU, wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformer galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.
Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anläßlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten - "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...
In Leipzig duldete die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ...".
Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.
Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.
Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.
In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).
Die Berliner Zeitung "TAZ" berichtete am 19. März 1990 über die ersten freien Wahlen zur

Volkskammer der DDR (x303/173): >>... Kohl hat sich im Wahlkampf für den Anschluß, für die Teilhabe der DDR-Bürger am westlichen Wohlstand, für das Versprechen von der Erlösung vom Dasein eines Deutschen zweiter Klasse verbürgt.
Eine Mehrheit der DDR-Wähler wollte Gleichheit jetzt – und sei es nur als Garantie von materiellen Symbolen der Gleichheit.<<
Das niederländische Wochenmagazin "Elsevier" veröffentlichte am 7. April 1990 ein Interview mit dem polnischen Politiker Lech Walesa - seit Dezember 1990 bis Ende 1995 Staatspräsident - über die polnischen Sorgen nach der deutschen Wiedervereinigung (x309/45): >>... Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte ausradiert werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung. ...<<
Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschiedeten am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.
Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"
Beifall bei Abgeordneten der Grünen.<<
Der Deutsche Bundesrat stimmte am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der Entschließung über die deutsch-polnische Grenze zu.
Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes. Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der 3. Oktober 1990.
Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands.
Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.
Bundeskanzler Kohl erklärte am selben Tag in der Sitzung des Bundeskabinetts zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau vom 12. September 1990 (x101/307): >>... Fertiggestellt ist auch der durch die Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli dieses Jahres erforderliche Vertrag über einige überleitende Maßnahmen.
Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um
- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;
- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.
Unser Gesamtaufwand wird sich auf zirka 12 Milliarden DM in 4 Jahren belaufen. ...<<

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990
Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland, obgleich man die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 bildete!!! Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag:

"Tag der deutschen Einheit".
Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehörten die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.
Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.
Bei der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich lediglich um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei unsouveränen, abhängigen Staatsgebilden. Die von den Siegermächten gegründete BRD und die DDR waren nie souveräne Staaten.
In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nicht souverän vertreten.
Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) überflüssige Pseudowahlen.
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**
Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. …
Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. … "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.
Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". …<<
Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<
Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**
Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. …
Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die

Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. …<<
In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" jedenfalls zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 nicht verändert.
Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**
Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise
… Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.
Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.
Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.
Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags
Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.
Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?
Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.
Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.
Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr
Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."
Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.
Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."** ...<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**
… Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder
Gerhard Schröder: Herr Gysi, … Tempora, X-Keyscore … Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von

auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?
Gregor Gysi: Nein, noch nicht …Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. …<<

Der völkerrechtliche Status Ostdeutschlands (deutsche Ostgebiete östlich der Oder und Neiße)
In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Aufgrund des aktuellen Grundgesetzes wurde die Einheit und Freiheit Deutschlands angeblich für das gesamte deutsche Volk vollendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz jedoch völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.
Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts.
Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen außerdem auch indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):
>>Artikel 25
Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<
Hans Werner Bracht, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht, schrieb später in einem Gutachten über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 2. Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 hat in Artikel 4, Ziffer 2 den Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben.
Daher gilt nach gegenwärtigem bundesdeutschem Staatsrecht nicht mehr: "Das Grundgesetz ist nach dem Beitritt anderer Teile Deutschlands in diesen Teilen in Kraft zu setzen." Diese Aufhebung war staatsrechtlich rechtswidrig, da nicht alle Teile Deutschlands, wie z.B. Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, dem Grundgesetz beigetreten sind.
3. Von der Bundesregierung ist dafür als Begründung angegeben worden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz vollzogen sei und daher kein weiteres Gebiet in Europa mehr der Bundesrepublik beitreten könne.
Damit hat die Bundesregierung freilich indirekt auf Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße verzichtet - Das eigentliche Ostdeutschland ist niemals Mitteldeutschland, wie dieses heute genannt wird. - Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesamtdeutsche Regierung und auch kein gesamtdeutscher Gesetzgeber bestand und daher eine solche Abtretung staatsrechtlich irrelevant ist, zumal ja auch die Bundesrepublik Deutschland nicht identisch

mit dem Deutschen Reich war und ist, das nach wie vor besteht.
Zu einer völkerrechtlich gültigen Abtretung fehlt ihr daher jede Rechtsgrundlage: Ich kann und darf nicht rechtsgültig das Grundstück meines Nachbarn an Fremde abtreten.
Das wäre rechtsunwirksam.
4. 4. Noch deutlicher als im Einigungsvertrag kommt diese gewollte Abtretung im "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, zum Ausdruck, der am 12. September 1990 von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Hauptsiegermächten in Moskau abgeschlossen wurde.
In Artikel 1 dieses Vertrages wird auf jeden künftigen Gebietsanspruch Deutschlands anderen Mächten gegenüber verzichtet, ohne daß dafür eine Rechtsgrundlage welcher Art auch immer für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden war.
In diesem Artikel werden auch die deutschen Ostgebiete nicht mehr als deutsches Staatsgebiet aufgeführt.
5. 5. Trotz dieser entscheidend deutlichen Völkerrechtsgrundlage muß die Bundesrepublik Deutschland aber in jedem Fall Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes berücksichtigen.
Zu diesem dort genannten Recht gehört auch das Völkerrecht nach Artikel 25 Grundgesetz das nach dieser Bestimmung sogar dem Bundesrecht im Rang vorgeht. …
10. 10. …
Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.
Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.
Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.
11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.
Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.
12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.
Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit verfügungsberechtigt gewesen sein.
Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.
13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der

deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.
Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich verfügungsberechtigt geworden.
Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.
...
Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden.
Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.
Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.
15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenzanerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.
Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.
Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.
a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht verfügungsberechtigt ist.
b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist. ...
Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtwidrig erlangt wurde.
Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische und litauische Okkupationsmacht geltend machen.
20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.
Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat.
"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren

Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne die Bestätigung aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert. Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2011 über die Folgen der sog. Wiedervereinigung (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**
... Der Euro und die Wiedervereinigung
Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.
Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zu Gunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...<<
Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.
Am 21. Dezember 1991 gründeten elf von 15 Sowjetrepubliken in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten und lösten damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850). Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow trat am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.
Die "Thüringer Allgemeine" berichtete am 29. August 1992: >>**Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte**
Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich
Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich. ...
Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind. Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung.
Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 20. Januar 1993: >>**6,8 Milliarden weg**

Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohmänner 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. August 1994: >>**"Russen hinterlassen teure Altlasten"**

Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. September 1994: >>**Die Russen gehen**

... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...

Respekt verlangt vor allem der fast reibungslose Ablauf der neben dem Golfkrieg größten Militäroperation der vergangenen Jahre. Mehr als 500.000 Menschen und 5.000 Panzer wurden ohne größere Zwischenfälle abgezogen.

... Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die deutsche Großzügigkeiten gegenüber Osteuropa (x268/216): >>An die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind aus der Bundeskasse nach der Wiedervereinigung über 150 Milliarden Mark geflossen, dafür über 100 Milliarden an Rußland und die anderen GUS-Staaten. Trotz einer bedrohlichen Staatsverschuldung haben die deutschen Politiker immer noch die Spendierhosen an:

Im April 2002 erließ Berlin 4,5 Milliarden Euro russischer Schulden aus dem DDR-Handel, und seit 2003 beteiligt es sich mit bis zu 1,5 Milliarden an der Entsorgung russischer Atom-U-Boote. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Mai 1996: >>**Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform**

Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...

Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt. Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. ...

Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz, Grüne, sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.

Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei "ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>… Von Kon-

rad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 9. März 1998 über die 68er Bewegung: >>**68er an die Macht**
Joschka Fischer und Gerhard Schröder, Straßenkämpfer und Altjusos auf dem Marsch in die Berliner Republik. ...
Einer hüllte sich tagelang in Schweigen, obwohl er der zweite große Sieger der Niedersachsen-Wahl war: Joschka Fischer, der designierte Vizekanzler einer rot-grünen Bundesregierung - die Erfüllung eines Lebenstraums auch für ihn. …
Demnächst also: Schröder/Fischer statt Kohl/Kinkel. Wächst auch da zusammen, was zusammengehört?
Wenn es bei der Bundestagswahl am 27. September tatsächlich zum Ernstfall kommen sollte, dann übernimmt, pünktlich zum 30jährigen Dienstjubiläum der Revolte von 1968, die Generation von Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit, von Apo und Woodstock die politische Macht an Rhein und Spree, dann vertreibt Uschi Obermaier Juliane Weber aus dem Kanzleramt. …
Gewiß, mit ihrer zur Schau gestellten postmateriellen Nachdenklichkeit, mit Betroffenheitsrhetorik und ausgefeilter "Streitkultur" prägten sie das gesellschaftliche Klima der späten achtziger Jahre durchaus mit.
Auf dem Hintergrund von Öko- und "Dritte Welt-Läden", von Frauen- und Friedensbewegung profilierte sich ein vergleichsweise sanfter Überredungsdiskurs, den Björn Engholm geradezu kongenial verkörperte. Stets war er "ein Stück weit" irritiert, aber auch bewegt von den Dingen, die man "irgendwie" zusammenbringen mußte, damit sich niemand "ausgegrenzt" fühlte - bis es ihn selber traf.
Es war die Zeit der Katastrophenszenarien von Atomkrieg bis zum Ozonloch, aber auch der ästhetischen Postmoderne - eine Phase relativ unbedrängten Wohlstands, in der die Angst vor Umweltzerstörung größer war als die vor Arbeitslosigkeit.
Während die sozialdemokratischen 68er die vermeintlich weichen Zukunftsthemen besetzten, beherrschte Kohl die harte Gegenwart. …
Gerhard Schröders plebiszitär errungene Kanzlerkandidatur könnte daran etwas ändern. Vielleicht gerade deshalb, weil die Chance auf den Wechsel in Deutschland so lange auf sich warten ließ - und weil sie eher gegen die SPD, die Traditionspartei des programmatischen Fortschritts, als mit ihr erkämpft wurde. Das ist ein Zeichen für den allgemeinen Wunsch nach einer neuen gesellschaftlichen Dynamik. Und die Zeit scheint reif dafür. …
Es könnte die Ironie der Geschichte sein, daß dieselbe Generation, die den "Modernisierungsschub" von 1968 eingeleitet hat, nun, 30 Jahre später, nach unzähligen Irrungen und Wirrungen, eine zweite Raketenstufe gesellschaftlicher Modernisierung zündet - auch wenn noch der praktische Bausatz fehlt. Und wieder wird niemand vorhersagen können, wo die Einzelteile dereinst landen werden.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 deutscher Bundeskanzler (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**
Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?
Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.
Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. …
In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier

hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat. …<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**

Selbst … Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:

Kein Kommentar.

Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft – in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2000: >>**"Elf-Konzern schmierte deutsche Politiker"**

Mehr als 105 Personen, darunter mindestens 2 hochrangige deutsche Politiker, sind 1992 nach einem Bericht der französischen Zeitung "Le Monde" aus schwarzen Kassen des französischen Ölkonzerns Elf Aquitaine finanziert worden. Unter den Begünstigen sollen der Zeitung zufolge auch der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Hans Friedrichs und die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Agnes Hürland-Büning, gewesen sein. Die Zahlungen seien alle im Zusammenhang mit den Verkaufsverhandlungen zwischen Elf Aquitaine und der ostdeutschen Leuna-Raffinerie erfolgt.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 11. März 2000 (x887/...): >>**Ein unterschätztes "Mädchen"**

Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen

In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Untertreibung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl

1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "Demokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete.
Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote. Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin - in Hamburg geboren - steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.
In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin.
Mit Schäubles Ankündigung, sich aus der politischen Führungsebene zurückzuziehen, schlug Frau Merkels eigentliche Stunde. Beim Bemühen, den Chefsessel zu übernehmen, kam ihr nicht nur das eigene Geschick zugute: Auch die vehementen Ausfälle der bayerischen Schwesterpartei CSU, die vor einem Linksruck durch Merkel warnte, sorgten für Solidarisierungseffekte. Ihr eigentlicher Widersacher Volker Rühe war nicht besonders ernst zu nehmen, er verfügte in der Partei kaum über Rückhalt, und sein eigener Landesverband Hamburg sprach sich als erster für Frau Merkel aus.
Auf einem Geheimtreffen im Lübecker Rathauskeller kurz vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl waren sich CSU-Chef Edmund Stoiber, Schäuble und Rühe schnell einig, daß Rühe keine Chance hätte, die parteiinterne Auseinandersetzung zu gewinnen. Wenige Tage später teilte Rühe seinen Verzicht mit. Doch die Herrenrunde fand keine Alternative. Die in Frage kommenden Ministerpräsidenten Bernhard Vogel – Thüringen - und Kurt Biedenkopf – Sachsen - wollen nicht in einen personellen Wettbewerb gehen. Da Frau Merkel intern jedoch auf einer Kandidatur beharrt, will niemand gegen sie antreten. Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**
Armee soll drastisch schrumpfen
Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...
Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<
Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>… Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...): >>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**
Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als

"Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. ...
Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...
Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...
Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.
Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien - besonders in Diktaturen, daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.
Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" … als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als zur Erbsünde verdammtes Volk fühlen.
Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.
Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.
Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".
Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'
Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen

sollten, es zu sagen.'
Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."
Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<
Der deutsche Offizier Günter Kießling, von 1982-1983 Befehlshaber der Nato-Landstreitkräfte, schrieb am 1. Oktober 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Ohne Rückbesinnung ist Deutschland verloren**
Der 3. Oktober - Von den preußischen Tugenden und dem Problem der "inneren Einheit" …
Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von der Integration in die Gemeinschaft! Aber die Deutschen wollen kein "Volk" mehr sein, keine Gemeinschaft, sondern lieber "Gesellschaft". Obwohl sie in Festtagsreden ihr Grundgesetz preisen, das sich auf das "deutsche Volk" bezieht, von der Gesellschaft ist da nicht die Rede! …
Diese ausgeprägte Abkehr der breiten deutschen Öffentlichkeit von allem, was mit Preußen zu tun hat, läßt sich - grob vereinfacht - auf zwei Ursachen zurückführen. Zum einen ist da die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit herrührende offizielle Verteufelung Preußens durch die vier Hauptsiegermächte, die schließlich in dem Kontrollratsgesetz Nr. 27 vom 25. Februar 1947 gipfelte, mit dem die Auflösung des preußischen Staates verfügt wurde. Und die schließlich fast zur heute vorherrschenden Political Correctness gehört.
Zum anderen jedoch - und das wird wenig bedacht - sind es ausgerechnet die preußischen Tugenden, die zwar gelegentlich noch in Sonntagsreden erwähnt werden, aber eigentlich genau für das stehen, was diese westdeutsche Gesellschaft nicht sein wollte - und nach der Wiedervereinigung auch die neu gesamtdeutsche Gesellschaft nicht sein will.
Schon sind sich die meisten gar nicht mehr bewußt, was es mit preußischen Tugenden auf sich hat, es interessiert auch kaum. Da geht es um: Bescheidenheit, Demut, Dienstbereitschaft, Disziplin, Gemeinsinn, Genauigkeit, Kameradschaft, Opferbereitschaft, Ordnung, Pflichtbewußtsein, Rechtsstaatlichkeit, Sparsamkeit, Toleranz, vor allem aber Gottesfurcht. Mit diesen Tugenden ist Preußen groß geworden. Sie sind Inbegriff einer Staatsidee, gegen alle Widrigkeiten aus eigener Kraft, durch gemeinsame Anstrengung und Opferbereitschaft dieses neu gegründete Königreich zum Erfolg zu bringen.
Aber gerade einen solchen Saat wollte man ja nach 1945 nicht mehr - weder die Siegermächte noch die sich neu formierende westdeutsche Gesellschaft. Dennoch, man benötigte fleißige, die Trümmer beseitigende, die Wirtschaft aufbauende Deutsche, gar ein Wirtschaftswunder. Aber man wollte partout keine deutsche Nation, keine Gemeinschaft, schon gar nicht eine solche, die etwa nur Gott fürchtete. Nein, sie sollte sich eher vor sich selbst fürchten. Dazu wurde den Deutschen permanent vorgehalten, was alles - so wörtlich - "im deutschen Namen" geschah.
Die neu formierte deutsche Gesellschaft sollte fett und impotent sein, eine wahre Wohlstands- und Freizeitgesellschaft. Das wurde sie dann auch. Und diese Gesellschaft hatte völlig verdrängt, daß auch ihr der einzigartige Wiederaufbau und damit auch der Weg zu jenem neuen Wohlstand im wesentlichen mit Hilfe der verpönten preußischen Tugenden gelang. Aber die Segnungen des Wirtschaftswunders wurden den Deutschen schließlich zum Verhängnis. Sind sie doch dem Tanz um das goldene Kalb erlegen. …
Man will Spaß und Freude haben, das Leben genießen, von der Vergangenheit nichts wissen - und von der Zukunft allenfalls, soweit man selbst davon betroffen ist, so durch die Sorge für die eigenen Kinder - so man denn überhaupt Kinder in die Welt setzt. Am stärksten ausgeprägt ist die Abkehr von allem, was mit Militär zu tun hat. Wenn man sich schon den Herausforderungen der äußeren Sicherheit gar nicht entziehen kann, dann am liebsten durch einen

finanziellen "Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung", deren Organisation sogenannten "Schutzmächten" überantwortet werden soll.
In unserer "Zivilgesellschaft" ist kein Platz für das Vaterland, schon gar nicht für Vaterlandsliebe. …
Mag dies genügen, um unsere bundesdeutsche "Gesellschaft" zu skizzieren, die kein Volk mehr sein will. Und von einer derartigen Gesellschaft wird nun plötzlich "Gemeinsinn" eingefordert, materielle Einschränkungen zu akzeptieren, um die drohende Gefahr eines weiteren wirtschaftlichen Niedergangs abzuwehren. Da erinnert man sich mitunter gar der preußischen Tugenden. Die seit den 60er Jahren immer deutlicher werdende Abkehr von ihnen wurde am deutlichsten, als man sie als "Sekundärtugenden" verhöhnte und kritisierte.
Wenn wir auch immer noch dazu neigen, unsere derzeit verheerende Lage zu beschönigen, wir müssen zur Einsicht kommen, daß wir eine "Notgemeinschaft" geworden sind. Das könnte hilfreich sein. Denn in der Not, da stehen die Deutschen noch am ehesten zusammen. Da könnten sie zur Besinnung kommen. …
Führung ist auch in der Demokratie unverzichtbar. Diejenigen, die zur Führung berufen sind, bedürfen der Auswahl und der Ausbildung.
Dabei gilt es, sich wieder auf die preußischen Tugenden zu besinnen. An ihnen läßt sich eine nationale Elite ausmachen. Auch dieser Begriff wurde mit unserem Umsturz nach 1945 verdammt - und damit auch das Problem der Elitebildung. Geistige Führung ist nicht möglich ohne Eliten.
Das Problem der Elitebildung setzt Besinnung darauf voraus, daß Eliten sich nicht im Können erschöpfen, sondern in ihrem Bezug auf das Ganze. Dieses Ganze ist immer noch die Nation. Deshalb sei abschließend folgende Definition gewagt:
Nationale Eliten sind eine herausgehobene Minderheit stets bezogen auf ein übergeordnetes Ganzes, zielbewußt ausgewählt und ausgebildet, um sodann durch persönliche Inpflichtnahme kraft Amtes und/oder persönlicher Autorität auf die geistige Grundhaltung des Ganzen Einfluß zu nehmen. Das sollen sie bewirken durch Vorbild in Können und Haltung, in Pflichterfüllung und Lebensführung.<<
Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 10. Januar 2006: >>**Gastprofessur an Elite-Uni**
Fischers neues Leben
Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.
In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik. ...<<
Der deutsche Journalist Helmut Matthies schrieb am 29. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Gewinner der Einheit**
DDR-Bürgerrechtler sind vergessen, es lebe die PDS
Deutschland ist ein seltsames Land. Die jüngsten Wahlen ergaben, daß Rechtsextreme - DVU, NPD - eine geringere Rolle denn je spielen. Anstatt sich darüber zu freuen, erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland im Blick auf Sachsen-Anhalt, die etablierten Parteien hätten "die Begeisterung für rechtsextremistische Parteien nicht gebrochen".
Tatsache ist: Die NPD trat gar nicht an. Sie unterstützte die DVU, die aber trotzdem nur 3

Prozent - 1998 waren es noch 12,9 Prozent! - erhielt. Begeisterung?
Daß in Sachsen-Anhalt Linksaußen 25,2 Prozent erhielt, ist weder Juden noch Kirchen noch Parteien eine Silbe des Bedauerns wert. Und hier liegt das Problem: Während Rechtsaußen marginalisiert ist, feiert Linksaußen einen Triumph nach dem anderen.
Nicht genug damit, daß die PDS-Größen Gregor Gysi und Lothar Bisky von Talkshow zu Talkshow gereicht werden, obwohl sie in der SED-Diktatur verantwortliche Positionen innehatten. Jetzt ist eine PDS- beziehungsweise Linkspartei-Frau gar in eines der höchsten Staatsämter gewählt worden: Petra Pau wurde eine der Vizepräsidenten des Bundestages. ...
Sind etwa Mitarbeiter im Unterdrückungssystem nun im demokratischen Deutschland Gewinner der Einheit? Die einstigen Bürgerrechtler sind jedenfalls so gut wie alle aus dem Bundestag verschwunden. ...
Deutschland hat 6.000 Gedenkstätten, die an das Nazi-Unrecht erinnern. Dagegen gibt es nur wenige über die zweite deutsche Diktatur im letzten Jahrhundert. Eine Gedenkstätte, die das Leid der Christen, die sich der Diktatur verweigerten, vor dem Vergessen bewahrt, ist nicht einmal im Gespräch. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**
Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. …
Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. Er habe in seinem politischen Leben "noch nie einen so katastrophalen Start einer Regierung in Deutschland erlebt". Schwarz-Gelb sei "die schwächste Regierung, die wir je hatten". "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.
Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". …<<
Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Oktober 2010: >>**Die erste deutsche Revolution**
Von *Michael Stürmer*
Zwei Umbrüche, die Europa veränderten: Läßt sich die Vereinigung von 1871 mit der Wiedervereinigung von 1989 vergleichen?
9. November 1989: Die Ostdeutschen konnten ihr Glück kaum fassen; die Westdeutschen trauten ihren Augen nicht. Wo gestern noch die Mauer stand für alle Ewigkeit, war heute eine Bresche. Jubel herrschte, Tränen der Freude flossen und ein Gefühl der Befreiung breitete sich aus, begleitet von der Angst, es könne alles wie im Traum am nächsten Tag vorüber sein.
In den Staatskanzleien hielt die Politik den Atem an. Von London bis Paris, von Rom bis Warschau und Jerusalem herrschten gemischte Gefühle. Dies war vielleicht die finale, jedenfalls eine gefährliche Krise des Kalten Krieges.
Und ihre Ergebnisse waren gänzlich offen. Die Sowjetunion wankte und schwankte und hatte längst Rückzüge aus vorgeschobenen Positionen in Afrika und Lateinamerika angetreten. Rund um den Kaukasus wurde gekämpft; auf dem Balkan begann das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens; die baltischen Republiken wollten nicht länger Teil des Sowjetimperiums sein.
Die DDR war immer Schlußstein im Bogen des äußeren Imperiums der Russen gewesen, gesichert durch mehr als 20 Elitedivisionen, Hunderte taktischer Nuklearwaffen und das Kon-

trollnetz des sowjetischen KGB. Wenn das äußere Imperium auseinanderbrach, dann mußte das innere Imperium folgen. Würden die Machthaber des Kreml, würde der Geheimdienst in der Lubjanka, würde die Generalität das hinnehmen? Wenn Imperien fallen, so die Lehre des 20. Jahrhunderts, dann tun sie es nicht mit einem Seufzer, sondern mit einem Knall.
Was den alten Griechen das Orakel von Delphi war, Ratgeber und Wahrheitskünder, war den Deutschen und ihren Nachbarn die schwere und vieldeutige Geschichte des 20. Jahrhunderts, in ihrer Mitte die Erinnerung an das Reich Bismarcks, an die wilhelminische Großmacht, das europäische Desaster von 1914 und den, wie General de Gaulle es nannte, "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". Deutschland hatte in alldem eine Hauptrolle gespielt und war im Kalten Krieg Schauplatz der "Central Front" zwischen amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen. Am Checkpoint Charlie in Berlins Friedrichstraße hatten einander 1961 nach dem Mauerbau die Panzer der USA und der UdSSR gegenübergestanden, Rohr gegen Rohr, um die Rechtslage zu klären.
Nichts davon war an jenem 9. November vergessen. Geschichtskundige zitierten Benjamin Disraeli, den britischen Staatsmann, der 1871 im House of Commons im Blick auf den deutsch-französischen Krieg ahnungsvoll gesagt hatte: "Dieser Krieg ist eine deutsche Revolution, ein größerer politischer Umbruch als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. Ich sage nicht ein Umbruch von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung, oder größer. Was die sozialen Konsequenzen angeht, die liegen in der Zukunft ... Jede diplomatische Tradition ist weggefegt. Das Gleichgewicht der Macht ist vollständig zerstört."
Disraeli, später Lord Beaconsfield, war 1871 Führer der Opposition, und zur Stellenbeschreibung von Oppositionsführern gehört beides: zu vereinfachen und zu übertreiben. Zwischen 1871 und 1989 ist noch viel geschehen, und vieles hätte auch anders kommen können. Aber niemand in den Korridoren der Macht konnte und wollte 1989 die Lehren der Geschichte - oder was jeder und jede dafür hielt - in den Wind schlagen.
Was, wenn die Geschichte sich wiederholen würde? Mitterrand drohte mit Rückkehr zur französisch-britisch-russischen Entente von 1913; die Iron Lady stellte einem Historiker-Colloquium in Chequers die Frage: "Haben die Deutschen sich gewandelt?" Beide vergaßen vorübergehend, daß dieses Mal das große Spiel zwischen Washington und Moskau gespielt wurde, die Deutschen in Ost und West Objekt und Subjekt zugleich waren.
Alles, was folgte, war zugleich Einhegung der Geschichte und vorwärts weisende Staatskunst. Das gilt für "Zwei plus Vier", die abschließende Regelung der Deutschen Frage, wie für die Maastricht-Verträge und die gemeinsame Währung. Integration statt deutscher Dominanz sollte alles richten, und niemals wieder, wie Kanzler Kohl am 3. Oktober 1990 in der Berliner Philharmonie feierlich sagte, dabei ein Buch über das Kaiserreich zitierend, "ein ruheloses Reich".
Daß Rußland bei alldem in die Rolle des Verlierers gedrängt wurde, gehört zu den langfristigen Hypotheken der 1990er-Jahre - vermeidbar, wenn man auch im Bezug auf Rußland geschichtliche Lehren und Regeln des Mächtesystems ernst genommen hätte. Bismarck hätte Washington und Bonn/Berlin geraten, es sich diesmal, anders als er selbst 1871 und danach, nicht mit Rußland zu verderben.
1871 veränderte sich in dem Europa der souveränen Großmächte die Führungsposition in der Mitte. Preußen als deutsche Vormacht und harter Kern der deutschen Politik löste Österreich endgültig ab als Machtzentrum in der Mitte Europas: So wie der deutsche Krieg gegen Dänemark 1864 halb Freiheitskrieg, halb Mächtekrieg gewesen war, war der preußisch-deutsche gegen Österreich ein Scheidungskrieg. Dahinter stand die Einsicht, seit dem nationalen Scheitern der Paulskirche 1848/49 überdeutlich, daß Großdeutschland unmöglich war: Nicht nur wegen der österreichischen Reichskonstruktion und der Unvereinbarkeit des industriell-administrativen Entwicklungsstands, sondern auch wegen des Vetos der Großmächte.

Trotzdem aber hatte Bismarck, seit 1862 als Ministerpräsident die Schlüsselfigur der preußischen Politik, mit einer Reputation für, wie er selbst schrieb, leichtfertige Gewalt - gemeint war Staatsstreich - die deutsche Einheitsfrage wieder aufgegriffen. Noch 1849 hatte er über den "Nationalschwindel" gespottet und das Königtum von Gottes Gnaden kompromißlos verteidigt. Seitdem aber hatte er als Diplomat am deutschen Bundestag in Frankfurt gelernt, daß Preußen nur als Industriestaat ein Machtstaat bleiben konnte, daß der Monarchie zu ihrem Überleben ein Tropfen demokratischen Öls beizumischen war und daß er das Parlament als Motor der Modernisierung brauchte. Er wollte die Liberalen zähmen, die aber wollten mit ihm das Gleiche tun. Am Ende war er der Sieger.
Die Zielstrebigkeit dieser Strategie und zugleich die Kaltblütigkeit bei der Ausführung haben ihm Bewunderung eingetragen, von den Zeitgenossen bis hin zum früheren US-Außenminister Henry Kissinger, aber auch Kritik ohne Ende - und meist unter Hinweis auf architektonische Mängel und Schwächen der Verfassungs- und Machtkonstruktion, die in der Tat auf niemanden so stark zurückgeht wie auf Bismarck. Doch wäre es verfehlt, die Rede vom "Bismarckreich" wörtlich zu nehmen. Nicht nur, weil Bismarck selbst immer wieder gewarnt hat, so zum Beispiel im Reichstag: "Die Geschichte, meine Herren, können wir nicht machen. Wir können nur warten, daß sie sich vollzieht." Der große Macher war auch großer Aussitzer. Und er war ein unübertrefflicher Taktiker.
Immer wieder wird das Wort zitiert, zumeist im Ton von Abscheu und Empörung, das er am 30. September 1862, frisch im Amt, den ihm feindlich gesinnten Abgeordneten entgegenschmetterte: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848/49 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Wer genau hinhört, erkennt darin die Taktik, die Liberalen für die Strategie der deutschen Einheit zu engagieren und sie zugleich zur Kapitulation über Budget und Verfassung zu verführen. So ist es dann auch gekommen.
In Wirklichkeit aber war die Lage viel komplizierter als das Duell "Regierung – Bismarck - Monarchie" auf der einen Seite, "Liberalismus – Verfassung - Modernisierung" auf der anderen. Was die Gegner verband, war das Ziel des nationalen Großwirtschaftsraums, Freihandel nach außen und Verfassung nach innen. Was sie trennte, war die Frage der Macht.
Gäbe es in der Geschichte ein letztes Wort, so steht es dem Großmeister der modernen Wirtschaftslehre zu: Lord Keynes. Er sprach davon, daß "Kohle und Stahl" die deutsche Einheit geschmiedet hätten, nicht "Eisen und Blut".
Die Geschichte der deutschen Einheit jedenfalls reicht so weit, wie sie umstritten bleibt.<<
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 9. Dezember 2010: >>**Transparency-Umfrage**
Deutsche halten ihre Parteien für zutiefst korrupt
Die Deutschen haben keine gute Meinung von ihren Parteien. Im Gegenteil: Sie halten sie für tief verstrickt in Korruption und Lobbyismus. Justiz und Polizei genießen dagegen in der Bevölkerung höchstes Vertrauen, wie eine am Donnerstag veröffentlichte Umfrage von Transparency International ergab.
… Auf einer Skala von eins bzw. nicht korrupt bis fünf bzw. höchst korrupt kamen die Parteien lediglich auf die Note 3,7. Das ist der schlechteste Wert aller Sektoren, zu denen TI rund 1.000 Deutsche repräsentativ befragt hatte. …<<
Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**
Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard

und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden. …

Willy Brandt war empört. …

Die Beamten haben ihn darauf hingewiesen, daß Adenauer diesen Brief vor der Genehmigung des Grundgesetzes durch die drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. - Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt.

… In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer die Feindstaatenartikel, nach denen die Sieger im Falle eines Falles ihre Rechte über Deutschland aktivieren können.

Lebenslüge der alten Bundesrepublik

Die BRD und die DDR mußten einen Brief, den ich mit DDR-Staatssekretär Michael Kohl abgestimmt habe, an unsere jeweiligen Großen oder Freunde schreiben, daß auch durch Beitritt der beiden Staaten die Siegerrechte nicht erlöschen. Aber das spielt keine Rolle mehr, weil die Vier versichert haben, sie würden sich darauf nicht mehr berufen und die Charta seit ihrem Bestehen nicht verändert wurde und die Büchse der Pandora geöffnet würde, falls man auch nur in einem Punkte damit beginnen würde.

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. …<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 43 berichtete am 24. Oktober 2011: >>**Das Geld regiert die Welt - oder es dient ihr**

Autoren Philippe Mastronardi und Peter Ulrich

Die Staaten haben die Finanzmärkte in die Freiheit entlassen, ohne ihnen Verantwortung zu überbinden. Nun herrscht das Geldsystem über das politische System. Unter dem heutigen Finanzmarktregime wird sich das nicht ändern. Erst wenn sich Geld nur noch im Rhythmus der wirtschaftlichen Realentwicklung vermehren läßt, können spekulative Finanzblasen verhindert werden und stabile Verhältnisse einkehren.

Es mußte soweit kommen, daß Rating-Agenturen ihr Urteil über die Weltmacht USA sowie über verschiedene hoch verschuldete Euro-Länder fällten, bis uns die Einsicht dämmerte, wie verkehrt unsere gegenwärtige Wirtschaftswelt ist. Da entscheiden tatsächlich private Firmen über die Vertrauenswürdigkeit ganzer Staaten und begründen ihr Urteil im Fall der USA etwa damit, es genüge nicht, die Sozialprogramme nur an den Rändern zu beschneiden; sie müßten grundsätzlich reformiert werden.

Je nach Belieben könnte die Begründung auch ganz anders lauten, da die urteilende "Instanz" frei von jeder öffentlichen Rechenschaftspflicht walten kann. Die betroffenen Regierungen wehren sich zwar jedes Mal verbal gegen die Verurteilung, finden aber auf den Finanzmärkten kein Gehör. Die Herrschaft des Ratings kennt keine demokratischen oder rechtsstaatlichen Prozeduren der Gewaltenteilung - sie steht also offenbar über ihnen und ist nicht verhandel-

bar. Die Wahrheit wird von privat ernannten Experten verfügt. Diese folgen der Logik des Finanzmarktes, nicht der öffentlichen Vernunft.
Daß die Finanzmärkte zunehmend die Realwirtschaft steuern, ist spätestens mit der Finanzmarktkrise von 2008 unübersehbar geworden. Heute wird darüber hinaus klar, wie weitgehend sie auch die Politik der Staaten beherrschen. Eine neue Weltordnung hat sich durchgesetzt: Die höchste Macht kommt den Prozessen an den Finanzmärkten zu, gefolgt von den Entwicklungen in der Realwirtschaft und schließlich den politischen Prozessen in und zwischen den Staaten.
Die Staaten konkurrieren im internationalen Standortwettbewerb um die günstigsten - sprich: privatwirtschaftlich gewinnbringendsten - Investitionsbedingungen. So ist aus der notwendigen staatlichen Ordnung des Wettbewerbs ein fast regelloser Wettbewerb zwischen den staatlichen Rahmenordnungen geworden. Nun bestimmen die Kapitalverwertungsinteressen von Anlegern, Unternehmern und Managern weitgehend darüber, was ordnungspolitisch "möglich" und "notwendig" ist.
Und da die "Finanzindustrie", die genaugenommen gar nichts produziert, diesen Kapitalverwertungsinteressen naturgemäß am nächsten steht, dominiert sie gegenüber der Realwirtschaft. Diese ist zur Finanzierung ihrer Geschäftsprozesse von einer funktionierenden Geld- und Kreditversorgung und kostengünstigen Finanzdienstleistungen abhängig. Aber diese ursprünglichen Aufgaben im Dienste der Volkswirtschaft stehen längst nicht mehr im Zentrum der Finanzwirtschaft, vielmehr versteht sie sich in erster Linie als privatwirtschaftliche Branche, die mit ihren "Finanzprodukten" möglichst ohne den Umweg über die Realwirtschaft "Geld macht".
Aus genau diesem privatistischen Verständnis heraus ist die Finanzwirtschaft von den meisten Staaten in den vergangenen 30 Jahren weitgehend dereguliert worden, so daß sie kaum noch Beschränkungen unterliegt. Die Macht des Geldes untersteht keiner normativen Verfassung mehr. Als Rechtfertigung für die Entfesselung der Finanzmärkte diente regelmäßig das Argument, daß damit der gesamten Volkswirtschaft neue Dynamik verliehen würde.
Bewirkt wurde - von gewaltigen Einkommens- und Vermögensumverteilungen von den Besitzlosen zu den Besitzenden ganz abgesehen - vor allem eine grundsätzliche Instabilität, die in Krisensituationen politisch kaum mehr beherrschbar ist. Denn die Finanzmarktakteure können jederzeit gegen mißliebige Regulierungsansätze mit der Abwanderung an weniger regulierte Standorte oder mit der Verweigerung benötigter Finanzierungen drohen und damit die nationalen Regierungen erpressen.
Aus durchaus verständlicher Angst vor der Reaktion der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte wagt die verantwortliche Politik beispielsweise noch immer nicht den Schritt zu einem geordneten Schuldenschnitt im Falle Griechenlands. So zieht die Finanzwirtschaft alle andern Mächte zur Verantwortung, ist aber ihrerseits nahezu keiner (Gegen-)Macht mehr verantwortlich. Der Satz, wonach das Geld die Welt regiere, gilt radikaler als je zuvor: Neben den einzelnen Kapitaleignern meint er nun auch das globalisierte Finanzsystem als Ganzes. Die persönliche Macht der Geldbesitzer wird durch die systemische Macht einer maßlos kapitalistischen Ordnung überlagert.
Dementsprechend hilflos wirken unter diesen Bedingungen die Bemühungen der Regierungen zur Krisenbewältigung. Die Forderungen der Finanzwelt sollen im je nationalen Kampf um Sparmaßnahmen vorwiegend auf dem Rücken von Arbeitenden und Steuerzahlern befriedigt werden, ohne daß sie auf ihre Legitimität hinterfragt werden. Das läuft allzuoft auf Raubbau am gesellschaftlichen Kitt der Solidarität hinaus und zerstört damit den demokratisch grundlegenden Zusammenhalt der Bürgerschaft.
Vom sonst weitgehend akzeptierten Verursacherprinzip ist auf Grund der skizzierten verkehrten Machtverhältnisse kaum die Rede, wenn es die Finanzbranche betrifft. Ganz im Gegenteil

hat das alte Diktum von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste eine vor der Finanzkrise so kaum gemeinte Bedeutung erhalten.
Nichts anderes sind die meisten Maßnahmen zur Stützung der systemrelevanten Banken - man denke an die Übernahme ihrer "Schrottpapiere" durch die Zentralbanken, die sogenannten "Rettungsschirme" und "Quantitative easing-Programme" (Vergrößerung der Geldmenge mittels Ankauf von Staatsanleihen, Devisen usw.). Wenn auch nicht allein deshalb, so doch zu einem wesentlichen Teil ist deswegen die öffentliche Schuldenlast vieler Staaten sprunghaft angestiegen. So ist aus der Finanzmarktkrise eine nur mehr schwer einzudämmende internationale Schuldenkrise geworden.
An der Wurzel angepackt hat die internationale Politik das Übel bisher nicht. Man begnügt sich mit immer weiteren, zum Teil konzeptlos anmutenden Symptomtherapien. Systeminterne Retuschen verschaffen aber höchstens einen Zeitgewinn und verschieben den gefürchteten Zusammenbruch des Systems auf einen späteren Zeitpunkt, in dem er vermutlich noch heftigere Wirkungen zeitigen wird. Gewiß sind viele Staaten teilweise selbst dafür verantwortlich, daß sie sich in so hohem Masse verschuldet haben:
Sie haben opportunistisch versucht, im Standortwettbewerb von der Dynamik der Finanzwelt zu profitieren. Damit haben sie sich von dieser abhängig gemacht, statt ordnungspolitisch vorbeugend für kontrollierbare Verhältnisse mit begrenzten Risiken zu sorgen. Aus diesem Teufelskreis gilt es auszubrechen.
Diese knappe Analyse zeigt bereits, daß eine tiefer greifende Systemreform nötig ist. Es braucht eine globale Finanzmarktverfassung, welche die aufgeblähten Finanzmärkte wirksam an die Entwicklung der Realwirtschaft zurückbindet und die Staaten nicht weiter Spielball der finanziellen Spekulation sein läßt.
Wie kann das Geld vom Herrn zum Diener der Welt gemacht werden? Die Staaten müssen die Geld- und Kreditversorgung als volkswirtschaftliche Infrastruktur begreifen und ernst nehmen. Nötig ist eine grundsätzliche Reform der Finanzmarktverfassung, die auf folgenden konzeptionellen Grundlagen beruht:
1. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit ist eine öffentliche Aufgabe: Der Finanzmarkt ist kein gewöhnlicher Markt, in dem die Privatautonomie jedes einzelnen Teilnehmers das höchste Gut ist, sondern ein öffentlicher Raum, in welchem eine grundlegende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen ist. Die Finanzbranche hat einen Service public zu erbringen.
Die moderne Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer Staatsverantwortung für die Versorgung mit Geld und Kredit funktionieren. Was ökonomisch als Markt betrachtet wird, gehört aus ordnungspolitischer Sicht zu den grundlegenden Rahmenbedingungen einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und muß deshalb rechtlich und politisch als Staatsaufgabe gestaltet werden. Wieviel von dieser Staatsaufgabe mit marktnahen Mitteln und durch private Akteure wahrgenommen werden kann, soll demokratisch entschieden werden.
2. Das herkömmliche Aufsichtsmodell - das Konzept staatlicher Kontrolle über den Markt - ist abzulösen: Nach dem Paradigma des "freien Marktes" wurde bis anhin der Finanzmarkt auf der Grundlage eines Aufsichtsmodells geregelt: Im Grundsatz galt für alle Akteure die Wirtschaftsfreiheit. Der Staat übte lediglich eine polizeiliche Aufsicht aus, um Mißbräuche oder schädliche Auswirkungen zu verhüten oder zu beheben. Dabei folgte er der Problementwicklung immer nur reaktiv und korrektiv, ohne die tiefer liegenden Ursachen und ihre Dynamik je in den Griff zu bekommen.
Finanzmarktkrisen waren nach diesem Modell hinzunehmen, weil sie den Preis der Wirtschaftsfreiheit bildeten. Sie konnten lediglich Anlaß dazu sein, die Aufsicht zu verschärfen und die Rahmenbedingungen zu stärken. Jetzt erleben wir, daß dieses Modell versagt.
3. Die zukünftige Finanzmarktverfassung hat sich am Gewährleistungsmodell zu orientieren:

Wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit eine Staatsaufgabe ist, ist sie von vornherein als öffentliche Infrastrukturleistung zu gestalten, ähnlich wie beispielsweise das Rechts-, das Bildungs-, das Verkehrs- und das Energieversorgungssystem. An die Stelle des Aufsichtsmodells tritt damit das Gewährleistungsmodell: Der Staat gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit unter Beiziehung Privater.
Was bedeutet dieses Gewährleistungsmodell? Es umfaßt drei Teilverantwortungen, die zwischen Staat und Privaten aufgeteilt werden können: Der Staat hat einen funktionierenden Finanzmarkt zu gewährleisten, welcher die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit sicherstellt (Gewährleistungsverantwortung). Er kann damit private Dienstleister beauftragen, welche die öffentliche Aufgabe nach den staatlichen Vorgaben und Zielen zu erfüllen haben (Erfüllungsverantwortung). Versagen die Privaten in ihrer Leistungspflicht oder überschreiten sie die Grenzen ihres Mandats, kann der Staat die Aufgabe wieder an sich ziehen oder Dritten übertragen (Auffangverantwortung).
Staatsaufgabe bedeutet also nicht Verstaatlichung! Gemäß dem modernen Konzept der Public governance können öffentliche Aufgaben in unterschiedlichster Weise durch ein Zusammenspiel des Staates mit Privaten erfüllt werden.
Umfassend ist nur die Staatsverantwortung für die Erbringung einer gemeinwohldienlichen Leistung. Inwieweit der Staat diese Leistung selbst erbringt, ist Sache der konkreten Ausgestaltung. Diese ist demokratisch zu bestimmen.
Im Bereich des Finanzmarktes wird eine Aufgabenteilung zwischen einer autonomen staatlichen Instanz (der Zentralbank, in der Schweiz "Nationalbank" genannt) und der privaten Finanzbranche zu suchen sein. Die Erfahrung zeigt freilich, daß der Zentralbank wesentlich mehr Kompetenzen zugesprochen werden müssen als bis anhin.
4. Im Finanzbereich ist der Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaftsmacht durchzusetzen: Die Staaten müssen den Banken die private Geldschöpfung wieder entziehen. Denn heute entsteht neues Geld zum größten Teil durch Kreditschöpfung, indem sich jemand bei einer Bank verschuldet. Auf Grund der geringen Eigenmittelanforderungen können die Geschäftsbanken auf diesem Weg riesige Volumen an sogenanntem Buchgeld schaffen, das großenteils spekulativen Zwecken auf den Finanzmärkten dient.
Deshalb haben die Zentralbanken die Kontrolle über die Geldmenge verloren. In Zukunft soll auch Buchgeld - wie die Münzen und Banknoten - gesetzliches Zahlungsmittel sein, das nur von der Zentralbank geschöpft werden kann (sogenannte Vollgeldreform). So wird das gesetzliche Geldmonopol wiederhergestellt. Die Zentralbank (Nationalbank) gibt so viel Geld in Umlauf, wie es die Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert.
Damit sorgt sie dafür, daß die Geldmenge das Volumen der Realwirtschaft abbildet. Den Banken verbleibt die Verteilung und Verwaltung des Geldes: der Zahlungsverkehr, die Kreditvergabe (soweit sie vom Vollgeld abgedeckt ist) sowie Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft und die Vermögensverwaltung für Private.
Die Zentralbanken bestimmen auch die Grenzen der zulässigen Wirtschaftstätigkeit der Finanzbranche. Sie unterstellen bestimmte Tätigkeiten einer Bewilligungspflicht und verhindern volkswirtschaftlich schädliche Finanzprodukte. Sie verbieten zum Beispiel Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit von Staaten.
Zu diesem Zweck werden auf nationaler Ebene verfassungsrechtliche Regelungen nötig, die klarstellen, welche Entscheide demokratisch zu treffen sind, welche an die Zentralbank delegiert werden sollen und welche der Finanzbranche anvertraut werden dürfen.
Das Geld kann zum Diener der Welt gemacht werden, sobald wir erkennen, daß es uns zu versklaven droht. Geld macht frei, aber nur, wenn wir es unserer demokratischen Verantwortung unterstellen.
Die beiden Autoren sind emeritierte Lehrstuhlinhaber an der Universität St. Gallen: Philippe

Mastronardi für öffentliches Recht, Peter Ulrich für Wirtschaftsethik. ...<<

Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtete am 8. Januar 2012 (x936/…): >>**Die Staats-Simulation "BRD"**

Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*

Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc,, mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene **Besatzungskonstrukt BRD,** noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, **über volle uneingeschränkte Souveränität.** Auch wenn durch die Politiker der BRD anläßlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist.

Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen.** Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben. Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.

Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es** keine "BRD", **lediglich ein vereinigtes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**

Alle Politiker Schauspieler.

Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situa-

tion verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet. Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:

http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile- Details& profileCode=43653.

Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.

Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) …<<

Der deutsche Hochschullehrer i.R. Dr. Hans Penner forderte bereits am 21. August 2012 den Rücktritt der Bundeskanzlerin Merkel (x932/…): >>**Merkel betreibt Auflösung Deutschlands**

Im Widerspruch zu ihrem Amtseid betreibt Frau Dr. Angela Merkel eine Energie- und Europapolitik, die Deutschland großen Schaden zufügt und zu Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Verarmung führen wird. Aus diesen Gründen ist der Rücktritt von Frau Dr. Angela Merkel von ihrem Amt als Bundeskanzler zu fordern.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland

Frau Merkel betreibt die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland als souveränen Rechtsstaat. Deutschland soll in einen europäischen Bundesstaat integriert werden, der aller Voraussicht nach eine sozialistische Fiskal-Diktatur sein wird. Diese Bestrebungen widersprechen Artikel 20 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erlaubt den Bürgern Widerstand gegen diese Politik.

2. Vernachlässigung der Bankenaufsicht

Durch Vernachlässigung der Bankenaufsicht unter der Regierung von Frau Merkel hat sich in Deutschland der Schwerpunkt der Bankentätigkeit auf das Investmentbanking verlagert. Als Ergebnis betreiben Banken riskante Geschäfte, deren Verluste der Steuerzahler tragen muß.

3. ESM-Vertrag

Auf Betreiben von Frau Merkel soll in Luxemburg eine unzutreffend als "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) bezeichnete internationale Finanzbehörde geschaffen werden. Laut ESM-Vertrag soll diese ESM-Bank volle Immunität genießen. Beaufsichtigungen oder Kontrollen der ESM-Bank sind untersagt. Die Mitarbeiter der ESM-Bank sind zum Stillschweigen verpflichtet.

4. Schulden-Union

Unter Mißachtung der europäischen Gesetze betreibt Frau Merkel die Umgestaltung der EU in eine Schuldenunion. Die ESM-Bank dient ausschließlich dem Zweck, die Gläubiger maroder Banken zufriedenzustellen.

5. Preisgabe der Haushaltssouveränität

Die Finanzierung der ESM-Bank bedeutet die Preisgabe der Haushaltssouveränität des Bundestages. Der Bundestag kann zwar das deutsche Mitglied des Gouverneursrates der ESM-

Bank beeinflussen, nicht aber die Entscheidungen des Gouverneursrates.

6. Anstieg der Staatsverschuldung

Unter der Regierung von Frau Merkel stieg die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen Euro. Auf Betreiben von Frau Merkel verpflichtet sich Deutschland, der ESM-Bank einen Betrag von 190 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Da Deutschland dieses Geld nicht hat, kann dieser Betrag nur durch eine höhere Neuverschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der Gouverneursrat das Grundkapital des ESM und damit den Beitrag Deutschlands jederzeit nach Belieben erhöhen.

7. Torpedierung der Sozialen Marktwirtschaft

Frau Merkel torpediert die Soziale Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Verordnung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden.

8. Vernichtung der Kerntechnik

Ohne rationale Begründung vernichtet Frau Merkel die hochentwickelte, sichere deutsche Kerntechnik und zwingt zum Import von unverzichtbarem Nuklearstrom. Die Eigentümer der Kernkraftwerke werden gesetzwidrig zwangsenteignet. Die Gesamtkosten müssen vom Steuerzahler getragen werden. Deutschland verliert seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie.

9. Propagierung der Klimakatastrophen-Hypothese

Wider besseres Wissen behauptet Frau Merkel als promovierte Physikerin, Kohlendioxid sei ein Schadstoff, obwohl dessen Klimasensitivität unter 1° C liegt. Kohlendioxid-Emissionen haben keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, fördern aber das Pflanzenwachstum.

10. Umbau der Stromversorgung in Deutschland

Frau Merkel fordert einen extrem kostspieligen unnötigen Umbau der Stromversorgung in Deutschland, der nach gegenwärtigen Schätzungen einen Anstieg der Stromkosten auf das dreifache bewirken wird. Süddeutschland soll aus dem Wattenmeer mit Strom versorgt werden, was Stromleitungen erfordert von der Länge München - Moskau.

11. Gefährdung der Sicherheit der Stromversorgung

Frau Merkel fördert einen exzessiven Ausbau der sogenannten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas. Dadurch gefährdet sie in zunehmendem Maße die Netzstabilität und macht großräumige und langdauernde Stromausfälle immer wahrscheinlicher. Solche Stromausfälle werden nicht nur große Sach- und Vermögensschäden anrichten, sondern möglicherweise auch Tote und Verletzte fordern.

12. Belastung der Umwelt

Die von Frau Merkel geforderten und geförderten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas belasten die Umwelt in Deutschland, ohne irgendeinen Einfluß auf das Weltklima auszuüben.

13. Zerstörung der Familie

Unter der Regierung von Frau Merkel wird die Familienstruktur unseres Volkes zerstört. Jede Woche werden einige tausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche vor ihrer Geburt getötet.

14. Islamisierung Deutschlands

Unter der Regierung von Frau Merkel werden an Universitäten islamische Lehrstühle eingerichtet, um die verfassungswidrige totalitäre Ideologie des Islam auszubreiten.<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/…): >>**Fassade "Demokratie"**

"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."
Frank Karsten/Karel Beckmann: *Wenn die Demokratie zusammenbricht.*

Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssy-

steme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.

Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerkaste beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.

Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Problemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.

Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will." Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.

Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingelullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.

Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.

Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.

Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist übergangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.

Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Funda-

ment begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.
Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.
Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterordnungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.
Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitsstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlaments-Wahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.
Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.
Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib und Leben gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.
Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden.
Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen sind nicht mit einer hierarchischen, vertikalen, sondern nur mit einer horizontalen Gesellschaftsstruktur vereinbar. In ihr stehen alle Bürger gleichberechtigt nebeneinander und gehen vertragliche Vereinbarungen unter Gleichen ein. Welche Gestaltungen sich im kulturellen und im wirtschaftlichen Felde etablieren, kann nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Fruchtbarkeit und der realen Bedürfnisse von den beteiligten Menschen selbst entschieden und vereinbart werden.
Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. Das bedeutet, daß sich sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben mit dem gesamten Bildungswesen aus ihrer eigenen Kompetenz, d.h. aus der Erkenntnis- und Gestaltungsfähigkeit der betroffenen mündigen Menschen konstituieren und sich selber - horizontal koordinie-

rend - organisieren.
Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen. Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.
Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl**,** die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.
Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.
Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.
Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.
Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Demokratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.
Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":
"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."
Sowie dem Staat die angemaßten inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich

des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfiele zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.
Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.
Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften die notwendigen koordinierenden, aufeinander abstimmenden vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden.
Auf diese Notwendigkeit hat bereits Anfang des 20. Jahrhunderts der vielfach verkannte Rudolf Steiner in seiner Schrift "Die Kernpunkte der sozialen Frage" und in vielen Aufsätzen und Vorträgen hingewiesen.
Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juni 2013 (x887/...):

>>**"Vierte Gewalt" - nur eine Anmaßung**
Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zu Recht wird sie im Grundgesetz ausdrücklich geschützt. Aber wie weit darf sie gehen, wo sind die Grenzen? Und ist Meinungsfreiheit identisch mit Pressefreiheit?
Unsere Medien sehen sich als Träger der öffentlichen Meinung, also auch als Objekt der staatlich geschützten Meinungsfreiheit. Gern nennen sie sich "Vierte Gewalt". Aber sind sie das wirklich?
Einmal abgesehen davon, daß unser Grundgesetz eine "Vierte Gewalt" überhaupt nicht kennt - die freie Presse hat die Aufgabe, die drei Gewalten des demokratischen Rechtsstaats - Gesetzgebung, Exekutive, Justiz - zu kontrollieren und das Volk als obersten Souverän darüber zu unterrichten. Sie hat nicht die Aufgabe, die Organe des Staates zu ersetzen.
Genau das aber maßen sich viele Journalisten und Publizisten an. Sie wollen nicht mehr "nur" Beobachter und Kommentatoren sein, sondern Ermittler, Richter und Henker in Personalunion. Da werden Verdächtigte schon vor dem ersten Prozeßtag in Schlagzeilen verurteilt und dämonisiert. Da werden mißliebige Politiker falsch oder bewußt unvollständig zitiert. Wer mit allzu aufdringlichen Enthüllern nicht reden will, wird - Waffenfreunde, aufgepaßt! - mit vorgehaltenem Mikrofon genötigt. Und die Verkommenheit korrupter Wirtschaftsbosse läßt sich mit nichts so demonstrieren wie mit vertraulichen Papieren, die man für ein saftiges Schmiergeld von einem Justizbeamten gekauft hat.
Solche Journalisten sollten nicht auch noch behaupten, sie seien "die Öffentlichkeit". Was sie schreiben und senden, ist nicht öffentliche Meinung, sondern ihre eigene veröffentlichte Meinung.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 2013 (x887/...):

>>**Land minderen Rechts**
NSA-Skandal wirft alte Frage neu auf: Wie souverän ist Deutschland?
Kanzlerin und Opposition spielen die Empörten. Doch glauben kann ihnen die Entrüstung niemand, der die Hintergründe kennt.

Die Enthüllungen des Edward Snowden haben den Blick auf einen lange verdrängten dunklen Punkt der deutschen Wirklichkeit gelenkt: die noch immer eingeschränkte Souveränität unseres Landes gegenüber ehemaligen Besatzungsmächten.
Wie beiläufig tritt zutage, daß die Deutschen nicht nur massiv ausspioniert werden, sondern daß zudem deutsche Geheimdienste nach einer Vereinbarung von 1968 verpflichtet sind, Rohdaten an die Westalliierten weiterzugeben. BND, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst erscheinen so als Handlanger fremder Mächte. Die Vereinbarungen waren bis 2012 geheim. Angeblich nehmen Westalliierten ihr Recht seit 1990 nicht mehr in Anspruch - so wird behauptet, doch was darf man nach den jüngsten Enthüllungen noch glauben?
Im Zusammenhang mit der Vereinbarung berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" von mehreren gemeinsamen Absichtserklärungen von BND und US-Geheimdiensten, die weiterhin als streng geheim eingestuft würden. Solche unheilvollen Andeutungen rufen die sagenumwobene "Kanzlerakte" in Erinnerung:
Eine Verpflichtungserklärung, welche alle deutschen Regierungschefs nach Amtsantritt zu unterzeichnen hätten. Allein Willy Brandt soll sich, erbost und entsetzt vom Inhalt, zunächst geweigert haben, die Akte zu unterzeichnen. Erst, als ihm eindringlich bedeutet wurde, daß alle seine Vorgänger unterschrieben hätten und dies auch für ihn unumgehbar sei, habe er sich gefügt. Brandt nannte die Akte einen "Unterwerfungsbrief", wie Egon Bahr 2009 in der "Zeit" enthüllte hat.
Bis zur Offenlegung durch Bahr wurden alle Mutmaßungen über die "Kanzlerakte" ins Reich der Verschwörungstheorien verbannt. Seitdem hat sich ein Spalt geöffnet auf eine Realität, vor deren Hintergrund die spontane Entrüstung der Kanzlerin wie der Opposition über die NSA nur noch scheinheilig klingt. "Freunde abhören geht gar nicht", empört sich Merkel wenig glaubwürdig, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, tönt: "Keine Bundesregierung kann akzeptieren, daß wir ein Land minderen Rechts sein sollen." Und warum haben SPD-Regierungen das dann getan?
Für den Status "minderen Rechts" spricht, daß deutscherseits offenbar kaum Gegenspionage betrieben wird. Überdies bauen die USA nach Absprache mit deutschen Behörden in Wiesbaden für mehr als 100 Millionen eine neue Spionagezentrale.
Solche Nachrichten richten schweren Vertrauensschaden an. Die Deutschen könnten den Eindruck gewinnen, daß ihre Politiker Deutschlands Interessen an andere Länder verraten und ihr eigenes Volk hinters Licht führen. Um dem zu begegnen, muß Merkel mehr liefern als durchschaubare Wahlkampfsprüche.<<
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 21. Juli 2013: >>**Überwachung durch US-Geheimdienste unterirdisch**
Die US-Spionage in Deutschland schneidet die Wurzeln der Grundrechte ab. Das ist staatsgefährdend. Und was macht Innenminister Friedrich, der ja auch Verfassungsminister sein soll? Mit seinem Gerede von einem Supergrundrecht Sicherheit versucht der CSU-Mann, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes sogar noch zu rechtfertigen. …
Vom Beginn der Bundesrepublik an waren alle politischen Kräfte bestrebt, auf dem Boden des Grundgesetzes zu agieren. Jede Partei behauptete das von sich selbst, bisweilen sprach die eine das der anderen ab. Der Boden des Grundgesetzes wurde so zum Ort, auf dem die großen politischen Streitigkeiten ausgetragen wurden. Ob bei der Anti-Terror-Gesetzgebung oder bei den Milliardenbürgschaften für Banken und Euro - die große Frage lautete und lautet: Steht all das noch auf dem Boden des Grundgesetzes? …
Die unterirdische Überheblichkeit des Sicherheitsapparates
Dieses Selbstbewußtsein und diese Selbstsicherheit geraten ins Wanken, seitdem bekannt wird, daß unter dem Boden des Grundgesetzes US-Geheimdienste arbeiten, die sich um die deutschen Grundrechte nicht scheren; die das Fernmeldegeheimnis so wenig achten wie den

Schutz der Privat- und Intimsphäre der Bundesbürger; die das Recht der Menschen auf informationelle Selbstbestimmung nicht respektieren; die das Computer-Grundrecht, also das vom Verfassungsgericht geschaffene Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, ja den gesamten Datenschutz ignorieren, den Gesetzgeber und Bundesverfassungsgericht in Jahrzehnten geschaffen haben. …

Widerspruch zum Grundgesetz

Das Spionagenetz, das die Amerikaner einst in ihrer deutschen Besatzungszone errichtet haben, existiert immer noch, jetzt in ganz Deutschland. Die NSA baut gerade in Wiesbaden ein neues Spionagezentrum. …

Das alles hat nicht Edward Snowden herausgefunden, sondern der Freiburger Historiker Josef Foschepoth, der über die Post- und Fernmeldeüberwachung in der alten Bundesrepublik geforscht und 2012 ein aufsehenerregendes Buch geschrieben hat: "Überwachtes Deutschland". Edward Snowden hat freilich aufgedeckt, daß die Überwacherei exzessiv weitergegangen ist und weitergeht, auch nach der Wiedervereinigung und dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der Deutschland angeblich die volle Souveränität gegeben hat.

Die Mißachtung des deutschen Grundrechts hat einen beschwichtigenden Namen: "Strategische Kontrolle" nennt das der US-Geheimdienst. Das ist nicht nur eine Kontrolle bestimmter Telefonate, das ist nicht nur ein Zugriff auf bestimmte Internet-Daten, sondern die Kontrolle des gesamten Telefon- und Internetverkehrs. "Strategische Kontrolle" ist grob verharmlosend, Schleppnetzüberwachung sagt man besser. Sie ist der GAU für das Allgemeine Persönlichkeitsrecht - die Größte Anzunehmende Überwachung. Es existiert in Deutschland eine grundrechtsverachtende Parallelwelt, eine Unterwelt.

Vom Wesensgehalt der Grundrechte ist kaum etwas übrig

Das Grundgesetz sagt, "in keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden". Zum Wesen der US-Spionage gehört aber ersichtlich, vom Wesen der genannten Grundrechte kaum etwas übrigzulassen.

Der Boden des Grundgesetzes verliert seine Stabilität. Die Statik des deutschen Rechtsstaats, der auf diesem Boden errichtet wurde, wankt. Die Tektonik der Verfassung bricht. Die Sicherheit der Menschen im Recht leidet, die Geborgenheit im Rechtsstaat geht verloren. Die umfassende, generelle und flächendeckende US-Überwachung der Bundesbürger ist nicht einfach nur ein Angriff auf die deutsche Souveränität. Sie ist ein umfassender Angriff auf die Grundrechte der deutschen Bürger. …

Innenminister Friedrich - ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik

… Der deutsche Staat hat den umfassenden Schutz der Grundrechte des Grundgesetzes garantiert. Wenn er diese Garantie nicht einhalten kann oder einhalten will, wenn diese Garantie also nichts mehr gilt, handelt es sich um einen Fall von Staatsnotstand.

Der Bundesinnenminister ist zugleich Verfassungsminister. Der derzeitige Amtsinhaber Hans-Peter Friedrich, CSU, ist sich offensichtlich dessen nicht bewußt. Er tut so, als gelte es lediglich, den Amerikanern gesprächsweise beizubringen, daß die Deutschen halt so sensibel seien, wenn es um ihre Grundrechte geht. Minister Friedrich versteht offenbar nicht, daß der Schutz der Grundrechte der Bürger zum Wesen des Staates und zu den Hauptaufgaben seines Amtes gehört. Es geht bei den Spionageangriffen nicht um Petitessen, es geht nicht um Sensibilitäten, es geht um den Kern von Demokratie und Rechtsstaat.

Ein Minister, dem man das erst erklären muß, ist nicht ein Minister der Bundesrepublik, sondern ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik. Mit seinem Reden von der Sicherheit als einem Supergrundrecht macht er sich zum NSA-Bruder, zum Bruder im Geiste des US-Geheimdienstes. Die Erfindung eines ungeschriebenen Supergrundrechts Sicherheit ist der Versuch, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes zu rechtfertigen.

Der alte, berühmt-berüchtigte Satz des Staatsrechtlers Carl Schmitt - "souverän ist, wer über

den Ausnahmezustand entscheidet" - darf aber nicht Wahrheit werden. Heute muß gelten: Souverän ist, wer die Grundrechte seiner Bürger schützen kann. Innenminister Friedrich ist es nicht. Diese Bundesregierung ist es auch nicht. Ist es der deutsche Staat?

Manche halten die US-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation

Angeblich existieren immer noch etliche vage ehemalige alliierte Vorbehaltsrechte, die den USA zum Schutze ihrer Truppen in Deutschland alles Erdenkliche und nicht näher Festgelegte erlauben. Angeblich haben die Amerikaner beim US-Besuch des deutschen Innenministers auf die Ausübung solcher alten Rechte verzichtet. Nichts Gewisses weiß man nicht. Aber man hat das unangenehm mulmige Gefühl, daß es darauf nicht ankommen wird - weil die USA ganz unabhängig davon, ob noch ein dünner Faden von US-Vorbehaltsrechten in Deutschland existiert, die Macht haben und die Macht nutzen, auf alle Daten zuzugreifen, die sie wollen. …

Die Anti-Terror-Politik aber hat Recht und Rechte weggeräumt

Die Sicherheitsapparate eines Polizeistaats dürfen alles, was sie können. Die Sicherheitsapparate eines Rechtsstaats können alles, was sie dürfen. Sie dürfen und können ziemlich viel, aber das hat eine Grenze. Das galt vor dem 11. September 2001, und das muß auch nachher so sein; es ist aber nicht mehr so. Die Sicherheitspolitik der westlichen Länder hat in ihren Reaktionen auf die Terroranschläge verkannt, daß auf Dauer nur Recht die Freiheit sichern kann. Die Anti-Terror-Politik aber hat Recht und Rechte weggeräumt, um so für Sicherheit zu sorgen. …

Stark ist nicht der Staat, der den Bürgern mit einem Generalverdacht gegenübertritt und grundsätzlich jedem mißtraut. Stark ist der Staat, der die Sicherheit hat, daß die Menschen- und Bürgerrechte die besten Garanten der inneren Sicherheit sind. Der demokratische Staat, der nur wegen und aus der Freiheit seiner Menschen besteht, darf sich nicht gegen seine Schöpfer wenden.

"Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen." Das steht im ersten Entwurf des Grundgesetzes, im Artikel 1 des Entwurfs von Herrenchiemsee. Die USA haben dies einst die Deutschen gelehrt.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**

… Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, … Tempora, X-Keyscore, das sind kryptische Kürzel, die vor kurzem niemand kannte. Jetzt stehen sie in den Schlagzeilen. Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht, weil man ja jeden Tag was Neues erfährt, und das ist dann immer so, daß das so ein Zyklus ist, bei dem plötzlich die Faktenlage sich verändert, verschiebt. Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2013 (x887/...): >>**Schrille Tante in hohem Amt**

Als Bundestagsvizepräsidentin repräsentiert Claudia Roth, was sie eigentlich haßt.
Um diesen attraktiven Versorgungsposten dürften viele Politiker Claudia Roth beneiden. Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages bekommt sie knapp 12.500 Euro im Monat. Das ist kein schlechtes Einkommen für jemanden, der weder eine abgeschlossene Ausbildung noch eine ernstzunehmende Berufserfahrung vorweisen kann. Laut Lebenslauf auf der Internetseite des Bundestages ist die Abgeordnete Roth von Beruf Dramaturgin und hat als solche an den Städtischen Bühnen Dortmund und bei "Hoffmans Comic Theater" gearbeitet, bevor sie Managerin der Rock-Band "Ton Steine Scherben" wurde. Ihrer persönlichen Internetseite kann man zudem entnehmen, daß sie ein Studium der Theaterwissenschaften begonnen, ein Freies Theater gegründet hat und 1985 Pressesprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen wurde. Ihr weiterer politischer Lebensweg ist bekannt.
Diese Angaben bleiben auffällig vage. Beispielsweise ist nirgends angegeben, in welche Zeiträume die einzelnen Berufsstationen fielen. Auch erfährt man nicht, was aus dem von Roth gegründeten Theater geworden ist. Die Tatsache, daß sich die Kultband der links-alternativen Szene unter ihrem "Management" wegen Überschuldung auflösen mußte, bleibt ebenfalls unerwähnt. Und die Frage, was eine Abiturientin mit einem nach wenigen Semestern abgebrochenen Studium qualifiziert, als Dramaturgin, Managerin oder Pressesprecherin zu arbeiten, wird nicht beantwortet. Es ist offensichtlich, daß durch bewußt vage Angaben im Lebenslauf verschleiert werden soll, daß es sich bei der Bundestagsvizepräsidentin Roth um das handelt, was der Volksmund gemeinhin als "gescheiterte Existenz" bezeichnet.
Der Bundestagspräsident und somit auch seine Stellvertreter haben das höchste Staatsamt nach dem Bundespräsidenten inne. Mit Claudia Roth hat der Staat nun eine Spitzenrepräsentantin, die ihn zutiefst ablehnt. "Nie wieder Deutschland", forderte sie 1990. Und ihre Vision für den 3. Oktober beschrieb sie 2005 wie folgt: "Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen." Die Türkei ist ohnehin ihre "zweite Heimat" und Deutsche hält sie für "Nichtmigranten, mehr nicht".<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 2013 (x887/...): >>**NSA-Affäre: Trotz Unmuts will Berlin das Verhältnis zu den USA nicht überdenken**
Die Schieflage in der Beziehung zwischen Deutschland und den USA ist vor allem im deutschen Selbstverständnis begründet.
Einer peinlichen Situation begegnet man am besten durch ein schnelles, resolutes Wort. So ließ sich Kanzlerin Angela Merkel im Bunde mit ihrem mutmaßlichen Koalitionspartner SPD nicht viel Zeit, um klarzustellen: Kein Asyl für Edward Snowden in Deutschland, aus rechtlichen Gründen und wegen der "überragenden Bedeutung der transatlantischen Beziehungen".
Auf diese "Beziehungen" fällt nach Snowdens Enthüllungen indes ein fahles Licht: Unter Bruch deutschen Rechts haben US-Spitzel Millionen Deutsche bis hin zur Kanzlerin zum Spionage-Objekt gemacht. Empörung darüber beantworten amerikanische Offizielle gar nicht oder mit einem Achselzucken: So sei das eben, das machten doch alle so.
Ebenso "normal" ist es allerdings, daß man Überläufern, die dem Ausgespähten verraten, was die andere Seite bei ihm getrieben hat, Schutz gewährt. Doch das soll nun plötzlich nicht mehr gelten.
Kurz gesagt: Den USA ist es erlaubt, Deutschland wie jedes beliebige Land der Welt zu traktieren und entsprechend Staat, Volk und Wirtschaft auszuspionieren. Andersherum aber verpflichtet sich Berlin, die USA als "überragenden" Verbündeten zu behandeln und eben nicht als Staat wie jeden anderen.
Diese Schieflage der Beziehungen ist nun jedem Deutschen unter die Nase gerieben worden, und das ist gut so. Denn vielleicht ringt sich nun der eine oder andere zu der Frage durch, wie

es zu diesem Herr- und Vasall-Verhältnis kommen konnte. Der verlorene Krieg? Zu lange her. Die geringe Größe Deutschlands? Viel kleinere, schwächere Länder pochen erfolgreicher auf ihre Souveränität.
Den eigentlichen Grund für die schmähliche Position Deutschlands offenbarte die Snowden-Debatte selbst: Gerade die, die jetzt besonders laut die nationale Souveränität und Selbstbehauptung der Deutschen einklagen, verteufeln derlei Forderungen an anderer Stelle als "rückwärtsgewandten Nationalismus".
Sie können nationale Hoheit nicht schnell genug an Europa, ja die ganze "Weltgemeinschaft" loswerden und weigern sich, Bundeswehr und Auslandsgeheimdienst die Mittel zu geben, die nötig wären, um nicht mehr nur Trittbrettfahrer der USA zu sein. Hans-Christian Ströbele und Gregor Gysi handeln aus Haß auf die USA, nicht aus dem Gefühl vaterländischer Verpflichtung. Sie fordern Richtiges aus falschem Grund. Union und SPD wiederum sehen Deutschlands Vasallenrang als unabänderliches Schicksal an.
Diese Grundhaltungen müssen erst geändert werden, bevor man sich in Berlin ernsthaft daran machen kann, die deutsche Souveränität auf ein angemessenes Niveau zu heben. Echte Souveränität muß zuallererst wirklich gewollt werden. Sie muß von innen kommen, nur dann hat sie auch eine Chance, draußen respektiert zu werden.<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 16. November 2013: >>**Geheimer Krieg: Deutschland zahlt Millionen für US-Militär**
Wenn die Amerikaner in Deutschland neue Basen bauen, zahlt der Bund drauf. Das kostet die deutschen Steuerzahler Hunderte Millionen Euro. Grund dafür ist ein jahrzehntealtes Abkommen. Die Bundesregierung sieht keinen Änderungsbedarf.
Das US-Militär ist gut versteckt in den fast 3.000 Seiten Bundeshaushalt. Im Einzelplan 12 etwa, dem Budget des Verkehrsministeriums, … unter der Überschrift "Erstattung der den Ländern bei der Erledigung von Bauaufgaben des Bundes entstehenden Kosten".
Unter diesem Etat hat die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren 598 Millionen Euro Subventionen an die Amerikaner abgerechnet. Doch das sind nicht die einzigen Kosten: Addiert man die Summe der Ausgaben für die US-Streitkräfte im Bundeshaushalt zwischen 2003 und 2012, erhält man etwa eine Milliarde Euro.
Der deutsche Steuerzahler trägt so dazu bei, die amerikanische Militärinfrastruktur für den geheimen Krieg aufzubauen. Von US-Basen in Deutschland werden Drohnenangriffe in Afrika koordiniert, die Geheimdienste sind im Land aktiv - und private US-Konzerne helfen ihnen.
Zu den 598 Millionen Euro für Bauten kommen 327 Millionen Euro, mit denen Schäden ausgeglichen wurden, die US-Soldaten angerichtet haben, und Sozialleistungen bezahlt wurden, die von den Amerikanern entlassene Zivilangestellte bekommen. Hinzu kommen Subventionen für den Umzug der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem in Höhe von 70 Millionen Euro sowie Steuer- und Zollvergünstigungen in unbekannter Höhe. …<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 18. November 2013: >>**US-Geheimdiensttätigkeiten Wie souverän ist Deutschland?**
Die Recherchen zum geheimen Krieg der USA zeigen: Auf deutschem Boden existieren offenkundig zwei Staatsgewalten - die deutsche und die amerikanische. Wenn die Deutschen das Schalten und Walten der US-Geheimdienste tolerieren, akzeptieren, respektieren, wirft das die Frage nach ihrer Souveränität auf. …
Es hat einen Entstaatlichungsprozeß gegeben - das bekannteste Kürzel dafür heißt Europäische Union. Die Nationalstaaten sind von dem dichten Geflecht einer EU-Rechts- und Quasi-Verfassungsordnung umgeben, dazu auch noch von vielen internationalen Vertragswerken eingehüllt. Die Staatsrechtler und die Politikwissenschaftler reden daher von 'offenen Staaten'

und von einer 'Welt jenseits des Staates'; sie konstatieren eine Postnationalisierung des Verfassungsrechts, sie reden von einem europarechtlich überlagerten Grundgesetz und einer relativierten Staatlichkeit. Mit dieser relativierten Staatlichkeit ringt auch das Bundesverfassungsgericht in jeder seiner Euro-Entscheidungen: Wieviel Hoheit braucht der Staat, um noch als Staat zu existieren? …
Es existieren offensichtlich zwei Staatsgewalten in Deutschland: erstens die deutsche, und zwar in der Gestalt, die ihr die EU- und andere Verträge gegeben haben; daneben zweitens die US-amerikanische, in nicht genau bekannter Form. Mit zwei nebeneinander existierenden Macht- und Herrschaftssystemen gibt es freilich in Deutschland reiche Erfahrungen: Jahrhunderte lange waren das zuerst Kaiser und Papst, dann Staat und Kirche.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>… Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Mai 2014: >>**Bundesregierung ohne Mitspracherecht: USA modernisieren Atomwaffen**
Die Bundesrepublik hat kein Mitspracherecht bei der Stationierung und Modernisierung von amerikanischen Atomwaffen in Deutschland. Darüber habe es "keine Verhandlungen" gegeben, teilte die Bundesregierung nach Angaben der *Rheinischen Post* auf eine Anfrage der Grünen mit.
Hintergrund ist die Ankündigung der amerikanischen Regierung, ihre Atomwaffen in Deutschland zu modernisieren. Dazu sollen ab 2020 neue Kernwaffen des Typs B61-12 in der Bundesrepublik stationiert werden.
Grünen werfen Bundesregierung Heuchelei vor
Das Bundesverteidigungsministerium verteidigte die Pläne. Diese dienten dazu, "die Sicherheit und Zuverlässigkeit aller von diesem Programm erfaßten Nuklearwaffen auch weiterhin auf höchstem Niveau sicherzustellen und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu gewährleisten".
Die Grünen warfen der schwarz-roten Koalition nun ein "doppelzüngiges Spiel in Sachen Atomwaffen" vor. Daß die Bundesregierung weder informiert wurde, noch nachgefragt habe, sei "nicht nur peinlich, sondern auch verantwortungslos", kritisierte die Bundestagsabgeordnete Agnieszka Brugger.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/41-43): >>**Stalin und die Chance zur Einheit**
_ von *Klaus Höpcke*
Friedensvertrag für Deutschland, Neutralität und freie Wahlen - das Angebot der sowjetischen Führung von 1952 wird im Westen bis heute als Bluff abgetan. Zu Unrecht, wie die Auswertung der Dokumente zeigt.
Am 10. März 1952 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Note an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrages.
Das ist 60 Jahre her. Ich hatte seinerzeit mein Studium in Leipzig aufgenommen und bin als Student zum Zeitzeugen geworden. Uns frappierte damals besonders der Wagemut, der darin bestand, für Gesamtdeutschland Parlamentswahlen anzubieten. Aufgrund des Übergewichtes der Bevölkerungs- und somit Wählerzahlen in der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem Stimmenpotential im Osten fragten wir uns, ob in Betracht gezogen worden war, daß bei einem solchen Urnengang die Entwicklung, die wir in der DDR in Gang gebracht hatten, be-

einträchtigt werden könnte. Dies hielten wir für nicht unproblematisch, versuchten es aber als Beitrag für das Gelingen eines Friedensvertrages zu verstehen.
Vor diesem Hintergrund war uns auf den ersten Blick um so unverständlicher, warum die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 25. März 1952 die "Stalin-Note" zurückwiesen. Bei der Suche nach Antworten wurden wir schon zehn Tage danach im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fündig. Dort wurde aus einem Rechenschaftsbericht zitiert, den General Dwight D. Eisenhower, seinerzeit Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, am 2. April 1952 vorgetragen hatte.

Halbes Deutschland

Darin stand zu lesen: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246.000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte.
Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt."

***"*Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."**

Konrad Adenauer

Und weiter: "Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." Nicht bekannt war uns zu jener Zeit die Kurzfassung der Eisenhowerschen Argumentation in dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz "Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb."
Während in früheren Jahrzehnten die Erschließung von Quellen zur "Stalin-Note" sehr zu wünschen übrig ließ, kam es vor zehn Jahren zu einer spürbaren Erweiterung der Dokumentenbasis. Erstmalig wurde ein Anfang März 2002 im Münchner R. Oldenbourg Verlag erschienenes Buch dem deutschsprachigen Publikum mit Akten aus den Moskauer Archiven, vor allem dem des einstigen sowjetischen Außenministeriums, zur Entstehung der Note zugänglich gemacht. Wilfried Loth hat die Edition der Dokumente besorgt und kommentiert (Die Stalin-Note vom 10. März 1952: Neue Quellen und Analysen).
Bei der Lektüre wird für viele überraschend sein, wie anstoßgebend und mit welch bemerkenswerter Beharrlichkeit das damals an der Spitze der DDR agierende Triumvirat aus Staats-, Regierungs- und Parteichef in Sachen Friedensvertrag Wünsche an die Regierung der UdSSR vorgebracht hat. In den Dokumenten kann man nachlesen, wie die sowjetischen Emissäre wieder und wieder an Josef Stalin und Wjatscheslaw was Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht für notwendig hielten.
Zweitens fällt auf, wie ernsthaft und stetig die sowjetische Seite westlichen Bedenken entgegenkam. Der Umfang der dokumentierten Berücksichtigung von Einwänden übertrifft das auch von mir Erinnerte und Erwartete deutlich. Friedensvertrag - Abzug aller Besatzungstruppen - gesamtdeutsche Wahlen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Deutschlands: Um dieses dreifachen Zieles willen war die Regierung der UdSSR zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, die erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Entwürfen bedeuteten.
So wurde der Vorschlag, als erstes einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden, fallen gelassen und empfohlen, daß die Regierung der DDR im Unterschied zu ihren früheren Konzepten an die Bonner Regierung die Forderung nach paritätischer Vertretung als Vorbedingung einer Beratung über Wahlen nicht mehr erhebt.

Östliches Entgegenkommen

Vergleicht man die veröffentlichte Fassung der Friedensvertragsgrundlagen mit vorherigen

Varianten, stößt man auch da auf Zeichen des Entgegenkommens.
Ursprünglich ins Auge gefaßte Verbote wurden gestrichen, so etwa das Monopolverbot, das Verbot der Integration des Ruhrgebietes in die entstehende westeuropäische Kooperation und das Verbot des Dienstes deutscher Staatsbürger in ausländischen Armeen und Polizeieinheiten. Zur Militärfrage hieß es nur noch, Deutschland solle die Streitkräfte haben, "die für die Verteidigung des Landes notwendig sind".

Von fortgesetzten Reparationsleistungen war nicht mehr die Rede.

Von der Verpflichtung zu fortgesetzten Reparationsleistungen an die Siegermächte war ebenfalls nicht mehr die Rede. So spricht die "Aktenlage" Blatt für Blatt eine deutliche Sprache:
In Moskau waren vor 60 Jahren Politiker am Werke, die mit großem Ernst den Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und gesamtdeutsche Wahlen zur Bildung eines vereinten demokratischen Deutschlands zu erreichen trachteten.
Nach Wortlaut, Sinngehalt und obwaltenden Bedingungen engen die in Loths Quellenedition enthaltenen Dokumente den Spielraum jener ein, die der "Stalin-Note" ihre Seriosität absprechen und sie als Trick darstellen wollen. So urteilt auch Loth in seinem Kommentar: "Ob es angemessen war, den (sowjetischen) Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, wird man weiter kontrovers diskutieren können. Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der Entstehung der sowjetischen Noteninitiative vom 10. März 1952 jedoch kein Zweifel mehr sein."

Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, neutrales Deutschland.

Als Gegenkommentatoren kommen in dem Band des R. Oldenbourg Verlages Hermann Graml und Gerhard Wettig zu Wort. Zur Sache selbst haben sie wenig zu sagen. Keine einzige der von Loth gegebenen Deutungen der Dokumente findet sich bei ihnen vom Text her widerlegt. Statt dessen versucht Graml sich darin, Loth zu belehren, die von letzterem als "hochrangig" oder "denkbar prominent " angesehenen sowjetischen Politiker, die an der Ausarbeitung der Dokumente beteiligt waren, könnten bloß als "viertrangige Funktionäre" betrachtet werden. Des Weiteren streitet er mit Loth darüber, ob Stalin im Sommer 1951 zögerte oder nicht, wobei erkennbar ist, daß Graml für seine Version keineswegs mehr oder einleuchtendere Anhaltspunkte hat als Loth für seine Ansicht, ein Zögern habe es gegeben.

Westliche Abwehrreflexe

Über ein Hick-Hack zu derartigen, vom Gegenkommentator als "Kleinigkeiten" bezeichneten Stoffen läßt sich ein Sachdiskurs kaum zustande bringen. Darauf kommt es Graml und Wettig offenkundig auch gar nicht an. Da die Dokumente, wie sie nun einmal vorliegen, für die Leugnung der Ernsthaftigkeit des Friedensvertragsangebotes nichts hergeben, versuchen sich die beiden anders zu behelfen. Loth beschäftige sich zu sehr mit den Details, heißt es. Der Blick auf die Selbstgewißheit der harten Bolschewiki fehle. Die hätten beabsichtigt, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu übertragen.
Der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands im Hinblick auf Militärblockzugehörigkeit sei "mit der Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein identisch gewesen". Wettig macht sich mit der Interpretation eines Lächelns lächerlich.
Darin, daß Außenminister Andrei Wyschinskis Gesicht sich bei der Entgegennahme der Absagen der Westmächte nicht verdüsterte, sondern aufhellte, wie dem US-Geschäftsträger Hugh S. Cumming, einem der Überbringer schlechter Nachrichten, auffiel, sieht er nun nicht etwa einen Ausdruck vielleicht von Ironie aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus, sondern allen Ernstes einen Beweis dafür, daß die UdSSR-Führung eine konstruktive Aufnahme ihres Angebotes gar nicht wollte. …
Und immer wieder: "lediglich als Manöver im Propaganda-Krieg gedacht", der "propagandi-

stische Effekt", "ein Mehr an propagandistischer Brauchbarkeit". "Dogmatiker aller Systeme, vereinigt euch!" könnte als Sammelüberschrift über solchen Einlassungen stehen. In ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. In diesem Fall: Daß Spitzenpolitiker der Sowjetunion und der DDR Anfang der 50er Jahre für ein einheitliches demokratisches Deutschland eingetreten sind.
Scholastisch wie die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, ist die von Graml und Wettig vorgenommene Gegenüberstellung von ernst gemeinten politischen Lösungsversuchen einerseits und der östlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung andererseits. Letzteres wird mit verurteilenswerter Propaganda gleichgesetzt und als Beleg für fehlende Ernsthaftigkeit politischer Absichten genommen. Und das schreiben Leute aus einem politischen Milieu, in dem psychologische Kriegsführung zum A und O des Politik-Machens gehört.
Keine Kriegs- oder Kalte-Kriegs-Handlung der USA ohne "War of Wits" (Krieg der klugen Köpfe). … Das galt damals und gilt bis in die jüngsten Tage.

Die Stalin-Note

- Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
- Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.
- In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährt sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.
- Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.
- Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschiffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.
- Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

_ Klaus Höpcke war von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, 1990 Volkskammerabgeordneter der PDS und von 1990 bis 1999 PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen. Er gehört dem Sprecherkreis des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke an.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2015 (x887/...):
>>**Jämmerlicher Vasall**

Die BND-Affäre taucht die Bundesrepublik in ein katastrophales Licht

Der neueste Geheimdienstskandal wirft fundamentale Fragen nach dem Wesen dieser Republik auf. Gibt es die "Kanzlerakte" doch?

Das Licht, welches die neuesten Enthüllungen zur Kungelei zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst BND und US-Geheimdiensten auf die Bundesrepublik wirft, ist katastrophal. Die Republik erscheint wie ein jämmerlicher Vasallenstaat, dessen ferngesteuerte Führung im Auftrag einer fremden Macht gegen die Interessen des eigenen Landes und Volkes agiert.

Kanzlerin Merkel und ihre Entourage werden einiges aufbieten müssen, um dieses verheerende Bild zu korrigieren. Billige Ausflüchte wie beim letzten Durchlauf der immer wieder aufflammenden BND-NSA-Affäre darf man ihr nicht mehr durchgehen lassen.

Der BND hat also zigtausende Informationen an die US-Dienste gegeben und den Amerikanern dabei, wie es aussieht, sogar bei der Industriespionage gegen deutsche und europäische Unternehmen geholfen. Prominentestes Opfer sei Airbus. Das Kanzleramt wußte davon seit spätestens 2010 und unternahm nichts.

Als Argument für die Beihilfe, die wie ruchloser Verrat aussieht, wird angeführt: Man benötige im Gegenzug brisante US-Informationen, etwa zum islamischen Terror. Ohne die Gaben der US-Agenten sei man hier "blind und taub", was Deutschlands Sicherheit gefährde. Dafür verlangten die Amerikaner billigerweise entsprechend wertvolle Gegenleistungen.
Diese Begründung für den Vasallendienst ist mehr als fadenscheinig. …
Was bedeutet "taub und blind" überhaupt? In Berlin wird dem BND gerade ein gigantischer, milliardenteurer Gebäudekomplex hingestellt, 6.500 Mitarbeiter tun beim BND Dienst, sie verschlingen einen Jahresetat von mehr als 600 Millionen Euro. Wenn dabei nur Blindheit und Taubheit herauskommen, ist die Frage zwingend, was dort eigentlich getrieben wird.
Der frühere CDU-Außenpolitiker Willy Wimmer warnt, der Vorfall sei Nahrung für das Gerücht über eine angebliche "Kanzlerakte", nach der jeder Bundeskanzler seit 1949 der USA die Treue schwören müsse, bevor er ins Amt gelange. Wenn Merkel sich erneut herauszuwinden versucht, sind solche Gerüchte kein Wunder. Mit den Ausflüchten muß endlich Schluß sein.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2015 über eine Rede des deutschen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble vom 18.11.2011 in Frankfurt: >>**Ein Staat im Wachkoma**
Die Augenwischerei nimmt kein Ende. Seit nunmehr 70 Jahren phantasieren Politiker und Medien im Widerspruch zur ständigen Rechtsprechung vom Untergang des Deutschen Reiches. Dem liegen Mißverständnisse und bewußte Falschinformationen zu Grunde, wie sich gerade wieder gezeigt hat.
… Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."
Das ist mittlerweile vielen klar geworden, besonders seit der NSA-Affäre, was allerdings die Konsequenzen dieser Aussage sind, verstehen nach wie vor die Wenigsten. Wenn Deutschland seither kein souveräner Staat mehr gewesen ist, dann deshalb, weil der einzig legitime Staat auf deutschem Territorium, der jemals souverän gewesen ist, daß Deutsche Reich war, das nach Auffassung der Richter in den letzten völkerrechtlich verbindlichen Grenzen vom 31. Dezember 1937 Bestand hatte. Dieses Deutsche Reich konnte nicht einfach untergehen oder von einer sogenannten Bundesrepublik vereinnahmt werden.
Erinnert wird hier an die Worte von Theo Waigel beim Schlesiertreffen in Hannover im Juli 1989, der seinerzeit formulierte: "Durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen." Das heißt: Der legitime Staat, auf dem wir uns heute befinden heißt nicht Bundesrepublik Deutschland sondern immer noch Deutsches Reich. Das hat nichts mit Geschichtsrevisionismus und noch viel weniger etwas mit braunem Gedankengut zu tun - obwohl allein der Name "Reich" bei vielen unwillkürliche Beißreflexe auslöst.
Hier geht es nicht um die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches, sondern um das Anknüpfen an die letztgültige und in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871. Die tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte gebietet, daß man sich an ihr orientiert, wenn man die Besatzung Deutschlands aufheben und wieder zum Recht und zum Frieden zurückfinden will.
Daß das Bundesverfassungsgericht sich damals anmaßte, die BRD als identisch mit diesem

souveränen Deutschen Reich zu bezeichnen, ist als Täuschung wahrzunehmen, denn die BRD war, besonders wenn man die historische Situation während des Urteils 1973 bedenkt, weder souverän, noch wiedervereint, noch in irgendeiner anderen Weise dazu befähigt, über den völkerrechtlichen Zustand des besiegten Deutschen Reiches zu bestimmen. Darauf weist auch die Formulierung hin, das Deutsche Reich besäße nach wie vor "Rechtsfähigkeit", sei aber nicht "handlungsfähig".
Das geht nur deshalb zusammen, weil die Siegermächte völkerrechtlich nicht im Stande waren, den legitimen Deutschen Staat - dessen Geschichte weit über die zwölf dunklen Jahre hinausweist - vollends aufzulösen. Also installierten sie ein Besatzungskonstrukt oben drauf. Zuerst in vier Besatzungszonen aufgeteilt, dann zu zwei deutschen Teil-Verwaltungen - BRD und DDR - zusammengefaßt, dann ab 1989 wieder zusammengefügt, gab es nie den Moment, an dem ein von den Siegermächten errichtetes Staatskonstrukt das Deutsche Reich abgelöst hätte. Das war völkerrechtlich unmöglich. Was aber möglich war, war die Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches sicherzustellen - bis heute geschieht dies auf verschlungenen Pfaden.
Seit der militärischen Niederlage 1945 liegt das Deutsche Reich - das sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsgewalt zusammensetzte - im Wachkoma. Die Bundesrepublik Deutschland, nach Aussage der Väter des Grundgesetzes ein Besatzungskonstrukt ohne Verfassung, die den ehemaligen Siegermächten ihre Befugnisse sichern und daher nur als Verwaltungsgebiet angesehen werden kann, war ebenso wie Deutsche Demokratische Republik nie ein Staat im eigentlichen Sinne. Der Hauptgrund dafür ist der, daß sie beide 1949 durch die Alliierten gegründet worden sind und bis zum Schluß dem Diktat der Sieger unterlagen.
Bei der sogenannten Wiedervereinigung wurde das Deutsche Reich nicht wiederhergestellt, sondern lediglich zwei Verwaltungskonstrukte zusammengeführt, ohne dabei aber das Besatzungsrecht tatsächlich aufzuheben, wie aus den Klauseln des Zwei-plus-vier-Vertrages deutlich wird, der noch Teile des Überleitungsvertrages von 1954/55 fortbestehen ließ. Explizit wurde damit 1989/90 sichergestellt, daß die USA als Hauptsiegermacht weiterhin ihre Befugnisse über Deutschland behalten würde. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. August 2015: >>**Die Deutschlandhasser kommen**
Vorbei die Zeiten, wo man unter Antideutschen ein Häuflein versiffter Demonstranten aus der linken Szene verstehen konnte. …
Der Fisch stinkt vom Kopf her. Vielleicht geben Sie bei Youtube einmal die Suchbegriffe "Angela Merkel" und "Deutschlandfahne" ein. Dann sehen Sie die Kanzlerin am Abend der Bundestagswahl vom 22. September 2013, nachdem sie für die CDU/CSU einen der größten Wahlerfolge eingefahren hat.
Die Unionsprominenz steht auf der Bühne, Volker Kauder singt "An Tagen wie diesen" von den Toten Hosen - was auch nicht ganz unerheblich ist, da diese Band ursprünglich zu den Einpeitschern der linksradikalen Szene gehörte. Dann tritt von unten ein siegestrunkener Fan an die Empore und will Merkel durch Vermittlung des damaligen Generalsekretärs Hermann Gröhe ein schwarz-rot-goldenes Fähnlein in die Hand drücken.
Der gute Mann hofft wohl, daß sein Idol durch Schwenken desselben zum Ausdruck bringen möge, daß der Triumph über Rote und Grüne irgendwie auch dem Vaterland zugute kommen würde. … Aber er wird böse enttäuscht: Die Kanzlerin faßt das Nationalsymbol nur mit spitzen Fingern an und gibt es dann mit ekelerfüllter Miene an untergeordnete Chargen weiter, als ob es ein stinkender Fisch wäre. …
Oder nehmen wir Wolfgang Schäuble, der sich in der jüngsten Griechenlandkrise als einer in Szene setzte, der zumindest nicht das ganze Tafelsilber für die angebliche Euro-Rettung her-

schenken wollte - es aber letztlich, ganz braver Parteisoldat, doch tat. Berühmt geworden ist er 2011 mit dem Satz: "Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."
Zweck der Aussage war jedoch nicht, die Deutschen wachzurütteln und sie aufzufordern, nun endlich gegen alliierte Vorbehaltsrechte und für die Wiedererrichtung eines selbstbestimmten Staates einzutreten, sondern das glatte Gegenteil: Schäuble empfahl dem Volk, sich wegen der Entmachtung des Bundestages zu Gunsten der Brüsseler Euro-Retter nicht aufzuregen, schließlich hätten wir ja ohnedies nach dem Zweiten Weltkrieg nie etwas zu sagen gehabt.
Obwohl es in den Jahrzehnten der deutschen Teilung immer Einschränkungen der nationalen Souveränität gegeben hat, beobachten wir gerade seit der Wiedervereinigung, die uns doch endlich die "Einheit und Freiheit" bringen sollte, einen immer weiteren Abbau der deutschen Hoheitsrechte.
Das wiedervereinigte Deutschland hat, im Unterschied zur alten Bundesrepublik, die Kontrolle über seine Grenzen verloren und ist zum Hauptziel internationaler Bandenkriminalität und unkontrollierter Zuwanderung in historischer Dimension geworden.
Das wiedervereinigte Deutschland hat, im Unterschied zur alten Bundesrepublik, seine Währungshoheit eingebüßt; die stabile Deutsche Mark wurde abgeschafft, die Bundesbank spielt innerhalb der Europäischen Zentralbank nur noch eine Randrolle. Wir sind nur noch Zahlmeister zum Erhalt eines Esperantogeldes, das andere mit vollen Händen ausgeben.
Das wiedervereinigte Deutschland hat, im Unterschied zur alten Bundesrepublik, die Verteidigungsfähigkeit verloren; die Wehrpflicht ist abgeschafft und unsere Armee nur noch eine globale Söldnertruppe unter dem Kommando des Pentagon. Die Folge: Wir müssen US-Kriegszüge auch dann unterstützen, wenn sie nicht durch den Verteidigungsauftrag der NATO gedeckt sind. In Vietnam konnten wir uns raushalten, nach Afghanistan marschierten wir treudoof mit. …
Aktuell scheint es vor allem darum zu gehen, die neuen Bundesländer mit Fremden zu besiedeln und dadurch die dort noch relativ intakte deutsche Leitkultur aufzubrechen. Die Vorsitzende der vom Staat hochsubventionierten Amadeu-Antonio-Stiftung, Anetta Kahane, klagte im Juli 2015: "Im Osten gibt es gemessen an der Bevölkerung noch immer zu wenig Menschen, die sichtbar Minderheiten angehören, die zum Beispiel schwarz sind."
Für Kahane ist es "die größte Bankrotterklärung" der deutschen Politik seit der Wiedervereinigung, "daß ein Drittel des Staatsgebiets weiß" geblieben sei. Auch der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, fordert eine Umlenkung der Flüchtlingsströme auf das frühere DDR-Territorium. Ein besonderer Ehrgeiz der Politik scheint darin zu bestehen, dem widerständigen Dresden mit seinem konservativen Bürgertum den Multikulti-Status aufzuzwingen. …
Unübersehbar ist die treibende Rolle der großen Konzerne bei der Auflösung von Volk und Staat. Schon die Anwerbung der Gastarbeiter in den 1950er Jahren wurde von ihnen gefordert, um mit ausländischen Billigkräften das Lohnniveau zu drücken. In der aktuellen Krise fallen die Arbeitgeber-Verbände mit irrsinnigen Vorschlägen auf, Asylbewerber schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
Über die Gründe muß man nicht lange rätseln: Die Dax-Konzerne sind schon seit fast einem Jahrzehnt mehrheitlich in Besitz ausländischer Aktionäre. Bedenkenlos verraten die Manager nicht nur die Interessen des deutschen Volkes, sondern sabotieren sogar den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik, etwa durch die Beteiligung am exportschädigenden Sanktionsregime der USA gegenüber Rußland und Iran - weil sie wissen, daß sie die Verluste notfalls durch Hütchenspiele in der Wallstreet ausgleichen können.
Bestes Beispiel für die Veränderungen ist die Deutsche Bank, früher das Flaggschiff unserer Volkswirtschaft. Nachdem Josef Ackermann 1996 in den Vorstand des Geldhauses rückte,

wurde ein quasi diktatorisches Führungsgremium … installiert. Dann verschob Ackermann die Machtbalance von Frankfurt am Main nach London und stellte Investmentbanker auf die Kommandobrücke - die Finanzierung weltweiter Übernahmen wurde wichtiger als das Heimatgeschäft. …
Eine Ära geht zu Ende: Das Große Geld brauchte in den vergangenen drei Jahrhunderten den Nationalstaat als Produktionsbasis. Doch im verfaulenden Spätkapitalismus wird der Profit nicht mehr hauptsächlich durch Produktion und Verkauf von Waren gemacht, was Made in Germany zum Exportschlager machte, sondern durch hochverzinsten Kapitalverleih bei Eintreibung der Außenstände mittels der US-Army.
Deswegen sammeln sich die skrupellosen Profitmacher der ganzen Welt, auch aus unserem Land, im Troß der militärischen Supermacht. Ziel ist ein transatlantischer Block, Vorstufe ist das Freihandelsabkommen TTIP. Eigenständige Kräfte wie die europäischen Völker stören da nur und müssen weg. "Nie wieder Deutschland" ist das Programm der amerikanischen Kanzlerin.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>**Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper**
Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.
Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist.
Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben. …<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 14. Oktober 2015 (x893/…): >>**Käufliche Journalisten manipulieren die öffentliche Meinung**
… Die mediale Konstruktion der Wirklichkeit
Elisabeth Noelle-Neumann sagte vor etwa 20 Jahren anläßlich eines Redaktionsbesuches der FAZ: "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte Wirklichkeit." Das geschieht durch die systematische Beeinflussung und Steuerung der Massen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Die Gründerin des Umfrage-Instituts Allensbach benannte die Folge eine "Schweigespirale", wenn das Fernsehen ständig Minderheitenmeinungen als Mehrheitsmeinungen darstellt.
Die Bürger präsentieren den Journalisten dafür die Rechnung, indem zwei Drittel der Befragten den Medienleuten mangelnde Objektivität und Glaubwürdigkeit bescheinigen. Die Journalisten werden nicht mehr als ehrliche Makler zwischen Politik, Wirtschaft und Weltgeschehen einerseits und den Bürgern andererseits angesehen. Denn das sind sie nicht. Viele von ihnen sind "gekaufte Journalisten".<<
Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete im Oktober 2015 (x933/…): >>**Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert**
Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.
Von Henry Paul (freischaffender Künstler)

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.
Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbsel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärrt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputscht werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.
Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlette ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln gehirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.
Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfährige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.
Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.
Sie hat geschickt agiert. Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschentum und allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen.
Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.
Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Apercues in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.
Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfinanzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.
Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten. Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsföttischen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.
Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten,

die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.
Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlanständigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.
Weil unsere eigene Regierung, die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.
Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegien, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.
Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen. Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.
Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<
Herbert Ludwig berichtete am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien (x935/…): >>**Das Verhängnis der politischen Parteien**
"Grobsein darf nur dann entschuldigt werden, wenn man durchaus recht hat; das aber hat keine Partei, weil sie eben Partei ist." (Goethe)
An den Parteien ist schon viel kritisiert worden: ihre Korruptheit, ihre Macht, daß sie sich den Staat für ihre Interessen zur Beute gemacht haben, den sie auch noch benutzen, um sich von ihm (d. h. vom Steuerzahler) finanzieren zu lassen usw. Aber die noch so harsche Kritik hält dies alles nur für Auswüchse einer Fehlentwicklung. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Parteien im gesellschaftlichen System der Demokratie wird kaum bezweifelt. Und so heißt es ja auch in dem (von den Parteien gemachten) Parteiengesetz gleich zu Beginn: "*Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung."*
Sicher, das Entstehen von Parteien ist historisch verständlich, wenn man z.B. an die Gründung des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" und der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", den Vorläufern der SPD Mitte des 19. Jahrhunderts denkt. Wie hätte das hilflos ausgebeutete Industrieproletariat neben der Gewerkschaftsbewegung anders als über eine Partei eine Verbesserung seiner Lage anstreben und erreichen sollen.
Aber in einer konsolidierten demokratisch orientierten Gesellschaftsverfassung müßte das grundsätzlich Verfehlte von Parteien, die sich wütend bekämpfen und Brutstätten von Egoismus und Machtsucht sind, längst erkannt sein. Das kann man natürlich von den Parteien selbst nicht erwarten. Es liegt hier ein schweres Versäumnis der Wissenschaftler des Staatsrechts

und der Soziologie vor, von der Pseudo-Politikwissenschaft, die das Bestehende im Grunde nur dienend rechtfertigt, gar nicht zu reden.

Wesen der Partei

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.

So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.

Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. Es ist erstaunlich, wie sich Staatsrechtler um diese Erkenntnis herumdrücken. So dichtet der einflußreiche Staatsrechtler Theodor Maunz den Parteien an:

"*Der Parteiwille ist eine einseitige Ausprägung des immer nur gesuchten gemeinsamen Staatswillens. Der Geist des Ganzen lebt schon in der Partei, die nur ein 'Moment' am Ganzen ist, nämlich an dem nach politischer Gestaltung drängenden verborgenen Volkswillen."* (Nach Wikipedia: *Politische Partei*)

Abgesehen davon, daß es keine wesenhaften Personen *Partei, Staat* oder *Volk* gibt, die einen Willen haben könnten - es ist immer der Wille einzelner Menschen, der zum bestimmenden gemacht wird - lebt in einer Partei eben nicht der *Geist des Ganzen*, denn sonst wäre sie eben keine Partei. *"Partei ergreifen ist: ein besonderes Interesse haben, eine einseitige Sache vertreten."* (Hegel)

Es ist gerade nicht so, daß die Parteivertreter im Parlament die berechtigten Interessen eines Standes, einer sozialen Schicht einbringen würden, damit sie mit den berechtigten Interessen aller anderen in Einklang gebracht und so das Ganze gerecht geordnet werde. Dann gäbe es im Parlament keine Partei-, sondern wirkliche Volksvertreter. Die Parteien wollen jedoch gerade die Macht erringen, damit sie ihre einseitigen Gruppeninteressen egoistisch zu den das Ganze bestimmenden machen können. Maunz erhöht die Partei an der Wirklichkeit vorbei zu einem hohlen Ideal, um ihre Existenz staatsrechtlich zu rechtfertigen.

Wir sprechen ja auch im sonstigen Leben von parteiischem Verhalten und Parteienbildung. Kläger und Beklagte im gerichtlichen Zivilprozeß heißen Parteien. Da sie beide einseitig ihre Interessen vertreten, in die sie sich in der Regel egoistisch verbissen haben, können sie kaum selbst zu einer gerechten Einigung kommen. Daher bedarf es einer objektiven Instanz, welche die Gerechtigkeit des Ganzen im Auge hat und die Entscheidung trifft.

Im Sport gibt es den Schiedsrichter, dem kein einseitiger Siegeswille den Blick auf die tatsächlichen Vorgänge vernebelt, und der die Interessen beider Mannschaften gleichermaßen im Auge hat. Im Parlament gibt es keinen institutionellen Sachwalter des Ganzen, der die gerechte Entscheidung fällt. Hier entscheidet die Interessengruppe, die durch das quantitative Übergewicht die Macht dazu errungen hat.

Lobbyismus

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur

berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert.
Der Intention nach unterscheiden sich Lobbyisten-Gruppen aber überhaupt nicht von den Interessengruppen der politischen Parteien. Beide sind parteiisch und wollen, daß ihre Interessen politisch maßgebend sind. Der Unterschied ist lediglich, daß die Parteien die Gesetzgebungs- und Regierungs-Apparate besetzt halten und die anderen Interessen-Verbände nun bei ihnen um Einfluß buhlen müssen. Es ist daher wieder eine Verklärung, wenn der Staatsrechtler Maunz schreibt:
"Im Gegensatz zu den Willensrichtungen partikularer Interessenverbände hat der Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den staatlichen Gesamtwillen. Die Tätigkeit der Parteien dient dem Wohle des ganzen Volkes."
Auch der "Parteiwille" zielt nicht auf den "staatlichen Gesamtwillen", also richtiger auf das Gesamtwohl. Das einzig Richtige an dem Satz ist, daß der "*Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den Gesamtwillen",* also das Gesamtwohl, hätte. Aber dann wäre die Partei eben keine Partei mehr. Als Partei hat sie in Bezug auf das Gesamtwohl in der Tat keinen Sinn. Es ist eine furchtbare Verwaschenheit der Begriffe. Er legt etwas in die Partei hinein, was nicht in ihr vorhanden ist, ihren Begriff unvermerkt aufhebt und egomanische Schädlinge zu Wohltätern des Volkes erhebt.

Keine Volksvertreter

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort "*Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten"* drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.
Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar "*Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen".* Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.
Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.
Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

Demokratiefeindlichkeit

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.
Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der

Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".
Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch formal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.
Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen.
Das treibt Blüten, wie z.B. die folgende: Durch Urteile von 1966 und 1968 hatte das BVerfG der (von den Parteien 1959 eingeführten) staatlichen Parteienfinanzierung immerhin Grenzen gesetzt, eine öffentliche Kontrolle und die grundsätzliche Beteiligung auch außerparlamentarischer Parteien verlangt. Dies wurde von den Parlamentsparteien unterlaufen, indem enorm wachsende Zuschüsse nicht in die Parteikassen, sondern an die Fraktionen, Abgeordneten und Parteistiftungen flossen.
Eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), geführt von dem Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, wurde kürzlich nach über dreijährigem schriftlichen Verfahren als unzulässig verworfen. Der die Entscheidung vorbereitende Berichterstatter des 2. Senats war Peter Müller, vorher 12 Jahre CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, 2011 vom Bundesrat, der Kammer der Landesregierungen, zum Bundesverfassungsrichter gewählt (vgl. *Junge Freiheit 44/15*).
Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich.

Die Wurzel des Problems

Der entscheidende, heftig umkämpfte neuralgische Punkt des Systems ist der Gesetzgebungs-Mechanismus des Parlamentes. Wer ihn mit der Mehrheit in Besitz hat, stellt auch die Regierung, was über die Parlamente und Regierungen der Länder auch die Mehrheit im Bundesrat, der zweiten Gesetzgebungskammer, bedeutet. Die Omnipotenz, alle Lebensbereiche der Menschen gesetzlich lenken und regeln zu können, macht die ungeheure Anziehungskraft des parlamentarischen Gesetzgebers für alle Interessen-Gruppen aus.
Das Parlament ist der Flaschenhals, durch den alle wirksame gesellschaftliche Beeinflussung und Bestimmung - in Gesetze gegossen - hindurch muß. Hier sammeln sich daher wie die Schmeißfliegen alle Interessen-Gruppen, die Parteien im Innern, die anderen in der Lobby, um ein möglichst großes Stück der Macht über Menschen zu ergattern.
Die Omnipotenz der parlamentarischen Gesetzesmaschine über alle Lebensgebiete ist anmaßend, unrechtmäßig und demokratiewidrig. Sie ist das Übel, das stets weitere Übel nach sich zieht. Wird sie der Gesetzgebung genommen, dann schwindet auch deren Anziehungskraft auf die egoistischen Interessengruppen. Die heutige "Demokratie", die diese omnipotente Regelungskompetenz vom absolutistischen Obrigkeitsstaat unreflektiert übernommen hat, verrät damit ihre eigene Grundlage, auf der sie angeblich beruht: die Selbstbestimmung des mündigen Menschen.
Wirtschaft und Kultur sind die Lebensbereiche, in denen die Menschen aktiv und schöpferisch

handelnd tätig sind. Darin bilden und entfalten sie ihre Fähigkeiten, um ihre Ideen selbstbestimmt zu verwirklichen. Hier lebt sich aus und entfaltet sich der Mensch mit seiner ganzen Persönlichkeit, wofür ihm nach Art. 2 des Grundgesetzes das zentrale, unantastbare Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit garantiert ist. In dem Maße, in dem der Staat hier das Handeln inhaltlich vorgibt und reglementiert, wird aber die freie Selbstbestimmung des Menschen beschnitten und aufgehoben.

Die Freiheit gründet sich auf die grundsätzliche Möglichkeit jedes Menschen, sein Handeln aus eigener Erkenntnis in die Zusammenhänge selbst vernünftig bestimmen zu können. In dieser Freiheit sind alle Menschen gleich. Das heißt, niemand hat das Recht, auch die Abgeordneten nicht, den anderen die Erkenntnismöglichkeit und damit die Freiheit abzusprechen, sich über sie zu stellen und ihnen von oben vorzuschreiben, was und wie sie in diesen Lebensbereichen zu handeln haben.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Kultur mit ihrem Kern des Bildungswesens haben daher inhaltlich lenkende Gesetze des Staates nichts zu suchen, da dadurch immer ein Über- und Unterordnungs- also ein Untertanenverhältnis geschaffen wird. Diese Bereiche müssen prinzipiell durch Selbstverwaltungen geordnet werden, in denen die freien Bürger die Einrichtungen und Aktivitäten vertraglich horizontal koordinieren. Für Parteien und andere Interessengruppen gibt es dann dafür an der bisherigen Gesetzgebungsmaschinerie keinen Ansatzpunkt mehr.

In Schillers Drama *Wallenstein* heißt es*: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären."* Die omnipotente Regelungsanmaßung des Staates ist die böse Tat, der verruchte Knackpunkt, der als weiteres Übel die Zusammenrottungen egoistischer Teilinteressen-Vertreter und Machtsüchtiger in den politischen Parteien zur Folge hat. Beide Übel deformieren auch den heutigen Demokratieversuch zum Obrigkeitsstaat, zur Parteien-Oligarchie.

Der Staat ist die Rechtsgemeinschaft aller, die ihre Existenznotwendigkeit daraus bezieht, gemeinsam für den Schutz der Menschen nach außen und nach innen zu sorgen. Wenn das sonst freie Handeln des Menschen verletzend oder zerstörend in die physische oder seelisch-geistige Integrität eines anderen eingreift, also in Gesundheit, Leben, Eigentum, Freiheit des Willens usw., muß die staatliche Gemeinschaft einschreiten und diese Handlungen unter Strafe stellen, bzw. im Zivilrecht durch geltende positive Regeln gerechten Verhaltens rechtlich ungültig machen. Das ist das Gebiet des eigentlichen Rechts.

Indem aber auch Teile des eigentlich freien Handlungsfeldes per Gesetz vorgeschrieben werden, wird dieses nicht zum Recht, sondern im Kostüm des Rechts zum staatlichen Unrecht, das die selbstbestimmte, freie Entfaltung der Persönlichkeit ausschließt. Dieses Thema habe ich in dem Artikel *Macht macht untertan* ausführlich behandelt.

Für das reine Recht verbietet es sich von vorneherein, Vertreter von parteiischen Interessengruppen in das Parlament zu entsenden, die ja heute auch das Recht vielfach nach ihren Interessen zum Unrecht verbiegen Es müssen unabhängige Bürger sein, die allein durch ihre Kompetenz und ihr lauteres Eintreten für die Gerechtigkeit des Ganzen prädestiniert sind. Die Parteien würden dort landen, wo sie hingehören: im Orkus der Geschichte.

Die Interessen hinter den Interessen

Die den Staat und seine Organe beherrschende scheindemokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.

Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:
"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."
Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiele die Parteien-gestützte scheindemokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.
Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.
Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. …<<
Die "Schweriner Volkszeitung" berichtete am 21. November 2015: >>**Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin**
… Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendengesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:
Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."
Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingeigelt hatten. …<<
Die "Neue Rheinische Zeitung-ONLINE" veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**
Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"
Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?
Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. …
Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufge-

fallen?
In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.
Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben. …
Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?
Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.
Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Banausenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensieren sich selbst.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2016 über den deutschen SPD-Politiker Willy Brandt: >>**USA unterstützten Brandt mit Geld**
Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef, ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.
Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten. …<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 1 berichtete am 3. Januar 2017: >>**Selbstbestimmtes Handeln als Grundlage von Recht und Frieden**
*von Professor Dr. phil. Dr. h.c. Dr. h.c. Hans Köchler**
… Recht erfordert Abwesenheit von Willkür
Was das Recht betrifft, so erfordert dieses zu allererst die Abwesenheit von Willkür. Das ist das Um und Auf von Rechtsstaatlichkeit. Damit bedarf das Recht eben auch eines Zusammenwirkens auf der Basis der Freiheit und Gleichheit aller - also Umstände, die ihrerseits den selbstbestimmten, nicht den fremdbestimmten, Bürger voraussetzen. Was den Frieden als politisches Ziel angeht, so erfordert dieser - ob zwischen den Individuen innerstaatlich oder zwischen den Kollektiven international - Respekt, das heißt Akzeptanz auf der Basis der Gegenseitigkeit.
Dies ist wiederum nur möglich, wenn jeder Bürger selbstbestimmt zu handeln vermag, das heißt, wenn er nicht lediglich als verlängerter Arm von ihm nicht durchschauter Interessen anderer fungiert, also von mehr oder weniger komplex organisierten sogenannten Pressure groups, wie es heute auf Neu-Englisch heißt. …
Plädoyer für eine Neubesinnung auf Demokratie
… Man kann hier durchaus ohne falsche Anmaßung von der Notwendigkeit einer "Ideologiekritik" der Demokratie sprechen. Schon vor mehr als drei Jahrzehnten habe ich hier in der Schweiz, in Genf, im Rahmen einer internationalen Round-Table-Konferenz über die Krise der repräsentativen Demokratie diese Problematik zur Diskussion gestellt. (The Crisis of Representative Democracy. Frankfurt a. M./Bern/New York, Peter Lang AG, 1985)
Demokratie ist nicht gleich repräsentative Demokratie
Inzwischen - seit dem Ende des Kalten Krieges - ist die Problematik noch viel deutlicher geworden. Demokratie wird sowohl im akademischen als auch im allgemein politischen Diskurs und in den Medien zumeist völlig unreflektiert als sogenannte "repräsentative Demokratie" verstanden, obwohl diese Verbindung des Substantivs "Demokratie" mit dem Adjektiv "repräsentativ" sensu stricto einen Selbstwiderspruch darstellt, da in dieser Begriffsverbindung be-

reits die Doktrin der Repräsentation enthalten ist.
"Repräsentation" bedeutet jedoch im wörtlichen Sinn das Wieder-gegenwärtig-Machen von etwas, was nicht anwesend ist. Gemeint ist damit, daß das als Ganzes zunächst abwesende Volk erst präsent, sichtbar gemacht werden muß, damit es sich politisch-rechtlich artikulieren kann. Dies geschieht, wie unter anderem Carl Schmitt in seiner "Verfassungslehre" gezeigt hat, jeweils durch einen Einzelnen, dem diese Befugnis zugesprochen wird. Dies kann ein Staatschef sein, der in absoluter Machtbefugnis entscheidet, aber ebenso ein Abgeordneter einer legislativen Versammlung - und in der Folge natürlich auch die Gruppe all dieser Einzelnen.
Entscheidend ist dabei, daß Einzelne die Befugnis haben, im Namen aller Bürger zu entscheiden. Dies wird in einer explizit formulierten Doktrin gerechtfertigt, wonach eben diese einzelnen Funktionsträger die Gesamtheit als solche "gegenwärtig" (präsent) machen könnten und deshalb auch die Befugnis hätten, über sie und in ihrem Namen zu entscheiden.
Als Beispiel für dieses Staatsverständnis kann man das Werk von Gerhard Leibholz über "Das Wesen der Repräsentation" (1929) anführen, das auch im Nachkriegsdeutschland mehrere Auflagen erlebte. Dazu ist jedoch der begrifflichen Präzision wegen - was den Gebrauch des Wortes "Demokratie" betrifft - festzuhalten, daß Herrschaft des Volkes begrifflich nicht mit Herrschaft über das Volk beziehungsweise im Namen des Volkes gleichgesetzt werden kann.
Volkssouveränität im Rahmen einer repräsentativen Verfassung ist eine Fiktion
Wenn es tatsächlich darum geht, die Herrschaft über das Volk zu rechtfertigen, dann möge man dies offen sagen und für dieses Machtverhältnis einen anderen Ausdruck verwenden. Ich bin im übrigen nicht der einzige, der darauf hinweist. Auch der führende Rechtsphilosoph des 20. Jahrhunderts, Hans Kelsen, "Vater" der österreichischen Verfassung nach dem Ersten Weltkrieg, hat in seiner Abhandlung "Vom Wesen und Wert der Demokratie" (1920) schon vor Jahrzehnten erläutert, daß die Rede von der Volkssouveränität im Rahmen einer strikt repräsentativen Verfassung eine reine Fiktion sei.
Aus Legitimationsgründen gegenüber dem Volk, so Kelsen, tut man so, als ob das Volk, das heißt jeder Bürger für sich, unmittelbar entscheiden würde, während tatsächlich nur einer oder eine Gruppe von Einzelnen im Namen aller entscheidet.
Dafür wäre jedoch die adäquate Bezeichnung Monarchie beziehungsweise Oligarchie. Allerdings wäre es eingestandenermaßen etwa im Falle eines parlamentarischen Systems gegenüber der öffentlichen Meinung geradezu delegitimierend, wenngleich ehrlicher, von "repräsentativer Oligarchie" zu sprechen.
Entscheidend ist jedoch, daß in einem solchen repräsentativen System sich der Einzelne eben nicht als freier und gleicher Bürger verwirklichen kann, da letztlich über ihn verfügt wird. Er kann sich nur - in Form von periodischen Wahlen - an der Auswahl derjenigen, die über ihn für eine festgelegte Zeit herrschen sollen, beteiligen. Dies geschieht in der Regel allerdings auch nur sehr indirekt, weil in den meisten Ländern das Persönlichkeitswahlrecht äußerst schwach entwickelt ist.
Man müßte also, wenn man selbstbestimmtes Handeln als Grundlage der Demokratie tatsächlich ernst nimmt, auf begrifflicher Exaktheit bestehen, und das vorherrschende Staatsmodell präzise benennen, indem man es explizit als die Herrschaft einiger weniger - auf der Grundlage der Doktrin der Repräsentation - charakterisiert.
Realistisch muß man hier wohl anfügen - und dies scheint mir gerade an unserem Tagungsort, hier in der Schweiz, angemessen -, daß man auf Grund der nicht zu bestreitenden notwendigen Arbeitsteilung in unserer modernen Industriegesellschaft letztlich wohl mit einer Mischform aus repräsentativen und demokratischen Entscheidungsmechanismen wird vorliebnehmen müssen.
Direkte Demokratie: Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation

Die Bezeichnung "direktdemokratisch" ist gemäß dem oben Gesagten zwar nicht ein Widerspruch, aber ein Pleonasmus. Wenn Demokratie Herrschaft des Volkes heißt, dann impliziert dies, daß jeder direkt entscheidet.
In der Realität der entwickelten Industriegesellschaften wird man also Entscheidungsfindung in Form von "Repräsentation" derjenigen in Form von "Demokratie" gegenüberstellen, wie dies gerade in der Schweiz erfolgreich praktiziert wird. Entscheidend ist dabei Folgendes: "Direkte" Demokratie ist, wenn die Verwendung dieses Pleonasmus hier nochmals gestattet ist, so etwas wie ein Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation.
Grundsätzlich ist es in jeder Angelegenheit - auf lokaler, regionaler wie gesamtstaatlicher Ebene - möglich, daß das Volk auf den Plan tritt und in Form eines Referendums korrigierend eingreift. Wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist oder etwa durch die Verfassung grundsätzlich ausgeschlossen ist (wie zum Beispiel auf gesamtstaatlicher Ebene in der Bundesrepublik Deutschland), dann hat man allerdings, was die Propagierung des demokratischen Ideals betrifft, ein Problem mit der staatspolitischen Glaubwürdigkeit (Hervorhebung durch Zeit-Fragen).
Die Entscheidung über Krieg und Frieden gehört in die Hände der Bürger
Demokratie als direkte Entscheidung der Bürger ist gerade auch auf weltweiter Ebene von Bedeutung, wenn es um die Vermeidung von Kriegen, das heißt um eine nachhaltige Friedenspolitik geht, die nicht nur eine Konfliktsituation taktisch-realpolitisch beruhigt, sondern auf eine Weltordnung hinzielt, die auf dem gegenseitigen Respekt der Völker im Sinne des demokratischen Ideals von Freiheit und Gleichheit basiert.
Nur dann, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen derjenigen liegt, welche die allfälligen Folgen einer solchen Entscheidung unmittelbar am eigenen Leib verspüren - ich meine hier die Bürger -, besteht Hoffnung auf die dauerhafte Vermeidung von Kriegen. In einem nicht-demokratischen Umfeld werden Kriege hingegen viel leichter vom Zaun gebrochen, weil die verantwortlichen "Repräsentanten" in der Regel nicht mit Leib und Leben für die Folgen ihrer Entscheidung einstehen müssen. …
**Vortrag, gehalten bei den Septembergesprächen der Arbeitsgemeinschaft "Mut zur Ethik" vom 2.-4. September 2016.<<*
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. Januar 2017: >>**Das grüne Dilemma**
In den achtziger Jahren beglückten die Grünen eine Generation, die traditionelle Tugenden und Institutionen ablehnte und Unbehagen an der Überflußgesellschaft durch eine Protestkultur kompensierte. Ihr spätpubertärer, hippiehafter Charme, ihre Weckrufe gegen Kernkraft, Umweltzerstörung und den Nato-Doppelbeschluß gerieten zum Religionsersatz. Rationalität und komplexe Verantwortungsethik blieben den "Ökopaxen" eher fremd. Sie punkteten mit ihrer Kreativität und Kampagnenfähigkeit.
Dieses in Teilen helle Bild wird zusehends trüber, seit Kernfragen der Staatlichkeit in den Fokus rücken, die das linksgrün-utopistische Weltbild überdehnen. In zweifacher Hinsicht sieht sich die Partei anschwellender Kritik ausgesetzt. Sie gilt erstens dem Menschen- und Bürgerrechtskult ihrer Führungskader, der sich vernünftigen begrifflichen Begrenzungen und behutsamer Abwägung mit anderen Rechtsgütern völlig verschließt.
Unüberbrückbare Distanz zur Volksherrschaft
Ausschweifend räsonieren die Grünen über Demokratie, wollen gar "radikaldemokratische Anstöße" liefern, entlarven zugleich aber ihre unüberbrückbare Distanz zur Volksherrschaft. Ein souveränes Volk in einem souveränen Nationalstaat, gemeinsame politische Willensbildung mit abschließender Mehrheitsentscheidung - vitale Essenzen des Demokratieprinzips sind kein Stoff für Minderheitsfetischisten.
Was deutsche Bürger mehrheitlich denken und wollen, beschäftigt sie nicht mal im Ansatz.

Jakobinerhaft kämpft die Partei für die Teilhabe von Lesben, Schwulen und Migranten "im zusammenwachsenden Europa". Grüne Demokratiebeschwörung - das ist ein listiger Fake, eine "Volksherrschaft" ohne Volk.
Zweitens pflegen grüne Vordenker eine feindselige Sicht auf die deutsche Geschichte, die sie als Abfolge von Unterdrückung und liquidatorischem Rassismus wahrnehmen (wollen). Wer diese ideologische Engführung, diesen weltweit einzigartigen "Nationalmasochismus" kritisiert, wird zur Zielscheibe wüster Beschimpfungen.

Erwähnen Sie konservativ, rechts oder AfD

Machen Sie einen Test und erwähnen gegenüber doktrinären Grünen die Begriffe konservativ, rechts oder AfD! Die Gesichter Ihrer Gesprächspartner werden die Züge schwäbisch-alemannischer Fastnachtsmasken annehmen.
Dieser Haß wirkt um so grotesker, als Moslems, also Anhänger einer selbst in ihrer gemäßigten Variante antimodernen Religion, von denselben Volkspädagogen liebevoll umarmt werden. *Spiegel-Online*-Kolumnist Jan Fleischhauer liefert einen Erklärungsansatz: "Bei der Linken hat die Idealisierung des Fremden eine lange Tradition." Ergänzend betont der Schweizer Publizist Frank A. Meyer die Sehnsucht kulturgesättigter Intellektueller nach dem "Edlen Wilden". Jean-Jacques Rousseaus Zivilisationskritik läßt grüßen.
Aber kann das Narrativ vom "Edlen Wilden" den Ausverkauf abendländischer Kultur durch grüne Fundamentalisten hinreichend erklären? Geht deren ideologische Pervertierung so weit, die zumindest tendenzielle Frauenverachtung im real existierenden Islam für "edel" zu halten? Oder verbirgt sich hinter linksgrüner Liebe zu Flüchtlingen und anderen Muslimen nicht eher Berechnung?

Besuch bei einem Fundamentalisten

Sollen die zu CDU/CSU und AfD abgewanderten Arbeiter durch ein neues "revolutionäres Subjekt" ersetzen werden, das sich aus einem unüberschaubaren Heer von "Neubürgern" rekrutiert, die in der Wahlkabine Rot oder Grün ankreuzen?
Unlängst besuchte ich einen 60 Jahre alten Bekannten, der sich als frischgebackener Fundamentalist entpuppte. Seit 2015 ist er in der Flüchtlingshilfe und auf kommunaler Ebene bei den nordrhein-westfälischen Grünen aktiv. Im Hobbykeller skizzierte der Mann seine Vision vom künftigen Deutschland, die auf der Existenz einer "Bevölkerung in einer einzigen hellbraunen Mischrasse" basiert.
Absurdität und Rassismus dieser Vision waren ihm nicht bewußt - Folge ungezügelter kultureller Hegemonie eines internationalistischen Denkens, dessen Prämissen und Folgerungen sich jahrzehntelang in keinem Diskurs, in keiner kontroversen Debatte bewähren mußten.

Wind des Zeitgeists dreht sich

Aber der Wind des Zeitgeists wird böig und beginnt sich zu drehen. Ein verbreitetes Boulevardblatt machte sich zum Anführer einer "Nafri/Grüfri-Kampagne" gegen die überforderte Co-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Simone Peter. Grüfri steht für "Grün-Fundamentalistisch-Realitätsfremde Intensivschwätzerin".
Ohne radikalen Kurswechsel zu nichtdogmatischen Dissidenten wie Winfried Kretschmann und Boris Palmer dürften die Grünen im Entsorgungscontainer der Politik verschwinden. SPD und Linkspartei hätten dann einen Konkurrenten weniger, und die CDU könnte sich vielleicht noch nicht von Angela Merkel, wohl aber von der Hypothek schwarz-grüner "Pizza Connections" befreien.<<
Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 26. Februar 2017 (x902/…): >>**Merkel schafft das "deutsche Volk" ab**
"Wir haben uns nicht für die Einheit Deutschlands eingesetzt, um als "Deutsche" beseitigt zu werden."
Veröffentlicht von *Willy Wimmer*

Der Bundeskanzlerin darf man nichts mehr durchgehen lassen. Das hat das deutsche Volk bei der Migrationsentwicklung seit 2015 erfahren können. Die Bundeskanzlerin erhob sich über das Gesetz und verfügte eigenmächtig, wie zu verfahren sei. Seither hat der Deutsche Bundestag in einer All-Parteien-Bewegung die Vorgehensweise der Bundeskanzlerin gestützt. Anstatt Sie wegen der Außer-Kraftsetzung deutschen und europäischen Rechts zur Rechenschaft zu ziehen, hat das Berliner Parlament es hingenommen, unsere Grenzen absolut schutzlos zu lassen.

Wir sind die Eingeborenen von Merkelonien

Die Bundeskanzlerin geht jetzt einen Schritt weiter. Sie schafft das "deutsche Volk" eigenmächtig ab. Wie die Äußerungen der Bundeskanzlerin seit einiger Zeit deutlich machen, geht sie gezielt vor. Unsere Gesetze fegt sie beiseite, denn das "deutsche Volk" sind nun mal die "deutschen Staatsbürger" und nicht alle Menschen, die sich auf dem Territorium Deutschlands aufhalten. Aber wer weiß es denn? Vielleicht wird "Deutschland" durch diese Dame abgeschafft. Anders kann man nicht werten, was die Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern von sich gegeben hat.

Wir haben uns nicht für die Einheit Deutschlands eingesetzt, um als "Deutsche" beseitigt zu werden

Kein Wunder, wenn sich das politische Berlin und der europäische "Wasserkopf" in Brüssel mit dem neuen amerikanischen Präsidenten Trump nicht anfreunden können. So viel "Anti-Amerikanismus" in der offiziellen deutschen Politik war nie. Merkel macht's möglich. Das kann man sogar verstehen. Präsident Trump hält der Bundeskanzlerin ununterbrochen ihr Zerrbild vor Augen. Für Präsident Trump sind die USA eine Nation mit einer Ökonomie und keine Wirtschaft mit einem gewissen staatlichen Anhang.

Steve Bannon hat es in diesen Tagen deutlich gemacht, wie der Anspruch des neuen amerikanischen Präsidenten dabei ist. Die USA sind nach ihm eine Nation mit einer Kultur und einem Auftrag. Das könnten wir auch sein, wenn wir eine Regierung haben würden, die das Friedensgebot des Grundgesetzes umsetzt, statt einen völkerrechtswidrigen amerikanischen Krieg nach dem anderen mitzumachen. Man muß in Berlin und Brüssel den Eindruck haben, daß sie jetzt über Trump mit seinen Friedensabsichten so herfallen, weil sie bei seinen Vorgängern alles mitgemacht haben.

Scheinbar sehen sie jetzt die Zeit gekommen, es den "Amis" so richtig zu zeigen. Es ist schon ein dolles Ding, wenn Präsident Trump in seinem politischen Ansatz beim russischen Präsidenten Putin mehr offene Bereitschaft findet als bei den angeblich "Verbündeten". Das, was die Bundeskanzlerin in Sachen "Nation" zum "deutschen Volk" abgesondert hat, kann jeder Deutsche nur als "krank" bezeichnen. Es ist am Bundesverfassungsgericht, die Konsequenzen aus diesem "permanenten Unrecht 'a la Horst Seehofer" zu ziehen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 12. August 2017: >>**Wenn die AfD klingt wie die antiimperialistischen Linken**

In der Schlange vor dem "Halber 85" vertreibt man sich die Zeit mit Gesprächen übers Wetter. Der Himmel über Magdeburg ist grau, es nieselt. Und einige Leute wissen genau, warum: "Es werden Schwermetalle in die Luft geblasen. Von Flugzeugen aus. Dadurch bilden sich Wolken. Und dadurch werden wir lethargisch. Es gibt ja in Deutschland keine Männer mehr." Aber wer macht das? Wissendes, mitleidiges Lächeln: "Wer wohl? Die, die man nicht nennen darf. Sagen wir: Amerikaner." Willkommen in der Welt der Teilnehmer des "AfD-Rußland-Kongresses".

Geladen hat die AfD-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt. Gekommen sind mindestens 250 Menschen, der Saal ist bis auf den letzten Platz besetzt. Die meisten entsprechen dem Klischee: Männer in dem, was man euphemistisch "besten Alter" nennt. Es sind aber auch viele junge Männer dabei. Kaum Frauen. Viele Teilnehmer sind Rußlanddeutsche.

Moderatorin Katrin Ziske vom "Compact Magazin für Souveränität" begrüßt sie auf Russisch. Die AfD ist die einzige Partei, die gezielt die Rußlanddeutschen anspricht, mit eigenen russischsprachigen Medien, über Interviews im russischen Staatssender "RT Deutsch", und seit Kurzem mit einer "Interessengemeinschaft der Rußlanddeutschen in der AfD".
Deren Vorsitzender Waldemar Birkle, der in Kasachstan geboren wurde und sich in seinem Pforzheimer Wahlkreis um ein Direktmandat für den Bundestag bemüht, vergleicht in seiner Rede die Rolle der Aussiedler für die AfD mit der angeblich bestimmenden Rolle der Türken in der SPD. Freilich würden die Rußlanddeutschen wie die Russen, aber anders als die Türken, noch die deutschen Tugenden verkörpern, die heute aber hierzulande als spießig belächelt würden.
Durch die Umerziehung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg seien sie zu einem Volk ohne Geschichte geworden, so Birkle - oder mit nur einer Geschichte, der Nazigeschichte. "Wer aber die eigene glorreiche Geschichte nicht kennt, kann darauf nicht stolz sein." Diese Geschichtslosigkeit diene den "Strippenziehern hinter dem großen Teich". Für diese amerikanischen Strippenzieher habe Rußland "zwei Probleme: Bodenschätze und einen gesunden Patriotismus", der nicht zulasse, dass Fremde sie ausbeuten. Rußland werde heute von den Amerikanern für alles verantwortlich gemacht, wie früher Deutschland. Schon darum gehörten diese beiden Völker zusammen.

Rabiate Antiamerikanismus und Fremdenhaß

In der Tat wäre es ehrlicher gewesen, den Rußland-Kongreß einen "Antiamerika-Kongreß" zu nennen - oder wie es Robert Farle ausdrückt, jahrelanger Funktionär der moskautreuen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Nordrhein-Westfalen, heute Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD in Sachsen-Anhalt: einen Kongreß "gegen den Versuch des US-Imperialismus, Europa zu unterjochen". Das Vokabular jedenfalls mußte Farle beim Parteienwechsel nicht ändern.
Schließt man die Augen (denn die Teilnehmer wären jünger und weiblicher, die Männer behaarter und mit einer Neigung zu Lederjacken und Jeans), könnte man sich tatsächlich auf einem Kongreß der Außerparlamentarischen Opposition Ende der 1960er Jahre oder der antiimperialistischen Linken heute wähnen.
Hans-Jörg Müller etwa, Bundesvorsitzender des AfD-Mittelstandsforums, wettert gegen die "Neoliberalen und Neocons um Jeffrey Sachs", die nach dem Ende der Sowjetunion Rußlands Industrie im geopolitischen Auftrag der USA zerstört hätten. Seit hundert Jahren sei es Politik der USA, Deutschland und Rußland gegeneinander zu hetzen, um die amerikanische Herrschaft über Europa aufrechtzuerhalten, das habe der Geostratege George Friedman zugegeben. Und Condoleezza Rice, Beraterin von George W. Bush, habe empfohlen, Krisen in Europa zu provozieren, um einen sich abzeichnenden deutsch-russischen Block zu zerstören.
An diesem Punkt wird die Illusion, man befinde sich auf einer linken Veranstaltung, jäh zerstört, als mein Nachbar unter allgemeinem Lachen in den Saal hineinruft: "Nicht alle Neger sind blöd!" Tatsächlich verbindet ein Mann wie Müller, der als Vertreter diverser deutscher Firmen - darunter VW - in Rußland gearbeitet hat und regelmäßig nach Moskau fährt, um mit der russischen Industrie- und Handelskammer einen "Meinungsaustausch" zu pflegen und dortigen Medien Interviews zu geben, einen rabiaten Antiamerikanismus mit einem ebenso rabiaten Fremdenhaß.
731 Konzerne der "US-Finanzindustrie", so Müller in einer Rede am 13. August 2016, würden die Welt beherrschen und alle europäischen Politiker kontrollieren. Sieben Milliarden Menschen würden zu "Arbeits- und Konsumsklaven" dieser Finanzkonzerne gemacht. Der von der Europäischen Union eingeleitete "Bevölkerungsaustausch" durch Masseneinwanderung und der "kommende Bürgerkrieg" in Deutschland dienten dem Ziel der "Gleichschaltung der Welt" im Interesse dieser Finanzmagnaten: "Wenn von Moral gesäuselt wird, geht es immer

nur um Macht und Geld."
Man mag all diese Verschwörungstheorien abtun als überzogene Rhetorik, die wenig zu tun habe mit der realen Politik der AfD. Als jedoch André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD, Fraktionsvorsitzender im Landtag und Mitglied des Bundesvorstands gefragt wird, wie man denn politisch unabhängig handeln könne, da Deutschland eine "Kolonie" sei, weist er die Unterstellung nicht etwa zurück, sondern erklärt: "Wir verlieren die Frage der Souveränität nicht aus den Augen. Wir sind für den Abzug der US-Truppen aus Deutschland. Und in einer nur von den USA geführten Nato wollen wir als Deutsche nicht bleiben. Zurzeit gibt es nur noch einen, der den Ton angibt, und drum herum nur Vasallen. Wir haben das als AfD ganz fest im Auge."
Der Kampf um die Stimmen der Rußlanddeutschen
Früher wählten die Rußlanddeutschen in Berlin die CDU, jetzt könnte sogar die AfD hoch im Kurs stehen. Grund ist offenbar auch mangelndes Vertrauen in Merkels Flüchtlingspolitik.
Damit geht der Kongreß in die Mittagspause. Es gibt, passenderweise, Soljanka. Nach der Pause ist Algis Klimaitis angekündigt. Der Sohn eines litauischen Paramilitärs und Nazi-Sympathisanten, der unter deutscher Führung an Judenpogromen beteiligt war, meint, Vertreter der satanistischen und okkulten Eliten wollten über ein "Programm der Rassenvermischung" die Beseitigung der Nationen, Religionen und Familie bewerkstelligen, mittels einer gezielten Masseninvasion von Muslimen.
Wenn für Müller die Bösewichter Sachs und Friedman heißen, sind es für Klimaitis "Adorno-Wiesengrund", Max Horkheimer und Ernst Bloch. Dass alle Genannten jüdische Wurzeln haben, ist natürlich kein Zufall. Gemessen an solchen Haß-Exegesen wirkt die Vorstellung einer Ruhigstellung der Deutschen per Schwermetalle in den Flugzeugkondensstreifen beinahe harmlos.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**
Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.
Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Dieselemissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.
Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem
Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.
Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken. Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die

längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.
Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Tricksereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt. …<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**
"Wer vor Gericht oder vor einer anderen zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle falsch schwört, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft." So steht es in Paragraph 154, Absatz 1, des Strafgesetzbuches. Dreimal hat Angela Merkel, CDU, im Deutschen Bundestag die Hand zum Kanzler-Eid gehoben, hat vor dem deutschen Volk feierlich geschworen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Das Ergebnis ihrer Politik ist sattsam bekannt. Daher stellt sich die Frage: Gehört Merkel ins Gefängnis? …
Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: **"Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid."**
HÖRT, HÖRT!
Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.
Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":
- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.
Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zu Gunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt.
Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?
Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."
Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar.
Ist der Kanzler-Eid also nur eine hohle Phrase? Hätte Merkel ebenso gut auf das CDU-Wahlprogramm oder die Speisekarte eines Berliner Promi-Restaurants schwören

können?
LEIDER JA!
Denn der strafbewehrte Meineid betreffe nur falsche Zeugenaussagen vor Gerichten oder Untersuchungsausschüssen.
So sehen es die überwiegende Mehrheit der Verfassungsjuristen und auch der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages. Nach dieser Auslegung ist der Kanzler-Eid lediglich ein feierliches Versprechen, im Sinne einer politischen Beteuerung. Also: Wie versprochen, so gebrochen! …<<
Die österreichische Tageszeitung "Der Standard" berichtete am 25. August 2017: >>**IS-Terror als "False Flag": Aufregung um österreichische Ministeriumsmitarbeiterin**
Monika Donner, umstrittene Vertragsbedienstete des Verteidigungsministeriums, sorgt mit neuem Buch für heftige Kritik …
"Warum Deutschland sterben soll"
Im Herbst dürfte Donner für neue Aufmerksamkeit sorgen. In "Krieg, Terror, Weltherrschaft" will Donner analysieren "warum Deutschland sterben soll" - so der Untertitel des Buches. In dessen Beschreibung, die nun veröffentlicht wurde, wird etwa von einer "anglo-amerikanischen Globalisierungsclique, die die Weltherrschaft anstrebt", gesprochen. …
"Deutsche Reich fiel Globalisierungsclique zum Opfer"
… Donner gibt an, das NS-Regime "schärfstens zu verurteilen". Ihr sei wichtig, daß "das Deutsche Reich im 1. Weltkrieg nachweislich der Globalisierungsclique zum Opfer gefallen" sei, im Zweiten Weltkrieg wurde dann "nicht das deutsche Volk, sondern das verbrecherische NS-Regime nach Hitlers Putsch anläßlich des Reichstagsbrands zum Täter". "Historiker, die dies … nicht verstehen können oder wollen, sollten den Beruf wechseln …<<
Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 1. September 2017: >>**Hochverrat im Kanzleramt? …**
Scharfe Töne im Wahlkampf: AfD-Spitzenkandidatin Weidel geht Merkel persönlich an. Sie ruft dazu auf, sich mit "Rechtsbrüchen der Kanzlerin" auseinanderzusetzen. Nach ihrer Amtszeit, fordert Weidel, gehöre Merkel "vor ein ordentliches Gericht".
Wenige Wochen vor der Bundestagswahl verschärft die rechtspopulistische AfD erneut ihren Tonfall: AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel erhob schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.
"Wir müssen uns mit den Rechtsbrüchen der Kanzlerin auseinandersetzen. Angela Merkel müßte nach ihrer Amtszeit vor ein ordentliches Gericht gestellt werden", forderte sie in einem Interview der "Passauer Neuen Presse".
Illegales Handeln erkennt die AfD-Politikerin dabei vor allem in Politikfeldern, die zu den Kernthemen ihrer eigenen Partei gehören: "In der Euro-Rettungspolitik und in der Flüchtlingskrise hat sie gegen geltendes deutsches und europäisches Recht verstoßen. Dafür sollte sie sich vor einem Richter verantworten müssen."
Die Partei hatte zuvor bereits erklärt, sie wolle sich nach ihrem erwarteten Einzug in den Bundestag für einen "Untersuchungsausschuß Merkel" stark machen. Die Idee, juristisch gegen politische Entscheidungen der Kanzlerin vorzugehen, ist in der AfD nicht neu. Der Bundesvorstand der Partei hatte bereits im Oktober 2015 wegen "Einschleusung von Ausländern" erfolglos Strafanzeige gegen Merkel gestellt.
Tausende Strafanzeigen gegen Merkel
Mit ihren Ansichten stehen Weidel und die Parteiführung der AfD offenbar nicht alleine da: Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 einem Zeitungsbericht zufolge tatsächlich bereits mehr als 1.000 Strafanzeigen eingegangen, in denen der CDU-Politikerin Hochverrat vorgeworfen wird.
"Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", erklärte

die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". …
Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. "Hochverrat" begeht laut Paragraph 81 im Strafgesetzbuch jemand, "der es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern". Nach den Grundsätzen des Rechtsstaats ist die Karlsruher Behörde verpflichtet, alle eingehenden Strafanzeigen zu prüfen.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. September 2017: >>**"Merkels Zuwanderungspolitik wird Deutschland zerstören"**
Der Wirtschaftswissenschaftler Max Otte hat Angela Merkels Bundesregierung vorgeworfen, Deutschland zu ruinieren. Am CDU-Parteiprogramm habe er nichts auszusetzen, die gelebte Praxis sei jedoch "grausam", sagte Otte dem Internetportal *wallstreet:online*.
"Niemals hätte ich gedacht, daß eine CDU-Regierung unser Land dermaßen schädigen könnte." Merkel reiße Deutschland "sehenden Auges in den Strudel". Die Einwanderungspolitik habe ihn als CDU-Mitglied bewogen, dieses Mal sein Kreuz bei der AfD zu machen.
"Die Zuwanderung, wie sie jetzt betrieben wird, ist katastrophal. Sie wird unser Land zerstören", kritisierte Otte. Bereits jetzt gäbe es sogenannte No-go-Areas und einen ersten Fall, in dem ein Moslem in Deutschland mehrere Frauen haben dürfe. Hinzu kämen mehr als 1.000 registrierte Kinderehen.
Otte befürchtet Nachteile wegen Outing
Am 11. September hatte Otte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter angekündigt, bei der Bundestagswahl am 24. September AfD zu wählen. "Mein Outing wird mir viele Nachteile und Anfeindungen bringen, aber ich halte es für meine staatsbürgerliche Pflicht", rechtfertigte der Wirtschaftswissenschaftler seine Entscheidung.
Er vermute, künftig von vielen Medien nicht mehr eingeladen zu werden und auf "schwarze Listen" zu kommen. "Das sind Zustände wie 1933. Menschen, die sich für die AfD outen, haben nichts zu lachen."
In der Partei gäbe es "vielleicht" einzelne Menschen mit antisemitischen Ansichten, sie sei aber demokratischer als die CDU. "Denn bei der AfD wird noch im Diskurs über Inhalte gerungen", ergänzte Otte.<<
Herbert Ludwig berichtete am 29. September 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Obrigkeitshörigkeit und den Untertanengeist der Deutschen (x964/…): >>**Die deutsche Obrigkeitshörigkeit und ihr Ursprung**
"Ein Deutscher ist mit Vergnügen alles, nur nicht er selber."
Jean Paul (1763-1825)
Obrigkeitshörigkeit und Untertanengeist der Deutschen ziehen sich durch die neuere Geschichte. Das ist vielfältig beschrieben worden. Carl Friedrich von Weizsäcker wird die treffende Charakterisierung zugeschrieben, der typische Deutsche sei absolut obrigkeitshörig, ein typischer Befehlsempfänger und des eigenen Denkens entwöhnt; er sei zwar ein Held vor dem Feind, aber im bürgerlichen Leben kennzeichne ihn ein totaler Mangel an Zivilcourage.
Letzteres beklagte selbst Bismarck mit den Worten: *"Mut auf dem Schlachtfelde ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt."*
Heinrich Mann beschrieb in seinem Roman "Der Untertan" eindrucksvoll den Typus des Mitläufers und Konformisten, der total an die von oben vorgegebenen gesellschaftlichen Normen, Meinungen und Erwartungen angepaßt ist.
Die Frage nach den Ursachen
Die Ursache der besonderen deutschen Untertanengesinnung wird vielfach in einer verbreite-

ten autoritären Erziehung in Elternhaus und Schule gesehen, die sich in dem auf Befehl und Gehorsam beruhenden preußischen Militär gleichsam fortsetzte. Max Weber sieht eine zentrale Ursache im Protestantismus, der den Staat als göttliche Einrichtung absolut gesetzt und den Obrigkeitsstaat legitimiert habe. Das Luthertum sei für den Untertanengeist und die Obrigkeitshörigkeit der Deutschen verantwortlich.
Allgemein meint man, daß diese gläubig-gehorsame Seelenhaltung gegenüber der Obrigkeit über Generationen hinweg schließlich so verinnerlicht worden sei, daß es in der Regel keiner äußeren Gewalt mehr bedürfe, um sie aufrecht zu erhalten.
Aber woher ist die autoritäre Erziehung gekommen? Die Änderung in der Erziehung nach 1945 hat den Untertanengeist nicht zum Verschwinden gebracht. Den Militarismus haben die Franzosen viel stärker ausgebildet, ohne daß er bei ihnen zu einem solch ausgeprägten Untertanengeist geführt hätte. Und der Protestantismus ist zunächst als Freiheitsimpuls aus dem Innern einzelner Individualitäten gegen den seelischen Imperialismus einer religiösen Obrigkeit aufgestiegen; die Legitimierung des Obrigkeitsstaates hat da eher einen partiellen Rückfall bedeutet.
Die Obrigkeitshörigkeit ist durch äußere Bedingungen und Umstände nicht zu erklären, sie ist ein inneres Phänomen der Deutschen, eine innere Schwäche, der man daher auch nicht durch äußere Maßnahmen beikommen kann. Dies hat auch der scharfsichtige Heinrich Heine so gesehen:
"*Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts."*
Die Frage ist, wodurch diese seelische Knechtschaft entsteht, und wie sie zu überwinden ist. Auch von innen wird *man* allerdings die Deutschen nicht befreien können, wie Heine meint. Das kann nur jeder Deutsche selbst tun. Denn sie hängt ja mit einer Schwäche der Individualität, des Ichs zusammen, das sich nur selbst ergreifen und verändern kann. Wie kommt diese Schwäche zustande? Dazu müssen wir uns zuvor eine zentrale positive Veranlagung der Deutschen vergegenwärtigen, die auch kulturgeschichtlich konstatiert und vielfach beschrieben worden ist.

Das höhere Ich

Der spanische Diplomat und Kulturphilosoph Salvador de Madariaga hat treffend auf ein wesentliches Charakteristikum der Deutschen aufmerksam gemacht, das in der deutschen Sprache zum Ausdruck kommt:
"*Das Hauptmerkmal der deutschen Sprache … ist wohl das Vorherrschen des Wortes werden. … Dieses Merkmal verleiht der Sprache eine Art von ständiger Bewegung, eine Qualität des Fließens, … welche der tiefste Wesenszug des deutschen Lebens ist. … Was für England und Frankreich nur ein Gedanke unter vielen ist und für Spanien überhaupt kein Gedanke, ist für Deutschland geradezu der Wesenskern allen Denkens, so daß eben beide, die Sprache und das Denken, in Deutschland das Fließen eines Stromes annehmen."*
In diesem Empfinden des ständigen Werdens kommt die besondere Veranlagung des Deutschen nach unaufhörlicher Entwicklung seines eigenen Wesens zum Ausdruck, seines innersten Ichs. Das Ich ist in seinem Grunde nichts Fertiges, sondern ein Werdendes, sich Entwickelndes. Damit unterscheidet es sich von dem, was wir gewöhnlich im Alltag als "Ich" bezeichnen, das ein Beharrendes ist, das immer bleiben will, wie es ist. Dieses erscheint gleichsam als ein verzerrtes Spiegelbild des wahren, höheren Ichs, das selbst nicht unmittelbar in das Alltagsbewußtseins eintritt, sondern sozusagen im Hintergrund schwebt. Aber sein Einfluß ist spürbar und beobachtbar.
Wir messen die Zustände um uns und das Handeln der anderen Menschen mehr oder weniger

unbewußt ständig daran, wie es eigentlich sein sollte. Und wir merken, daß wir auch selbst mit unserem Verhalten, unserem Tun und unseren Fähigkeiten vielfach nicht zufrieden sind. Wir genügen nicht unseren eigenen Idealen und moralischen Ansprüchen. Wir bleiben zumeist hinter ihnen zurück. Dies festzustellen, ist aber nur möglich, wenn es eine höhere Instanz in uns gibt, die das, was wir gewöhnlich Ich nennen, beurteilt und am eigenen höheren Maßstab mißt - das höhere Ich. Friedrich Schiller schrieb in seinen "Ästhetischen Briefen":
"Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen idealistischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen übereinzustimmen die große Aufgabe seines Daseins ist".
Er verwies dabei auf seinen Freund, den Philosophen Johann Gottlieb Fichte, der ebenfalls das empirische, also das gewöhnlich erfahrbare Ich, von einem reinen, idealen Ich unterscheidet. Dieses ist für ihn das "*erste Prinzip aller Bewegung, alles Lebens, aller Tat und Begebenheit",* das dem intelligenten, bewußten Ich logisch vorangeht. Beide stimmen selten überein, sie aber zur vollkommenen Übereinstimmung zu bringen, sei die ständige Aufgabe und Bestimmung des Menschen.
Doch dazu reiche der bloße Wille nicht aus. Wir müßten uns allein und gemeinsam in einem ständigen Prozeß des Lernens und der Selbsterziehung die Fähigkeiten dafür erwerben, um die Widerstände und Hindernisse der Sinneswelt zu überwinden. Und diesen ganzen Prozeß des Erwerbs vielfältiger Fähigkeiten mache letztlich das aus, was wir "Kultur" nennen.
Die deutschen Dichter haben diesen vielfach unbewußten Prozeß literarisch beschrieben, in Dramen oder Entwicklungsromanen, in denen, wie z.B. in Goethes "Wilhelm Meisters Lehrjahre", "*die geistig-seelische Entwicklung einer Hauptfigur in ihrer Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Umwelt dargestellt wird,"* die ihre "*Erlebnisse und Erfahrungen reflektierend verarbeitet und (ihrer) Persönlichkeit einverleibt."* (Wikipedia)
Es geht im Grunde immer um die Auseinandersetzung zwischen dem in seinen Eigenheiten beharrenden niederen Ego und dem höheren Ich, das eine Änderung, ein partielles Absterben des Niederen verlangt, damit der Mensch nicht stehen bleibt, sondern sich im Werdestrom weiterentwickelt.
Goethe faßte dies schließlich in die Worte zusammen*: "Und solang du dies nicht hast / Dieses Stirb und Werde, /Bist du nur ein trüber Gast / Auf der dunklen Erde."*
Und Friedrich Rückert sah das höhere Ich als etwas an, das wie ein Zukunftsbild vor jedem schwebt, dessen Realisierung er entgegenstrebt und dichtete: *"Vor jedem steht ein Bild des, was er werden soll: / Solang er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll. / Was er geworden ist, genüget nie dem Mann; / O wohl ihm, wenn er stets nur werden will und kann."*

Der Herrscher in uns

Im Gegensatz zum gewöhnlichen Ego tritt das höhere Ich also nicht von selbst ins Bewußtsein. Es muß gesucht, ins Auge gefaßt und willentlich hervorgebracht werden. Das Ich ist seinem Wesen nach ein Agens, ein Auto-mobil, d.h. ein Selbst-Beweger. Ein Ich, das von außen geschoben oder gezogen werden müßte, ist noch keins. Es ist nur insofern, als es sich von innen heraus selber aktiv im Denken ergreift, in Bewegung setzt und sich selbst bestimmt. Darin liegt aber auch der Grund dafür, daß das höhere Ich immer nur von verhältnismäßig wenigen bewußt angestrebt und zu realisieren gesucht wurde und wird.
Die Philosophen des deutschen Idealismus, insbesondere Fichte, haben einen sehr anspruchsvollen gedanklichen Weg dazu aufgezeigt. Rudolf Steiner wies auf einen einfacheren, unmittelbar lebenspraktischen Weg hin, den er als elementaren Bestandteil einer höheren Erkenntnisschulung beschrieb.
Er empfiehlt, sich täglich Augenblicke innerer Ruhe zu verschaffen, in denen man sich eine kurze Zeit aus seinem täglichen Leben zurückzieht und all seine Freuden, Leiden, Sorgen, Erfahrungen und Taten vor seiner Seele vorbeiziehen läßt, aber so, daß man sie von einem höhe-

ren Gesichtspunkt aus betrachtet, als ob man sie nicht selbst, sondern ein anderer erlebt oder getan hätte. Man soll in diesen Zeiten die Kraft suchen, sich selbst wie ein Fremder gegenüberzustehen. Dann ist man nicht mehr so eng mit den eigenen Erlebnissen verwoben, und sie zeigen sich in einem neuen Licht. Das Wesentliche beginnt sich von dem Unwesentlichen zu sondern.
Man zieht sich dadurch aus der emotionalen Egozentrik des niederen Ichs allmählich heraus, so daß sich immer mehr höhere Gesichtspunkte für die Beurteilung der Dinge einstellen können. Dabei kommt alles darauf an, "*daß man energisch, mit innerer Wahrheit und rückhaltloser Aufrichtigkeit sich selbst, mit all seinen Handlungen und Taten, als ein völlig Fremder gegenüber stehen kann."*
Das bedeutet, daß das höhere Ich mehr und mehr Einfluß auf das Alltags-Ego geltend machen kann. "*Denn jeder Mensch trägt neben seinem - wir wollen ihn so nennen - Alltagsmenschen in seinem Innern noch einen höheren Menschen. Dieser höhere Mensch bleibt so lange verborgen, bis er geweckt wird. Und jeder kann diesen höheren Menschen nur selbst in sich erwecken."*
Dieses in den ausgesonderten Augenblicken der inneren Ruhe gewonnene "höhere Leben" wird nach und nach seinen Einfluß auch auf das gewöhnliche Alltagsleben ausüben. Man wird ruhiger werden, mehr Sicherheit in seinen Handlungen gewinnen und nicht mehr leicht aus der Fassung gebracht werden können. Man ärgert sich nicht mehr über alle möglichen Dinge, und andere hören auf, einem Befürchtungen zu machen.
Man wird sich immer mehr innerlich selbst lenken und weniger von den Umständen und äußeren Einflüssen gelenkt werden. So fängt man an, "*sein Lebensschiff einen sicheren, festen Gang zu führen innerhalb der Wogen des Lebens. Während es vorher von diesen Wogen hin und her geschlagen worden ist."*
Das höhere Ich ist in einem fortwährenden Drängen nach Entwicklung begriffen, das sich gegen alle Widerstände und Niederlagen im Gewissen, in Sehnsüchten, Träumen und Idealen bemerkbar zu machen sucht. Dadurch daß man sich regelmäßig kurze Zeiten der beschriebenen inneren Ruhe verschafft, wird dem höheren Menschen in uns eine gesetzmäßige Entwicklung ermöglicht, in deren Verlauf er über das Alltags-Ich immer mehr die Oberhand gewinnt und dieses allmählich in Übereinstimmung mit sich bringen kann.
"Dieser "höhere Mensch" wird dann der "innere Herrscher", der mit sicherer Hand die Verhältnisse des äußeren Menschen führt. Solange der äußere Mensch die Oberhand und Leitung hat, ist dieser "innere" sein Sklave und kann daher seine Kräfte nicht entfalten. Hängt es von etwas anderem als von mir ab, ob ich mich ärgere oder nicht, so bin ich nicht Herr meiner selbst, oder - noch besser gesagt -: ich habe den "Herrscher in mir" noch nicht gefunden."
Es kommt also darauf an, den Herrscher in mir, das heißt die Herrschaft des höheren Ich über das niedere zur Entwicklung zu bringen.

Die Suche außen

Darin, daß die Ich-Entwicklung der inneren Anstrengung und Aktivität des Ichs selbst bedarf, liegt aber nun die Ursache, warum sie von vielen, ja den meisten Deutschen nur schwach angestrebt wird. Aber die Sehnsucht nach dem Höheren lebt in jedem, wenn auch noch so verborgen; und kann er es in seinem Inneren nicht finden, so scheint es ihm statt dessen von außen in der hohen Obrigkeit bequem entgegenzukommen. "*Die innere Herrschaft des Ichs im einzelnen Menschen verwandelt sich in die äußere Herrschaft des Staates über ihn."*
Der Mensch bleibt im Alltags-Ich stecken, das an die äußeren Verhältnisse gebunden ist, und empfängt gehorsam die Anordnungen der staatlichen Herrschaft, der es sich wie selbstverständlich unterwirft. Und wer als Funktionsträger, als Beamter in den Machtapparat aufsteigt, wird selbst zu einem Teil dieses höheren Pseudo-Ichs, der einerseits nach unten über den einzelnen Menschen als seinen Untertan stolz gebietet und andererseits den Vorgesetzten über

ihm in treuer Pflichterfüllung ergeben ist.
Hier liegt der eigentliche Ursprung der deutschen Obrigkeitshörigkeit, des ausgeprägten Untertanengeistes, die so verhängnisvoll gewirkt haben und bis in die unmittelbare Gegenwart wirken. Denn es ist prinzipiell kein Unterschied zwischen der Obrigkeit eines pompösen, hohlen "Gottesgnadentums", eines aufgeblähten Usurpators oder der durch scheindemokratische Wahlen erhobenen egomanischen Parteienkaste, die heute mit denselben überkommenen Machtstrukturen ihre Herrschaft ausübt.
Sie werden noch durch die modernen psychologischen Mechanismen einer vielseitigen medialen Bewußtseinsindustrie unterstützt, welche täglich die Herrschaft dieser Clique von Oligarchen propagandistisch absichert und die eingeschläferten Untertanen immer wieder zu deren Wiederwahl an die Urnen führt, in denen ihre Hoffnungen stets neu begraben werden.
Nur aus dem Erleben der inneren, in sich selbst gegründeten Unabhängigkeit des höheren Selbst kann die Empörung gegen jede Form von Fremdbestimmung wachsen, die den Menschen nicht als freies, sich selbst bestimmendes Ich, als Subjekt, sondern als Objekt eines fremden Willens behandelt und zum folgsamen Untertanen macht.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2017: >>**Volk außer Kontrolle**
Wie die Deutschen ihre Angst verloren haben, wen das besonders erschrecken muß, und wie uns die Amis Gewaltenteilung lehren
… Wie tief das Mißverständnis der Mächtigen der deutschen Republik in Sachen Demokratie schon reicht, läßt sich auch an den Kommentaren zur Entwicklung in den USA ablesen. Mit diebischer Freude verfolgen Deutschlands Tonangeber in den Medien, wie US-Präsident Donald Trump gegen ein rebellisches Parlament anrennen muß. Wie ihn die Volksvertreter zu Verhandlungen und Kompromissen nötigen und ihren Präsidenten auch gerne mal komplett auflaufen lassen.
"Trump im Kongreß gescheitert" jubeln deutsche Redaktionen auf und deuten das als Schwäche des US-Präsidenten, von der sich die Stärke und der Rückhalt unserer Kanzlerin so wohltuend abhebe, was doch der Beweis dafür sei, daß unsere Demokratie derzeit viel besser funktioniere als die der Amis. Haha!
Die gleiche Begeisterung löst es aus, wenn der ungeliebte Trump von einem hohen Gericht in die Schranken gewiesen wird. Seht ihr: Er kann es nicht! Wir dagegen ...
Die US-Amerikaner nennen das, was sie da treiben, … Überprüfung und Ausgleich. Wir Deutsche enttarnen das natürlich als Beschönigung, die lediglich übertünchen soll, wie’s da drüben drunter und drüber geht.
Was die teutonischen Besserdemokraten leider übersehen, ist, daß es sich bei dem Treiben in Übersee um nichts anderes handelt als um praktizierte Gewaltenteilung. Genauso haben es sich die Schöpfer der modernen Demokratie nämlich gedacht: Daß das Parlament aus gewählten Volksvertretern die Regierung streng kontrolliert und daß die Gerichte beide Organe, Regierung wie Volksvertretung, genau im Auge behalten, damit alles, was sie treiben, im Rahmen der Gesetze bleibt.
Doch wie funktionierte das im Deutschland der vergangenen Jahre? Das Parlament "kontrolliert" die Regierung? Es läuft genau umgekehrt: In der größten Regierungsfraktion etwa schwang ein getreuer Gefolgsmann der Kanzlerin namens Volker Kauder die Rute über folgsame Fraktionssoldaten, die in untertäniger Treue strammstanden vor ihrer Herrin.
So hob die Kanzlerin mit einem Fingerschnippen die Gesetze zur Grenzkontrolle und Einreise auf - doch weder im Parlament noch sonstwo regte sich hörbarer Widerstand, höchstens auf der Straße. Über die Bürger, die dort zu protestieren wagten, rollte jedoch die "vierte Gewalt" in Gestalt der "unabhängigen" Staatsmedien hinweg, um die Hitler-Karte zu zücken.
Gegen dieses Gespinst einer alles überspannenden Allmacht kam nichts und niemand auf.

Gewaltenteilung? "Überprüfung und Ausgleich "? Nichts dergleichen.
Aus diesem Machtgefühl scheint die Kanzlerin noch immer ihre Ruhe zu schöpfen. Wenn man sieht, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Amt verharrt, kann man den Eindruck bekommen: Im Grunde ihres Herzens zweifelt Merkel nach zwölf Jahren an der Regierung daran, daß das sogenannte Volk überhaupt noch das moralische Recht hat, über ihre Kanzlerschaft abzustimmen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 9/2017 berichtete im September 2017:
>>**Die Kalte Kanzlerin - Der Staat bin ich, das Volk ist nichts**
_ von Daniell Pföhringer
Um es gleich vorwegzunehmen: Der sogenannte "Hooton-Plan", von dem in halbseidenen Internetforen oft als Blaupause zur Auslöschung des deutschen Volkes geraunt wird, ist nicht für die aktuellen Vorgänge verantwortlich. Dieses Papier war - im Gegensatz zum Morgenthau-Plan zur Deindustrialisierung der Besatzungszonen, dessen wesentliche Elemente tatsächlich bis Juli 1947 Grundlage der alliierten Direktive JCS 1067 waren - nur die akademisch verbrämte Fieberfantasie eines Fanatikers:
Im Jahr 1943 - etwa zwei Jahre nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg - plazierte der amerikanische Anthropologe Earnest Albert Hooton, der nicht nur ein leidenschaftlicher Deutschenhasser war, sondern auch ein Rassist und Eugeniker (wortwörtlich plädierte er für das "Eliminieren der Unbrauchbaren, Wertlosen, Degenerierten und Antisozialen jeder Rasse und jedes ethnischen Stammes"), einen Artikel mit dem Titel "Breed war strain out of Germans" ("Die Kriegsveranlagung aus den Deutschen züchten") im New York Daily.
Darin warb er dafür, die "aggressive Ideologie" des "deutschen Nationalismus" durch die Ansiedlung ausländischer Bevölkerungsgruppen auszumerzen. Den Deutschen unterstellte Hooton "biologisch begründete und angeborene räuberische Neigungen", die nur durch "Kreuzung" mit Menschen fremder Herkunft gebändigt werden könnten.
Stichwort "Austauschmigration"
Wenig spricht dafür, daß Hootons wahnwitzigen Ideen den New York Daily, der nur wenige Jahre später eingestellt wurde, überlebt hätten - vielmehr weisen die aktuellen Vorkommnisse in Deutschland frappierende Ähnlichkeiten mit einem anderen Konzept auf, das weitaus ernster zu nehmen ist als das wirre Geschreibsel des fanatischen Eugenikers.
Der "Große Austausch", wie der französische Schriftsteller Renaud Camus die heute nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa zu beobachtende Ethnomorphose nennt, folgt nicht biologistischen Motiven wie bei Hooton; es geht nicht darum, angeblich angeborene schlechte Eigenschaften "wegzuzüchten". Statt dessen wird demographisch und ökonomisch argumentiert.
Grundlage ist weniger ein Plan im eigentlichen Sinne, sondern sind Empfehlungen von höchster Stelle - genauer: ein Bericht der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, der empfiehlt, daß in Europa, wie es explizit heißt, "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden" müßten , um den derzeitigen Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter konstant halten zu können.
In der englischsprachigen Ausgabe ist von "Replacement Migration" - also "Austauschmigration" - die Rede, in der deutschen Übersetzung heißt es hingegen verharmlosend "Bestandserhaltungsmigration".
Die Fachabteilung der UNO unter der Leitung von Joseph Chamie, damals wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Migrationsstudien in New York, stellte bei der Untersuchung der "Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Migrationstrends für alle Länder der Welt" zwei "kritische Trends" fest, nämlich "den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung" in einigen Staaten. Unter die Lupe genommen wurde dabei vor allem Europa, unter anderem auch die Bundesrepublik. Als "Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen" kam man schließ-

lich auf die Strategie der Austauschmigration. Eines der im Jahr 2000 skizzieren Szenarien besagt, daß Deutschland jährlich eine Nettozuwanderung von 324.000 Menschen benötige, um seinen derzeitigen Bevölkerungsstand bis 2050 aufrechterhalten zu können. "Im Ergebnis wären 2050 bei einer Bevölkerung von 82 Millionen 23 Millionen (28 Prozent) Post-1995-Migranten oder deren Nachkommen", heißt es dazu in dem UN-Bericht. …<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 16. November 2017: >>**"Das ist unfaßbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern**

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. …

Strukturelle Mängel an der Spitze?

"Das ist unfaßbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.

"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." …

Beim Kampfpanzer Leopard 2 handelt es sich um eines der wichtigsten Waffensysteme des Heeres. Das bis zu 65 Tonnen schwere … Kettenfahrzeug kann aus seiner Hauptwaffe, der Glattrohrkanone im Kaliber 120 Millimeter, verschiedene Spezialgeschosse auf bis zu sechs Kilometer entfernte Ziele abfeuern. …<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 22. November 2017: >>**Der Staat verliert die Kontrolle über seine Gewalt**

Der Staat ist Gewaltmonopolist. Recht und Soziales sind nur seine Nebenfunktionen. Deshalb trifft der Polizeiskandal in der Hauptstadt den Staat in seiner Substanz. In ethnisch-religiösen Konflikten droht die staatliche Ordnung zu zerreiben.

Der Staat, wie wir ihn kennen, entsteht nach den Religionskriegen der frühen Neuzeit. Seine Wiege ist der Westfälische Friede von 1648. Die Fürsten der vom Krieg verheerten Länder treffen sich in Münster, um Frieden zu schließen, ihre Völkerrechtler arbeiten die weltliche Ordnung aus. Der Einfluß der Religion auf die Politik wird zurückgedrängt. Ob Krieg oder Frieden, das beeinflussen künftig nicht mehr die Kirchen, sondern das entscheiden die Fürsten.

Die Bürger händigen dem Staat ihre Gewalt aus, dafür verspricht der Staat ihnen Schutz. Er allein hat nun rechtmäßig Gewalt inne, er hat auf sie ein Monopol.

Das Militär und die Polizei sind die wichtigsten Organe des Gewaltmonopolisten. Zwar gehören auch Verwaltung, Gerichte und Parlamente zum modernen Staat, doch ob dieser sein Gewaltmonopol auch geltend machen kann, hängt letztlich an Einrichtungen, die Waffen tragen und Gewalt wortwörtlich ausüben. Militär, das ist Gewalt nach außen. Polizei, Gewalt nach innen. Beide sichern den Frieden. Erst im 19. Jahrhundert fordert das selbstbewußte Bürgertum, der Staat müsse außerdem Rechtsstaat sein. Die Vorstellung, daß der Staat das soziale Zusammenleben seiner Bürger durch Umverteilung und Rechtsgestaltung zu regulieren habe, kommt erst nach 1949 auf.

Inzwischen haben sich beide Vorstellungen, Rechtsstaat und Sozialstaat, in unseren Köpfen so stark festgesetzt, daß wir vergessen haben: Der Staat ist wesentlich Ordnungsstaat. Wenn Clans, Gangs oder Terrorgruppen neben ihm Gewalt ausüben, dann wird der Staat auch bald die Gerichte, Krankenkassen und auch die Polizei nicht mehr bereitstellen. Der Skandal um die Berliner Polizei zeigt: Wir befinden uns auf dem geraden Weg in solche Zustände. Der Polizeiskandal geht weit über die Dimensionen einer Polizeischule hinaus und sprengt sogar

den Rahmen der Hauptstadt. Hier liegt eine Störung vor, die das Gewaltmonopol gleichzeitig in Besitz nimmt und in Frage stellt.
Arabische Clans, die sich über Herkunft und Religion definieren, unterwandern die Polizei, wie der oberste Berliner Polizeigewerkschafter bestätigt hat.
Um manche Söhne in den Polizeidienst einzuschleusen, halten sie diese von Straftaten fern. Gelingt die Unterwanderung, hat das zwei Folgen. Erstens können diese Clans Straftaten ausüben, ohne von der Staatsgewalt verfolgt zu werden, weil ihr Nachwuchs im Polizeidienst die Strafverfolgung behindert oder vereitelt. Zweitens können die Clans, wenn die Unterwanderung erst einmal fortgeschritten ist, selbst Staatsgewalt ausüben - natürlich im Eigeninteresse und nicht zum Schutz des Gemeinwohls.
Ermöglicht wurde diese Zersetzung des Gewaltmonopols durch eine fehlgeleitete Integrationspolitik. Es waren beim Kanzleramt angesiedelte Integrationsbeauftragte, Maria Böhmer und Aydan Özoguz, die forderten, die Polizei müsse mehr Migranten beschäftigen. In Berlin wurde diese Forderung 2010 in ein Gesetz gegossen, das auf den harmlosen Namen "Integrations- und Partizipationsgesetz" hört. Seither hat sich der Anteil muslimischer Migranten in der Polizei verzigfacht.
Diese Entwicklung steht auch anderen Ländern bevor. Baden-Württemberg hat ein solches Gesetz 2015 verabschiedet. Und auf Bundesebene ist ein Integrationsgesetz dieses Jahr in Kraft getreten. Die Polizei wird von den berüchtigten Clans ebenso unterwandert wie die Hells Angels. Wo auch immer Gewalt im Spiel ist, mischen die Clans mit, in der organisierten Kriminalität wie im Staat. Wenn sie gewinnen, dann ist der Staat allerdings kein Staat mehr.
Um diesen Sieg zu verhindern, muß man jede Bevorzugung von Migranten in der Polizeiausbildung stoppen. Zu bezweifeln ist, ob dieses bloße Unterlassen reicht. Womöglich braucht es neue Gesetze, um die Wirkung jener Desintegrationsgesetze ungeschehen zu machen.
Dimitrios Kisoudis war neun Jahre lang als Regisseur und Autor für den Rundfunk tätig. Jetzt arbeitet er als Referent für einen AfD-Bundestagsabgeordneten.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Dezember 2017 (x892/…): >>**Der totalitäre Dämon der Demokratie**
Osteuropäer, die lange Zeit unter einer kommunistischen Diktatur gelebt haben, sind oftmals empfindsamer und nachdenklicher, wenn es um eine politische Analyse der modernen liberaldemokratischen Gesellschaft geht, die sie seit den 1990er Jahren kennenlernten. Eine der besten Analysen dieser Gesellschaftsordnung, die inzwischen die gesamte westliche Welt erobert hat, findet sich in dem soeben in deutscher Übersetzung erschienen Buch des polnischen Philosophen Ryszard Legutko: Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften. …
Kommunismus und liberale Demokratie haben die gleichen Wurzeln
Ausgangpunkt der Analyse der liberalen Demokratie ist die These des Autors, die er bereits in den 1980er Jahren bei Besuchen in Westeuropa entwickelt hat, daß der Kommunismus und die liberale Demokratie die gleichen Wurzeln haben. Das bedeutet natürlich nicht, daß beide dasselbe sind. Beide Systeme sind allerdings hinsichtlich des Totalitarismus, der in ihnen liegt, nicht wesentlich, sondern nur graduell verschieden. Selbstverständlich gibt es in den liberalen Demokratien keine Verhaftungen, Gefängnisstrafen oder Folter wegen abweichender Meinungen, wie im Kommunismus.
Auch andere abartige Erscheinungsformen des Kommunismus sind dem Liberalismus fremd, doch der Liberalismus ist gerade deswegen viel erfolgreicher in der Durchsetzung seiner Ideologie. Menschen die nicht mitmachen werden sozial isoliert, für extrem rückständig erklärt, als Rechtsradikale verunglimpft und auf vielfache andere Weise aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, das dadurch immer einförmiger und gleichgeschalteter wird.
Immer weniger Menschen wagen es so, grundsätzlich die liberale Demokratie in Frage zu

stellen und passen sich an. Dies gilt besonders auch für kirchliche Gemeinschaften. Die europäischen katholischen Kirchen haben inzwischen mehr oder weniger vollständig sich der Ideologie der liberalen Demokratie unterworfen und gehören oft zu den entschlossensten Verteidigern derselbe, was besonders in der gebetsmühlenartigen Wiederholung der "Menschenrechte" zum Ausdruck kommt, die eine der wichtigsten ideologischen Bestandteile der liberalen Demokratie ist.

Die Ideologie der Gleichheit

Das gemeinsame Fundament von liberaler Demokratie und Kommunismus ist nach Legutkos Analyse die *Ideologie der Gleichheit*. Diese Ideologie ergreift immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens und dringt bis in die Schlafzimmer der Eheleute ein. Es geht dabei schon lange nicht mehr um eine Gleichheit vor dem Gesetz, sondern um eine Gleichheit in allen Bereichen, um eine totale Gleichschaltung des gesamten Lebens.

Von hier aus sind die Ideologien des Feminismus, des Genderismus, der "Ehe für alle", der Menschenrechte und vieles mehr zu erklären, aber ebenso der Haß gegen jede Hierarchie und Ordnung in der Gesellschaft, der Haß gegen die Familie und alle natürlichen Gemeinschaften wie Volk und Nation, die stets in sich hierarchisch gegliedert sind und deshalb nach Auffassung der Kommunisten und der liberalen Demokraten vernichtet werden müssen. …

"So ist die liberale Demokratie - wie der Kommunismus - zu einem System geworden, das alle Lebensbereiche durchdringt". "In gewisser Weise ist die liberale Demokratie eine viel heimtückischere ideologische Mystifikation als der Kommunismus."

"Menschenrechte"

Ausführlich kommt der Autor auch auf die Ideologie der Menschenrechte zu sprechen, die von liberalen Demokraten ununterbrochen herausgestellt wird. Allein dies sollte Grund genug sein, daß Christen sich von diesem Begriff fernhalten. Es beginnt mit der Veränderung des Begriffs der menschlichen Würde, die jedem bedingungslos zukommt, was eine wesentliche Veränderung dieses Begriffs im Vergleich zur Antike und zum Mittelalter darstellt.

Der klassische Würdebegriff ist mit einer Verpflichtung verbunden, er hängt mit einem tugendhaften Leben zusammen. Von dem "angenommen wurde, er besitze Würde", von dem "wurde erwartet, daß er sich seiner höheren Stellung entsprechend benahm". Würde mußte erworben werden durch ein vorbildliches und tugendhaftes Leben und konnte auch wieder verloren gehen, wenn er würdelos handelt. …

Nur das Naturrecht bietet ein Fundament für wirkliche Rechte des Menschen und für eine menschliche Würde. Doch genau dagegen wendet sich die Menschenrechtsideologie und die dazu gehörende "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" von 1948, wie der Autor des Buches zeigt. "Die Würde, so wie sie in der "Deklaration der Menschenrechte" interpretiert wird, hat nichts mehr mit Verpflichtungen zu tun, sondern mit Ansprüchen und Berechtigungen." …

Radikaler Totalitarismus

"Wir beobachten seit einigen Jahrzehnten die Entstehung eines liberal-demokratischen allgemeinen Willens", einer Idee, die auf Rousseau zurückgeht und an die Stelle des Gemeinwohls tritt. Diese Idee des "allgemeinen Willens" impliziert einen radikalen Totalitarismus, der das gesamte öffentliche und private Leben durchdringt.

"Durch die Tätigkeit und den Geist der Menschen kann der liberal-demokratische allgemeine Wille allem und jedem seinen Stempel aufdrücken, auch denen, die entschlossen für andere Richtungen sein sollten." Kommunisten und Sozialisten verteidigen ihre Positionen, doch sie versuchen zu zeigen, daß sie noch viel toleranter, demokratischer, liberaler, pluralistischer, inklusiver usw. usf. sind, als die anderen Parteien. Und selbst die Konservativen entziehen sich nicht dieser Toleranzideologie des allgemeinen Willens der liberalen Demokraten.

Hier ist die Erklärung für die Entwicklung der CDU/CSU, bzw. aller ehemaliger konservati-

ven Parteien Europas: "Die Konservativen, die eigentlich sowohl den Sozialisten als auch den Liberal-Demokraten widersprechen müßten, argumentieren allen Ernstes, daß auch sie offen, pluralistisch und tolerant seien, alle Leistungsansprüche unterstützen und auch für die Forderung von feministischen und homosexuellen Aktivisten offen seien.
Auch in dem, was sie verurteilen, sind sich Liberal-Demokraten, Sozialisten und Konservative einig: Sie verurteilen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Diskriminierung und Intoleranz so wie all die anderen Sünden, die im liberal-demokratischen Katechismus aufgelistet sind. Zugleich dehnen sie die Begriffe unendlich aus …"
Es ist ungemein schwierig geworden, sich diesem Druck zu entziehen, aber Konservative und Christen, die dies wahrhaft bleiben wollen, sollten sich diesem Druck nicht unterwerfen. Sagen Sie lieber: "Ja, wir sind intolerant, rassistisch, homophob und was auch immer. Doch was bedeutet das denn? Wir unterwerfen uns niemals dieser kranken liberal-demokratischen Ideologie!" Man wird uns des "Hate speech" bezichtigen, doch auch dies ist nur ein Mittel der Unterwerfung.
Ohne Widerstand wird dieses System immer schneller seinen totalitaristischen Anspruch durchsetzen, zumal im Hintergrund dieser gesamten Entwicklung die brutalste und totalitärste Organisation steht, die es derzeit gibt: die Europäische Union. Der Autor weist darauf hin: "Eine europäische Perestroika würde die EU nicht überleben." Für die Zukunft der EU gibt es nur eine Perspektive: Die völlige Zerschlagung. Eine Reformierung ist nicht möglich, sie wird ihre Ansprüche durchsetzen und sich mehr und mehr zu einer EUdSSR verwandeln. …
Daher ist es nicht mit einer Kritik an einzelnen Auswüchsen getan, wie sie z.B. von der AfD und anderen Konservativen heute geübt wird, wobei man ständig zugleich versichert, man sei doch tolerant und liberal etc.
Die Kritik muß grundsätzlicher ansetzen und die liberale Demokratie selbst in Frage stellen. Dies wird selbstverständlich dazu führen, daß Personen und Organisationen, die dies tun, zu Verfassungsfeinden und Nazis erklärt werden, obwohl das deutsche Grundgesetz nicht für eine liberale Demokratie geschaffen wurde, sondern von diesen liberalen Demokraten in Beschlag genommen und für ihre totalitären Zwecke verfälscht wurde. Aber ohne die Bereitschaft zu Opfern, ohne die Bereitschaft, seine eigene Identität zu bewahren und nicht der Ideologie zu unterwerfen, wird es keine Änderung zum Besseren geben. …
Vielleicht führt der Widerstand nicht zu einer Alternative. Doch die Wenigen, die trotzdem Widerstand leisten, können erhobenen Hauptes ihre Identität bewahren und widerstehen so dem Massenwahn der liberalen Demokratie. Anders läßt sich wohl auch nicht das Recht Gottes, seine Königherrschaft in Staat und Gesellschaft, verteidigen.
Ryszard Legutko, *Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften …*<<
Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 5. Januar 2018: >>**Vermögensschock: Die Deutschen sind die armen Würstchen der EU**
Der Welt-Reichtums-Report zeigt, wie arm die meisten Deutschen wirklich sind. Von den Ländern der alten EU liegt nur Portugal hinter Deutschland. In den meisten Ländern besitzen die Bürger mehr als doppelt so viel Vermögen wie hierzulande.
Innerhalb der alten EU-Länder ist Deutschland der arme Mann des Kontinents. Nur die Bevölkerung in den Ländern, die jenseits des Eisernen Vorhangs lagen, ist noch ärmer. Deutlich wird das, wenn man die Medianwerte des Vermögens und nicht den statistischen Durchschnitt betrachtet.
So macht es der renommierte Global Wealth Report des Credit Suisse Research Institute's, das jährlich die weltweite Vermögensentwicklung analysiert. Beim reinen Durchschnitt heben die vielen Reichen und Superreichen in Deutschland den Wert im Vergleich nach oben, der Medianwert begrenzt den Einfluß von Ausreißern und zeigt die Lebenswirklichkeit der Bevölke-

rung. Am deutlichsten sieht man den Effekt in den USA, einem Land mit extremen Einkommensunterschieden. Das Durchschnittsvermögen beträgt dort 388.600 Dollar, der Medianwert liegt bei 55.900 Dollar.

Wenig auf der hohen Kante

Der Medianwert des geldwerten Vermögens für die Erwachsenen liegt in Deutschland bei 47.000 Dollar. Schon im krisengebeutelten Griechenland sind es mit 55.000 Euro 8000 Euro pro Nase mehr. Daß die unmittelbaren Nachbarn - Holländer (94.000), Dänen (87.000 Dollar), Belgier (168.000 Dollar) - reicher als die Deutschen sind, kann kaum verwundern. Man sieht es bei jedem Besuch.

Erstaunlich allerdings, daß Franzosen (120.000) und Italiener (125.000) mehr als doppelt so reich wie die Deutschen sind. Lichtenstein (168.000) und Schweiz (229.000) bilden erwartungsgemäß die Spitze. In den alten Ländern der EU liegt nur Portugal (38.000) hinter Deutschland. Fairerweise sollte man nicht vergessen, daß das Ranking beim Thema Jahreseinkommen anders aussehen würde. Und das auch, wenn man die Medianwerte betrachten würde. …

Geringer Immobilienbesitz

Die Gründe für die ungleiche Verteilung des Reichtums in Europa sind schnell genannt. In Deutschland ist die Stimmung reicher, als die tatsächliche Lage. Der Hauptunterschied im Vermögensaufbau ist das geringe Immobilienvermögen der Privathaushalte. In Deutschland gehören die Immobilien meist den Reichen beziehungsweise ihren Firmen, die normale Bevölkerung wohnt zur Miete. Leider verfügen die Deutschen auch nicht über entsprechend höheres Geldvermögen um die geringen Immobilienwerte ausgleichen zu können.

Ist das ein fairer Maßstab, den die Credit Suisse hier anlegt? Wir denken schon: Wer in Paris eine abbezahlte Wohnung besitzt, ist in diesem Punkt wirklich "reicher" als ein Mieter in Berlin-Mitte. Und dieser Reichtum zahlt sich aus: Vom monatlichen Einkommen gehen bei einem Paar in Berlin gewiß jeden Monat netto etwa 1.000 Euro mehr ab als beim Wohnen in Eigentum. Denn Credit Suisse betrachtet nur den Netto-Wert des Vermögens und zieht etwaige Schulden ab. Eine finanzierte Wohnung macht in dem Ranking niemand reich. Auch beim Thema Kaufkraft dürften die vergleichsweise hohen Einkommen in Deutschland durch die Mietbelastung gemindert werden.

Millionäre gehen: Die Nerze verlassen das sinkende Schiff

Die Reichen sehen zu, daß sie die Euro-Zone verlassen. Mehr als 4.000 Millionäre sollen allein Deutschland 2016 verlassen haben, ein paar Jahre zuvor waren es noch nur ein paar Hundert jährlich.

Problem der Rentenbewertung

Eine weitere Verzerrung gibt es beim Thema Alterssicherung. Wird diese als Lebensversicherung oder als Pensions-Sparplan angespart, ist das Geld vorhanden, also wird es zum jeweiligen Wert voll zum Vermögen zugerechnet. Basiert die Altersvorsorge jedoch auf Ansprüchen, die kommende Generationen erst noch erarbeiten sollen wie beim deutschen Renten- oder Pensionssystem, besteht zum Stichtag der Untersuchung nur ein Anspruch - aber keine Deckung. Gegenüber einigen Staaten ergibt sich hier eine Verzerrung zu ungunsten Deutschlands, die man aber nicht allzu hoch ansetzen sollte.

Ernüchternd wirkt der Blick nach Österreich. Auch in der Alpenrepublik ist das Medianvermögen 11.000 Dollar höher als in Deutschland. Das Rentensystem wird dort ebenfalls mit einer Generationen-Umlage finanziert, die zu erwartenden Rentenleistungen sind in Österreich allerdings deutlich höher als in Deutschland. Wegen des späten Renteneintrittsalters und der geringen Rentenhöhe in Deutschland dürfte sich die Bewertung der Deutschen kaum verbessern, wenn alle Umlagerenten in dem Ranking berücksichtigt werden.

Vermögen vermehrt das Vermögen

In Zukunft ist nicht zu erwarten, daß Deutschland seine schlechte Position verbessern könnte. Denn auch in diesem Jahr speist sich das enorme Wachstum der Vermögen von etwa sechs Prozent nicht aus den Einkommen, die in der Realwirtschaft erzielt werden. Wohlstandsmehrend wirken sich höhere Bewertung für Immobilien und Aktienbestände aus. Einfach ausgedrückt: Die Vermögen vermehren sich kräftiger als die Arbeitseinkommen. Wer viel Vermögen hat, profitiert von diesem Umstand weit mehr, als Personen mit geringem Vermögen. Länder mit reichen Bürgern legen kräftig zu, andere nicht.
Tatsächlich belegt Deutschland auch Spitzenpositionen in dem Ranking. Etwa bei der Zahl der neuen Millionäre. Von 2016 zu 2017 schafften zweihundert Deutsche den Sprung über die Millionen-Dollar-Grenze. Das reicht weltweit für Platz Zwei.

Kurze Erläuterung zu Median- und Durchschnittswerten

Nimmt man in Gesellschaften mit sehr ungleicher Verteilung der Vermögen den Durchschnittswert wird das extreme Vermögen weniger Personen die große Zahl der Vermögenslosen "schlagen" - denn hier ist der Wert "Geld" entscheidend. Beim Medianwert wird die Anzahl der Personen wichtiger, hier drückt die große Zahl der Personen ohne Vermögen dem ermittelten Wert nach unten. Damit wird die Lebensrealität der Bevölkerung besser getroffen. Genauer wären Untersuchungen, die die prozentuale Verteilung von Vermögensstufen ermitteln, damit lassen sich durch Cluster typische Gruppen und ihr Anteil an der Bevölkerung identifizieren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 02/2018 berichtete im Februar 2018: >>**Big Brother spricht chinesisch**

_ *von Marc Dassen*

Maos Erben haben einen hochmodernen Kontrollstaat errichtet, der Orwells Albträume weit übertrifft: Die flächendeckende Internet- und Videoüberwachung wird in einer zentralen Punktedatei à la Flensburg zusammengeführt, die die Kriminalisierung der Unangepaßten ermöglicht.

Was haben die angeblich liberalen Vorzeigedemokratien des Westens mit den autoritären Staatstechnokratien des Ostens in Sachen Zensur gemeinsam? Antwort: alles. Beide Systeme - das nominell kapitalistische und das vermeintlich sozialistische - haben aus ihrer Sicht völlig zu Recht echte Demokratie und Meinungsfreiheit als Endgegner ausgemacht. Da die politische Macht der heute herrschenden sogenannten Volksvertreter offenbar vor allem von freier Rede, einer freien Presse und tatsächlich freien Wahlen bedroht wird, tut man hüben wie drüben alles nur Mögliche, um die eigene Machtblase gegen solche schädlichen Einflüsse abzuschirmen.

So ähnlich die Absichten, so unterschiedlich die Verpackung: Während man im Westen - besonders in der BRD - aus historischen Gründen seine Probleme damit hat, offen und ehrlich von Überwachung zu sprechen und den Feldzug gegen Andersdenkende deshalb notdürftig ins Kleidchen des "Kampfes gegen Rechts" hüllt oder im Falle der USA von einem notwendigen Übel im "Kampf gegen den Terror" faselt, können selbstbewußte Nationen wie China Klartext reden. Dort wird bereits flächendeckend exekutiert, was auch in der westlichen Welt immer stärker forciert werden soll: der Aufbau eines technologisch gestützten Totalitarismus.

Das Regime braucht Ruhe

Freie Meinungsäußerung in China? Kein Problem, solange Sie mit den Konsequenzen leben können! Kritik an der Regierung? Gerne, solange Sie diese nicht öffentlich oder unter Klarnamen äußern - dann nämlich kann’s brenzlig werden. So sieht die Lage derzeit in China aus. Suchmaschinen werden zensiert, mißliebige Seiten abgeschaltet, Kritiker kriminalisiert.

China hat das erste digitale Kastensystem der Welt entwickelt.

Wie es im Reich der Mitte aussieht, beschrieb der kanadische Umweltwissenschaftler Vaclav Smil in seinem Buch *Made in the USA* schon 2013. Seinen Beobachtungen zufolge basiert das

chinesische Modell auf der "Stabilität eines Polizeistaates", der eine "fügsame Arbeiterschaft bereitstellt", die sich "mit minimalen Arbeitnehmerrechten" abfinden muß. Und damit dieses System stabil und das Proletariat fügsam bleiben, braucht es Druckmittel.
In China wird zensiert und überwacht, nicht um vermeintlich Rechte oder Terroristen abzuschrecken, sondern um das reibungslose Brummen der Staatswirtschaft sicherzustellen. Das allsehende Schlitzauge kontrolliert vor allem, wer spurt und wer nicht, fördert die fleißigen Duckmäuser und bestraft die Quertreiber.

Punkt für Punkt: die IT-Diktatur

Nicht nur, daß die Regierung der Volksrepublik rigoros das Internet zensiert, seit über einem Jahr erprobt sie in einem landesweiten Pilotprojekt sogar ein "Sozialkreditpunktesystem", das Bürger auf ihre Regierungskonformität überprüft, Unterwürfigkeit und Fleiß belohnt, Kritik aber mit Reiseverbot, Kontosperrung oder sozialem Abstieg bestraft.
Der Deutschlandfunk sprach Anfang September 2017 zu Recht von der Morgendämmerung der "IT-Diktatur". Der Teufel liegt in der Synchronisierung: "Bis 2020 sollen alle privaten und staatlichen Datenbanken in China miteinander verbunden sein." Und wenn Wissen immer noch Macht ist, dann würde Chinas Regierung damit nahezu gottgleich.
Schon 2014 begann der große Feldversuch in der ostchinesischen Stadt Rongcheng. Dort steht eine Rechenzentrale, in der alle Daten zusammenlaufen und über Wohl und Wehe der 670.000 Einwohner entschieden wird. "Die Datenmenge, die der Staat über seine Bürger zusammenträgt, ist riesig", berichtet der Deutschlandfunk" in einem Artikel von September 2017. Einer dieser Bürger ist Zhang Jian, ein 42-jähriger Mitarbeiter des Forstamtes. Er ist im September 2017 zu dem gigantischen Glasbau gereist, um seinen "Sozialkredit-Punktestand zu erfragen". Zhang sagt: "Ich brauche eine Beurteilung für eine Beförderung - und dafür wiederum muß ich meinen Sozialkredit-Kontostand einholen."
Dem fügt er einige Bemerkungen hinzu, die aufhorchen lassen: Wenn der Kontostand "nicht gut genug ist, werde ich auch nicht befördert. Aber ich mache mir da keine Sorgen. Ich achte auf mein Benehmen und mein Handeln. Ich sollte keine großen Abzüge haben." Was zu tun und zu lassen ist, weiß der Beamte genau: "Wenn ich bei Rot über die Ampel fahre, geht’s runter mit dem Kontostand. Wenn man sich in der Öffentlichkeit daneben benimmt, zum Beispiel in eine Schlägerei verwickelt ist, kommt man sofort auf die schwarze Liste."

"Das ist mehr Orwell, als wir uns je vorstellen konnten."

Regierungskritiker

Die Punkteskala reicht von AAA bis D. Wer sich im A-Segment bewegt, wird bei "Zulassungen für Schulen, bei sozialen Leistungen oder auch beim Abschluß von Versicherungen" bevorzugt behandelt, heißt es. Ist man aber in die C-Gruppe abgerutscht, wird man "regelmäßig kontrolliert" und bekommt "bestimmte Einschränkungen". Und wer "in der untersten Klasse D auftaucht, qualifiziert sich nicht mehr für Führungspositionen, bekommt bestimmte Leistungen gestrichen und verliert seine Kreditwürdigkeit". China hat damit das erste digitale Kastensystem der Welt entwickelt. Daß es ein Erfolgsmodell, vielleicht sogar ein Exportschlager wird, steht zu befürchten. 2020 soll das System auf das ganze Land ausgeweitet werden.
Ein weiteres Experimentierfeld hierfür ist die "neu geschaffene Verwaltungszone Xiongan nahe Peking", die laut einem Artikel auf faz.net von Ende November 2017 "unter direkter Kontrolle der chinesischen Zentralregierung steht und als persönliches Prestigeprojekt von Präsident Xi Jinping gilt".
Die Frankfurter Rundschau schrieb zur Funktionsweise des Systems schon Mitte September 2016: "Die Daten, die die chinesischen Bürger ... hinterlassen, will die chinesische Regierung nutzen, um ihre Macht zu festigen. Ihre Computer sollen künftig die Qualität jedes Einwohners zu einer einzigen Zahl destillieren: der Bürgerbewertung." Ein Intellektueller aus Peking kommentierte: "Das ist mehr Orwell, als wir uns je vorstellen konnten." Seinen Namen will

der Mann übrigens nicht in der Zeitung lesen. Wir wissen, warum.

Sklaven der Maschine

Das Funktionieren dieses digitalen Albtraums soll durch die technische Überlegenheit der Volksrepublik erreicht werden. "China ist Supercomputer-Supermacht", erklärte Spiegel Online im November 2017. Mit insgesamt 201 Mega-Rechenanlagen führt das Land mit weitem Abstand die Weltstatistik an. Sein ganzer Stolz ist die Anlage Sunway TaihuLight in der Nähe von Schanghai mit einer Leistung von 93 Petaflops, was 93 Billiarden Rechenoperationen pro Sekunde entspricht.

Offiziell dienen solche Computer rein wissenschaftlichen Zwecken. Doch nimmt man die Pläne der Regierung ernst, bis 2020 die bislang knapp 180 Millionen Überwachungskameras des Landes auf rund 600 Millionen aufzustocken, werden solche Computer auch zu deren Auswertung dringend nötig werden:

Wer seine Bürger für das Überqueren einer roten Ampel oder Wildpinkeln im Park mit Punktabzug bestrafen will, muß die lückenlose Datenerfassung sicherstellen. Seit 2015 arbeiten die Behörden daher auch daran, die Kameras zur Gesichtserkennung aufzurüsten und dafür auf die physiognomischen Daten der rund 1,3 Milliarden Bürger zurückzugreifen. Lieferant der nötigen Software ist der Internetgigant Baidu - das chinesische Pendant zu Google.

Schon vor etwa zehn Jahren begann Chinas Regierung damit, den Bürgern sogenannte RFID-Ausweise aufzudrücken, die neben dem Namen auch biometrische und biographische Informationen speichern und mit Hilfe einer Antenne jederzeit und überall auslesbar sind. 150 Millionen Wanderarbeiter, die damals vom Land in die Städte zogen, wurden zwangsweise mit den neuen Chipkarten ausgestattet. "Wenn sie sich die Ausweise nicht holen, dürfen sie hier nicht leben und keine Leistungen der Regierung beziehen", zitierte die New York Times den Vizepräsidenten der Kartenherstellerfirma im August 2007. "So kann die Regierung die Bevölkerung in Zukunft kontrollieren."

Das chinesische WhatsApp soll die Ausweise ersetzen.

Den nächsten, leisen Schritt in Richtung totaler Überwachung unternahm China kurz vor Jahreswechsel. Da teilten die Behörden des Bezirks Nansha mit, daß das größte soziale Netzwerk namens WeChat - vergleichbar mit WhatsApp bei uns - zu einem offiziellen Personenidentifizierungssystem ausgebaut werden soll. Die auf den Mobiltelefonen der Nutzer gespeicherten biometrischen Daten sollen direkt in staatliche Hände gelangen und den normalen Ausweis schon bald ersetzen. Zugang zu Sozialleistungen, Flughäfen oder Kundenkonten bekommt der gläserne Chinese also in Zukunft wohl nur noch per Smartphone - vorausgesetzt, der Akku hält und das Punktekonto stimmt. …<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juni 2018: >>**Mit Deutschland weiß er nichts anzufangen**

Eigentlich sind die Studienabbrecherinnen Claudia Roth und Katrin Göring-Eckardt die zuständigen grünen Fachkräfte, um den massenmedial kommunizierten Schwachsinn zu generieren, mit dem die "Partei der Humanitären" (Anton Hofreiter) sich in peinlicher Regelmäßigkeit zu blamieren pflegt. Und nicht etwa der seit Januar 2018 als Bundesvorsitzender amtierende, in der Lückenpresse notorisch "Philosoph" genannte promovierte Literaturwissenschaftler Robert Habeck. Insofern könnte es sich bei dessen jüngster Burleske ("Es gibt kein Volk") vielleicht nur um ein versehentliches Abgleiten ins bildungsferne grüne Durchschnittsniveau gehandelt haben.

Aber dem ist nicht so. Denn auch Habeck ist ein fundamentalistischer Antideutscher. Nur ist er weder so blöd wie Claudia Roth, um hinter der Antifa-Parole "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" herzurennen, noch so tumb wie Hofreiter, um ein "quasireligiöses" Gutmenschentum zu zelebrieren, von dem er sich denn auch im Interview mit dem *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo fast höhnisch distanziert.

"Gebrochenheit" mimender Punker im Ministersessel

Nicht von ungefähr wird dem erst Ende August als Umweltminister und stellvertretender schleswig-holsteinischer Ministerpräsident aus dem Kieler "Jamaika-Kabinett" scheidenden Grünen-Chef ein beträchtliches schauspielerisches Talent nachgesagt, das dem Motto "Moderat in der Form, hart in der Sache" gehorcht.

"Der Robert" inszeniert seine Person deshalb sensibel abgestimmt auf das jeweilige Publikum. Mit dem Pfund des bürgerlich-konservativen Elternhauses wuchert der im von Besserverdienern bevorzugten Kieler Stadtteil Heikendorf aufgewachsene Apothekersohn und vierfache Vater gern vor traditioneller CDU-Mittelstandsklientel sowie vor den Landwirten, Fischern, Jägern, Windkraftgegnern des "echten Nordens".

Vor der eigenen Gefolgschaft schlüpft der brennend ehrgeizige Machtmensch hingegen in die Rolle des lässigen, Nonkonformismus simulierenden und "Gebrochenheit" mimenden Punkers im Ministersessel. Ungekämmt, Dreitagebart, Jeans, offenes Hemd, anbiedernd-infantiler Jargon, nervtötend häufig "Coolness" beschwörend und mit der "Muffe" vor dem politischen Scheitern kokettierend.

Wer verstehen will, wie dieser penetrant auf sein "Lebensgefühl" pochende Westdeutsche des Jahrgangs 1969 denkt, sollte einen Blick in seine akademischen Qualifikationsschriften werfen, in die Hamburger Magisterarbeit, eine stilkritische Untersuchung zu "Casimir Ulrich Boehlendorffs Gedichten" (1997), sowie in die Dissertation "Zur gattungstheoretischen Begründung literarischer Ästhetizität" (2001).

Der Zugriff auf den gänzlich vergessenen kurländischen Schriftsteller Boehlendorff (1775-1825) zeugt zwar von originell-sympathischem Spürsinn. Aber bereits dieses Debüt legt die krassen intellektuellen Defizite des Wissenschaftlers frei, die sich in der verstörenden Wirklichkeitsferne des Politikers bis heute chronisch fortschleppen.

Aufreizend ahistorisch

Gehörte Boehlendorff doch dem "Bund freier Männer" an, einem Kreis von Studenten, die sich 1793 um den frisch nach Jena berufenen Philosophen Johann Gottlieb Fichte scharten. Lehrer und Schüler einte die Sympathie für die Ideale der Französischen Revolution. Von diesem konkreten historischen Kontext seiner Poesie finden sich indes in Habecks formalistischen Exegesen kaum Andeutungen.

Obwohl dessen die Utopie der goldenen Zeit, die Wiederherstellung vergangener, glücklicherer Daseinsverhältnisse evozierende Texte ohne ihren Zusammenhang mit der Frühgeschichte der politischen Romantik und der Vorgeschichte des nicht weniger politisch ambitionierten deutschen Idealismus schwerlich zu begreifen sind.

Ebenso aufreizend ahistorisch und wahrhaft "utopisch", ort- und zeitlos, kommt die Doktorarbeit daher. Enigmatisch sich im fachchinesischen Bombast verpuppend (Kostprobe: "die Ikonizität der visuellen Medien ist formal als die Analogizität von Räumen unter Zuhilfenahme des Zeitfaktors semiotisch analysierbar"), dockt Habeck hier blauäugig an den während der 1990er in voller Rezeptionsblüte stehenden "französischen Blödsinn" (Camille Paglia) des Poststrukturalismus unheilbar neurotischer Kinder der Pariser Bourgeoisie, den Lacan, Foucault & Co. an. Deren zutiefst gegenaufklärerische Ideologie schrieb sich die Zerstörung aller Identität garantierenden gesellschaftlichen Strukturen, Wissensordnungen, kulturellen Formationen aufs Panier.

Solche "Machtformen", an erster Stelle Volk, Nation, Staat, galt es durch "subversive Praktiken" zu atomisieren. Nachdem das Proletariat, weil zu "sozialdemokratisiert", als Rammbock gegen die "Bio-Macht alter weißer Männer", gegen Patriarchat, Phallokratie, Logozentrismus, ausgefallen war, sollen an seine Stelle Frauen, Schwule, "Diverse" aller Schattierungen treten, denen sich aktuell das neue "Salz dieser Erde", die in die Metropolen des globalen Nordens eingesickerten "Migranten" als Alliierte empfehlen.

"Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen"

Derart konditioniert, war es für Habeck, der 2002 beschloß, Politiker zu werden, um bereits 2004 den Landesvorsitz in Schleswig-Holstein zu kapern, ein kurzer Weg zur Kernaussage seines von Bertelsmann verlegten "Plädoyers für einen linken Patriotismus" (2010): "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht." Erquickend diese Offenheit, mit der Doktor Habeck signalisierte, daß weltanschaulich kein Blatt paßt zwischen ihn, der gleichfalls "radikale Ziele" verfolgen und humanitäre "Visionen" im Menschenversuch des "Sozialexperiments" (Yascha Mounk) der Umvolkung verwirklichen will, und die im zweiten Semester Theaterwissenschaften gescheiterte Claudia Roth.

In den "Gesprächen über den Staat" (München 2017), die der Kieler Landtagsdirektor Utz Schliesky unter anderem mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle und eben mit seinem Minister für Energiewende und Umwelt führte, bekräftigt Habeck, daß ein "nationales Deutschland völlig uncool daherkommt" und linker Patriotismus kein "umgrenztes Territorium" und erst recht kein "homogenes Staatsvolk" benötige, das es ja ohnehin "so eigentlich nie gegeben hat". Ausgenommen, wie der historisch unmusikalische Poststrukturalist in einem ulkigen Rückfall ins "ethnische", "naturalisierende" Denken behauptet, die Deutschen, "deren Geschichte über weite Strecken eine der Barbarei war".

Torheiten solchen Zuschnitts streut Habeck freigiebig auf vierzig Seiten des Interviews aus. Antwortet Voßkuhle auf Schlieskys Frage, was ihn motiviere, "seinem Vaterlande zu dienen" (Friedrich der Große), immerhin noch mit "protestantischer Ethik" und ringt sich sogar zur Überzeugung durch, die freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung lasse sich "in einem Nationalstaat am besten realisieren", will Habeck einen "rationalen Gesellschaftsvertrag" mit allen Menschen schließen, die sich zufällig in der "Gebietskörperschaft Deutschland" aufhalten. "Die Fremde oder die Entfremdung ist meine Heimat".

Also ätzt er, der Satz Friedrichs des Großen zur Bürgerpflicht des Dienstes am Vaterland, "bedeutet mir gar nichts". Sein "Wertekompaß" sei auf "meine Familie" geeicht, "Werte" findet er überhaupt ausschließlich im "engsten privaten Raum".

Nächstes Ziel: Weltdemokratie

Als derart sich von allen ethnisch-kulturellen Wurzeln abschneidendes Elementarteilchen entspricht der grüne Barbar, für den "Europa" sich nicht auf Platon, Shakespeare und Goethe, sondern auf "Interrail-Zugreise" ("heiße Nächte auf griechischen Bahnhöfen") reimt, neoliberalen Erwartungen an die Gattungsteilnehmer der posthumanen Marktgesellschaft schon verblüffend gut.

Kein Wunder, daß er wie die Kapitäne des sich philanthropisch gerierenden Finanzkapitalismus eine "Weltdemokratie" anpeilt ("Wäre das schlimm? Eher nicht, oder?"). 2035, so seine "große Erzählung", "werden wir Verantwortung an Europa delegiert haben".

Nationale seien durch europäische Wahlen ersetzt, ein "gewähltes europäisches Kabinett" regiere "die Menschen" im multikulturell-bunten Superstaat, die Nato sei als Institution in die UN überführt worden. Und wunderbarerweise "schreiben" die dann Herrschenden "humanitäre Werte und Ideale der Aufklärung fort", denen auch die inzwischen per "Umsiedlung" wohl auf mindestens 50 Millionen aufgestockte Muselmanen- und Schwarzafrikaner-Minoritäten begeistert huldigen. Die Alternative dazu, mit der Habeck droht, lautet "Renationalisierung und Krieg".

Neben "Bruder Hitler" (Thomas Mann) ist bekanntlich Angela Merkel die zweite "große Katastrophengestalt der deutschen Geschichte" (Rolf Peter Sieferle). Ob der selbsternannte grüne "Visionär" als Bruder Habeck einst in diese Liga aufsteigen wird, haben die Wähler in der Hand. Über die dafür unabdingbare Voraussetzung, "Primitivität als Weltanschauung" (Thomas Mann), verfügt er jedenfalls heute schon.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. Oktober 2018: >>**Umvolkung**
"Die Umvolkung hat längst begonnen", twitterte die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla am 24. September 2016. Das war zu viel der Wahrheit: Die Verwendung dieses Begriffes kostete sie die erneute Nominierung.
Umvolkung bezeichnet ein Regierungshandeln, das eine grundlegende Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes bewirkt. Daß die Politik der offenen Grenzen, die seit 2015 nahezu 2 Millionen Menschen, zumeist junge, männliche Muslime, nach Deutschland geholt hat, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung grundlegend verändert, weiß jeder, der einmal durch die Fußgängerzone einer beliebigen deutschen Groß- oder Mittelstadt schlendert.
Aber, so lautet der Einwand, diese Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung ist ja nicht das Ziel von Merkels Politik, sondern nur ein Kollateralschaden. Merkel gehe es in Wahrheit um Moral und Menschlichkeit. Und das dürfe man doch nicht mit diesem bösen Wort bezeichnen.
Merkel geht es worum, bitte? Der Glaube vieler Deutscher an die edlen Motive einer Regierung, die das Land objektiv ruiniert, weckt bei mir abwechselnd Heiterkeit und Fassungslosigkeit.
Schon der große Staatsphilosoph Carl Schmitt wußte es genau: "Wer von Menschheit spricht, der will betrügen."
Umvolkung klingt hart, unschön, unangenehm. Umvolkung klingt wie Messerattacken, Vergewaltigungen und Islamisierung. "Es klingt wie" staatliches Verständnis für Gewalttäter und politische Diskriminierung des dagegen gerichteten Protests. Umvolkung klingt also wie die Realität in Merkels Deutschland. Genau deshalb soll der Begriff tabuisiert werden. Weil er die Wahrheit ausdrückt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/3): >>**Volksaustausch? Regierungstausch!**
_ von Jürgen Elsässer
Der Volksaustausch ist kein Hirngespinst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. …
Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. …
Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.
Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.
Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COM-

PACT-Spezial 18 (x322/9-10): >>Träger des Profits durch die ausländischen Arbeiter ist die Wirtschaft. Träger der Folgelasten ist die ganze Gesellschaft (Der Kriminologe Horst Müller-Springorum. Die Zeit, 3.11.1978). …
Die doppelte Staatsbürgerschaft schafft doppelte Loyalitäten, doppelte Pflichten, manchmal auch doppelte Kosten. Nicht nur formal sondern auch seelisch. Viel wichtiger: Sie schafft keine Authentizität, sie schafft sie ab, sie zerreißt innerlich und äußerlich denjenigen, dem sie als Wohltat zugedacht war. (Prof. Michael Wolffsohn. Die Welt. 6.1.1999). …
Wenn die Regierung sich schon ein neues Volk suchen möchte, sollte sie das alte vorher fragen (Der CDU-Politiker Peter Gauweiler zur doppelten Staatsbürgerschaft. Bild, 13.1.1999). …
Wenn in Deutschland lebende Ausländer oder deren Kinder für ihr Gastland nur noch Verachtung äußern und Deutsche als "Hurentöchter" oder "Schweinefleischfresser" beschimpfen, ist eines klar: Multi-Kulti ist gescheitert – weil die Ausländer die deutsche Kultur neben ihrer eigenen nicht akzeptieren oder auch nur dulden wollen. (Der Historiker Arnulf Baring. Bild, 5.4.2006). …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/31-32): >>**Sturm auf Europa**
_ von *Daniell Pföhringer*
Im Wiedervereinigungsjahr 1990 stieg die Zahl der Asylgesuche in Deutschland sprunghaft an und erreichte in der Folge bis dahin unbekannte Höhen. Allein im Januar stellten über 13.000 Personen - vor allem Türken, Jugoslawen und Vietnamesen - einen Antrag auf Asyl, während die Anerkennungsquote auf 3,2 Prozent sank. Am Ende des Jahres hatten 193.000 Personen - und damit so viele wie nie zuvor - einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Schon im folgenden Jahr registrierten die Behörden bereits knapp 260.000 Asylbewerber, 1992 waren es dann 440.000. Diese Rekordzahl wurde erst im Jahr 2015 übertroffen, als nach offiziellen Angaben insgesamt 890.000 Migranten nach Deutschland einreisten.
Zugleich gab es Anfang der 1990er Jahre einen starken Einbruch der Geburtenzahlen in den neuen Ländern, nachdem diese im Westen schon seit gut vier Jahrzehnten immer weiter nach unten gegangen waren. Erst seit 2008 liegt die Geburtenhäufigkeit im Osten wieder höher als im früheren Bundesgebiet. Schon damals zeigten sich also Entwicklungen, auf die eine vorausschauende Demographie-Politik mit geeigneten Maßnahmen hätte reagieren können.
In die Asyldebatte schaltete sich zu dieser Zeit mit Manfred Ritter ein echter Mann vom Fach ein. Der damals 58-jährige Jurist war als Landesanwalt beim Verwaltungsgericht Ansbach in Bayern mit Asylangelegenheiten befaßt und veröffentlichte regelmäßig ausländerrechtliche Expertisen in Zeitungen wie der Welt oder der FAZ. Anfang 1990 erschien sein Buch Sturm auf Europa, das die Dramatik der Lage schon im Titel verdeutlichte - und die Asyl- und Zuwanderungslobby förmlich aufschreckte.
In Seenot
Ritter verglich die Lage in der damaligen Bundesrepublik mit einem Rettungsboot auf hoher See: "Solange das Meer ruhig ist, können so viele Menschen in das Boot aufgenommen werden, bis es nur noch wenig über die Wasseroberfläche hinausragt. Sobald aber ein Sturm aufkommt, ist das überladene Boot verloren, es sei denn, man würde einen Teil der Insassen wieder über Bord werfen." Dies aber sei inhuman, so daß man lieber von Anfang an dafür sorgen sollte, "daß nur so viele Menschen ins Boot kommen, wie es bei stürmischer See tragen" könne.
In seinem Buch ging Ritter auch auf den zunehmenden Identitätsverlust durch ungebremste Zuwanderung ein und identifizierte den massenhaften Asylmißbrauch als ein bestandsgefährdendes Risiko für den deutschen Staat und sein soziales Gefüge. Die Befürworter einer Politik der offenen Grenzen würden diese Gefahr entweder nicht wahrnehmen oder aber zu einer Art

groß angelegtem Sozialexperiment umdeuten. ...
Ritter kam zu dem Schluß, daß das deutsche Asylrecht in seiner bis dahin gültigen Form nicht mehr aufrechterhalten werden könne - eine Position, die auch die CSU, der Ritter seinerzeit angehörte, vertrat. Sie verabschiedete später ein Papier, das eine Umwandlung des individuellen Anspruchs auf Asyl in eine nicht einklagbare institutionelle Garantie vorsah. In der Welt erschien am 6. Juli 1990 ein Beitrag, der den Gegnern einer entsprechenden Verfassungsänderung vorwarf, "das in diesem Punkt überholte Grundgesetz" zu einem "Fetisch" zu "stempeln", und damit "den wohl einzigen wirkungsvollen Weg zur Eindämmung des Asylmißbrauchs" zu verbauen. ...
1993 einigten sich die Regierungsparteien CDU, CSU und FDP mit der oppositionellen SPD auf den sogenannten Asylkompromiß - der Grundgesetzartikel 16 wurde mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag geändert: Wer aus einem Land der EU oder aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, kann sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen und muß zurückgewiesen werden. In der Folge fielen die Asylzahlen sehr stark und erreichten 2006 mit 21.000 Anträgen ihren Tiefstand. Der damals geänderte Artikel 16 (2) unserer Verfassung ist zwar bis heute gültig, wird aber in der Praxis nicht mehr durchgesetzt: Mit dem Verzicht auf Grenzkontrollen und Zurückweisungen ist Deutschland für Migranten aller Art zu einem bequem erreichbaren Zielland geworden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/37-39): >>**Irrweg Doppelpaß**
_ von Heinrich Lummer
Als im Juni 1953 beim Aufstand in der DDR offenkundig wurde, daß die Regierung das Volk nicht hinter sich hatte, bemerkte Bertolt Brecht zynisch, dann müsse sich die Regierung eben ein neues Volk wählen. Eine solche Wahlchance ist nur wenigen Regierungen vergönnt. Die jetzige Regierung hat sie: Man eröffne den in Deutschland lebenden Ausländern die Chance, Deutsche zu werden, damit sie wählen können, und gleichzeitig, Ausländer zu bleiben. Und schon hat man Hunderttausende, wenn nicht Millionen dankbarer Wähler. Die Masseneinwanderung wird durch Masseneinbürgerung ergänzt.
Schon in der Debatte um die Wiedervereinigung wurde der Nationalmasochismus deutlich, der sich bei Linksintellektuellen wie Günter Grass in der These äußerte, Deutschland habe wegen Auschwitz das Recht auf Wiedererlangung der nationalen Einheit verwirkt. Glücklicherweise konnten Leute wie Grass, Jürgen Habermas oder Walter Jens die Wiedervereinigung nicht verhindern. Deshalb sinnen sie nun nach anderen Möglichkeiten, den deutschen Nationalstaat zu überwinden. Deutschland soll den Deutschen genommen werden - und ein Hebel ist die doppelte Staatsbürgerschaft.
Dabei ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung traditionell an zwei Voraussetzungen gebunden: Einmal erwarten wir die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit, zumindest das redliche Bemühen darum. Zum anderen muß der Betroffene vor der Einbürgerung einen erfolgreichen Integrationsprozeß durchlaufen haben. Demgegenüber will Rot-Grün die deutsche Staatsangehörigkeit bedingungslos zum Nulltarif vergeben. Dagegen lassen sich gute Argumente ins Feld führen.
Zehn Gegenargumente
1.) Doppelstaatlichkeit bremst Integration: Im Kernbereich der Diskussion steht die Frage, ob die Abgabe der deutschen Staatsangehörigkeit an Ausländer die Integration fördert oder eher behindert. Zutreffend sieht ein Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Kernpunkt des Streits in der Bereitschaft der rot-grünen Regierungskoalition, die "Einbürgerung so wenig wie möglich an den Integrationswillen des Eingebürgerten" zu binden. Schon jetzt muß weitgehend festgestellt werden, daß namentlich türkische Ausländer keinen ausreichenden Willen zur Integration erkennen lassen. Die meisten von ihnen könnten längst die deutsche

Staatsangehörigkeit besitzen. Sie wollen es nicht, weil sie Türken bleiben wollen. Schon diese Tatsache unterstreicht nachdrücklich die fehlende Integrationsbereitschaft als Voraussetzung für die Übernahme der Staatsangehörigkeit.
Genauso wenig spricht es für Integrationswillen, wenn man zu Hause nur Türkisch spricht und viele Kinder deshalb in der Schule Sprachprobleme haben, die geeignet sind, die Leistung ganzer Klassen zu mindern. Wenn diese Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zum Nulltarif erhalten, werden keinerlei Integrationsanstrengungen mehr verlangt. Je leichter die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit, desto geringer die Integrationsbereitschaft.
2.) Doppelstaatlichkeit schafft Parallelgesellschaften: Hinter dem Doppelpaß-Verlangen steht bei vielen Türken der Wunsch, sich im Sinne der Rosinentheorie die Vorteile beider Staatsangehörigkeiten zu sichern. Man will vom Herzen her Türke bleiben und die deutsche Staatsangehörigkeit als Zugabe. Sicher spielt da manchmal auch gesellschaftlicher Druck eine Rolle, denn es wird einem Türken im Elternhaus oder in der türkischen Heimat oft übelgenommen, die türkische Staatsangehörigkeit aufzugeben.
Schließlich hat man ja in der Schule gelernt, daß es eine große Gnade Allahs sei, als Türke geboren zu werden. Mehr als bei jedem Deutschen spricht hier die Stimme des Blutes und der Kultur. Der fehlende Wille dieser Menschen, Nur-Deutsche zu werden, kann und darf für uns aber kein Grund sein, ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zu gewähren. Auf diese Weise fördert und schafft man Separat- oder Parallelgesellschaften.
3.) Doppelstaatler sollen rot-grüne Mehrheit sichern: Die hartnäckige Absicht von Rot-Grün, eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zu vollziehen, erfolgt ganz offensichtlich nach der Devise, durch Begünstigung von Ausländern die Gunst künftiger Wähler zu erlangen. Nicht autochthone Deutsche, sondern Doppelstaatler, sprich Ausländer, könnten dann den Wahlausgang und damit das politische Leben in Deutschland nachhaltig mitbestimmen oder als Zünglein an der Waage entscheiden. Insofern ist es mangels anderer plausibler Gründe naheliegend, daß sich Rot-Grün die Mehrheit mit Hilfe von Ausländern sichern will. Diese Instrumentalisierung der Staatsangehörigkeit ist makaber und verwerflich.
4.) Doppelstaatler können instrumentalisiert werden: Die türkische Regierung hat in den zurückliegenden Jahren die Forderung nach einer doppelten Staatsangehörigkeit stets unterstützt. In vielen Fällen hat sie die deutsche Politik insofern unterlaufen, als sie Personen, die nach der Entlassung aus der türkischen Staatsangehörigkeit die deutsche erhielten, sie ihr nachträglich wieder erteilte. Durch diese unfreundliche und unanständige Politik hat Ankara eine große Zahl von Doppelstaatlern produziert. Die Interessenlage der türkischen Regierung ist klar. Wir werden durch die Doppelstaatler in absehbarer Zeit eine Diskussion über die türkische und andere Minderheiten in Deutschland erhalten.
Je weniger Integration gelingt, desto schneller kommt die Frage nach der Anerkennung der Minderheiten und ihrer Rechte. Und natürlich nimmt sich dann der türkische Staat das Recht, für die Minderheiten einzutreten, sie zu instrumentalisieren. Die demographische Entwicklung im Kosovo läßt grüßen. (Die Republik Albanien war als Schutzmacht der albanischen Bevölkerungsgruppe in der serbischen Provinz Kosovo aufgetreten und hatte deren Untergrundarmee UCK unterstützt).
5.) Doppelstaatlichkeit verletzt Gleichheitsgrundsatz: Die von Rot-Grün beschlossenen Regelungen zur doppelten Staatsbürgerschaft berühren auch den Gleichheitsgrundsatz. Zunächst einmal haben Millionen Ausländer zwei und der arme, dumme Deutsche nur eine Staatsangehörigkeit. Das kommt einer faktischen Spaltung der Gesellschaft gleich. Es gibt Nur-Deutsche und Auch-Deutsche. Das hat politische Folgen: Doppelstaatler können nämlich in zwei Ländern wählen! Sie genießen die jeweiligen Vorteile als Staatsbürger zum Beispiel beim Kauf von Grundstücken.

Der Doppelstaatler kann je nach Bedarf das eine oder andere Rechtssystem in Anspruch nehmen, etwa beim Scheidungsrecht, das in muslimischen Ländern stark den Mann begünstigt. Er kann sich in zwei Staaten für den öffentlichen Dienst bewerben. Er kann politische Ämter in zwei Staaten ausüben. Seine Reisefreiheit ist im Hinblick auf unterschiedliche Visumspflichten größer als die eines Nur-Deutschen. Die Gruppe der Doppelstaatler ist also eindeutig privilegiert. …<<

Die schweizerische Tageszeitung "Basler Zeitung" berichtete am 17. November 2018: >>**Denk ich an Deutschland in der Nacht**

Der Rechtsstaat in Deutschland droht zu verrotten. Wenn sich nichts ändert, wird es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kommen.

Das dichtete Heinrich Heine im Jahre 1844 in seinem Pariser Exil, als in Deutschland Kleinstaaterei und Reaktion herrschten. "Der Rechtsstaat verrottet, wenn nicht klar Schiff gemacht wird", das "deutsche und europäische Recht wurde über Jahre nicht wirklich umgesetzt", und schließlich: "Ich hätte nie gedacht, daß die Angst vor mir und der Wahrheit ausreichend sind, um eine Regierungskrise in Deutschland auszulösen."

Der letzte Satz stammt aus der in der BaZ abgedruckten Rede des ehemaligen obersten Verfassungsschützers Deutschlands. Seine unwiderlegte Aussage, daß es in Chemnitz zu keinen "Hetzjagden" gekommen sei, kostete Hans-Georg Maaßen das Amt, diese Rede seine Weiterbeschäftigung.

Die Merkel-Dämmerung

Der erste Satz stammt nicht etwa von einem Berserker aus der AfD, sondern vom ehemaligen Vorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir. Und wer davor warnt, daß das "Vertrauen in unsere Rechtsordnung erschüttert wird", weil sie nicht durchgesetzt wird, ist niemand Geringeres als das CSU-Mitglied Hans-Jürgen Papier, bis zu seinem Ruhestand im Jahre 2010 Präsident des Deutschen Verfassungsgerichts.

Merkel-Dämmerung, zweistellige Verluste der Regierungsparteien in Bundestagswahlen, der Einzug der AfD in sämtliche Länderparlamente Deutschlands. Das sind nur Oberflächenprobleme. Denn der Rechtsstaat in Deutschland verrottet tatsächlich. Das äußert sich auch darin, daß es in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern auch, Quartiere, Bezirke, Gegenden gibt, in denen der Staat als Ordnungsmacht abgedankt hat, nicht einmal mehr sein Gewaltmonopol durchsetzen kann. Statt dessen herrschen mafiöse Clans. Vielköpfige Familien kontrollieren den Drogenhandel, erpressen Schutzgelder, bestimmen die Regeln des Zusammenlebens. In Berlin, in Duisburg, Dortmund, Essen, andernorts gibt es Gegenden, in denen der Rechtsstaat nur noch von Fall zu Fall funktioniert.

Was immer man auch von der unkontrollierten Einwanderung nach Deutschland halten mag, von der Grenzöffnung im Jahre 2015, kaum etwas hat das wiedervereinte Deutschland so geprägt. Nicht nur im Erscheinungsbild oder im Zusammenleben. Sondern eben auch auf rechtlicher Ebene. Und der Rechtsstaat, so unvollkommen er auch sein mag, ist das letzte und beste Bollwerk gegen Willkür, Barbarei und Faustrecht. Wenn sich die Regierung Deutschlands über Wochen damit beschäftigt, ob ein Beamter öffentlich das sagen darf, was er für richtig hält, auch wenn das dem Narrativ der Altparteien widerspricht, dann ist zudem eine Bürgerferne erreicht, die bedenklich ist.

Wo soll das hinführen? Zu einer neuerlichen braunen Machtübernahme? Sicher nicht. Die AfD ist nicht die NSDAP, die ständige Warnung vor einer rechtsradikalen Gefahr übertönt die wirklichen Gefahrensignale. Das Wichtigste: Der Kitt jeder modernen, zivilisierten Gesellschaft ist die Mittelschicht. Wenn der Mittelstand nicht mehr von Aufstieg träumt, sondern sich vor Abstieg fürchtet, dann ist der Zusammenhalt gefährdet. Reale und berechtigte Angst vor Altersarmut, Sorgen um die Gesundheitsversorgung, die persönliche Sicherheit, die Ausbildung der Kinder, den verlotternden Zustand der Infrastruktur. Alle diese Bedenken werden

im Politikbetrieb Berlins höchstens in Form von hohlen Phrasen über die Sorgen "der Bürger draußen im Lande" zur Kenntnis genommen.

Zerfallen in Parallelgesellschaften

Löst sich dieser Kitt auf, dann sieht sich der Bürger nicht mehr als Staatsbürger. Er sieht seine Anliegen nicht mehr von den Staatsvertretern wahrgenommen. Die Gesellschaft zerfällt in Parallelgesellschaften, die beispielsweise religiös oder sozial stigmatisiert sind, also eine Lebenswelt der Superreichen und des Prekariats, eine Lebenswelt des Islam, eine Lebenswelt archaischer Stammesstrukturen, und so weiter. Wenn auch noch das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt wird, bilden sich lokale Strukturen, wo das Faustrecht herrscht oder Bürgerwehren, die ihre Vorstellung von Recht und Ordnung durchsetzen wollen. Während die Begüterten in schwer bewachten Zonen leben, die sie kaum noch verlassen.

Wenn sich der Staatszerfall fortsetzt, kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen, dann der offene Bürgerkrieg, Deutschland würde wieder in ein Mosaik von Kleinstgebilden zerfallen, wie es schon zu Zeiten Heines existierte.

Ein realitätsfernes Szenario? Keinesfalls. Wenn vorhandene Strukturen nicht Lösungen für die drängenden Probleme der Gesellschaft bieten, wenn sich die Politik mit der richtigen Auslegung des Begriffs "Hetzjagd" wochenlang lahmlegt, wenn keine der etablierten Parteien wenigstens einen Lösungsvorschlag für die Sicherung der Altersrente hat, und die AfD zwar mit Protest - "so nicht weiter, mit denen nicht weiter" - punktet, aber auch keine Alternativen anzubieten hat: dann ist das kein Albtraum in dunkler Nacht.

Sondern eine durchaus realistische Zukunftsperspektive.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Dezember 2018 (x887/...): >>**Jamaika jubelt**

Was mit AKK alles möglich wird, wo Kasse und Moral zusammenfinden, und wie wir die Ossis integrieren

Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Na also, läuft doch alles wie geschmiert. In der Dämmerung ihrer Regentschaft ordnet Angela Merkel unsere Welt nach ihrem Geschmack. Gerade hatten die CDU-Delegierten mit Annegret Kramp-Karrenbauer Merkels Ziehkind zur neuen Parteichefin gewählt, da war sie auch schon in Marrakesch, um den UN-Migrationspakt zu unterzeichnen.

Das Erbe ist geregelt. Mit AKK hat die CDU endlich jemanden, den die FDP zu schlucken bereit wäre, was den Weg zu Schwarz-Grün-Gelb freimacht. Und mit dem Pakt ist die Richtung festgetackert, in welche Deutschland, dieses "miese Stück Scheiße", dahinrotten soll.

FDP-Chef Christian Lindner hatte ja eigentlich gar nichts gegen "Jamaika", nur wollte er dieses Bündnis auf keinen Fall eingehen, wenn Merkel obendrauf sitzt. Nach der letzten Ehe mit ihr war seine FDP brutal skalpiert worden. Es hat Jahre gedauert, bis die rasierten Prozente wieder nachgewachsen waren. Nein, nein, das nicht noch einmal. Aber mit Kramp-Karrenbauer sieht die Sache nun ganz anders aus.

Seien wir ehrlich, Schwarz-Grün-Gelb ist doch wirklich eine Traumkonstellation. Denken Sie nur: 150 Jahre des verbissenen Kampfes zwischen "rechtem" Kapitalismus und "linker" Menschheitsbeglückung wären endlich überwunden! Mit "Jamaika" säßen die Lakaien des großen Geldes mit den moraldurchglühten Pastorentöchtern einträchtig am Tisch. Eine Eintracht, von der alle beide was haben.

Das große Geld könnte seiner Gier nach noch mehr billigen Arbeitskräften per Menschenimport vollends die Zügel schießen lassen. Dafür hat man den UN-Migrationspakt schließlich ersonnen. Die Einheimischen, namentlich die Niedriglöhner unter ihnen, sollen sich mit den Neuankömmlingen um die Billigjobs balgen, die man dann vielleicht noch ein bißchen billiger gestalten könnte.

Diejenigen, die beim Kampf um die Hungerlöhne auf der Strecke bleiben, werden der Mittelschicht auf die Rechnung gesetzt. Denn die ist dazu verdonnert, mit der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast der Welt deren Sozialleistungen zu erwirtschaften.
Sobald jemand gegen diesen Dauerimport billiger Arbeitskräfte aufbegehrt, treten die Pastorentöchter auf den Plan und kreischen "Rassist", "Rechtspopulist", "Abschotter" oder Schlimmeres, womit der Aufbegehrer zweifelsfrei als Unhold entlarvt ist. Ist es nicht genial? Die Jamaika-Gesellschaft aus Moral und Kasse spaltet niemand mehr, die ist nach allen Seiten gepanzert.
Überdies hat sich diese fabelhafte Allianz von alters her bestens bewährt. Schon der Ablaßhandel des Johannes Tetzel war nichts anderes als die durchtriebene Verknüpfung von Moral und Kasse. Damals drohte jedem, der sich nicht hinters Licht führen lassen wollte, das Fegefeuer, heute lauert die Brandmarkung als "Rechtspopulist". Beides macht allen Leuten genug Angst, um artig mitzuspielen.
Allen Leuten? Nun ja, dem Tetzel kam jener berüchtigte Mönch Martin Luther in die Quere, der das wunderbare Macht- und Geschäftsmodell entzwei schlug. Dieser Kerl war, wir wissen es alle, nichts anderes als ein Ossi. Zufall? Mitnichten.
Vor 500 Jahren war es auch ein Ossi-Fürst, der seinem Ossi-Kumpanen Luther Unterschlupf gewährte und damit erst dafür sorgte, daß dessen gesellschaftsspaltende Ablaß-Kritik ins Kraut schießen konnte. Luther gebärdete sich als eingestandener Populist. Er wollte dem Volk nicht nur "aufs Maul schauen", sondern erzählte auch fahrlässig überall herum, was aus ihm, dem Maul, so alles herauskam. Glücklicherweise haben wir später ein paar Sätze gefunden, in denen sich Luther unfreundlich über Juden geäußert hat, weshalb man ihn heute zum Antisemiten zurechtstutzen und aussondern darf.
Das hält seine Ossi-Nachfahrenbrut aber nicht davon ab, auf alten Pfaden zu wandeln und nichts dazuzulernen. Diese Leute da wählen falsch, gehen auf die falschen Demos und sagen Sachen, die ... ach, man mag es gar nicht in Worte fassen.
Markus Kerber, als Staatssekretär im Bundesinnenministerium für den Bereich "Heimat" zuständig, hat das Ausmaß des Unheils vermessen. Der CDU-Politiker will energisch gegensteuern, denn, so Kerber, "30 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen wir genauer untersuchen, wie es eigentlich um die Ostdeutschen steht, die im Moment anscheinend ganz anders über Fragen der Zugehörigkeit und des Zusammenhalts denken".
Wenn die Ossis von "Zusammenhalt" reden, meinen die nämlich nicht den von Moral und Kasse, sondern denjenigen als "Volk", und zwar nicht als irgendein Volk, sondern als deutsches. Deutsches Volk? Zur Kennzeichnung dieser ekelhaften Mischpoke haben wir eigens das hübsch-häßliche Etikett "Zusammenrottung" wieder hervorgegraben aus den Ruinenfeldern des Realsozialismus. Da die Ossis den alten Bekannten aber sofort wiedererkannt haben, prallte die Zurechtweisung ziemlich spurlos an ihnen ab.
Heimatstaatssekretär Kerber will daher in die Offensive gehen: "Unsere Integrationspolitik ist also beileibe nicht nur auf Zuwanderer beschränkt. Wir wollen und müssen uns mit allen gesellschaftlichen Gruppen auseinandersetzen - vor allem mit wütenden und enttäuschten Bürgern, die sich abgehängt fühlen." Die Politik könne nicht darauf bauen, daß "jeder sich selbst entwickelt und alles von alleine zusammenwächst, was zusammengehört".
Das alles sagte er nicht im Geheimen, sondern in der "Bild-Zeitung", die gleich darunter einen Beitrag plazierte mit der Überschrift "Auszeichnung für engagierte Flüchtlinge". Und um die mehrheitlich westdeutschen Leser endgültig auf kerbersche Betriebstemperatur zu bringen, folgt dem "Flüchtlings-Text" ein Artikel unter der aufreizenden Überschrift "Rentenlücke im Osten kleiner als im Westen". Diese Schweine da drüben!
Wütend, enttäuscht, abgehängt: Der Staatsekretär hat gleich Attribute zusammengefegt, die heute für "Igittigitt" stehen. Wichtiger aber ist der Hinweis darauf, daß sich nicht "jeder selbst

entwickeln" kann. Das ist es nämlich, was den gemeinen Ossi so gefährlich macht: Wir Wessis haben gelernt, daß wir die Demokratie von den Amis serviert bekommen hätten und daher sozusagen nur auf Bewährung "frei" seien - eben nur solange, wie wir über die vorgeschriebenen Stöckchen springen. Sonst werden wir wieder "zur Gefahr für Europa und die Menschheit" und müssen gezüchtigt werden. Allein schon für unsere Undankbarkeit.
Die Ossis dagegen haben ihren Despoten selbst entthront und bilden sich daher ein, selbst entscheiden, sich selbst entwickeln zu dürfen, was und wohin sie wollen. Den Zahn muß man ihnen ziehen. Nur ein gehorsamer Demokrat ist ein guter Demokrat. nein, nur ein gehorsamer Demokrat ist überhaupt einer. Alle anderen sind Populisten und gehören nicht dazu.
Langfristig läßt sich das Ossi-Problem vermutlich nur durch Einwanderung von Leuten lösen, die aus Ländern kommen, wo strikter Gehorsam gegenüber der herrschenden Clique Gesetz ist und Demokratie bloß Kulisse.
Der Migrationspakt öffnet da gänzlich neue Horizonte, auch wenn das erst mal keiner erfahren sollte. Da das wahre Ziel des Pakts zuletzt aber ziemlich offensichtlich wurde, haben sich die Staatsmedien alle Mühe gegeben, die Wahrheit wieder in die Flasche zu bekommen.
So pochte die Sprecherin der "Tagesschau" eifrig darauf, daß der Pakt "rechtlich aber nicht bindend" sei, obschon er "Standards für die Aufnahme und Abschiebung von Migranten festlegen" solle. Die Wörter "und Abschiebung" hat die Sprecherin ganz besonders betont. Darüber aber hat sie ganz vergessen uns zu erklären, wie ein Pakt, der "nicht bindend" sein soll, gleichzeitig etwas "festlegen" kann. Schade.<<
Schlußbemerkungen: Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.
Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands überwachten die etablierten Parteien zwar nicht sämtliche Lebensbereiche der deutschen Bürger, aber sie kontrollierten und lenkten systematisch die öffentlichen Medien, um ihre politische Machtpositionen und ihren Einfluß mit allen Mitteln zu sichern. Die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten wurden danach schnell zur leichten Beute der politischen Parteien. Nach und nach besetzten Mitglieder der entsprechenden Regierungsparteien alle wichtigen Verwaltungsposten der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.
Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt"). Die privaten Zeitungen und Zeitschriften sowie die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich zu linkslastigen Propagandamedien, in denen mehrheitlich keine ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen mehr stattfanden.
Die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehsender sowie Zeitungen und Zeitschriften unterstützten gehorsam die Durchsetzung der sogenannten "politischen Korrektheit". Abweichende Auffassungen und kritische Meinungen (Leserbriefe usw.) wurden meistens nicht mehr publiziert.
Die von der neumarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflußten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten der 68er Bewegung schafften letzten Endes ein kommunistisches Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen. Andersdenkende und kritische Bürger, die sich in der Bundesrepublik Deutschland gegen die destabilisierende Politik der eigenen Regierung auflehnten, wurden pauschal als "Nazis", "Reichsbürger", "Verschwörungstheoretiker" oder "Volksfeinde" diffamiert, verfolgt und geächtet.

Infolge der jahrzehntelangen Umerziehung der Deutschen wurde vor allem jegliche Form von Nationalstolz oder Selbstbewußtsein systematisch ausgemerzt und durch einen regelrechten Schuldkult (Verächtlichmachung des Eigenen: NS-Kollektivschuld, NS-Schuldbewußtsein und Nationalmasochismus) ersetzt.
Im "Kampf gegen Rechts" geht es den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen, Medien usw.) und staatlichen Institutionen angeblich in erster Linie darum, das hohe Gut der Toleranz und jegliche Formen von "Menschenrechten" zu verteidigen.
Obwohl das Grundgesetz gemäß Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität in Deutschland nicht selten vollkommen anders aus. Wer als Konservativer friedlich Kritik äußert oder gegen Mißstände demonstriert, muß damit rechnen, von linksextremen Antifa-Aktivisten diffamiert, öffentlich angepöbelt oder sogar tätlich angegriffen zu werden. Kritiker, die z.B. nur auf die Einhaltung von demokratischen Regeln und Gesetzen hinweisen, werden von den Linksradikalen und den gleichgeschalteten Medien gewöhnlich sofort pauschal als Rechtsradikale, Rechtspopulisten, Nazis oder als Rassisten mit der NS-Kollektivschuldkeule zum Schweigen gebracht.
Jeder Widerspruch wird von den neomarxistischen Wächtern reflexhaft und unbarmherzig als Naziunwesen diskreditiert und mit sozialer Ausgrenzung sowie der Existenzvernichtung (Arbeitsplatzverlust, gesellschaftliche Ächtung etc.) geahndet, um kritische Auseinandersetzungen über strittige politische Themen zu vermeiden. Infolge dieser systematischen Inquisition wagen es immer weniger Menschen, die totalitäre Ideologie der selbsternannten Gutmenschen zu kritisieren, sondern die eingeschüchterten Deutschen tolerieren jeden Schwachsinn oder jeden Unfug der linken NWO-Inquisitoren und passen sich ängstlich an.
Die Gewalttaten der Linken werden in der Öffentlichkeit nicht selten bewußt als "Gewalt gegen Sachen" verharmlost, während man die Gewalttaten der Rechten überwiegend als "Gewalt gegen Personen" darstellt. Verfassungsfeindliche und terroristische Aktionen der Linksradikalen bleiben meistens völlig unbehelligt. Zahlreiche linksradikale Organisationen werden sogar durch staatliche Organisationen sowie gemeinnützig anerkannte Stiftungen gefördert und finanziell unterstützt, während man die sogenannten "rechtsradikalen" Abweichler konsequent verfolgt und gesellschaftlich ausgrenzt, um ihnen die physische und psychische Lebensbasis zu entziehen.

Die repräsentative deutsche Scheindemokratie: Fremdbestimmte Parteien und Politiker bzw. verdeckte Herrschaft der Wirtschaftslobbyisten

> Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation, und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstsüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet alle jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. Eine Zeit der Korruption an höchsten Stellen wird folgen, und die Geldmacht des Landes wird danach streben, ihre Herrschaft zu verlängern, bis der Reichtum in den Händen von Wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist.
> *Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)*

Fehlende Gewaltenteilung

Judikative, Exekutive und Legislative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor.
Die etablierten deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und wählen außerdem die höchsten Vertreter der Judikative. Sie beeinträchtigen damit indirekt die richterliche Unabhängigkeit bzw. die gesamte Justiz. Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (ausführende Gewalt)

und Judikative (Rechtsprechung) existiert demnach nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die gewählten Regierungsparteien ausgeübt wird.
Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

Bundeskanzler und Bundesminister

Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage gemäß Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.
Der Artikel 56 des deutschen Grundgesetzes lautet wie folgt (x890/...): >>Artikel 56 … "Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."
Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. …<<
Die katastrophalen politischen Destabilisierungsmaßnahmen, wie z.B. Gefährdung der bisherigen stabilen Stromversorgung durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten im Rahmen des ESM-Vertrages, Grenzöffnung im Jahre 2015 bzw. Masseninvasion von Migranten, die durch Bundeskanzlerin Merkel zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig eingeleitet wurden, dienten nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.
Es gehört nachweislich nicht zu den Aufgaben und Pflichten des deutschen Staates, Millionen von Migranten, die gewaltsam in unser Land eindringen, aufzunehmen und sie bis an ihr Lebensende kostenlos bei uns zu versorgen.
In erster Linie gehört es zu den vorrangigen Pflichten der deutschen Regierung, das persönliche Wohl und das Gemeinwohl der Deutschen zu gewährleisten, die diesen Sozialstaat aufgebaut haben, deshalb müssen alle nicht anerkannten Asylbewerber aus den entferntesten Teilen der Welt umgehend in ihre Heimat zurückkehren.
Ungeachtet der permanenten Rechtsbrüche von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung blieben die verantwortlichen Politiker völlig unbehelligt und konnten ihre Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen. Lediglich die Kritiker dieser verfassungsfeindlichen Rechtsbrüche wurden als "Pack" und geistige Brandstifter ausgegrenzt oder pauschal als Nazis diffamiert.
Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht Hochverrat,
"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt
1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".
Die Bundesanwaltschaft in Karlruhe ist für Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden, und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen wegen "Hochverrat" laut Paragraph 81 Strafgesetzbuch zu prüfen. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.
In einem demokratischen Rechtsstaat, der das Gemeinwohl der bereits "länger hier lebenden und arbeitenden Deutschen" wirklich schützt, sind alle beteiligten Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind leider schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen, der Durchsetzung von NWO-Zielen (Abschaffung des deutschen Nationalstaates, Umvolkung usw.) sowie um die verdeckte Unterstützung von Wirtschaftsinteressen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbyverbänden bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc. Obgleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

Die sogenannte "repräsentative Demokratie" der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteienherrschaft (Scheindemokratie), in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Der Österreicher *Richard Graf Coudenhove-Kalergi* (1894–1972) schrieb bereits im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie (x903/…): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). …<<

Ein homogenes, souveränes Volk stellt immer eine Gefahr für die Herrschenden dar, deshalb versucht man gegenwärtig, die natürlich gewachsenen Völker in multikulturelle Mischvölker umzuwandeln.

Die gegenwärtige Massenmigration war kein Zufallsprodukt, sondern die Völkerwanderung

wurde gezielt geplant, gesteuert und finanziert, um die Destabilisierung und Schwächung von potentiellen Gegnern des NWO-Imperiums zu erreichen.
Infolge der sogenannten "Politik der offenen Grenzen", die seit 2015 nahezu 2 Millionen Menschen, zumeist junge, männliche Muslime, nach Deutschland schwemmte, wurde die ethnische Zusammensetzung der bisherigen Bevölkerung vielerorts grundlegend verändert. Die Folgen der "Politik der offenen Grenzen" bzw. Umvolkung sieht man heute in fast jeder Fußgängerzone der deutschen Klein- und Großstädte
Ersetzt man das Staatsvolk durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Ethnien, dann wird das einst nationale Staatsvolk entscheidend geschwächt, da es infolge der neugeschaffenen Parallelgesellschaften keine geschlossene nationale Einheit mehr darstellt.
Der "Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" verspricht z.B. allen Migranten den sicheren Zugang zu den üblichen sozialen Grundleistungen unseres Gemeinwesens, während man den eigenen Staatsbürgern gewöhnlich keine sozialen Wohltaten ohne entsprechende Gegenleistungen gewährt.
Die an diesem systematischen Zerstörungswerk Beteiligten weisen unentwegt geschickt auf angebliche universelle Menschenrechtsansprüche und die entsprechenden UN-Paragraphen hin, um die angestrebte Massenmigration von Millionen von Fremden durchzusetzen.
Von der Massenmigration profitiert vor allem die Elite des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die mit Hilfe ihrer allgegenwärtigen Lobbyverbände ihre Interessen konsequent durchsetzen können.
Die bisherige Menschheitsgeschichte beweist jedoch eindeutig, daß man Völker und Volksgruppen nicht mit Gewalt mischen darf! Dieses unmenschliche, kranke Experiment wird niemals funktionieren, sondern muß zwangsläufig in einer ungeheuren Katastrophe enden: Kein Stein wird auf dem anderen bleiben.

Ablösung des provisorischen Grundgesetzes durch eine neue deutsche Verfassung
Die deutsche Bundesregierung hätte spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 eine eigene Bundesverfassung erstellen und durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen müssen. Es wurde damals jedoch keine neue Bundesverfassung vorgelegt und keine Volksabstimmung durchgeführt. Die deutsche Bundesregierung änderte lediglich eigenmächtig die Präambel des bestehenden Grundgesetzes und behauptete dreist, die Deutschen Mittel- und Westdeutschlands hätten "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet".
Die Präambel des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...): >>Präambel
Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.
Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.<<
Ferner fand im Jahre 1990 auch eine Änderung des Artikels 146 statt. Danach galt das geänderte Grundgesetz nach der angeblichen Vollendung der Einheit und Freiheit für das gesamte deutsche Volk.
Artikel 146 des aktuellen deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...): >>Artikel 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.<<
Die eigenmächtige Grundgesetzänderungen der deutschen Bundesregierung, ohne Volksabstimmungen über die Annahme der Bundesverfassung durchzuführen, waren zweifelsfrei undemokratisch und dienten in erster Linie der Sicherung der bestehenden Machtverhältnisse.<<
Das derzeitige Grundgesetz ist nach wie vor ein Provisorium, da nach der Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands keine Volksabstimmung stattfand.
Da das Grundgesetz gemäß Artikel 146 automatisch an dem Tag außer Kraft tritt, an dem eine vom deutschen Volk in freier Selbstbestimmung eine Verfassung beschließt, bleibt das gesamte deutsche Volk aufgefordert, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.
Wenn man den derzeitigen Vasallenstatus Deutschlands beenden und endlich wieder zur Einigkeit, Recht und Freiheit zurückkehren will, kann angesichts der mehr als tausendjährigen deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte nur die letzte in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871 eine solide Basis bilden.

Direkte bzw. unmittelbare Demokratie nach dem Schweizer Vorbild
In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie (Wahl der Volksvertretung), sondern eine Art Parteienherrschaft, in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernommen haben, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen.
Um den zutiefst undemokratischen Zustand der gegenwärtigen Parteienherrschaft zu beenden, muß unbedingt eine direkte bzw. unmittelbare Beteiligung des Volkes (Einführung von Volksabstimmungen nach dem Schweizer Vorbild etc.) realisiert werden.
Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.
Nach dem Schweizer Vorbild sollten zukünftig keine Verfassungsänderungen und keine bedeutsamen völkerrechtlichen Verträge ohne Zustimmung des Volkes beschlossen werden, damit endlich nach dem Willen des deutschen Volkes, dem souveränen Träger der Staatsgewalt, regiert wird. Wir benötigen direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtstaatlichkeit, damit sich die gewählten Volksvertreter endlich wieder für das Gemeinwohl des Volkes einsetzen, wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid für alle Regierungsmitglieder vorsieht.
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Mündige Bürger als Risiko**
Parteienherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf
Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.
Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. …<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 8. Oktober 2018 (x954/…): >>**Die Scheindemokratie.**
Die Bürger werden entmündigt und als politisch apathische Konsumenten dressiert.
Exklusivabdruck aus Rainer Mausfelds "Warum schweigen die Lämmer?"
von Rainer Mausfeld …
In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Demokratie durch die Illusion von Demokratie ersetzt. Neue Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation schützen die Mächtigen vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen und stärken ihre Position. In seinem Buch deckt Rainer Mausfeld die Systematik dieser Indoktrination auf und macht uns sensibel für die vielfältigen psychologischen Beeinflussungsmethoden.
Demokratie und Freiheit. Zwei Wörter, die mit unerhörten gesellschaftlichen Versprechen aufgeladen sind und gewaltige Veränderungsenergien zu deren Einlösung freisetzen können. Kaum mehr als ein Schatten ist heute von den mit ihnen ursprünglich verbundenen Hoffnungen geblieben. Was ist passiert? Wohl nie zuvor sind zwei Wörter, an die so leidenschaftliche Hoffnungen geknüpft sind, in gesellschaftlich so folgenschwerer Weise ihrer ursprünglichen Bedeutung entleert, verfälscht, mißbraucht und gegen diejenigen gewandt worden, deren Denken und Handeln sie beseelen.
Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht entzogen sind; damit liegen zugleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre. Und Freiheit bedeutet heute vor allem die Freiheit der ökonomisch Mächtigen.
Mit dieser orwellschen Umdeutung kommt diesen beiden Wörtern nun ein besonderer Platz im endlosen Falschwörterbuch der Geschichte zu. Mit zwei Wortvergiftungen werden unsere zivilisatorischen Hoffnungen auf eine menschenwürdigere Gesellschaft und auf eine Einhegung von Gewaltverhältnissen verwirrt, getrübt, zersetzt und nahezu aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt. Durch den Verlust der mit diesen beiden Begriffen verbundenen zivilisatorischen Träume fällt es uns heute schwer, eine attraktive menschenwürdige Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen politisch zu artikulieren, oder schlimmer noch, überhaupt zu denken. …
Von der Demokratie, die ursprünglich mit großen Hoffnungen auf eine politische Selbstbestimmung und auf eine Sicherung des inneren und äußeren Friedens verbunden war, ist in der realen Gestaltung der Gesellschaft nur eine formale Hülse übrig geblieben. Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen "Elitespektrum" wählen kann. Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten.
Von den mit den Begriffen Demokratie und Freiheit verbundenen Hoffnungen sind nur die leeren Worthülsen eines falschen Versprechens von den Mächtigen beibehalten worden; mit ihnen läßt sich nämlich das Bewußtsein der Mehrheit der Machtunterworfenen wirksam manipulieren.
Auch das Völkerrecht hat sich heute in großen Teilen zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt. Die selbstdeklarierte westliche Wertegemeinschaft pflegt wieder offen ihren geradezu religiösen Glauben an die Wirksamkeit von Gewalt, an die Heilsamkeit von Bomben und Zerstörung, von Drohnenmorden und Folter, von Unterstützung terroristischer Gruppen, von wirtschaftlichen Strangulierungen und anderen Formen von Gewalt, die

ihren Zwecken dienlich ist - eine politische Fetischisierung von Gewalt, deren Auswirkungen über den gesamten Globus zu besichtigen sind.
Kaum mehr als eine geschichtliche Erinnerung ist von den großen Hoffnungen übrig geblieben, die ursprünglich mit Demokratie und Völkerrecht verbunden waren, nämlich Hoffnungen auf eine zivilisatorische Einhegung von Macht- und Gewaltbeziehungen. Um so kraftvoller wird jedoch die Bevölkerung in der politischen Rhetorik mit einer Demokratie- und Völkerrechtsrhetorik überzogen, mit der die ökonomisch oder militärisch Starken die Zustimmung oder Duldung der Bevölkerung für ihre tatsächliche Praxis einer Realpolitik der Gewalt zu gewinnen suchen. In der Realpolitik hat sich heute längst wieder das Recht des Stärkeren Anerkennung verschafft.
Zweihundert Jahre nach der Aufklärung, auf die wir uns in der politischen Rhetorik so viel zugute halten, leben wir in einer Zeit der radikalen Gegenaufklärung. Zugleich verweisen die Mächtigen gerne, wenn es ihren Machtinteressen dient, auf die Aufklärung, um damit gegenüber denjenigen, die sie als ihre Feinde ansehen, ihre behauptete zivilisatorische Überlegenheit zu bekräftigen. …
Eine Elitendemokratie stellt einen Widerspruch in sich dar. In einer Elitendemokratie gibt es zwar formale demokratische Elemente, doch sind sie strukturell auf ein Minimum reduziert. Trotz dieses demokratischen Minimalismus sind aus Sicht der tatsächlichen ökonomischen und politischen Zentren der Macht die demokratischen Elemente zwangsläufig nicht im gewünschten Maße risikofrei.
Um den Status der jeweiligen Machteliten zu sichern, sind diese darauf angewiesen, sich gegen demokratische Ansprüche abzusichern.

Die Schwachstelle ist nun gerade der öffentliche Debattenraum, der - vor allem in den periodischen Wahlen - als Stabilitätsrisiko wirksam werden könnte. Wie läßt sich dieses auch in einer Elitendemokratie demokratische Risiko kontrollieren und möglichst gering halten?
Wenn die verbliebenen demokratischen Residualelemente auch noch beseitigt würden, wäre es nicht mehr möglich, die zur Revolutionsvermeidung nützliche demokratische Rhetorik aufrechtzuerhalten; denn der öffentliche Debattenraum und periodische Wahlen sind selbst für die bloße Illusion einer Demokratie unverzichtbar. Wenn die tatsächlichen Zentren der Macht sie also beibehalten wollen, benötigen sie geeignete Wege einer Stabilitätssicherung, durch die sich Demokratie für sie risikofrei gestalten läßt.
In den vergangenen Jahrzehnten haben die Machtausübenden großen Aufwand betrieben, neue Wege einer solchen Stabilitätssicherung zu entwickeln, um die in einer Elitendemokratie verbliebenen demokratischen Residualelemente vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen zu schützen.

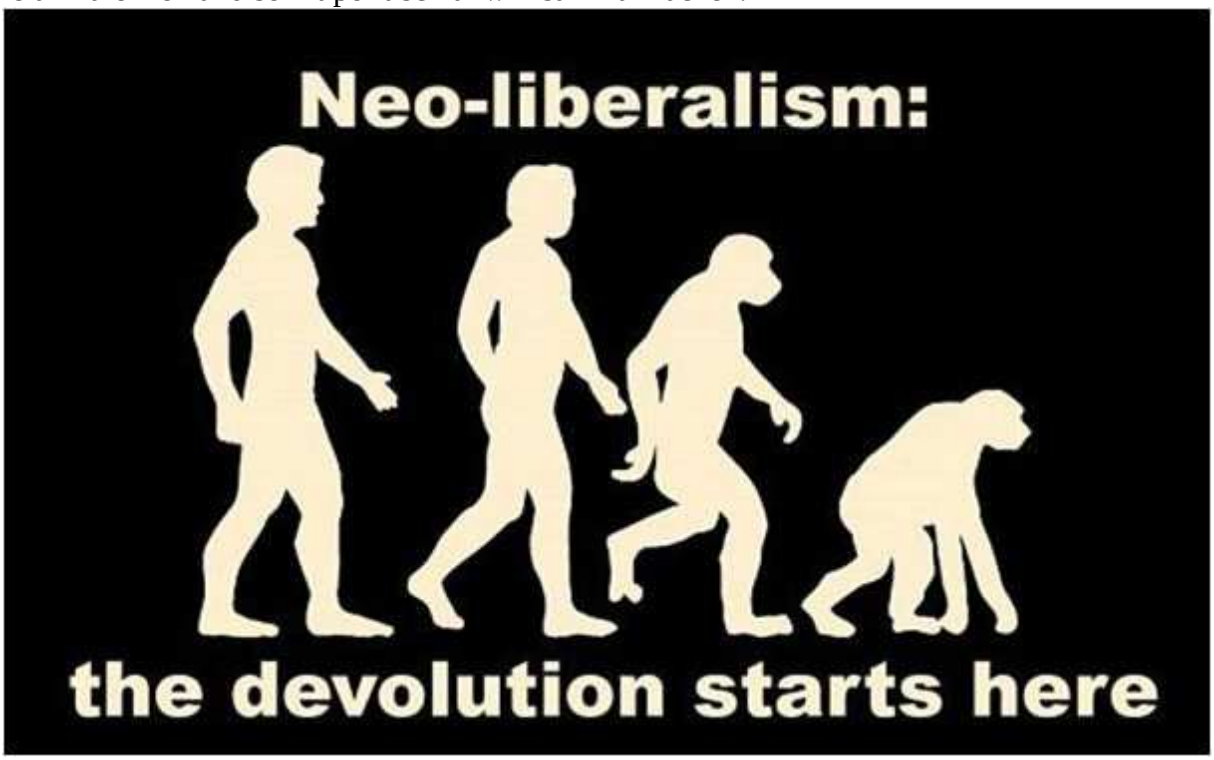
Hierzu gehören insbesondere neuartige strukturelle Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation. Die Wurzeln dieser Entwicklungen reichen freilich sehr viel weiter zurück, doch haben sich diese Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten rapide beschleunigt und institutionell verfestigt.
Der mit ihnen verbundene systematisch geplant und betriebene gesellschaftliche Transformationsprozeß gleicht in seinen an die Wurzeln gesellschaftlicher Organisation gehenden Auswirkungen einer "Revolution von oben", also einer Revolution, die ein Projekt ökonomischer Eliten darstellt und der Ausweitung und Verfestigung ihrer Interessen dient. Der mit dieser Revolution einhergehende Transformationsprozeß ruht wesentlich auf zwei Säulen.
Die erste Säule dieses Transformationsprozesses besteht darin, daß die Organisationsformen von Macht immer abstrakter und mit gezielter Diffusion gesellschaftlicher Verantwortlichkeit gestaltet werden, so daß Unbehagen, Empörung oder Wut der Machtunterworfenen keine konkreten, also politisch wirksamen Ziele mehr finden und ein Veränderungswille der Bevölkerung keine Adressaten mehr unter den tatsächlichen Entscheidungsträgern hat.
Dieser Transformationsprozeß besteht in einer schleichenden und für die Bevölkerung möglichst unsichtbaren Schaffung geeigneter institutioneller und konstitutioneller Strukturen, durch die sich Machtverhältnisse stabilisieren und Umverteilungsprozesse dauerhaft einem demokratischen Zugriff entziehen lassen und damit weitgehend irreversibel machen lassen. Dazu müssen die historisch mühsam gewonnenen demokratischen Strukturen beseitigt oder so ausgehöhlt werden, daß sie in ihrer Wirksamkeit neutralisiert sind.
Zudem muß die innerstaatliche und die zwischenstaatliche Rechtsentwicklung so 'weiterentwickelt' werden, daß die Zentren ökonomischer und politischer Macht ihre Interessen in dem so geschaffenen Rechtsrahmen legal in autoritärer Weise durchsetzen können. Ein solcher Rechtsrahmen muß insbesondere so beschaffen sein, daß er eine Umwandlung ökonomischer Macht in politische Macht ermöglicht und daß er den angestrebten oder bereits etablierten Umverteilungsmechanismen einen rechtlichen Rahmen gibt, der unter den verbliebenen minimalen Möglichkeiten demokratisch nicht mehr aufgehoben werden kann.
Die organisierte Kriminalität der besitzenden Klasse wird durch eine solche Verrechtlichung nicht nur legalisiert, sondern auch zeitlich verfestigt und gegen mögliche demokratische Eingriffe abgedichtet.
Die zweite Säule besteht in der Entwicklung ausgefeilter und höchst wirksamer Techniken, durch die sich das Bewußtsein der Machtunterworfenen in geeigneter Weise manipulieren läßt. Die Machtunterworfenen sollen nicht einmal wissen, daß es - hinter der an der medial vermittelten politischen Oberfläche scheinbar demokratisch kontrollierter Macht - überhaupt Zentren der Macht gibt. Das wichtigste Ziel ist, einen gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken.
Um dies in einer möglichst robusten und beständigen Weise zu erreichen, zielen Manipulationstechniken auf weit mehr als nur auf politische Meinungen. Sie zielen auf eine gezielte Formung aller Aspekte, die unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben betreffen sowie auch unsere individuellen Lebensformen. Sie zielen gewissermaßen auf die Schaffung eines "neuen Menschen", dessen gesellschaftliches Leben in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht.
In diesem Sinne sind sie totalitär, so daß der große Demokratietheoretiker Sheldon Wolin zu Recht von einem "invertierten Totalitarismus" spricht, einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird. Die Techniken hierzu wurden und werden seit etwa hundert Jahren mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung der Sozialwissenschaften entwickelt, deren gesellschaftliche Blüte eng mit einer Bereitstellung von Methoden sozialer Kontrolle verbunden ist.
Ein zentrales Element dieser Techniken zur Manipulation des Bewußtseins der Bevölkerung

ist die Schaffung geeigneter Ideologien, die für die Bevölkerung als Ideologien weitgehend unsichtbar sind und damit einen kaum noch hinterfragbaren Rahmen bereitstellen sollen, der allen gesellschaftlichen Erfahrungen der Einzelnen ihren Sinnzusammenhang gibt.
Den Kern dieser Ideologien, die in den vergangenen Jahrzehnten in der neoliberalen Ideologie kulminierten, bildet die Ideologie einer expertokratischen "kapitalistischen Elitedemokratie", in der kompetente und dem Gemeinwohl verpflichtete Eliten die Geschicke der Gemeinschaft in möglichst effizienter Weise lenken sollen.
Beide Entwicklungen dienen dazu, Macht unidentifizierbar und damit gleichsam unsichtbar zu machen, um unsere natürlichen psychischen Abwehrmechanismen gegen eine Fremdbestimmung zu unterlaufen. Beide sind kennzeichnend für die modernen Formen der gegenwärtigen kapitalistischen Elitendemokratien.
Wir können nur dann erfolgversprechende Strategien eines Widerstandes gegen die gegenwärtige Macht- und Gewaltordnung entwickeln, wenn wir diese neuartigen Organisationsformen der Macht hinreichend verstehen. Gleiches gilt für die Manipulationstechniken, durch die sich gezielt Eigenschaften unseres Geistes für politische Zwecke ausnutzen lassen.
***Rainer Mausfeld**, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. …<<*
Die Schweizer Tageszeitung "Neue Zürcher Zeitung ("NZZ Digital") berichtete am 30. Oktober 2018: >>**Warum schweigen die Lämmer?**
Um die Demokratie zu retten, muß man erst verstehen, woran sie krankt.
Milosz Matuschek
Milosz Matuschek ist Jurist und Publizist. Er lebt in Paris. In seiner Kolumnen zerrt er am Nerv der Zeit. Besonders interessieren ihn Fragen des Zusammenlebens der Geschlechter.
Tucholsky meinte einmal sinngemäß, daß die Masse der Menschen zwar nicht im Detail versteht, was im Staat vor sich geht, aber oft gefühlsmäßig damit richtig liegt, was falsch läuft. Um dem Volk diese intuitive Erkenntnis - heute gerne Populismus genannt - auszureden, braucht es auch in der Demokratie bestimmte Tools, nämlich Meinungs- und Empörungsmanagement. Wie kann das sein, wo doch zum Beispiel im deutschen Grundgesetz schwarz auf weiß steht, daß alle Staatsgewalt vom Souverän, dem Volk, auszugehen hat?
Die Demokratie hatte schon für Aristoteles einen Konstruktionsfehler: Wenn alle Menschen die gleiche Stimmgewichtung haben, wie verhindert man dann, daß das Heer der Besitzlosen die wenigen Reichen enteignet? Die Antwort der amerikanischen Gründerväter, wie Madison, darauf war klar: Es braucht eine Demokratieform, die es de facto denjenigen erlaubt zu herrschen, die das Land besitzen, ohne daß dies der besitzlosen Masse auffällt: Die "repräsentative Demokratie" war geboren und sie hat sich bis heute im Kern nicht verändert.
Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten.
Für die Beschreibung dieses Umstands hat sich seit der Antike ein Bild etabliert: Die Menschen sind strukturell auch in der Demokratie immer Lämmer, die einem Herdenbesitzer gehören - egal ob sie das im Alltag spüren oder nicht. Ihre Freiheit besteht darin, aus dem politischen Personal diejenigen Hirten (Politiker) auszusuchen, die sie sympathisch genug finden, um von ihnen für ein paar Jahre im Glauben belassen zu werden, daß sie doch eine Art Kontrolle haben. Das Bild der Lämmerherde findet sich als roter Faden bei Platon, Hume, Madison, Friedrich II., Tocqueville, Russell und Lasswell, ohne daß jemals detailliert beschrieben worden wäre, wie sich dieses Verhältnis konkret im Alltäglichen artikuliert.
Diese Lücke schließt nunmehr der Kognitionspsychologe Rainer Mausfeld ("Warum schweigen die Lämmer?") mit einer so schmerzhaften wie brillanten Endoskopie des gegenwärtigen politischen Systems. Mausfeld ist ein Volksaufklärer in der Denktradition Humboldts, De-

weys und Chomskys, der minuziös dechiffriert, was sonst viele Bürger nur als Grundgefühl hegen: Etwas ist hier faul.
Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten: Meinungs- und Empörungsmanagement, Denunziationsbegriffe zur Kanalisierung der öffentlichen Meinung, Soft-Power-Techniken und Nudging, um die Details der Umverteilung von unten nach oben zu verbergen.
Massenmedien, so Mausfeld in Anlehnung an Paul Lazarsfeld, seien daran mit schuld, hätten sie doch eine narkotisierende Wirkung und vermittelten die Illusion der Informiertheit. Skandale blitzen hier und dort allenfalls noch kurz auf, bleiben aber letztlich folgenlos. Hat sich die Demokratie tatsächlich längst in eine Plutokratie mit demokratischer Fassade verwandelt, ist die Refeudalisierung längst im Gange?
Egal ob es um das gelockerte Datenschutzrecht für Big-Data-Firmen, den Cum-Ex-Skandal, das gegenwärtige Herumeiern bei Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien oder den großangelegten Betrug der Autoindustrie an den Diesel-Kunden geht: Die Bilanz der letzten Jahre in Sachen Gleichheit vor dem Recht sieht verheerend aus.
Mausfelds Buch ist ein Weckruf zur rechten Zeit: Der Demokratie laufen die Demokraten davon, während die Termiten unter den politischen Kräften begeistert an ihren morschen Rümpfen nagen. Die Zeit zur umfassenden Renovierung des Systems wird knapp. Dank Mausfeld wird nun endlich klar, wo jeder ansetzen kann, um die Demokratie zu retten: bei sich selbst. …<<
Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 9. Dezember 2018 (x951/…): >>**Gezielte Zersetzung**
Die von den Eliten organisierten gesellschaftlichen Spaltungen … dienen der Herrschaftssicherung.
von Rainer Mausfeld …
Schon vor mehr als 250 Jahren drückte der große schottische Philosoph David Hume seine Verwunderung über die Leichtigkeit aus, mit der eine Minderheit von Besitzenden über die Mehrheit der Nichtbesitzenden herrschen kann. Nur durch Beherrschung der Meinung könne es, Hume zufolge, zu einer solchen Situation kommen. Diese Einsicht hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Denn demokratische Gesellschaftsformen sind für die tatsächlichen Zentren der Macht nur akzeptabel, wenn sie sich so gestalten lassen, daß sie für die Machtausübenden risikofrei sind.
Dies setzt voraus, daß diese die öffentliche Meinung in allen politisch relevanten Bereichen beherrschen können. Folglich stellt ein Meinungsmanagement in kapitalistischen Demokratien, die empirischen Studien zufolge in Wirklichkeit Wahloligarchien sind, eine der wichtigsten Herrschaftstechniken dar …
Nun kann es Situationen geben, in denen Meinungsmanagement allein nicht mehr ausreicht, Demokratie für die wirklichen Zentren der Macht risikofrei zu gestalten. Daher wurde seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung von Psychologie und Sozialwissenschaften versucht, Techniken zu entwickeln, durch die sich auch andere psychische Bereiche beeinflussen und kontrollieren lassen.
Schon früh erkannte man, daß sich in der Bevölkerung trotz systematischer Manipulation von Meinungen ein politisches Veränderungsbedürfnis aufstauen kann, das sich gegen die Zentren der Macht zu entladen droht. Daher mußten Techniken entwickelt werden, durch die sich eine solche Veränderungsenergie neutralisieren, noch besser: spalten und zersetzen läßt.
Derartige Techniken wurden bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sehr erfolgreich eingesetzt, um die Arbeiterklasse sozial zu spalten und Gewerkschaften zu zersetzen. Über eine systematische Erzeugung von Falschidentitäten lassen sich soziale Spaltungen besonders wirksam bewerkstelligen.

Beispielsweise wurden damals raffinierte Methoden entwickelt, die dem Ziel dienten, daß Arbeiter sich nicht mehr mit ihrer sozialen Klasse identifizieren, sondern mit ihrem Arbeitgeber. Seitdem wurden diese psychologischen Techniken beständig erweitert und verfeinert - eine Entwicklung, die im Neoliberalismus einen neuen Höhepunkt erreicht hat.
Eine ausgesprochen wirksame Methode, emanzipatorisches Veränderungspotential durch Spaltung zu neutralisieren, beruht auf einer recht einfachen Methode der Verklammerung. Wenn man nämlich Maßnahmen und Ziele, die mit moralischen und humanitären Werten verbunden sind, in geeigneter Weise mit Maßnahmen verklammert, die im Dienste imperialer oder ökonomischer Interessen stehen, so lassen sich humanitäre Maßnahmen gleichsam als Trojanische Pferde nutzen, um in nahezu unsichtbarer Weise Maßnahmen durchzusetzen, die ansonsten keine öffentliche Zustimmung finden würden. Beispiele einer solchen Verklammerungsmethode sind der "Kampf für Demokratie und Menschenrechte", der "Kampf gegen den Terror" oder das "Recht humanitärer Interventionen".
Das Gemeinsame an diesen Beispielen ist, daß sie gleichsam humanitäre Mogelpackungen sind. Sie verklammern nämlich aktuelle ernsthafte humanitäre Anliegen mit längerfristigen imperialen oder ökonomischen Interessen zu einem kaum mehr aufzuschlüsselnden Maßnahmenpaket. Der Öffentlichkeit wird dann vorgegaukelt, daß beide Aspekte unauflöslich verknüpft seien und die humanitären Ziele nur zu dem Preis zu verwirklichen seien, daß sie das Gesamtpaket akzeptiert.
Da humanitäre Anliegen in der Öffentlich eine beträchtliche Attraktivität entfalten können, lassen sich auf diese Weise berechtigte humanitäre Anliegen mißbrauchen, um mit ihrer Hilfe ökonomische oder auch imperiale Interessen durchzusetzen.
Auch die neoliberale Konzeption von Globalisierung ist ein derartiges Verklammerungspaket, mit dem sich humanitäre Aspekte und Menschenrechte als Ermächtigungsnormen zur Durchsetzung einer Politik mißbrauchen lassen, die ökonomischen oder imperialen Interessen dient. Eine Verklammerung drängender humanitärer Anliegen mit Interessen mächtiger ökonomischer und politischer Akteure - etwa das Interesse global operierender Großkonzerne nach "flexiblem" und kostengünstigem "Humankapital" - führt nun gerade in emanzipatorischen Bewegungen oft zu inneren Spannungen und Konflikten, die sich sehr erfolgreich für Spaltungen nutzen lassen.
Zudem läßt sich der jahrhundertealte Kampf gegen die Demokratie durch eine Verklammerung humanitärer Anliegen mit Interessen einer neoliberalen Globalisierung besonders wirksam führen. Da der Neoliberalismus Demokratie als eine Art Marktstörung auffaßt, ist er weltweit der vehementeste Gegner demokratischer Organisationsformen. Für den neoliberalen Kampf gegen die Demokratie erweisen sich Themen, die mit vorgeblichen Sachzwängen der sogenannten Globalisierung zusammenhängen, als besonders geeignet, weil es aus grundsätzlichen Gründen keine globalisierten Formen von Demokratie geben kann.
Es ist nämlich, wie insbesondere Ingeborg Maus sorgfältig aufgezeigt hat, nicht möglich, den modernen Verfassungsbegriff auf eine Weltgesellschaft anzuwenden, da es keinen globalen "demos" und somit keinen globalen Träger einer demokratischen gesetzgeberischen Souveränität gibt.
Es kann auf der Ebene der Weltgemeinschaft keinen öffentlichen Debattenraum geben, in dem unterschiedliche Partikularinteressen für ein politisches Handeln miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Folglich kann es auf globaler Ebene auch keine Prozeduren einer demokratischen Konsensfindung und Friedenssicherung geben.
Die Idee einer demokratischen Gestaltung eines politischen Gemeinwesens wird auf globaler Ebene zwangsläufig völlig inhaltsleer. Dies gilt um so mehr, als die Zentren international operierender wirtschaftlicher Macht heute so organisiert sind, daß sie sich Gesetze, denen sie unterliegen, faktisch selber schreiben und keiner Form demokratischer Kontrolle und Rechen-

schaftspflicht unterliegen.
Demokratie und mit ihr mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften - wie der Sozialstaat und die mit ihm verbundenen Mechanismen einer Begrenzung von Exzessen kapitalistischer Akkumulation - sind auf die Ebene einzelstaatlicher Organisationsformen angewiesen. Auf globaler Ebene sind demokratische Legitimationsformen unmöglich.
Genau dies ist natürlich den mächtigen ökonomischen Akteuren sehr bewußt. Wenn diese also - wie im UN-Migrationspakt, der auf ein Migrationsmanagement zielt und nicht auf wirkliche Bekämpfung von Migrationsursachen - globale neoliberale Interessen mit berechtigten humanitären Anliegen verklammern, so können sie mit solchen humanitären Mogelpackungen zwei lästige Fliegen mit einer Klappe (er)schlagen.
Zum einen läßt sich so demokratischen Organisationsformen längerfristig ihre Grundlage entziehen. Zum anderen eignen sich diese Verklammerungen durch die Spannungen, die sie in emanzipatorischen Bewegungen erzeugen, besonders gut, Dissens durch Spaltung einzudämmen und Veränderungsenergien, die sich gegen die Zentren der Macht richten, auf andere Ziele umzulenken und somit politisch unwirksam zu machen.



Wie lassen sich geeignete Gegenstrategien gegen Herrschaftstechniken einer Zersetzung und Spaltung von Dissens entwickeln? Dazu müssen Funktions- und Wirkmechanismen dieser Techniken sorgfältig analysiert und öffentlich behandelt werden. Gegenwärtig spricht viel dafür, daß diese emanzipatorische Aufgabe nur auf außerparlamentarischen Wegen geleistet werden kann.
***Rainer Mausfeld**, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. …<<*
Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 14. Dezember 2018 (x950/…):
>>**Das Modell Elitendemokratie ist historisch verheerend gescheitert**
Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln.
von Marcus Klöckner im Interview mit Prof. Dr. Rainer Mausfeld
Herrschaft und Macht zu verschleiern, darum geht es in den demokratischen Systemen unserer

Zeit. Zu diesem Ergebnis kommt Rainer Mausfeld bei seiner Auseinandersetzung mit Politik und Medien. Die Geschichte habe immer wieder bewiesen, wie real eine unersättliche Gier nach Macht sei, eine Tatsache, die auch heute gelte. Deshalb, so Mausfeld, müsse man auch in unserer gegenwärtigen politischen Situation Macht genau betrachten.
Streng geht Mausfeld mit den Medien ins Gericht. Zwar existiere durchaus ein kritischer politischer Journalismus, allerdings finde dieser dort seine Grenzen, wo die große Weltpolitik stattfinde. "Wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind", so Mausfeld. Ein Interview über Schein und Sein der politischen Verhältnisse.
Marcus Klöckner: Herr Mausfeld, bei der Auseinandersetzung mit Ihrem Buch fällt auf, daß immer wieder die Begriffe "Herrschaft", "Herrschaftsstrukturen" oder "Macht" auftauchen. In den Medien finden sich diese Begriffe, wenn es um Deutschland geht, hingegen eher selten. Oder?
Rainer Mausfeld: Das ist eine interessante Beobachtung. Die Kernkategorie alles Politischen, nämlich Macht, kommt in politischen Diskussionen der Leitmedien so gut wie gar nicht vor. Und wenn, dann nur auf eine ziemlich oberflächliche Weise. Über Herrschaft und Macht redet man im Zusammenhang mit unserer Demokratie bzw. unserem "Herrschaftssystem" einfach nicht mehr. Es soll wohl der Eindruck entstehen, außerhalb des Volkes gäbe es keine Zentren politischer Macht. Also brauchen wir auch nicht darüber zu reden. Dabei ist es in unserer gegenwärtigen politischen Situation besonders wichtig, Macht genau zu betrachten.
Marcus Klöckner: Was bedeutet denn Macht?
Rainer Mausfeld: Macht heißt, daß jemand die Möglichkeit hat, seine Interessen gegen andere durchsetzen zu können und Entscheidungen zu treffen, die ihm zu Gute kommen. Wer Macht hat, kann durchsetzen, was zu seinem Vorteil ist. Macht über andere zu haben bedeutet, andere dem eigenen Willen unterwerfen zu können. Noch einmal: Macht ist die Kernkategorie des Politischen. Und deswegen ist es eigenartig und bemerkenswert, wenn Medien nicht mehr über Macht und Herrschaft reden. Das wäre so, als würde man in einer Akademie für Fische nicht über Wasser reden.
Auf jeden Fall zeigt die Geschichte, daß das Streben nach Macht dazu neigt, unersättlich zu sein. Diese Gier führt uns zu den dunklen Seiten des Menschen, und sie hat im Laufe der Zivilisationsgeschichte gigantische Blutspuren hervorgebracht. In der Zivilisationsentwicklung ging es deshalb darum, Wege zu finden, wie man Macht einhegen kann. Die zentrale Frage lautete und lautet: Wie kann man verhindern, daß eine Gesellschaft so organisiert ist, daß der Stärkere den Schwächeren seinem Willen unterwirft?
Marcus Klöckner: Und dabei kommt die Demokratie ins Spiel.
Rainer Mausfeld: Ja. Wir alle haben ein natürliches Freiheitsbedürfnis. Wir haben einen Widerwillen gegen Zwang. Wir wollen uns nicht dem Willen eines anderen unterwerfen. Dieses Bedürfnis ist die erste Quelle in der Zivilisationsgeschichte, aus der die Demokratie entstanden ist.
Die zweite Quelle ist das Bemühen, den Frieden zu sichern - und zwar den Frieden innerhalb der Nationen, also den sozialen Frieden, sowie den Frieden zwischen den Nationen. Innenpolitisch führt das zur Idee der Demokratie, außenpolitisch zur Idee eines Völkerrechts. Es ging bei diesen Bemühungen stets darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen auf friedlichem Weg in Einklang zu bringen.
Das Problem ist, daß diejenigen, die Macht haben, kein Interesse daran haben, ihre Macht abzugeben oder mit jemandem zu teilen.
Marcus Klöckner: Das ist im Grunde genommen eine ziemlich banale Erkenntnis.
Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine ganz banale und offenkundige Einsicht in das Wesen von Macht - zumindest für diejenigen, die nicht ideologisch vernebelt sind.

Marcus Klöckner: Weiter mit Ihren Gedanken zur Demokratie.
Rainer Mausfeld: Die Lehre aus den Blutspuren der Zivilisationsgeschichte war immer wieder, zu versuchen, Macht einzuhegen.
Nur: Warum sollten die Mächtigen sich überhaupt darauf einlassen, ihre Macht begrenzen zu lassen oder zu teilen? Sie können ja schließlich ihre Macht auch mit physischer Gewalt durchsetzen. Dies ist jedoch mit beträchtlichen Kosten verbunden, so daß man auf eine wirkungsvollere Idee kam. Angesichts unseres natürlichen Bedürfnisses nach Freiheit und Selbstbestimmung und dem daraus resultierenden Druck des Volkes gab man diesem schließlich die Demokratie.
Genauer jedoch: Man gab ihm etwas, das oberflächlich und dem Namen nach so aussieht, jedoch so beschaffen ist, daß es den Status und die Interessen herrschender Gruppierungen nicht beeinträchtigt. Die so entstandene Form einer sogenannten Elitendemokratie hat den Vorteil, daß sie Macht und Herrschaft verschleiert und am Ende die Bürger glauben, ihre Wahlentscheidungen seien für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation verantwortlich, schließlich haben sie die Regierenden ja selbst gewählt.
Marcus Klöckner: Wie gestaltet sich nun die Realität?
Rainer Mausfeld: Unsere politischen Alltagserfahrungen zeigen zur Genüge, daß die Realität weit von der offiziellen Demokratierhetorik abweicht. Dieses subjektive Erleben hat auch ein solides objektives empirisches Fundament in Erhebungen der Politikwissenschaft - insbesondere die *Princeton-Studie* der Politologen Martin Gilens und Benjamin Page aus dem Jahr 2014.
Sie hat zum Vorschein gebracht, daß das durchschnittliche Stimmgewicht eines US-amerikanischen Wählers auf politische Entscheidungen praktisch bei null liegt. Das heißt: Es läßt sich in quantitativen empirischen Studien zeigen, wie illusionär in unseren kapitalistischen Elitendemokratien die Vorstellung von echter Demokratie ist. Aus diesem eindeutigen Befund müssen wir endlich angemessene Schlußfolgerungen ziehen, denn immer wieder wird behauptet, daß die Meinung der Bürger, im Einklang mit demokratischen Prinzipien, ein wesentliches Gewicht bei grundlegenden politischen Entscheidungen hätte.
Die Strukturen, mit denen wir es zu tun haben, sind jedoch so gebaut, daß die politischen Präferenzen normaler Bürger nicht in die tatsächlichen Entscheidungsprozesse eingehen. Auch bei uns läßt sich das bei einem Vergleich dieser Entscheidungen mit den in Umfragen erhobenen Präferenzen erkennen. Die politischen Präferenzen der Bürger liegen meist weit links von denen der Regierung. Auslandseinsatz der Bundeswehr? Beziehungen zu Rußland? Krieg? Soziale Gerechtigkeit?
In zentralen Fragen stellen Volksvertreter und Exekutive oft ganz anders die Weichen, als die Bürger es mehrheitlich wünschen. Faktisch haben also die Bürger, das war ja gerade die Leitidee einer Elitendemokratie, keinen Einfluß, sie sind politisch entmachtet.
Wolfgang Schäuble sagte einmal, Wahlen dürften den wirtschaftspolitischen Kurs nicht ändern. Er bringt damit offen zum Ausdruck, wo die tatsächliche Grenze des Einflusses liegt, den Bürger haben.
Natürlich könnten die strukturellen demokratischen Elemente, die in unserem politischen System enthalten sind und in der Tat wichtige demokratische Elemente erkennen lassen, wie etwa Wahlen, durchaus zu einer Re-Demokratisierung genutzt werden. Aber: Derzeit werden diese Elemente neutralisiert und können sich nicht im Sinne einer Demokratisierung der Demokratie entfalten.
Marcus Klöckner: Welche Rolle spielen die Medien in diesem System?
Rainer Mausfeld: Die Leitmedien spielen bei politisch relevanten Themen überwiegend die Rolle, die Herolde früher bei Hofe gespielt haben.
Marcus Klöckner: Das ist eine ziemlich harte Aussage.

Rainer Mausfeld: Natürlich gibt es Ausnahmen, doch sind viele Journalisten so sehr mit den Machtstrukturen identifiziert, daß sie gleichsam als deren Boten agieren. Wenn wir auf die Medien blicken, ist die Situation ähnlich wie bei der Demokratie. Es gibt den Anschein, daß Medien die vierte Säule der Demokratie sind, aber dieser Anschein täuscht über die Realität hinweg. Tatsächlich sind sie in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden und damit Teil der Kräfte, die demokratische Strukturen zu unterminieren suchen. Das alles ist seit langem bekannt und empirisch gut belegt.
Marcus Klöckner: Es gibt doch durchaus einen kritischen politischen Journalismus. Journalisten decken Mißstände auf, Medien legen sich mit Politikern an.
Rainer Mausfeld: Das ist überwiegend ein Trugbild. Man muß nur hartnäckig genug die Oberfläche durchdringen, um dieses Trugbild zu erkennen. Ich will natürlich nicht bestreiten, daß es einen kritischen Journalismus gibt und Journalisten Skandale, auch politische, aufdekken. Aber auch bei diesen journalistischen Glanzleistungen gilt es dennoch, genauer hinzuschauen.
Bei allen Fragen, die nicht von hoher politischer Relevanz sind, dürfen Journalisten sich in der Regel austoben und kritisch sein, so viel sie wollen. Aber wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind. Ob es um die Ukraine, um Rußland, um Syrien oder die NATO geht: das ist für Journalisten und Medien vermintes Terrain. Wer als Journalist bei einer großen Zeitung arbeitet und bei Themen wie diesen von der vorherrschenden Sicht - also der Sicht der Herrschenden - abweicht, wird große Probleme bekommen.
Um ein Beispiel anzuführen: Die New York Times hat vor einiger Zeit einen großen Bericht darüber gebracht, an wie vielen Morden die US-Special Forces beteiligt waren und wie brutal sie vorgegangen sind. Der Bericht wurde oft als Musterbeispiel zelebriert, das deutlich mache, wie offen und schonungslos in der freiesten Presse der Welt Mißstände aufgezeigt würden. Die Botschaft war klar: Für eine grundsätzliche Kritik an der Rolle unserer Medien gibt es eigentlich keinen Anlaß.
Nur: Diese Verbrechen wurden von der New York Times in einer solchen Weise berichtet und in einen solchen Kontext eingebunden, daß sie die eigentlichen politischen Verantwortlichkeiten verdeckt haben.
Marcus Klöckner: Konkret, was wurde verdeckt? Wie meinen Sie das?
Rainer Mausfeld: Es ging bei dem New-York-Times-Bericht konkret um die verdeckten Mord-Operationen der Special Forces, insbesondere des geheimnisumwobenen SEAL Team 5, das auch Osama bin Laden ermordete. Die US-Special Forces, die über einen Jahresetat von vielen Milliarden Dollar verfügen, führten, dem Bericht zufolge, überall auf der Welt verdeckte Operationen durch - auch undercover in Rollen als zivile Mitarbeiter. Mittlerweile seien sie zu einer "global manhunting machine", einer Menschenjagd-Maschine, geworden. Nun ist natürlich verständlich, daß man im Kampf gegen das Böse nicht darauf verzichten kann, auch gelegentlich die zivilisatorischen Samthandschuhe auszuziehen.
Leider hätten die Special Forces dabei jedoch etwas über die Stränge geschlagen und "Schlachtfeste an Zivilisten" durchgeführt. Mit einer solchen interpretativen Einbettung derartig systematisch durchgeführter Morde verdeckt die New York Times nicht nur die politischen Verantwortlichkeiten, sondern sie verdeckt auch die historischen Kontinuitäten, indem sie die berichteten Morde als bedauerliche Einzelfälle erscheinen läßt.
Marcus Klöckner: Wie meinen Sie das?
Rainer Mausfeld: Insgesamt wird der Eindruck erzeugt, daß die Medien ihrer kritischen Rolle als Kontrolleure der Macht gerecht geworden seien. Schließlich haben sie ja über diese schrecklichen Ausnahmeexzesse offen berichtet, doch dürfe man natürlich von solchen Aus-

nahmefällen nicht darauf schließen, daß die entsprechenden staatlichen Apparate nicht von noblen Absichten getragen seien. Kurz: Trotz solcher scheußlicher und bedauerlicher Einzelfälle stehe im Grund politisch alles bestens.

Marcus Klöckner: Das heißt: Das Blatt berichtet zwar journalistisch kritisch über einen großen Skandal, zeigt auf, legt dar, aber die Kritik bewegt sich nur an der Oberfläche, weil die politisch Verantwortlichen nicht in den Vordergrund gerückt werden?

Rainer Mausfeld: Ja, das ist der Punkt. Eine solche Form der Kritik fördert die gedankliche Fragmentierung, weil sie die Vorgänge aus ihrem eigentlichen Sinnzusammenhang löst. Sie blockiert geradezu unsere Möglichkeiten, angemessene Schlußfolgerungen aus den berichteten Vorgängen zu ziehen. Nach einer kurzen öffentlichen Empörung ist dann auch alles schnell wieder vergessen. Bis zum nächsten bedauerlichen Einzelfall. Mit der Einzelfallrhetorik wird ein Interpretationsrahmen angeboten, der die eigentlich politisch Verantwortlichen gerade verbirgt.

Im Übrigen machte sich die New York Times auch das Argument zu eigen, daß ähnlich wie Drohnenmorde auch die verdeckten Operationen der Special Forces eine sehr effiziente Alternative zu kostspieligen Kriegen seien. Um wirksam zu sein, brauche man dazu nun einmal ein Bollwerk der Geheimhaltung um derartige Mordoperationen. Die New York Times bekräftigt damit die Kultur der Verantwortungslosigkeit, die bereits weite Bereiche der Staatsapparate durchzieht - und der Wirtschaft ohnehin. Die strukturell systematisch erzeugten Formen einer Verantwortungsdiffusion entziehen also weite Bereiche unserer Gesellschaft grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle.

Marcus Klöckner: Welche Möglichkeiten haben denn die Bürger, um die Demokratie zu stärken?

Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine entscheidende Frage, denn Demokratie muß von unten errungen und kontinuierlich erhalten werden. Eine konkrete Antwort auf diese Frage zu geben, ist schwierig und banal zugleich. Denn natürlich hat jeder von uns in seinem sozialen Lebensbereich eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen Beitrag hierzu zu leisten.

Zugleich wächst das Gefühl, daß unter den gegenwärtigen Organisationsformen der Macht Veränderungsenergien nicht mehr nach oben wirksam werden, es wächst also ein Gefühl der Aussichtslosigkeit. Dieses Gefühl gezielt zu fördern, war und ist bekanntlich seit jeher ein wichtiger Bestandteil eines Demokratiemanagements.

Wir müssen uns also damit auseinandersetzen. Das wird gerade unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung nicht einfach sein. Und es kann dafür keine allgemeinen einfachen Rezepte geben. Zwar könnte man hier auf Antonio Gramscis Bemerkung verweisen, daß uns auch bei einem Pessimismus des Intellekts der Optimismus des Willens bleibt. Leider hilft das jedoch auch nicht sonderlich, eine konkrete Antwort auf Ihre Frage zu geben. Es hilft jedoch, den Blick darauf zu lenken, daß so oder so die Zukunft unserer Gesellschaft von uns abhängt, von unserer Duldung und unserem Schweigen oder aber von unserem Veränderungswillen.

Marcus Klöckner: Ihr Buch zeigt ein Lamm auf dem Titel, das zusammengebunden ist. Warum dieses Bild?

Rainer Mausfeld: Das Lamm symbolisierte schon in der alten jüdischen Tradition das Tier, das vor seinen Scherern verstummt. Allgemeiner symbolisierte es Unschuld und Ahnungslosigkeit gegenüber bösen Absichten. Im Bereich des politischen Denkens kam, vor allem in der griechischen Tradition, noch die Metapher von Herde und Hirte hinzu.
Das Buchcover zeigt ein Bild des spanischen Barockmalers Francisco de Zurbarán. In einem politischen Kontext aktiviert das gefesselte Lamm beim Betrachter vermutlich weitverbreitete Gefühle einer politischen Ohnmacht und eines Ausgeliefertseins - Gefühle, die auch mir ge-

genüber immer wieder in Gesprächen und Diskussionen zu meinen Vorträgen artikuliert werden.
Viele Menschen haben das Gefühl, daß die Politik der neoliberalen Alternativlosigkeit sie und nachfolgende Generationen um ihre Zukunftsplanung betrogen hat. Die neoliberale Transformation der Gesellschaft mit ihrer Ideologie des 'flexiblen Menschen', der seine Fremdverwertbarkeit durch den Markt zu optimieren habe, hat eine tiefe Verunsicherung in der Gesellschaft hervorgebracht. Eine Verunsicherung und soziale Ängste, die - wie vielfach aufgezeigt wurde - gezielt und systematisch erzeugt wurden.
Marcus Klöckner: Die Planungssicherheit ist bei vielen Menschen unter dem Neoliberalismus verlorengegangen.
Rainer Mausfeld: Absolut, nicht zu vergessen die Erhöhung beruflicher Unsicherheit, die Schaffung sozialer Verhältnisse, unter denen viele nicht mehr wissen, wie lange sie sich noch ihre Wohnung leisten können und vieles andere mehr hat natürlich eine massive Auswirkung auf das politische Verhalten und auf die Bereitschaft zu einer politischen Partizipation der Bürger. Soziale Ängste engen den Denkraum auf die Dinge ein, die zur Sicherung der eigenen Existenz notwendig sind.
Marcus Klöckner: Sie meinen also, daß unter den gegebenen Umständen viele Bürger einfach gar nicht mehr den Kopf haben, um sich politisch zu engagieren?
Rainer Mausfeld: Für politische Fragen des Gemeinwohls und damit für Demokratie läßt für viele die gegenwärtige Realität keinen Platz. Im Gegenteil: Abstiegsängste, Gefühle eines sozialen Kontrollverlustes, Ängste, die mit Gefühlen eines Identitätsverlustes und ähnlichem verbunden sind, lassen die Bereitschaft wachsen, Gefühle der Ohnmacht in dunklen menschlichen Kanälen rassistischer und nationalistischer Ressentiments zu entladen.
Das Aufblühen des Rechtspopulismus ist also eine direkte Folge der vorhergegangenen Jahrzehnte neoliberaler Politik und Alternativlosigkeit. Zugleich sucht nun die neoliberale 'Mitte' den von ihr beförderten Rechtspopulismus für eine weitere Angsterzeugung zu nutzen, um sich durch eine solche Drohkulisse bei Wahlen zu stabilisieren.
Die systematische Erzeugung von Angst ist ja seit jeher ein wichtiges Herrschaftsinstrument.
Marcus Klöckner: Ihre Ausführungen lassen wohl keinen optimistischen Ausblick zu, oder?
Rainer Mausfeld: Ein realitätsleerer Optimismus mag sich gut anfühlen, kann uns hier jedoch nicht helfen. Gesellschaftlicher Optimismus muß auf Einsicht in die politische Realität gegründet sein und mit einem ernsthaften Veränderungswillen einhergehen. Jedenfalls wird es nicht einfach, diesen Zirkel und die mit ihm verbundenen Ohnmachtsgefühle zu durchbrechen. Historisch waren es häufig gerade zivilisatorische Katastrophen, die die Bereitschaft erhöhten, Macht und ihre Exzesse einzuhegen und grundlegende Änderungen der Gesellschaftsorganisation durchzuführen.
Diese Möglichkeit, zur Vernunft zu kommen, ist uns heute wohl versperrt, denn der nächste große Krieg wird vermutlich der letzte sein. Wir müssen uns also auf anderen Wegen zu der Einsicht durchringen, daß das ideologische Modell, auf dem unsere gesellschaftliche Macht- und Gewaltordnung basiert, mindestens genauso gescheitert ist wie das ideologische Modell der damaligen Sowjetunion.
Wir haben jetzt seit über 50, ja 100 Jahren eine kapitalistische Elitendemokratie, deren zerstörerische Wirkungen in unserer Gesellschaft und auf dem Planeten mehr und mehr zutage treten. Immer mehr Bürger erkennen oder erahnen dies, andere können oder wollen es nicht sehen und suchen, apathisch oder trotzig, ihren Status quo zu retten, wie mancher Passagier auf der Titanic. Das Modell Elitendemokratie ist jedenfalls, daran kann bei nüchterner Betrachtung wohl kein Zweifel bestehen, in verheerendem Maße historisch gescheitert.
Diese Einsicht wird interessanterweise offensichtlich auch von den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Zentren der Macht geteilt. Nur daß sie daraus entgegengesetzte Konse-

quenzen ziehen: Sie verzichten nämlich zunehmend vollends auf eine Demokratierhetorik und bedienen sich lieber einer Sicherheits- und Stabilitätsrhetorik, mit dem Ziel, die Bürger zu einer weiteren Selbstentmündigung zu verleiten, sodaß die Widerstände gegen die Errichtung eines autoritären Präventions- und Sicherheitsstaats möglichst gering sind.
Wir stehen also gegenwärtig, was die Gestaltung unserer Gesellschaft angeht und was unsere Zukunft allgemein betrifft, an mehrfachen Scheidewegen: gesellschaftlich, hinsichtlich einer Friedenssicherung sowie ökologisch. In solchen Situationen stellt auch ein Nichthandeln bereits eine Entscheidung dar. Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln. Wie die Zukunft aussehen wird, liegt also in unserer Hand. Möglichkeiten zum politischen Handeln gibt es genug. Wir müssen uns nur entschließen, sie zu ergreifen. …
Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. …<<
Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 26. März 2019 (x952/…): >>**Der Parteien-Staat**
Gewaltenteilung existiert in Deutschland nur auf dem Papier
Tatsächlich wird alles von einer kleinen Elite kontrolliert
von Jochen Mitschka
Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber, wer Gesetze beschließen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt die exekutive Gewalt einschließlich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie!
Hinzu kommt: Die oft als "vierte Gewalt" verklärte Presse ist alles andere als unabhängig. Die Parteien mischen über Rundfunkräte und ähnliche Gremien und mittels verschiedener Formen der Einflußnahme mit. Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, daß Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verläßt, ist verlassen.
Immer wieder wird behauptet, daß Deutschland das Prinzip der Gewaltenteilung sozusagen "im Blut" hätte, und ganz ernst nehmen würde. Im Grundgesetz gibt es eine Reihe von Regelungen, die ausdrücklich eine horizontale und vertikale Gewaltenteilung vorsehen. Hinsichtlich der Justiz sagt Artikel 97 (1) GG: "Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."
Was allerdings nach Ansicht von Richter Udo Hochschild nicht der Fall ist. Bei seinen Argumentationen, die er auf seiner Seite *gewaltenteilung.de* darlegt, macht Hochschild jedoch einen Fehler. Denn wenn er feststellt, daß es statt drei Säulen der Gewaltenteilung nur zwei gäbe, übersieht er eine gewichtige Tatsache.
Eigentlich gibt es nur eine einzige Säule der staatlichen Gewalt in Deutschland. Rechnet man die Medien nun noch als Gewalt im Staat hinzu - als sogenannte "vierte Gewalt", ergäbe das wieder eine zweite Säule - wenn sich denn die Interessen derjenigen, welche die Macht über den Großteil der Medien haben, von jenen Interessen unterschieden, welche die Parteien bei Ausübung der Staatsmacht verfolgen.
Die Justiz
Beginnen wir mit dem offensichtlichen Fall der Justiz, die der Exekutive untergeordnet ist, und damit keinerlei echte Eigenständigkeit aufweist. Die Seite *gewaltenteilung.de* verrät, daß der Europarat die Bundesrepublik aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen und die Möglichkeit zu ächten, daß der Justizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen kann.
Deutschland ignoriert diese Aufforderung des Europarats nach wie vor.
Daß Richterämter nach Parteizugehörigkeit oder -Neigung ernannt werden, wird niemanden

verwundern, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Die Politik, in Form eines Konsenses der staatstragenden Parteien, bestimmt über die Karriere von Richtern. Man könnte auch sagen: Die Richterämter werden in Hinterzimmern ausgeklüngelt.
Noch deutlicher wird es, wenn Politiker nach Aufgabe ihres Mandats zum Verfassungsrichter gekürt werden, und dann über die Gültigkeit eben jener Gesetze zu entscheiden haben, die sie oder ihre Parteifreunde selbst verabschiedet haben.
So schreibt die Wochenzeitung "Die Zeit" zur Ernennung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes:
"Still, fast geräuschlos ist in Berlin ein neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht ausgesucht worden, ein Richter, der zudem in zwei Jahren wohl auch Präsident des wichtigsten Gerichts der Republik werden wird. ... Auf Vorschlag der CDU soll in der kommenden Woche der Jurist Stephan Harbarth vom Bundestag zum Verfassungsrichter gewählt werden, zwei Jahre später wird er voraussichtlich Nachfolger des derzeitigen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle: erster Mann der dritten Gewalt.
... Roman Herzog etwa war Innenminister von Baden-Württemberg, ehe er Präsident des Verfassungsgerichts wurde (anschließend kehrte er zurück in die Sphäre des Politischen, als er Bundespräsident wurde). Jutta Limbach, die bislang einzige Präsidentin des Verfassungsgerichts, war zuvor SPD-Justizsenatorin in Berlin gewesen. Derzeit sitzen bereits zwei ehemalige Politiker im Verfassungsgericht, Peter Müller, ehedem Ministerpräsident des Saarlandes, und Peter M. Huber, vor der Berufung an das Gericht Innenminister in Thüringen" (Artikel: ZEIT ONLINE).
Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Also keineswegs vom Volk - den Wählern -, sondern von den Parteien, die selbst wiederum die Regierung durch Koalitionen bestimmen. Mit anderen Worten: Die möglichen Angeklagten suchen sich ihre Richter selbst aus. Wenn eine Studie der Universität Mannheim enthüllt, daß sich höchste Richter "bei ihren Entscheidungen manchmal auch von ihrer Parteinähe leiten" lassen, sollte das daher niemanden überraschen (LTO-Artikel).
Auch ohne auf die umfangreiche Begründung der Seite *gewaltenteilung.de* einzugehen, erkennt man, daß die Justiz eben nicht unabhängig von der Exekutive - oder genauer gesagt: nicht unabhängig von den Parteien - ist, die in der Regel die Regierung bilden, beziehungsweise die sich dabei abwechseln, die Regierung zu bilden.
Und so wird verständlich, warum sich noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.
Kommen wir zur nächsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Exekutive

In vielen Ländern wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt. Er stellt die Regierung auf und bestimmt die Richtlinien der Politik. In Deutschland ist dies nicht der Fall. In Deutschland gibt der Wähler seine Stimme einer Partei, die zuvor wiederum einen Kanzlerkandidaten bestimmt hat. Ob und was dann irgendwann mal die Regierung tut, hängt vom "Koalitionsvertrag" ab, der nichts mehr mit den Wahlprogrammen zu tun hat.
Mit anderen Worten: Die Exekutive wird nicht vom Wähler, sondern von Koalitionsverhandlungen bestimmt, die wiederum von Parteien geführt werden. Es gibt keine direkte Einflußnahme des Wählers auf die Regierungspolitik oder auf den Regierungschef. Alles wird durch die Parteien im deutschen Bundestag bestimmt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die eigentlich die Regierung kontrollieren sollen, ernennen sie.
Und wenn ein Wähler unzufrieden mit der Situation ist, wird erklärt, er müsse wählen, um "das geringere Übel" zu wählen, oder, um "Schlimmeres zu verhindern". Tatsächlich geht es

aber darum, eine ausreichende Wahlbeteiligung zu erreichen, damit die durch die Parteien geformte Regierung legitimiert wird.
Nun zur dritten, der vielleicht wichtigsten Säule der Gewaltenteilung.

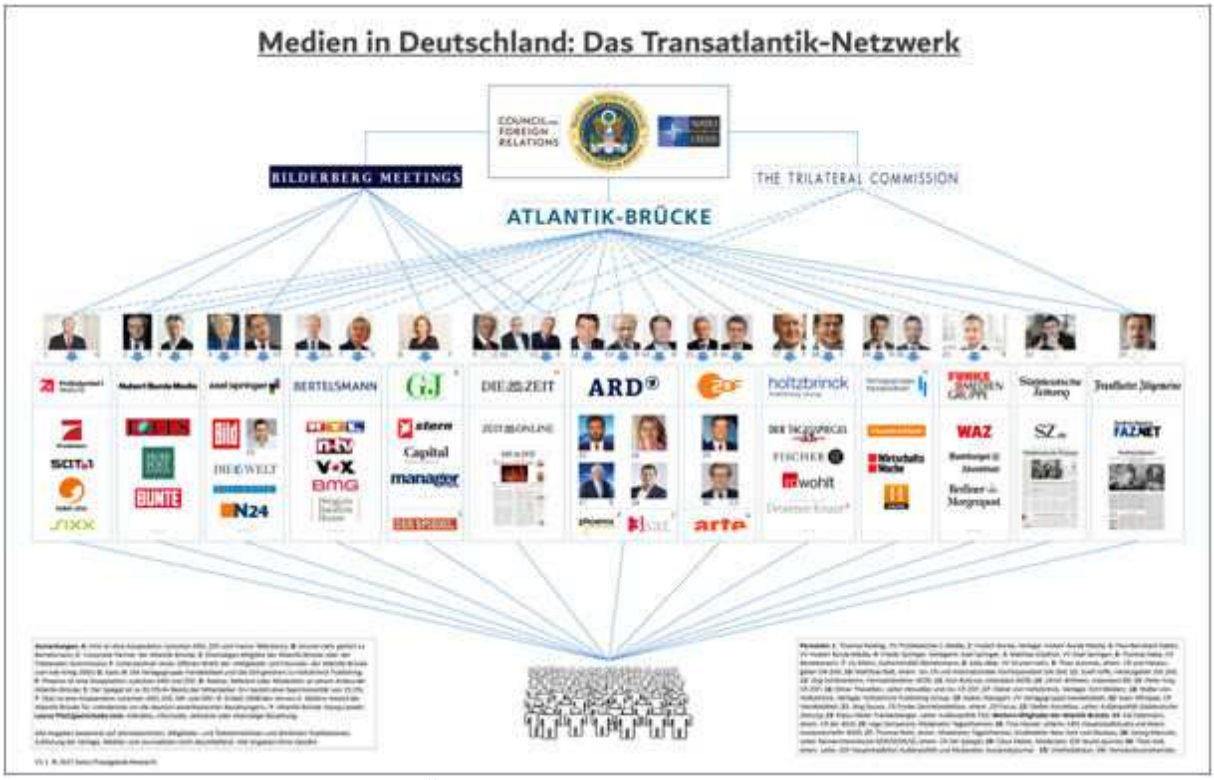
Die Legislative

Die angeblich "gesetzgebende Macht" in Deutschland ist der deutsche Bundestag. Nun sehen wir einmal davon ab, daß ein großer Teil der Gesetze inzwischen von Lobbyverbänden vorgeschrieben oder von Beraterfirmen überarbeitet wird. Tatsache ist, daß die Regierung Gesetze einbringt, und diese dann im Parlament, also im Bundestag, besprochen und angenommen oder abgelehnt werden. Theoretisch hat also der Bundestag (bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auch der Bundesrat) eine kontrollierende Funktion.
Aber wer ist denn "der Bundestag"? Im Bundestag sind die sogenannten "staatstragenden" Parteien vertreten. Zwischen diesen besteht ein grundsätzlicher Konsens, und wer diesen Konsens nicht teilt, der wird nicht als mögliche Regierungspartei akzeptiert. Welche Veränderungen dann in einer Partei stattfinden, kann man an der Vergangenheit der Grünen studieren, und bei der Partei "Die Linke" an der derzeitigen innerparteilichen Diskussion.
Mit anderen Worten: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, "Fraktionszwang" eine große Rolle - sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rücksicht auf Ruf und Karriere, angepaßt genug sein.
Also diejenigen, die die Regierung ernannt haben, bestimmen darüber, ob ein Gesetz, das ihre Regierung vorgelegt hat, angenommen wird oder nicht. Um es anders zu erklären: Eine Holding beschließt, eine Firma zu gründen und mit einem Vorstand zu versehen, und setzt dann eigene Leute im Aufsichtsrat zur Kontrolle ein, damit der Vorstand nicht gegen die vorgegebene Politik verstößt. Kleinaktionäre werden als Beobachter gerne zugelassen.
Die Holding gründet außerdem eine Reihe von Zulieferfirmen (Bundesrat) und geht mit diesen ebenso vor. Die Vorstände der Zulieferfirmen und des Hauptkonzerns gemeinsam bestimmen dann unter den aufmerksamen Augen der Aufsichtsräte die Zusammensetzung der Justiz und können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auch direkt in Gerichtsverfahren eingreifen.
Hochschild schreibt in seinem Fazit:
"Die im Art. 20 Grundgesetz vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.
Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt - der Rechtsstaat in Deutschland hat eine offene Flanke."
Kommen wir zur inoffiziellen, zur "vierten Gewalt im Staat".

Die Medien

Zunächst verfügen die Parteien über ihre "politischen Stiftungen" wohl bald über mehr als 1 Milliarde Euro an Steuergeldern, was zu einem beträchtlichen Teil in mediale Wirkung umgewandelt wird.
"Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits: 'Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten …'

Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, daß die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.
Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche 'Nichtregierungsorganisationen' (NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Auswärtigen Amt (AA) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert" (JM-Blog).
Interessenvertretungen der Parteien, also Parteistiftungen, finanziert durch Steuergelder, werden also als "Nichtregierungsorganisationen" bezeichnet und medial auch so behandelt.
Dann gibt es noch den sogenannten "Öffentlich-rechtlichen Rundfunk".
"Das Modell eines Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks hat versagt. Auch darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Nicht nur die privaten Medien beklagen unfairen Wettbewerb, auch das Verfassungsgericht befand die Einflußnahme der Parteien, im Sinne des Grundgesetzes, als zu groß. Und wer die schwache Rolle von Gewaltenteilung kennt, kann sich vorstellen, was ein solches Urteil wirklich bedeutet. Die Konsumenten ihrerseits sehen die GEZ-Gebühren als Zwang an, ohne daß sie dadurch einen Einfluß darauf erhalten, was ihnen vorgesetzt wird".
Die Öffentlich-rechtlichen Medien werden durch die Parteien und dem zwischen ihnen vereinbarten Konsens und die Koalitionsvereinbarung beherrscht. Wer die derzeitige Berichterstattung zu Venezuela beobachtet, wird dem kaum widersprechen können.
Medien in Deutschland: Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen besonders eng in transatlantische Netzwerke eingebunden. Die Infografik gibt einen Überblick über die wichtigsten Akteure und Verbindungen. Grafik: © *SWISS PROPAGANDA RESEARCH*.



Sowohl Stiftungen als auch die Öffentlich-rechtlichen Medien stehen also, wie die Legislative, die Exekutive und die Justiz, unter der Kontrolle der Parteien. Bleibt die Gruppe der privaten Medien.
"Medien gelten in Deutschland als 'Tendenzbetriebe'. Dies schränkt die Rechte der Mitarbeiter

ein und stärkt die Rechte des Eigentümers. Mit anderen Worten, der Eigentümer bestimmt, was geschrieben, gesendet wird. Je weniger unabhängige Medienunternehmen es gibt, desto einseitiger wird natürlich die Berichterstattung. Denn je größer die Unternehmen werden, desto enger sind sie in die Welt der Konzerne und des Finanzwesens eingebunden".
Wie uns die klassische Satire-Sendung "Die Anstalt" in mehreren Beiträgen nahe gebracht hat, existiert keine echte Pluralität der Meinung mehr in den Medien. Vielmehr sind es große Konzerne, welche die Weltbilder, die für sie wichtig sind, durch ihre Medien verbreiten. Fünf Verlage kontrollieren mehr als die Hälfte der Medien. Und alle sind sich einig in den grundsätzlichen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Notwendigkeit zu mehr Rüstung, dem gesellschaftlichen Nutzen der "unsichtbaren Hand des Marktes" oder unserer "gemeinsamen Werte" mit den USA.
Der Medien-Navigator 2018: Wie sind deutschsprachige Medien politisch und geopolitisch positioniert? Für den Medien-Navigator 2019 wurden insgesamt 80 verschiedene Publikationen untersucht. (Aktualisiert: Januar 2019). **Grafik:** © *SWISS PROPAGANDA RESEARCH*.

Diese "vierte Macht im Staat" könnte also nun tatsächlich eine gewisse Kontrollfunktion wahrnehmen, wenn sich denn die politischen Neigungen unterscheiden würden. Sehen wir den letzten Satz im vorherigen Absatz und beobachten wird die Entscheidungen der Regierung:
Zu Rüstung: Ausgaben verdoppeln auf einen Betrag, der den der Atommacht Rußland übersteigt. Zur unsichtbaren Hand des Marktes: die deutsche Lohnpolitik muß "marktgerecht" sein. Und wer die bedingungslose Vasallentreue hinsichtlich der Befolgung von US-Politik im Fall Venezuelas beobachtet, wird auch hierin die "gemeinsamen Werte" erkennen.
Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, sind in der Regel mit den Parteien auf einer Linie, weshalb keine Kontrolle erfolgt.

Fazit

Womit nachgewiesen wäre, daß es keinerlei praktisch wirksame Gewaltenteilung oder -Gewaltkontrolle in Deutschland gibt. Denn die großen Parteien bestimmen die Handlungen der Legislative, der Exekutive und der Justiz. Und über die Medien und "Nichtregierungsorganisationen" der Parteien wirken die Parteien auf die Medien, so daß allenfalls die privaten Medien zur Kontrolle in der Lage wären, sollten ihre Weltbilder sich von denen des Parteienkonsenses unterscheiden. Was aber in Deutschland nicht der Fall ist.

Die Frage steht im Raum: Warum gehen Wähler überhaupt wählen? Immer wieder wird vor Wahlen in ihnen eine neue Hoffnung erzeugt, immer wieder wird auch ein Drohszenario aufgebaut, das es zu verhindern gilt. Und so erreicht der Parteienstaat es immer wieder, ausreichend viele Wähler an die Urnen zu rufen, damit diese dem Staat ihre Legitimation erteilen.

Aber bald sind ja wieder Wahlen. Europawahlen. Dann werden wir wieder für das "Friedensprojekt" EU und gegen die bösen Nationalisten an die Urnen gerufen, während man uns vorgaukelt, die EU wäre Europa, und das EU-Parlament hätte gesetzgebende Gewalt.

Und wie immer werden wir aufgefordert werden, zuzustimmen, daß Europa drastisch für den Frieden aufrüstet, Renten und Löhne niedrig gehalten werden, damit die EU "konkurrenzfähig" bleibt, und daß wir hohe Einkommen schonen, weil das ja gut für alle ist. Wir werden zustimmen, daß Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Universitäten an private Investoren verkauft werden, weil die das viel "wirtschaftlicher" können als der Staat.

Und wir werden zustimmen, daß Milliarden an Steuergeldern für Beratungsunternehmen von außerhalb der EU ausgegeben werden, weil europäische - oder auch deutsche - Beamte angeblich nicht in der Lage sind, die EU beziehungsweise Deutschland zu verwalten.

Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfaßte er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. … Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er … Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg";

"Schattenkriege des Imperiums - Der Krieg gegen den Iran", und in der gleichen Reihe "Die Zukunft Palästinas"; die E-Books "Israel 2018" und "Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren".<<

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. veröffentlichte am 22. Mai 2019 folgende Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes (x934/…): >>**Erika Steinbach zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes**

Geburtstagskind in Not − Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes

Von Erika Steinbach - Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

… Nach der Wiedervereinigung gab es die Forderung nach einer gänzlich neuen Verfassung. Um etwa erforderlichen, zwingenden Änderungsbedarf festzustellen oder gar eine neue Verfassung einzufordern, wurde durch Bundesrat und Bundestag die Gemeinsame Verfassungskommission von Bund und Ländern eingesetzt.

Das Gremium kam zu der Erkenntnis, daß größere Änderungen auch nach der Wiedervereinigung entbehrlich seien und daß es aus rein juristischer Sicht keiner Volksabstimmung über das Grundgesetz bedürfe. Allerdings wies es in dem Bericht auch darauf hin, daß die Durchführung eines Volksentscheids über das Grundgesetz durchaus eine integrierende Wirkung zwischen Politik und Bürgern haben könnte.

Wir leben also bis zum heutigen Tage auf dem juristischen Fundament, das die Verfassungsväter und Mütter in schwierigster Zeit auf den Weg gebracht haben.

Was heutzutage beunruhigen muß, ist die blanke Feststellung, daß über elementare Teile des Grundgesetzes selbst die Bundeskanzlerin vorsätzlich hinweggeht. Die Aussage der Bundeskanzlerin, "Das Volk ist jeder, der in diesem Lande Lebt" ist zutiefst verfassungswidrig. Nicht jeder, der sich aus irgendeinem Teil der Welt hier legal oder illegal niedergelassen hat, gehört zum Volk. Unser Grundgesetz ist darin eindeutig.

Das Grundgesetz bestimmt in seinen Artikeln 20 und 116 das glatte Gegenteil. Und das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Oktober bereits 1990 dazu klargestellt, daß Artikel 20 ABS.2 Satz 1 bestimmt, daß das Staatsvolk unseres Landes Träger und Subjekt der Staatsgewalt ist und das Staatsvolk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, nach dem Grundgesetz von den Deutschen, also den deutschen Staatsangehörigen und den ihnen nach Artikel 116 gleichgestellte Personen gebildet wird.

Noch niemals zuvor seit 1949 hat ein Kanzler an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Norm der Verfassung so mir nichts, dir nichts einfach vom Tisch gewischt. Dabei handelt es sich beim Artikel 20 um einen Artikel mit Ewigkeitsgarantie, der nicht einmal mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden könnte. Die Kanzlerin unseres Landes hat hiermit eine rote Linie überschritten. Allerdings nicht erstmals.

Daß bindende Gesetze seitens der Kanzlerin in diktatorischer Selbstherrlichkeit freihändig mißachtet werden, ist keine Ausnahme. Seit 2005 hat die Kanzlerin mehrfach Entscheidungen gegen gültiges Recht und Gesetze getroffen: Von der Eurorettung über den abrupten Atomausstieg innerhalb von nur drei Tagen bis zur rechtswidrigen, unkontrollierten Aufnahme von inzwischen an die zwei Millionen Migranten reichen die autokratischen Entscheidungen, die unserem Land dauerhaft schwere Lasten aufbürden. Sie hat Deutschland massiven Schaden zugefügt.

Damit hat die Bundeskanzlerin massiv gegen den in Artikel 5 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Amtseid verstoßen. Der da lautet:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, daß Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe".

Deutschland ist auf dem Fundament des Grundgesetzes ein Rechtsstaat. Jeder, der in unserem

Lande lebt, hat unsere Gesetze zu respektieren und sich nach ihnen zu richten. Politiker, und insbesondere die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, haben in der Gesetzestreue Vorbild zu sein. Eine Kanzlerin, die sich öffentlich gegen elementare Rechtsgrundlagen unseres Staates stellt und sie aktiv mißachtet, hat im Grunde ihr Amt verwirkt.
Beunruhigend daran ist, daß das laut Grundgesetz zuständige Kontrollgremium über die Handlungen der Bundesregierung, nämlich der Deutsche Bundestag, all das hinnimmt und damit die ihm aufgegebene Verpflichtung nicht erfüllt.
Seit 70 Jahren leben wir in einem demokratisch verfaßten Staat. Dafür steht das Grundgesetz. Keine Demokratie der Welt kommt ohne das Recht der Meinungsfreiheit aus. Wo es keine Meinungsfreiheit gibt, da ist demokratisch formulierte Gesetzgebung reine Makulatur. Am Status der Meinungsfreiheit läßt sich der Zustand eines Staatswesens signifikant erkennen.
Hier entwickelt sich Deutschland in eine zutiefst beunruhigende Richtung. Immer weniger Menschen wagen, ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern offen auszusprechen aus Angst, stigmatisiert zu werden.
Der Umgang mit Männern wie Thilo Sarrazin oder Hans Georg Maaßen macht schlaglichtartig deutlich, wie mit nicht Mainstream konformen Überzeugungen brachial umgegangen wird. Da paßt das Motto, bestrafe einen, erziehe Hunderte. Leider zeigt das erkennbar Wirkung.
Im Bereich unseres wunderbaren deutschen Wortschatzes werden mehr und mehr Begriffe aussortiert, indem man sie stigmatisiert. Seit Jahren zunehmend.
Den Vogel hat der Mann abgeschossen, der seitens der Bundesregierung seit kurzer Zeit für den Schutz der Verfassung zuständig ist: der neue Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Er will, so sagte er, mit seiner Behörde dafür sorgen, daß die Grenze zwischen legitimem Protest und Extremismus wieder deutlich erkennbar wird. Er versteigt sich dazu, festzustellen, daß die "Neue Rechte" bewußt nicht mehr von "Rasse" spräche, sondern statt dessen von "Identität, Kultur und Ethnien".
Dieser sogenannte Verfassungsschützer trägt vorsätzlich dazu bei, nicht nur Meinungsfreiheit, sondern mit der Stigmatisierung dieser Unterscheidungsvokabeln auch Wissenschaft und Forschung zu begrenzen.
Eine Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist nur noch eine Pseudo-Demokratie. Mit diesem Verfassungsschutzpräsidenten hat die Bundesregierung gewollt den Bock zum Gärtner gemacht. Das muß uns alle in diesem Jubiläumsjahr des Grundgesetzes zutiefst beunruhigen.
Was die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes anbelangt, ist Gefahr im Verzug.
Es gibt ein wunderbares Volkslied:
"Freiheit die ich meine, die mein Herz erfüllt, komm' mit Deinem Scheine, süßes Engelsbild. Magst du nie dich zeigen der bedrängten Welt, führest Deinen Reigen nur am Sternenzelt."
Im siebzigsten Jahr des Grundgesetzes erleben wir ein Geburtstagskind in Not. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 10/2019 berichtete im Oktober 2019:
>>**Demokratie ohne Volk**
_von Daniell Pföhringer
… **Berliner Scheindemokratie**
In jüngerer Zeit ist es vor allem der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, der sich als Parteienkritiker einen Namen gemacht hat. …
In seinem Werk *Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun* (2008) kommt er zu dem erschreckenden Befund, daß sowohl der Regierung als auch dem Parlament über weite Strecken die demokratische Legitimation fehlen. Letzteres komme seiner Funktion als Kontrollinstanz nur ungenügend nach, das freie Mandat sei "nur noch schöner Schein", die Volkssouveränität "eine Fiktion zur Ruhigstellung" der Bürger, die Wahlen eine Veranstaltung "politischer Kartelle".
Nach Ansicht des Verfassungsrechtlers hätten sich die großen Parteien den Staat zur Beute

gemacht, betrachteten ihn als Selbstbedienungsladen und überlagerten - obwohl sie laut Grundgesetz zwar an der politischen Willensbildung mitwirken sollen, diese jedoch nicht allein bestimmen dürfen - alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Der gebürtige Darmstädter findet es gut, daß ein neuer Akteur auf den Plan getreten ist, der unabhängig vom Polit-Establishment agiert. "Daß es die AfD gibt, entspricht durchaus dem Sinn der Wettbewerbsdemokratie", so von Arnim in einem Interview mit der Welt . …

Mehr Macht dem Bürger

Man sollte jedenfalls nicht allein auf das Instrument Partei setzen. Der Wirtschaftswissenschaftler Thorsten Polleit sieht den Ausweg aus der Sackgasse sogar nur "in einer rigorosen Machtbeschneidung der Parteien" durch die Einführung von Volksentscheiden und Direktwahlen.

"Damit solche Änderungen eine Umsetzungschance haben, bedarf es der Rückbesinnung auf die ursprüngliche Idee der Demokratie. Sie steht nicht für Herrschaft der Mehrheit, sondern für den Schutz der Minderheit - und das individuelle Recht auf Selbstbestimmung", mahnt der Chefökonom der Degussa und Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth in einem Essay für die Wirtschaftswoche (im März 2019) an.

Er schreibt: "Wollen wir die Demokratie buchstäblich am Leben erhalten, müssen wir daher mittel- und langfristig größer denken - oder besser gesagt: kleiner. Müssen Absetzbewegungen, Sezessionen, Aufspaltungen - kleineren politischen Einheiten den Weg bereiten." Solche Entitäten seien "offen und friedfertig", sie müßten ihre "Bürger und Unternehmer pfleglich, das heißt, als Citoyen und Leistungserbringer behandeln", um ihren Rückzug oder gar ihre Abwanderung zu verhindern.

Polleit, der sicherlich ein Gemeinwesen wie die Schweiz vor Augen hat, kommt zu dem Schluß: "Politische Kleinheit verspricht nicht nur höheren Wohlstand, sondern auch ein Plus an Identität und unmittelbarer "Staatsnähe". Aber auch räumliche Nähe zwischen Regierten und Regierenden hilft, Mißstände im Keim zu ersticken und wirksam zu sanktionieren. Robert Michels' "ehernes Gesetz der Oligarchie" würde auch in kleinen Demokratien wirksam bleiben, gewiß. Aber seine Auswirkungen ließen sich leichter adressieren - und direktpolitisch minimieren."

Doch wie sah es Michels selbst? Er schrieb etwas ratlos: "Die immanenten Nachteile der Demokratie sind nicht zu verkennen. Trotzdem ist als Form die Demokratie das geringere Übel. Das Ideal wäre eine Aristokratie sittlich guter und technisch brauchbarer Menschen. Aber wo ist sie zu finden?" Eine Frage, die auch Kritiker des Parteienstaates beantworten müssen.<<

Der völkerrechtliche Status des Deutschen Reiches von 1871-2018

> Wer die Sicherheit der Freiheit vorzieht, ist zu Recht ein Sklave.
> *Aristoteles (384-322 vor Christus, griechischer Philosoph)*

Deutsches Reich

Souveränität: Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat. Das Deutsche Reich verfügte von 1871 bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 über die 3 klassischen Merkmale eines Staates:

- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz). Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.
- Staatsvolk. Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.
- Staatsgewalt. Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Staatsangehörigkeit: Die Staatsangehörigkeit richtete sich zum Schluß nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz des Deutschen Reiches von 1913. Jeder Deutsche, der im Deutschen Reich lebte, war damals nach dem öffentlichen Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher. Eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc.).

Innen- und Außenpolitik: Das Deutsche Reich zählte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Bedeutende Leistungen: Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze (Krankenkassenversicherung = 1883, Unfallversicherung = 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung = 1889) durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren sozialen Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. ("Ich will auch ein Kaiser der Armen sein ...") und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging.

Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Die diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern diese britischen Zwangsauflagen förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel"). Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/237).

Im Jahre 1910 verkaufte die deutsche Exportwirtschaft Güter im Wert von 16,4 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).
Die deutsche Exportwirtschaft wurde durch seine dynamische Entwicklung auch für die anderen europäischen Großmächte und die USA zu einem gefährlichen Konkurrenten.
Der französische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Henri Hauser berichtete später über die damalige Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches (x261/147): >>Das arme Deutschland, das 1870 auf der ökonomischen Landkarte kaum mehr als ein weißer Fleck war, ist in wenig mehr als 40 Jahren zu einer der großen Weltmächte aufgestiegen; es ist ihm gelungen, ... nach dem Sieg auf dem Schlachtfeld im industriellen Bereich zu kämpfen und zu siegen. ...<<

Herausragender Politiker: Otto von Bismarck

Otto von Bismarck (1815-1898, ab 1847 preußischer Abgeordneter, seit 1851 Gesandter des Frankfurter Bundestages, seit Herbst 1862 preußischer Ministerpräsident, seit 1867 Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes, von 1871-1890 Reichskanzler des Deutschen Reiches).
Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.
Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis.
Bismarck sagte später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<
Der deutsche Schriftsteller Ludwig Reiners (1896-1957) schrieb später über die politischen Ziele Bismarcks (x290/528): >>... Bismarcks Ziel war in den ersten 8 Jahren die allmähliche Unwandlung des losen deutschen Bundes in ein festeres Machtgebilde, das den Deutschen mehr Sicherheit bot, als sie in den letzten Jahrhunderten genossen hatten. In den folgenden 20 Jahren war sein Ziel die Sicherung des europäischen Friedens.
Zu seinen Mitteln hat oft die Täuschung seiner Gegenspieler gehört, denn ohne sie hätte er sein Ziel nicht erreichen können; aber er hat sie seltener benötigt als viele andere Staatsmänner seiner Zeit. Um berechtigte Forderungen durchzusetzen, hat er wiederholt, wenn die friedlichen Mittel erschöpft waren, Gewalt angedroht, aber oft ihre Anwendung nicht benötigt.
In den 3 Fällen, in denen sie zur Anwendung kam, war es zweimal – 1864 und 1870 – auch nach dem Urteil Europas – die Schuld seiner Gegner, und auch bei dem dritten Mal, dem Konflikt mit Österreich, wissen wir heute, daß Bismarck vorher nichts unterlassen hatte, um die Einigung Deutschlands ohne Krieg zu erreichen.
Wenn diese beiden Ziele – die Einigung Deutschlands und der europäische Friede – erreicht werden sollten, so benötigte die Natur in dieser unzulänglichen Welt einen Mann von großer Härte! Aus weicherem Holz hätte sie ihn nicht schnitzen können.<<
Der deutsche Historiker Gerhard Ritter schrieb später über Bismarcks politische Lebensleistung (x056/277): >>... Man macht es sich zu leicht, wenn man den Staat Bismarcks deshalb "zeitfremd" nennt, weil er keine "parlamentarische" Regierungsverfassung im Sinn der modernen Demokratie besaß. Der Mehrzahl der Deutschen erschien das damals keineswegs als verlockendes Ideal. ... Richtig ist aber, daß es Bismarck ganz und gar nicht verstanden hat, die

Deutschen zu freudiger und tätiger Mitwirkung am Staatsleben zu erziehen, ... die politischen Überzeugungen seiner Gegner und die Ideale seiner Parteien wirklich ernst zu nehmen. ... Der von ihm entfesselte "Kulturkampf" gegen den politischen Katholizismus und die Polizeiverfolgung der Sozialisten als "Staatsfeinde" gehören zu den traurigsten Erinnerungen deutscher Innenpolitik. Das alles hat für die Entwicklung deutschen Staatslebens ... böse Folgen gehabt.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<

Als der "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.

Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

Weimarer Republik

Souveränität: Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung).

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassische Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals bereits von Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert.

Staatsangehörigkeit: Die Staatsangehörigkeit richtete sich nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz des Deutschen Reiches von 1913. Jeder Deutsche, der im Deutschen Reich lebte, war damals nach dem öffentlichen Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher. Eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc.).

Innen- und Außenpolitik: Die Weimarer Republik zählte damals zwar völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, aber die maßgeblichen Politiker versuchten trotz alledem, die Interessen des deutschen Volkes zu verteidigen (Widerstand gegen die völkerrechtswidrige Ruhrbesetzung etc.). Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdlich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte.

Julius Leber (1891-1945, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer) erklärte im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... Nie werde es eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht aner-

kennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<

Bedeutende Leistungen: In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.

Trotz der fast hoffnungslosen Lage stellten sich mutige, pflichtbewußte deutsche Politiker den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegsjahre. Die Erste Deutsche Republik kämpfte unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft, die äußeren Grenzen zu schützen, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen sowie die Reparationszahlungen und die Bewahrung der Staatseinheit in den Griff zu bekommen.

Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde leider nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Herausragender Politiker: Philipp Scheidemann

Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, seit 1903 Mitglied des Reichstages, rief am 9.11.1918 die Deutsche Republik aus, seit Februar 1919 erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, lehnte die Unterzeichnung des Versailler Vertrages ab und trat Juni 1919 als Ministerpräsident zurück, von 1920-1933 Mitglied des Reichstages).

Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25): >>Arbeiter und Soldaten!

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt!

Es lebe die Deutsche Republik!

Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören.

Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete!

Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Ruhe, Ordnung und Sicherheit das ist das, was wir jetzt brauchen! ...

Es lebe die Deutsche Republik!<<

Ministerpräsident Philipp Scheidemann erklärte am 12. Mai 1919 während einer Sondersitzung der Deutschen Nationalversammlung (Kundgebung gegen den Versailler Gewaltfrieden) im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/780, x069/119): >>Der Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch einen Bruch ertragen, ohne daß aus ... allen Ländern der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<

>>... Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die

Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten?
Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfeld von Versailles liegenbleibt. Dabei würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue.<<
Ministerpräsident Scheidemann trat bereits im Juni 1919 zurück, da er es ablehnte, den Versailler Friedensvertrag zu unterzeichnen.
Mathias Forster schrieb später über Philipp Scheidemann (x051/514): >>Scheidemann, Philipp, geboren in Kassel 26.7.1865, gestorben in Kopenhagen 29.11.1939, deutscher Politiker; 1883 zur SPD, 1911 in den Parteivorstand, 1903-33 Mitglied des Reichstages.
Als Wortführer der Reichstagsfraktion forderte Scheidemann im Ersten Weltkrieg gegen die alldeutsche Kriegszielpropaganda einen Verständigungsfrieden und avancierte nach der Parteispaltung 1917 neben Ebert zum anerkannten Führer der SPD. Am 9.11.18 rief er (ohne Eberts Einverständnis) die deutsche Republik aus, um der beginnenden Revolution entgegenzuwirken, und bildete nach der Wahl zur Nationalversammlung am 13.2.19 die erste von SPD, Zentrum und DDP getragene demokratische Reichsregierung.
Am 11.5.19 legte er sich mit den Worten "Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich mit uns in diese Fesseln legt" auf die Ablehnung des Versailler Vertrages fest, trat im Juni zurück und wandte sich der Kommunalpolitik zu (1920-25 Oberbürgermeister von Kassel), blieb aber eine politische Figur von reichsweiter Wirkung, u.a. durch seine scharfe Kritik an der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee (1926).
1933 ging Scheidemann ins Exil und ließ sich nach Aufenthalten in Frankreich und den USA schließlich in Dänemark nieder. Schrieb "Memoiren eines Sozialdemokraten" (1928).<<

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Franz von Papen

Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumspartei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanzler, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei; ebnete 1933 Hitler den Weg zur Machtübernahme, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen*).*
Der rechte Zentrumspolitiker Franz von Papen (Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) wurde am 1. Juni 1932 durch Reichspräsident Hindenburg zum neuen deutschen Reichskanzler ernannt. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wurde ("Kabinett der Barone"), regierte zwangsläufig nur mit Notverordnungen.
Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") in Preußen durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand beseitigen bzw. absetzen ließ. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der pflichtbewußten Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".
Franz von Papen trat am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.
Papen traf sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um über die Bildung einer gemeinsamen Regierung zu verhandeln (x054/209).
Der Kölner Bankier Freiherr Kurt von Schroeder berichtete später über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 (x243/38-39): >>... Papen (führte) aus, daß er (es) für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte. ...
Hitler ... sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten. ... Er skizzierte Änderungen, einschließlich

der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland. ...
Von Papen und Hitler erzielten keine prinzipielle Einigung. ...
Diese Zusammenkunft wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft. ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. ...
Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen. ... Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen ... (entstehen) würde. ...
Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. Aufträge zur Verbesserung der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau. ...
Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt. ...<<
Papen vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.
Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<
Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete Hindenburg gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.
Vizekanzler Franz von Papen gratulierte Hitler am 14. November 1933 während einer Sitzung des NS-Reichskabinetts zur erfolgreichen "Reichtagswahl" (x032/98): >>... Wir, Ihre nächsten und engsten Mitarbeiter, stehen noch vollkommen unter dem Eindruck des einzigartigsten, überwältigendsten Bekenntnisses, das jemals eine Nation ihrem Führer abgelegt hat.
In 9 Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen.
Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt, weil sie fühlten, daß es ihr großer Wunsch war, alle Volksgenossen - gleich wo sie früher standen - unter Ihrer Führung zu vereinen.
Damit ist die nationalsozialistische Bewegung zum totalen Staat geworden. ...

Aus historischer Perspektive dieser Tage betrachtet, wird der 12. November ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, weil von hier aus innere, soziale Wirkungen im Kampf für die abendländische Kultur weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus ausstrahlen werden ...
Der Traum von den zwei Deutschlands, die man gegeneinander ausspielen könnte, ist endgültig ausgeträumt. ...<<
Franz von Papen wurde am 1. Oktober 1946 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen freigesprochen.

NS-Regime

Innen- und Außenpolitik: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.
Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.
Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<
Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.
Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte, ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.
Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.
Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.
Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).
Staatsangehörigkeit: 1934 löste das NS-Regime die einzelnen deutschen Staatsangehörigkeiten der deutschen Länder (Bayern, Preußen, Hessen, Württemberger etc.) durch die deutsche Staatsangehörigkeit "DEUTSCHES REICH" ab.

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Adolf Hitler

Adolf Hitler (1889-1945, lebte bis 1912 als Gelegenheitsarbeiter und Zeichner in Wien, nahm als Gefreiter im deutschen Heer am Ersten Weltkrieg teil, nach dem gescheiterte Putsch in München vom 8./9.11.1923 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, bereits im Dezember 1924 aus der Haft entlassen, erhielt am 25. Februar 1932 nach mehreren vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsbürgerschaft, wurde am 30.1.1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt).

Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Hitlers riskanten Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-220): >>Die Wallstreet kauft Hitler

Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat - die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung.

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert;

und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".
Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O.M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".
Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege mit, einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld. …<<
Hitler kündigte sein "NS-Vernichtungsprogramm" schon im Jahre 1934 an (x066/77): >>…
Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir, selbst untergehend, noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird seines Sieges über Deutschland froh sein. Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Wir werden nicht kapitulieren, niemals! Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen, eine Welt in Flammen. ...<<
Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).
Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 sogar zum Mann des Jahres (x268/50).
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges kamen schließlich mindestens 55 Millionen um, darunter waren etwa 5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten.
Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlichte, entzog sich erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler, 1889 in Braunau/Österreich geboren, schoß sich am 30. April 1945 einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbiß vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).
Der uneinsichtige Zyniker äußerte kurz vor seinem Freitod am 30. April 1945 (x033/611): >>... Ich weiß, morgen schon werden mich Millionen Menschen verfluchen, - das Schicksal wollte es nicht anders ...<<
Adolf Hitler gehörte sicherlich zu den merkwürdigsten Personen der Weltgeschichte. Obwohl dieser arbeitslose, berufslose "Künstler" noch mit 30 Jahren eine gescheiterte Existenz war, wurde der ehemalige Österreicher mit 44 Jahren das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und beendete mit 56 Jahren sein Leben in einem einzigartigen Chaos.
Hitler war zweifelsfrei ein gefährlicher Psychopath, der unter "normalen Umständen" sicherlich irgendwann im Irrenhaus oder im Zuchthaus gelandet wäre. Er verdankte seine "außergewöhnliche Karriere" in erster Linie den verhängnisvollen Folgen der Versailler "Friedensverträge", die das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg fast völlig zerbrachen.
Nach Hitlers Wahnvorstellungen sollte das "Dritte Reich" 1.000 Jahre dauern, aber schon nach "nur" 12 Jahren war der "braune Spuk" bereits vorbei. Innerhalb von 12 Jahren zerstörte dieser größenwahnsinnige "Führer", der eigentlich nur eine fremdbestimmte Marionette seiner perfiden ausländischen NWO-Geldgeber war, eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte.
Der Traum vom 1.000jährigen 3. Reich wurde für die deutsche Nation schließlich zu einem endlosen Alptraum. Die Massenverbrechen der NS-Verbrecherorganisation degradierten die jahrhundertelang geachteten, stolzen Deutschen schließlich zu einem gebrochenen und mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter". Vor allem der völlig sinnlose Völkermord

an den europäischen Juden wird seit Jahrzehnten erfolgreich genutzt, um das gesamte deutsche Volk mit Hilfe der völkerrechtswidrigen "Kollektivschuld" zu brandmarken und zu diskriminieren.

BRD und DDR

Souveränität: Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die von den westlichen Siegermächten gegründete BRD war wie die DDR nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen (völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen etc.) zählten die BRD und die DDR völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. …

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. … "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". …<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. …

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. …<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

… Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."** ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**

… Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, … Tempora, X-Keyscore … Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht …Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. …<<

Innen- und Außenpolitik: Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD und DDR führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.

Die freien, geheimen Wahlen in der BRD waren zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän handeln. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der

zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Staatsangehörigkeit: In der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 hieß es u.a. (x859/...): Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. …<<

In Ostberlin verkündete der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten sollte (x105/306). In dieser Verfassung der DDR hieß es u.a.: … "Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit".

Ostdeutschland: Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich zunächst um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete, aber diese Bemühungen währten nur bis zum 7. Dezember 1970 (Warschauer Vertrag).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>**Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"**

Als "null und nichtig" bezeichnete am 9. Juni 1950 die Regierung der Bundesrepublik Deutschland das drei Tage zuvor in Warschau von Vertretern der DDR und Polens unterzeichnete Regierungsabkommen, das am 6. Juli 1950 in Görlitz, genauer in dessen rechts der Neiße gelegenem Teil, förmlich geschlossen werden sollte.

Unwirksam seien die dort getroffenen Vereinbarungen über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen, niemals werde sich die Bundesregierung als Sprecherin des gesamten deutschen Volkes mit "der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden". …

Tatsächlich konnten weder die DDR noch die Bundesrepublik mangels Souveränität über eine mit der Grenzfestlegung verbundene Abtretung deutschen Gebiets verfügen. Der durch die Potsdamer Vereinbarungen keineswegs eliminierte deutsche Gesamtstaat war aufgrund fehlender Organe hierzu ebenfalls nicht in der Lage.

Als völlig abwegig beurteilte man die Festschreibung einer "Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland" also ein Handeln der DDR im Namen ganz Deutschlands, als dessen reorganisierter Kernteil sie sich verstand.

Alle Bundesregierungen bis 1969 betonten in der Folge konsequent den allenfalls provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze. Immer wieder gab es entsprechende Bekundungen von Politikern der Regierungs- sowie der Oppositionsparteien.

So attestierte etwa Willy Brandt 1963 in der Stuttgarter Zeitung demjenigen, der "der diktierten Grenzlinie (an Oder und Neiße) zustimmt", daß er "es nicht gut mit den zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen" meine. Auf Regierungsebene sprach sich Brandt als Außenminister erstmals 1968 für eine "Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" aus.

Bekanntlich spielte die Grenzfrage in den deutsch-polnischen Vereinbarungen der frühen 70er Jahre eine bedeutende, die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema polarisierende Rolle. Im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 stellten die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz festgelegt worden sei, "die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet". Sie erklärten, "daß sie

gegeneinander keine Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden".
Daß mit diesen von der sozial-liberalen Regierung ausgehandelten Formulierungen keinerlei Vorwegnahme einer friedensvertraglichen Regelung erfolgt sei, sie "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" bildeten, bekräftigte auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag am 10. Mai 1972 - eine Auffassung, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu den Ostverträgen vom 7. Juli 1975 bestätigte.
Tatsächlich verfestigte sich jedoch die Grenze an Oder und Neiße im Bewußtsein vieler Politiker sowie großer Teile der Öffentlichkeit im Laufe der Zeit immer mehr. Selbst manche Vertreter der christlich-liberalen Regierungen nach 1982 stellten nur noch in Sonntagsreden für Vertriebene die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze in Frage. …<<
Bedeutende Leistungen: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lag das geschlagene Deutsche Reich fast vollständig in Trümmern. Infolge der jahrelangen Bombenangriffe und Kriegshandlungen waren in Mittel- und Westdeutschland Millionen von Wohnungen vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie unbewohnbar waren.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Zerstörungen in den Westzonen Deutschlands (x063/618-619): >>Allein in den Westzonen waren 2 ¼ Millionen Wohnungen – ein Fünftel des gesamten Wohnraums – völlig zerstört, 2 ½ Millionen schwer beschädigt. Öffentliche Gebäude, Kirchen, Bahnhöfe, die meisten Brücken, Post- und Telegraphenämter waren, wenn nicht zerstört, so doch hart getroffen. Auch die für jede größere Stadt lebenswichtigen unterirdischen Anlagen, Kanäle, Wasserleitungen, Kabel, hatten gelitten. In Berlin z.B. waren 3.000 große Wasserrohrbrüche zu beseitigen, die Abwässer wurden in die Kanäle geleitet, weil von 84 Pumpstationen nur noch 23 arbeiteten.
Der Schutt, der bei Kriegsende auf Deutschland lag, wird auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt, dazu kamen 17 Millionen Ziegelsteine, die herausgesucht, mit der Hand geputzt und wieder verbaut wurden.
Der neuen Generation fällt es schwer, sich den trostlosen Zustand der Eisenbahnen vorzustellen – ohne Licht, ohne Fenster, ohne Heizung im bittersten Winter, viele Straßen durch Bombentrichter aufgerissen – 3.000 Eisenbahnbrücken zerstört, darunter alle über den Rhein und die Weser, 23 von 24 über den Main und 22 von 34 über die Donau. ... Bombentrichter übersäten die Gleisanlagen, zerfetzt ragten Schienenteile und Signalanlagen in die Luft. Der Kern des Ruhrgebietes war von der Umwelt völlig abgeschnitten.<<
In dieses zerstörte Land - voller Not und Elend -, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sowie ostdeutsche Flüchtlinge aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten, kamen damals zusätzlich noch Millionen von gewaltsam vertriebenen Ostdeutschen, Sudetendeutschen und Volksdeutschen aus Polen und Ungarn. Den Einheimischen, Flüchtlingen und Vertriebenen mangelte es vor allem an Wohnraum, Nahrung, Heizmaterial und an Kleidung.
Obgleich die geschlagenen Deutschen menschenunwürdig hausten, hungerten und froren leisteten sie täglich schwere Wiederaufbauarbeiten. Nicht Männer, sondern mehrheitlich Frauen, Kinder, Greise und Krüppel schufen dort in den bitteren Nachkriegsjahren zwischen Trümmern und Verwüstung aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage.
Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtete z.B. am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft. …
100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark

in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation waren rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft geraten (x026/36). Nach dem Kriegsende wurden Millionen von deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR, Frankreich, Großbritannien Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien und in anderen Ländern als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Falls die deutschen Kriegsgefangenen die jahrelange schwere Zwangsarbeit lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück.
Die Siegermächte drückten die geschlagenen Deutschen nach dem Kriegsende auf die unterste Stufe des menschlichen Daseins herab, aber die meisten Deutschen gaben trotz alledem nicht auf. Millionen von Vertriebenen jagte man vollständig ausgeplündert und aus ihrer Heimat. Diese Deutschen besaßen praktisch nur noch ihr Leben und ihre Arbeitskraft, ihre geistigen Fähigkeiten und ihr handwerkliches bäuerliches Geschick, doch auch sie waren nicht bereit, widerstandslos aufzugeben, sondern sie wollten überleben und mehrheitlich unbedingt wieder nach oben kommen.
Nach Jahren härtester Wiederaufbauarbeit schafften die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, trotz Hunger, Elend und Not schließlich den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Infolge des unglaubliche Arbeitseifers und des mutigen Unternehmungsgeistes der Deutschen stieg die Industrieproduktion von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betrugen (x069/-215).

Herausragender Politiker: Kurt Schumacher

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, 1930-1933 SPD-Abgeordneter des Reichstages, von 1933-1945 fast ständig in KZ-Haft, seit Mai 1946 SPD-Vorsitzender, strebte die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und eine freiheitlich-demokratische Verfassung an, ab 1949 SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages).
Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...
Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...
Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<
Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte. …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die

Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 28. Oktober 2000 über Kurt Schumacher (x887/...): >>**"National sein ist Ehrensache!"**
... Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren."
Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden".
Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.
Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. ...
Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. … Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.
Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften … teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen. ...
In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"
"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"
Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieen sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...
Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen … verstricken zu lassen."<<

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Willy Brandt

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenmini-

ster, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).
Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Brandts Außenpolitik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt". Die Verträge von Moskau und Warschau und leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.
Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis und 1981 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später am 30. November 2013 über Willy Brandt (x887/...): >>**Nicht nur sein Kniefall polarisierte**
Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war zeitlebens umstrittener als Willy Brandt
... Nach der Bundestagswahl 1969 entschied sich Brandt für eine Koalition mit der FDP. Mehrere bis heute wirkende Schlagworte und Zielsetzungen prägten Brandts Amtszeit in der sozialliberalen Koalition: "Wir wollen mehr Demokratie wagen", "Neue Ostpolitik", "Wandel durch Annäherung".
Willy Brandts Kniefall am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes in Warschau setzte im Dezember 1970 ein weltweit beachtetes Zeichen. Er war Ausdruck einer Politik gegenüber den Ostblockstaaten, die 1970 die Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen zum ersten Ergebnis hatte. …
Erst sehr viel später wurde bekannt, in welchem Maße die Stasi der DDR jenseits der Verhandlungstische mitmischte. Als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel 1972 versuchte, Brandt über ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, da scheiterte er an zwei fehlenden Stimmen aus dem eigenen Lager. Jeweils ein Abgeordneter der CDU und der CSU waren von der Stasi gekauft worden. Der Verrat kostete pro Stimme 50.000 Mark.
Die dem Mißtrauensvotum noch im selben Jahr folgende vorgezogene Bundestagswahl brachte beiden Regierungsparteien Stimmengewinne. Um so überraschender war für die Öffentlichkeit das rasche Ende der Regierung Brandt. Über den Hang "Weinbrand-Willys" zum Alkohol und seine überdurchschnittliche Zuwendung zum weiblichen Geschlecht gab es massive Gerüchte. 1974 kursierte ein Geheimdossier des Bundeskriminalamtes, das akribisch auflistete, welche erotischen "Zuführungen" wann und wo stattgefunden hatten. In dieser - etwas längeren - Liste war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten gewesen waren. Das Papier hatte Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, veranlaßt, es war also amtlich. Das war schon pikant genug.
Sehr viel schlimmer aber war der Umstand, daß der Referent des Kanzlers, der die Damen seinem Herrn auf den letzten Metern "zuführte", der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume war. Schlimmer noch: Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange weiter in Anspruch genommen, nachdem der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits in Verdacht geraten war. Die Stasi hatte weiter ungestört mithorchen können.
Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen Rücktritt. Er blieb aber weiter politisch aktiv. So behielt er den 1964 von Erich Ollenhauer übernommenen Parteivorsitz bis 1987. Ein halbes Jahrzehnt später, am 8. Oktober 1992, starb er an den Folgen einer Krebserkrankung. Auf dem Waldfriedhof in Berlin wurde er beigesetzt.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später am 10. Juni 2016 über Willy Brandt: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**
... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel".
Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.
Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". ...<<

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990: BRD + DDR = DDR 2.0
Souveränität: Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA unterzeichnet. Die Deutsche Demokratische Republik trat danach am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei.
Bei der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich eigentlich nur um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei abhängigen, unsouveränen Staatsgebilden.
Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren nie souveräne Staaten. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.
Die BRD und die DDR waren lediglich Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines souveränen Staates.
Während der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 wurden demnach nur zwei unsouveräne Besatzungskonstrukte (völkerrechtlich nicht politisch und ökonomisch unabhängige Vasallenstaaten) zusammengeführt.
In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954) und blieb weiterhin Zwangsmitglied der Europäischen Union, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.
Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen blendete man damals außerdem kurzerhand komplett aus. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und Artikel 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.
Innen- und Außenpolitik: In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde zwar ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet, aber das neue Verwaltungskonstrukt - BRD und DDR = BRD - übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Aufgrund der eingeschränkten Selbstbestimmung führten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland

weiterhin alle Vorgaben des US-Imperiums gewissenhaft und widerstandslos aus.
Nach der sogenannten Wiedervereinigung wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.
Staatsangehörigkeit: Für die Staatsangehörigkeit der Deutschen gibt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland keinen speziellen Artikel.
Im Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes werden die deutschen Staatsangehörigen lediglich als Bewohner bezeichnet.
Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):
>>Artikel 25
Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<
Ostdeutschland: Die Regierung der BRD bemühte sich während der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 nie um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete.
Die Bundesrepublik Deutschland trat mit dem deutsch-polnischen "Grenzanerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße Gebiete eigenmächtig ab, obwohl sie weder staats- noch völkerrechtlich verfügungsberechtigt war, da die Territorialgewalt über Ostdeutschland nach wie vor allein das Deutsche Reich ausübte.
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>**Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"**
… Bereits vor dem Fall der Mauer verkündete Außenminister Genscher am 27. September 1989 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, das polnische Volk solle wissen, "daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird". Eine entsprechende Bundestagserklärung folgte bald darauf.
In seiner Regierungserklärung vom 21. Juni 1990 kündigte Bundeskanzler Kohl an, daß das wiedervereinigte Deutschland die "Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft" völkerrechtlich anerkennen werde: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit." …<<
Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**
Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. …
Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:
"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland

zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekniet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." …<<

Bedeutende Leistungen: Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Nach der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Der staatlich geförderte Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und unterstützte die Herrschaft der religiösen Öko-Hysteriker und falschen Klimapropheten. Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig nicht selten zu den Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen.

Die linksradikalen Gutmenschen und die Massenmedien setzten danach unentwegt Rechtfertigungsgründe, wie z.B. Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Rassismus usw., ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und die Illusion eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates zu vermitteln.

Die katastrophalen politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015) werden langfristig den deutschen Industriestandort und das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog." Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration vollständig vernichten.

Herausragende Politiker: Fehlanzeige!

Gehorsame Erfüllungsgehilfen und willige Handlanger der Neuen Weltordnung: Helmut Kohl und Angela Merkel

Helmut Kohl (1930-2017, deutscher CDU-Politiker, 1969-1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, 1976-2002 Mitglied des Bundestages, 1973-1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1982-1998 Bundeskanzler, setzte sich 1989/90 für die zügige Verwirklichung der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein: lehnte eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte die französische Forderung, die deutsche DM-Währung abzuschaf-

fen, erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, 1999/2000 Mittelpunkt einer Finanz- und Parteispendenaffäre, im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt).
Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) frühzeitig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Am 19. Juni 1983 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten, eine Europäische Union zu gründen. In Maastricht schloß man am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer einheitlichen stabilen Währung. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.
Der Maastrichter Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Dieses völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der Europäischen Union ein. Danach begann allmählich die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Die staatlichen Kompetenzen der Nationalstaaten wurden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.
Bundeskanzler Kohl lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab. Da der französische Ministerpräsident Mitterrand für seine Zustimmung zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands die Einführung des Euros und die Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund verlangte, opferte Bundeskanzler Helmut Kohl angeblich zur Wahrung nationaler Interessen im Jahre 1990 wesentliche Teile der mühsam erreichten deutschen Souveränität.
Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterrand bildeten später den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und setzten die Einführung einer gemeinsamen Währung durch, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999. Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr genutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.
Im Verlauf der Privatisierung von mitteldeutschen Staatsunternehmen verdichteten sich seit 1999 die Hinweise, daß Bundeskanzler Kohl u.a. dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen gewährt hätte. "Die Zeit" erklärte damals zum Beispiel, es seien über die Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Der französische Ministerpräsident Mitterrand soll demnach persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede war von 30 Millionen Mark CDU-Wahlkampfhilfe "für Europa".
Bundeskanzler Kohl, der damals auch CDU-Parteichef war, verfügte jahrelang über diverse "Schwarze Kassen", um in allen CDU-Landesverbänden "unbürokratisch" zu helfen.
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 deutscher Bundeskanzler (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**
Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?
Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in

Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.
Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. …
In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat. …<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>**Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?**
... Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung
… Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden … Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit zögernd zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte. Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt. …
Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität.
Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**
Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere
… Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>… Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. …<<
Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**

… "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:
"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekniet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." …<<

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit Herbst 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).
Zitate der Angela Merkel von 1991 bis 2016
>>Und Anpassung ist auch – selbstverständlich – Teil meines Lebens gewesen. Und ist es heute auch noch.<< *(Gespräch mit Günter Gaus, 28.10.1991 – x323/11).*

>>Ich bin ein relativ sonniges Gemüt, glaube ich, und hatte immer die Erwartung, einigermaßen fröhlich durchs Leben zu kommen, egal, was passiert.<< *(Herlinde Koelbl, Spuren der Macht, Eintrag Oktober 1991 – x323/11).*

>>Mein Großvater väterlicherseits war Pole. Insofern bin ich ein Integrationsprodukt.<< *(Der Spiegel 44/2000 – x323/13).*

>>Deutschland ist keine globale Heilsarmee und die deutsche Politik ist zuallererst dem Wohle der Menschen in diesem Land verpflichtet.<< *(Rede auf dem CDU-Parteitag, 11.11.2002 – x323/52).*

>>Weil wir den Holocaust als Singularität (Sonderfall) anerkannt haben, können wir heute sagen: Wir sind frei, wir sind vereint, wir sind souverän. Diese Anerkennung hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind.<< *(Rede auf dem CDU-Parteitag, 1.12.2003 – x323/21).*

>>Ohne eine europäische Verfassung hätte Europa keine Zukunft.<< *(Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz, 11.2.2004 – x323/98).*

>>Die multikulturelle Gesellschaft ist grandios gescheitert.<< *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.11.2004 – x323/52).*

>>Ich will Deutschland dienen.<< *(Dankesrede zur Nominierung als gemeinsame Kanzlerkandidatin von CDU/CSU, 30.5.2005 – x323/22).*

>>Agitation und Propaganda? Ich kann mich nicht erinnern, in irgendeiner Weise agitiert zu haben. Ich war Kulturbeauftragte.<< *(Zu ihrer Position in der FDJ. Angela Merkel. Mein Weg, 2005 – x323/15).*

>>Die überzeugte Europäerin Merkel ist grundsätzlich skeptisch gegenüber Volksentscheiden, egal um welches Thema es sich handelt.<< *(Angela Merkel. Mein Weg, 2005 – x323/110).*

>>Die NATO hat eine wesentliche Erweiterungsrunde hinter sich, aber wir sind noch nicht am Ende. Wir haben in Bukarest gesagt: Auch die Ukraine und auch Georgien werden Mitglieder der NATO sein.<< *(Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz, 7.2.2009 – x323/80).*

>>Mal bin ich liberal, mal bin ich konservativ, mal bin ich christlich sozial – und das macht die CDU aus.<< *(Anne Will, 22.3.2009 – x323/15).*

>>Ich danke den 16 Millionen in Deutschland über die Jahrzehnte stationierten Amerikanern, ohne deren Beistand als Soldaten, als Diplomaten und als Helfer die Überwindung der Teilung Europas unmöglich gewesen wäre. Wir freuen uns auch heute und in Zukunft über amerikanische Soldaten in Deutschland.<< *(Rede vor dem US-Kongreß, 3.11.2009 – x323/34).*

>>Die Sicherheit Israels ist für mich niemals verhandelbar. Im Übrigen wird nicht nur Israel bedroht, sondern die ganze freie Welt. Wer Israel bedroht, bedroht auch uns.<< *(Rede vor dem US-Kongreß, 3.11.2009 – x323/81).*

>>Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung in vielerlei Hinsicht möglich ist.<< *(Rede auf der Konferenz "Falling Walls", 9.11.2009 – x323/92).*

>>Die zu beschließenden Hilfen für Griechenland sind alternativlos, um die Finanzstabilität des Euro-Gebietes zu sichern.<< *(Regierungserklärung zu den angeblichen Hilfen für Griechenland, 5.5.2010 – x323/100).*

>>Moscheen etwa werden stärker als früher ein Teil unseres Stadtbildes sein.<< *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.2010 – x323/54).*

>>Unser Land leidet im Übrigen nicht an einem Zuviel an Islam, sondern an einem Zuwenig an Christentum.<< *(Rede bei dem CDU-Parteitag, 15.11.2010 – x323/25).*

>>Bürgerkriegsflüchtlinge, wie wir sie eventuell aus Libyen zu erwarten haben, sind Flüchtlinge, die unserer Solidarität bedürfen.<< *(Regierungserklärung zum Europäischen Rat, 24.3.2011 – x323/42).*

>>Ich bin heute erst einmal hier, um zu sagen: Ich freue mich darüber, daß es gelungen ist, bin Laden zu töten.<< *(Pressekonferenz, 2.5.2011 – x323/82).*

>>Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhinkommen, an einigen Stellen auch Souveränität, Rechte an andere abzugeben.<< *(Auf dem Evangelischen Kirchentag, 4.6.2011 – x323/93).*

>>Wir müssen akzeptieren, daß die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten besonders

hoch ist<< *(Videobotschaft, 18.6.2011 – x323/56).*

>>Wir hoffen, daß das Blutvergießen in Syrien sehr schnell vorbei sein wird und auch Syrien einen Weg der Selbstbestimmung gehen kann, ähnlich wie Libyen.<< *(Rede anläßlich des Neujahrsempfangs für das Diplomatische Korps, 30.1.2013 – x323/82).*

>>Erstens war ja mit dem Einigungsvertrag und mit dem, öhm, Zwei-Plus-Vier-Abkommen, öhm, eigentlich die Souveränität hergestellt.<< *(Gefragt, ob Deutschland noch unter Besatzungsrecht stehe. Wählergespräch in Stuttgart, 21.8.2013 – x323/37).*

>>Gemeinsam mit Israel treten wir für Menschenrechte ein – für Respekt und Bewahrung der Würde des Einzelnen.<< *(Rede bei der Verleihung des israelischen Staatsordens, 25.2.2014 – x323/83).*

>>Asylgewährung ist kein Akt von Dankbarkeit oder sonst etwas, sondern es gibt ganz klare Voraussetzungen.<< *(Warum sie Asyl für Edward Snowden ablehnt. Sommerpressekonferenz, 18.7.2014 – x323/39).*

>>Die Muslime und ihre Religion, der Islam, sind Teil unseres Landes. Eine Islamisierung sehe ich nicht.<< *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.1.2015 – x323/58).*

>>Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das. Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muß es überwunden werden.<< *(Sommerpressekonferenz, 31.8.2015 – x323/43).*

>>Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt kein Obergrenze; das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen.<< *(Rheinische Post, 11.9.2015 – x323/44).*

>>Es ist im Augenblick nicht möglich. Zahlen zu benutzen. Aber das ist auch egal.<< *(Nach aktuellen Flüchtlingszahlen gefragt. Anne Will, 7.10.2015 – x323/45).*

>>Die stärkste Antwort … an Terroristen ist, unser Leben und unsere Werte weiter so zu leben wie bisher, selbstbewußt und frei, mitmenschlich und engagiert.<< *(Bundestagsrede, 25.11.2015 – x323/65).*

>>Bei uns leben drei Millionen türkischstämmige Bürgerinnen und Bürger. Das sind Menschen, für die ich mich genauso verantwortlich fühle wie für diejenigen, die schon jahrhundertelang deutsche Wurzeln haben.<< *(Bundespressekonferenz zu den Terroranschlägen in Ansbach und Würzburg. 28.7.2016 – x323/29).*
Die "Schweriner Volkszeitung" berichtete am 21. November 2015: >>**Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin**
… Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendengesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:
Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie je-

mand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."
Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingeigelt hatten. …<<
Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU.
Nach dieser Atomkatastrophe im japanischen Fukushima entschied sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Kehrtwende in der deutschen Atompolitik. Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 24. September 2011: >>**Die wahre Schuldenlast**
Deutschlands große Lüge
Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000 Milliarden Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.
... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.
Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen. ...<<
Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland Bei diesen angeblich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlingen (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).
Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.
Das US-Magazin "TIME" wählte Angela Merkel im Dezember 2015 zur "Person des Jahres" (x323/43).
Infolge der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und weiterhin ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.
Die von Bundeskanzlerin Merkel angeordneten politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im

Jahre 2015) dienten nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.
Die arglistig durch die eigene Regierung eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes den gesamten deutschen Staat unaufhaltsam zerstören.
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**
… Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid."
HÖRT, HÖRT!
Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.
Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":
- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.
Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zu Gunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt.
Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?
Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."
Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar. …<<
Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:
Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018.

Diese "staatlich" angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen fügten der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu und werden letzten Endes den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland unumkehrbar zerstören sowie den deutschen Sozialstaat vollständig liquidieren.

Das NWO-Geheimprojekt: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands"

Laßt, Vater, genug sein des grausamen Spiels.
Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)

1. Phase des NWO-Geheimprojektes: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands". Schlüsselereignisse von 1914-1919

Inszenierung des Ersten Weltkrieges, fehlende US-Neutralität, Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte im Jahre 1916, Kriegseintritt der USA im Jahre 1917, Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918, Verluste des Ersten Weltkrieges, Versailler Friedensvertrag, Sieger und Verlierer des Ersten Weltkrieges.

Inszenierung des Ersten Weltkrieges: Bis zum heutigen Tag behauptet das Meinungskartell der Mainstream-Historiker, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten tragen Weltkrieges würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund. Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der maßgeblichen NWO-Strategen führten zur Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches und zur Entstehung beider Weltkriege.

Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich und USA duldeten keinen weiteren Konkurrenten. Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

Fehlende US-Neutralität: Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bilden sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...

Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.

Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."

Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht. …<<

Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte im Jahre 1916: Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.
Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.
Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68).
Kriegseintritt der USA: Nach der Versenkung mehrerer US-Schiffe, führte der deutsche U-Boot-Krieg schließlich am 6. April 1917 zum US-Kriegseintritt.
Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde.
US-Senator George Norris aus Nebraska gab im Jahre 1917 folgende Stellungnahme ab (x056/137): >>... Nach meiner Meinung hätten wir von Anfang an die strikteste Neutralität wahren sollen. Wenn wir das getan hätten, stünden wir jetzt nicht am Rande des Krieges. ... Der Krieg bringt Reichtum für die Spekulanten der Wall Street ... Sie wollen Geld verdienen durch den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ... Wir gehen in den Krieg auf den Befehl des Goldes ...
Die Folgen könnten sein, daß Millionen unserer Brüder ihr Blut vergießen müssen, daß Millionen Frauen weinen müssen, daß Millionen Kinder frieren müssen und Millionen Säuglinge verhungern müssen – und alles nur, weil wir das Recht amerikanischer Bürger wahren wollen, Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern.<<
Winston S. Churchill, während des Ersten Weltkrieges britischer Marineminister, berichtete später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<
Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen. Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen.
Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918: Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten.
Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.
Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom

11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt. Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Deutschland zählte danach zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden bzw. zu den Staaten ohne Selbstbestimmung.
General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<
Verluste des Ersten Weltkrieges: Nur weil die damaligen Großmächte damals nicht bereit waren, das neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren, mußten infolge des Ersten Weltkrieges mindestens 18 Millionen Menschen sterben, darunter waren etwa 1,8 Millionen deutsche Soldaten und 1,1 Millionen deutsche Zivilisten.
Versailler Friedensvertrag: Aufgrund der ultimativen Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag".
Infolge der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung - wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648 - der menschenverachtenden Gewalt beugen. Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war zweifelsfrei ein hinterhältiger Gewaltakt der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA (Ziele: Ausschaltung der "aufmüpfigen" deutschen Industrie- und Wirtschaftsmacht, Durchsetzung von gewaltsam erpreßten, ungerechten "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc., die zwangsläufig zu einem erneuten Krieg führen mußten). Ohne die heimtückischen Maßnahmen und katastrophalen Folgen dieses vermeintlichen "Friedensvertrages" hätte es sicherlich keinen Zweiten Weltkrieg gegeben.
Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc. unwirksam, so daß die Grenzen des Deutschen Reiches völkerrechtlich unverändert blieben.
Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. …<<
Sieger und Verlierer des Ersten Weltkrieges: Die Vereinigten Staaten von Amerika, die vor dem Ersten Weltkrieg noch Schuldner der traditionellen europäischen Kapitalexportländer Deutsches Reich, Frankreich und England waren, entwickelten sich nach 1919 zum größten Kreditgeber bzw. "Weltgläubiger." Nach den "Friedensverträgen" trieb Nordamerika die britischen und französischen Kriegsschulden rücksichtslos ein, die letzten Endes das Deutsche Reich zahlen mußte. Das finanzielle Zentrum der Welt verlagerte sich von London nach New York. Europa verlor danach seine bisherige Vormachtstellung, während sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Superweltmacht entwickelten und bis 1937 strikt an der US-Isolationspolitik festhielten. Von 1919-39 steigerte Nordamerika seinen Export um 150 % (Europa: nur um 40 %).
England und Frankreich kämpften vergeblich gegen die nordamerikanische Vormachtstellung,

obwohl Frankreich nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches Syrien und den Libanon erhielt und England die wichtigsten Ölquellen im Nahen Osten ausbeuten durfte - außer Saudi-Arabien - dort gingen die Nordamerikaner auf Ölsuche.
Nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg zerschlugen die NWO-Strategen die einst mächtigen europäischen Kaiserreiche Deutsches Reich, Rußland und Österreich-Ungarn sowie das Osmanische Reich. Die "Friedensverträge" mit dem Deutschen Reich, Österreich, Bulgarien, Ungarn und mit dem Osmanischen Reich veränderten das politische System Ost-Mitteleuropas entscheidend, denn sie zertrümmerten z.T. jahrhundertealte Strukturen. Nach diesen "Friedensverhandlungen", die ohne die Besiegten abgewickelt wurden, entstanden insgesamt 9 neue europäische Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, das Königreich Jugoslawien sowie Armenien.
Nach dem Ersten Weltkrieg folgte sehr schnell ein regelrechter Siegeszug der Diktaturen. In fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges ruiniert wurden, setzten sich schon bald radikale Nationalisten durch. Die "Pariser Vorortfriedensverträge" schwächten zusätzlich die politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas und bereiteten nachweislich auch den Untergang der demokratischen Weimarer Republik vor.

2. Phase des NWO-Geheimprojektes: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands". Schlüsselereignisse von 1919-1933

Gründung der "Weimarer Republik", Unruhen und Aufstände, Besetzung des Ruhrgebietes, Inflation, Deutsche Ostpolitik (1919-1933), "Goldene Zwanziger Jahre", Reparationszahlungen, Weltwirtschaftskrise, Förderung Adolf Hitlers durch die Wall Street, Ende der Weimarer Republik.

Gründung der "Weimarer Republik": Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Am 10. November 1918 floh Kaiser Wilhelm II. nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten traten anschließend widerstandslos zurück.

Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien - Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei - Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschten.

Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert. Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wurde, hatte den Oberbefehl über die Armee und besaß gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderte, konnte der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat, denn die Siegermächte hatten Deutschland militärisch, wirtschaftlich und politisch ausgeschaltet. Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Unruhen und Aufstände: Am 5. Januar 1919 entschlossen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angriffen, ließ der SPD-Politiker Gustav Noske, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps, Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen. Im Verlauf des Spartakusaufstandes kamen etwa 1.200 Menschen um (x122/433).

Am 8. März 1919 wurde der Generalstreik in Berlin und in Thüringen nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die gnadenlosen Kämpfe forderten etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).

Nach monatelangen schweren Kämpfen - mit über 3.000 Toten - setzten sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlugen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).

Als der kommunistische Terrorismus stärker wurde, entwickelte sich schnell eine nationalsozialistische Gegenbewegung, die den "roten Terror" mit dem "braunen Terror" bekämpfte. Die Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften zwar angeblich gegen den Nationalsozialismus bzw. gegen den Kommunismus, aber beide Gruppen verfolgten letztlich die gleichen radikalen diktatorischen Ziele. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.
Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen.
Besetzung des Ruhrgebietes: Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen lieferte, marschierten am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein - später hielten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf.
Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagierte vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich brach nach der Besetzung des Ruhrgebietes ein Sturm der Entrüstung los.
Nach der Besetzung des Ruhrgebietes verkündete Reichskanzler Wilhelm Cuno am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verließen Paris und Brüssel. Im Ruhrgebiet versenkte man später vielerorts Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengte Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlelieferungen wurden eingestellt. Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kamen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängten außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/204).
Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen brach die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnten diese Entscheidung ab.
Als der deutsche Reichskanzler Gustav Stresemann den Widerstand abbrechen ließ, protestierte die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Der bayerische Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr forderte, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.
Oswald G. Villard schrieb im Oktober 1923 über die Ruhrgebietsbesetzung (x063/541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Besetzung des Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafenstangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandpläne, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig. ...
Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.
Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschäftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.
Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitis-

mus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.
Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zu Gunsten aller antidemokratischen Kräfte.
Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<
Inflation: Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachten, brach im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellten pausenlos neue Banknoten her und die Preise kletterten auf astronomische Höhen. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung.
Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100 % (x149/42).
Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm. Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten - darunter waren auch zahlreiche Juden - und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.
Deutsche Ostpolitik (1919-1933): Das Deutsche Reich konnte zwar aufgrund der langjährigen Trennung die Abtretung Elsaß-Lothringens hinnehmen, aber keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen. Angesichts der größtenteils ungerechten Gebietsabtretungen waren die deutschen Regierungen grundsätzlich nicht bereit, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertelang erbittert gekämpft hatte.
Obgleich das entwaffnete Deutsche Reich gegenüber den hochgerüsteten europäischen Nachbarn fast wehrlos war, bemühten sich fast alle deutschen Politiker der Weimarer Republik beharrlich, um eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Die preußischen Außenpolitiker waren mit dieser Einstellung nicht allein, denn auch die große Mehrheit des deutschen Volkes wollte die "neuen Volksdeutschen" nicht im Stich lassen.
Stanislaw Grabski, ein führender nationaldemokratischer Politiker, forderte im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen polnischen Gebieten müßte man die fremden Elemente auf 1,5 % herabdrücken - die Deutschen stellten damals in den ehemaligen preußischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung (x025/42).
Der polnische Staatsrechtler Kutrzeba schloß Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).
Julius Leber, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer, erklärte im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... Nie werde es eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<

Am 19. April 1926 informierte Außenminister Stresemann den deutschen Botschafter in London über die Problematik der deutsch-polnischen Grenze (x034/289): >>... Nur ein uneingeschränkter Wiedergewinn der Souveränität über die in Rede stehenden Gebiete - der Korridor, Danzig, Oberschlesien - ... kann uns befriedigen. ...<<

Die "Goldenen Zwanziger Jahre": Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands - überwiegend durch US-Anleihen - finanziert.

Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude, dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dümmliche Selbsttäuschung geprägt wurde. Während sich die Schickeria der großen "Welle der Begierde" und "dem Tanz auf dem Vulkan" hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebungen von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Reparationszahlungen: Während der Konferenz von Paris im Januar 1921 forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten. Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85). Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen. Diese völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich später während der Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll aus.

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war. …

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahllieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer

Bewachung. Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. …<<

Weltwirtschaftskrise: Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein.

Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

Förderung Adolf Hitlers durch die Wall Street: Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziert wurden.

Obwohl Hitlers Kriegspläne bereits seit der Veröffentlichung des Buches "Mein Kampf" im Jahr 1925 bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziell unterstützt. Adolf Hitler wurde praktisch von der Wall Street gekauft, um als gehorsamer Erfüllungsgehilfe und Handlanger den Zweiten Weltkrieg zu beginnen und die totale Vernichtung des Deutschen Reiches einzuleiten.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219): >> Die Wallstreet kauft Hitler

Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu

inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. …<<

Ende der Weimarer Republik: Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen. Vor allem die Schlägertruppen der SA und des Rotfrontkämpferbundes lieferten sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gab.

Infolge der dramatischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage war Hitlers Zeit endlich gekommen. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.

Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen.

1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.

Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschten, wurden die öffentlichen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt.

Im Winter 1931/32 richtete man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lindern. Die 1. Sammlung erbrachte Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.

Nach der Inflation von 1922/23 büßten besonders die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.

Am 15. Februar 1932 waren im Deutschen Reich 6.127.000 Menschen arbeitslos.

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg - mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung - beseitigen bzw. absetzen ließ.

Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Aufgrund der verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden".

Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurde die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei. Die Kommunisten errangen 89 Mandate, die SPD 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).
Reichspräsident Hindenburg lehnte den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nannte, jedoch weiterhin entschieden ab.
Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endete die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verlor über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhielt nur noch 196 Mandate bzw. 33,1 % von 584 Sitzen.
Joseph Goebbels berichtete am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir haben eine Schlappe erlitten.<<
Im Jahre 1932 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).
Obwohl der rechte Zentrumspolitiker Franz von Papen (1879-1969, Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.
Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<
Papen vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten.
Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler.
Während der Vereidigung zum Reichskanzler gab sich der "Gefreite" noch als ergebener, unterwürfiger Diener aus. Hitler verneigte sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobte feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.
Goebbels jubelte nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<
Als Hitler am 30. Januar 1933 erstmalig in der Berliner Reichskanzlei eintraf, erklärte er (x034/634): >>Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen ...<<
Der "Vorwärts" schrieb am 30. Januar 1933 (x034/634): >>Hitler-Papen-Kabinett: "Feine Leute" und drei Nazis - Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.<<
Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete Hindenburg gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627).
Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man endlich die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.
Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche

und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Erich Ludendorff, ein berühmter deutscher General des Ersten Weltkrieges und aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer, schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

3. Phase des NWO-Geheimprojektes: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands". Schlüsselereignisse von 1933-1945

NS-Staatsstreich, "Wilde SA- und SS-Lager", NS-Konzentrationslager, NS-Gleichschaltung, NS-Polizei- und Terrorstaat, Emigration oder Widerstand, Hitlers Innen- und Außenpolitik, Deutsch-polnischer Krieg, Kriegsvorbereitungen für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg, Deutsch-sowjetischer Ostkrieg 1941/42, US-Hilfslieferungen, antideutsche Politik, Kriegskonferenzen der Alliierten, Besatzungspläne der Alliierten, Flucht- und Befreiungskatastrophen.

NS-Staatsstreich: Als der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand setzte, nutzte Hitler den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten. In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag wurden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD wegen angeblicher "kommunistischer Rebellion" indirekt verboten.

An der Brandstiftung war vermutlich auch der damalige preußische "Innenminister" Hermann Göring beteiligt.

Im Jahre 1946 erklärte Generaloberst Halder z.B. unter Eid (x059/73): >>Anläßlich eines Mittagessens beim Führer im Jahre 1942 kam das Gespräch auch auf das Reichstagsgebäude ... Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: "Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich. Ich habe ihn ja angezündet."<<

Am 28. Februar 1933 genehmigte Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung - sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzte wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft, wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprechgeheimnis, persönliche Freiheiten.

Mit Hilfe dieser "legalen Notverordnung" verhängte Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltete bereits indirekt das Parlament aus und übernahm im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten wurden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.

Goebbels berichtete am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<

Der "Daily Express" berichtete am 3. März 1933 (x023/71): >>Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die normale Ordnung der Dinge zurückkehren.<<

Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit - fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter - "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" - DNVP = 8,0 % - die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA-Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" - sogenanntes "Ermäch-

tigungsgesetz" - zur Abstimmung vor.
Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte, ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.
Am 23. März 1933 stimmten die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt war und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchterte und massiv bedrohte.
Vor dem Berliner Reichstag drohten am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76): >>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<
Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnten, stimmten die 73 Abgeordneten des Zentrums wegen Hitlers mündlicher Zusagen, die er später jedoch nie einlöste, zu. Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen.
Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.
Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.
Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).
"Wilde SA- und SS-Lager": Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager, in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten. Im März 1933 ließ Himmler bei Dachau in Oberbayern und in Oranienburg in der Provinz Brandenburg die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" in leerstehenden Fabriken oder Lagerhallen errichten.
Später inhaftierte man auch Kriminelle, wie z.B. Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, "Vorbeugungshäftlinge" und "Volksschädlinge", wie z.B. "Arbeitsscheue", Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zigeuner und andere, in den NS-Konzentrationslagern. Politische Häftlinge und kriminelle Elemente wurden ab 1938 nicht mehr getrennt, sondern bewußt vermischt.
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein, die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – ent-

weder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu bleiben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...
Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte. Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete physische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Deportationstransporte aus dem Ausland ankamen.
Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<
NS-Konzentrationslager: Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern. Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung".
Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/-580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).
NS-Gleichschaltung: Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten - gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums. In allen Ländern waren danach NS-Reichsstatthalter für die Durchführung der NS-Richtlinien verantwortlich. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig waren, konnten sofort entlassen werden.
Am 2. Mai 1933 ließ Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser wurden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen. Die Gewerkschaften wurden später in der NS-Zwangorganisation "Deutsche Arbeitsfront" (1934) zusammengefaßt. Danach übernahm die NSDAP auch die "gleichgeschalteten" 200 Arbeitgeberverbände und 48 Handelsvereinigungen.
Am 10. Mai 1933 ließ Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen. Die Polizei- und SA-Einheiten umstellten damals vielerorts komplette Gebäudekomplexe und durchsuchten alle Räume nach Waffen und "staatsfeindlichen Schriften".
Bis Ende Juni 1933 ließ Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen, wie z.B. die SPD am 22.06.1933.
Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).
Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppelgarde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.
Ein NS-Flüsterwitz zum Thema "Gleichschaltung" lautete damals wie folgt:
>>Wie konjugiert man "gleichschalten"?

Ich schalte gleich,
du fliegst raus.
Er setzt sich rein!<<
Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter sowie NS-Blockwarte - ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block - das gesamte Leben der deutschen Volksgenossen. Der Blockleiter - "Hoheitsgebiet" ca. 160-240 Personen - führte z.B. Karteien über alle Bewohner, kassierte Parteimitgliedsbeiträge und war verpflichtet, alle "schädigenden Gerüchte" zu melden.
Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos ausnutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Das kirchliche Leben wurde zwar erheblich eingeengt, aber Gottesdienste und die meisten Seelsorger blieben zunächst noch unbehelligt.
Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstigen Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".
Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen wollte, wie z.B. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigten, mußte zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.
Viele Deutsche, die sich weigerten, in eine der vielen NS-Organisationen einzutreten, mußten wenigstens als gutwillige Mitglieder der "Volksgemeinschaft" persönlich Spenden sammeln oder großzügige Spenden leisten.
Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.
Ernst Niekisch (1889-1967, SPD-Politiker, 1939 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, danach SED-Politiker) schrieb 1935/36 z.B. über die NS-Gleichschaltung (x129/34-35): >>Ein Taumel der Gleichschaltung erfaßte das ganze Volk. Alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, Organisationen und Korporationen, alle wirtschaftlichen Betriebe und kulturellen Gesellschaften, alle Verbände und Vereine "schalteten sich gleich".
Zweck der Gleichschaltung war die Herstellung der "Volksgemeinschaft". Die "Volksgemeinschaft" ist kein gesellschaftlicher Ordnungszustand höherer Art. Nirgends trügt der Schein mehr, als er hier es tut. ...
In der "Volksgemeinschaft" soll das ganze Volk auf die formlos chaotische Existenzweise menschlichen Abschaums heruntergebracht werden. Sinn und Inhalt der Volksgemeinschaft ist lediglich die Solidarität des lumpenproletarischen Gesindels.
Irgendwelche untergeordnete Organe oder Angestellte zogen plötzlich ihr nationalsozialistisches Mitgliedsbuch, daß sie bisher sorgfältig verborgen hatten, aus der Tasche und trumpften damit auf; zuweilen war es der Portier, der sich überraschend als Vertrauensmann der nationalen Revolution entpuppte und sich über Nacht zum wichtigsten und ersten Mann emporschwang. Das Mitgliedsbuch und das braune Hemd waren Ausweise, durch welche sich die Inhaber befugt hielten, nach den Zügeln zu greifen und die Leitung zu übernehmen.
Der Wille der Wähler, der bisher in der Zusammensetzung des Parlaments seinen Ausdruck gefunden hatte, galt nichts mehr; die Persönlichkeiten ihres Vertrauens räumten das Feld. Das Sprachrohr des Volkswillens war nur noch der Mann mit dem Mitgliedsbuch oder mit dem Braunhemd. ...
Die Gleichschaltung der nationalsozialistischen "Revolution" war die deutsche Spielart jener

Gleichheit, welche durch die Französische Revolution 1789 verkündet worden war. Die Gleichheit war Gleichheit des Rechts; so blieb kein Platz mehr für feudale Vorrechte. Die Gleichschaltung ist Vereinheitlichung der Gesichtspunkte, Uniformierung der Gesinnung.
Sie ist wie ein technischer Prozeß: man drückt auf einen Hebel, und der ganze menschliche Bestand ist auf ein Einheitsmodell vereinfacht; niemand weicht vom Nächsten ab. Der Mensch verhält sich wie ein mechanisches Element, das von außen her ausgerichtet und in Form gebracht wird. Bis zum täglichen Gruß hin reagiert er nach obrigkeitlich verordnetem Schema: wer immer zur Tag- und Nachtzeit seinen Nächsten sieht, streckt den Arm in die Luft und schreit "Heil Hitler".
Der Punkt, an dem der Hebel ansetzt, welcher den Menschen gleichschaltet, ist die Existenzfrage. Wenn der Mann nicht richtig liegt, bekommt er kein Futter mehr. Unverhüllter wurde noch niemals auf den Magen gedrückt, um die richtige Gesinnung herauszupressen. Der Beamte zitterte um Gehalt und Versorgung: das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" brachte den festen Turm seiner "wohlerworbenen Rechte" zum Einsturz. ...
Die nationalsozialistische Empörung über marxistische "Parteibuchbeamte" entlarvte sich als purer Brotneid; die "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" bestand darin, alle Ämter mit nationalsozialistischen Parteibuchbeamten zu überschwemmen. Die bürokratische Gleichschaltung war eine großangelegte Veranstaltung allgemeiner "Umbonzung".
Angestellten und Arbeitern erging es nicht besser; sie verloren die Arbeitsplätze, wenn ihr Eifer der Gleichschaltung enttäuschte. Entzog sich ein Arbeiter dem anbefohlenen Aufmarsch, wurde er fristlos entlassen: er war als "Staatsfeind" nicht würdig, wirtschaftlich geborgen zu sein. Der Organisationszwang, dem die Angehörigen der freien Berufe, Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute, Unternehmer unterlagen, bot Handhaben, sie zu maßregeln; wurden sie aus ihrer "Berufskammer" entfernt, war ihnen das Recht auf Berufsausübung genommen; sie waren brotlos und ins wirtschaftliche Nichts verstoßen.
Die nationalsozialistische Weltanschauung zog ihre überzeugende Kraft aus der Sorge um den Futterplatz; weil der nationalsozialistische Herr den Brotkorb monopolisiert hatte, sang jedermann sein Lied. ...<<
NS-Polizei- und Terrorstaat: Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring, der eigentliche Gründer der geheimen Staatspolizei, und Heinrich Himmler nach Hitlers Machtübernahme alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei. Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf und errichtete im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden - außer UdSSR - in den Schatten stellte.
Seit April 1933 führte der SS-Staat in "Nacht- und Nebelaktionen" unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" - Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner - fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.
Goebbels schrieb am 18. Mai 1934 in der NS-Zeitschrift "Der Angriff" (x025/145): >>Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen. ...<<
Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an den Reichsführer SS Heinrich Himmler übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der Leiter der Ordnungspolizei. Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nannten, entwickelte in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium umfaßte auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführten.
Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationa-

len und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden - Internierung, Folter oder Mord - wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.
Die Hauptaufgabe der Gestapo war es, politische Gegner und verdächtige Personen zu bespitzeln, zu verhaften und mit brutalsten Foltermethoden Geständnisse zu erpressen. Die Gestapo hatte gegenüber der Ordnungspolizei Weisungsrecht und wurde nicht durch Staatsanwälte der Justiz überwacht. Die Gestapo "korrigierte" sogar oftmals zu milde Gerichtsurteile und führte eigenhändige Verurteilungen sowie Hinrichtungen ohne offizielle Gerichtsverfahren durch. Solange die Gestapo den Willen des Führers durchsetzte, war jede Handlung legal. Die SS-Geheimpolizei wurde schon bald im gesamten Deutschen Reich gefürchtet.
Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei, der Sicherheitsdienst und die SIPO gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.
Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.
Emigration oder Widerstand: Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm diese Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf. Tausende von Widerstandskämpfern aus allen Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes (Politiker, Diplomaten, Geistliche, Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Studenten und Offiziere) sahen damals nicht tatenlos zu, wie die NS-Terroristen die Freiheit und das Recht mit Füßen traten und verhöhnten.
Die meisten deutschen Widerstandskämpfer stellten Adel und politische Gesellschaftskreise, aber auch viele evangelische und katholische Geistliche zählten zu den Gegnern des NS-Regimes. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.
In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.
Der deutsche Historiker Heinrich Walle berichtete später über die großen Gefahren von Widerstandsaktionen während des NS-Terrors (x301/86): >>Angesichts der Tatsache, daß jeder, der sich nicht vollkommen mit den Zielen der NS-Herrschaft identifizierte, als außerhalb der Volksgemeinschaft stehend betrachtet wurde und der allgemeinen Ächtung und Verfolgung verfiel, war bereits ein geistiges Abweichen von dem in einer allgegenwärtigen Propaganda vorgezeichneten Wege ein Schritt in die Isolation.
Bereits ein Verweigern oder Abseitsstehen wurde von den braunen Nachbarn als aktive Gegnerschaft angesehen und verfolgt. Eine Mitwisserschaft von möglichen Aktionen gegen das

System oder auch nur von kritischen Äußerungen anderer konnte, wenn sie nicht sofort "angezeigt" wurden, tödlich sein. ...<<
Der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer forderte damals alle Deutschen zum Widerstand gegen das NS-Regime auf (x149/105): >>Wer da zusieht, wie Deutschland dem Abgrund zugeführt wird und sich nicht auflehnt, der begeht wirklichen Landesverrat. ...<<
Friedrich Stampfer brachte sich jedoch selbst rechtzeitig in Sicherheit. Er emigrierte bereits 1933 nach Prag, floh 1939 nach Frankreich und 1940 nach Nordamerika.
In den Jahren 1933 bis 1935 flohen etwa 6.000-8.000 Kommunisten, 5.000-6.000 Sozialdemokraten, 2.000 Pazifisten und Demokraten sowie 2.000 Personen unterschiedlicher politischer Richtungen aus dem Deutschen Reich (x149/81).
Diese angeblichen "Widerstandskämpfer" waren damals nicht bereit, ihre Ehre, Gesundheit oder ihr Leben für den Freiheitskampf der Deutschen zu gefährden bzw. zu opfern. Zu diesen angeblichen "Widerstandskämpfern" zählten z.B. Willy Brandt, eigentlich Herbert Frahm; emigrierte im April 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, Herbert Wehner floh 1935 nach Schweden und später nach Moskau, Walter Ulbricht, emigrierte ebenfalls schon 1933 und traf 1938 in Moskau ein.
Obgleich die deutschen Widerstandsbewegungen völlig allein gegen das hoffnungslos überlegene NS-System kämpfen mußten, gaben die entschlossenen Widerstandskämpfer den Freiheitskampf niemals auf. Trotz der großen Gefahr verübten deutsche Widerstandskämpfer seit 1933 fast 4 Dutzend Anschläge auf Hitler, die jedoch vielfach durch seltsame Ereignisse oder äußerst unglückliche Umstände scheiterten (x023/335).
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x063/580): >>Man kann zusammenfassen, daß Deutschland das erste von Nationalsozialisten besetzte Land war. Die Allmacht der Geheimen Staatspolizei, der SA und SS schützte sie gegen jeden Auflehnungsversuch. Um so bemerkenswerter ist es, daß es von Anfang an trotz eines bis dahin in Europa nicht dagewesenen Terrors eine Widerstandsbewegung gab, die um des wahren Deutschlands, um der Freiheit und Menschenwürde willen Verfolgung, Folter und Tod auf sich nahm. ...<<
Nur sehr wenige ehemalige demokratische Politiker der Weimarer Republik, wie Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Kurt Schumacher und andere, leisteten damals im Inland aktiven Widerstand.
Da es während der NS-Diktatur keinen ungefährlichen Widerstand gab, sondern höchstens nur Märtyrertum und Todesgefahr, entschlossen sich die meisten prominenten Politiker, Literaten und Akademiker zur Emigration.
Innen- und Außenpolitik: Am 16. März 1935 wurde die Reichswehr in "Wehrmacht" umbenannt.
Hitler gab am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt (x191/76): >>Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige ... Macht: es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.<<
Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbündeten sich gegen das NS-Regime und schlossen entsprechende Militärabkommen.
Winston Churchill lobte Hitler trotz alledem im Jahre 1935 (x025/128): >>... für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder zu überwinden.<<
Am 7. März 1936 ließ Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und brach damit die bestehenden Friedensverträge - einseitige Verletzung des

Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung. Angesichts der eigenen militärischen Schwäche erteilte Hitler die Weisung, jegliche "Feinberührungen" zu vermeiden. Nach Ansicht von Militärexperten hätte die deutsche Wehrmacht damals keine energische Militäraktion der europäischen Westmächte überstanden und wäre schon innerhalb von wenigen Tagen zusammengebrochen (x051/495). Der Völkerbund und die Siegermächte protestierten zwar, verhängten jedoch keine weiteren Sanktionen.
Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie die Duldung der Teilnahme von deutschen und italienischen Truppen am Spanischen Bürgerkrieg bestärkten Hitler und Mussolini, ihre bisherige aggressive Außenpolitik fortzusetzen bzw. später drastisch auszuweiten.
Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnete im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa". Für den britischen Ex-Premierminister David Lloyd George war Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).
US-Botschafter Dodd meldete am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<
Adolf Hitler (1889-1945), der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Der selbsternannte NS-Führer zählte von 1933-1945 zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung. Hitlers riskanten Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten schließlich zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.
Hitler erteilte am 11. März 1938 den Geheimbefehl "Unternehmen Otto", militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen.
Der österreichische Bundeskanzler Seyß-Inquart forderte am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen. Der deutsche Einmarsch entwickelte sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschierten damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.
Hitler hielt bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfing Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubelten Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"
Der Anschluß Österreichs wurde am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen waren für den Anschluß und stimmten mit "Ja" (x032/438).
Eine britische Friedensmission traf am 3. August 1938 in der CSR ein.
Der britische Sonderbeauftragte Runciman schrieb später über das "sudetendeutsche Problem" (x069/172): >>... Ich bin daher der Auffassung, daß diese Grenzdistrikte (mit starker deutscher Mehrheit) sofort von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetreten werden sollten.<<
Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reiste vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen. Hitler forderte Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen.
Infolge der Unruhen im Sudetenland ließ Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in

den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.
Der US-Botschafter in Paris, William Bullit, berichtete am 14. September 1938 über die französische Stimmung (x028/53): >>In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei hervorgeht. ...
Die öffentliche Meinung beginnt Stellung zu beziehen: Warum sollten wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von 7 Millionen Tschechen über 3.200.000 Deutsche zu sichern? ...
Bei der allgemeinen Ansicht von Franzosen und Briten, daß Benesch im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden.<<
Die Briten und Franzosen akzeptierten Hitlers Forderungen und vereinbarten schließlich am 29./30. September 1938 während der Konferenz in München, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen. Die CSR mußte die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhielt Sicherheitsgarantien der Großmächte.
Der Frieden war scheinbar gerettet, denn Hitler beteuerte, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen würde. In München fanden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiteten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern.
Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938, wie z.B. die "Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes", herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.
Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.
Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).
Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 sogar zum Mann des Jahres (x268/50).
Deutsch-polnischer Krieg: Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarteten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" im September 1938 noch nicht "kriegsbereit" waren, bereiteten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.
Der US-Diplomat William C. Bullit, bis 1941 US-Botschafter in Frankreich, erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<
Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung ihre eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).
Der britische Ministerpräsident Neville Chamberlain gab der polnischen Regierung am 31.

März 1939 die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x041/97, x069/175).
Am 6. April 1939 schloß der polnische Außenminister Beck mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.
Der sowjetische Botschafter leitete am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.
In Moskau führte Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen über einen britisch-französisch-sowjetischen "Dreibund". Stalin stellte jedoch bewußt unannehmbare Forderungen, wie z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien, so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen wurden (x069/176). Stalin setzte das "geheime Doppelspiel" danach jedoch noch monatelang fort (x041/97).
Außenminister Beck führte am 24. April 1939 in Warschau vertrauliche Verhandlungen mit einer französischen Regierungsdelegation.
Das britische Parlament ordnete am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.
Hitler kündigte am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffpakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.
Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wurde klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartete und Kriegsvorbereitungen traf (x104/277).
Das polnische Innenministerium erteilte am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.
Aufgrund dieser geheimen Anweisungen sollten das Schulwesen, die Kirchen, der Wohlfahrtsdienst, die Landwirtschaft, die Industrie, die Genossenschaften und das Kreditwesen der Volksdeutschen (x104/271): >>... mit allen Mitteln bekämpft ... verboten ... aufgelöst ... rigoros abgelehnt ... scharf überwacht ... rücksichtslos liquidiert werden.<<
Am 13./14. Mai 1939 verursachte ein "Deutschenpogrom" in Tomaschow bei Lodz eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).
Die französisch-britischen Garantieerklärungen vom 31. März 1939 förderten den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelte. Nicht wenige Polen feierten bereits ihr polnisches Großreich. Die polnischen Nationalisten schätzten das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie hielten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprachen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).
Ein Propagandist des polnischen Heeres verkündete am 20. Juni 1939 in Bromberg (x104/-277): >>Der polnische Soldat weiß, daß er mit dem Marsch auf Berlin die Mission eines Befreiers der von dem Joch des barbarischen Hakenkreuzes Unterdrückten erfüllt. ...<<
Stanislaw Mikolajczyk (1901-1966, seit Juli 1943 Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung) erklärte am 21. Juni 1939 (x309/70): >>... Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Polen so lange keinen Frieden kennen wird, bis es sich nicht auf die Oder stützen kann.<<
Am 24. Juli 1939 wurde ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag trat jedoch nicht in Kraft, weil Stalin später entschied, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen (x041/98).
Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" veröffentlichte im Juli 1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beanspruchte (x025/178).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die vermeintlichen

"historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177-178): >>... Tatsächlich sind slawische Stämme nach der Völkerwanderung bis an die Elbe-Saale-Linie vorgedrungen und haben sich etwa seit dem 7. Jahrhundert u.a. in ganz Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Teilen von Oberfranken, der bayerischen Oberpfalz und im östlichen Österreich niedergelassen.
Vor diesem Hintergrund proklamierte 1917 der Panslawist Hanus Kuffner die Elbelinie als Westgrenze der Slawenzone. ...
In den dreißiger Jahren gab die Vereinigung polnischer Volksbüchereien Postkarten heraus, die "Polens historische Westgrenze" zeigte: Sie verlief am östlichen Stadtrand von Berlin und umfaßte außer der oberen Elbe einschließlich Dresdens auch die ganze Tschechoslowakei.
Zwei Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte die Zeitung "Dziennik Poznanski" eine Karte mit noch wesentlich weiter reichenden Zielvorstellungen. Nachdem die polnische "See- und Kolonialliga" in der Zwischenkriegszeit einen Anteil am deutschen Kolonialbesitz gefordert hatte, gab die antifaschistische Untergrundbewegung während des Krieges Vignetten heraus mit der Überschrift "Darum kämpfen wir"; auf ihnen war außer der Landkarte eines polnischen Großreichs von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer auch eine Karte mit sämtlichen ehemals deutschen Afrika-Kolonien abgebildet. ...<<
Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).
Am 19. August 1939 gewährte die französische Regierung Polen einen Rüstungskredit.
Die Sowjetunion und das NS-Regime schlossen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag. Stalin, der spätestens seit 1937 fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" rechnete, hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.
Stalin - "der lachende Dritte" - kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.
Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen vom 1.09.1939 war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbstzerfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.
Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab - "die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos".
Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.
Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion! ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (x046/27): >>... Russische Historiker erblicken heute längst auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem 23. August 1939 und dem 22. Juni 1941. Durch den Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 hatte Stalin sein erstes Ziel erreicht, und er war, wie Marschall der Sowjetunion Schukow sich erinnert, "überzeugt, er würde aufgrund des Paktes Hitler um den kleinen Finger wickeln".
"Nun, für das erste haben wir Hitler getäuscht", so die Meinung Stalins nach Nikita Chruschtschow. Der Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler dazu ermutigt, Polen anzugreifen und als

Folge hiervon, wie erwartet, einen europäischen Krieg entstehen lassen, an dem die Sowjetunion vom 17. September 1939 an als Aggressor teilnahm, ohne daß sie damit freilich die Kriegserklärung der Westmächte auf sich gezogen hätte.
"Ein einziger Schlag gegen Polen", so der verantwortliche Leiter der sowjetischen Politik, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow am 31. Oktober 1939 vor dem Obersten Sowjet, "erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages**,** die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte." Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins hin sollten nicht einmal Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die US-Außenpolitik (x320/70-71): >>In Washington läßt Franklin D. Roosevelt die Polen wissentlich in eine Falle laufen. Am frühen Morgen dieses Tages (24. August 1939) verrät ein deutscher Diplomat in Moskau einem amerikanischen Kollegen den Inhalt des gerade geschlossenen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische und eine deutsche Interessensphäre teilt. Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12 Uhr kabelt der amerikanische Botschafter aus Warschau den Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls nach Washington Nur wenig später kennt Präsident Roosevelt die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht.
Roosevelt tut jedoch nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Eine Warnung noch am selben Tag hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren. Dieses letzte Hitler-Angebot umfaßte einen Freihafen sowie Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne seit 1918 in Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und einen Friedensvertrag für 25 Jahre im Tausch gegen exterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig. Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen worden ist, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danziger Streit verfängt. …<<
Nach dem deutschen Angriff, die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee, verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!
Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<
Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<
Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).
Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).
Nach dem deutsch-polnischen Krieg unterstützte Nordamerika etwa seit Oktober/November 1939 die Anti-Hitler-Koalition, obgleich US-Präsident Roosevelt eigentlich durch die nordamerikanischen Neutralitätsgesetze von 1935 daran gehindert wurde, Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten zu liefern.
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... **Friedensinitiativen im Herbst 1939**
Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse
... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein

Hindernis entgegenzustehen.
- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."
Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zu Gunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß des amerikanischen Kongresses in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."
Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten. ...
Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen. ...
Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. Die "für das Schicksal der Völker Verantwortlichen sollten es daher nicht von vornherein ablehnen zu verhandeln, wenn sich Gelegenheit dazu biete". …
Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<
Kriegsvorbereitungen für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg: Stalin wurde am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105). Stalin lehnte Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab. Für Stalin war die Kriegsteilnahme in jenen Tagen kein Thema, denn Stalin benötigte unbedingt einen deutschen Angriff gegen die Sowjetunion, um die geplante Expansion nach Westeuropa zu begründen und zu verwirklichen. Zu diesem Zeitpunkt war die Rote Armee außerdem noch nicht kriegsbereit.
Die sowjetische Expansionspolitik in Rumänien und Bulgarien verstärkten später die deutsch-sowjetischen Spannungen. Hitler geriet gegenüber der Sowjetunion allmählich in Zugzwang (x090/283).
Hitler unterzeichnete schließlich am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79): >>... Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor der Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. …<<
Stalin informierte die Armeeführer der Roten Armee Ende Dezember 1940, daß mit einem baldigen Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu rechnen sei (x264/28).
Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die sowjetischen Vorbereitungen und Planungen für den Krieg gegen Deutschland (x853/...): >>... Die Sowjetunion bereitete sich seit dem

Herbst 1939 systematisch auf einen Krieg vor, die Rüstungsproduktion lief auf vollen Touren. Zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 wuchs die Rote Armee von 1,4 Millionen auf über 5 Millionen Mann an.
Nach der Niederlage Frankreichs legten der damalige Generalstabschef Schaposchnikow und der Volkskommissar für Verteidigung Timoschenko eine ausführliche Analyse über die möglichen militärischen Gegner der Sowjetunion sowie über die eigenen Kräfte vor. ...<<
Der deutsche Journalist und Geheimagent Richard Sorge informierte die Sowjets bereits Anfang Mai 1941 über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Sorge verschätzte sich bei dem voraussichtlichen deutschen Angriffstermin nur um 2 Tage (x030/327).
Ab Mai 1941 verlagerte die UdSSR in den folgenden 3 Monaten etwa 1.360 Betriebe aus den kriegsbedrohten Gebieten nach Sibirien und errichtete dort nach dem deutschen Überfall vom 22.06.1941 weitere 2.250 Betriebe (x074/1.143).
Michail Kalinin, seit 1919 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, erklärte am 5. Juni 1941 vor Zuhörern der Militärpolitischen Akademie … (x046/79): >>... Die Deutschen beabsichtigen uns anzugreifen. ... Wir warten darauf! Je eher sie das tun, desto besser, da wir ihnen dann ein für allemal den Hals umdrehen werden.<<
Generalfeldmarschall Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, warnte am 11. Juni 1941 das NS-Regime vor einem baldigen Angriff der Roten Armee.
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 29. Juli 2000 über Stalins Angriffspläne (x887/...): >>**Neuer Suworow belegt Stalins Angriffspläne bis ins Detail ...**
Suworows Erstling "Der Eisbrecher" hat bis heute 87 Auflagen in 18 Sprachen erlebt, darunter zwei russische Auflagen mit Megazahlen. Vor kurzem erschien Suworows 350-Seiten-Werk "Stalins verhinderter Erstschlag. ...
Der Kommunismus hinterließ nicht nur ein anthropologisch falsches Menschenbild. Zu seinem Erbe zählt auch ein falsches Weltbild, in dem Stalin als der heimtückisch Überfallene glänzt. Historiker im Westen bekämpfen das Trugbild viel zu schwach und zudem mit nicht überzeugenden Argumenten. Joachim Hoffmann und Ernst Nolte hierzulande und der russische Patriot Viktor Suworow bilden rühmliche Ausnahmen. Daraus resultiert ihr Erfolg im gesamteuropäischen Historikerstreit.
Suworow ist unangreifbar, weil er sich auf Dokumente stützt. Im Zentralarchiv des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation befindet sich das weltgeschichtlich bedeutsamste Dokument, belegt es doch die gegen Deutschland gerichtete strategische Kriegsvorbereitung Stalins, nur ein knappes Jahr nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes. Aus diesem Dokument geht hervor: Stalin plante den Erstschlag, keinen Verteidigungskrieg. Stalin plante den Überfall, nicht die Reaktion auf einen Überfall. Stalin plante den Vormarsch, nicht eine Defensive. …
Heute steht eindeutig fest, daß Stalin sich auf seinen Krieg, einen Angriffskrieg, lange vor dem Entschluß Hitlers, einen Präventivschlag gegen die Rote Armee zu führen, vorbereitet hat. ...
"Stalin wußte: In keinem Land der Welt würde eine kommunistische Partei auf legalem Wege an die Macht kommen", schreibt Suworow. Er zitiert Stalin: "Die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre zeigen, daß es in Friedenszeiten unmöglich ist, in Europa eine kommunistische Bewegung zu haben, die so stark ist, daß eine bolschewistische Partei die Macht ergreifen kann. Eine Diktatur dieser Partei wird nur durch einen großen Krieg möglich."
Dies habe Stalin am 19. August 1939 in einer Rede gesagt, die bis 1994 streng geheimgehalten wurde. "Er sagte das in dem Moment, als er die Schleusen des Zweiten Weltkrieges öffnete. Stalin wußte, daß die Kommunisten nur durch einen Krieg an die Macht gelangen konnten." ...<<
Deutsch-sowjetischer Ostkrieg 1941/42: Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann

der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 - Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet. Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgaben, untersagte Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.
Die Wehrmacht griff mit 152 Divisionen, 3.050.000 Soldaten, 3.700 Panzern und 7.200 Geschützen an. Die deutschen Luftflotten 1, 2 und 4 verfügten über 1.280 einsatzbereite Kampfflugzeuge (x040/78-79).
Die deutsche Wehrmacht setzte damals 3 Heeresgruppen ein:
Der Angriff der Heeresgruppe Nord - Führung: Generalfeldmarschall von Leeb - erfolgte aus Ostpreußen in Richtung baltische Länder und Leningrad.
Der Angriff der Heeresgruppe Mitte - Führung: Generalfeldmarschall von Bock - erfolgte aus Ostpreußen in Richtung nördliches Generalgouvernement und Moskau.
Der Angriff der Heeresgruppe Süd - Führung: Generalfeldmarschall von Rundstedt - erfolgte aus dem südlichen Generalgouvernement in Richtung Kiew - Dnjeprbogen.
Nach Hitlers Plänen sollte der Rußlandfeldzug höchstens 5 Monate dauern. Die deutsche Wehrmacht wurde zunächst von der 3. und 4. rumänischen Armee unterstützt. Später nahmen außerdem noch verbündete Kampfverbände aus Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, der Slowakei und Ungarn am Rußlandfeldzug teil.
Die sowjetischen Streitkräfte verfügten zum Zeitpunkt des deutschen Angriffes an der Westfront über 291 Divisionen und 94 Brigaden (x047/276) mit mindestens 4,7 Millionen Soldaten, 15.000 Panzern, 35.000 Geschützen und 9.000 Flugzeugen.
Die deutsche Panzergruppe 3 meldete am 23. Juni 1941 (x046/63): >>Im gesamten Abschnitt war der Feind offenbar doch stärker als am Anfang der Operation angenommen wurde. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die unterschätzte personelle und materielle Stärke der Roten Armee (x046/63): >>... Da die Deutschen vor dem 22. Juni 1941 das Bestehen von rund 100 Panzer- und motorisierten Divisionen nicht erkannt hatten, sie vielmehr nur 7 Panzerdivisionen und 38 motorisierte, mechanisierte Brigaden voraussetzten, zeigten sie sich nach Kriegsbeginn sehr überrascht von der Masse der Panzerdivisionen, die ihnen mit einem Male gegenüberstanden.
Es "stellte sich bald heraus, daß der Russe weit mehr Verbände zur Verfügung hatte, als vor Beginn des Ostfeldzuges vom OKH angenommen war", vermerkte die 1. Panzerarmee am 19. Dezember 1941. ... Das Erstaunen bezog sich dabei nicht nur auf die Panzer und Flugzeugzahlen, die alle Erwartungen übertroffen hatten, sondern auch auf die Güte der sowjetischen Waffen und des Gerätes.<<
Der US-Unterstaatssekretär Sumner Welles erläuterte am 23. Juni 1941 die Ansichten der nordamerikanischen Regierung über den deutsch-sowjetischen Krieg (x106/108): >>Für das amerikanische Volk (sind) die Grundsätze und Lehren der kommunistischen Diktatur ebenso unerträglich und ihren eigenen Anschauungen ebenso fremd, wie die Grundsätze und Lehren der nationalsozialistischen Diktatur. ...
Aber die Frage, die sich jetzt dem amerikanischen Volke unmittelbar präsentiert, ist, ob der Plan der Welteroberung und der grausamen, brutalen Versklavung aller Völker sowie der schließlichen Zerstörung der letzten freien Demokratien, ein Plan, den Hitler jetzt verzweifelt durchzuführen versucht, erfolgreich aufgehalten und zunichte gemacht werden kann. ...
Nach Ansicht der amerikanischen Regierung wird ... jede Verteidigung gegen den Hitlerismus ... den schließlichen Untergang der gegenwärtigen deutschen Führer beschleunigen und sich von Vorteil erweisen.<<
Der US-Senator und spätere Präsident Harry S. Truman erklärte am 23. Juni 1941 (x172/388-389): >>... Wenn es so aussieht, als würde Deutschland gewinnen, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland sich als stärker erweist, sollten wir Deutschland helfen. Dann können sie

sich nach Herzenslust umbringen. Allerdings möchte ich unter gar keinen Umständen Hitler als Sieger sehen.<<
Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßte Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und versprach großzügige Hilfslieferungen. Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützte Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigte US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.
In der Anfangsphase des Ostkrieges wurden die sowjetischen Truppen von der deutschen Wehrmacht fast überall zurückgedrängt. Während die deutsche Luftwaffe alle wesentlichen strategischen Verteidigungsstellungen der Sowjets sturmreif schoß und die Aufmarsch- und Rückzugsstraßen mit vernichtendem Feuer belegte, stürmten die deutschen Panzer- und Infanterietruppen unaufhaltsam vorwärts und legten in nur wenigen Tagen 150-200 km zurück. Die Rote Armee mußte frühzeitig gewaltige Verluste hinnehmen. In den ersten Kriegswochen meldete das Oberkommando der deutschen Wehrmacht täglich neue Erfolge.
Die deutsche Heeresgruppe Mitte begann am 2. Oktober 1941 den Angriff auf Moskau (Unternehmen: "Taifun"). Infolge der dauernden Regenfälle blieb der deutsche Angriff bereits am 7. Oktober 1941 fast völlig im tiefen Schlamm liegen. Endlose Regenfälle verwandelten die Ebenen in eine bodenlose Sumpf- und Schlammwüste. Panzer, Lastkraftwagen, Geschütze, Pferdefuhrwerke und Soldaten blieben im knietiefen Schlamm stecken. Die deutschen Truppen kamen nicht mehr von der Stelle und der Nachschub fiel vielerorts tagelang aus.
Die Truppenbewegungen im Mittelabschnitt der Ostfront wurden bereits am 15. Oktober 1941 durch heftiges Schneetreiben und Schneeverwehungen behindert. Im Hinterland der Ostfront nahm die Partisanentätigkeit ständig zu.
Am 5. Dezember 1941 begann die sowjetische "Kalininfront" mit ihren ausgeruhten und gutausgerüsteten Reserve-Armeen eine großangelegte Gegenoffensive. Überall im Norden, in der Mitte und im Süden der Ostfront mußte sich das deutsche Heer anschließend zurückziehen, damit es nicht zur gefürchteten Einkesselung kam.
Hitler forderte die Soldaten der Ostfront am 16. Dezember 1941 zum fanatischen Widerstand auf und erteilte den sogenannten "Halt-Befehl". Hitlers selbstmörderisches Abwehrkonzept der "festen Plätze" und der starren Verteidigung verursachte in den folgenden Kriegsmonaten verheerende Verluste. Weitere unsinnige Durchhalteverfügungen und taktische Fehlentscheidungen bewiesen später in erschreckender Weise, daß Hitler ein vollkommen unfähiger Militärstratege war.
Die Wehrmachtstruppen waren im Dezember 1941 mit ihrer Kraft fast am Ende. Nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzeptes war der Feldzug gegen die UdSSR bereits im Winter 1941/42 verloren.
US-Hilfslieferungen: In seiner Jahresbotschaft an den US-Kongreß erläuterte US-Präsident Roosevelt am 6. Januar 1941 den "europäischen Demokratien" die "menschlichen Freiheiten" (x033/143): >>... Euer Kampf für die Freiheit ist für uns Amerikaner eine Angelegenheit des eigenen Lebens. Wir werden alle unsere Energien, alle unsere Organisationsfähigkeit aufbieten, um Euch die Kraft zu verleihen, die Freiheit der Welt wieder zu gewinnen und sie zu bewahren. Wir werden Euch Schiffe, Flugzeuge, Panzer und Geschütze senden, in stetig wachsender Zahl, das ist unser Vorsatz und unser Gelübde ...<<
Das neue Leih- und Pachtgesetz ermächtigte US-Präsident Roosevelt am 11. März 1941, alle "bedrohten Staaten", deren Schutz "für die Verteidigung der USA" wichtig war, mit kriegswichtigen Gütern zu unterstützen. Nach Roosevelts Aussagen sollten die Vereinigten Staaten von Amerika ein "Arsenal der Demokratie" werden. Nach der Genehmigung des Leih- und Pachtgesetzes lieferte die USA praktisch unentgeltlich riesige Mengen von Kriegsmaterial an

England und ließ später alle Guthaben der sogenannten "Achsenmächte" einfrieren.
Charles de Gaulle berichtete am 12. März 1941 (x172/328-329): >>... Mr. Churchill weckte mich mit der Nachricht, der amerikanische Kongreß habe das Leih- und Pachtgesetz verabschiedet. Dabei führte er ein Freudentänzchen auf.<<
Die "New York Times" berichtete am 12. März 1941 über angedrohte Repressalien gegen die Juden in Deutschland (x172/329): >>... Politische Kreise in Berlin behaupten weiterhin, die Verbindung von Namen wie Frankfurter, Cohen und Baruch mit dem Leih- und Pachtgesetz zeigte, in wessen Interesse die Vereinigten Staaten sich auf diesen tödlichen Schritt einließen.<<
Nordamerikas gewaltige Wirtschaftskraft sollte schließlich, wie im Ersten Weltkrieg, die Entscheidung bringen. Von 1941-45 lieferten die Vereinigten Staaten von Amerika der Sowjetunion z.B. 8.800 Flugzeuge, 5.200 Panzer und Kampfwagen, 256.000 Lastkraftwagen und sonstige motorisierte Fahrzeuge, 2.500.000 t Lebensmittel und 1.500.000 t Stahl (x038/-1.917/1.918) sowie Flugbenzin, Lokomotiven, verschiedene Handfeuerwaffen, Medikamente und Kleidung im Wert von ca. 11,0 Milliarden Dollar.
Die Nordamerikaner und Briten transportierten von 1941 bis zum Kriegsende 17,5 Millionen Tonnen Kriegsmaterial in die Sowjetunion. Diese Hilfslieferungen glichen die gewaltigen Materialverluste der Sowjets z.T. vollständig aus und wurden erst mehrere Monate nach dem Kriegsende eingestellt.
Obwohl die UdSSR jahrelang enorme Kriegsmateriallieferungen erhielt, erkannte der sowjetische Diktator diese kriegsentscheidende Hilfe Nordamerikas niemals angemessen an, sondern Stalin forderte weiterhin unaufhörlich die "2. Front" im Westen. Erst nach der Invasion der Westalliierten entspannte sich das Verhältnis zwischen den ungleichen Verbündeten. Für die gewaltigen US-Hilfslieferungen leisteten die Sowjets später keine nennenswerten Rückzahlungen.
Antideutsche Politik: Der britische Premierminister Winston Churchill beschimpfte Hitler am 11. September 1940 während einer Rundfunkansprache wegen der deutschen Luftangriffe (x172/257-258): >>... Dieser niederträchtige Mann, diese Quelle und Verkörperung stupider Animositäten, dieses monströse Produkt vergangener Schandtaten hat nun also beschlossen, unser großartiges Inselvolk durch sinnloses Gemetzel und willkürliche Zerstörung niederzuzwingen.<<
US-Präsident Roosevelt unterschrieb am 16. September 1940 das vom US-Kongreß verabschiedete "Gesetz zur Wehrpflicht" und verkündete (x172/261): >>... Die Philosophie der Gewalt, die überall auf der Welt um sich greift, darf uns nicht gleichgültig lassen. Das furchtbare Schicksal von Nationen, deren Schwäche zum Angriff provoziert hat, ist uns nur allzu gut bekannt. ...<<
Franklin D. Roosevelt wurde am 5. November 1940 zum dritten Mal zum Präsidenten der USA gewählt.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den Wahlkampf Roosevelts (x068/235): >>Für die Erhaltung des Friedens hat Roosevelt nichts getan – wenn auch jeden Wahlkampf mit Friedensparolen geführt, zweimal schon. Und 1940 ebenfalls. In einer Wahlrede versicherte er: "Ich werde es wieder und immer wieder sagen: Eure Jungen werden in keinen fremden Krieg geschickt werden!"
Dies erinnert fatal an seinen Vorgänger Wilson im Ersten Weltkrieg, der ebenfalls seinen Wahlkampf durch Friedensbeteuerungen gewann. Und genau wie Wilson suchte auch Roosevelt nur einen Vorwand zur Einmischung.
Wenige wußten dies so gut wie Churchill. Er wäre im Kampf gegen Hitler ohne die Hilfe der USA und der Sowjetunion in Kürze sang- und klanglos erledigt gewesen. Man darf ihm glauben, wenn er nach Roosevelts Wiederwahl am 6. November 1940 schreibt, "daß ich für ihren

Erfolg gebetet habe und dankbar dafür bin" ...<<
Der US-Architekt Frank L. Wright erklärte am 10. November 1940 einem Reporter der "New York Times" während einer Ausstellung (x172/278): >>... Ich möchte nicht behaupten, daß die Bombardierung Europas kein Segen ist, denn immerhin bietet es den Architekten dort die Gelegenheit, von vorn anzufangen.<<
Charles Portal (von 1940-45 Oberbefehlshaber der Royal Air Force) schrieb am 7. Dezember 1940 an den britischen Premierminister Winston Churchill (x172/292): >>... Sie trugen mir vor 2 Tagen auf, einen Plan für einen Bombenangriff mit größtmöglichster Zerstörungswirkung auf eine ausgewählte deutsche Stadt (Hannover, Mannheim, Köln oder Düsseldorf) auszuarbeiten. ...
Die ersten Angriffe werden mit Brandbomben erfolgen, wenn das Wetter mitspielt, ist vorgesehen, den Einsatz mit Spreng- und Brandbomben die ganze Nacht über fortzuführen.
Zur Verwendung kommen 1000- und 500-Pfund-Bomben statt 250-Pfund-Bomben; bei günstiger Wetterlage werden auch Minen abgeworfen. Alle Sprengbomben werden so gezündet, daß sie die größtmögliche Zerstörung ... anrichten.
Auf ihr Kommando hin werde ich den Befehl zur Durchführung in der ersten dafür geeigneten Nacht geben.<<
Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsgettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden aufgrund der völkerrechtswidrigen "Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld" allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt.
Der australische Premierminister Robert G. Menzies schrieb am 21. März 1941 nach einem schweren Luftangriff gegen London (x172/333): >>... Straße um Straße in Flammen. Arme alte Leute werden verschreckt und benommen in Unterkünfte geführt. ...
Ich bin ganz und gar für den Frieden, wenn er denn kommt, doch für die Menschheit wäre es eine Tragödie, wenn er einträte, bevor auch die Städte dieser Bestien zerstört worden sind. Der Hunne muß es am eigenen Leibe spüren.<<
Die US-Zeitschrift "TIME" zitierte am 24. März 1941 Auszüge aus dem Buch des US-Autors Theodore Newman Kaufman (1910-1986) "Germany must perish" (x025/123): >>... Sterilisierung sollte nicht mit Kastration verwechselt werden. Es ist eine gefahrlose und einfache Operation, ziemlich harmlos und schmerzlos, die den Patienten weder verstümmelt noch zum geschlechtslosen Wesen macht. ...
Wenn man bedenkt, daß solche gesundheitsfördernden Maßnahmen wie Impfungen und Serumbehandlungen als direkte Wohltaten für die Bevölkerung betrachtet werden, dann kommt man nicht umhin, die Sterilisierung des deutschen Volkes als eine große Gesundheitsmaßnahme der Menschheit zu betrachten, um sich FÜR IMMER gegen den Virus des deutschen Wesens zu immunisieren.<<
Das "Kaufman-Buch", das auch eine Landkarte enthielt, wie das ausgestorbene Land (einschließlich Österreich) anschließend an die Nachbarstaaten verteilt werden sollte, wurde im Jahre 1941 von der NS-Propaganda übersetzt, auszugsweise im Rundfunk gesendet und als Buch veröffentlicht (Titel: "Deutschland muß sterben").
NS-Reichsminister Goebbels schrieb damals über das Buch "Germany must perish" (x172/-332): >>... Hätte er dieses Buch auf meine Bestellung ausgearbeitet, er hätte es wahrlich nicht besser und vorteilhafter für uns machen können.<<
Am 27. März 1941 wurde in Washington für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).
Der britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 27. April 1941 während einer Rundfunkansprache (x172/352): >>... Im vergangenen Jahr haben wir durch unsere Einstel-

lung und unser Verhalten die Menschen in den Vereinigten Staaten für uns gewonnen. Sie haben einen Großteil ihrer gewaltigen Industrie auf die Produktion der von uns benötigten Rüstungsgüter umgestellt. Sie haben uns sogar wertvolle Waffen aus ihren eigenen Beständen auf Dauer oder vorübergehend überlassen. ...
Es gibt fast 70 Millionen feindselige Hunnen – manche davon lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren.<<
Der britische Politiker Rhys Davies erklärte am 3. Juni 1941 während der Jahresversammlung der Labour Party (x172/375): >>... Was Premier Winston Churchill kürzlich in einer Rede erklärte, daß es nämlich Millionen Deutsche gebe, "manche lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren", ist vergleichbar mit Herrn Hitlers Einstellung gegenüber den Juden.<<
Premierminister Churchill erklärte am 14. Juli 1941 in einer Rundfunkansprache (x172/400): >>... London ist so groß wie ein prähistorischer Dickhäuter, in dessen Panzer man vergebens Pfeile schießt. ...
Wo Sie – Hitler - auf den geringsten Widerstand gestoßen sind, da waren Sie am brutalsten. Sie haben doch mit der wahllosen Bombardierung angefangen – in Warschau, Rotterdam und Rußland.
Wir sind weder zu einer Feuerpause bereit noch zu einem Waffenstillstand mit Ihnen oder der Verbrecherbande, die Ihren bösen Willen vollstreckt. Sie tun das Schlimmste – und wir werden unser Bestes geben. Es ist an der Zeit, daß die Deutschen in ihren Städten einen Teil der Qualen erleiden, die sie ihren Nachbarn und der ganzen Welt zugemutet haben.
Während die großen Bomber in unseren Fabriken fertiggestellt werden oder in Schwärmen über den Atlantischen Ozean zu uns herüberkommen, werden wir Monat für Monat ohne Erbarmen weiterhin hochexplosiven Sprengstoff über Deutschland abwerfen. ...<<
Die "New York Times" berichtete am 15. Juli 1941 über Churchills Rundfunkansprache des Vortages (x172/401): >>... Hierin offenbart sich kein sadistischer Rachewunsch; vielmehr ist dies die ehrliche Überzeugung, daß die Bombardierung Berlins schneller zum Sieg und Frieden führt.<<
Der britische Premierminister Winston Churchill schrieb am 28. Juli 1941 in einem Brief an Josef Stalin (x172/413): >>... Deutschland wird einen schrecklichen Bombenwinter erleben. ... Was denen blüht, dürfte alles bisher Dagewesene übersteigen.<<
US-Finanzminister Morgenthau notierte am 19. August 1941 in seinem Tagebuch folgende Äußerung des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt (x025/124): >>Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den deutschen Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder mit ihnen so verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so weitermachen. ...<<
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete später im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die antideutsche Einstellung des US-Präsidenten Roosevelt (x318/61-62): >>…
Kehren wir zu F. D. Roosevelt zurück, der während des Zweiten Weltkrieges, zu Recht empört über die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reichen einen Augenblick lang von der sonderbaren Idee der "Kastration" der Deutschen fasziniert war. Vielleicht wären dem US-amerikanischen Staatsmann mehr Zweifel gekommen, wenn er zufällig Gobineau und Waitz und ihre Hinweise auf den Vernichtungs-Rassismus der "amerikanischen Schule" hätte lesen können, denn so hätte F. D. Roosevelt verstanden, daß die Idee, durch "Kastration" der Verantwortlichen die Wiederholung solcher Praktiken zu vermeiden, auch das Volk hätte treffen können, zu dem er selbst gehörte.
Eine grundlegende Wahrheit darf man nicht aus den Augen verlieren: Weit entfernt, die Wiederholung des Identischen zu sein, zeichnet sich die Geschichte durch unaufhörliche Verände-

rungen und durch auch recht radikale Umschläge aus. Man sollte ein für alle Mal Schluß machen mit dem Mythos der in der Zeit unbeweglichen Identitäten.
Hier ist eine Betrachtung politischen Charakters hinzuzufügen. Wohl oder Übel hat es in Deutschland, wenn auch nur teilweise und unzureichend den Versuch gegeben, sich mit der Vergangenheit und mit dem Schrecken des Dritten Reiches auseinander zu setzen. Jenseits des Atlantiks feiern hingegen die US-amerikanischen Führer und ihre Ideologen weiterhin ihr Land als "die älteste Demokratie der Welt". In dieser historischen Bilanz scheint das den Indianern und den Schwarzen vorbehaltene Schicksal irrelevant zu sein.
Es gibt nicht einmal einen vagen Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Und gerade dieses gute Gewissen gibt dem Anspruch Washingtons den Auftrieb, die "Demokratie" mit Waffengewalt zu exportieren. Unter diesen Bedingungen ist es reiner Wahnsinn, das gute Gewissen des heute weitaus gefährlicheren Imperialismus mit Diskursen über ein immer und ewig reaktionäres Deutschland noch weiter zu verstärken.<<
Am 11. September 1941 erließ US-Präsident Roosevelt nach dem "Greer-Zwischenfall" den "Schießbefehl" gegen deutsche und italienische Kriegsschiffe (x040/95). Obwohl die Nordamerikaner spätestens danach eindeutig jegliche Neutralität aufgaben und in den US-Häfen alle deutschen Schiffe beschlagnahmten, erfolgte zunächst nicht die erwartete bzw. erhoffte deutsche Kriegserklärung an die USA.
Der nordamerikanische Flieger Charles Lindbergh sprach am 11. September 1941 während einer Versammlung in Des Moines über "Agitatoren und Kriegstreiber" (x172/440-441): >>...
Sie haben Folgendes geplant: Zuerst, die USA auf einen Krieg im Ausland unter dem Vorwand der Verteidigung Amerikas vorzubereiten; zweitens, uns Schritt für Schritt in diesen Krieg hineinzuziehen, ohne daß wir es merkten; drittens eine Reihe von Zwischenfällen zu inszenieren, die uns zur Teilnahme am Konflikt zwingen würde.
Es gebe drei Gruppen von Kriegtreibern: die britische, die jüdische und die Roosevelt-Regierung. ...
Niemand, der einen Sinn für Würde hat, kann die Judenverfolgung in Deutschland billigen. Doch kann auch niemand, der ehrlich ist und klar sieht, die Politik für den Krieg betrachten, ohne die Gefahr zu erkennen, die daraus für uns und für sie erwachsen. Statt Propaganda für den Krieg zu machen, sollten die jüdischen Gruppen in diesem Land ihn mit allen Mitteln zu verhindern suchen, denn sie werden die Folgen als erste zu spüren bekommen.
Toleranz ist eine Tugend, die auf Frieden und Stärke beruht. Die Geschichte lehrt uns, daß sie Krieg und Verwüstung nicht überdauern kann. Ein paar weitsichtige Juden erkennen dies und sind daher gegen eine Intervention, die Mehrheit ist allerdings noch immer nicht zu diesem Schritt bereit.
Die größte Gefahr für unser Land besteht in ihrem gewaltigen Besitz und dem Einfluß, den sie in der Filmindustrie, Presse, Rundfunk und Regierung haben.<<
Lindbergh wurde nach dieser Rede von den öffentlichen US-Medien systematisch als Sympathisant des NS-Regimes und als Antisemit diskreditiert.
Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemühte, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnete am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.
Churchill meinte am 11. Dezember 1941 nach Hitlers Kriegserklärung (x025/126): >>... (Er wolle den Deutschen) eine Lektion erteilen, die auch in 1.000 Jahren nicht vergessen sein wird ...<<
US-Präsident Roosevelt, der bereits frühzeitig eine aktive Kriegsteilnahme in Asien und Europa angestrebt hatte, begrüßte am 11. Dezember 1941 Hitlers verhängnisvollen Fehler, denn wegen der großen deutsch-stämmigen US-Minderheit, war ein nordamerikanischer Kriegsein-

tritt gegen die Deutschen damals noch äußerst schwierig.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über den nordamerikanischen Kriegseintritt im Dezember 1941 (x281/75-79): >>... Der Zweite Weltkrieg kam für die USA wie gerufen. Der neue Unfrieden auf dem alten Kontinent war das Beste, was der Weltmacht im Werden passieren konnte. ... Der ökonomische und politische Nutzen dieses Krieges lag fast ausschließlich bei den Amerikanern. ...
Der Dämmerzustand der Großen Depression wurde beendet, die Wirtschaft wuchs vor dem eigentlichen Waffengang in atemberaubendem Tempo. Der heranwehende Pulverdampf stimulierte sie. Die Selbstzweifel, die Börsenkrach und Massenarbeitslosigkeit Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre ausgelöst hatten, waren auf einmal wie weggeblasen. Der Krieg in Europa löste eine Initialzündung aus, die schließlich zur kraftvollsten Aufwärtsbewegung in der amerikanischen Geschichte führte. ...
Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit stürzte sich die Staatsführung eines demokratischen Landes derart hemmungslos in die Verschuldung. Die Regierung Roosevelt hatte in den Jahren 1940 bis 1945 doppelt so viel Geld ausgegeben wie ihre Vorgänger in den 150 Jahren davor.
Aber wie paßt das zusammen, dort die mit großer Entschlossenheit betriebene Mobilmachung und auf der anderen Seite das Zögern vor dem Kriegseintritt? ...
Die Amerikaner zögerten; Monat um Monat, Jahr für Jahr, was ihrer späteren Weltmachtstellung gut bekam. Die Raffinesse der damaligen Politik lag in ihrer Widersprüchlichkeit. Die Regierung rüstete kraftvoll auf, aber sie schlug nicht gleich los. Die USA schliefen nicht, sie schauten auch nicht weg, sie lauerten wie eine Katze auf den richtigen Zeitpunkt zum Absprung. ...
Churchill brandmarkte den Diktator in Berlin als "Verkörperung des Hasses", als eine "Mißgeburt aus Neid und Schande", er sah in ihm einen "Brutherd von Seelenkrebs". Die Amerikaner blieben aber ungerührt auf der Zuschauertribüne der Weltgeschichte sitzen. Wie versteinert blickten sie auf das lichterloh brennende London und auf das Treiben der SS-Verbände, die hinter den Kampflinien an der Ausrottung der Zivilvölker arbeiteten. Ein größenwahnsinniger und womöglich vom Zaudern der Vereinigten Staaten ermunterter Hitler erklärte den USA kurz vor Weihnachten im Jahre 1941 den Krieg. Und was tat Amerika? Es blieb weiter in Lauerstellung.
Erst am 8. November des Jahres 1942 landete die Weltmacht in Afrika, um von dort nach Europa überzusetzen. Das lange Warten war moralisch unverzeihlich; es irritiert bis heute. Ökonomisch und militärisch aber legte es den Grundstein für die Weltsupermacht USA, auch wenn das der damaligen Führung des Landes so klar womöglich nicht gewesen ist.
Instinktiv entschieden die Verantwortlichen im Interesse ihres Landes richtig. Eingreifen mußten die Amerikaner, aber je später sie es taten, desto besser war es für sie. Der eigene Aufstieg würde um so strahlender, womöglich gar nicht umkehrbar sein, wenn die anderen bereits in Schutt und Asche lagen. Das sagte niemand, das vertraute keiner, den wir kennen, seinem Tagebuch an, das war die Logik dieser lähmenden Jahre, in denen Europa in sich zusammensackte. Nicht der Kriegseintritt, der späte Kriegseintritt sicherte den USA die spätere Machtposition.
Ungefähr ein Viertel aller Industrieanlagen in Europa war bei Kriegsende zerstört. In Deutschland funktionierten nur noch 20 Prozent des Schienennetzes. Amerika aber war in Gänze unberührt geblieben. Als Präsident Roosevelt sich schließlich zur Invasion entschied, war Hitler-Deutschland längst unfähig zum transatlantischen Gegenschlag.
Amerika hatte am Ende auch bei den Kriegstoten ungleich weniger Verluste zu melden. ...<<
Der britische Außenminister Eden verhandelte in Moskau vom 16. bis zum 20. Dezember 1941 über die europäischen Nachkriegsgrenzen. Stalin und Molotow verlangten am 16. De-

zember 1941 die Abtretung Ostpreußens an Polen (x039/226). Die Curzon-Linie sollte die Grundlage für eine zukünftige sowjetisch-polnische Grenze bilden (Bestätigung der sowjetischen Grenzen vom 22.06.1941). Außerdem schlug Stalin die Wiederherstellung Österreichs und eine Aufteilung des Deutschen Reiches vor (x041/123). Ferner sollten das Rheinland und Bayern abgetrennt, Teile Ostpreußens an Polen abgetreten und das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückgegeben werden.

Churchill erklärte gegenüber Außenminister Eden am 8. Januar 1942, daß die Briten keine voreiligen Grenzverschiebungen akzeptieren würden (x028/209): >>... Doch keine britische Regierung, an deren Spitze ich stehe, darf einen Zweifel offen lassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantik-Charta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen.

Meine Auffassung geht deshalb dahin, den Russen mitzuteilen, daß alle Grenzfragen der Entscheidung einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen.<<

Zu Beginn des Jahres 1942 erteilte der britische Premierminister Churchill dem RAF-Befehlshaber Harris folgenden Befehl (x049/75): >>... Das Hauptangriffsziel habe von nun an die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft zu sein ...<<

Das britische War Cabinet schlug am 7. Juli 1942 vor, die deutschen Minderheiten nach dem Krieg aus Ost- und Südosteuropa zu "transferieren" (x020/55): >>... dort wo es notwendig und wünschenswert erscheint ...<<

Außenminister Eden beauftragte anschließend das britische Foreign Office mit der Ausarbeitung von "Umsiedlungsplänen". Die britischen Experten ermittelten später eine Zahl von maximal 7,0 Millionen Ostdeutschen, die im Westen aufgenommen werden könnten.

Im US-Magazin "Peabody Magazine" wurde am 4. Januar 1943 ein Aufsatz des nordamerikanischen Harvard-Professors Earnest Albert Hooton abgedruckt.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über diesen Vorschlag des nordamerikanischen Harvard-Professors Hooton (x025/124-125): >>In seinem PM-Aufsatz … schlägt der Anthropologe vor, frei nach Mendels Gesetzen die deutsche "Aggressivität" aus dem Volk herauszuzüchten.

Dieses Ziel könne erreicht werden, indem man Angehörige der alliierten Besatzungstruppen zu Ehen mit deutschen Frauen ermutige und außerdem die Einwanderung nicht-deutscher Menschen, vor allem nicht-deutscher Männer, nach Deutschland fördere. Das Gros der ehemaligen Wehrmacht solle währenddessen mindestens 20 Jahre lang im Ausland Zwangsarbeit leisten.

Auf diese Weise ließe sich die Zahl der reinrassigen Deutschen und damit die kriegerische Erbanlage der Mitteleuropäer in absehbarer Zeit drastisch reduzieren.<<

Winston Churchill erläuterte am 11. Februar 1943 vor dem Unterhaus in London die aktuellen Kriegsziele (x106/216): >>Das Hauptziel, das wir uns in der Konferenz von Casablanca gesetzt haben, ist, den Feind überall, auf dem Land, zur See und in der Luft, anzugreifen, und zwar so rasch als möglich und in weitestem Ausmaß. Wir müssen veranlassen, daß der Feind physisch und moralisch auf jede Art zum Bluten gebracht wird. ...<<

Die US-Regierung legte am 1. März 1943 den Entwurf eines Friedensvertrages für das Deutsche Reich vor.

Im Artikel 3 dieses Friedensvertrages hieß es (x033/347): >>Die Grenzen Deutschlands sind diejenigen vom 30. Januar 1933. Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche auf Gebiete, die seit diesem Zeitpunkt erworben wurden; ohne Ausnahme kehren diese in ihre früheren Staatsverbände zurück. ...<<

Am 21. September 1943 lehnte es Churchill vor dem britischen Unterhaus wegen der angeblichen Aggressivität des deutschen Volkes entschieden ab, die deutsche Widerstandbewegung

mit den Italienern gleichzustellen, die man aus Erniedrigung und Knechtschaft befreit hatte (x268/41): >>Freiheit bedeutet ihnen nichts, und sie bei anderen zu sehen ist ihnen verhaßt. Sobald sie erstarken, gehen sie auf Raub aus und leisten jedem, der sie dazu anführt, mit eiserner Disziplin Gehorsam. ...<<
Die Außenminister Eden, Großbritannien, Hull, USA, und Molotow, UdSSR, beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943 ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Sie vereinbarten z.B. die Wiederherstellung Österreichs in den Grenzen von 1937 und die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher. Ferner beschloß man die Abtrennung Ostpreußens, denn Stalin sollte nicht vorzeitig aus dem Zweiten Weltkrieg "aussteigen".
US-Präsident Roosevelt stimmte am 5. Dezember 1943 der Absicht des tschechischen Exilpolitikers Benesch zu, die Sudetendeutschen auszuweisen.
Premierminister Churchill berichtete am 15. Dezember 1943 vor dem britischen Unterhaus über die geplante "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen (x149/108): >>... Wir befürworten die völlige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Falle Elsaß-Lothringen.
Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.<<
Der nordamerikanische Rechtsanwalt und Berater Louis Nizer (1902-1994) veröffentlichte Anfang Januar 1944 in New York sein Buch "What to do with Germany?". Das Buch wurde in Nordamerika ein Bestseller.
Nizer schrieb in diesem Buch z.B. über den Charakter der Deutschen (x025/118-119): >>... Die Deutschen haben eine Religion entwickelt, die aus dem Krieg eine Religion und aus Massenmord einen Kult macht. Sie betrachten es als ihre Mission, alle anderen Völker zu versklaven. Sie verwerfen die Lehre von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit und ersetzen sie durch das Ideal des Krieges. Das einzigartige Phänomen des Pangermanismus ist es, daß seine Verschwörung gegen den Weltfrieden nicht nur Gangstertum oder Nihilismus darstellt.
Der Nazismus ist keine neue Theorie, geboren aus der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages oder aus wirtschaftlicher Notlage. Er ist ein Ausdruck deutscher Bestrebungen, die in Jahrhunderten ihren Niederschlag gefunden haben. Es gab einen Kaiser vor Hitler und Bismarck vor dem Kaiser und Friedrich den Großen vor Bismarck - in der Tat sind 2.000 Jahre deutschen Wesens dafür verantwortlich. ...
Ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und jeden freien Menschen in jedem fremden Land. Es ist eine Verschwörung, die in der Niederlage nie abgestorben ist. Sie ist dem deutschen Volk angeboren. ...
Die deutsche Philosophie ist aus der Barbarei entstanden und durch Kultur verfeinert und gefährlicher gemacht worden. Sie bleibt jedoch die Philosophie von Zahn und Klaue, modernisiert durch Flugzeug-Zähne und Panzer-Klauen. Die Jahrhunderte haben sie nicht verändert. Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt. ...<<
Nizers Buch, daß den antijüdischen NS-Hetzschriften ähnelte, wurde später von US-Präsident Roosevelt an Kabinettsmitglieder verteilt. US-General Eisenhower ließ außerdem 100.000 Bücher einer Militär-Ausgabe an die US-Truppen verteilen. Die US-Stabsoffiziere mußten sogar Aufsätze über das Nizer-Buch schreiben (x025/119).
Der spätere US-Präsident Truman war ebenfalls über Nizers Buch begeistert (x025/119): >>... Eines der fesselndsten und aufschlußreichsten Bücher, (die ich je gelesen habe). ... Jeder in

diesem Land sollte es lesen! ...<<
Churchill informierte am 22. Februar 1944 das britische Unterhaus (x039/227): >>... daß Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung findet und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindeslandes zulässig sind.<<
US-General Eisenhower erklärte am 7. August 1944 während eines Gespräches mit Henry Morgenthau (x268/31): >>... Die ganze deutsche Bevölkerung ist ein zusammengesetzter Fall von Paranoia (Geistesgestörtheit). Und es gibt keinen Grund, einen Paranoiker schonend zu behandeln. Die beste Behandlung besteht darin, die Deutschen im eigenen Saft schmoren zu lassen.<<
Der PKWN-Vorsitzende Osobka-Morawski forderte am 28. August 1944 in Moskau die Oder und die Neiße als Grenze Polens (x039/227).
Osobka-Morawski, ein führendes Mitglied der polnischen PKWN-Regierung, erklärte am 30. August 1944 während einer Presseerklärung in England (x001/139E): >>... Es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt (Verwaltungsübernahme durch Polen) bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.<<
Henri Morgenthau forderte während der Konferenz in Quebec vom 11. bis zum 16.09.1944 die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR sowie an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).
Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" - Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau - den sog. "Morgenthau-Plan".
Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" sollte das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Die nordamerikanische "Dreierkommission" forderte, sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.
Morgenthau forderte z.B. in der Denkschrift - "Maßnahmen zur Verhinderung eines Dritten Weltkrieges" -, die gesamte deutsche Industrie zu demontieren, um das hochindustrialisierte Deutsche Reich langfristig auszuschalten (x114/1.54): >>... Das einzige, für das ich meinen Namen hergebe, ist die völlige Stillegung der Ruhr. Was aus den Deutschen wird, ist mir egal. ... Wenn im Ruhrgebiet die Maschinen zerstört, die Bergwerke überflutet, gesprengt, zerstört werden, dann können sie keine Kriege mehr führen. ...
Die Lösung scheint schrecklich unmenschlich, grausam zu sein. Wir haben den Krieg nicht gewollt. Wir haben nicht Millionen in die Gaskammern gejagt. Wir haben all das nicht getan. Sie haben es ja so gewollt. Ich denke an die Zukunft meiner Kinder und Enkel und will nicht, daß diese Bestien wieder Krieg führen. ...<<
Roosevelt und Churchill unterzeichneten am 15. September 1944 in Quebec den abgewandelten Morgenthau-Plan.
US-Kriegsminister Henry L. Stimson übergab dem nordamerikanischen Präsidenten später folgende Denkschrift (x063/598): >>Unvorstellbar sei es, im gegenwärtigen Zustand der Welt ein Gebiet, das der Mittelpunkt eines der am höchsten industrialisierten Kontinente sei, bewohnt von einem Volke voll Energie, Arbeitseifer und Fortschrittlichkeit, in ein "Geisterterritorium" zu verwandeln. ...
Übrigens müßte der Wiederaufbau nach den Verheerungen des Krieges möglichst rasch vor sich gehen, wenn gefährliche Umwälzungen in Europa vermieden werden sollen. Die Deutschen auf einem "Existenzminimum" festzuhalten, am Rande der Armut, bedeute, das deutsche Volk zur Sklaverei zu verurteilen - die Schuld der Nazis würde damit verdunkelt werden und die Quellen vergiftet, aus denen wir Hoffnung auf einen Weltfrieden speisen wollen. ...<<

Der US-Staatssekretär des Äußeren, Cordell Hull, schrieb damals in einem weiteren Memorandum für Präsident Roosevelt (x063/599): >>... Nur 60 % der Deutschen könnten sich auf dem Lande erhalten, 40 % werden sterben. ...
Seinem Wesen nach war dies ein Plan blinder Rache. Blind, weil er übersah, daß mit dem Schlag gegen Deutschland der gleiche Schlag gegen ganz Europa geführt würde. Indem man die deutsche Industrie zerstöre, zerstöre man zum großen Teil die Wirtschaft Europas, die seit vielen Generationen von den in Deutschland produzierten Rohmaterialien abhängt.<<
Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" zogen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.
US-Präsident Roosevelt verhielt sich danach zwar distanzierter, aber der "Morgenthau-Plan" wurde letzten Endes nur aufgeschoben und nicht fallengelassen, denn wesentliche Bestandteile des Plans wurden nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und z.T. sogar in verschärfter Form realisiert. Die westlichen Alliierten "verschenkten" später nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten schließlich außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den "Morgenthau-Plan" (x283/233): >>Sehr weit im Sinne eines harten Friedens ging der Morgenthau-Plan. Der Autor Henry Morgenthau, Finanzexperte und Großagrarier, war ... Nachbar und Freund von Roosevelt, wurde 1934 Finanzminister und gilt als Philanthrop und Gründer der Weltbank.
Sein Vorschlag auf der Konferenz von Quebec im September 1944 lautete, Deutschland, von wo sein Vater 1865 ausgewandert war, zu entmilitarisieren und zu verkleinern, im Osten wie dann geschehen, im Westen durch Abtretung des Saargebiets an Frankreich und Ostfrieslands bis zur Weser an die Niederlande. Deutschland sei sodann aufzulösen in einen protestantischen Nord- und einen katholischen Südstaat. Die Bevölkerung könne von der Landwirtschaft leben, da die Städte ohnehin in Trümmern lagen. Das Ruhrgebiet sollte internationalisiert werden, die Fabriken, Versorgungs- und Industrieanlagen andernorts seien abzubauen. Kein Deutscher sollte ein Flugzeug führen dürfen.
Das Memorandum wurde am 15. September 1944 von Roosevelt und Churchill unterzeichnet. Es wurde in Deutschland bekannt und bot der Kriegspropaganda von Goebbels ein Argument, die letzten Reserven zu mobilisieren, damit Deutschland nicht "in die Steinzeit zurückversetzt werde". Diese Befürchtung war übertrieben, denn eisernes Werkzeug sollte statthaft bleiben, zum Beispiel Hammer und Sichel. ...<<
Die Briten machten aus ihrer Abneigung gegenüber den "Germans" oder "butcher-birds" keinen Hehl. Der britische Gewerkschaftskongreß verkündete z.B. im Jahre 1944 mit einer 5:1 Mehrheit die Schuld des gesamten deutschen Volkes (x025/121).
Lord Robert G. Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, betonte damals besonders die traditionelle Grausamkeit der deutschen Barbaren (x025/121): >>... Sie töteten und verbrannten alles, was sie sahen, ebenso wie sie heute Kühe mit Maschinengewehren erschießen, wenn sie keine Kinder finden können. - Während sich alle anderen Völker im Lauf der Jahrhunderte zu höheren Kulturstufen aufgeschwungen hätten, seien die Deutschen in tiefster Seele Wilde geblieben. - ... Dies sei bei weitem die größte Tragödie der Welt.<<
US-Präsident Roosevelt schrieb am 17. November 1944 an die polnische Exilregierung (x028/33): >>... Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Gebiet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.<<
Premierminister Churchill führte am 25. Januar 1945 in London ein Telefongespräch mit dem

britischen Luftfahrtsminister Sir Archibald Sinclair.
Sinclair erhielt damals den Befehl, mitteldeutsche Angriffsziele festzulegen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten (x021/183): >>**... um den Deutschen beim Rückzug aus Breslau das Fell zu gerben.**<<
Der stellvertretende britische Stabschef der Royal Air Force, Sir Norman Bottomley, erteilte Arthur Harris am 27. Januar 1945 folgenden Befehl (x021/184): >>... Sobald es Mond- und Wetterverhältnisse erlauben, werden Sie solche Angriffe unternehmen mit dem besonderen Zweck, die Verwirrung zu vergrößern, die vermutlich in den erwähnten Städten (Berlin, Chemnitz, Dresden und Leipzig) während des erfolgreichen russischen Vordringens besteht.<<
Ein britischer Offizier berichtete später über den Beginn des völkerrechtswidrigen Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung (x069/180): >>Ein besonderer Grund englischer Verbitterung ist noch heute die Erinnerung an die deutschen Bombenangriffe auf London und andere Städte. Denn während des Krieges hatte man die "ersten" Luftangriffe auf offene Städte als Höhepunkt der deutschen Gemeinheit mit ungeheurem Erfolg propagandistisch ausgeschlachtet.
Es ist deshalb einigermaßen verblüffend, im Buch eines früheren Beamten des britischen Luftfahrtministeriums, J. M. Spaight, Erster Staatssekretär, zu lesen, daß die Bombardierung nichtmilitärischer Ziele nicht nur von England ausgegangen war, sondern daß die Engländer stolz darauf sein sollten.
Ich zitiere: "Da wir uns nicht im klaren waren, wie eine propagandistische Verdrehung der Wahrheit psychologisch wirken würde - der Wahrheit nämlich, daß wir mit der strategischen Bombenoffensive begonnen hatten, deshalb scheuten wir davor zurück, unserer großen Entscheidung vom 11. Mai 1940 - britischer Kabinettsbeschluß, das deutsche Hinterland für den strategisches Bombenkrieg freizugeben - die verdiente Publizität zu geben. Das war sicher ein Fehler. Es war ein prächtiger Entschluß. Es war nicht sicher, sagt J. M. Spaight, aber doch recht wahrscheinlich, daß unsere Hauptstadt und unsere Industriezentren nicht angegriffen worden wären, wenn wir weiterhin Angriffe gegen die entsprechenden Ziele in Deutschland unterlassen hätten." ...<<
Kriegskonferenzen der Alliierten: Die westlichen Alliierten legten am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichen die "Atlantik-Charta" (x058/376): >>Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill als Vertreter der britischen Regierung haben es auf ihrer Zusammenkunft als zweckmäßig erachtet, gewisse gemeinsame Grundsätze der Politik ihrer beiden Länder bekanntzugeben, Grundsätze, auf denen sie eine bessere Zukunft der Welt aufzubauen hoffen:
1. Ihre Länder suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur.
2. Sie streben keine territorialen Veränderungen an, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.
3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind. …<<
Während der Konferenz von Casablanca verkündete Roosevelt am 25. Januar 1943, daß nur noch die vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulation - "Unconditional Surrender" - der Deutschen in Frage kommen würde (x069/188). Jeder Waffenstillstand (auch mit einer "neuen" deutschen Regierung, nach einem Sturz Hitlers) wurde damit strikt ausgeschlossen (x041/123). Für das NS-Regime und den deutschen Widerstand war es jetzt endgültig zu spät, den Krieg durch politische Lösungen zu beenden.
Diese vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulationsforderung verlängerte den Zweiten Weltkrieg unnötig, forderte unzählige sinnlose Opfer und unterstützte letzten

Endes Stalins Expansionspläne. Die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten wurde von der NS-Propaganda bis zum Kriegsende unermüdlich eingesetzt, um den Durchhaltewillen und die Kampfbereitschaft der Deutschen zu steigern.
Im Verlauf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) einigten sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches.
Stalin erkannte während der Konferenz von Teheran frühzeitig, daß Roosevelt und Churchill nicht um Ost-Mitteleuropa kämpfen würden. Churchill und Roosevelt waren dem berüchtigten, verschlagenen Machtpolitiker Stalin bereits in Teheran zu keinem Zeitpunkt gewachsen. Arglos, gleichgültig und leichtfertig vertrauten sie dem sowjetischen Diktator und ließen ihm in Ost-Mitteleuropa sträflicherweise völlig freie Hand.
Churchill und Roosevelt vertraten damals die Meinung, daß Polen zukünftig auf alle Fälle stärker werden müßte. Die polnischen Grenzen sollten deshalb zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben werden, um Polen zu entschädigen (x041/124). Nachdem man die Curzon-Linie (die schon im Dezember 1919 festgelegt worden war) als künftige polnische Ostgrenze vereinbart hatte, schlug Stalin die Oder-Linie als polnische Westgrenze vor.
Churchill erklärte während dieser Diskussion (x028/63): >>... Polen könnte sich nach Westen verlagern, wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf "einige deutsche Zehen" trete, könne man das eben nicht ändern, doch müsse Polen auf alle Fälle stark sein.<<
Mit Hilfe von 3 Streichhölzern, die er nach Westen fallen ließ, demonstrierte Churchill anschließend die westliche Verlagerung Polens. Für dieses berühmt-berüchtigte "Streichhölzchenspiel" - "Nimm von 3 Hölzchen das rechte weg und lege es links wieder an" - erhielt Churchill vor allem von der sowjetischen Delegation großen Beifall (x035/331).
Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen wurden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin war in Teheran noch nicht die Rede.
Im Verlauf der Teheran-Konferenz verlangte Stalin ferner die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).
Bei einem Trinkspruch forderte der "humorvolle" Stalin außerdem die "formlose Erschießung" von 50.000 deutschen Offizieren (x025/124). Während Roosevelt diese Anmerkung anscheinend als derben "Spaß" auffaßte und "49.500" antwortete, protestierte Churchill energisch gegen Massenhinrichtungen - Churchill dachte wahrscheinlich sofort an das sowjetische Katyn-Massaker.
Auf der Konferenz von Teheran akzeptierten die Westmächte letztlich die von Stalin gewünschten sowjetischen Grenzen. Wie Ismay es ausdrückte, erhielt Stalin "genau das, was er wollte", während die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich im Gegenzug lediglich mit einigen vagen Versprechungen begnügen mußten.
Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn schrieb später über die "Staatsmänner" Roosevelt und Churchill (x025/136): >>In ihren Ländern werden Churchill und Roosevelt als Verkörperung staatsmännischer Weisheit verehrt. Uns hingegen, den Teilnehmern der russischen Gefängnisdebatten, offenbarte sich mit frappierender Deutlichkeit ihre notorische Kurzsichtigkeit, ja Dummheit. ...<<
Am 4. Februar 1945 begannen Churchill, Roosevelt und Stalin die "Jalta-Konferenz" (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim.
Im Verlauf der Jalta-Konferenz faßten "Die Großen Drei" u.a. folgende Beschlüsse:
1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen. Die französische Besatzungszone wurde von Churchill durchgesetzt.

2. In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR, die Verwendung von deutschen Arbeitskräften bzw. Zwangsarbeitern wurde erlaubt - x001/79E).
3. Geheimabkommen über den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan und Überlassung der Kurilen und Süd-Sachalin.
4. Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen" - jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren.
Stalin verpflichtete sich, in Polen freie und uneingeschränkte Wahlen zu gestatten.
Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wurde zurückgestellt. Die Curzon-Linie wurde zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt trafen in Jalta noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkannten aber grundsätzlich an, Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete zu entschädigen und daß die deutsche Bevölkerung Polens umgesiedelt werden sollte. Durch die indirekte Anerkennung der Oder-Linie schafften die Westmächte damals bereits frühzeitig einen verhängnisvollen Zustand der Rechtsunsicherheit.
Die "Krim-Konferenz" endete sinnigerweise mit einer "Erklärung über das befreite Europa". In dieser Botschaft sicherte man allen Völkern die "freie Wahl" der Regierungsform zu.
In der Jalta-Schlußerklärung vom 11. Februar 1945 hieß es (x114/2.123): >>... Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören. ...
Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.<<
Besatzungspläne der Alliierten: Die Briten legten am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof. Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmte die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu. US-Präsident Roosevelt erteilte die Zustimmung am 1.06.1944.
Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).
Stalin, Churchill und Eden sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter" einigten sich in Moskau vom 9. bis zum 20. Oktober 1944 über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze sollte entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollten Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).
Churchill berichtete später über die Festlegung der polnischen Westgrenze und die Zuordnung der südosteuropäischen Gebiete (x106/376): >>... Ich schob den Zettel mit meinen Vorschlägen Stalin zu. ... Eine kleine Pause trat ein. Dann ergriff er einen Bleistift, machte einen großen Haken und schob uns das Blatt wieder zu. Die ganze Sache beanspruchte nicht mehr Zeit, als sie zu schildern. ... Das Papier lag in der Mitte des Tisches:
"Könnte es nicht für äußerst zynisch gehalten werden, wenn wir den Anschein erweckten, über die für Millionen Menschen so gravierenden Schicksalsfragen aus dem Stegreif entschieden zu haben?
Lassen Sie uns das Papier verbrennen." – "Nein, heben Sie es auf", antwortete Stalin.<<
Am 14. November 1944 beschlossen die Alliierten in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248). In diesem Abkommen wurden auch die zukünftigen Besatzungszonen des Deutschen Reiches abgegrenzt und die Errichtung eines alliierten "Kontrollrates" vereinbart.

Durch dieses Abkommen wurde nach dem Kriegsende die gesamte Regierungsgewalt auf die Sieger- bzw. Besatzungsmächte übertragen und das Deutsche Reich praktisch liquidiert.
General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde (x025/126, x063/613): >>... Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegsführung aus dem Geist des fanatischen Naziwiderstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat, und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben. Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. ...<<
>>... (Sie werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen
a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder
b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<
US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenze Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchtsmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...
Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...
(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<
Flucht- und Befreiungskatastrophen: Die späteren Flucht- und Befreiungskatastrophen offenbarten eindrucksvoll die Unmenschlichkeit und Verantwortungslosigkeit des NS-Terrorregimes. Im Jahre 1945 wurden schließlich Hunderttausende von wehrlosen Müttern und Kindern dem tödlichen Inferno überlassen, weil die NS-Gauleiter die Flucht der deutschen Bevölkerung vorsätzlich verhinderten oder verzögerten, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern.
Dieser hinterhältige Verrat an den Ost- und Volksdeutschen bewies nachhaltig, daß Hitler die Masse des Volkes nur für den Krieg und "Heldentod" benötigt hatte.
Als die feindlichen Truppen immer näher kamen, floh die Zivilbevölkerung schließlich trotz Fluchtverbot und fehlender Räumungserlaubnis, denn überall fürchtete man die Rotarmisten, Milizen und feindlichen Partisanen. Die Massenflucht der Ostdeutschen begann oftmals erst 2-3 Tage vor dem sowjetischen Einmarsch. Vielerorts flüchtete die Bevölkerung auch nur wenige Stunden vor dem Eintreffen der Roten Armee. In fast allen deutschen Siedlungsgebieten entwickelten sich panikartige, überstürzte Fluchtbewegungen, die zwangsläufig mit Katastrophen enden mußten.
Während der sowjetischen "Befreiungsmission" in Ostdeutschland setzte man 1944/45 erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige (Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein. Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Diese neuartige "Kampftaktik" war unfehlbar, denn für einen derartigen "schmutzigen Krieg" gegen Zivilisten benötigte man weder zusätzliche Munition noch Treibstoffe.
Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten

Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.
Vor allem die sowjetischen Nachschubeinheiten, in denen man überwiegend politische Kaderabteilungen und fanatische Kommunisten, die sogenannten "Stalin-Schüler" einsetzte, führten Stalins Liquidationspolitik befehlsgemäß aus.
Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).
Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der nach seiner Pensionierung Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle der "Deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem" wurde) ermittelte zum Themenkomplex "Vergewaltigungsverbrechen" folgende Zahlen (x037/58-60):
Während der Flucht, "Befreiung" und Vertreibung wurden in den ostmitteleuropäischen Vertreibungsgebieten - ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete - etwa 1.400.000 deutsche Frauen und Mädchen durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt. Etwa 180.000 Opfer kamen um.
In der späteren sowjetischen Besatzungszone - ohne Berliner sowie ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene - wurden im Verlauf der "Befreiung" etwa 500.000 mitteldeutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 50.000 Opfer kamen um.
In Groß-Berlin - ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene - wurden etwa 100.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 10.000 Opfer kamen um.
Den Sexualverbrechen fielen insgesamt mindestens 2.000.000 Frauen und Mädchen zum Opfer - davon kamen etwa 240.000 Opfer um. Diese Gewalttaten verursachten etwa 292.000 Schwangerschaften. Wie viele Kinder abgetrieben wurden oder nach der Geburt starben, konnte nie ermittelt werden.
Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schrieb später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/243): >>... Ethnische Säuberungen richten sich stets gegen Frauen. Während im Krieg Männer gegen Männer kämpfen, greifen Männer bei ethnischen Säuberungen meist Frauen an. Die Ideologie des integralen Nationalismus versteht Frauen als Trägerinnen der nächsten Generation des Volkes, und zwar im wörtlichen Sinne. Sie sind nicht nur der biologische Kern der Nation, sondern haben oft auch die Aufgabe, die kulturellen und geistigen Werte des Volkes an ihre Kinder weiterzugeben. Aus diesem Grund werden sie häufig zum Ziel ethnischer Säuberungen. ...<<
Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfaßbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.
Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwas wie eine "Aufrechnung"

stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<

Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtete später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<

4. Phase des NWO-Geheimprojektes: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands". Schlüsselereignisse von 1945-1948

Kapitulation der deutschen Wehrmacht, Verluste des Zweiten Weltkrieges, Verschleppung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen zur Leistung von Wiederaufbauarbeiten, Verhaftung der Geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches, Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges, Berliner Deklaration, Potsdamer Konferenz, Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Reparationen und Wiedergutmachung, Entnazifizierung und Umerziehung in Mittel- und Westdeutschland, Hungerpolitik der sogenannten Befreier, "Kalter Krieg" zwischen den Siegermächten Sowjetunion und USA.

Kapitulation der deutschen Wehrmacht: Da Eisenhowers Haltung unerbittlich blieb, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (als Vertreter der Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation.

Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<

Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deutsche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.

Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... daß die hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<

Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.

Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).

Verluste des Zweiten Weltkrieges: Infolge des Zweiten Weltkrieges starben mindestens 55 Millionen Menschen, darunter waren etwa 5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten.

Verschleppung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen zur Leistung von Wiederaufbauarbeiten: Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.

Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).

Verhaftung der Geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches: Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle durch

eine Giftkapsel Selbstmord.

Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges: Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.

Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.

Nordamerika und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.

Die Nordamerikaner zeigten zunächst nur geringes Interesse, sich langfristig im geschwächten Nachkriegseuropa zu binden. Die US-Amerikaner waren hauptsächlich daran interessiert, aufnahmefähige Absatzmärkte zu sichern und ließen Stalin ungehindert agieren, so daß sich das kommunistische System nicht nur in Ost-Mitteleuropa, sondern auch in Südostasien (Korea und Nord-Vietnam) ungehindert ausdehnen konnte.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges (x068/267): >>... Wie die USA aus dem Ersten Weltkrieg, dessen eigentliche Gewinner sie waren, am besten herauskamen, so erst recht aus dem Zweiten. Was die Europäer schwächte, hatte sie enorm gestärkt, ja zur mächtigsten Nation gemacht. Auch zur reichsten, mit Abstand. Nicht weniger als drei Viertel des gesamten Weltkapitals befanden sich in den USA. Ebenso zwei Drittel der gesamten Industriekapazität. All dies aber war ihnen mehr in den Schoß gefallen, als daß sie es sich erkämpft oder im strengen Sinn erarbeitet hätten. …<<

Berliner Deklaration: Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber in Berlin aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm.

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67).

Da die Siegermächte keinen Gebrauch von ihrem Recht der Unterwerfung des Deutschen Reiches machten, wurde das Deutsche Reich damals völkerrechtlich nicht annektiert. Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 demnach weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605). Das Deutsche Reich blieb als Rechtssubjekt bestehen. Der Staat war aber nach der Zerschlagung des NS-Regimes desorganisiert bzw. nicht mehr geschäftsfähig.

Potsdamer Konferenz: Am 17. Juli 1945 begann die Konferenz von Potsdam. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill - bis zur Wahlniederlage im Juli 1945 - und Attlee - ab 28. Juli 1945 - angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Gren-

zen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.
Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.
Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.
Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa: Der Alliierte Kontrollrat stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737). Der Alliierte Kontrollrat setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):
Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.
US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.
Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.
Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.
Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.
Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. In den Internierungslagern Ost-Mitteleuropas fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.
Die Vertriebenen sind im Übrigen rassisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<
Reparationen und Wiedergutmachung: Im Vergleich zu der mitteldeutschen und den westdeutschen Besatzungszonen wurde Ostdeutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fast vollständig ausgeplündert. Zur Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Ost- und Volksdeutschen als Kriegsbeute einsammelten, demontierten und abtransportierten. In Mittel- und Westdeutschland wurden zunächst alle deutschen Rüstungswerke demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

Nicht Hitler war der Feind, sondern Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus sollte zerschlagen werden, sondern Deutschland. Diese Schlußfolgerung zieht der renommierte Verleger und Autor Bruno Bandulet, der unlängst sein Buch "Beuteland. Die systematische Ausplünderung Deutschlands seit 1945" veröffentlicht hat. Der Bad Kissinger Wirtschaftsfachmann ist kein Lautsprecher und niemand, der sich bisher durch Verschwörungstheorien hervorgetan hätte. Dementsprechend hält er sich an Fakten.

"Ich muß zugeben, daß die Arbeit an diesem Buch eine echte Entdeckungsreise war. Ich hätte mir nicht vorstellen können, wieviel die Siegermächte im Laufe der Zeit an Sachwerten, an geistigem Eigentum und an Finanzleistungen aus Deutschland herausgezogen haben", erklärt der Autor und benennt Tatsachen. Die Rechnung summiere sich ab 1945 bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre nach heutiger Kaufkraft auf etwa 1.000 Milliarden Euro.

Nach Kriegsende hatten regelrechte Plünderungen stattgefunden. Die deutschen Auslandsvermögen waren beschlagnahmt worden. Zudem gab es Zwangsexporte. Deutschland mußte für die Besatzungskosten aufkommen. …

Erst durch die Entzweiung der Alliierten hätten die westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik als geopolitisch wichtiges Ziel erkannt. Dennoch habe man Deutschland bewußt "klein gehalten". Die seit 1945 gezahlten Reparationen in Kombination mit den Kosten der europäischen Transferunion übertreffen bei weitem die Zahlungen des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag.

Die Nettozahlungen, die Deutschland seit der Wiedervereinigung kaufkraftbereinigt an die EU geleistet hat, übersteigen mittlerweile 250 Milliarden Euro. … Nirgendwo wurden die Summen aufgelistet und bilanziert, die die Demontagen und Sachlieferungen verursacht haben, für die vor allem Sowjets und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen waren. Bis heute existieren nur Schätzungen und grobe Berechnungen. Der größte Teil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten, welche beispielsweise 1946 allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Im Vergleich mit dem heutigen Steueraufkommen wären dies rund 270 Milliarden Euro. …<<

Entnazifizierung und Umerziehung in Mittel- und Westdeutschland: Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen. Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die Deutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern politisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten systematisch ausgeplündert und umerzogen.

Am 14. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" ein. In den folgenden Monaten wurden hier durchschnittlich ca. 6.000 Häftlinge aus Berlin und der Mark Brandenburg interniert (x126/52). Unter den Gefangenen waren viele Jugendliche - vermeintliche "Werwolf-Angehörige".

Am 22. Mai 1945 trat in Westdeutschland die US-Direktive Nr. 1 in Kraft (x111/25): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<
Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...
Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...
Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.
... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...
Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.
Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen anerzogen ist ...
Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<
Die US-Militärregierung veröffentlichte am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen. ...<<
Am 1. Oktober 1946 wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet. 12 NS-Führer (Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher) wurden zum Tod durch den Strang verurteilt. Hjalmar Schacht, Franz von Papen und Hans Fritzsche wurden freigesprochen. Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stufte man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden allein die Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Verlierer geahndet, die zahllosen Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Siegermächte blieben jedoch ungesühnt.
Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung wurden in den Westzonen mindestens 800 NS-Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtete. In den folgenden Jahren ermittelte die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilte über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).
In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Frage-

bogen ausgefüllt. Alle deutschen Erwachsenen ab 18 Jahre wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.
Es war die Zeit der "Persilscheine", die rastlose sog. Jagd nach Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.
In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".
In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!
Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.
Der Fragebogen mit seinen ... 133 zum Teil schlichtweg törichten Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...
Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<
Der Alliierte Kontrollrat erteilte am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...
Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<
Am 10. März 1950 wurde das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, aufgelöst.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konzentrationslager" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.
Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen, Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.
Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<
Hungerpolitik der sogenannten Befreier: Damit man die angestrebten Hauptziele Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung ungestört

realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.
US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten wird.
Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtete am 14. Mai 1945 über das besetzte Deutschland (x043/31): >>**Deutschland muß sich selbst ernähren**
Das US-Kriegsernährungsamt dementiert die Gerüchte, daß Deutschland einen wesentlichen Teil der zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel erhalte, die die Vereinigten Staaten nach Europa verschiffen werden, daß irgendwelche Lebensmittel an Deutsche verteilt worden seien, ausgenommen völlig mittellose und heimatlose Personen.
Dieses Dementi wird vom Kriegsministerium bestätigt unter dem Hinweis auf Eisenhowers Erklärung, daß Deutschland sich selbst ernähren müsse.<<
Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1945 (x095/18-20): >>Ich sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. Rußland läßt einen eisernen Vorhang herunter. Ich glaube nicht, daß es sich bei der Verwaltung der Hälfte Deutschlands, die ihm überantwortet ist, von der Zentralen Kontrollkommission irgendwie beeinflussen lassen wird. Die weiterblickenden englischen und amerikanischen Stellen teilen wohl diesen Standpunkt, denn sie haben keine Hoffnung, in Zukunft aus diesem Teil Deutschlands noch Zufuhren an Lebensmitteln zu erhalten. …
In wirtschaftlicher Hinsicht ist man über die allerkümmerlichsten Anfänge noch nicht hinausgekommen. So wird es sie interessieren, daß die Förderung im Industriegebiet 10 % normal beträgt und daß von diesen 10 % 7 % nach Frankreich gehen. Daß mit dem Verbleib der 3 % die Wirtschaft nicht angekurbelt werden kann, auch nicht der Eisenbahnverkehr, daß kein Hausbrand zur Verfügung stehen wird, brauche ich nicht zu sagen.
Ich befürchte, daß diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten. ...<<
In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wurde von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und mußte am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).
Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge** aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen **von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).
Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.
Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.
US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über den massenhaften Hungertod in Deutschland (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - Sie verstießen gegen das geltende humanitäre Prinzip des

Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche der Zivilbevölkerung das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer**, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<

"Kalter Krieg" zwischen den Siegermächten Sowjetunion und USA: Der sogenannte "Kalte Krieg" hatte für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelte langfristig die deutsche Spaltung. Er zwang die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wurde. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands sowie der militärische Schutz Westeuropas wurden nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkauft.

Das Potsdamer Abkommen wurde von den Politikern der USA genutzt, um die langfristige Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durchzusetzen. Die US-Geostrategen hetzten die Deutschen und die Russen infolge der unfaßbaren Gebietsabtretungen und Vertreibungen vorsätzlich gegeneinander auf, denn ein deutsch-russisches Bündnis hätte die angestrebte US-Weltherrschaft gefährden können

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete später im Jahre 2015 über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. …

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Der Marshall-Plan erfolgte vor allem aus politischen Gesichtspunkten und kontrollierte die Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem. Mit dem Marshall-Plan begann im Jahre 1947 die europäische Integration (Zusammenschluß von zunächst westeuropäischen Staaten). Der Marshall-Plan war damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wurde vielerorts von US-

Unternehmen durchgeführt.
Der US-Bankier Young begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... und daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.
Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.
Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

5. Phase des NWO-Geheimprojektes: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands". Schlüsselereignisse von 1949-1989

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde, Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Oder-Neiße-Linie, Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO), Mitglied des Warschauer Beistandspaktes, Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft, Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), Ausgrenzung und Diffamierung der deutschen Vertriebenen, Neue Ostpolitik, Zöglinge der "Frankfurter Schule", Niedergang des Christentums, Zerstörung des deutschen Bildungssystems, Holocaust-Industrie, Tag der Befreiung, Kollektivschuld, Zusammenbruch der DDR.

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde: Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls. ... Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Die zwangsweise europäische Integration (Ruhrstatut) diente hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht feiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.

Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion und danach 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte: Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson, USA, Bevin, England, und Schuman, Frankreich, während einer Konferenz in Washington ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut

der westlichen Siegermächte. Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber auch die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland: Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique" wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte. Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen

des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. …<<
Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 42/1949 berichtete am 13. Oktober 1949 über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: >>**Weg**
Die Sowjetunion vollzog den verwaltungstechnischen Gegenzug zu Bonn. Auf einem ersten Staats-Empfang der ostdeutschen Volkskammer gab SMA-Chef Wassili Tschuikow den Entschluß der Sowjetregierung bekannt, "der provisorischen Regierung der deutschen demokratischen Republik die Verwaltungsfunktionen zu übertragen, die bisher der sowjetischen Militäradministration zustanden". An deren Stelle tritt eine sowjetische Kontrollkommission. General Tschuikow nannte die westdeutsche Bundesregierung eine spalterische Marionetten-Regierung …<<
Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die sog. "freien, geheimen Wahlen" waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteiendiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht. Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche.
Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<
Oder-Neiße-Linie: Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren

Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Der Alterspräsident Paul Löbe erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages - außer KPD - zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14.10.1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...<<

Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck kritisierte am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, das Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufar-

beiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.
Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt. ...
Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<
Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versprach am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.
Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<
Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO): Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und den Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft.
Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.
Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die NATO (x068/272-273): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...
Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.
Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. …
In Europa … begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot. …<<
Mitglied des Warschauer Beistandspaktes: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehörte, schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau den Warschauer Beistandspakt bzw. ein Militärbündnis gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.
Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Die "BILD-Zeitung" berichtete am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>**Erste Gastarbeiter kommen**

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.
Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**
... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."
Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<
Im Jahre 1967 waren die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhielten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/33-35): >>**Erdogans Fünfte Kolonne**
… Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. … 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."
USA und NATO machten Druck
Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. …
Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:
Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.
Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. …
Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2

Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. …<<

Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftpolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und Montanunion (EGKS).

Der französische Staatspräsident Georges Pompidou erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden. …<<

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit Juni 1979 alle fünf Jahre in allgemeinen und direkten Wahlen gewählt. In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß

aber bereits den ersten eigenen Haushalt.
Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.
Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), Nutzung der Kernenergie: In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrage über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) unterzeichnet.
Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).
In Kahl am Main lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Mai 1966: >>**Atomstrom in der DDR**
... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg bei Rheinsberg in Betrieb. ...<<
Meinungsumfragen zur "Nutzung der Kernenergie" im Jahre 1979 ergaben folgende Ergebnisse (x149/225): >>... 30 % "Wir müssen weitere Kernkraftwerke bauen."
37 % "Wir sollten keine neuen Kernkraftwerke mehr bauen, aber die bestehenden weiterbetreiben."
24 % "Wir sollten mit der Erzeugung von Kernenergie ganz aufhören und die bestehenden Kernkernkraftwerke stillegen."
9 % (sind) unentschieden.<<
Die Bürgerinitiative für Umweltschutz im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg erklärte im Jahre 1979 (x149/226): >>... Der Bürgerinitiative wird oft vorgeworfen, sie informiere einseitig – Tatsache ist, daß sie die Informationen bringt, die Betreiber und Regierungen im eigenen Interesse wohlweislich verschweigen müssen.
Wir werden auch in Zukunft weiter auf die Gefahren der Atomenergie hinweisen,
(1) weil die Technik der Atomanlagen nicht sicher ist;
(2) weil die Anlagen das ökologische Gleichgewicht unwiederbringlich zerstören;
(3) weil uns die Nutzung der Atomenergie die totale Überwachung und Kontrolle der Bürger bringt, den Atomstaat. ...<<
Am 28. Februar 1981 protestierten etwa 100.000 Atomkraftgegner trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Bei der "Schlacht um Brokdorf" wurden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.
In der Ukraine ereignete sich am 26. April 1986 der bisher größte Anzunehmende Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Bei diesem Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl wurde 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima in Japan im Jahre 1945 (x175/790).

Ausgrenzung und Diffamierung der deutschen Vertriebenen: Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie die einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.
Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften

der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik. …<<
Die österreichische Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 über die einseitige Berichterstattung in den deutschen Medien (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.
Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. ...
Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.
Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<
Die BdV-Bundesvertretung kritisierte am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/143-144): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.
Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.
Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<
Rudolf Mühlfenzl, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.
Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<
Neue Ostpolitik: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<
Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "Mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Diese Politik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau und leitete schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt".
Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.
Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.
Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<
Die Zöglinge der "Frankfurter Schule": Im Jahre 1950 kehrten die deutscher Philosophen und Soziologen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen fortzusetzen. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die "68er Bewegung" und "Die Grünen".
Der deutsche Historiker Sebastian Haffner berichtete später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127): >>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.
Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...
Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<
Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.
Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."
Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen" verdrängten die kampferprobten linksradikalen Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Niedergang des Christentums: Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr strafbar** ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung gemäß § 166 abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.

Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und verherrlichte schließlich den Atheismus und die Herrschaft der größenwahnsinnigen Öko-Hysteriker und der falschen Klimapropheten.

Zerstörung des deutschen Bildungssystems: Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule, die auf die Idee der "Einheitsschule" zurückging, wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems: Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Das weltweit anerkannte, effektive deutsche Bildungssystem, in dem man nach Möglichkeit jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten förderte, wurde in den letzten Jahrzehnten konsequent zerlegt. Aufgrund der ständig geringeren Anforderungen, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen wurde der Bildungsstandard für alle Schüler drastisch gesenkt. Viele Schüler besitzen deshalb gegenwärtig nicht mehr die Grundkenntnisse, die für eine erfolgreiche Berufsausbildung oder ein Studium benötigt werden.

Obwohl unsere deutschen Universitätsabschlüsse jahrzehntelang als vorbildlich galten, führte man das US-Diplom (Bachelor/Master) ein.

Durch die jahrelang umstrittene Rechtschreibreform wurde die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung im In- und Ausland vorsätzlich erheblich beschädigt, um die deutsche Sprache als ehemals führende Wissenschafts- und Kultursprache endgültig auszuschalten.

Holocaust-Industrie: Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".
In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox …"Das Tagebuch der Anne Frank" auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebzehnmal verfilmt werden. …. Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust, die 1978 auf NBC lief.
Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindlers Liste", … der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt, inklusive Dokumentationen … Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Treck", "Akte X", "Eine himmlische Familie" usw. …
Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.
"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<
Die Welt berichtete am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.
Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten: "Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<
>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprechenden

Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.
Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<
Tag der Befreiung: Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) erklärte am 8. Mai 1985 während einer Rede im Bundestag zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...
Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. …<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete damals über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**
Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.
Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."
Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."
... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.
Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten - rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets, die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<
Kollektivschuld: US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/234): >>... Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren

historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre. Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.
Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Zusammenbruch der DDR: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anläßlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten - "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...

In Leipzig duldete die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ..."

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

6. Phase des NWO-Geheimprojektes: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands". Schlüsselereignisse von 1990-2018

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft, Kollektivschuld, Holocaust-Industrie, Tag der Befreiung, Genderismus, EURO-Einführung, Islamisierung, Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kernkraftwerksindustrie, Einseitige Erinnerungskultur, Diffamierung der deutschen Wehrmacht, Vernichtungsfeldzug gegen die Bundeswehr, "Energiewende" bzw. Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen "Energieversorgungsunternehmen, Folgen der "Frankfurter Schule", Rechtschreibreform, DDR 2.0, Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Automobilindustrie.

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands: In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes. Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der 3. Oktober 1990.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne die Bestätigung aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert. Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland, obgleich man die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 bildete!!! Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag: "Tag der deutschen Einheit".

Bei der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich lediglich um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei unsouveränen, abhängigen Staatsgebilden. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren nie souveräne Staaten. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Arti-

kel 53 und Artikel 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.
Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**
Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. …
Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. … "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.
Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". …<<
Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<
Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**
Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. …
Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**
Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise
… Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.
Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.
Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.
Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags
Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.
Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?
Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Er-

eignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.
Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."
Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.
Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."** ...<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**
… Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder
Gerhard Schröder: Herr Gysi, … Tempora, X-Keyscore … Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?
Gregor Gysi: Nein, noch nicht …Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. …<<
Ostdeutschland: In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.
Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):
>>Artikel 25
Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<
Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Die Münchener "Abendzeitung" berichtete

am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten. <<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen. <<

Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.
- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.
- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>**Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro**

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten

für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.
Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.
Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.
Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.
Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 26. Februar 2017 (x902/…): >>**Merkel schafft das "deutsche Volk" ab**
"Wir haben uns nicht für die Einheit Deutschlands eingesetzt, um als "Deutsche" beseitigt zu werden."
Veröffentlicht von Willy Wimmer
Der Bundeskanzlerin darf man nichts mehr durchgehen lassen. Das hat das deutsche Volk bei der Migrationsentwicklung seit 2015 erfahren können. Die Bundeskanzlerin erhob sich über das Gesetz und verfügte eigenmächtig, wie zu verfahren sei. Seither hat der Deutsche Bundestag in einer All-Parteien-Bewegung die Vorgehensweise der Bundeskanzlerin gestützt. Anstatt Sie wegen der Außer-Kraftsetzung deutschen und europäischen Rechts zur Rechenschaft zu ziehen, hat das Berliner Parlament es hingenommen, unsere Grenzen absolut schutzlos zu lassen.
Wir sind die Eingeborenen von Merkelonien
Die Bundeskanzlerin geht jetzt einen Schritt weiter. Sie schafft das "deutsche Volk" eigenmächtig ab. Wie die Äußerungen der Bundeskanzlerin seit einiger Zeit deutlich machen, geht sie gezielt vor. Unsere Gesetze fegt sie beiseite, denn das "deutsche Volk" sind nun mal die "deutschen Staatsbürger" und nicht alle Menschen, die sich auf dem Territorium Deutschlands aufhalten. Aber wer weiß es denn? Vielleicht wird "Deutschland" durch diese Dame abgeschafft. Anders kann man nicht werten, was die Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern von sich gegeben hat. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/3): >>**Volksaustausch ? Regierungstausch!**
_ von Jürgen Elsässer
Der Volksaustausch ist kein Hirngespinst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. …
Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. …
Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.

Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.
Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<

Kollektivschuld: Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schrieb am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<

Lennart Meri (von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärte am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...
Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.
Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feinseligen Mehrheit beruht.
Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**
... Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.
Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen

die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert. …
Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".
Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.
Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<
Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisierte im August 1999 in der Zeitschrift "Merkur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.
Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zu Gunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.
Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt. <<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer: >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**
Außenminister Joschka Fischer, Grüne, sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. …
Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevenement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. …<<
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?"

(x318/80-82): >>…

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. …

Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! …<<

Aufgrund der diffamierenden Geschichtsdarstellung der Sieger wurde jahrzehntelang unentwegt der Eindruck vermittelt, daß Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Massenverbrechen nicht nur eine Spezialität des NS-Terrors wären, sondern ein abstammungsbedingtes "teutonisches Phänomen" sei.

Der Schuldkult entwickelte sich zu einem bedeutenden Herrschafts- und Machtinstrument, denn mit der NS-Kollektivschuld konnte jede noch so sachliche Kritik und jeglicher Widerstand vom Tisch gefegt und niedergebügelt werden, so daß kontroverse, sachliche Auseinandersetzungen nicht mehr stattfanden. Die mehr als 1.000jährige deutsche Geschichte wurde praktisch auf die Jahre des NS-Regimes von 1933-1945 (Kriegslüsternheit, Vernichtungslager, Endlösung, deutsche Kriegsverbrechen, deutsche Kollektivschuld) reduziert. In unserem Land der Geschichtslosigkeit werden heute z.B. etwa 19 Millionen Angehörige der deutschen Wehrmacht pauschal als Instrumente des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges bzw. als Kriegsverbrecher diffamiert.

Das negative NS-Deutschlandbild von den bösartigen, kriegslüsternen Deutschen wurde international besonders durch die US-Filmindustrie weltweit verbreitet. In der einseitigen Geschichtsdarstellung Hollywoods stellt man den durchschnittlichen Deutschen gewöhnlich als brutalen, heimtückischen Verbrecher in brauner NS-Uniform sowie in schwarzer SS-Uniform oder bestenfalls als dummen, verblödeten Nazi-Mitläufer dar.

Holocaust-Industrie: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Oktober 1994: >>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-80): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das … Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der amerikanischen Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei in den USA gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden. ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>**"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch**

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.

Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.

Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.

Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend - vor allem auf die historische Forschung - und moralisch diskreditierend, weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine, werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. …<<

Tag der Befreiung: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Mai 1995: >>**SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung**

Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzigen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen...

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.

Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich. ...<<

Genderismus: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 über "Gender-Mainstreaming" (x887/...): >>**Ein Sozialexperiment**

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 90er Jahre (im September 1995) wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei. ...<<

Beim sogenannten Genderismus geht es vor allem um ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielen, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen.

Es handelt sich um ein gemeingefährliches "Sozialexperiment" (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft

mit entwurzelten, rücksichtslosen, stupiden Einheitsmenschen). Diese "multikulturellen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der ehemaligen totalitären kommunistischen Staaten) ohne Geschlecht (Genderismus), ohne Herkunft und Heimat, ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne familiäre Bindungen formatiert werden.
Die atheistische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Weltanschauung, die vor allem durch die "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und den demokratischen Rechtsstaat zerstören will. Diese undemokratische Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wurde besonders von den Vereinten Nationen und der EU maßgeblich unterstützt, um den angestrebten totalitären NWO-Einheitsstaat bzw. Weltstaat durchzusetzen.
Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Dieses gemeingefährliche "Sozialexperiment", monoethnische und monokulturelle Nationalstaaten in multiethnische Staatsfragmente zu verwandeln, ähnelt zweifelsfrei den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert neue "sozialistische Einheitsstaaten" ("Paradiese auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte.
Die verhängnisvollen kommunistischen Sozialexperimente kosteten schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr "Sozialexperiment" (sog. "Sozialistische Weltrevolution") bezahlten.
EURO-Einführung: Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.
Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hatte (ein Euro = 1,95583 DM). Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2011 über die Folgen der sog. Wiedervereinigung (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**
... Der Euro und die Wiedervereinigung
Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.
Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zu Gunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...<<
Rettung des Weltklimas: Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer.

Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Der deutsche Professor für Informatik und Physik, Horst-Joachim Lüdecke, berichtete über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>**Klimaschutz und Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?**

… Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO2-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos. Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad Celsius während ihrer Lebenszeit erleiden mußten …

Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!

Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO2-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO2 als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO2 verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO2-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan. …

Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.

Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten … werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. ...

Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.

Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu in-

stallieren. Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.
Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. ...
Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit einem extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des unstetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen. …
Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.
Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. …
Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umweltparteien und Verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."
Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.
Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. …<<
Zur Senkung der deutschen CO2-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa **2,2 Prozent** der weltweiten CO2-Emissionen betrugen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 **zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro** erforderlich.
Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO2-Ausstoß im Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.
Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee, zur Energietechnik des Mittelalters zu-

rückzukehren, führt statt der angekündigten Rettung des Weltklimas lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.
Aufgrund der hohen Strompreise werden schon bald nicht wenige private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen können und viele Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß diese destabilisierende politische Maßnahme der deutschen Regierung schließlich den angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands einleiten wird.
Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank des "Flatterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln: **"In Deutschland werden die Lichter ausgehen!"**
Islamisierung: Der türkischstämmige Abgeordnete Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<
Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtete am 1. April 2014 (x898/…): **>>Islamische Menschenrechtserklärungen**
… Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam vom 5. August 1990
Die Organisation der Islamischen Konferenz, ein Zusammenschluß von 57 muslimisch geprägten Staaten, verabschiedete 1990 diese zwischenstaatliche Menschenrechtserklärung. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte ist allerdings völkerrechtlich nicht bindend und sie wird von der UNO auch nicht als regionales Menschenrechtsinstrument anerkannt.
In der Kairoer Erklärung werden die Rechte und Freiheiten der Scharia unterstellt, welche als "einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels" dient (Art. 25). …<<
Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis**
Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.
Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.
"Moscheen sind unsere Kasernen"
Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:
"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."
Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<
Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel schrieb am 11. Oktober 2016 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" über den Islam: >>**Kein Zurückweichen**
Der Islam verändert Deutschland. Er wird als Parallelgesellschaft und bewußte Gegenöffentlichkeit als Bestandteil des Dschihad in unser Leben hineingetragen und beeinflußt das Bild

des öffentlichen Raumes nachhaltig - so wie wir es von keiner anderen Religionsgemeinschaft kennen.
… Der Islam ist nicht nur Glaube, sondern für die Gläubigen auch Gesetz. Das höchste Gesetz ist die Scharia, die von Allah herabgesandt und von keinem Gläubigen angezweifelt und mißachtet werden darf. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Politik: Denn jede weltliche Politik muß mit diesem Gesetz Allahs übereinstimmen.

Islam bedeutet Unterwerfung

Darüber wachen alle Muslime der Umma, vor allem aber die muslimischen Theologen und Rechtsgelehrten. Das muslimische Gemeinwesen ist einzig und allein auf die Errichtung eines Gottesstaates ausgerichtet.
Ob es nun Minarette, Moscheen, Muezzinrufe, die Kleidungsordnung von Muslimen, die Einforderung von Geschlechtertrennung, das Einklagen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst sind, ob Friedensrichter, Schariagerichtsbarkeit, Parallelgesellschaften, Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen und die Akzeptanz von Kinderehen - all dies zielt nur auf eines: auf die Islamisierung unserer Gesellschaft.
Unsere Leitkultur basiert auf dem Grundgesetz und nicht auf der Scharia oder einem Clan- oder Stammesgesetz, das durch sogenannte Friedensrichter im Namen der Religionsfreiheit auf deutschem Boden durchgesetzt wird.
Immer öfter wird die sogenannte "Religionsfreiheit" als trojanisches Pferd genutzt, um die Segregation von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie von Mann und Frau, also eine flächendeckende Religions- und Geschlechterapartheit, einzuführen.
Der Islam kennt keine prinzipielle Gleichheit der Menschen über die Religion und das Geschlecht hinaus, weshalb auch die allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen nicht anerkannt werden und eine eigene Erklärung herangezogen wird - die Kairoer Erklärung der Menschenrechte. Hier gelten die "Menschenrechte" nämlich nur unter dem Vorbehalt der Scharia.

Keine prinzipielle Religionsfreiheit für den Islam

Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern eine politische und gesellschaftliche Weltanschauung. Der Islam ist ein vollständiger Lebens- und Gesellschaftsentwurf und reguliert die gesamtgesellschaftlichen Beziehungen und das politische Gemeinwesen auf Basis des Korans und der Hadithe.
Der Islam kennt keine Säkularisierung, keine Reformation, keine Trennung von Religion und Staat. Die Moschee ist der Ort der Niederwerfung. Sie ist ein Gebetshaus, aber auch ein Ort der Versammlungen und der Politik. Allein schon deshalb ist die Moschee mit einer Kirche nicht zu vergleichen.
Der Islam bezieht sich auf ein heiliges Buch, in dem es insgesamt 206 Passagen gibt, die Gewalt und Krieg verherrlichen und 25 direkte Tötungsbefehle beinhaltet, die Allah an die Gläubigen ausspricht, "Enthauptet sie!", "Tötet sie!". Für solch eine Religion darf es keine prinzipielle Religionsfreiheit in unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung geben. Denn der Heilige Krieg in Form von Gewalt und Subversion bezieht sich auf den Koran selbst. Da mutet die Unterscheidung von Islam und Islamismus nur noch wie eine Scheindebatte an.
Die Ausübung dieser Ideologie gehört unter strenge Kontrolle, was auch bedeuten muß, daß alle Moscheen in Deutschland, die Salafisten und Fundamentalisten eine Bühne geben, geschlossen werden müssen. Das bedeutet in der Praxis, daß alle Moscheen auf Extremismus durchleuchtet und dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. …

Muslime sind in der Bringschuld

Nicht wir sind in der Bringschuld, sondern die Muslime. Der Islam muß sich grundlegend von innen heraus reformieren. Es ist die Aufgabe der Muslime, in ihrem eigenen Haus zuerst aufzuräumen und den Islam politisch zu entmachten. …

Solange sich der Islam nicht von innen heraus reformiert hat, sich glaubhaft von Gewalt gegen Andersgläubige distanziert, und Gleichheit von Nicht-Muslimen und Frauen einräumt, solange darf islamischen Organisationen auch nicht der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkannt und der Islam in unserer Mitte nicht gleichrangig mit anderen Religionen behandelt werden. …<<

Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kernkraftwerksindustrie: Im Verlauf einer "eleganten Privatisierung" der deutschen Energieversorgungsunternehmen, die aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1990er Jahre abgewickelt wurde, erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stillegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich vorübergehend aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der arglistigen Privatisierung der Energieversorgungsunternehmen weiterhin für die Entsorgung und Stilllegung dieser Kernkraftwerke verantwortlich.

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden. Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf ("Energiekrieg"), denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...):

>>... **1. Die 68er**

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet. Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randale zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue

"Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat. Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.
Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.
Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO2-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.
Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom. Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks. …<<
Einseitige Erinnerungskultur: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**
... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...
Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbares Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...
Kulturstaatsminister Michael Naumann, SPD, warb vor der Abstimmung für den US-Architekten Eisenman und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...
Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Der regierende Bürgermeister Berlins, Diepgen, soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linkssozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...
Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe

der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.
Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.
Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<
>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" - Anfang 1979 - hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.
Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.
Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.
Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum … ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...
Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...
Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsopfer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...
Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.
Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsopfer. ...<<

Diffamierung der deutschen Wehrmacht: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder

Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...

Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>**Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung**

Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen

Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...

Das Institut für Sozialforschung reagierte damit auf Kritik von Wissenschaftlern, vor allem auf die des polnischen Historikers Bogdan Musial. Musial hatte in den "Vierjahresheften für Zeitgeschichte" (Ausgabe IV/99) im Oktober geschrieben, daß ein in der Ausstellung gezeigtes Bild, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewo (Serbien) dokumentiert, sondern die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg.

Musial versuchte in seinem Zeitschriftenbeitrag zu beweisen, daß wenigstens neun der Fotos der Ausstellung sowjetische Verbrechen zeigen und daß das auch bei weiteren zwei Dutzend vermutet werden kann. Der Historiker sah vor diesem Hintergrund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert. …

Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Mord an den Vätern - Die angebliche? Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.**

Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...

Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.

Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig: Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die be-

sten bewertet.
Als persönliche Reminiszenz: Im Fest- und Vortragssaal des Verteidigungsministeriums eines südostasiatischen Staates stehen als Mahnung für die jungen Offiziere drei Sentenzen. Eine von einem Chinesen. Sun Tsu, eine von Clausewitz und eine von Rommel.
Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwissenschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt … gewesen.
Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.
Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. …<<
Vernichtungsfeldzug gegen die Bundeswehr: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**
Armee soll drastisch schrumpfen
Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...
Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<
Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 16. November 2017: >>**"Das ist unfaßbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern**
Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. …
Strukturelle Mängel an der Spitze?
"Das ist unfaßbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.
"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." …
Beim Kampfpanzer Leopard 2 handelt es sich um eines der wichtigsten Waffensysteme des Heeres. Das bis zu 65 Tonnen schwere und maximal 72 km/h schnelle Kettenfahrzeug kann aus seiner Hauptwaffe, der Glattrohrkanone im Kaliber 120 Millimeter, verschiedene Spezialgeschosse auf bis zu sechs Kilometer entfernte Ziele abfeuern. …<<
Infolge der Steigerung von Auslandseinsätzen, Aussetzung der Wehrpflicht (ab 1. Juli 2011), der Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten und wegen ungenügender Finanzierung ist die Bundeswehr heute von der zivilen Gesellschaft entkoppelt und praktisch nicht mehr verteidigungsfähig.

Die "Energiewende" bzw. Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen "Energieversorgungsunternehmen: Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.
Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.
Dr. Ing. Günter Keil berichtete später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>**Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse**
Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.
Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stillegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.
Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.
Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.
Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.
Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.
Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. …
Die Grundfehler der Energiewende
Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz. Es weist … grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen …
Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderungspolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen.

Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.
Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Energiepflanzen, Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen der Photovoltaik oder Lärmbelastungen durch Windkraft; von der Landschaftsverschandelung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.
Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung, "Energiearmut", Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.
Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten Erneuerbaren Energien nur an 5 bis 10 Prozent der Jahresstunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.
Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr. …

Wann kommt das Ende?

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie irrealen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.
Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<
Die staatlich angeordnete "Energiewende" - nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft - wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie

nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird die "Energiewende" (staatlich angeordnete hochsubventionierte doppelte Stromerzeugung) die deutsche Energiewirtschaft unweigerlich ruinieren.
Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß es in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben wird (zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland anstatt der mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerke nur 35), deshalb wird es zukünftig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit mehr geben.
Windkraft, Photovoltaik und Biomasse-Stromerzeuger können ohne die bisherigen Grundlastkraftwerke, wie z.B. Kern-, Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke, keine stabile Energieversorgung garantieren, so daß es infolge der Flatter-Einspeisung durch die "erneuerbare" Energietechnik des Mittelalters aus Wind- und Sonnenkraftwerken zwangsläufig zum Zusammenbruch der Stromversorgungsnetze kommen wird. Vorübergehende Stromausfälle werden durch die Flatter-Stromeinspeisung zum täglichen Normalzustand gehören.
Alle stromintensiven Industriebetriebe werden wegen fehlender Versorgungssicherheit sowie der hohen Stromkosten sehr schnell ins Ausland abwandern. Mit den großen internationalen Großkonzernen verlassen auch unzählige Spezialisten und Fachkräfte das Land. Während die "deutschen" Konzernbosse diese Standortverlagerungen wegen der günstigeren Produktionskosten im Ausland sicherlich begrüßen, wird die deutsche Exportwirtschaft bzw. die gesamte deutsche Wirtschaft zwangsläufig zusammenbrechen und schließlich vollständig liquidiert.
Folgen der "Frankfurter Schule": Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart**
Wehe den Besiegten
… Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte. Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in Preußen. Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert. …
Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Wehe den Besiegten" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.
Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde.
Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung. Mit Verfassungsschutzeinrichtungen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Verände-

rung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. …
"Wehe den Besiegten": … Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<
Rechtschreibreform: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:
"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2004 (x887/...): >>Der Schriftsteller und Humorist Vicco von Bülow alias Loriot geht in der Bild vom 26. August die Rechtschreibreform hart an und stellt sie in einen größeren Zusammenhang:
"Jede Form der billigen Vereinfachung und Verstümmelung beraubt unsere Sprache ihrer Wirkung. Wir sind auf dem Wege, unser wichtigstes Kommunikationsmittel so zu vereinfachen, daß es in einigen Generationen genügen wird, sich grunzend zu verständigen.
Keine Regierung darf es sich erlauben, eine Kulturnation zu einer Klasse von Schülern zu degradieren, denen nicht die geringste Anstrengung zumutbar ist. Es wäre mir peinlich, müßte ich mit Hilfe meiner geliebten Sprache zum Ungehorsam gegen den Staat aufrufen. Ich möchte auch nicht erleben, daß mir ein junger Mensch versichert, ihm sei es egal, woher er komme. Denn ich müßte ihm sagen: 'Dann ist es auch wurscht, wohin du gehst'."<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2006 (x887/...): >>**Demontage der Kultursprache Deutsch**
Deutliche Zeichen für die Demontage der Kultursprache Deutsch sind der stupide Umgang mit der sogenannten Rechtschreibreform und die Zerstörung der deutschen Sprache durch ein Übermaß an gezielt importierten oder gedankenlos übernommenen Anglizismen, die auch von staatlicher Seite betrieben, zumindest aber hingenommen wird. …
Zu der stümperhaften Rechtschreibreform stellte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) fest, sie sei "ein famoses Beispiel dafür, wie mühsam die Politik gelegentlich Lösungen für Probleme sucht, die sie selbst ohne Not geschaffen hat".
Er kommentierte damit den am vorletzten Donnerstag gefaßten Beschluß der Kultusministerkonferenz, einige der am meisten kritisierten groben Mängel der Rechtschreibreform wieder zu beseitigen und zugleich "wahlweise" Lösungen dort zu erlauben, wo einige reformierte Schreibweisen dem Schreibempfinden allzusehr entgegenstanden. Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann (CDU) meinte nach dem Änderungsbeschluß: "Wir sind am Ende eines qualvollen Weges."
Die 1996 von Staaten des deutschen Sprachraums beschlossene Rechtschreibreform, die für Ämter und Schulen vom 1. August 1998 an gilt und deren Ziel es war, die Rechtschreibung zu vereinfachen, wurde zu einer politischen Blamage, an deren Ende die Auflösung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung in diesem deutschen Sprachraum stehen könnte. Jedenfalls ist die "Ruhe an der Rechtschreibfront" noch nicht abzusehen, und statt eines Reglements zeichnet sich ein Durcheinander ab. …<<
DDR 2.0: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 11. März 2000 (x887/...): >>**Ein unterschätztes "Mädchen"**
Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen
In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Untertreibung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch

an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.
Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl 1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "Demokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete. Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote.
Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin - in Hamburg geboren - steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.
In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin. …
Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...):
>>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**
… Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...
Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...
Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.
Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien - besonders in Diktaturen, daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.
Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" … als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als zur Erbsünde verdammtes Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.
Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.
Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".
Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'
Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'
Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."
Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<
Die CDU-Politikerin Angela Merkel wurde am 22. November 2005 zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.
Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt"). Die privaten Zeitungen und Zeitschriften sowie die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich zu linkslastigen Propagandamedien, in denen mehrheitlich keine ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen mehr stattfanden.
Die von der neumarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflußten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten der 68er Bewegung schafften letzten Endes ein kommunistisches Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen.
Im "Kampf gegen Rechts" geht es den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen und Medien) und staatlichen Institutionen angeblich in erster Linie darum, das hohe Gut der Toleranz zu verteidigen. Obwohl das Grundgesetz gemäß Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität in Deutschland vielerorts vollkommen anders aus.

Wer als Konservativer Kritik äußert oder friedlich gegen Mißstände demonstriert, muß damit rechnen, von linksextremen Antifa-Aktivisten diffamiert, öffentlich angepöbelt oder sogar tätlich angegriffen zu werden. Sämtliche Kritiker, die z.B. nur auf die Einhaltung von demokratischen Regeln und Gesetzen hinweisen, werden von den Linksradikalen und den gleichgeschalteten Medien gewöhnlich sofort pauschal als Rechtsradikale, Rechtspopulisten, Nazis oder Rassisten mit der Kollektivschuldkeule zum Schweigen gebracht.
Jeder Widerspruch wird von den neomarxistischen Wächtern reflexhaft und unbarmherzig als Naziunwesen diskreditiert und mit sozialer Ausgrenzung sowie mit der Existenzvernichtung (Arbeitsplatzverlust, gesellschaftliche Ächtung etc.) geahndet, um kritische Auseinandersetzungen über strittige politische Themen zu vermeiden. Infolge dieser systematischen Verfolgungen wagen es immer weniger Menschen, die totalitäre Ideologie der selbsternannten Gutmenschen zu kritisieren und passen sich ängstlich an.
Verfassungsfeindliche und terroristische Aktionen der Linksradikalen bleiben meistens völlig unbehelligt und werden nicht selten sogar durch staatliche Organisationen gefördert und finanziell unterstützt, während man die sogenannte "rechtsradikalen" Abweichler konsequent gesellschaftlich ausgrenzt, um ihnen die physische und psychische Lebensbasis zu entziehen.
Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Automobilindustrie: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**
Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.
Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Dieselemissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.
Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem
Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.
Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken. Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.
Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Tricksereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt. …<<

7. Phase des NWO-Geheimprojektes: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands". Schlüsselereignisse von 2019- ...

Der Untergang Deutschlands: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

> Da wird Heulen und Zähneklappern sein ... Und siehe, es sind Letzte, die werden die Ersten sein, und sind Erste, die werden die Letzten sein.
> *Lukas 13, 28-30*

Der Untergang Deutschlands erfolgt nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert. Um unsere Heimat endgültig zu beseitigen bzw. vollständig zu liquidieren, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung vor allem auf folgende Destabilisierungsmaßnahmen (**Energiewende**, Vergemeinschaftung von EU-Schulden, Verteidigungsunfähigkeit der Bundeswehr, Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft).

Keine Zukunft und Ende des zivilisierten Lebens ohne stabile Energieversorgung

> Wenn sie nicht über die Zukunft nachdenken, können sie keine haben.
> *John Galsworthy (1867-1933, englischer Schriftsteller)*

Am 30. Juni 2011 beschloß der Deutsche Bundestag den Atomausstieg (Abschaltung aller Kernkraftwerke in Deutschland bis zum 31. Dezember 2022) und die sogenannte "Energiewende".

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 7 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke, die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen, ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 7 strategisch wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefen) mit einer Nettoleistung von 9.515 Megawatt fehlen.

Außerdem schlug die sogenannte "Kohlekommission" im Januar 2019 vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.

Die Netzbetreiber gehen bei ihren Planungen davon aus, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 83.000 Megawatt in Deutschland zur Verfügung stehen müssen (etwa so viel wie heute), um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können.

Diese Reserve von rund 83.000 Megawatt Kraftwerksleistung besteht größtenteils jedoch aus etwa 148 konventionellen Braun- und Steinkohlekraftwerken mit einer Leistung von rund 45.000 Megawatt, die im Rahmen der Rettung des Weltklimas bis spätestens 2038 komplett abgeschaltet werden sollen, so daß irgendwann fast keine Reservekraftwerke mehr vorhanden sein werden.

Fehlende Stromspeicher gefährden die nationale Netzstabilität

Für eine stabile Energieversorgungssicherheit ist es nicht nur wichtig, daß genügend Strom produziert wird; sondern der erforderliche Strom muß außerdem rund um die Uhr, an allen Tagen im gesamten Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Da die regenerativen Energien (Windkraftwerke, Solaranlagen etc.) Strom nicht verläßlich produzieren können, sind ab 2023 mindestens folgende Strommengen der ersatzlos stillgelegten Reservekraftwerke (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW) in Großspeichern vorzuhalten, um überregionale Blackouts zu verhindern.

Leider besitzt Deutschland gegenwärtig nicht die erforderlichen Stromspeicher, um die bis 2022 stillgelegten Reservekraftwerke mit einer Gesamtleistung von mindestens **22.000 MW**

auszugleichen. Auch in den nächsten Jahrzehnten wird es voraussichtlich keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Großspeichertechnik (Batteriespeicher etc.) geben. Deutschland verfügt heute nur über 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von **rd. 6.565 MW**, die lediglich **4-8 Stunden** Strom produzieren können.

Stromausfälle (Blackouts)

Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (5G-Mobilfunk, Digitalisierung, Internet, Handy, etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich.

Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

Wenn man im Jahre 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) abschaltet und in den folgenden Jahren plant, die Kohlekraftwerke durch emissionsärmere Gaskraftwerke zu ersetzen, wird es in Deutschland zwangsläufig große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben.

Da der Ersatz alter und störanfälliger Betriebselemente aufgrund von finanziellen Problemen der Energieversorgungsunternehmen jahrelang unterblieben ist, wird aufgrund der Überalterung der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen sowie wegen fehlender Vorhaltung von ausreichenden Reserven die bisherige vorbildliche deutsche Energieversorgungssicherheit der Vergangenheit angehören. Vor allem fehlende konventionelle Reservekraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke werden vielerorts zu dramatischen Versorgungsengpässen oder Netzzusammenbrüchen führen.

Diese Störungsfälle (regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche), die Stromschwankungen, Naturkatastrophen oder andere Ereignisse auslösen, sind infolge der katastrophalen Folgen der staatlich angeordneten Planwirtschaft ("Energiewende") nicht mehr kurzfristig zu beheben, denn die systematisch ruinierten Energieversorgungsunternehmen verfügen nicht mehr über genügend Kapital und eigene Energiespezialisten. Die Anbieter des Billigstroms besitzen im allgemeinen ebenfalls kein teures Fachpersonal, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen kommen wird.

Der durch die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) willkürlich angeordnete Ausstieg aus der Kernenergie (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022) sowie die angestrebte Stillegung aller Kohlekraftwerke wird Deutschland zu einem Stromimportland degradieren und alle stromintensiven Industriebetriebe werden sehr schnell wegen fehlender Versorgungssicherheit ins Ausland abwandern.

Die Deutschen sollten sich rechtzeitig von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen ideologischen "Energiewende" (entschädigungslose Enteignung der privaten Energieerzeuger und staatliche Planwirtschaft) darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und erheblich geringerer Lebensqualität auszukommen.

Deutschland besitzt außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine weiteren fossilen Energiequellen und verfügt nicht über genügend leistungsfähige Energiespeicher. Da

von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken derzeitig nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden sind, werden in Deutschland voraussichtlich nicht nur unentwegt die Lichter ausgehen, sondern auch die Zahl der sogenannten "Freunde" wird schon bald sehr übersichtlich sein, wenn der bisherige "Zahlmeister der EU" selbst wirtschaftliche und finanzielle Hilfe benötigt!

Ungenügende Energieersorgungssicherheit und längere Stromausfälle (Blackouts) leiten die De-Industrialisierung sowie den wirtschaftlichen Ruin ein und zerstören letzten Endes die gegenwärtige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands

> Auf törichte Wünsche wartet zuweilen eine grausame Strafe; ihre Erfüllung.
> Isolde Kurz (1853-1944, deutscher Schriftstellerin)

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" zur Rettung des Weltklimas wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft und den Industriestandort Deutschland unabwendbar zerstören sowie letzten Endes die gesamte volkswirtschaftliche Infrastruktur des Landes liquidieren.
Durch den politisch erzwungenen Ausstieg aus der Kernenergie und die geplante Stillegung aller Kohlekraftwerke werden sich in Deutschland wegen der sog. Flatter-Stromeinspeisung aus Wind- und Sonnenkraftwerken ständig vorübergehende Stromausfälle (Blackouts) ereignen. Aufgrund der ungenügenden Energieversorgung verlagern sicherlich alle großen Industriebetriebe ihre Produktion in ausländische Standorte.
Infolge dieser staatlich geförderten De-Industrialisierung (Produktionsverlagerung ins Ausland) wird die deutsche Exportwirtschaft drastisch schrumpfen und den Industriestandort in den wirtschaftlichen Bankrott treiben. Die zwangsläufig folgenden dramatischen Wirtschafts- sowie Finanz- und Versorgungskrisen verursachen danach relativ schnell ungezählte Unternehmens- und Bankenbankrotte, große Investitionsrückgänge sowie Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit.
Längere flächendeckende Blackouts werden zusätzlich chaotische Zustände und nationale Katastrophen auslösen. Infolge von tage- oder wochenlangen Stromausfällen werden sich alle Lebensbereiche grundlegend verändern. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur wird völlig kollabieren. Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen unter anderem alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aus. Sämtliche Geschäfte, Banken, Apotheken, Schulen und ähnliche Einrichtungen müssen schließen. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) fällt ebenfalls aus, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht.
Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden. Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.
Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldete am 27. Mai 2011: >>**Blackout-Debatte**
Warum der Stromausfall ausfällt
Ampeln gehen aus, Züge bleiben liegen, Krankenhäuser müssen auf Notbetrieb umstellen: Bei einem bundesweiten Blackout würde Deutschland im Chaos versinken. Atomlobbyisten schüren die Angst davor - doch sie ist unbegründet. Eine Anatomie der deutschen Energieversorgung.
Es ist das ultimative Horrorszenario und das wohl stärkste Argument gegen einen beschleu-

nigten Atomausstieg: Der Strom fällt aus, und schon nach wenigen Stunden herrschen in Deutschland Zustände wie in einem Roland-Emmerich-Film.
Züge und U-Bahnen kommen abrupt zum Stillstand, Zehntausende sind darin eingeschlossen. Ampeln fallen aus, in Großstädten gerät der Straßenverkehr außer Kontrolle. Telefone mit Festnetzanschluß sind stumm, Handynetze kollabieren. Fernseher bleiben schwarz. Die Wasserversorgung ist beeinträchtigt. In Krankenhäusern springen die Notstromaggregate an, die medizinische Versorgung ist eingeschränkt.
Beschrieben hat dieses Szenario das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag (TAB). Fazit von dessen Studie: Ein längerer flächendeckender Blackout könnte "einer nationalen Katastrophe zumindest nahekommen".
So weit, so dramatisch. Nur hat das TAB die Studie schon vor zwei Jahren gestartet - lange vor der Katastrophe von Fukushima und der erneuten Beschleunigung des Atomausstiegs. Jetzt beobachten die Autoren mit einigem Unbehagen, wie ihre Ergebnisse in den Schlagabtausch politischer Argumente mit einfließen. "Wir haben ein Extremszenario untersucht, das beispielsweise durch einen koordinierten Terroranschlag real werden könnte", sagt TAB-Büroleiter Thomas Petermann. Daß es durch einen Mangel an Atomenergie zur Stromausfall-Apokalypse kommt, hält er indes für "nicht plausibel".
Dennoch fürchten viele Deutsche den Blackout. Was, wenn das vom TAB beschriebene Szenario doch eintritt? Schon wenige Minuten ohne Strom könnten gewaltigen Schaden anrichten. Und sind nicht gerade 13 von 17 Atommeilern vom Netz? Sind nicht die Stromimporte bedenklich gestiegen? Die Netze überlastet?
"Meines Wissens wurde in Deutschland noch nie so viel zuverlässig abrufbarer Strom so schnell abgeklemmt", sagte Matthias Kurth, Chef der Bundesnetzagentur, im Interview mit SPIEGEL ONLINE. Die Angst vor dem Blackout habe einen berechtigten Hintergrund.
Aber wie real ist die Gefahr wirklich? … <<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Mai 2012 (x887/...):
>>**Von der Energiewende zum Stromkollaps**
Zahlreiche Institute warnen vor den Gefahren der Unterversorgung – Keine Vorsorge für Notfälle
Je stärker der Ausbau der Solar- und Windstromerzeugung voranschreitet, desto deutlicher wird, daß mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine gigantische Umverteilungsmaschinerie zu Lasten der Verbraucher in Gang gesetzt wurde. Durch den ungebremsten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung wächst allerdings noch ein anderes Risiko – das eines bundesweiten Kollaps des Stromnetzes, der innerhalb weniger Stunden zu einem flächendekkenden Chaos führen würde.
Die Niederlage Norbert Röttgens (CDU) bei der NRW-Wahl hat eine weitere Niederlage des ehemaligen Umweltministers in den Schatten gerückt. Nur zwei Tage vor der Landtagswahl war Röttgen im Bundesrat daran gescheitert, die Förderung für die erneuerbaren Energien zu begrenzen. Der ungebremste Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen hat für die Verbraucher eine Kostenlawine losgetreten, die sich immer mehr in den Haushaltskassen bemerkbar macht. Auf einen Barwert von 335 Milliarden Euro schätzt etwa der Wissenschaftler Georg Erdmann von der TU Berlin die direkten und indirekten Kosten durch das EEG für den Zeitraum von 2010 bis 2030.
Die Folge: Immer mehr Haushalte können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Bundesweit wurde im Jahre 2010 nach einer Hochrechnung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen rund 600.000 Mal Verbrauchern wegen offener Rechnungen der Strom abgedreht. Betroffen sind vor allem die sozial Schwächsten, so daß der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums bereits vor einem "gewaltigen Umverteilungsprogramm" von unten nach oben warnt. Daß der Hartz-IV-Empfänger über den Strompreis die Solaranlage des

wohlhabenden Eigenheimbesitzers finanziert, wird von der zugespitzten Formulierung zunehmend zur Realität.
Das noch von der rot-grünen Koalition im Jahr 2000 auf den Weg gebrachte EEG entwickelt neben dieser sozialen Schieflage allerdings zunehmend auch noch ein anderes Risiko. Mit jeder Photovoltaik- und Windkraftanlagen, die in Betrieb genommen wird, wird das Stromnetz anfälliger für einen flächendeckenden Kollaps, einen sogenannten "Blackout". Zum Problem könnten nicht nur fehlende Hochspannungsleitungen von Nord nach Süd oder Engpässe bei der Energieerzeugung, etwa im Winter, werden, auch die Qualität des Stroms wird zunehmend schlechter.
Zwar hat es Netzschwankungen und Spannungseinbrüche schon immer gegeben, durch die massive Zunahme der Zahl kleinerer Stromproduzenten wird die Netzstabilität aber immer fragiler und das Netz immer schlechter steuerbar.
Grundlage der Netzstabilität waren bisher Braunkohle- und Kernkraft-Grundlastkraftwerke. Diese eignen sich im Gegensatz zu den Solar- und Windkraftanlagen als Anker zur Frequenzstabilisierung bei 50 Hertz. Allerdings sind diese Kraftwerke aufgrund der wachsenden Einspeisung des "Öko-Stroms" mittlerweile so wenig in Betrieb, daß die Forderung nach Subventionen immer lauter wird, damit sie überhaupt noch in Bereitschaft gehalten werden. Die Verkettung mehrerer Störfaktoren, wie sie etwa im Stromnetz Kaliforniens bereits vorgekommen ist, könnte bei dieser Ausgangslage auch in Deutschland zu dramatischen Folgen führen: im Extremfall zum Kollaps des gesamten bundesdeutschen Stromnetzes.
Auslöser könnte die mißlungene Stabilisierung eines lokalen Stromnetzes sein, die sich dann kaskadenartig auf das Gesamtnetz ausbreitet. Falls es zu einem derartigen Ereignis kommt, dann wird es nicht Stunden, sondern Tage dauern, bis das Netz wieder stabilisiert ist, so die Prognose von Guido Knott vom Energielieferanten E.ON. In einer Studie des Netzbetreibers "Swissgrid" wurde ein derartiges Szenario bereits eingehend für die Schweiz untersucht. Allein in der überschaubaren Alpenrepublik würde man zwei Tage benötigen, um die Stromversorgung wieder aufzubauen. Der Betreiber "Austrian Power Grid" geht sogar von einer Woche aus, die es dauern könnte, das österreichische Gesamtnetz wieder hochzufahren. Der schrittweise Wiederaufbau des Netzes gleicht dabei einem Balanceakt, bei dem jeweils nur so viel Strom bezogen werden könnte, wie schrittweise wieder eingespeist wird.
Während bisher in den deutschen Medien die verbrauchsstarken Wintermonate als kritisch für die Stromversorgung gesehen wurden, hat die Bundesnetzagentur auf ein eher weniger beachtetes Risiko hingewiesen: einen Netzzusammenbruch im Sommer, wenn eine große Zahl von Photovoltaikanlagen in Betrieb ist, aber Großkraftwerke wegen Revisionsarbeiten vom Netz genommen werden.
Mit den Folgen eines solchen flächendeckenden Stromausfalls hat sich bereits im Jahr 2010 das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) beschäftigt:
"Betroffen wären alle Kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern", lautet eine der dramatischen Einschätzungen der erstellten Studie. Innerhalb weniger Stunden würde sich ein flächendeckendes Chaos einstellen, weil unter anderem Verkehrsleitsysteme, der Bahnverkehr, Wasserwerke und Tankstellen ausfallen würden. Relativ schnell würden auch Lieferketten im Handel und der Industrie zusammenbrechen, nach 24 Stunden wäre das Gesundheitswesen massiv beeinträchtigt. Vorsorgekonzepte für einen derartigen längeren Stromausfall waren laut der Bundestagsstudie zumindest im Jahr 2010 nicht vorhanden.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. November 2012 (x887/...): >>**Mit der Energiewende in den Atom-Gau**
Über die instabilen, veralteten Stromnetze droht Deutschland eine Gefahr, die kaum wahrgenommen wird

Die im März 2011 eingeläutete "Energiewende" sollte in Deutschland ein Horror-Szenario wie in Fukushima ausschließen. Tatsächlich hat sich aber seit dem überstürzten Atomausstieg die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sogar erhöht.
Bahn-Chef Rüdiger Grube war es, der vor wenigen Wochen noch mal in Erinnerung brachte, auf welch dünnem Eis sich Deutschland mit seiner Energiewende bewegt: 30 Prozent der Züge könnten in Nordrhein-Westfalen an kalten Tagen im kommenden Winter ausfallen, so Grube vor wenigen Wochen. Der Hintergrund der Warnung: Zum Jahreswechsel läuft die Betriebsgenehmigung des Kohlekraftwerks Datteln aus.
Allen Erfolgsmeldungen vom Ausbau der erneuerbaren Energien zum Trotz, der Ausfall eines einzigen Kraftwerks könnte Folgen haben, die über stehengebliebene Züge weit hinausgehen. Das gesamte deutsche Stromsystem hat sich zu einem hochfragilen System entwickelt, das bereits mehrfach vor dem völligen Absturz gestanden hat. Die Grundkonzeption der heutigen Netze stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren, das Stromnetz war nie auf die dezentrale Einspeisung großer Energiemengen abgestellt. Tatsächlich werden die Mengen an unregelmäßig anfallendem Wind- und Solarstrom, die das Netz bewältigen muß, aber immer größer.
Die Folge: Das Energienetz kommt immer öfter an seine Belastungsgrenzen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten Blackouts, des Totalzusammenbruchs des Stromnetzes.
Auf die Frage, wie lange es dauern würde, das deutsche Stromnetz wieder in Gang zu bringen, gibt es keine deutschen Prognosen. Der schweizerische Netzbetreiber Swissgrid rechnet mit drei Tagen, die er benötigen würde, um sein Netz wieder aufzubauen, der österreichische Betreiber Austrian Power Grid geht von sieben Tagen aus. Beide Länder hätten allerdings gegenüber Deutschland einen entscheidenden Vorteil: ihre Wasserkraftwerke. Diese lassen sich ohne Rückgriff auf das Stromnetz aus eigener Kraft wieder anfahren.
Hinter den deutschen Möglichkeiten, sich aus einem landesweiten Stromausfall wieder herauszuarbeiten, steht ein großes Fragezeichen. Die Voraussetzungen scheinen nicht sonderlich günstig. Neben Gaskraftwerken würde vor allem Deutschlands größtes Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal zum Ankerpunkt eines Neustartes werden. Gebietsinseln mit wiederhergestellter Stromversorgung würden Schritt für Schritt miteinander verbunden werden. Ein Balanceakt: Stromangebot und -nachfrage müßten ständig aufeinander abgestimmt werden, jederzeit würde ein neuer Netzzusammenbruch drohen.
Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.
Das Fazit des Berichts: "… ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern." Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Supermarktkassen und die meisten Telefonnetze. Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.
Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das "heißeste Eisen" im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müßten runtergefahren werden.
Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, daß eine Kernschmelze verhindert wird - und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, daß sie über-

haupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, daß sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieselverbrauch ist entsprechend.
Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müßte Nachschub herangeschafft werden - unter den Bedingungen eines "Kollaps der gesamten Gesellschaft", der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.
Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch mißlingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, läßt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsten Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Voraussetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Juni 2014 (x887/...):
>>**Ohne Sinn und Verstand**
Der grüne Blackout. Warum die Energiewende nicht funktionieren kann", so der Titel des Buches vom "Focus-Redakteur" Alexander Wendt, das leider nur als E-Book bei amazon und nicht gedruckt erhältlich ist. Mit Blackout spielt er jedoch nicht auf einen Stromausfall an, sondern auf den Verlust der intellektuellen Reflexionsfähigkeit. Genau diesen hat er nämlich in Bezug auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf fast allen Ebenen der deutschen Gesellschaft festgestellt.
Wendt stellte sich zu Beginn seiner Recherchen die Frage, welche Ziele bisher mit der Energiewende erreicht wurden, und kam zu einem traurigen Ergebnis. Weder wurde der Kohlendioxidausstoß wie angestrebt reduziert, statt dessen wurde er sogar wegen Fehlanreizen beim EEG erhöht, noch entstanden Millionen grüne Jobs. Zudem verloren unzählige Investoren ihr Geld bei Ökoenergieanlagen.
"Ist es möglich, daß dieses rationale Volk Jahr für Jahr Milliarden in einen planwirtschaftlichen Umbau der Energiewirtschaft pumpt, obwohl die Maßnahmen fast alle selbst gesetzten Ziele verfehlen", fragt er so in seinem Vorwort.
Anhand zahlreicher Beispiele führt der Autor an, daß sich nahezu alle Voraussagen zu Kosten, Tempo und Folgen des Energieumbaus als falsch erwiesen haben. Und er stellt die Vordenker des EEG und ihre Weltsicht vor, denen es nur um die Umsetzung ihrer Ziele ging, egal zu welchem Preis. Diesen zahlen nun die deutschen Stromkunden. So erhielt die Grünstrombranche 2013 über 20 Milliarden Euro für Strom, der an der Strombörse jedoch nur einen Wert von 2,5 Milliarden Euro hatte, der Rest kam aus der EEG-Umlage. Wobei der Teil des Stroms, der von den überforderten Netzen nicht aufgenommen werden konnte, trotzdem vergütet werden mußte.
Diesen Unsinn kritisiert Wendt scharf, zumal er überzeugt ist, daß wenn der Gesetzgeber dieses unsinnige Privileg nicht geschaffen hätte, die Ökostromerzeuger längst die dringend benötigten Speicher geschaffen hätten.
Fehlanreize, wohin das Auge blickt, lautet das Urteil des Autors zum EEG. Zwar wird dieses derzeit reformiert, aber noch ist nicht absehbar, ob wirkliche Verbesserungen umgesetzt werden, so groß ist der Einfluß der Lobbygruppen. Hier wundert sich Wendt, daß Lobbyismus von der Ökostrombranche von deutschen Journalisten gutgeheißen und sogar häufig unterstützt wird, während beispielsweise ein ähnliches Verhalten bei der Autoindustrie scharf verurteilt wird. Auch erstaunt es ihn immer wieder, daß Windparks in Gegenden entstünden, wo

kaum Wind wehe, Hauptsache sie erhöhten das Prestige der örtlichen Politiker.
Zudem wird mit der Behauptung aufgeräumt, daß die Streichung der Verschonung der energieintensiven Unternehmen von der EEG-Umlage den Strompreis senken würde. Bestenfalls gebe es zwei Jahre keine Erhöhung, doch dann wäre auch diese Änderung aufgefressen, zugleich wären aber vermutlich tausende Arbeitsplätze in der chemischen Industrie ins Ausland abgewandert. Und übrigens nicht nur dort: Auch die noch verbliebenen deutschen Solarmodulhersteller gehören zu den vier Prozent der Industriebetriebe, die von der EEG-Umlage befreit sind.
Die Rechercheleistung des Autors ist zu loben, da er viele Details zum EEG vorträgt, die nicht jedermann bekannt sind. … Auch stellt er die richtigen Fragen. So sei die Energiewende, nur weil es Tage gibt, an denen Deutschlands Stromverbrauch fast vollständig aus Erneuerbaren gedeckt wird, noch lange kein Erfolg. Schließlich sei bis jetzt nicht nachhaltig gelöst, was passiert, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, und zudem sei das Thema Wirtschaftlichkeit völlig außer Acht gelassen worden.
Und wer profitiert nun überhaupt von der Energiewende, wenn selbst die Betreiber trotz Subventionen immer öfter Verluste machen? …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. August 2014: >>**Megawattgroßer Forschungsbedarf**
"Power to Gas": Für eine erfolgreiche Energiewende fehlt noch die Speichertechnik
Erneuerbare Energien decken derzeit zu 27 Prozent unseren Strombedarf. Unglücklich und verschwenderisch ist jedoch das Nebeneinander der Erneuerbaren und der klassischen Kraftwerke. Letztere wollen die Betreiber nur ungern herunterfahren, weil sie in Schwächezeiten von Wind und Sonne nur mit Verzögerungen wieder einsatzbereit wären.
Die Folge: "Blackouts" durch Strommangel. Läßt man jedoch alles Mögliche an Stromversorgung parallel laufen, ist dies nicht nur unnötig teuer. Die zu bestimmten Zeitpunkten unzweifelhaft vorhandenen Ökostromüberschüsse würden ebenso das Netz gefährden. Paradoxe Folge: "Blackouts" durch Stromüberschüsse. Nur wenn es gelingt, die unzweifelhaft zu bestimmten Zeitpunkten vorhandenen Stromüberschüsse aus regenerativen Energieanlagen langfristig speichern und bei Bedarf kurzfristig abrufen zu können, wird die Energiewende zu einem sinnvollen und zukunftsträchtigen Projekt. Doch wie das Problem lösen?
Pumpspeichertechnik stößt an Grenzen
Die mit Abstand effektivsten Stromspeicher sind zur Zeit Pumpspeicherkraftwerke. Bei diesen wird überschüssiger Strom dazu verwendet, Wasser in ein höher gelegenes Oberbecken zu pumpen. Wird Strom benötigt, läßt man das Wasser wieder abwärts in das Unterbecken schießen und auf dem Weg dahin eine Stromturbine antreiben. 30 Anlagen dieser Art sind in Deutschland in Betrieb. Vorwiegend in den Mittelgebirgsregionen, da es vor allem dort gute natürliche Voraussetzungen gibt. Der Wirkungsgrad liegt bei 60 bis 80 Prozent.
Der Deutschen Energie-Agentur (dena) zufolge handelt sich um die am besten entwickelte Technologie zur Stromspeicherung. Sie sei wirtschaftlich und flexibel, da man mit ihr stundengenau auf Netzschwankungen reagieren könnte. Pech für die Deutschen: Der enorme Flächenverbrauch und ökologische Auswirkungen durch massive Landschaftseingriffe setzen der hochgradig effektiven Zukunftstechnik enge Grenzen.
Das Zauberwort für die Zukunft heißt "Power to Gas" - Strom in synthetisches Erdgas umwandeln. Dies betonte Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) während einer Expertenanhörung vor dem Umweltausschuß des Bundestages im April. "Power to Gas-Technologie" müsse gefördert werden, um mit Hilfe der Energiewende die starke Abhängigkeit von ausländischen Gasimporten zu überwinden. Anke Tuschek vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. schloß sich der Stoßrichtung an.
Hierfür muß Strom im Wege der Elektrolyse zunächst in Wasserstoff umgewandelt werden.

Sodann erfolgt dessen Methanisierung zum synthetischen Erdgas. Dieses könnte in Erdgasleitungen gespeichert und verteilt werden. Die Infrastruktur hierfür ist in Deutschland teilweise bereits vorhanden. Neben 47.000 Kilometern Fernleitungen bestehen 50 unterirdische Gasspeicher, die 20 Prozent des deutschen Jahresverbrauchs fassen könnten.
Aber der Forschungsbedarf beim "Power to Gas" ist noch sehr groß. Die alkalische Elektrolyse zur Wasserstoffgewinnung ist ein lange bekanntes, aber ebenso energieverschwenderisches Verfahren. Modernere Ansätze werden zur Zeit noch untersucht und sind - wenn überhaupt - nur in Kleinprojekten im Einsatz.
Bei der Methanisierung wird aus Wasserstoff (H2) und Kohlenstoffdioxid (CO2) bzw. Kohlenstoffmonoxid (CO) synthetisches Methan (CH4) erzeugt. Genial: Das CO2 aus Kohlekraftwerken könnte über den Umweg der umstrittenen CO2-Speichertechnik Carbon Capture and Storage (CCS) zur Erdgaserzeugung verwendet werden. Auch Biogasanlagen können das CO2 liefern und werden dies wegen der Klimapolitik der Bundesregierung auch müssen - soll doch künftig möglichst keine Kohle mehr verbrannt werden. Obwohl die Methanisierung seit den siebziger Jahren als technisches Verfahren in der Industrie eingesetzt wird, ist laut dena für "Power to Gas" wegen besonderer Anforderungen an die Gasqualität eine Optimierung nötig. Selbst dann wird man noch vor dem Problem stehen, die entsprechenden Elektrolyseanlagen in das Stromnetz einzubinden.
Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gestand unlängst ein, daß die Bundesregierung die Komplexität der Energiewende unerschätzt habe. Es sei ein Fehler gewesen, der Schnelligkeit den Vorrang vor der Planbarkeit gegeben zu haben. Im Bundestag sollte man aus dieser späten Erkenntnis endlich die Konsequenzen ziehen und in die Erforschung dieser für eine "saubere Stromerzeugung" unverzichtbaren Technologien investieren. So könnte die Energiewende in absehbarer Zukunft doch noch eine Erfolgsgeschichte werden, um die man uns im Ausland beneidet und nicht bemitleidet.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. September 2014 (x887/...): >>**Bedenkliche Symptome**
Warum strittig ist, wer irre ist und wer normal, wie wir dem Absturz eifrig entgegen rudern, und warum man uns besser nicht zuhören sollte …
Wer ist hier irre? Darüber kann man streiten. Der Geisteskranke hält angeblich uns "Normale" für bekloppt. Spätestens nach dem Skandal um Gustl Mollath, der jahrelang von angeblich gesunden Entscheidungsträgern in der geschlossenen Psychiatrie festgehalten wurde, obwohl sein Geist völlig intakt war, wurmt uns die Frage, auf welcher Seite der Barriere wir, das Heer der vermeintlich Normalen, eigentlich stehen.
Ein Blick auf das, was wir tagtäglich treiben oder treiben lassen, ohne daß uns das merkwürdig vorkommt, nährt tatsächlich Zweifel, daß in unserem Oberstübchen alles am richtigen Platz steht.
Der Journalist Alexander Wendt, Autor des Buches "Der grüne Blackout", zitiert den Vorsitzenden einer, wie er schreibt, "großen, einflußreichen Organisation, der öfters sowohl mit Angela Merkel als auch mit Sigmar Gabriel und etlichen Abgeordneten spricht", mit der bitteren Feststellung:
"Die Parteien in Berlin unterscheiden sich bei der Energiewende nur durch die Grade ihres Irrsinns." Ein Politiker und Duzfreund Merkels habe ihm, Wendt, geraten, sich einen Holzofen als Sicherheit gegen flächendeckenden Stromausfall zu besorgen und Holzvorräte anzulegen. Von SPD-Chef und Energieminister Gabriel überliefert Wendt den schönen Satz: "Die Energiewende steht kurz vor dem Aus."
Doch was machen wir? Hart Steuerbord zur scharfen Wende von der Wende? Aber nicht doch: Hier und da wurde ein bißchen herumjustiert, das war’s. Die Bundesregierung fährt weiter geradeaus ins Fiasko, die grüne Opposition würde sogar gern noch einen Zahn zulegen.

Narrenschiff am Wasserfall: Die Kapitänin befiehlt: "Kurs halten, da vorne wird's gleich besser!" Und obwohl wir den nahenden Abgrund schon gurgeln hören, lassen wir uns behaglich in die Liegestühle fallen. "Mutti" auf der Brücke weiß ja, was sie tut.
Weiß sie's? Was macht das schon: Wendt berichtet von Gesprächen mit ehemaligen DDR-Funktionären, darunter "kluge, reflektierte Leute", wie er schreibt. Von denen wollte er wissen, wieso sie einfach weitergemacht haben, als ihnen doch schon klar sein mußte, daß der ganze Laden gegen die Wand fährt. Antwort: Das verstünden sie mittlerweile selbst nicht mehr. …
Es heißt, die Jungen seien gut beraten, wenn sie sich Rat bei den Altvorderen holten. Für die nächste Generation sollten wir diese Empfehlung definitiv stornieren. Wer uns einmal zuhört, der kann sich seine Weisheiten ebenso gut in der Klapsmühle abholen. Möglicherweise bekommt er dort sogar klügeren Beistand als bei uns.
Wie eingangs erwähnt: Wer die Bekloppten sind, hängt letztlich vom Standpunkt ab. Wir jedenfalls sollten uns über unsere baldige Einweisung nicht wundern. Bedenkliche Symptome zeigen wir genug.<<
Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 30. Dezember 2014: >>**Deutschland ohne Strom - Der große Blackout**
Ob Gesundheitswesen, Verkehr, Kommunikation oder die Lebensmittelversorgung - ein langer Stromausfall würde die Infrastruktur in kürzester Zeit lahmlegen. Welche Folgen hätte das?
Fast alle wichtigen Lebensbereiche sind heutzutage vom Strom abhängig. Kaum jemand wagt sich vorzustellen, was passieren würde, wenn die Energieversorgung zusammenbräche. Und nur wenige beschäftigen sich von Berufs wegen damit, einer solchen Katastrophe vorzubeugen.
Ist die Gefahr eines Stromausfalls am Jahresende besonders hoch?
Das Jahresende galt lange als kritische Zeit für die Stromversorgung. Vor allem, weil früher an Weihnachten Millionen Backöfen gleichzeitig hochgefahren wurden. "Gänsebratenspitze" nannten das die Stromversorger. Doch die ist längst Geschichte, denn die Gewohnheiten der Deutschen haben sich verändert. Und die Stromversorgung auch. Sie ist heute sogar anfälliger für Störungen.
Früher konnten die Betreiber Engpässe und Spitzen noch relativ leicht ausgleichen, denn der Strom kam aus einer Hand. Doch heute gibt es eine Vielzahl von Akteuren und durch die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich mehr Spannungsschwankungen in den Netzen. Wind und Sonne sind nun einmal nicht berechenbar. "Früher mußten die Versorger vielleicht zweimal im Jahr nachregulieren, also Kraftwerke zu- oder abschalten, um die Stromversorgung sicherzustellen, heute an mehr als 200 Tagen im Jahr", erklärt Thomas Leitert, der sich seit Jahren mit dem Thema Stromausfall befaßt.
Er sieht noch ein weiteres Problem: Viele Netze gehörten heute australischen oder kanadischen Rentenfonds, denen es vor allem um die eigene Rendite gehe. "Die reagieren erst, wenn es Störungen gibt." Und Störungen gab es in den vergangenen Jahren viele. 2005 etwa waren im Münsterland 250.000 Menschen über Tage von der Stromversorgung abgeschnitten, weil viele Strommasten nach einem Schneesturm zusammenbrachen.
"Die Netze sind die Achillesferse der Versorgung", sagt Leitert. Das könnten auch Terroristen leicht ausnutzen. "Mit einer gezielten Sabotageaktion an nur drei Punkten rund um Berlin kann man die gesamte Hauptstadt von der Versorgung abschneiden." Denn wenn das System nicht mehr stabil sei, könne es zu einem Kaskadeneffekt kommen, einer Art Kettenreaktion, in deren Folge sich immer mehr Kraftwerke abschalteten. Letztlich sei auch ein bundesweiter Strom-Supergau möglich. "Und wenn erst einmal alles zusammengebrochen ist, kann es Wochen dauern, bis wieder Normalität herrscht."

Wie würde sich ein großflächiger Stromausfall genau auswirken?

Thomas Leitert geht es nicht darum, Panik zu schüren. Jedenfalls sagt er das. Doch was der Unternehmer in seinem Büro in der Schönhauser Allee mit Blick auf den Fernsehturm erzählt, ist alles andere als beruhigend. Schon wenige Stunden nach einem großflächigen Stromausfall würden ganze Geflügelfarmen zum Massengrab, weil die Tiere ohne Lüftung und Heizung schnell verendeten. Und auch Kühe müßten massenhaft geschlachtet werden, wenn die Melkmaschinen ausfielen.

Doch was heißt geschlachtet werden? Schlachthäuser arbeiten schließlich auch mit Strom. "Sie müßten dann erschossen werden", erklärt Leitert, der sich selbst als Missionar in Sachen Blackout sieht. Er ist aber auch Unternehmer. Mit Partnern wie der Berliner Feuerwehr, der Charité und verschiedenen Hochschulen und gefördert vom Bundesforschungsministerium hat er ein Notstromkonzept für Einsatzkräfte entwickelt, das er nun vermarktet. Denn hier gibt es offenbar akuten Handlungsbedarf.

So haben in Berlin beispielsweise nur drei Tankstellen ein Notstromaggregat, in ganz Deutschland nur ein kleine zweistellige Zahl. Und auch nur drei der insgesamt 38 Berliner Feuerwachen.

Leitert sagt, ein lang andauernder Stromausfall würde uns ins Mittelalter zurückwerfen. Das ist vielleicht übertrieben, doch auch ein Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) kam 2010 zu dem Schluß, daß ein zweiwöchiger Stromausfall in mehreren Bundesländern "einer Katastrophe nahe" käme. Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr, erklärt der stellvertretende Leiter des TAB, Christoph Revermann. Denn Banken, Supermärkte, Ampeln und auch Stellwerke hingen vollständig von der Stromversorgung ab. Ebenfalls nach einem Tag sei das Gesundheitswesen "erheblich" beeinträchtigt. "Für Dialysepatienten dürfte es nach wenigen Tagen keine Rettung mehr geben." Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen. "Es kann dann schnell zu Unruhen kommen."

Ist ein großer Blackout denn realistisch?

"Das Szenario ist unwahrscheinlich, aber möglich", sagt Wissenschaftler Revermann, der sich von Berufs wegen mit den Auswirkungen technischer Entwicklungen auf die Gesellschaft befaßt. Das TAB erhält dazu konkrete Untersuchungsaufträge vom Forschungsausschuß des Bundestages. Die Arbeit an einem Blackoutszenario war für ihn und seine Kollegen ein "Aha-Erlebnis", sagt er. "Es ist erstaunlich, daß sich noch nie jemand die simple Frage nach den Folgen eines großflächigen Stromausfalls gestellt hatte."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Feist war einer der Berichterstatter im Forschungsausschuß, als der TAB-Bericht in Auftrag gegeben wurde. Er sagt heute: "Es gibt mehr kritische Infrastruktur als gedacht, aber das Problem ist nicht sichtbar, deshalb hat man sich bisher zu wenig mit dem Thema befaßt." Ihm sei klar geworden, wie wichtig der Katastrophenschutz in Deutschland sei. "Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten zu sehr in Sicherheit gewogen und vieles zurückgefahren." Allein daß Warnsirenen auf öffentlichen Gebäuden beinah komplett verschwunden seien, könne sich rächen.

Im TAB-Bericht heißt es: "Die Wahrscheinlichkeit eines lang andauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, wären die dadurch ausgelösten Folgen selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht beherrschbar, allenfalls zu mildern."

Wie sind Behörden auf einen solchen Katastrophenfall vorbereitet?

Blackout-Experte Thomas Leitert hat in den vergangenen Jahren mit vielen Verantwortlichen über das Thema Blackout gesprochen. Auch in einer Anhörung im Bundestag kam er zu Wort. Sein Eindruck: Behörden und Politik, ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, verdrängen die Gefahr eines Blackouts. "Der allgemeine Tenor lautet: Wir sehen das Problem, es

ist aber so komplex, daß man nicht weiß, wo man anfangen soll mit den Vorbereitungen."
Krisenpläne gibt es natürlich und auch Katastrophenschutzübungen, die einen Blackout simulieren. Allerdings geht man dabei meist von einem räumlich begrenzten und kurz andauernden Stromausfall aus. Ein solches Szenario ist durchaus beherrschbar, denn die Krisenkommunikation der Rettungskräfte kann über mobile Systeme laufen, Krankenhäuser die Zeit mit Notstromaggregaten überbrücken. Doch nach zwei, drei Tagen sieht die Sache anders aus. Auch die Bundeswehr, die im Katastrophenfall die kritische Infrastruktur schützen müßte, sei darauf nicht vorbereitet, sagt Leitert. Er habe dort nicht einmal einen Ansprechpartner gefunden. "Die wußten selbst nicht, welche Stellen genau zuständig sind."
Die föderalen Strukturen wären im Krisenfall ein weiteres großes Hindernis. Katastrophenschutz ist Ländersache, einheitliche Regelungen gibt es daher nicht. Christoph Revermann vom TAB glaubt allerdings, daß auch der beste Krisenplan bei einem tagelangen und großflächigen Stromausfall ohnehin nichts wert ist. "Auf eine solche Situation kann man sich nicht vorbereiten. Wir können nur hoffen, daß der Fall nicht eintritt."

Welche großen Stromausfälle hat es in Deutschland schon gegeben?

Der größte Stromausfall in der deutschen Nachkriegsgeschichte ereignete sich vor acht Jahren im Münsterland. Nach einem Schneesturm waren dort Ende November 2005 etwa 50 Strommasten unter Eis- und Schneemassen zusammengebrochen. Mehr als 250.000 Menschen hatten keinen Strom – teilweise auch keine Heizung und kein warmes Wasser. Nach drei Tagen saßen noch immer 65.000 im Dunkeln.
Besonders schlimm betroffen war Ochtrup, das nur über eine einzige Hochspannungsleitung versorgt wurde. Viele Bewohner der Kleinstadt mußten in der Stadthalle übernachten. Dort bekamen sie auch warme Mahlzeiten und Getränke. Viele Münsterländer dürften an die stromlose Zeit aber durchaus auch positive Erinnerungen haben: Jedenfalls meldeten viele Krankenhäuser der Region im folgenden Sommer einen Geburtenanstieg. Als eine Art "Wiedergutmachung" zahlte der Stromversorger RWE allen Familien in der Region, die neun Monate nach der Katastrophe Nachwuchs bekamen, 300 Euro.
Im März 2014 fielen beim Wolfsburger Autobauer VW vier Generatoren im werkseigenen Kraftwerk aus. Mit gravierenden Folgen: Die Autoproduktion wurde komplett lahmgelegt und auch 50.000 Haushalte in der Umgebung blieben ohne Strom. Ampeln fielen aus, Geschäfte mußten schließen, weil weder Kassen noch elektrische Türen funktionierten. Sogar bis nach Indien und Australien wirkte sich die Panne aus, denn auch der Onlineauftritt des Unternehmens stürzte ab. Auslöser für das Chaos war offenbar ein Trennschalter, der das öffentliche Netz vom VW-Netz trennt. Hier hatte es eine Schutzauslösung an der Längskupplung gegeben. Die Produktion im VW-Werk lief auch nach dem Stromausfall nicht gleich wieder rund, denn es dauerte lange, bis alle Maschinen wieder mit voller Leistung liefen und aufeinander abgestimmt waren. Für den Konzern ein Millionenschaden.
Auch in Berlin kommt es immer wieder zu Stromausfällen. Mal werden einzelne Stadtteile lahmgelegt, mal der gesamte S-Bahn-Verkehr. Die Ursachen sind vielfältig, schon kleine Störungen können eine Kettenreaktion auslösen.<<

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 24. August 2016 über die Folgen von flächendeckenden Stromausfällen: **Flächendeckender Stromausfall wäre nationale Katastrophe mit vielen Toten**

Was passiert, wenn infolge eines Terrorangriffs, einer Extremwetterlage oder menschlichen Versagens in einem größeren Gebiet in Deutschland für längere Zeit der Strom ausfällt? Experten haben das für den Bundestag untersucht.
Ihr Ergebnis ist erschreckend: Die Folgen kämen einer nationalen Katastrophe gleich, heißt es in einem Bericht für den Bundestag. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seien auf einen solchen Fall nicht vorbereitet, das notwendige Bewußtsein für die Gefahr bestehe in Deutschland

nicht.
Der Bericht liest sich wie die Vorlage für einen Katastrophen-Thriller aus Hollywood. Doch er zeigt die realistische Gefahr auf, was passiert, wenn es zum großen Blackout kommt. Die Forscher des "Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag" (TAB) gehen von einem Szenario aus, nach dem in mehreren Bundesländern über einen Zeitraum von zwei Wochen der Strom ausfallen würde. Die ersten Folgen würden sich schon unmittelbar danach zeigen.
Nach zwei Wochen würde es viele Tote und Verletzte geben, Krankheiten hätten sich ausgebreitet, die öffentliche Ordnung, die Kommunikation, der Verkehr, der Transport, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die Energieversorgung und das Gesundheitswesen wären weitgehend oder vollständig zusammengebrochen. In einem hochentwickelten, hochtechnologisierten, eng verflochtenen Land wie Deutschland wäre ein "Kollaps der gesamten Gesellschaft ... kaum zu verhindern", heißt es in dem Bericht.
Mögliche Ursachen für einen Mega-Blackout: Terrorangriffe, Epidemien, extreme Unwetter
Die TAB-Experten gehen davon aus, daß die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses wächst. "Als Ursache für einen langandauernden und regional übergreifenden Stromausfall kommen unter anderem technisches und menschliches Versagen, kriminelle oder terroristische Aktionen, Epidemien, Pandemien oder Extremwetterereignisse in Frage." Die Gefahr solcher Vorkommnisse wachse, "weil die Gefahr terroristischer Angriffe und klimabedingter Extremwetterereignisse als Ursachen eines Netzzusammenbruches zunehmen werden", heißt es ausdrücklich.

1. Informationstechnik und Telekommunikation: Die Folgen wären dramatisch

Bei den Festnetzgeräten fielen sofort die digitalen Endgeräte und die Anschlüsse der Teilnehmer aus, danach die Ortsvermittlungsstellen – Telefonieren über das Festnetz wäre also praktisch sofort nicht mehr möglich. Smartphones würden zwar einige Tage durchhalten, wenn sie aufgeladen waren und stromsparend benutzt würden.
Das würde den Besitzern aber nichts nutzen, denn die Basisstationen, die die Einwahl in die Netze ermöglichen, wären binnen weniger Minuten völlig überlastet und fielen zudem nach kurzer Zeit aus. Sie haben zwar eine Notstromversorgung, diese funktioniert aber nur sehr kurzfristig. Fernsehgeräte und Internet funktionieren ebenfalls ohne Strom nicht.
So müßten die Behörden auf das gute alte Radio zurückgreifen, wenn sie sich an die Bevölkerung richten wollten. Auch das klappt allerdings nur, wenn die Geräte mit Batterie oder Akkus betrieben sind. Die Aussicht der Experten ist nicht gut: "Eine nachhaltige Absicherung der Kommunikationsnetze", um über Wochen die Kommunikation gewährleisten zu können, "dürfte zurzeit wirtschaftlich und technisch nicht zu realisieren sein".

2. Transport und Verkehr: Chaotische Zustände

Die Folgen eines Stromausfalls träten im Transportbereich und beim Verkehr abrupt auf und seien massiv, so der Bericht. Es kommt vor allem in Großstädten zu zahlreichen Unfällen, weil beispielsweise die Ampeln vollständig ausfallen.
Die Folge: chaotische Zustände. Züge, S-Bahnen, Straßenbahnen und U-Bahnen blieben liegen, Menschen könnten darin eingeschlossen sein.
Tankstellen müßten ihren Betrieb einstellen, so daß nicht nur die Privatwagen irgendwann stehen blieben, sondern auch die Treibstoffreserven für Kranken- und Feuerwehrwagen aufgebraucht wären.

3. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung: Katastrophe für die Bevölkerung droht

Sowohl für die Wasserversorgung der Bevölkerung als auch für Entsorgung von Abwasser wird Strom benötigt. Essen kochen, Körperpflege, Wäsche waschen – alles würde unmöglich. Die Toilettenspülungen funktionierten nicht mehr, die Toiletten würden verstopft. Die Folgen: Prekäre hygienische Zustände, die unweigerlich Krankheiten nach sich ziehen würden. Au-

ßerdem: Während die Gefahr von Bränden steigt, schwinden die Möglichkeiten der Brandbekämpfung.

4. Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln: Schnell drohen ernsthafte Engpässe

Durch den Stromausfall wird das Kühlen verderblicher Lebensmittel ebenso unmöglich, wie die Verteilung von Nahrung und Getränken durch die Behörden zumindest erheblich erschwert würde. Schon bald könnte das Überleben zahlreicher Menschen davon abhängen, daß Lebensmittel zu ihnen gebracht werden, so der Bericht. "Trotz größter Anstrengungen kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die flächendeckende und bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittellieferungen nur ungenügend gewährleistet werden", heißt es im Bericht.

Wenn aber vielen Menschen Hunger droht, werden sie versuchen, selbst Lebensmittel zu organisieren – mit schlimmen Folgen für die öffentliche Ordnung. Auch die Versorgung in der Massentierhaltung werde unmöglich. Unter den Bedingungen eines totalen Stromausfalls würden diese Tiere schon die ersten Stunden nicht überleben.

5. Gesundheitswesen: Ein Zusammenbruch der medizinischen Versorgung ist wahrscheinlich

Auch das Gesundheitswesen könne den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. Innerhalb einer Woche verschärfe sich die Situation derart, daß selbst bei einem massiven Einsatz regionaler Hilfskapazitäten vom weitgehenden Zusammenbrechen der medizinischen Versorgung auszugehen sei. Das gleiche gelte für die pharmazeutische Versorgung. Schon nach 24 Stunden wäre die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens "erheblich beeinträchtigt", schreiben die Wissenschaftler.

Krankenhäuser könnten einen eingeschränkten Betrieb eine Weile aufrechterhalten, Dialysezentren, Alten- und Pflegeheime aber müßten teilweise geräumt werden oder Funktionsbereiche schließen. Das gleiche gelten für Arztpraxen und Apotheken. Arzneimittel würden schon im Verlauf der ersten Woche zunehmend knapper.

"Dramatisch wirken sich die Engpässe bei Insulin, Blutprodukten und Dialyseflüssigkeiten aus", so der Bericht. Seine Schlussfolgerung: "Spätestens am Ende der ersten Woche wäre eine Katastrophe zu erwarten, das heißt, die gesundheitliche Schädigung beziehungsweise der Tod sehr vieler Menschen ... sowie eine nicht mehr zu bewältigende Problemlage". Hilfe müßte in diesem Fall unbedingt von außen kommen.

Viele Vorschläge zur Milderung der katastrophalen Zustände

Der Bericht wurde 2011, also vor fünf Jahren, fertiggestellt. Er macht viele Vorschläge, um die Folgen eines solchen Stromausfalls abzumildern, die zweifellos auch für das neue Konzept der Bundesregierung zum Zivilschutz, das heute vom Kabinett verabschiedet werden soll, Pate gestanden haben. Er macht aber auch klar: Eine Katastrophe mit den schlimmsten Folgen wäre kaum zu vermeiden.

Und er warnt, das Beispiel Stromausfall solle auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft hohe Priorität haben – "auch um die Sensibilität für diese Thematik in Wirtschaft und Bevölkerung zu erhöhen". Obwohl der vollständige Bericht nach einiger Suche im Internet zu finden ist, hat die Politik nach seinem Erscheinen nichts getan, um die Sensibilität der Bevölkerung zu erhöhen, so wie die Wissenschaftler es fordern.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. November 2017 (x887/...): >>**Blackout-Gefahr steigt**

Überlastung der Stromnetze im Winter – Krise in der Schweiz

Erst im Nachhinein ist deutlich geworden, wie groß im vergangenen Winter das Risiko von flächendeckenden Zusammenbrüchen von Stromnetzen war. Klirrende Kälte und die Abschaltung von 23 Kernkraftwerken brachten Frankreichs Stromversorgung im Januar 2017 in eine prekäre Situation. Am Morgen des 20. Januars benötigte Frankreich um 8.45 Uhr deutlich mehr Strom, als es in diesem Moment selber produzieren konnte.

Das befürchtete Ausgehen der Lichter konnte nur durch Stromlieferungen aus den Nachbarländern verhindert werden. Eingesprungen waren spanische, belgische, deutsche und schweizer Netzbetreiber.
Erst im Sommer dieses Jahres wurde bekannt, daß sich mit der angespannten Situation in Frankreich auch die Lage in der Schweiz zugespitzt hatte. Dort brachte die Situation auf dem Strommarkt die eidgenössischen Behörden im Februar ins Schwitzen. Auch hier waren im Januar zwei AKW außer Betrieb, zudem waren durch die Stromknappheit in Frankreich die Preise auf dem europäischen Strommarkt gestiegen. Schweizer Stromproduzenten nutzten diese Gelegenheit, um ihre Pumpspeicherwerke auf vollen Touren laufen zu lassen, um Strom nach Frankreich zu exportieren. Die Folge war, daß sich die Staubecken vielerorts geleert hatten und nicht mehr für den Strombedarf der Schweiz zur Verfügung standen. Auch hier waren es Rekord-Stromimporte aus dem Ausland und mildes Wetter, die eine Zuspitzung verhinderten.
Der Februar 2017 gilt inzwischen als historischer Monat in der Schweizer Stromgeschichte. Swissgrid, der größte Netzbetreiber des Landes, muß allerdings immer öfter eingreifen, um schwerwiegende Probleme bei der Stromversorgung abzuwenden. Laut Swissgrid waren im Jahr 2011 lediglich zwei Eingriffe nötig.
Im Jahr 2016 wurden bereits 213 Eingriffe gezählt. In diesem Jahr mußte Swissgrid allein bis Ende August schon 274 Mal das Stromnetz der Schweiz stabilisieren. Als Ursachen nennt der eidgenössische Netzbetreiber die Liberalisierung der Strommärkte und den Zuwachs der sogenannten Erneuerbaren Energien.
Die gestiegene Zahl von Windrädern und Solaranlagen macht es schwieriger, eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten. Bei Swissgrid verweist man auch darauf, daß insbesondere in Deutschland die Stromnetze durch die Energiewende sehr viel schwankender benutzt werden als zu früheren Zeiten.
Der europäische Verbund der Stromnetze hilft zwar, Notfälle wie im letzten Winter in Frankreich oder der Schweiz zu entspannen, allerdings gibt es auch eine Kehrseite: Auch ein Blackout, ein Zusammenbruch eines regionalen Stromnetzes kann sich europaweit ausbreiten. Laut der "Luzerner Zeitung" wird befürchtet, daß sich, unter anderem auch durch den geplanten Wegfall von Kohle- und Kernkraftwerken in Deutschland, die Zahl kritischer Netzsituationen in der Schweiz noch zunehmen wird.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 27. November 2018: >>**Bundesamt warnt vor "katastrophalen" Folgen von Blackouts**
Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat vor "katastrophalen" Folgen massiver landesweiter Stromausfälle gewarnt. Diese hätten ein "erhebliches Verteilungsproblem für wichtige, teils lebenswichtige Güter" zur Folge, heißt es in einem internen Positionspapier, das den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland vorliegt. Vor allem die Bundesländer haben demnach bei Notfallplänen für die Verteilung von Treibstoff, Lebensmitteln und Medikamenten noch Nachholbedarf.
Das Papier beschäftigt sich auch mit den möglichen Folgen eines Blackouts: "Aufzüge, Heizungen und Licht würden zu Hause sofort ausfallen. Auch der Kühlschrank in der Wohnung oder die Kühlung in Supermärkten wären sofort betroffen." Die meisten Tankstellen könnten keinen Treibstoff mehr verkaufen, innerhalb von Stunden könnten Telefone und Internet nicht mehr genutzt werden. Das Abheben von Bargeld wäre nicht mehr möglich.
"Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben"
Besonders kritisch sieht der Bericht die Folgen für die medizinische Versorgung: "Nach 24 Stunden käme es zu weitgehenden Einschränkungen in Krankenhäusern und der Wasserversorgung. Arzneimittel und Medizinprodukte könnten nicht mehr oder nicht mehr in ausreichendem Maße nachgeliefert werden. Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben."

Als Notfallversorgung schlägt das Amt die Ausstattung der Bevölkerung mit Taschenlampen und Kurbelradios vor. Auch sollten Lebensmittel, Wasser und Hygieneartikel auf Vorrat in den Haushalten vorhanden sein. Da die Notfallplanung bisher "heterogen" sei, schlägt das Bundesamt zudem eine gesetzliche Anforderung an die Notstromversorgung in kritischen Infrastrukturen vor. Dazu gehören etwa Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Telekommunikation und Finanzwesen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Januar 2019 (x887/...): >>**Steigende Gefahr eines Blackout**

Frankreichs Energieregulierungsbehörde CRE meldete europaweiten Abfall der Netzfrequenz auf 49,8 Hertz

Eine Verkettung unglücklicher Umstände hat in der ersten Januarhälfte zu einem deutlichen Abfall der Netzfrequenz im europäischen Stromnetz geführt. Die Regulierungsmechanismen konnten eine Verschärfung der Situation verhindern. Nichtsdestotrotz machte der Vorfall deutlich, wie anfällig das europäische Stromnetz geworden ist.

In einer Mitteilung hat die französische Commission de régulation de l'énergie (CRE) darauf hingewiesen, daß am Abend des 10. Januar die Frequenz im europäischen Stromnetz auf 49,8 Hertz abgesunken ist. Die normale Netzfrequenz liegt bei 50 Hertz. Die französische Energieregulierungsbehörde bezog sich auf Informationen des Netzbetreibers RTE. Dieser soll in der kritischen Situation am Abend des 10. Januar Großverbraucher in der Industrie automatisch veranlaßt haben, 1.500 Megawatt für 20 bis 45 Minuten "abzuwerfen".

Ein solcher "Lastenabwurf", das Abschalten von Stromverbrauchern bei Engpässen, gleicht einer Notbremsung. Ausgelöst wurde am 10. Januar die erste Phase eines mehrstufigen Prozesses. Bei einem weiteren Abfall der Frequenz unter 49 Hertz hätten die ersten Privathaushalte damit rechnen müssen, daß bei ihnen präventiv die Stromversorgung unterbrochen wird. Einen solchen Fall hat es in Frankreich vor zwölf Jahren gegeben. Damals wurde bei zehn Millionen Haushalten zeitweise die Stromversorgung unterbrochen.

Bei einer Netzfrequenz von unter 47,5 Hertz würde es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall, einem so genannten Blackout kommen. Ein solcher Totalausfall gilt als sehr brisant. Verschiedene Netzbetreiber, aber auch Katastrophenschutzbehörden haben sich bereits mit der Frage beschäftigt, wie schnell die Stromversorgung wieder in Gang gebracht werden könnte, sollte es jemals zu landesweiten Netzzusammenbrüchen kommen. Untersuchungen aus der Schweiz und Österreich lassen vermuten, daß der Wiederaufbau der Stromversorgung nach einem flächendeckenden Ausfall eine Angelegenheit von Tagen, nicht von Stunden sein könnte.

Die nachträgliche Beurteilung des Vorfalls vom 10. Januar fiel sehr unterschiedlich aus. Nach Angaben der französischen Regulierungsbehörde bestand für das europäische Stromnetz eine Gefahr. Eine große österreichische Zeitung griff zu der Überschrift: "Europas Stromnetz stand am Rande des Totalausfalls".

Etwas gelassener gab sich der österreichische Übertragungsnetzbetreiber APG. Dieser verneinte, daß Europas Stromnetz knapp vor einer Katastrophe gestanden habe.

In der Tat hat sich gezeigt, daß der automatische Lastenabwurf funktioniert hat. Zudem gelang die Netzstabilisierung auch schon auf einer relativ niedrigen Eingreifstufe. Erneut gezeigt hat sich allerdings auch, wie eine Verkettung unglücklicher Umstände schnell zu einer Krisensituation im europäischen Stromnetz führen kann.

Der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber Entso-E ist routinemäßig nach dem Frequenzabfall im kontinentaleuropäischen Übertragungsnetz auf die Suche nach den Ursachen gegangen. Vom Netzbetreiber Tennet Deutschland wurde eine Fehlmessungen auf einer Strecke an der Grenze zu Österreich gemeldet. Dieser Fehler wird jedoch mittlerweile nicht mehr als Ursache betrachtet. Als ein Faktor wird dagegen ein Ausfall in einem spanischen

Kraftwerk gesehen. Eine Rolle gespielt hat am 10. Januar offenbar auch ein Frequenzabfall durch den Stromhandel.
Wissenschaftler des Max-Planck Instituts für Dynamik und Selbstorganisation sowie der TU Dresden haben sich bereits mit diesem Phänomen beschäftigt. Die Forscher stellten im europäischen Stromnetz starke Schwankungen in einem Takt von 15 Minuten fest. Im gleichen Rhythmus stimmen sich die Erzeuger auf dem europäischen Strommarkt ab, wie viel sie in das Netz einspeisen.
Auch bei einem internationalen Vergleich machten die Forscher eine interessante Entdeckung. So wurden im vergleichsweise kleinen Stromnetz des Vereinigten Königreiches stärkere Schwankungen festgestellt als im vergleichsweise großen der Vereinigten Staaten. Großbritanniens Stromversorgung ist allerdings auch wegen des Anteils des Wind- und Solarstroms interessant. Generell zeigen sich nämlich in Netzen mit einem größeren Anteil an erneuerbaren Energien zunehmende Schwankungen der Netzfrequenz.
Insbesondere für Deutschland haben diese Befunde eine große Bedeutung. Bereits beschlossen ist die Abschaltung der letzten Reaktorblöcke in deutschen Atomkraftwerken im Jahr 2022. Demnächst soll die sogenannte Kohlekommission auch einen Termin für den Ausstieg aus der Kohleverstromung nennen. Große Kraftwerke waren bislang die Grundlage der Frequenzstabilisierung im Stromnetz. Mit dem geplanten Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung wird deswegen die Instabilität weiter wachsen. Die politisch gewollte Zunahme der Elektromobilität wird sich in dieser Situation zu einer Belastungsprobe für das deutsche Stromnetz entwickeln.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 03/2019 berichtete im März 2019: >>**Die Ökodiktatur der Grünen**
_von Jürgen Elsässer
Kein Volk, kein Recht, kein Diesel - das ist erst der Anfang. Die nächsten Stationen dieses Zugs ins Nirgendwo sind schon vorgezeichnet: keine Industrie, kein Strom, keine Demokratie. Auf frappante Weise ähneln die aktuellen Entwicklungen einem alten Plan.
Im August 1944, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches schon absehbar war, formulierte der US-amerikanische Finanzminister eine Agenda für die Zukunft des unterworfenen Feindstaates. "Dieses Programm … soll Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter verwandeln", skizzierte Henry Morgenthau die Leitlinie seiner Überlegungen. Nur eine Volte der Weltgeschichte verhinderte, daß dieses Vorhaben umgesetzt wurde. Zwar war der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt dem Plan seines Ministers durchaus zugeneigt, aber der weitsichtigere britische Premier Winston Churchill dachte bereits über die Niederlage Deutschlands hinaus.
Mit seinem Diktum "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet" nahm er schon den nächsten Gegner ins Visier. Zum Angriff auf die Sowjetunion, bis zu diesem Zeitpunkt noch ein taktischer Verbündeter in der Anti-Hitler-Koalition, wurden die Teutonen samt ihres militärisch-industriellen Komplexes dringend gebraucht; eine Agrarkolonie taugte nicht als Frontstaat. Churchill setzte sich durch und überzeugte Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman. Als der Kalte Krieg begann, mußte Morgenthau seinen Schreibtisch räumen.
Die drei Ds
Obwohl der vollständige Text des Morgenthau-Plans nie bekannt wurde, sind seine Eckpunkte ein offenes Geheimnis. Es ging um die berühmten drei Ds: Denazifizierung, Demilitarisierung und Deindustrialisierung. In der frühen Bundesrepublik lief die Entwicklung zunächst in die entgegengesetzte Richtung: Im Wiederaufbau von Wirtschaft und Verwaltung wurden die NSDAP-Mitglieder gebraucht, die Adenauer-Bürokratie war durchsetzt von ihnen. An Abrüstung war nicht zu denken, vielmehr wurde, mit Hilfestellung ehemaliger Wehrmacht-Generäle, die Bundeswehr installiert und in die NATO-Strukturen eingegliedert. Und statt

dem neuen Staat die Industrie zu nehmen, griffen die Amerikaner ihr mit dem Marshall-Plan unter die Arme und beförderten das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre.
Doch die Freundlichkeiten des Großen Bruders aus Übersee waren an eine bestimmte historische Konstellation gebunden: die Teilung des Globus in zwei verfeindete Blöcke. Mit dem Untergang der Sowjetunion begann der Übergang in eine multipolare Welt, aus Partnern wurden wieder Konkurrenten. Auf unheimliche Weise zeichnen sich im wiedervereinigten Deutschland Entwicklungen ab, die an den Morgenthau-Plan erinnern:
Denazifizierung: Je größer der zeitliche Abstand zu Hitler-Deutschland wird und je weniger alte Parteigenossen noch leben, um so wilder rast der Furor eines faktenbefreiten Antifaschismus. Positionen, die 60 Jahre lang in der CDU/CSU mehrheitsfähig waren, stehen mittlerweile unter Nazi-Verdacht.
Demilitarisierung: Was Morgenthau nicht schaffte, gelingt Ursula von der Leyen mit ihren Beratern von McKinsey mühelos. Die Bundeswehr ist nur noch ein Schrotthaufen, die meisten Panzer stehen in der Werkstatt, Kampfflugzeuge müssen zur Rundumsanierung am Boden bleiben, bei Manövern werden fehlende Geschützrohre durch Besenstiele ersetzt. Die Rüstungsschmiede Heckler & Koch darf das Standard-Sturmgewehr G36 nicht mehr produzieren, der einstige Großwaffenlieferant Thyssenkrupp steht vor der Zerschlagung.
Deindustrialisierung: Die "vollständige Demontage des Ruhrgebietes", einer der Kernpunkte des Morgenthau-Plans, ist seit der Wiedervereinigung zügig umgesetzt worden. Im Dezember 2018 wurde die letzte Steinkohlezeche geschlossen. Die gesamte Region ist zum Armenhaus der Republik verkommen, in ihren No-go-Areas herrschen muslimische Banden, die Infrastruktur verfällt.

Nie wieder Kohle

Doch obwohl das Ruhrgebiet abgewrackt wurde, verteidigte die deutsche Industrie bisher ihre starke Position und trägt gleichbleibend mit über 20 Prozent zur deutschen Wirtschaftsleistung bei - in Großbritannien und den USA ist die entsprechende Quote auf unter zehn Prozent gefallen. Die neuerlichen Attacken sollen die verbliebenen Zentren der Wertschöpfung attackieren - die Automobil- und die Energieproduktion.
Die immer weiter um sich greifenden Dieselfahrverbote treffen den deutschen Exportschlager schlechthin. In dieser Technologie ist Made in Germany führend. Bezeichnenderweise begann der Abgasskandal in den USA mit Klagen gegen VW und andere deutsche Konzerne. Die Steilvorlage wurde dann hierzulande von den Grünen und ihren Vorfeldorganisationen aufgenommen. Mit der neuen EU-Schadstoffverordnung geht es ab 2021 auch den Benzinern an den Kragen. Die dann geltenden Grenzwerte richten sich gezielt gegen die PS-starken Premiumfahrzeuge aus Bayern und Baden-Württemberg - von Kleinwagen, wie sie vorwiegend in Italien und Frankreich produziert werden, können sie zur Not erfüllt werden.
Das von Bund und Ländern kürzlich beschlossene Kohle-Aus ab dem Jahr 2038 vernichtet den letzten Rest einer eigenständigen Energiebasis - und zigtausende Jobs in den Tagebau-Ländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Deutschland ist dann abhängig von Sonne und Wind, deren Stromerzeugung je nach Wetter stark schwankt und die Grundlast für Großbetriebe nicht gewährleisten kann - und von Importen aus dem Ausland, die auch aus französischen Atomkraftwerken kommen.
Ein Treppenwitz der Geschichte ist, daß die grüne Attacke gegen den Diesel mit der Schädlichkeit von NOx begründet, gegen Benziner und Kohle aber mit dem CO2-Ausstoß argumentiert wird. Tatsächlich hat sich letzterer in Deutschland seit der für den Verbraucher sehr teuren Energiewende 2011 erhöht und nicht verringert. Wollte man ernsthaft etwas dagegen tun, müßte man den Selbstzünder fördern, dessen Kohlendioxid-Bilanz günstiger ist als die der Otto-Motoren.
Die als ökologisches Allheilmittel gepriesene Elektromobilität ist in jedem Fall eine Mogel-

packung: Nicht im Fahrbetrieb, wohl aber in der Batterieherstellung fallen ebenfalls Giftstoffe an. Die Gesundheit der Kinder, mit der hochmoralisch etwa die aktuellen Fahrverbote begründet werden, spielt im Falle der E-Autos keine Rolle: Beim Abbau des für sie benötigten Kobalts im Kongo schuften minderjährige Arbeitssklaven unter hochtoxischen Bedingungen in den Minen von Konzernen und Warlords.

Fluchtpunkt 2040

Wie unser Land in einer nicht allzu fernen Zukunft aussehen könnte, hat Dirk C. Fleck in seinem Roman *GO! Die Ökodiktatur. Erst die Erde, dann der Mensch* schon 1993 prognostiziert. Aus dem Klappentext:

"Wir schreiben das Jahr 2040. Die Umweltbedingungen auf der Erde haben sich dramatisch verschlechtert. In den ehemaligen westlichen Industrieländern regieren radikale Öko-Räte. Es besteht Reise- und Bauverbot. Privatmedien gibt es nicht mehr, als Informationsquelle dient das Staatsarchiv. Vegetarische Grundnahrungsmittel, Einheitskleidung und Wohnraum stellt der Staat. Geld ist abgeschafft.

Jeder Bürger zwischen 18 und 55 ist verpflichtet, seine Arbeitskraft in den ökologischen Neuaufbau zu investieren. Eine verhaltensmanipulierte Armee sorgt für die Einhaltung der zwölf Grundgesetze. In von der Außenwelt abgeschotteten Stadtlagern werden Gesetzesbrecher und Seuchenkranke konzentriert. Gleichzeitig stellt der Staat seinen Bürgern frei, in Meditationskommunen zu leben, wo unter Anleitung spiritueller Lehrer der Versuch unternommen wird, den Menschen mit der Natur zu versöhnen."

Viele trösten sich mit dem Gedanken, daß es wohl nicht so weit kommen werde. Doch sie unterschätzen sowohl die Aggressivität wie das Potential der Grünen. Die Aussage "Es gibt kein Volk" stammt nicht von linksradikalen Eiferern wie Claudia Roth, sondern vom schicken Hoffnungsträger Robert Habeck, der gerade zum Politiker des Jahres 2018 gekürt wurde. Die vermeintliche Öko-Partei hat in Umfragen weiter zugelegt und rangierte Anfang Februar mit bundesweit 23 Prozent satte zehn Punkte vor der AfD.

Ihr Aufstieg wird befeuert durch das strategische Kalkül der Union: Die CDU in Baden-Württemberg, jahrzehntelang ein treuer Sachwalter der Großindustrie, spürt zwar die Enttäuschung ihrer Stammwähler und würde lieber heute als morgen gegen die unsinnigen Dieselfahrverbote aufstehen. Doch sie hat im Land wie auch künftig im Bund keine andere Regierungsoption als schwarz-grün, solange das Merkel-Establishment jedes Zugehen auf die AfD verweigert und den Ausgrenzungskurs gegenüber den Blauen sogar noch verschärft.

Hinzu kommt die Umorientierung der Automobilkonzerne selbst: In den Chefetagen ist man auf den Ökokurs umgeschwenkt, weil man von den hohen Beschäftigungszahlen herunterwill. Es ist nämlich viel profitabler, Elektrolimousinen mit der Hälfte der Arbeiter, aber zum doppelten Preis zu produzieren, als weiterzumachen wie bisher. Wenn die Regierung die Umstellung auch noch mit Zuschüssen versüßt - um so besser.

Mit Marktwirtschaft hat das freilich nichts mehr zu tun: Es ist staatlicher Zwang, der nach der Energie- auch die Verkehrswende einleitet, ergänzt durch die Mobilisierung der dumm gehaltenen Jugend auf der Straße. Die Planwirtschaft, die sich so herausbildet, kann man ökosozialistisch nennen - aber sie wird weder der Umwelt noch dem Sozialen nutzen, sondern denselben Eliten wie bisher.<<

Horst Koch berichtete am 17. Mai 2019 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" über die Demontage des Industriestandorts Deutschland (x960/…): >>**Wird Erdogan den neuen Berliner Flughafen bauen?**

Von Peter Haisenko

Jetzt wird zur Gewißheit, was kluge Köpfe seit Jahren fordern: Die betongewordene Schande BER muß abgerissen werden, weil falsche Materialien verbaut worden sind. Das ist seit 2012 bekannt, aber erst jetzt wird darauf reagiert. Die Planung des BER zielte von Anfang an darauf

ab, das Großprojekt zum Scheitern zu verdammen.
Als Herr Ruhnau, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, zum Projektleiter für den neuen Berliner Flughafen berufen wurde, hatten Insider gleich ein mulmiges Gefühl. Es war der Herr Ruhnau, dem es gelungen ist, den gewerkschaftseigenen Konzern COOP innerhalb eines Jahres zu ruinieren und liquidieren. Wie ich aus informierten Kreisen weiß, hatte er dann den Auftrag, auch die Lufthansa in den Ruin zu treiben. Mit dem faulen Argument, Slots - also Streckenrechte - für die Zukunft zu besetzen, hat er Strecken betrieben mit B 737 (124 Sitzplätze), die durchschnittlich nur mit sechs (!) Passagieren ausgelastet waren.
Er hat offen bekundet, so viele Piloten auszubilden, daß das Überangebot die Gehälter der Piloten drastisch schrumpfen lassen sollte. Das sehr engagierte Lufthansa-Personal hat das nicht zugelassen.

Der BER sollte niemals eine Erfolgsgeschichte werden

Beim Berliner Flughafen hat Herr Ruhnau dann als erstes mit falschen, für Fachleute völlig unsinnigen Grundstückskäufen (Baufeld Ost) etwa sieben Milliarden DM versenkt. Er hat eine Planung vorgelegt, die für eine Stadt mit etwa 700.000 Einwohnern größenmäßig angemessen gewesen wäre. Nachdem er den Grundstein für das Scheitern dieses Prestigeprojekts gelegt hatte, hat er sich aus dem Staub gemacht und wurde anschließend immer noch in "Elite-Kreisen" hofiert.
Der Werdegang Ruhnaus läßt kaum Zweifel daran, daß er gezielt ausgewählt wurde mit dem Auftrag, das BER-Projekt so zu gestalten, daß es niemals eine Erfolgsgeschichte werden kann. Er hat seinen Auftrag erfüllt. Bereits in den 1990-er Jahren, als Herr Diepgen (CDU) Regierender Bürgermeister war, wurde die Öffentlichkeit über den Baufortschritt des Flughafens vorsätzlich belogen. Das weiß ich von dem damaligen Pressesprecher, der auf die Anweisung zu lügen, sein Amt niedergelegt hat.
Der Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft war immer politisch besetzt mit Leuten, die fachlich völlig unbeleckt waren. Ob auch das Methode hatte, lasse ich im Raum stehen. Fest steht heute, daß der Berliner Flughafen zur Lachnummer für die ganze Welt geworden ist. Die Folge ist, daß sich niemand mehr weltweit einen Flughafen von deutschen Firmen bauen läßt. BER hat die Umkehrung des rundherum gelungenen Münchner Flughafens geschafft, der die Aufträge für deutsche Flughafenbauer gesichert hatte. Ob auch das ein Ziel bei der "Planung" des BER war, stelle ich ebenfalls in den Raum.

Der Verdacht der gezielten Sabotage liegt nah

BER wird 2020 nicht eröffnet werden. Die Mängel sind zu gravierend. Es wurden Plastikdübel in Kalksandstein verbaut, die nicht zugelassen sind und die erforderliche Tragfähigkeit nicht aufweisen. Insgesamt sind im BER zu viele Kalksandsteinwände installiert, die nach Gutachten des TÜV komplett rausgerissen und ersetzt werden müßten. Man kann in Kalksandstein keine Dübel setzen, die Lasten tragen sollen. Die Dübel sprengen mit ihrem Druck den Stein, wenn sie nicht aus Plastik sind und aus Plastik dürfen sie nicht sein, wegen des Brandschutzes.
Die Kalksandsteinwände zu ersetzen ist bautechnisch nahezu unmöglich und so wird kaum ein Weg daran vorbeiführen, das ganze Murkswerk abzureißen. Damit geht dann die nächste Milliarde dahin und die Kosten für Nichts werden die Achtmilliardengrenze überschreiten. Nachdem diese Mängel aber bereits seit 2012 bekannt sind, kann man hier nicht mehr von Unfähigkeit sprechen, man muß gezielte Sabotage annehmen.
Abgesehen davon, daß die Neuplanung nach dem Abriß wieder einige Jahre in Anspruch nehmen wird, muß das Projekt dann wieder ausgeschrieben werden. Wer noch daran glaubt, daß dann eine deutsche Firma, ein deutsches Firmenkonsortium, den Zuschlag erhalten wird, glaubt nach dem Debakel nur noch, wer auch an den Weihnachtsmann glaubt. Erdogans Türkei hingegen kann einen neuen Flughafen in Istanbul präsentieren, der zeitgerecht und effi-

zient gebaut worden ist. Das können auch Chinesen oder Russen.
So steht zu erwarten, daß die Industrienation Deutschland seinen neuen Hauptstadtflughafen nicht selbst bauen wird. Kann es noch peinlicher werden, wenn man Türken, Russen oder Chinesen braucht, um in Deutschland einen Flughafen zu bauen? Da könnte der Verdacht aufkommen, daß in höchsten deutschen (!) Kreisen Jahrzehnte nach dem Krieg daran gearbeitet wird, den Morgenthau-Plan umzusetzen, nämlich Deutschland zu deindustrialisieren.

Der ehedem hochgelobte Industriestandort Deutschland kriegt nichts mehr auf die Reihe

Berlin wird innerhalb der nächsten zehn Jahre keinen neuen Flughafen bekommen. Da fühle ich mich doch an einen Kabarettisten erinnert, der Wowereit folgendes in den Mund gelegt hat: Flughafeneröffnung 2013? Ich weiß auch nicht, wie dieser Zahlendreher entstanden ist. (2031) So wird sich der Berliner Senat doch noch gegen seinen erklärten Willen an den Volksentscheid halten müssen, Tegel für Jahre oder Jahrzehnte offen zu halten.
Bahnhöfe, Flughäfen und Bahnstrecken: Nichts bringen unsere Politprofis auf die Reihe. Der Gotthardtunnel ist seit Jahren fertig, aber für die Zulaufstrecke im deutschen Rheintal ist die Planung noch nicht einmal abgeschlossen. Der Brennerbasistunnel wird demnächst fertiggestellt, aber die Planung für den Zulauf auf deutscher Seite durch das Inntal hat noch nicht einmal begonnen.
Nein, das kann nicht mehr mit Unfähigkeit begründet werden, das ist Sabotage. Sabotage am Industriestandort Deutschland, an der (unverständlicherweise) immer noch geschätzten deutschen Präzision und Zuverlässigkeit.
Der BER steht symbolisch für die Demontage des Industriestandorts Deutschland. Ausschreibungen werden so schlampig ausgeführt, daß anschließend die Kosten auf das Vielfache ansteigen. Elbphilharmonie oder Stuttgart 21. Wohnraum ist ohne korrekte Ausschreibung an angelsächsische Kapitalgesellschaften verschleudert worden.
Für all das muß natürlich niemand Verantwortung übernehmen. Nein, auch der Spaßbürgermeister Wowereit kann sich weiterhin in seiner üppigen Pension baden. Nach 14 Jahren Merkel ist Deutschland in einem jämmerlichen Zustand. Mißstände abstellen? Wir machen uns Sorgen, wir nehmen es ernst, wir arbeiten daran - aber wir tun nichts. Siehe "Cum-Ex-Geschäfte" die seit 19 Jahren bekannt und nicht abgestellt sind.

Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?

Wie BER zeigt, hat die Demontage Deutschlands schon früher begonnen, nämlich spätestens nach der "Wiedervereinigung", die auch nicht völkerrechtsmäßig abgelaufen ist. Rohwedder und Herrhausen mußten ihr Leben lassen, weil sie mit der Treuhand die "neuen Bundesländer" zu einem Erfolgsmodell machen wollten. Frau Breuel, in Oxford/England ausgebildet, hat dann das gemacht, was man in London schon seit 100 Jahren als oberstes Ziel gesetzt hatte: Die Zerstörung der deutschen Wirtschaftskraft, der man in England nichts entgegensetzen kann. Die Frage ist nun, ob es in den deutschen Regierungen überhaupt Politiker gibt oder gab, die nicht an der Zerstörung Deutschlands arbeiten.
Helmut Schmidt hat Deutschland in die Schuldenfalle geführt. **Helmut Kohl** hat ohne Not auf die "deutschen Ostgebiete unter polnischer Verwaltung" verzichtet und das Angebot Gorbatschows schlank angelehnt, Ostpreußen zurück zu erhalten. **Schröder** hat mit der "Agenda 2010" den sozialen Frieden zerstört und mit **Fischer** Deutschland wieder in Kriege geführt. **Frau Merkel** schließlich hat die deutschen Grenzen einfach für alle geöffnet und jegliche Rechtsstaatlichkeit aufgehoben, wenn es um Zuwanderer geht.
Die deutsche Spitzentechnologie Dieselmotoren ist seines Nimbus’ beraubt worden. Bayer kauft Monsanto, damit umgehend milliardenschwere Regreßansprüche über amerikanische Gerichte an ein jetzt deutsches Unternehmen gestellt werden können. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit Rußland wurde mit ungerechtfertigten Sanktionen zerstört, die Deutschlands

Wirtschaft Milliardenverluste bescheren. Deutsche Soldaten stehen wieder an der Grenze zu Rußland. Nichts davon kann als förderlich für Deutschland bezeichnet werden.

Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?

BER steht nur symbolisch für den allgemeinen Niedergang. Infrastruktur und Schulen sind in einem jämmerlichen Zustand. Die "Energiewende" ist Flickwerk und hat Deutschland die höchsten Strompreise gebracht, worunter die deutsche Industrie auch leidet. Ausländische Großkonzerne zahlen in Deutschland fast keine Steuern. Nein, alles in Summe betrachtet, kann nicht mehr Unfähigkeit angenommen werden, es kann nur noch geplante Sabotage sein. Ob der "Deutsche Michel" aufwachen wird, wenn Erdogans Türkei den Berliner Flughafen baut?

Ob es jemals dazu kommen wird, daß die Zerstörer Deutschlands vor Gericht gestellt werden? Das ist unwahrscheinlich, aber wenn doch, sind einige tausend Jahre Haft fällig.

Die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland hat nicht erst 2015 begonnen. Schon der damalige Außenminister Fischer hat die unkontrollierte Zuwanderung von Ukrainern befördert, indem er einfach deren Visumspflicht aufgehoben hat. Während die CDU noch 1991 stramm Wahlkampf gegen Zuwanderung gemacht hat, hat Merkel das ins Gegenteil verkehrt.

Wer heute noch glaubt, die Probleme mit Migranten wären zufällig entstanden, der hat das Werk von **Hans Jörg Schrötter** noch nicht gelesen: "Auf nach Germania", in dem er, der Insider aus dem Ministerium, Stück für Stück mit Namen und Titeln den Nachweis führt, daß auch in dieser Hinsicht nichts zufällig abgelaufen ist. "Auf nach Germania" ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Verlag hier.

Mit dem Werk **"Die Deutschen - Das klügste Volk auf Erden verabschiedet sich von der Geschichte"** belegt Hans-Jürgen Geese den Verdacht, daß unsere "Politprofis" extra so ausgewählt worden sind, damit sie Deutschland den größtmöglichen Schaden zufügen - eben Deutschland zu einem tragischen Fall der Geschichte machen können, indem es nicht mehr als Kultur- und Industrienation weiter existieren wird. Auch dieses Werk ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Ander-Welt-Verlag. …<<

Der deutsche Unternehmer Sven von Storch berichtete am 31. Mai 2019 in der Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt": >>**Mainstream-Medien und NGOs puschen die Grünen**

Liebe Leser!

Die Grünen werden gezielt aufgebaut, um EU-Zentralismus, Klima-Hysterie, Gender-Politik und Multikulturalismus durchzusetzen.

Die großen Mainstream-Medien und NGOs versuchen mit aller Kraft, ihre kulturmarxistische Agenda durchzusetzen. In Deutschland werden besonders die Grünen gepuscht, um Diesel-Fahrverbote, CO2-Steuer, Gender-Politik, Quotenregelungen, Abtreibung, Auflösung der Familien, EU-Zentralismus, Massenmigration und Multikulturalismus durchzusetzen. Die Klima-Hysterie um Greta Thunberg und die YouTube-Attacken haben gezeigt, wie raffiniert PR-strategisch die Pseudo-Öko-Globalisten und EU-Lobbyisten vorgehen.

Doch unsere erfolgreiche Aufklärungsarbeit über die alternativen Medien und sozialen Netzwerke zeigt, daß es auch in die andere Richtung geht. Und das ist jetzt nötiger denn je, bevor die Grünen das Ruder übernehmen und mit der rückgratlosen Union eine Koalition schaffen, die Deutschland ins Abseits führt.

Matteo Salvini in Italien, Viktor Orbán in Ungarn und Nigel Farage in Großbritannien zeigen, wie man auch gegen die Massen- und Mainstream-Medien, gegen globalistische NGOs und EU-Lobbyisten erfolgreich Politik machen kann, um den Wahnsinn zu stoppen.

In Ungarn konnten die patriotischen und EU-kritischen Kräfte den deutlichsten Wahlerfolg erkämpfen. Trotz des internationalen Medienkrieges konnte die Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen grandiosen Sieg erringen. Mit mehr als 56 Prozent

der Stimmen hat sie ein Ergebnis eingefahren, von dem die CDU/CSU in Deutschland nur träumen kann: Die Ungarn stärken ihrem Viktor Orbán den Rücken.
Grandios ist auch das Ergebnis, daß der EU-Kritiker und Vater des Brexit, Nigel Farage, einfahren konnte. Seine gerade erst frisch gegründete Brexit-Partei hat über 31 Prozent der Stimmen geholt. Die Konservativen von Theresa May sind auf rund 8 Prozent abgerutscht. Damit haben die Briten nochmals deutlich unterstrichen, daß sie für den Brexit sind: Brexit-Partei: Nigel Farage ist strahlender Sieger.
In Italien konnte Matteo Salvini mit seiner Lega punkten. Die Partei kam auf Platz 1 in seinem Land. Im neuen EU-Parlament wären die Lega und die Brexit-Partei die stärksten Parteien. Das ist ein deutliches Signal für Brüssel: Lega und Brexit-Partei stärkste Parteien im neuen Parlament. …<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/82-84): >>**Klimaschutz: Krieg gegen den Naturschutz**
Von *Gerhard Wisnewski*
Klima-Alarmisten wie FfF halten weiterhin an ihrem Kampfbegriff "Klimakiller" fest: Das sollen Menschen sein, die viel Fleisch essen, "dicke" Autos fahren und viel Energie verbrauchen. Sie haben angeblich das Klima "auf dem Gewissen".
Was dabei verschwiegen wird: In Wirklichkeit wird genau andersherum ein Schuh draus: Die schlimmsten Umweltverbrechen werden heute im Namen des Klimaschutzes verübt. In Wahrheit ist es der Klimaschutz, der den Planeten ruiniert. Mittlerweile stehen echte Umweltschützer weltweit gegen "Klimaschützer" oder "Klimaschutzprojekte" auf. Nehmen wir beispielsweise die hochgelobten "regenerativen Energien" wie Windkraft oder Photovoltaik. Mit einem Mal werden ganze Landschaften mit riesigen Windrädern verschandelt, und der Bauer baut auf seinen Feldern plötzlich kein Getreide mehr an, sondern stellt die Gegend mit häßlichen Solaranlagen zu: "Landschaftspflege" im Zeitalter des Klimaschutzes.
Die monströsen Windräder zerstören nicht nur die Landschaft, sondern auch das Leben von Menschen und Tieren. Und sie decken nur einen minimalen Teil unseres Endenergieverbrauchs. Das "Aktionsbündnis Gegenwind-Oberfranken" hat ein langes Sündenregister der großen Strompropeller aufgestellt:
"Windkraftanlagen zerstören die Landschaft, die Natur, unsere Heimat und damit unsere Identität, führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensqualität, gefährden unsere Gesundheit und das Wohlbefinden, töten Vögel und Fledermäuse (und Insekten, siehe S.71), entwerten Immobilien und Grundeigentum, verhindern die Entwicklung des Fremdenverkehrs, vernichten Arbeitsplätze durch übersteigerte Stromkosten, sind völlig unwirtschaftlich aufgrund der schwachen Windverhältnisse in unserer Region, ersetzen kein einziges Kraftwerk, weil der Wind unregelmäßig oder gar nicht weht, gefährden die Netzstabilität und damit die nationale Stromversorgung, denn Windstrom kann nicht großtechnisch gespeichert werden; sind absolut überflüssig und dienen nur zur wirtschaftlichen Umverteilung von unten nach oben, spalten die "soziale Gemeinschaft."
Die Lüge vom Energie-Speichern
Dabei ist das noch gar nicht alles. Denn Windräder und Solarflächen kommen selten allein, sondern haben noch Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerke im Gepäck. Und diese müssen in die Wirtschaftlichkeitsrechnung dieser sogenannten regenerativen Energien mit einbezogen werden. Da der Strom aus Windrädern und Photovoltaikanlagen prinzipiell unberechenbar ist, kann man ihn auch nicht bedarfsgerecht produzieren, so daß die Stromwirtschaft im Prinzip so haushalten muß, als gäbe es ihn gar nicht. Kurz, sie muß genauso viele Kraftwerke und Kapazitäten vorhalten wie ohne Windräder oder Solaranlagen. Wenn der Strom witterungsbedingt dann aber anfällt, gibt es plötzlich zu viel davon, er wird nicht oder nicht in nennenswertem Umfang gebraucht und muß irgendwohin.

Ja, aber warum denn? Kann man die Windanlagen dann nicht einfach drosseln oder abstellen? Eigentlich schon, aber laut Erneuerbare-Energien-Gesetz haben die Anlagenbetreiber "Anspruch auf unverzüglichen und vorrangigen Anschluß ihrer Anlage an das Stromnetz. Darüber hinaus besteht Anspruch auf unverzügliche und vorrangige Abnahme des gesamten zur Einspeisung angebotenen Stroms aus erneuerbaren Energien sowie dessen Übertragung und Verteilung".

Das heißt, daß derartige Anlagenbetreiber auf Teufel komm raus produzieren können, egal, ob der Strom gebraucht wird. Er muß abgenommen werden, und zwar zu einem garantierten Preis! Auf der anderen Seite lassen sich auch viele konventionelle Kraftwerke nicht drosseln, weil sie dafür nicht gebaut wurden. Der eingespeiste Strom ist also in jedem Fall zu viel. Daher ziehen "regenerative Energien" wie Wind- und Sonnenkraft weitere Kosten und Landschaftszerstörungen nach sich, nämlich in Form von Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerken, die irgendwo in Ausflugs- und Erholungsgebieten errichtet werden, um die "regenerativen Energien" zu speichern.

Weil die Befürworter dieser Energieform hierzulande nicht wissen, wohin mit den überschüssigen "Stromspitzen" durch Windkraft und Sonnenenergie, müssen Staubecken her, um Wind- und Sonnenkraft zu speichern: Bei Stromüberschuß soll das Wasser hinaufgepumpt, bei "Stromtälern" hinabgelassen werden und in Turbinen Strom erzeugen. Von dem enormen Energieaufwand für den Bau eines solchen Kraftwerks redet allerdings niemand. Und auch nicht von der Energie, die allein dafür verbraucht wird, Millionen Tonnen Wasser einen Berg hoch zu pumpen. Von "Speichern" kann also eigentlich keine Rede sein, vielmehr bliebe von der erzeugten "regenerativen Energie" unterm Strich nur ein Rest übrig, während die Kosten für das Projekt auf den Strompreis umgelegt würden. Abgesehen davon fehlt es in Deutschland schlicht an Standorten für solche Kraftwerke.

Verbrechen im Namen des Klimaschutzes

Die verheerenden Folgen der "regenerativen Energien" werden von "Klimaschützern" und Politikern verschwiegen und/oder schöngeredet. Während alle Welt von "Klimakillern" spricht, redet niemand von Klimaverbrechen, die im Namen des "Klimaschutzes" verübt werden. Der wissenschaftlich nicht begründbare "Klimaschutz" hat sich längst zu einer gefährlichen Ideologie entwickelt, welche die Zukunft unseres Planeten bedroht.

Nur im Jahr 2013 blitzte dieses Thema einmal kurz auf, um gleich wieder im Gedächtnisloch unserer gleichgeschalteten Medienwelt zu verschwinden. Damals hatte es eine TV-Dokumentation mit dem Titel "Climate Crimes - Umweltverbrechen im Namen des Klimaschutzes" gerade mal in das Programm von 3sat geschafft, und zwar an einem Dienstag um 22.25 Uhr. Zu behaupten, die Dokumentation sei vergessen, wäre deshalb wohl übertrieben - in Wirklichkeit hat die breite Öffentlichkeit sie gar nicht zur Kenntnis genommen.

Nachdem der Film quasi heimlich gesendet worden war, hörte man hierzulande nie wieder davon - weder in anderen deutschen Sendern noch in den Spalten der Zeitungen.

Die dringend notwendige öffentliche Diskussion im Anschluß an die Ausstrahlung fand nicht statt. Dabei hatte es die Botschaft des Films in sich. Zwar ist äußerst zweifelhaft, ob es den menschgemachten "Klimawandel" überhaupt gibt, daß aber unter dem Deckmantel des Klimaschutzes schwerste Umweltverbrechen verübt werden, ist eine Tatsache. Beim "Klimaschutz" geht es schon längst nicht mehr mit rechten Dingen zu.

In Wirklichkeit, so zeigte die erwähnte Dokumentation Climate Crimes damals, zerstören "Klimaschützer " inzwischen regelrecht unseren Planeten: "Der Kampf gegen den Klimawandel soll unsere Erde retten", hieß es in dem Film: "Doch er löst den größten Schub an Naturzerstörung aus, den die Erde in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat. Enorme Summen fließen in Staudämme, Atomkraftwerke oder Monokulturen für Biosprit und Biogas." Ausgehend von der Weltklimakonferenz in Cancun, Mexiko, im Jahr 2010, zeigte der Film die Rei-

se des deutschen Naturschützers Ulrich Eichelmann zu einigen Brennpunkten des Klimawahnsinns. …<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/-46-49): >>**Seuchenpanik und WHO - die Weltregierung der "Gesundheit"**

Von *Gerhard Wisnewski*

Januar 2020: Die Panik geht um. Ein neues Virus versetzt die Menschen in Angst und Schrekken: das Corona-Virus! Am 31. Dezember 2019 hatten die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über eine neue mysteriöse Lungenkrankheit mit einem unbekannten Erreger informiert. Eine Woche später meldete die WHO, das Virus sei identifiziert. Es handele sich um ein sogenanntes Corona-Virus, wie es auch für Schnupfen, aber auch die geheimnisvolle Seuche SARS verantwortlich sein soll. Am 11. Januar wurde der erste Todesfall gemeldet, am 13. Januar bestätigte die WHO den ersten Fall außerhalb Chinas. Am 20. Januar meldete China die erste Ansteckung zwischen Menschen, am 26. Januar zählten Chinas Behörden 56 Tote und knapp 2.000 Infizierte.

Wenig später, am 28. Januar, starben die Menschen schon wie die Fliegen - nun ja, vorausgesetzt in China gab es genau 106 Fliegen. So viele Tote wurden der Infektion mit dem neuartigen Virus bis dahin zugeschrieben.

Bei einer Einwohnerschaft von 1,4 Milliarden war das jedoch gar nichts. Auch die 4.500 Infizierten, die inzwischen angeblich gezählt wurden, repräsentierten nur ein Dreihunderttausendstel der chinesischen Bevölkerung - also ebenfalls nichts. Der Panikmache tat das jedoch keinen Abbruch. Auch in Deutschland wurde besorgt jeder einzelne, mit dem Virus infizierte China-Rückkehrer gezählt. Anfang Februar sollen es genau 11 gewesen sein. Bei 82 Millionen Einwohnern.

Dabei waren die Infizierten nicht einmal krank. "Die Vier sind pumperlgsund, haben keine Symptomatik, sind fieberfrei, husten nicht", berichtete Chefarzt Clemens Wendtner über vier isolierte Patienten im Schwabinger Krankenhaus: "Denen ist so langweilig, daß sie uns ständig mit der Entlaß-Frage nerven". Gleichwohl erklärte der Leiter der WHO-Notfallprogramme, Michael Ryan, am 30. Januar, nun müsse "die ganze Welt in Alarmbereitschaft sein". Am selben Tag rief die WHO eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Um dieselbe Zeit, da in China 4.500 Infizierte und einige hundert Tote beklagt wurden, lagen allein in Deutschland wahrscheinlich mehrere zehntausend Menschen mit einer veritablen Grippe auf der Nase. Die Grippewelle 2017/18 zum Beispiel "hat nach Schätzungen rund 25.100 Menschen in Deutschland das Leben gekostet". In der Grippesaison 2018/19 registrierte das Robert-Koch-Institut von Oktober bis Mitte Mai Insgesamt 182.000 "labordiagnostisch bestätigte Grippefälle", schrieb das Deutsche Ärzteblatt am 30. September 2019 (online).

Und wer sich eine Liste der ersten 24 bekannten Corona-Todesopfer anschaute, staunte nicht schlecht: Die größte Gruppe stellten die über 70- und 80-Jährigen, zwei waren bereits 89 Jahre alt. Also in einem Alter, in dem man auch eines natürlichen Todes sterben kann, mitunter sogar an einem Schnupfen oder einer Grippe. Nur drei "Corona-Opfer" waren unter 60.

Die eigentliche Krankheit heißt WHO

Die Frage lautet deshalb auch weniger: Wer oder was ist eigentlich das Coronavirus? Sondern: Wer oder was ist eigentlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Während hinsichtlich der Herkunft des Coronavirus ein Gerücht das andere jagte (mutiert? Aus dem Labor?), kümmerte sich kein Mensch um das eigentliche Problem und um die eigentliche Krankheit: die WHO.

Seit Jahrzehnten ruft sie eine internationale Seuchenpanik nach der anderen aus, von der am Schluß kaum etwas anderes übrig bleibt als heiße Luft. Und natürlich Milliardenumsätze für die Pharmaindustrie. Denn selbstverständlich wird sofort nach einem passenden "Impfstoff"

gesucht. Das gilt für die Vogelgrippe genauso wie für die Schweinegrippe oder SARS - und nun eben für das Coronavirus, das, wenn überhaupt, in der Regel einen Schnupfen verursacht.

Wer tot ist, ist immerhin nicht mehr krank

Die offizielle Lösung lautet wie gesagt "Impfung". Denn kaum bricht irgendwo angeblich eine neue "Seuche" aus, kommt wie das Amen in der Kirche der Ruf nach einer Immunisierung. Wobei sich niemand fragt, warum allein in Deutschland angesichts der weit verbreiteten Grippeimpfung pro Jahr eigentlich Hunderttausende an Influenza leiden und 25.000 Menschen daran sterben.

Egal: Jeweils am Höhepunkt der Panik läßt sich die Impfstoffforschung am besten an den Mann bringen. Auch bei Corona wurde umgehend nach einem neuen Vakzin gesucht, während Politiker die Öffentlichkeit vertrösteten, es könne "drei bis fünf Monate dauern, bis ein Impfstoff entwickelt ist" (bild.de, 30.01.2020). Laut Münchner Merkur könnte es sogar ein "ungewöhnlicher Medikamentencocktail" tun: "Demnach wurde eine mit dem Coronavirus infizierte Frau aus China mit einer Mischung aus Grippe- und HIV-Medikamenten behandelt. Der Zustand der Frau habe sich daraufhin drastisch verbessert.

Innerhalb von 48 Stunden nach der Gabe des Medikamenten-Cocktails sei der Virus dann nicht mehr nachweisbar gewesen." Donnerwetter: Vielleicht weil sie tot war? Denn "verabreicht worden sei der Frau eine Mischung aus den bei HIV-Erkrankungen eingesetzten Wirkstoffen Ritonavir und Lopinavir, sowie dem Grippe-Mittel Oseltamivir" (online, 2.2.2020). Was für eine phantastische Geschäftsidee: Einfach mehrere Aids- und Grippe-Mittel auf einmal essen lassen! So wird man zum Müllschlucker der Pharmaindustrie!

Doch wir waren bei der Impfung: Das Gremium, das bei jeder neuen Seuchenpanik die "Impfempfehlungen" der WHO herausgibt, heißt SAGE: Die "Strategische Beratergruppe von Immunisierungsexperten" (Strategic Advisory Group of Experts).

In dieser Gruppe sitzen WHO-Impfexperten einträchtig mit Vertretern der Pharmaindustrie zusammen und beratschlagen über weltweite Impfkampagnen wie zum Beispiel auch die gegen das Schweinegrippen-Phantom aus dem Jahr 2009. Zwar haben die Pharmavertreter, "um Interessenkonflikte zu vermeiden", nur Beobachterstatus, aber das ist reine Augenwischerei. Tatsache ist, daß die WHO ihre Impfempfehlungen unter den Augen der globalen Pharmaindustrie entwirft und niemand die möglichen Verflechtungen zwischen den SAGE-Mitgliedern und den bei den Sitzungen vertretenen Pharmakonzernen durchschauen kann.

Niemand kann beispielsweise SAGE-Mitglieder daran hindern, direkt oder indirekt Aktien jener Hersteller zu besitzen, deren Impfstoffe und Grippemittel sie der gesamten Menschheit aufs Auge bzw. in den Arm drücken wollen. So wurden durch die von dem WHO-SAGE-Komitee geschürte Schweinegrippen-Hysterie exakt die Aktienkurse jener Unternehmen "geimpft" beziehungsweise "gedopt", die in der SAGE Beobachterstatus haben. Die Papiere hatten das auch bitter nötig. So waren die Anteilsscheine von Novartis und GlaxoSmithKline bis kurz vor "Ausbruch" der Schweinegrippe kräftig abgeschmiert. Seit März 2009 aber breitete sich das Schweinegrippevirus, Influenza A (H1N1) beeindruckend schnell aus, so damals die Deutsche Welle (online, 12.6.2009). Und seit März 2009 stiegen auch beeindruckend schnell die Kurse von Novartis und GlaxoSmithKline.

Impfstoffe für alle!

An der Sitzung vom 7. Juli 2009 zum Beispiel, die über die weitere Impfstrategie der WHO für die kommenden Monate entscheiden sollte, nahmen mindestens zwei Dutzend Impfstoffkocher teil, neben jenen von Novartis und GlaxoSmithKline auch welche von Baxter, Sanofi Pasteur sowie von diversen Pharmadachverbänden. Unter den Augen der Vertreter dieser Milliarden-Industrie kamen die SAGE-Mitglieder zu dem lapidaren Schluß: "Da die Verbreitung des pandemischen Virus als unaufhaltsam angesehen wird, werden Impfstoffe für alle Länder gebraucht." Für alle Länder - wow!

Das heißt im Fall der WHO wirklich alle - nämlich alle 194 Staaten der Erde mit ihren damals 6,75 Milliarden Bewohnern! Kurz: Die für jedermann ebenfalls offensichtlich harmlose "Schweinegrippe" war bis dahin die größte und bisher aggressivste Marketingkampagne für Impfstoffe und fragwürdige Grippemittel, die dieser Planet jemals gesehen hat. Ja, das "Marketing" hätte sogar so weit gehen können, das Produkt den "Konsumenten" gleich zwangsweise zu verabreichen - nämlich im Rahmen einer Zwangsimpfung (die inzwischen bei der sogenannten "Masernimpfung" verwirklicht wurde). Ein Traum für jeden Hersteller.

Der größte Menschenversuch aller Zeiten?

Am selben Tag, dem 7. Juli 2009, beschloß das SAGE-Komitee der WHO eine "Impfempfehlung", die an Skrupellosigkeit nicht mehr zu überbieten war. Damit läutete die WHO den größten Menschenversuch aller Zeiten ein, denn in ihrer "Pandemic (H1N1) 2009 briefing note 2" über das Meeting bekannte sie ohne jedes Unrechtsbewußtsein: "Da bei der Produktion von einigen Impfstoffen neue Technologien zur Anwendung kommen, die bisher nicht intensiv auf ihre Sicherheit in Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgewertet wurden, ist eine bestmögliche Beobachtung nach der Vermarktung sehr wichtig."

Ja, Sie haben richtig gelesen:

1. Das Impfkomitee der WHO empfahl nicht ausreichend auf ihre Sicherheit getestete Impfstoffe für die Anwendung am Menschen.
2. Das Impfkomitee der WHO wollte die Reaktionen der Menschen auf diese Impfstoffe nach deren massenhafter Verabreichung auswerten.

So zum Beispiel auch in Schweden und Finnland. In beiden Ländern hatte man im Zuge der Pandemie-Panik von 2009 auf Massenimpfungen gesetzt. Kurz danach litten 168 Schweden und 121 Finnen, meistens Kinder, an der Schlafkrankheit Narkolepsie. Das Leben von Kindern - zerstört durch die Pharmaindustrie?

Dieser Zusammenhang gilt in den beiden skandinavischen Ländern inzwischen als naheliegend. Ja, nicht nur das: Daß zwischen dem Impfstoff "Pandemrix" (GlaxoSmithKline) und Narkolepsie "ein direkter Zusammenhang besteht", sehe die finnische Gesundheitsbehörde sogar "als erwiesen an", schrieb die österreichische Tageszeitung "Die Presse" (Online) am 22. Februar 2012. Inzwischen lagen die Zahlen auf dem Tisch. Während ein Impfschutz "nicht nachweisbar" gewesen sei, sei in Finnland "ein mehr als zwölfmal höheres Narkolepsierisiko bei mit Pandemrix geimpften Kindern festgestellt" worden. Die jungen Leben lägen "in Trümmern", schrieb "Die Presse".

Wer nun bei den Verantwortlichen auf Reue oder Einsicht gehofft hatte, war allerdings schief gewickelt: "Alle Arzneimittel haben Nebenwirkungen, und bei der Schweinegrippe hätten sie nur wenige getroffen", zitierte "Die Presse" Anders Tegnell von Schwedens Sozialbehörde, die für die Durchführung der Massenimpfungen verantwortlich gewesen war. "Es gebe also keinen Grund zur Angst, es wäre eine 'Katastrophe', wenn nun eine generelle Skepsis gegenüber Impfungen ausbräche." Und zwar eine Katastrophe für die Pharmaindustrie.

In Wirklichkeit war schon die sogenannte Schweinegrippe ein Lehrstück über die kriminelle Zusammenarbeit von WHO, Politik, Pharmaindustrie und Medizin. Was bei der Schweinegrippe aufflog, war wohl nur die Spitze des Eisbergs und dürfte auch auf anderen Gebieten funktionieren.

Eine Seuchenpanik dieser Art ist allerdings vielseitig einsetzbar, der Gewinn der Pharmakonzerne ist nur ein Aspekt einer multifunktionalen Operation: Mit einem (WHO-) Gesundheitsnotstand können Staaten bzw. die UNO ihre Macht ausbauen und in die Rechte der vermeintlich betroffenen Menschen eingreifen.

Die Quarantäne über der chinesischen Stadt Wuhan stellt wohl den bisherigen Höhepunkt der Eingriffe in die Freiheitsrechte im Namen der Gesundheit dar. Mit dem Vorwand einer gefährlichen Pandemie lassen sich totalitäre Maßnahmen nun mal einfacher rechtfertigen.

Rockefeller und WHO

Das also sind die Machenschaften der sogenannten "Weltgesundheitsorganisation" WHO: Marketing für die Pharma- und Impfstoffindustrie.

Dabei ist das nicht etwa neu. In Wirklichkeit sind die Kampagnen erprobt und altbewährt. Die WHO macht ihre Geschäfte seit über 100 Jahren. Damals hieß die WHO aber noch nicht WHO, sondern "Rockefeller Sanitary Commission" (1909 bis 1915), International Health Commission (1913-1916) oder auch International Health Division (IHD; 1916-1927). "Nach der Gründung der WHO im Jahr 1948 wurde das IHD aufgelöst. Es war jedoch jahrzehntelang indirekt präsent: Sowohl der Nachkriegsdirektor des WHO-Büros für Amerika als auch der langjährige zweite WHO-Generaldirektor waren führende IHD-Männer in Brasilien gewesen", so die medizinische Fachzeitschrift The Lancet (online, 11.5.2013).

1948 wurde schließlich die Weltgesundheitsorganisation, "die als Nachfolger der IHD gilt, gegründet, und die IHD ging 1951 in der größeren Rockefeller-Stiftung auf und stellte ihre Arbeit in Übersee ein" (Wikipedia US). "Die Rockefeller Foundation (RF), das beispiellose Schwergewicht der Gesundheitsphilanthropie des 20. Jahrhunderts, prägte die WHO zutiefst und unterhielt lange und komplexe Beziehungen zu ihr, auch wenn sich beide Institutionen im Laufe der Zeit veränderten", schrieb 2014 auch das Fachmagazin Public Health.

Ein Lieblingsprojekt der Rockefellers

Kurz: "Die Vereinten Nationen waren schon immer ein Lieblingsprojekt der Familie Rockefeller. Sie stiftete das Grundstück, auf dem jetzt das UN-Gebäude steht. Es ist anzunehmen, daß sie die Vereinten Nationen als den vollkommensten Mechanismus zur Durchsetzung globaler Monopolmacht sieht, eine Rolle, für die sie aufgrund ihrer Struktur geradezu prädestiniert sind", schrieb Edward Griffin in seinem Buch "Eine Welt ohne Krebs".

Mit anderen Worten: Das Rockefeller-Erbe bestimmt das Schicksal der Menschheit bis auf den heutigen Tag. Heute lassen sich mit Seuchenpanik Milliarden verdienen sowie die Umsätze von Arzneimittelherstellern und Aktienkurse pushen. Die "Schul-Medizin" und die Pharma-Lobby führen seit einem Jahrhundert weltweit einen menschenverachtenden Krieg um und gegen jeden Patienten.

Ziel dieses Krieges ist es, jeden Menschen zu einem chronisch kranken Menschen zu machen, der nie wieder gesund werden soll und möglichst lange mit den "zugelassenen" Medikamenten, patentierten Apparaten und monopolisierten Methoden der Pharma-Industrie profitbringend "behandelt" werden kann.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Februar 2020: >>**Die Bauern verdienen unseren Dank**

Holger Douglas

Jeder Städter weiß es besser als die Bauern: Die Landwirte quälen ihre Tiere, vergiften die Nahrungsmittel mit Chemie und düngen zu viel. Städter können zwar kaum Roggen von Gerste unterscheiden, sind aber fest davon überzeugt, daß Bio besser als konventioneller Ackerbau und daß eine "Agrarwende" dringend notwendig ist.

Und überhaupt: die viele "Chemie". Früher ging es doch "viel natürlicher" zu, träumen die Städter vom Bauern, der im März seine Rößlein anspannt. Da lohnt ein kurzer Blick auf aktuelle Virus-Monitoringkarten, auf denen sich Landwirte über die aktuell drohende Schädlingslage informieren. …

Nikotin ist das stärkste Pflanzengift

Während gerade Coronavirus-Panik beim Menschen geschürt wird, fiel im vergangen Jahr häufig die Zuckerrübenernte weitgehend aus. Der Grund: ein gefährlicher Virus. Grüne Pfirsichblattlaus und schwarze Bohnenlaus haben beim Saugen an den Blättern den Rübenvergilbungsvirus (BMYV) übertragen.

Der läßt bei den infizierten Pflanzen die Blätter orange-gelb und brüchig werden. Aus diesen

Rüben wird nichts mehr. Das bedeutet für den Bauern: kompletter Ertragsausfall. Nur aufgrund der Überproduktion merkt das niemand mehr im Supermarkt. Weltweiter Handel gleicht solche Ernteausfälle, wie sie immer wieder vorkommen, aus. Früher wurde das Saatgut vor allem mit den berüchtigten Neonicotinoiden gebeizt, einer sehr wirkungsvollen Waffe, die vom Pflanzengift Nikotin aus der Tabakpflanze abgeschaut wurde.
Nikotin ist übrigens eines der stärksten Pflanzengifte, die die Natur kennt und an die Wirkstoffe aus der "bösen Chemie" nicht im entferntesten herankommen. Seit dem Verbot der "Neonics" bleibt den Landwirten noch der Wirkstoff Tefluthrin (Force 20 CS) gegen die Bodenschädlinge zur Verfügung.

Strafzahlungen drohen

Viele Krankheiten und Schädlinge bedrohen die Nutzpflanzen auf dem Acker. So übertragen vier Millimeter große Zikaden einen Virus, der beim Weizen die Blätter gelb färben läßt und verhindert, daß Ähren aus der Blattscheide wachsen und sich entwickeln können. Folge: totaler Ausfall der Weizenernte. Dazu kommen noch die Risiken des Wetters.
Es ist ein harter Kampf von Wissenschaft und Technik sowie Landwirten, der Natur regelmäßig eine ausreichende Ernte abzutrotzen. Volle Lebensmittelregale sind keine Selbstverständlichkeit, verleiten aber zu Übermut. Am 2. April soll die neue Düngeverordnung beschlossen werden, heftig forciert von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Schon fast mit Begeisterung verweist sie auf die drohenden Strafzahlungen der EU. 850.000 Euro soll Deutschland nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zahlen, weil die Nitratwerte im Grundwasser angeblich über den Grenzwerten liegen. Pro Tag wohlgemerkt.
Nicht zuletzt deswegen wehren sich die Landwirte drastisch gegen die Düngeverordnung, weil die Meßwerte falsch sind, und die nach Brüssel gemeldeten Nitratwerte nicht stimmen. Diese Daten stammen zudem noch aus den Jahren 2003 bis 2005 sowie 2006 und 2010.

Rückfall in Produktionsweise unserer Vorfahren

Die Düngeverordnung ist einer der gewaltigen Hebel, um der Landwirtschaft den Garaus zu machen. Nach dieser Verordnung sollen die Landwirte nun ihre Düngemengen schrittweise reduzieren: im ersten Jahr um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im darauffolgenden Jahr wiederum weniger - jeweils bezogen auf die bereits reduzierte Menge. Eine Abwärtsspirale.
Diese einschneidenden Einschränkungen bedeuten, daß die Pflanzen nicht mehr genügend Nährstoffe bekommen, ihr Wachstum entsprechend reduziert wird und damit die Erträge der Landwirte weiter sinken. Dies würde ein Ende der Landwirtschaft in Deutschland bedeuten, das zu einem Importland für Agrarprodukte werden könnte. Dafür bekommen die NGOs ihre gewünschten Blühflächen.
Dies bedeutet weiterhin einen erheblichen Raubbau am Boden und den Rückschritt in die landwirtschaftliche Produktionsweise unserer Vorfahren. Die entzogen den Böden brutal die wenigen Stickstoffmengen. Sie mußten deswegen die Äcker regelmäßig brachliegen lassen, damit sie sich ein wenig erholen konnten.

Die Landwirte verdienen unseren Dank

Erst als die beiden Chemiker Fritz Haber und Carl Bosch Anfang des 20. Jahrhunderts ihr bedeutendes Verfahren entwickelten, Stickstoff aus der Luft zu entziehen und mit Wasserstoff Ammoniak zu synthetisieren, wurde es möglich, zusätzlich mit Stickstoff Böden zu düngen.
Neben der Mechanisierung der Landwirtschaft mit raffinierten und leistungsstarken Maschinen, war dies der zweite bedeutende Schritt, die Nahrungsproduktion auf den Äckern zu steigern. Resultat: Ernährte um 1900 ein Landwirt etwa drei Menschen, so sind es heute 140 bis 150.
Erst diese signifikante Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion läßt Proteste gegen eben diese Landwirtschaft zu. Waren in früheren Zeiten die Menschen vollauf damit beschäftigt, Äcker zu bestellen, Unkräuter zu zupfen, zu säen, schließlich die Ernte einzubringen, zu

dreschen, so müssen heute immer weniger Menschen für das tägliche Brot arbeiten. Lena, Lisa, Greta und Co sollten den Landwirten für ihre Arbeit auf den Äckern danken, anstatt sie zu beschimpfen.
Holger Douglas ist Wissenschafts- und Technikjournalist, arbeitete für das ZDF und Al Jazeera. 2018 erschien sein Buch "Die Diesel-Lüge".<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/4-8): >>**Hybride Kriegsführung: Wenn in Zeiten des Friedens Kriege toben**
Von *Gerhard Wisnewski*
Tue Schlechtes und rede darüber. Und wenn du darüber redest, dann schiebe es anderen in die Schuhe: Das ist eine ganz neue Variante des alten Sprichwortes "Tue Gutes und rede darüber". Gemeint ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der hybride Krieg gegen Deutschland, Europa und andere Teile der Welt. Sie wissen schon: "Hybrid" wie "hybrides Auto" - ein Fahrzeug mit gemischtem Antrieb, zum Beispiel elektrisch und konventionell. "Hybrid" heißt also so viel wie gemischt. Im Falle des Krieges bedeutet das einen Krieg an allen Fronten und mit allen Mitteln, quasi einen totalen Krieg. Klassische militärische Mittel spielen dabei nur noch eine Nebenrolle, wenn überhaupt.
Die "hybride Kriegsführung seitens Rußlands" sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz.
"... und diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil Sie plötzlich Bewegungen haben, von denen Sie gedacht haben, daß sie nie auftreten. ... In Deutschland protestieren jetzt Kinder für den Klimaschutz. ... Aber daß plötzlich alle deutschen Kinder, nach Jahren, ohne jeden äußeren Einfluß, plötzlich auf die Idee kommen, daß man diesen Protest machen muß, das kann man sich auch nicht vorstellen."
Ein Instrument der hybriden Kriegsführung
Mit anderen Worten beschrieb Merkel die sogenannte Klimabewegung als Instrument der hybriden Kriegführung: Der Begriff war damit in der Welt. Denn es handelt sich um einen Terminus, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist und die Vorstellungskraft des Normalbürgers übersteigt. Bei Kriegen denkt der Durchschnittsmensch (und auch der Durchschnittspolitiker) nun mal an Bomben und Panzer, und ihre Abwesenheit verwechselt er mit Frieden. Woran er nicht denkt, ist ein ganzes Bündel von propagandistischen, psychologischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die ein Land sogar noch nachhaltiger zerstören können als jeder Bombenteppich:
"Die traditionellen Begriffe von regulär und irregulär oder von konventionell und unkonventionell haben ihre bisherige Trennschärfe verloren", schreibt der Oberst im Generalstab, Uwe Hartmann, in seinem Buch
"Hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden" (Berlin 2015): "Der Begriff der hybriden Kriegsführung dagegen hilft, das Kriegsgeschehen ganzheitlicher zu verstehen.
Er beugt verengten Vorstellungen über künftige Kriege und zu einfachen Kriegsbildern vor, weitet den Blick und macht den Weg frei für eine schöpferische Antwort auf neue Bedrohungen" (S. 15).
Der hybride Krieg sei eine "neue Bedrohung von Freiheit und Frieden" und zeichne sich "durch die kreative, den Gegner überraschende Kombination unterschiedlichster Mittel und Wege aus". Er ziele "nicht vorrangig auf die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern auf die Destabilisierung staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen sowie die Schwächung des nationalen Zusammenhalts in einem Land".
Also exakt das, was wir derzeit in Deutschland und anderen Ländern Europas erleben. Die hybride Kriegsführung verfolge "die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und

Eliten" (S. 19). Da der momentan laufende Dritte Weltkrieg hybrid geführt wird, ist er für das Publikum, aber selbst für Politiker und Militärs, eigentlich kaum durchschaubar.
Von "hybrider Kriegsführung" zu sprechen, war von Merkel deshalb schon ein Sakrileg an sich, lüftete es doch ein wenig den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen Eliten - insbesondere den strategischen Eliten.

Universeller Krieg gegen Deutschland und Europa

"Für die sonst so bedachte Kanzlerin Angela Merkel war das ein bemerkenswerter Fehler", rügte denn auch Spiegel Online (24.02.2019) die Merkel'schen Worte. Allerdings:
Was, wenn sich der Gedanke der "hybriden Kriegsführung" verselbstständigen und von der Verknüpfung mit Rußland ablösen würde? Kaum auszudenken! Denn in Wirklichkeit ist der hybride Krieg real; er ist nicht nur ein versteckter Krieg, sondern auch ein universaler Krieg, der in allen Bereichen eines Staates und einer Gesellschaft tobt - um nicht zu sagen: ein "totaler Krieg". Und geführt wird er nicht zuletzt von niemand Geringerem als der deutschen Bundeskanzlerin selbst. Unter ihrer Regierung gab und gibt es Angriffe auf die Geburtenraten, die Wirtschaft, die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche, die Energieversorgung, die Landwirtschaft, die Bildung, die Kultur, die Bundeswehr, das Recht, die freie Meinungsäußerung und nicht zuletzt auf die deutschen Grenzen und damit die Integrität des Staatswesens.
Um einen Feind zu vernichten, zielt der hybride Krieg nun mal auf alles: Fortpflanzung, Finanzen, Währung, Volkswirtschaft, Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Verteidigung, Grenzen, Gesundheit - und auf der psychologischen Ebene auf Identität, Nationalbewußtsein und vieles andere mehr.
Denn wie man nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, können ja selbst massivste Bombenteppiche ein Land und ein Volk nicht unbedingt auf Dauer zerstören. Zynisch betrachtet kann eine Nation unter günstigen Bedingungen dabei sogar erneuert und neu belebt werden wie ein Wald nach einem Waldbrand.
Nicht zufällig schossen nach dem Krieg in vielen Industrieländern auch die Geburtenraten in die Höhe ("Baby Boom"), bis der "Pillenknick" und viele weitere Geburtenkontrollprogramme dem ein Ende bereiteten (Abtreibung etc.).
Aber nicht nur das: Deutschland erlebte einen nie dagewesenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Boom. Siemens-Kernkraftwerke versorgten das Land mit bezahlbarer Energie, mit einer Wiederaufbereitungsanlage versuchte Deutschland einen geschlossenen Brennstoffkreislauf mit weniger Atommüll zu schaffen, die Magnetschwebebahn Transrapid versprach das Verkehrssystem zu revolutionieren, am Finanzplatz Frankfurt stieg die Deutsche Bank zum Global Player auf, und das dreigliedrige Schulsystem, Berufsausbildung und Universitäten versorgten den boomenden Industrie- und Wissenschaftsstandort jederzeit mit einem exzellent (aus-)gebildeten Nachwuchs. Innerhalb kürzester Zeit wurde Deutschland zu einer der führenden Industrienationen des Planeten und zu einem der wichtigsten Motoren der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

Konjunkturprogramm Wiederaufbau

Der Wiederaufbau nach einem konventionellen Krieg kann eben wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm wirken - und zwar dann, wenn grundlegende Strukturen intakt bleiben, im Falle einer Nation Mentalität, Identität, Bildung, Intelligenz, Kultur und die Gesellschaftsstruktur.
Sowohl gesunde Individuen als auch Nationen verfügen über ein Ich, eine Identität und Interessen. Nur wer ein Ich, also ein "Selbst-Bewußtsein", besitzt, kann auch eine Identität ausbilden und Interessen formulieren.
Eines der ersten Dinge, deren sich ein Kind bewußt wird, ist zum Beispiel, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Schon dieses erste und ursprünglichste Selbstbewußtsein wird jedoch angegriffen und ins Wanken gebracht, indem man Kinder in Kitas beispielsweise zu "geschlechtsfremden" Aktionen animiert, wie etwa Jungs, sich die Fingernägel zu lackieren. Die

Geschlechtsidentität ist jedoch der Kern der Identität, noch vor der nationalen Identität. Wenn man die Geschlechter und damit ihre Identität abschafft, schafft man jede andere Identität auch ab - einschließlich der familiären und der nationalen Identität.
Sobald man ein Individuum so sehr verwirrt, daß es nicht einmal mehr weiß, ob es Männlein oder Weiblein ist, kann es erst recht nicht mehr wissen, ob es Deutscher, EU-Bürger oder Weltbürger ist, und so ist es jedem äußeren Angriff hilflos ausgeliefert. Jüngstes Beispiel für diesen Versuch ist Heidi Klums Transen-Show "Queen of Drags", die im November 2019 auf Pro7 Premiere hatte - ein massiver Angriff auf die Geschlechtsidentität, die das Geschlecht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.
Deutschland ist nicht nur wegen der Sabotage an der Bundeswehr wehrlos, sondern vor allem wegen seiner zerstörten inneren Verfassung. Durch den jahrzehntelangen Schuldkult wurde das Selbstbewußtsein dieser Nation in Selbsthaß verwandelt, und jeder einzelne wurde so zum geistigen Komplizen des hybriden Krieges gegen Deutschland. Nur wenn sich Deutschland auf sich und seine Identität zurückbesinnen könnte, könnte es all diese Schäden vielleicht wieder beheben.

Sabotage an Staat und Gesellschaft

Ein wirklich wirksamer Krieg kann daher auf Bombenteppiche verzichten, um statt dessen zentrale soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen anzugreifen - zum Beispiel mit Verblödung. Alles andere erledigt sich dann von selbst, weil die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozesse dysfunktional werden (siehe "Klimaforschung"):
Wenn der Geist kollabiert, kollabiert früher oder später auch alles andere. Wenn ein Mensch schwer geisteskrank wird, kann er auch nicht mehr für sich selbst sorgen. Daß ausgerechnet Angela Merkel den Begriff "hybride Kriegsführung" gegen Deutschland "leakte", ist, genau wie Spiegel Online das charakterisierte, aus der Perspektive der globalen Eliten eine einmalige Fehlleistung. Denn in Wirklichkeit führt Merkel diesen Krieg selbst an vorderster Front - als Werkzeug der strategischen Eliten.
Die "Energiewende", die "Verkehrswende", die Elektromobilität (die in Wirklichkeit eine Immobilität ist), der CO2-Wahn und die Masseneinwanderung sind nur einige wenige Beispiele für Angela Merkels maoistische Sabotage an Staat und Gesellschaft. Daß diese katastrophalen Fehlleistungen auf Unvermögen oder Irrtümern beruhen, kann wohl ausgeschlossen werden.

Der perfideste Krieg von allen

Der hybride Krieg ist die effektivste und perfideste Form des Krieges überhaupt: "Ziel der Angreifer ist es, nicht nur Schaden anzurichten, sondern insbesondere Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen", heißt es sogar auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums.
"Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten hierfür viele Angriffsflächen und sind somit leicht verwundbar" Und zwar, weil "offen" in diesem Fall nicht weltoffen bedeutet, sondern aufgerissen und schutzlos. Genau deshalb betreiben Geostrategen wie der berüchtigte Milliardär George Soros auch Stiftungen wie die "Open Society-Foundation", die nichts anderes zum Ziel hat, als den Schutz und die Grenzen von Staaten und Gesellschaften zu penetrieren und abzubauen und Revolutionen und Umstürze zu organisieren. Soros ist daher auch als einer der obersten Kriegsherren der Hybriden Kriegsführung anzusehen.

Hybrider Völkermord

Stellen Sie sich vor, auf einer großen Ebene stehen sich zwei Armeen mit Panzern, Geschützen und Gewehren gegenüber, wobei eine Seite plötzlich zu schießen beginnt - schon haben wir offensichtlich einen Angriffskrieg.
Aber was ist, wenn in einem Land plötzlich beide Elternteile arbeiten müssen, Kinder als Bal-

last betrachtet werden und daraufhin die Geburtenraten fallen? Wenn zusätzlich unfruchtbare Lebenskonzepte "in Mode kommen" wie Homosexualität, Transgender und Geschlechtsumwandlung? Wenn zur Behebung des dann auftretenden "Fachkräftemangels" nicht etwa Nachwuchs propagiert wird, sondern Zuwanderung? Ist das eine spontane gesellschaftliche Entwicklung oder ein Schlachtfeld des hybriden Krieges? Das Ergebnis ist schließlich dasselbe wie bei einem konventionellen Krieg: Die Bevölkerung des Feindes wird dezimiert. Und wenn dies eine gezielte Strategie ist, dann sprechen wir hier von Völkermord.

Denn als Völkermord im Sinne der UN-Völkermordkonvention gelten alle Handlungen, "die sich gegen nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen mit der Absicht richten, diese ganz oder teilweise zu vernichten". Dazu zählen auch die "vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind. Da dieser Völkermord als hybrider Krieg geführt wird, hofft man, daß er nicht als solcher erkannt wird und damit weder auf Gegenwehr stößt, noch in den Geschichtsbüchern stehen wird. Das Ganze soll einfach als "natürliche Entwicklung" erscheinen ("Demographischer Wandel").

Sabotage der Verteidigung

Oder nehmen wir nach den Geburtenraten die Streitkräfte eines Landes: Was ist, wenn auch hier der "Nachwuchs" fehlt, die Wehrpflicht abgeschafft wird und das Militär kein Personal mehr bekommt, für Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge keine Ersatzteile mehr da sind, durch die Rekrutierung von Frauen die körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe fällt, erst recht, wenn sogar Schwangere Dienst tun sollen, die Verteidigungsministerin Abermilliarden wertvoller finanzieller Ressourcen verpulvert, unter anderem für dubiose Beraterdienste, gleichzeitig die nationale Identität zerstört wird, die Soldaten (und die Soldatinnen, natürlich) also gar nicht mehr wissen, WOFÜR sie eigentlich kämpfen sollen?

Wird diese Armee dann nicht irgendwann genausowenig einsatzbereit sein wie eine Armee, die soeben vom Feind zerschossen wurde? Und ob. Zwar dauert das Ganze viel länger, da all diese Maßnahmen aber scheinbar vernünftig begründet, über Jahrzehnte kultiviert und tradiert werden, sind sie auch viel nachhaltiger, und es gibt viel weniger Gegenwehr als bei einem offensichtlichen konventionellen Angriff. Man tut sich ja schon schwer, diesen Krieg überhaupt zu erkennen.

Denn merke: Der beste Krieg ist derjenige, der gar nicht bemerkt wird, so daß man sich nicht wehren kann.

Und der schlimmste Feind ist derjenige, der ebenfalls nicht als solcher erkannt, sondern vielleicht sogar noch als Freund betrachtet wird. Nehmen wir beispielsweise die Europäische Union: Regelmäßig treffen sich Europäischer Rat und Ministerrat zu freundschaftlichen Konferenzen, ein Küßchen hier und eine Umarmung da. Hinter dieser Fassade tobt freilich ein Kampf jedes gegen jeden und aller gegen die Bevölkerungen.

Ein multidimensionales Schach

Sich gegen einen geschickt geführten hybriden Feldzug zur Wehr zu setzen, ist denn auch sehr schwierig: Hybride Kriegführung sei der Versuch, "politische Ziele zu erreichen, indem eine Vielzahl von unterschiedlichen, aber synchronisierten legalen wie auch illegalen Mitteln und Wegen oftmals verdeckt und überraschend eingesetzt werden", so Hartmann (S. 23). Streitkräfte kämen, wenn überhaupt, erst zum Einsatz, "wenn die Situation reif" sei (S. 24). Das Ganze gleicht einem multidimensionalen Schachspiel, das jedoch nie offiziell eröffnet wird. So kann es geschehen, daß ein Land bereits seit Jahren in einem solchen Schachspiel steckt, ohne es überhaupt zu wissen und auch nur einen einzigen Gegenzug gemacht zu haben. Denn:

- Wie soll man einen hybriden Angriff überhaupt von einer spontanen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen oder psychologischen Entwicklung unterscheiden?

- Wie soll man den Angreifer identifizieren?
- Wo hat er welche negativen Entwicklungen ausgelöst, und auf welche Weise?
- Geschah dies wirklich in feindlicher Absicht oder zum Beispiel nur in Verfolgung legitimer wirtschaftlicher Partikularinteressen?
- Hat der mutmaßliche Angreifer nur eine Entwicklung ausgelöst oder ein ganzes Bündel (= hybrider Krieg)?
- Geht dieses Bündel negativer Entwicklungen auf ein ganz bestimmtes Machtzentrum, zum Beispiel ein anderes Land, zurück?
- Wie soll man einen Angreifer, der selbstverständlich alles abstreiten wird, beschuldigen, ohne selbst einen - womöglich konventionellen - Kriegsgrund zu liefern?
- Wie soll man einen Angreifer bekämpfen, der sich selbst als absolut friedliebend und die Beschuldigungen als böswillig und paranoid darstellen wird?
- Wie soll man einen noch wirksameren hybriden Krieg entwickeln, aus dem die Gegenseite keinen Grund für einen (auch konventionellen) Gegenschlag entwickeln kann?

Eine ungeheure intellektuelle Herausforderung

"Die Analyse der hybriden Kriegsführung eines potentiellen Gegners ist daher alles andere als trivial", schreibt Oberst Hartmann in seinem Buch. "Sie setzt eine Auseinandersetzung mit den eigenen Defiziten und Brüchen in der Gesellschaft voraus. Denn diese wird ein potentieller Gegner in sein Kalkül einbeziehen; dort wird er seine Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit ansetzen" (S. 21). Hybride Kriege seien "eine ungeheure intellektuelle Herausforderung. Ihre Komplexität muß ganzheitlich verstanden werden".

Jede Seite werde versuchen, "die Komplexität so weit zu erhöhen, daß sie für den jeweiligen Gegner unbeherrschbar wird, während die eigene Seite noch denk - und handlungsfähig bleibt" (S. 50). Die allermeisten Bürger, Politiker und Militärs dürften damit wohl heillos überfordert sein. "Politiker stehen ebenso wie sicherheitspolitische Experten und militärische Berater vor dem Problem, die Komplexität der Geschehnisse zu begreifen".

Ist das noch Frieden oder schon Krieg?

Gegenwehr gegen einen geschickt geführten hybriden Angriff ist daher äußerst schwierig. Ja, nicht einmal in den Geschichtsbüchern wird er stehen, weil ihn nämlich niemand erkannt und benannt hat: "Das Besondere an der hybriden Kriegsführung ist die Verschleierungstaktik", schreibt das (wehr- und vaterlandslose) Bundesverteidigungsministerium: "Die Täter operieren entweder anonym oder bestreiten Beteiligungen an Vorfällen und Konflikten. Sie gehen dabei äußerst kreativ und koordiniert vor, ohne die Schwelle zu einem offiziellen Krieg zu überschreiten. Eben dies macht die Abwehr solcher Attacken so schwierig: Wenn es keinen eindeutigen Angriff oder Angreifer gibt, fällt die Gegenwehr schwer. Unberechenbarkeit wird zur Waffe.

Sind wir noch im Frieden, oder befinden wir uns schon im Krieg?" Tja, das ist eine gute Frage. Diese Ausgabe der ExpressZeitung wird Ihnen eine eindeutige Antwort darauf geben und belegen, daß der Dritte Weltkrieg längst begonnen hat - ein Krieg gegen die westliche Zivilisation und ihre führenden Nationen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. März 2020: >>**Durch Corona-Shutdown droht Massenarbeitslosigkeit: Operation gelungen, Deutschland tot?**

Nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Medizin werden immer mehr Zweifel an Nutzen und Verhältnismäßigkeit des Corona-Shutdowns laut. Experten befürchten bei einem längeren wirtschaftlichen Stillstand eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen. Für den Flensburger Lungenfacharzt und Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg ist das Coronavirus ohnehin nur eines von vielen Viren, das Erkrankungen der Atemwege auslösen kann. Auch der Internist Claus Köhnlein aus Kiel kritisiert die Panikmache rund um Covid-19 und bemängelt zudem die Unzuverlässigkeit der Tests.

Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wie in den 1930er Jahren?

Schützenhilfe erhalten beide Ärzte vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Dessen Chef Clemens Fuest warnt davor, das Herunterpegeln der Volkswirtschaft auch nur einen Tag zu verlängern. In der jüngsten ifo-Expertise, die auch dem Bundeswirtschaftsminister vorliegt, heißt es:

"Schon bei einer Shutdown-Dauer von zwei Monaten reduziert sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 7,2 und 11 Prozentpunkten, bei drei Monaten zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der astronomischen Höhe der Kosten folgt, was dringend zu empfehlen ist, jeden denkbaren Betrag zu leisten, der die Dauer des Shutdown verkürzt."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. April 2020: >>**Trotz Corona:**

Weniger Tote in NRW als im Vorjahr

Schlechte Nachrichten für alle Corona-Hysteriker: Die Gesamtsterblichkeitsrate in Deutschland scheint sich seit Ausbruch der Pandemie nicht erhöht zu haben. Nach vorläufigen Daten aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen starben im März 2020 an Rhein und Ruhr insgesamt sogar weniger (!) Menschen als im März des Vorjahres. "Hinweise auf eine durch die Covid-19-Pandemie erhöhte Sterblichkeit sind aus diesen Daten für März 2020 nicht abzulesen", heißt es in einer Mitteilung der statistischen Landesbehörde in Düsseldorf. Für den März 2020 registrierte NRW demnach rund 18.800 Todesfälle. Das waren 300 weniger als im März 2019 (19.100 Tote).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Die Welt danach**

Die Abstandsgesellschaft führt nicht nur zu einer Vereisung der zwischenmenschlichen Kontakte - der Staat greift auch massiv in unsere Freiheitsrechte ein. Eine Übersicht.

_ von Pföhringer/Klemm/Grassmann

App: digitale Fußfessel

Freizügigkeit und Reisefreiheit - das war einmal. In Vorbereitung ist eine App, die Bewegungsprofile von jedem Nutzer erstellt. Sie spürt uns beim Betreten von Stränden, Kirchen oder anderen verbotenen Orten auf und zwingt uns in die Quarantäne, wenn wir den gesetzlich verordneten Mindestabstand nicht einhalten. Schon jetzt wertet das Robert-Koch-Institut (RKI) massenhaft die Handys der Bürger aus. Bedenklich ist dabei, wie freigebig die Mobilfunkriesen mit den Daten ihrer Kunden umgehen.

Über den Apple-Kartendienst und anhand der Bewegungsaufzeichnung der Telekom können

die führenden Virologen problemlos überwachen, in welchem Maß sich die Bevölkerung an die staatlich auferlegten Corona-Maßnahmen hält. Eine sogenannte Tracing-App könnte jetzt noch tiefere Einblicke in das Privatleben der Bürger ermöglichen.
Die Initiative PEPP-PT hat eine solche App programmiert und im April den Regierungen aller EU-Staaten anempfohlen. PEPP-PT ist die Abkürzung für Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing. Hinter dem sperrigen Namen steckt ein Team von über 130 Wissenschaftlern und Technologen, die sowohl für staatliche Behörden als auch für internationale Institutionen und Großkonzerne arbeiten.
Im Gegensatz zum oft synonym verwendeten Tracking wird beim Tracing der Standort des Überwachten nicht in Echtzeit übermittelt. Für Freiheitsliebende ist das jedoch nur ein schwacher Trost. Denn aufgezeichnet wird die vom App-Nutzer zurückgelegte Route trotzdem. Auf diese Weise will der Staat herausfinden, mit welchen Personen Infizierte Kontakt gehabt haben und wer sich deshalb umgehend in Quarantäne begeben oder sich einem Test unterziehen muß. "Es muß unser Ziel sein, jede Infektionskette verfolgen zu können. Dafür arbeiten wir ja auch an einer App", erklärte Kanzlerin Merkel bei einer Pressekonferenz am 15. April.

Was, wenn wir die heruntergeladene App nicht mehr los werden?

Bis dato heißt es, das Herunterladen solle freiwillig sein - nur Österreichs Kanzler Sebastian Kurz hat bereits eine App-Pflicht ins Spiel gebracht. Experten gehen davon aus, daß zwei Drittel der Telefonkunden mitziehen müßten, damit das Tracing Erfolg hat - also genauso viele wie bei WhatsApp. Aber was passiert, wenn ein Teil der Bevölkerung sich weigert? Mit welchen Strafen werden die Download-Verweigerer dann belegt? Völlig unklar ist auch, wie lange die Überwachungstechnik auf den Smartphones der Bürger verbleiben soll. Schließlich kann es immer wieder zu Grippewellen kommen, auch zur neuerlichen Ausbreitung von Coronaviren. Was, wenn wir die einmal heruntergeladene App nicht mehr loswerden?

Zwangsimpfung: Körperverletzung

"Darf der Staat das? Darf er einem Säugling gegen den Willen der Eltern abgeschwächte Viren injizieren, die eine Hirnhautentzündung auslösen können? Das Risiko, daß die Masernimpfung eine derartige Schädigung nach sich zieht, ist zwar verschwindend gering. ... Doch so gering das Risiko auch sein mag, und sei es nur für leichtere Reaktionen wie Fieber und Ausschlag, es bleibt die Grundsatzfrage: Hat der Staat das Recht, die Gesundheit Einzelner aufs Spiel zu setzen, um die Gesundheit vieler zu schützen?"
So kommentierte *Die Zeit* im Oktober 2019 die Masernimpfpflicht für Schüler und Kita-Kinder, die schließlich beschlossen wurde. "Dieser bußgeldbewehrte Zwang kollidiert mit drei Verfassungsgarantien: dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, dem Erziehungsrecht der Eltern und der Menschenwürde", resümierte das Blatt.
Bei Corona drohte die Kanzlerin, Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen müßten so lange gelten, "bis es einen Impfstoff gibt". Doch die bloße Existenz eines Impfstoffes bringt diesen noch nicht in den Körper eines Menschen. Im Klartext müßte die Botschaft der Kanzlerin also so übersetzt werden: Solange nicht ein Großteil der Bevölkerung die erforderliche Injektion erhalten hat, werden die drastischen Maßnahmen bestehen bleiben.
Die Kontrolle, ob sich jeder fleißig seinen Cocktail spritzen ließ, könnten dann möglicherweise die von Bill Gates höchstpersönlich in Auftrag gegebenen Hautchips übernehmen. Schon 2019 wollte er damit Länder in der Dritten Welt überwachen lassen. "Ein unsichtbares Quantenpunkt-Tattoo könnte verwendet werden, um geimpfte Kinder zu identifizieren", hieß es damals in der Zeitschrift Science Alert.
Der Forscher Kevin McHugh lobte das Vorhaben: "In Bereichen, in denen Papierimpfkarten häufig verloren gehen oder gar nicht existieren und elektronische Datenbanken unbekannt sind, könnte diese Technologie die schnelle und anonyme Erkennung der Impfgeschichte von Patienten ermöglichen, um sicherzustellen, daß jedes Kind geimpft wird."

Hautchip: Ende der menschlichen Würde

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es im Artikel 1 des Grundgesetzes. Aber einige Menschen pfeifen drauf. *Der Westen* meldete schon im März 2015: "Es hört sich nach Science-Fiction an: Ein Mikrochip unter der Haut - und schon öffnet sich die Tür zum Büro. Nur ein Reiskorn groß ist das Teil, das sich schwedische Mitarbeiter unter die Haut pflanzen lassen können. ... Die Chips können bereits im Internet bestellt werden, mit steriler Spritze. Das schwedische Recht erlaubt es den Bürgern, das Einspritzen des Chips unter die Haut daheim im Badezimmer vorzunehmen."

Die Sparda-Bank verschenkt Hautchips als Prämie.

In Deutschland hat sich die Sparda-Bank um die Verbreitung der gruseligen Technologie verdient gemacht. Seit September gibt es ein Werbeangebot für Baufinanzierung - mit Mikrochip-Bonus. "Wer einen Kredit über mindestens 50.000 Euro aufnimmt, bekommt gratis einen eingesetzt", berichtete der Stern im März 2020. In Deutschland sollen bereits bis zu 3.500, im bevölkerungsarmen Schweden 3.000 Menschen das Teilchen implantiert haben - freiwillig. Die Vorteile für den Staat und die Pharmaindustrie in Zeiten der stimulierten Seuchenpanik liegen auf der Hand. Die Biotech-Firma Profusa plant einen Chip, der frühzeitig erkennen soll, ob jemand mit dem Coronavirus infiziert ist oder nicht. Die Forschung wird durch die Pentagonbehörde für militärische Forschung DARPA unterstützt.

Bargeldverbot: Angriff auf das Privatvermögen

"Bargeld ist schmutzig! Die Weisheit, die schon Kinder eingebleut bekommen, setzt sich in Corona-Zeiten auch bei den Erwachsenen in die Köpfe", unkte die Bild am Sonntag am 19. April. Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Oliver Wyman könnte der Anteil der Barzahlungen am gesamten Zahlungsverkehr im deutschen Einzelhandel bis 2025 auf 32 Prozent sinken. Schon jetzt werde etwa die Hälfte aller Transaktionen per Giro- und Kreditkarten sowie Apps getätigt. Corona forciere den Trend hin zu bargeldlosem Zahlungsverkehr noch einmal, vermutet die international tätige Beratungsagentur mit Hauptsitz in New York.

Den Internationalen Währungsfonds (IWF) unter seiner Präsidentin Christine Lagarde dürften solche Nachrichten freuen. Seit Ausbruch der Pandemie trommelt die Schwesterorganisation der Weltbank verstärkt für die Abschaffung von Geldscheinen und -münzen. Neuerdings wird dabei der Gesundheitsschutz als Argument ins Feld geführt. Doch geht es den Globalisten wirklich um das Wohl der Menschen?

Das erscheint mehr als fraglich. Forderungen nach einer Abschaffung oder gar einem Verbot des Bargelds gibt es schon seit Langem. "Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln", erklärte der frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff schon im November 2014 auf einer Veranstaltung des Ifo-Instituts in München.

Auffällig ist, daß der Währungsfonds erst im Januar dieses Jahres - also zu einer Zeit, als Corona ein im Wesentlichen auf die chinesische Stadt Wuhan beschränktes Problem war - die Empfehlung an die Notenbanken ausgegeben hatte, im Falle einer Rezession die Zinsen tief in den negativen Bereich zu drücken. Ohne Bargeldverbot hat die Maßnahme aber keinen Sinn: Wer auf dem Konto anspart, würde zwar bei Negativzinsen Verluste erleiden - doch könnte er das leicht umgehen, indem er Bares abhebt.

Statt eines direkten Verbots wird vom IWF auch ins Spiel gebracht, alle Barzahlungen mit einem Aufschlag zu belegen. Allerdings sollten solche Maßnahmen schrittweise erfolgen, um eine öffentliche Diskussion zu vermeiden, rät der Währungsfonds in seinem Papier vom Januar 2020 ausdrücklich.

Einschränkungen des Bargeldverkehrs wären "nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie", meint der Staatsrechtler und frühere

Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier. Das in Wien ansässige Hayek Institut schreibt: "Diese Idee ist im Grunde nichts anderes als ein weiterer Angriff auf das Vermögen der Bürger", die ohnehin schon seit Jahren "unter stiller Enteignung durch die Entwertung ihres Sparguthabens durch niedrige Zinssätze und Inflation" litten. Bereits 2016 notierte der damalige FAZ-Mitherausgeber Holger Steltzner: "Beim Feldzug gegen das Bargeld geht es um mehr als das Bezahlen. ... Es geht um das Ende von Privatheit und selbstbestimmter Entscheidung, um Lenkung von Verhalten und um den Zugriff auf das Vermögen."

"Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich ... vergessen."

Christian Drosten

Einen medizinischen Grund für die Abschaffung des Bargeldverkehrs gibt es übrigens nicht. "Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich mal weitgehend vergessen", erklärte dazu Christian Drosten, Chefvirologe der Berliner Charité, in seinem NDR-Podcast.

_ Daniell Pföhringer ist COMPACT-Redakteur, Paul Klemm und Roy Grassmann sind regelmäßige Mitarbeiter unserer Zeitschrift.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Schutzmasken und Souveränität**

Zurück im Spiel: In der Corona-Krise erleben wir die Nationalstaaten wieder als handlungsfähige Subjekte - wenngleich stark geschwächt durch die Globalisierung. Endlich besinnen sich einige Entscheider wieder auf "Made in Germany" - auch als sicherheitspolitische Vorsorgestrategie.

_ *von Joachim Paul*

Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise - und nun Corona-Krise. Krisen decken Bruchlinien auf, unterteilen in Mächtige und Ohnmächtige. In Italien wird politisch ausgeflaggt: Das Sternenbanner der EU an den Rathäusern verschwindet. Mit eigenen Händen rollen es die "borgomastri" (Bürgermeister) ein und hissen mancherorts die russische Trikolore.

Während EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen filmisch das richtige Händewaschen erklärte, landete das größte Transportflugzeug der Welt, die legendäre Antonow, in Italien. From Russia with Love: Neben einem Stab von Militärärzten wurden medienwirksam Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte ausgeladen. Mag sein, daß nicht jede einzelne Einheit tauglich und das Krisenmanagement daheim in Putins Reich eher holprig ist, der Fuchs im Kreml weiß jedoch um die Wirkung solcher Bilder.

Offenkundig ist es nicht nur Ungarn möglich, über Nacht Staatsgrenzen zu schließen, und Griechenland wehrt mit vereinten nationalen Kräften die Migrationswaffe des Erdogan-Regimes ab. Der Breitbart-Journalist Chris Tomlinson betitelte am 10. März ein Handy-Video, das eine Formation griechischer Polizisten beim Zurückdrängen eines aggressiven Mobs junger Orientaler am Grenzzaun zeigt, lakonisch unter Verweis auf die Antike: "Kampf an Thermopylen, 480 vor Christi - nachträglich koloriert."

Wildwestmethoden in Fernost

Doch wie buchstabiert man Souveränität im Zeitalter globaler Krisen? Vielleicht mit dem Atemschutz in der Hand - ein Stück Stoff mit Gummiband, Materialwert: wenige Cent. Auf dem Scheitelpunkt der Pandemie beklagten französische Politiker, daß Transportflugzeuge mit ganzen Paletten an Masken von US-Einkäufern, die mit Bündeln von Cash wedelten, noch auf Rollfeldern in Fernost in die USA umgeleitet worden sind. Tatort Bangkok: Hier wurden 200.000 Einheiten Atemschutz vor dem Beladen vermutlich noch schnell an besser bietende Glücksritter verhökert.

Das Nachsehen hatte auch die Berliner Polizei. Innensenator Andreas Geisel (SPD) sprach von "Wildwest-Methoden" und "Piraterie". Wenig später dementierte US-Hersteller M3, daß es überhaupt eine Bestellung aus Berlin gegeben habe. Hintergrund: M3 produziert exklusiv in China ... Das Weiße Haus verdonnerte wenige Tage später den US-Konzern General Mo-

tors, die Produktion auf Atemschutz umzustellen. Das Gezerre um Masken, Medikamente, Beatmungs- und Desinfektionsgeräte - Güter von überschaubarem Wert - weist auf die Achillesfersen westlicher Industrienationen hin.

Als Gegengewicht zu Huawei muß Nokia im Markt gehalten werden.

Sie sind von ganzen Produktions- und Lieferketten in Fernost abhängig geworden - und haben sich dabei nur wenig um das machtpolitische Erpressungspotential geschert. Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) dirigierte angesichts des Bedarfs von zwölf Millionen Einheiten an Masken für vier Wochen eine Produktionsoffensive der heimischen Wirtschaft. Der Mangel in der Krise sei ein "Weckruf für Gesamteuropa".

Die verträumte Nation

Ein Blick auf unser Land, das 185 Professuren für Gender-Studies hat, aber nur an 22 Hochschulen Pharmazie lehrt. Die meisten Hersteller von Wirkstoffen, die medizinisch als "versorgungsrelevant" gelten, sind in China oder Indien ansässig. In Deutschland werden zum Beispiel kaum noch Antibiotika produziert. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sieht derzeit bei über 300 Medikamenten mögliche Lieferengpässe. Die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Dr. Sylvia Groß, fordert angesichts der Krise die Wiederherstellung der Souveränität über die Arzneimittelproduktion. Es räche sich bitter, daß Deutschland, einst "Apotheke der Welt", nach dem Motto "Hauptsache billig" in Asien produzieren lasse.

Eine realistischere Sicht auf die Globalisierung und damit ein Paradigmenwechsel kündigte sich aber bereits vor Corona an - und zwar im beschaulichen Kaiserslautern, Standort des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz. Auf einer Informationsveranstaltung im Februar kippten zwei ausgewiesene Experten im Zuge einer lebhaften Diskussion das Weltbild der anwesenden Moderatorin - Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Digitalisierungs- und Mobilfunkexperte Prof. Hans Schotten räumte mit einem lieb gewonnenen Narrativ auf:

"Früher dachten wir, die Globalisierung bringe uns eine amorphe Welt, geprägt von gegenseitigem Ausgleich und Zusammenarbeit. Nun müssen wir feststellen, daß Forschung und Technik Teil der geopolitischen Auseinandersetzung sind, Deutschland und Europa müssen investieren, um ihre digitale Souveränität zu verteidigen." Seine Kollegin Prof. Dr. Katharina Zweig (TU Kaiserslautern) sprang ihm bei: Auch die heimische Produktion von Hardware bedeute Souveränität.

An 185 Hochschulen gibt es Gender Studies - nur an 22 wird Pharmazie gelehrt.

Es gebe keine durchgängige Chip-Produktion mehr in Europa, sie müsse zurückgeholt werden. Schotten wies auf die zu erwartende Monopolstellung der chinesischen Tech-Riesen Huawei und ZTE hin. Ihr Vollsortiment an Bauteilen für bestehende und kommende Mobilfunkstandards dürfe nicht alternativlos sein, man müsse deshalb die skandinavischen Mobilfunk-Unternehmen Nokia und Ericsson (summierter Marktanteil: 30 Prozent) unbedingt "im Markt halten". Offenkundig dämmert einigen, daß die naiv-bunten One-World-one-Market-Träume geradewegs zu einem Spielplatz freier Kräfte führen, auf dem die chinesische Staatswirtschaft das politische Streben nach Hegemonie mittels überlegener Technik durchsetzt.

Chip- und Prozessortechnik können kaum überschätzt werden. Strom- und Wasserversorgung, Bankautomaten, schon einfache Verwaltung setzen funktionierende und krisenfeste IT-Infrastrukturen voraus. Die Chip-Produktion - und damit auch die Forschung - findet aber seit Jahrzehnten schwerpunktmäßig in Korea, Japan und Taiwan statt.

Die Unternehmen aller europäischen Staaten bringen es lediglich auf verschwindend geringe sieben Prozent Marktanteil. Die technologische Abhängigkeit gebiert dramatische Sicherheitsrisiken: Die Nano-Teilchen aus Fernost könnten in undurchsichtigen Fertigungsprozessen so manipuliert werden, daß sie Daten fehlerhaft berechnen. Strukturen, die ausländische Kraft-

werke wie durch Geisterhand abschalten können, üben technologische und militärische Macht aus.
Peking diktiert beim Markteintritt eines europäischen Konzerns ins Reich der Mitte übrigens weitreichende Auflagen: die Beteiligung chinesischer Firmen und die Aushändigung der Schlüssel zu den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Damit gehen Beamte des chinesischen Staates ein und aus. Daß sie auch im Sinne ihrer Sicherheitspolitik in Deals reingrätschen können, beweist die verhinderte Übernahme des niederländischen Prozessorherstellers NXP durch den US-Halbleiterkonzern Qualcomm. Ihr Faustpfand: Zwei Drittel der Produktionsanlagen von NXP befinden sich in China.

Schlachtfeld Künstliche Intelligenz

Es liegt auf der Hand, daß das englische, 1887 als Diskriminierung eingeführte Etikett "Made in Germany" nun neu gedacht werden muß - sicherheitspolitisch. Stichwort historisches Gedächtnis: Die Chinesen treibt eine Erfahrung an - jahrhundertelang waren sie Spielball europäischer Mächte. Für sie gilt: nie wieder. Vor diesem Hintergrund ist der jüngste Aufbau der Halbleiterfertigung durch den Bosch-Konzern in Dresden so wichtig. Der in der Gründerzeit des Kaiserreichs entstandene Konzern investierte 2017 mehr als eine Milliarde Euro. Die Fertigung soll 2021 beginnen.
Auf dem Schlachtfeld der Künstlichen Intelligenz (KI) ist hingegen noch alles offen. Denn weder fernöstliche Staaten noch die USA haben einen uneinholbaren Vorsprung auf einem Markt, der 2022 bereits drei bis zehn Milliarden Euro schwer sein könnte. Deutschland hat sich eine aussichtsreiche Position erkämpft - durch solide Grundlagenforschung. Bei den wissenschaftlichen Publikationen lag Deutschland im letzten Jahr auf Rang sechs.
Unsere KI-Forscher wurden entsprechend oft zitiert und belegten sogar Rang drei - hinter den Kollegen aus den USA und Großbritannien. Doch die erdrückende Dominanz der Tech- und Online-Giganten wie Google, Facebook und Amazon zeigt die Gefahren eines technologischen Zurückfallens auf. Der US-Riese Amazon, der bequem Steuervorteile kombiniert, dürfte Gewinner der Corona-Krise sein, während Einzelhändler hier vor Ort reihenweise Insolvenz anmelden.
Der Staatstheoretiker Carl Schmitt (1888-1985) schrieb einst, souverän sei, wer den Ausnahmezustand bestimme. Mit der Formel "wegen Corona" wurden Versammlungsverbote, die Schließung von Geschäften und öffentlichen Institutionen und Ausgangssperren verhängt. Das war durchaus ein Souveränitätsnachweis, wenn auch mit zweifelhaftem Inhalt und lediglich nach innen. Souveränität sollte aber vor allem nach außen demonstriert werden - in der Durchsetzung eigener Interessen in der internationalen Politik.
_ Joachim Paul (*1970) ist Gymnasiallehrer, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Stadtrat in Koblenz und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Als Mandatsträger beschäftigt er sich unter anderem mit Wissenschaft, Bildungspolitik und Kultur. Für COMPACT schrieb er zuletzt anläßlich des 100. Todestages des Koblenzer Flieger-Asses Hans Kirschstein (Ausgabe 10/2018).<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 4. Mai 2020: >>**Shutdown-Irrsinn so teuer wie die Wiedervereinigung: Zahlen, bis Ihr schwarz werdet!**

Ein Corona-Schutzschirm nach dem anderen wird aufgespannt. Es dürfte für die Steuerzahler ein böses Erwachen geben: Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt, wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld?
Irgendwoher, wenn nicht aus der Notenpresse, muß das Helikopter-Geld ja mal kommen, das der Staat jetzt in der Corona-Krise abwirft, um die Wirtschaft nicht gänzlich vor die Hunde gehen zu lassen. Noch stets hat sich bestätigt: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!
So viel steht schon jetzt fest: Unter den Folgen des Shutdown-Irrsinns werden noch ganze Ge-

nerationen von Steuerzahlern zu ächzen haben.
Die jetzt Verantwortlichen sind dann längst aus dem Staub oder zu Staub geworden - allen voran die dann Nicht-mehr-Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die mit ihrer Politik des Abwürgens am liebsten noch ein paar Monate weitermachen würde, bis ihr sozialistischer Auftrag, die deutsche Wirtschaft zu "BRD-igen" erfüllt ist.

Wie lange kann sich Deutschland das alles noch leisten?

Die ernüchternde vorläufige Bilanz des Shutdown-Irrsinns: 2,64 Millionen Arbeitslose, 308.000 mehr binnen vier Wochen! Dazu rund 10 Millionen Deutsche in Kurzarbeit - Allzeitrekord! Mit den aktuellen Zahlen vom Arbeitsmarkt wurden selbst die pessimistischsten Prognosen der Volkswirte weit übertroffen. "Die Corona-Krise dürfte in Deutschland zur schwersten Rezession der Nachkriegszeit führen", sagt der Vorstandsvorsitzende der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele.
Weil die deutsche Industrie die Kontaktsperren in der Corona-Krise mit Milliarden-Verlusten bezahlt, fordert Industriepräsident Dieter Kempf einen politischen Plan für rasche weitere Lockerungen bis spätestens bis 6. Mai. "Jede Woche eines Shutdowns kostet die deutsche Volkswirtschaft einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag an Wertschöpfung", sagte Kempf der "Funke Mediengruppe". Ein derartiger Einschnitt erzeuge "massive Wohlstandsverluste und dauerhaften Schaden in Wirtschaft und Gesellschaft".

Scholz läßt schon fleißig rechnen

Rund 1,8 Billionen Euro, fast so viel, wie die Wiedervereinigung gekostet hat, macht der Staat aktuell an direkten und indirekten Corona-Hilfen (z. B. Kreditbürgschaften) locker. Am Ende dürfte eine noch weitaus höhere Summe stehen.
Heimlich still und leise läßt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) seine Fachbeamten bereits massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der staatlichen Milliardenprogramme durchrechnen. Im Gespräch sind nach Informationen des Deutschland-Kuriers u. a.:
- die Wiedereinführung des Soli in voller Höhe zuzüglich eines Corona-Sondersoli für sogenannte Besserverdiener;
- eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- eine "Reichensteuer" in Form einer Vermögensabgabe;
- Sonderzuschläge auf andere Konsumsteuern wie Benzin, Tabak und Alkohol (Branntweinsteuer).

Wie sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher (1925-2013) einmal so treffend: "There is no such thing as public money - there is only taxpayers' money!" So etwas wie öffentliches Geld gibt es nicht - es gibt nur das Geld des Steuerzahlers: Nie war dieser Satz so wahr wie heute zu Corona-Zeiten! (oys)<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 5. Mai 2020: >>**Immunitätsausweis: Datenschützer warnt vor Diskriminierung**

Nach der AfD hat auch der Hamburger Landesbeauftragte für den Datenschutz, Johannes Caspar, vor den Plänen der Bundesregierung gewarnt, einen Corona-Immunitätsausweis einzuführen. Ein solcher Ausweis weise den "gefährlichen Weg in eine Diskriminierungs- und Entsolidarisierungsfalle", sagte Caspar dem 'Handelsblatt' (Dienstagsausgabe). Gesundheitsdaten "könnten über den Zugang zu Leistungen entscheiden und in der Konsequenz die Gruppe der Personen, die eine Immunität nicht nachweisen, vom öffentlichen Leben ausschließen".
Ein Ausweis für alle "als Eintrittskarte in das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben würde am Ende gerade die Personen, die aus Altersgründen oder Vorerkrankungen zur Risikogruppe gehören, am stärksten diskriminieren", so Hamburgs oberster Datenschützer weiter. Denn diese könnten aus Caspars Sicht nicht den Weg einer schnellen Immunität gehen. Das grundrechtlich verankerte Diskriminierungsverbot müsse unbedingt beachtet werden.

Nach Kritik: Spahn macht Rückzieher

Angesichts zunehmender Kritik will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vorerst doch keine gesetzliche Einführung eines Corona-Immunitätsausweises. Auch sprach er sich gegen eine allgemeine Impfpflicht aus, falls ein Impfstoff gegen das Covid-19-Virus gefunden werden sollte. "Die Frage, ob im Falle von Corona zusätzlich ein Immunitätsausweis sinnvoll ist, sollten wir als Gesellschaft in Ruhe abwägen und debattieren", erklärte der Corona-Totalversager jetzt. In einem Gesetzentwurf, der am Donnerstag im Bundestag debattiert werden soll, hatte Spahn einen Immunitätsausweis noch ausdrücklich vorgesehen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Mai 2020: >>**Danke, Merkel: Deutsche Wirtschaft stürzt ab wie nie!**

Der Shutdown-Irrsinn reißt die deutsche Volkswirtschaft immer tiefer in den Abgrund: Deutsche Unternehmen haben ihre Produktion im März in schwindelerregender Rekordgeschwindigkeit gedrosselt.

Die Produktionsleistung von Industrie, Bau und Energieversorgern ging im März um dramatische 9,2 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. "Dies ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Zeitreihe im Januar 1991", teilte das Statische Bundesamt am Donnerstag mit. Der Einbruch der Volkswirtschaft übertrifft sogar die schlimmsten Befürchtungen der Ökonomen. Diese hatten mit einem Rückgang von "nur" 7,5 Prozent gerechnet.

Weil vom Shutdown-Irrsinn erst die zweite März-Hälfte betroffen war, ist nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums für April von einem nochmals deutlich stärkeren Produktionseinbruch auszugehen.

"Das Tal wird immer tiefer"

Die exportabhängige Industrie allein stellte im März 11,6 Prozent weniger her. Ihr brachen die Aufträge zuletzt in Rekordgeschwindigkeit weg: Sie fielen im März um 15,6 Prozent zum Vormonat. Die Industriebetriebe erwarten daher einen noch nie da gewesenen Einbruch ihrer Produktion.

Auch das Konjunkturbarometer des Münchner Ifo-Instituts für die kommenden drei Monate stürzte im April um noch nie da gewesene 30 Zähler auf minus 51,4 Punkte ab. Das ist zugleich der tiefste Punkt seit der Wiedervereinigung! "Das Tal der Produktion wird immer tiefer", resümiert Ifo-Experte Klaus Wohlrabe.

Danke, Frau Merkel!<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Mai 2020 über das Corona-Krisenmanagement der deutschen Regierung: >>**Kritische Corona-Analyse: Innenministerium distanziert sich von Mitarbeiter**

BERLIN. Das Bundesinnenministerium (BMI) hat die Ausarbeitung eines Mitarbeiters zum Corona-Krisenmanagement der Regierung als dessen Privatmeinung zurückgewiesen. Er habe für seine Zusammenstellung "weder einen Auftrag, noch eine Autorisierung" erhalten, teilte das Ministerium am Sonntag mit.

Daß er für seine Untersuchung den offiziellen Briefkopf des Bundesinnenministeriums verwendet und das Gutachten über dienstliche Kommunikationskanäle verbreitet habe, sei nicht akzeptabel. "Auf diese Weise wird der Anschein erweckt, die Privatmeinung gebe die offizielle Auffassung einer Behörde wieder. Durch innerdienstliche Maßnahmen wurde zwischenzeitlich sichergestellt, daß der Verfasser des Schreibens nicht weiter den unzutreffenden Eindruck erwecken kann, er handele insoweit für oder im Namen des BMI."

Der Oberregierungsrat hatte in einem gut 80seitigen Auswertungsbericht der Bundesregierung schwere Verfehlungen im Umgang mit der Corona-Pandemie vorgeworfen. Ergänzt wird der Bericht durch einen rund hundertseitigen Anlagenband. Beide Dokumente liegen der JUNGEN FREIHEIT vor. Zuerst berichtet hatte über die Ausarbeitung des Ministeriumsmitarbeiters das Online-Portal *Tichys Einblick*.

"Corona-Krise ist Fehlalarm"

In dem Anschreiben zu seinem Bericht erweckt der Verfasser den Eindruck, es handle sich um eine Ausarbeitung seines Referats, das für den Schutz kritischer Infrastrukturen im Innenministerium zuständig ist. Eine Analyse der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung habe ergeben, daß es zu "gravierenden Fehlleistungen des Krisenmanagements" gekommen sei und sich die Corona-Krise "wohl als Fehlalarm" erweise.

Die Formulierung "Fehlalarm" kommt in der Analyse gleich mehrfach vor.

An anderer Stelle heißt es: "Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als um einen Fehlalarm handelt."

Durch den neuen Virus habe vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung bestanden. Das zeige das "übliche Sterbegeschehen" in Deutschland. "Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren).

Die Gefährlichkeit von Covid-19 wurde überschätzt. (innerhalb eines Vierteljahres weltweit nicht mehr als 250.000 Todesfälle mit Covid-19, gegenüber 1,5 Mio. Toten während der Influenzawelle 2017/18). Die Gefahr ist offenkundig nicht größer als die vieler anderer Viren. Wir haben es aller Voraussicht nach mit einem über längere Zeit unerkannt gebliebenen globalen Fehlalarm zu tun."

"Alarmismus muß eingestellt werden"

Der durch die Corona-Maßnahmen verursachte Kollateralschaden sei inzwischen "gigantisch" und höher als der Nutzen. Ein großer Teil dieses Schadens werde sich zudem erst noch in der Zukunft zeigen. Dies könne nicht mehr verhindert sondern nur noch begrenzt werden.

Der Autor rät deshalb dringend dazu, den Lockdown zu beenden: "Die staatlich angeordneten Schutzmaßnahmen, sowie die vielfältigen gesellschaftlichen Aktivitäten und Initiativen, die als ursprüngliche Schutzmaßnahmen den Kollateralschaden bewirken, aber inzwischen jeden Sinn verloren haben, sind größtenteils immer noch in Kraft. Es wird dringend empfohlen, sie kurzfristig vollständig aufzuheben, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden."

Beendet werden müßten jedoch nicht nur die Maßnahmen, sondern auch die Stimmung, die von öffentlichen Stellen und den Medien bis heute verbreitet und als Alarmismus wahrgenommen werde. "Dieser Alarmismus muß unverzüglich eingestellt werden. Denn mit einer durch die Maßnahmen der letzten Wochen nicht nur etwas belasteten, sondern schwer traumatisierten Bevölkerung werden wir den zweiten, sehr viel länger andauernden Teil der Krise viel schwerer bewältigen, als den ersten."

"Staat als Fake-News-Produzent"

Der Bundesregierung stellt der Referent in der Corona-Krise ein denkbar schlechtes Zeugnis aus: "Die Defizite und Fehlleistungen im Krisenmanagement haben in der Konsequenz zu einer Vermittlung von nicht stichhaltigen Informationen geführt und damit eine Desinformation der Bevölkerung ausgelöst. (Ein Vorwurf könnte lauten: Der Staat hat sich in der Corona-Krise als einer der größten Fake-News-Produzenten erwiesen.)"

Daher werde die schwierigste Aufgabe auch sein, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. "Vertrauen in einen zuverlässig den Bürger schützenden Staat, der für diese wichtige Leistung legitime Eingriffe und Einschränkungen vornehmen darf. Dieser Staat hat in der Corona-Krise in geradezu grotesker Weise versagt. Er muß, wenn er Vertrauen wiedergewinnen will, nicht nur umkehren, sondern offen mit seinen Fehlleistungen umgehen, sie einräumen und aufarbeiten", fordert der Autor. Sonst würde dem Staat und dem politischen System möglicherweise

die eingetretenen systemischen Fehler nicht nachgesehen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 11. Mai 2020: >>**Experte befürchtet bis zu 5 Millionen Arbeitslose**
Der renommierte Insolvenzspezialist Biner Bähr aus Mönchengladbach erwartet infolge des Shutdown-Irrsinns eine riesige Pleitewelle. "Seit 2010 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland kontinuierlich gesunken, bis auf knapp 19.000 im vergangenen Jahr. Das wird sich jetzt rapide ändern", sagte Bähr der 'Rheinischen Post' (Düsseldorf). Er rechne für das kommende Jahr mit mehr als 30.000 Unternehmensinsolvenzen und einer Arbeitslosenzahl zwischen vier und fünf Millionen. Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht durch die Bundesregierung sei zwar in der gegenwärtigen Lage sinnvoll, aber die Gefahr einer Insolvenzwelle werde dadurch nicht gebannt, sondern nur in die Zukunft verschoben.
Bähr befürchtet: "Viele Unternehmen werden die Umsätze, die ihnen durch die Schließungen entgehen, nicht oder nicht ganz nachholen können." Gleichzeitig würden die Verbindlichkeiten bestehen bleiben, mahnte der erfahrene Insolvenzverwalter und Rechtsanwalt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 12. Mai 2020: >>**Ein Corona-Dossier aus dem BMI, das es nicht geben durfte:**
"Es war ein Fehlalarm!"
Was folgt als Nächstes? Seine Zwangseinweisung als "Corona-Leugner" in eine Geschlossene? Ein inzwischen beurlaubter Fachreferent im Bundesinnenministerium (BMI) von Horst Seehofer (CSU) soll mit allen Mitteln mundtot gemacht werden. Weil er die Notwendigkeit für den Shutdown-Irrsinn massiv in Zweifel gezogen hat.
Das "Corpus Delicti" ist eine fundierte Analyse. Sie ist gut 80 Seiten lang, geschrieben auf dem offiziellen Briefpapier des Bundesinnenministeriums. Der Mainstream schweigt das brisante Dossier weitgehend tot. Und wenn es doch Erwähnung findet, dann so, daß der Verfasser als skurriler Eigenbrötler, als "Corona-Leugner" gar erscheint. Mit anderen Worten: Eigentlich gehört der Mann in die Klapse.
Die Gründe liegen auf der Hand: Die Corona-Maßnahmen waren aus Sicht des sachkundigen und untadeligen Fachbeamten K., immerhin Referent im Referat "KM 4: Schutz Kritischer Infrastrukturen Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat", völlig unangemessen!
In den regierungstreuen Medien des Landes liest sich das Ganze allerdings so:
n-tv: "Ein Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums (BMI) hat auf eigene Faust eine Analyse zum Umgang der Bundesregierung mit dem neuartigen Coronavirus erstellt und versendet - an einen großen Verteiler mit Empfängern sowohl innerhalb als auch außerhalb der Seehofer-Behörde. Pikant: Die Thesen des Papiers, das am Wochenende auf dem rechtskonservativen Blog 'Tichys Einblick' veröffentlicht wurde, widersprechen der Haltung des Ministeriums diametral."
spiegel.de: "Das Bundesinnenministerium von Horst Seehofer (CSU) muß sich mit einem pikanten Vorgang im eigenen Haus beschäftigen. Ein Referent des Ministeriums hat, ohne dafür einen Auftrag bekommen zu haben, ein Papier zur Coronakrise verfaßt - das im völligen Widerspruch zur Haltung des Ministeriums steht. Das gut 80 Seiten umfassende Papier soll er nach 'Spiegel-Informationen' sowohl intern wie extern an einen großen Verteiler verschickt haben. Am Wochenende landete es dann auf der rechtskonservativen Seite 'Tichys Einblick' - wo der Referent als eine Art Whistleblower dargestellt wird."
focus-online: "Deutschlandweit gehen Menschen auf die Straße, um gegen die Maßnahmen im Zuge der Coronavirus-Pandemie zu demonstrieren. Viele von ihnen angetrieben von Menschen, die eine große Verschwörung hinter all dem vermuten. Nun kommt ausgerechnet aus dem Innenministerium ein brisantes Papier - verfaßt von einem offensichtlich Corona leugnenden Mitarbeiter."

Die Mainstream-Medien mögen es drehen und wenden, wie sie wollen - Fakt ist:
Der Ministerialbeamte hat seine Analyse unter den Augen zahlreicher Stellen des Bundesinnenministeriums erarbeitet. Sein Verteiler reicht im BMI bis zum Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und umfaßt gut 30 Personen, darunter allein 9 im Krisenstab des BMI. Das Deckblatt weist aus, daß die verschickte Fassung 2.0.1 vom 7. Mai auf einer Fassung vom 25. April 2020 beruht. Der Referent hat also über lange Zeit gearbeitet. Die Zahl der Personen und Stellen, die daran aktiv oder passiv beteiligt waren, ist dementsprechend groß. Die Bitte des Fachbeamten, den Alarmruf dem Minister vorzulegen, wurde ohne Prüfung des Inhalts abgelehnt. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf?
Die zentralen Aussagen der Analyse lauten:
- "Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von Covid-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als um einen Fehlalarm handelt."
- "Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung", heißt es weiter. "Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren)." Zu den ergriffenen Maßnahmen schrieb der Ministeriumsmitarbeiter demnach: "Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen."
Mehrere höherrangige Beamte und auch die unmittelbaren Vorgesetzten von K. hatten ganz offensichtlich weder Zeit noch Lust, den langen Bericht des hauseigenen Corona-Rebellen zu lesen - geschweige denn das Rückgrat, das gut 80 Seiten umfassende Dossier der politischen Leitung vorzulegen. Sie ließen das Papier im Bermudadreieck der Ministerialbürokratie verschwinden. Bis sich K., der nicht länger schweigen konnte und wollte, ein Herz faßte und den Weg in die kritische Öffentlichkeit der alternativen Medien ging.
Früher (lang ist’s her), da gab es einmal ein politisches Magazin aus Hamburg, das aus diesem hochbrisanten Stoff eine Titelstory gemacht hätte. Da war der 'Spiegel' noch ein Nachrichtenmagazin, das "Sturmgeschütz der Demokratie" (Gründer Rudolf Augstein) - und kein von Bill Gates gesponsertes, regierungstreues Gerüchtemagazin!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Mai 2020: >>**Mit Vollgas in die Schuldenunion: Merkel und Macron beschließen weiteres Milliarden-Programm**
Deutschland und Frankreich wollen über die Köpfe der anderen EU-Partner hinweg ein gemeinsames europäisches Corona-Programm im Umfang von 500 Milliarden Euro zur Stützung vor allem südeuropäischer Länder durchsetzen - zusätzlich zu den bereits angekündigten Milliarden-Programmen von EZB und EU. Das gaben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gestern auf einer gemeinsamen Videokonferenz bekannt.
Neu ist: Zur Finanzierung sollen die Mitgliedstaaten erstmals gemeinsame Schulden über die EU-Kommission aufnehmen und füreinander haften - der letzte Schritt auf dem Weg in die Schuldenunion! Die deutschen Steuerzahler müßten entsprechend dem deutschen Anteil am EU-Haushalt mit rund 135 Milliarden Euro bürgen.
Die 500 Milliarden Euro sollen unmittelbar und nicht rückzahlbar (!) an die wirtschaftlich am stärksten von der Corona-Krise betroffenen Länder fließen, also vor allem an Italien und Griechenland. Das Geld soll sich die EU-Kommission an den Finanzmärkten leihen und in den kommenden Jahren über den EU-Haushalt tilgen.
Die Sache hat allerdings einen Haken: Alle Mitgliedstaaten, also auch Österreich, Polen und Ungarn, müssen zustimmen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Mai 2020: >>**Corona schmilzt**

wie Butter in der Frühlingssonne

Corona ist weiter auf dem Rückzug: Insgesamt gibt es in Deutschland nach Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) aktuell noch rund 11.500 aktive Fälle (Stand 19.5., 0.00 Uhr). Die Gesamtzahl der im Verlaufe der Epidemie bestätigten Infektionen stieg zwar geringfügig auf 175.210, gleichzeitig stieg aber die Zahl der Genesenen doppelt so schnell auf aktuell 155.700 Personen. Die Zahl der angeblich in Zusammenhang mit dem Virus stehenden Todesfälle erhöhte sich moderat um 72 auf 8.007.

Guck an: Inzwischen wachsen auch in den Mainstream-Medien die Zweifel am Shutdown-Irrsinn. "War der Lockdown wirklich nötig? Wäre es nicht auch ohne gegangen?", fragt die 'Bild-Zeitung' und stellt folgende Betrachtung an: "Was passiert, wenn KEINE zweite Welle kommt? In diesem Fall müßte sich die Politik für all das rechtfertigen, was ihre Maßnahmen zur Folge hatten: Zehntausende Unternehmen vor der Pleite, die Massen in Kurzarbeit, ein monatelanger Ausnahmezustand. Die Existenzen von Millionen Bürgern wären umsonst geopfert, ihre Grundrechte umsonst eingeschränkt worden. Ein politischer Super-GAU ... Bislang trat keines der Angst-Szenarien ein.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Mai 2020 (x887/...):

>>**Guter Virologe, böser Virologe**

Bei der Auseinandersetzung um Lockdown und Corona werden die Urteile der Experten ganz unterschiedlich gewichtet. Viel hängt ganz davon ab, welchen politischen Lagern sie nützlich sind

Wolfgang Kaufmann

Der eine gilt als "Sonnyboy unter den Virologen", welcher jede Menge Zuversicht verströme, der andere als "oberster Mahner", in dessen Blick stets "etwas Düsteres" liege. Dennoch mutierte der Letztere zum erklärten Liebling der Medien. So titelte der "Focus" unlängst, er sei ein "Glücksfall" für uns alle. "Die Zeit" setzte über sein Konterfei die Frage: "Ist das unser neuer Kanzler?" Und Julia Werner von der "Süddeutschen Zeitung" schwärmte gar von den "sinnlichen Lippen" des dunkelhaarigen "Sex-Symbols".

Die Rede ist von Christian Drosten, Leiter des Instituts für Virologie an der Berliner Universitätsklinik Charité. Die Rolle des blonden Optimisten, vor dessen Namen sich indes immer öfter das Wort "umstritten" findet, spielt dahingegen der Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Bonn, Hendrik Streeck.

Die eindeutig positivere Darstellung Drostens resultiert offensichtlich daraus, daß der Bundesverdienstkreuz-Träger den politischen Entscheidern nach dem Munde redet, die von den Medien als die besten Corona-Krisenmanager hingestellt werden - allen voran Kanzlerin Angela Merkel und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder. Beispielsweise lobte Drosten die "Nachdenklichkeit" und Führungsstärke der "extrem gut informierten" Regierungschefin. Ebenso verteidigt er die ergriffenen Maßnahmen und spricht sich gegen starke Lockerungen sowie für die Einführung einer Telefon-App zur Kontaktverfolgung von Infizierten aus - ein Lieblingsprojekt von Merkels Gesundheitsminister Jens Spahn.

Drosten lag schon einmal falsch

Dabei ist Drosten nicht so kompetent, wie es der "Focus" suggerierte, als er titelte, mit dem "Corona-Professor" besitze "Deutschland den besten Mann für die Virus-Krise". Denn der hat nach eigenen Worten ein recht gespaltenes Verhältnis zu Zahlen und lag schon einmal gewaltig daneben, als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Juni 2009 eine Schweinegrippe-Pandemie verkündete.

Damals rief Drosten höchst dramatisch dazu auf, sich impfen zu lassen, und prophezeite eine folgenschwere Krankheitswelle, zu der es jedoch nie kam. Größter Gewinner der durch solche Alarmrufe ausgelösten Panik war der Pharma-Riese GlaxoSmithKline, welcher Milliardensummen für Impfstoffe kassierte, die am Ende nicht benötigt wurden. Interessanterweise hatte

Drosten fünf Jahre zuvor den GlaxoSmithKline-Förderpreis für Klinische Infektiologie erhalten.
Bemerkenswert sind auch Drostens ebenso häufige wie abrupte Kurswechsel in der Bewertung der Corona-Gefahr. So meinte er noch am 4. Februar, Normalbürger müßten sich keine großen Sorgen vor einer Ansteckung machen. Das brachte ihm zunächst den Spitznamen "Bundesberuhigungspille" ein. Fünf Wochen später hielt er dann plötzlich eine Infektion von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung und mehrere hunderttausend Tote für möglich, woraufhin Drosten nun "Wendehals" gescholten wurde.
Da war inzwischen aber auch die Bundesregierung aus dem Tiefschlaf erwacht und lechzte danach, Kompetenz auf dem Gebiet des Corona-Managements zu demonstrieren und die politische Opposition blaß aussehen zu lassen. Hierbei kam ihr der frischgebackene Alarmist Drosten, dessen Arbeit seit 2016 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit zwei Millionen Euro bezuschußt worden war, gerade recht.
Der Virologe bot seither all jenen Politikern in Bund und Ländern Rückendeckung, die auf möglichst strenge Regeln setzten. Gleichzeitig begann nun auch Geld aus anderen Töpfen an Drostens Arbeitgeber zu fließen: Seit Anfang 2020 erhielt die Charité von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung 249.550 US-Dollar. Für öffentliches Unbehagen sorgt dabei die Information, daß die Stiftung des Milliardärs-Ehepaares ihre Einnahmen unter anderem aus der Beteiligung an Pharmariesen und Impfstoffherstellern wie GlaxoSmithKline und Novartis generiert.

Streeck paßt in Laschets Linie

Von Fördermitteln zur Unterstützung der Corona-Forschung profitierte indes auch Drostens sehr viel optimistischerer Gegenspieler Streeck. Allerdings kamen die 65.000 Euro für dessen Projekt nicht aus den USA, sondern vom Land Nordrhein-Westfalen. Und das hat ebenfalls ein Geschmäckle, denn der NRW-Ministerpräsident Armin Laschet zählt zu jenen, welche sich nicht als harte "Corona-Sheriffs" à la Söder profilieren wollen, sondern als gütig-verständnisvolle Landesväter, die den Bürgern bald wieder maximale Freiheit "gewähren" möchten.
Deshalb kommt ihm das Ergebnis der Forschungsarbeit von Streeck sehr zupaß. Die jetzt der Öffentlichkeit vorgestellte Studie über das Infektionsgeschehen in der besonders stark betroffenen Gemeinde Gangelt im Kreis Heinsberg besagt, daß es eine ganz erhebliche Dunkelziffer bei der Zahl der Covid-19-Erkrankungen gebe, weswegen die Sterblichkeitsrate auch lange nicht so hoch sein könne, wie bisher angenommen: Selbst in Gangelt liege sie bei gerade einmal 0,37 Prozent.
Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Befürworter von Lockerungen wie Laschet, weswegen sofort der Vorwurf der "Auftragswissenschaft" laut wurde. Darüber hinaus ereiferten sich Beckmesser in Politik und Medien darüber, daß Streeck bei der Präsentation seiner Ergebnisse auf die Dienste der PR-Agentur *Storymachine* zurückgriff. Was man jedoch angesichts der medialen Omnipräsenz des Kassandra-Rufers Drosten, der sofort Kritik an der Heinsberg-Studie übte, durchaus nachvollziehen kann.
Andererseits ist es vielleicht doch richtig, daß Drosten eher hofiert wird als der Virologe, welcher bisher die meisten Corona-Infizierten in Deutschland untersucht hat. Möglicherweise weiß er ja mehr als Streeck und will uns mit seiner Düsternis schon einmal mental auf noch schlimmere Zeiten einstimmen. Schließlich erforscht der Berliner nicht nur das SARS-CoV-2-Virus, sondern auch das sehr viel gefährlichere MERS-CoV-Virus, das derzeit im Nahen Osten umgeht und ein Drittel aller Infizierten tötet. Nicht auszudenken, wenn es hier gleichfalls zu einer Pandemie käme.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die angebliche Corona-Pandemie (x356/2): >>**Liebe Leser**

Noch immer reiben sich viele Menschen die Augen und versuchen zu verstehen, wie ihnen in unserer Gesellschaft gerade geschieht. Aufgrund einer nicht besonders schweren grippeähnlichen Krankheit (laut offiziellem Narrativ), die man neuerdings, seit der Umdeklarierung durch die WHO vor einigen Jahren, auch ohne Vielzahl von Toten als "Pandemie" bezeichnen kann, werden weltweit die Menschen über Wochen und Monate zuhause "eingesperrt", die Geschäfte geschlossen und die Wirtschaft nahezu komplett heruntergefahren.
Wir werden überschwemmt mit Informationen, oft alarmierend und schockierend, oft widersprüchlich und unlogisch. Da spricht man von einer verheerenden, weltweiten Pandemie durch ein gefährliches, gar tödliches Virus und dann sterben zwar Menschen, jedoch nicht flächendeckend und durch alle Altersgruppen hinweg, wie man dies bei einer Pandemie eigentlich erwartet, sondern konzentriert auf einige Gebiete und stets nur diejenigen, die vorher schon schwer krank und darüber hinaus bereits in einem sterbenahen Alter waren. Wie paßt das zusammen?
Von höchsten Stellen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht unterschieden werde, ob die Opfer AN oder nur MIT diesem Virus verstorben seien. Also ein sich im Endstadium befindlicher Krebspatient im Alter von 92 Jahren, der kurz vor seinem Tod noch positiv auf Corona getestet wurde, fällt somit ebenfalls in die Sterbestatistik, die wiederum als Grundlage herangezogen wird, diese zerstörerischen Shutdown-Maßnahmen zu legitimieren. Wie kann das sein? In New York, dem weltweiten Epizentrum der "Corona-Krise", werden die Toten laut New York Times vom 14.04.2020 nicht einmal mehr auf Corona getestet, sondern nur noch durch "Einschätzung" hinzugezählt.
Wenn getestet wird, dann meist mit einem Verfahren, das weder ein amtliches Zulassungsverfahren durchlaufen hat, noch klinisch validiert ist. Laut einem Hersteller ist es auch nicht für diagnostische Anwendungen, sondern einzig für Forschungszwecke einzusetzen. Wie bitte? Dazu kommen Studien, die die Zuverlässigkeit dieses PCR-Tests in hohem Masse bemängeln und selbst Christian Drosten, der Leiter der Virologie in der Berliner Charité, teilt in einem Tweet mit:
"Klar: Gegen Ende des Verlaufs ist die PCR mal positiv und mal negativ. Da spielt der Zufall mit. ..." Auch die vermeintlich dramatische Zunahme der Anzahl Infizierter erscheint in einem etwas anderen Licht, wenn man gleichzeitig die Zunahme an Tests miteinbezieht. Werden nämlich heute aus 1.000 getesteten Personen 100 und in einer Woche aus 100.000 Personen 10.000 positiv und somit als Corona-Infizierte diagnostiziert, hat sich in diesem Zeitraum rein gar nichts verändert - außer der Anzahl getesteter Personen!
Die weltweiten Zahlen stammen übrigens von der Johns Hopkins Universität, die im Rahmen der "Coronakrise" in aller Munde ist, von der jedoch zuvor nur die Wenigsten gehört haben. Interessant wird es in diesem Zusammenhang, wenn man bedenkt, daß diese Universität aus finanzieller Sichtweise einen privaten Charakter hat: Die Bill & Melinda Gates Stiftung spendete der Universität mehr als sage und schreibe 880 Millionen Dollar.
Bill Gates, einst offiziell reichster Mensch der Erde, spricht sich gleichzeitig dafür aus, alle 7 Milliarden Menschen zu impfen. Grundlage dafür sind wiederum die Zahlen der besagten Johns Hopkins Universität. Wer da an einen Zufall glaubt. Wir alle erinnern uns, wie uns diese und weitere Zahlen in täglichen Schlagzeilen und abendlichen Nachrichten in alarmistischer Weise als Schocknachrichten verkauft wurden und wie damit in der Bevölkerung ein kollektiver Angstzustand geschaffen wurde, ohne den solch zerstörerische und drangsalierende Maßnahmen wohl kaum möglich wären.
Man denke dabei nur an die komplette Lahmlegung der Weltwirtschaft (allein in Deutschland sollen laut Deutsche Unternehmerbörse erschreckende 39 % aller deutschen Unternehmen und sogar 50 % der Unternehmen aus besonders betroffenen Branchen, insolvenzbedroht sein!), die Schließung der meisten Geschäfte und Läden, die Ausgangs- und Kontaktsperren, das

Wegsperren der Alten, die Maskenpflicht und viele weitere Maßnahmen, deren wirtschaftliche, gesundheitliche und psychologische Folgen nicht annähernd absehbar sind.
Mit der Ausrufung des Pandemie-Notstands durch die WHO haben die Regierungen zahlloser Länder die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger kurzum aufgehoben und damit, jeglichen demokratischen Grundsätzen spottend, die eigene Macht ins schier Absolute ausgeweitet!
Mit dieser Ausgabe, liebe Leser, möchten wir Ihnen, in gewohnt kompakter Weise und auf nachprüfbaren und öffentlich zugänglichen Quellen basierend, wichtige Informationen und Sachverhalte zur WHO, zu ihren Verflechtungen mit der Pharmaindustrie und ihrer Abhängigkeit von Bill Gates, zu vergangenen "Pandemien", die keine waren, und zur heutigen "Corona-Krise" u.v.m. liefern, jedoch ohne dabei auf mögliche dahinterliegende Absichten und Agenden einzugehen.
Diese, aufgrund der aktuellen und zeitgeschichtlich so bedeutsamen Umstände wohl wichtigste aller bislang erschienenen Ausgaben, soll Sie dabei unterstützen, sowohl Menschen aus Ihrem eigenen Umfeld, wie auch Politiker, Beamte und andere Staatsangestellte auf die obgenannten und unzähligen weiteren behandelten Fragen aufmerksam zu machen. Dafür stellen wir die Digitalausgabe kostenlos zur freien Verfügung und Weiterverbreitung als PDF ins Netz. Sie finden diese auf unserem Telegram-Kanal und auf www.expresszeitung.com.
Falls Sie zusätzliche Exemplare dieser Ausgabe zur persönlichen Weitergabe wünschen, bieten wir Ihnen auch größere Mengen ab 10 Stück zum Selbstkostenpreis in unserem Online-Shop an.
Liebe Leser, wir erleben derweil historische Momente und befinden uns am Anfang einer Zeitenwende, deren Dimension kaum überblickbar, deren Tragweite kaum faßbar und deren Konsequenzen für unser aller Leben kaum vorstellbar sind. Wegen der angeblich menschgemachten Klimakrise sprachen Greta Thunberg, ihre Vordenkerin Salamon (Siehe Ausgabe Nr. 27) und Co vom "brennenden Haus". Mit derselben Metapher ausgedrückt: Nun steht das Haus wirklich in Flammen und es ist Zeit, dies zu erkennen!
Denn wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf! Wir haben die Preishürde für diese Ausgabe auf Null gesetzt, damit das Wissen größtmögliche Verbreitung findet. Um so mehr hoffen wir auf Ihren Beitrag dazu!
Das Coronathema wird uns jedenfalls auch in Zukunft beschäftigen. Entsprechend werden wir uns in den kommenden Ausgaben den damit verbundenen Auswirkungen widmen. (André Barmettler)<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Weltgesundheitsorganisation "WHO" (x356/5): >>**Wie vertrauenswürdig ist die WHO?**
Wenn irgendwo auf der Welt Krankheiten ausbrechen, ist sie gefragt: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die auch bei Corona die Zügel als globaler Befehlskörper in der Hand hält. In Genf, in der Schweiz, hat die WHO ihren Hauptsitz. 194 Staaten sind Mitglied der UN-Sonderorganisation. Über 7.000 Menschen arbeiten weltweit für sie. Am 11. März 2020 erklärte sie Corona offiziell zu einer Pandemie. Kritiker werfen der WHO jedoch vor, oft zu Gunsten der Pharmaindustrie und weniger zum Wohl der Menschheit zu handeln. Die Organisation hänge zu sehr von privaten Spendern ab. Was ist dran an diesen Vorwürfen?
Die ZEIT: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates"
Wußten Sie, daß die Agenda der WHO längst von einem Superreichen vorgegeben wird? Das behaupteten die deutsche Zeitung ZEIT und der Sender ARTE in seiner Dokumentation "Die WHO: Im Griff der Lobbyisten". … Die 194 Mitgliedsländer zahlen Pflichtbeiträge. Die WHO kann frei entscheiden, was sie damit macht. Doch das ist nicht mal ein Viertel des Gesamtbudgets.
Der Großteil besteht aus Spenden von finanzstarken Ländern wie den USA, Großbritannien

oder Japan, aber kommt auch von Stiftungen und anderen Organisationen. Ganz vorne mit dabei: Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung als zweitgrößter Geldgeber der WHO hinter den USA. Die von Gates aufgebaute Impfallianz GAVI (siehe S. 7 f.) ist bei den Geldgebern an vierter Stelle.
Deshalb kommt die deutsche Wochenzeitung ZEIT zu dem Schluß: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates", so der Titel eines Artikels. "Die wichtigste Organisation der Weltgesundheit, die WHO, hat ein Problem: Sie ist pleite und deshalb auf Spenden angewiesen. Verliert sie darüber ihre Unabhängigkeit?" David McCoy, einer der führenden Experten im Bereich Weltgesundheit, wird von der ZEIT als Experte herangezogen. Er sagt, die Agenda der WHO werde immer mehr von privaten Spendern bestimmt, vor allem von Bill Gates. Würde die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung aufhören, jährlich Millionen US-Dollar nach Genf zu schicken, würde die WHO womöglich in sich zusammenfallen. Entsprechend großen Einfluß habe der Milliardär auf das inhaltliche Programm.
Was sagt das über die Glaubwürdigkeit der WHO, wenn einer der reichsten Menschen der Welt sie anscheinend als sein persönliches Werkzeug einsetzen kann? Aus Gates´ Steuererklärung von 2014 gehen übrigens Investitionen in Pharmaunternehmen wie Novartis und Glaxosmithkline klar hervor. Wenn die WHO den UN-Staaten empfiehlt, Medikamente und Impfstoffe einzukaufen (siehe S. 14 ff.), wird demnach auch der schon prall gefüllte Geldbeutel von Bill Gates noch etwas dicker. Sollte man die empfohlenen Maßnahmen dieser laut ZEIT fremdgesteuerten Behörde nicht mit höchster Vorsicht genießen?
"Das Überleben der Menschheit hängt von dieser Organisation ab. Wir sind darauf angewiesen, daß sie optimal funktioniert, aber das ist ganz und gar nicht der Fall."
Corinne Lepage, ehemalige französische Umweltministerin über die WHO.
(Tilman Knechtel)<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über den deutschen CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (x356/11): >>**Gesundheitsminister Jens Spahn; Ein Pharmalobbyist?**
Wer ist eigentlich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU)?
Spahn sei nur "im Nebenjob Abgeordneter", schrieb das Magazin Focus schon am 4. Dezember 2012, als Spahn noch nicht Gesundheitsminister war. Und: "Der 32-jährige Politologe, der vielen in der CDU schon als kommender Gesundheitsminister gilt, verdiente über ein diskretes Firmenkonstrukt heimlich an intensiver Lobbyarbeit für die Gesundheitsindustrie." Siehe da!"
Mit seinen Freunden Markus Jasper und Max Müller gründete Spahn bereits im April 2006 eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Der gehörte die Agentur Politas, die schwerpunktmäßig Klienten aus dem Medizin- und Pharmasektor berät. Jasper, 38, ist ein Vertrauter Spahns aus Jugendtagen bei der Jungen Union. Müller ist ein gut verdrahteter Lobbyist, der für den Pharmagroßhändler Celesio und für die Rhön-Kliniken tätig war." Später wurde Müller Vorstand der Online-Apotheke DocMorris.
Als Politiker entwickelte Spahn also "die neuesten Gesetze und Reformen im Gesundheitsbereich, während sein Kompagnon Müller die Kunden aus der Gesundheitsbranche in Echtzeit hätte informieren und beraten können. ... Daß Volksvertreter Spahn sein Mandat als Gesundheitspolitiker profitabel für Beratungshonorare aus der Gesundheitsindustrie einsetzte, war ihm offenkundig bewußt, denn er verschleierte seine Beteiligung an der Lobbyfirma", schrieb Focus. Nicht doch: "Einen Interessenkonflikt hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben", wird Spahn von dem Magazin zitiert.
Focus widersprach: "Das ist schwer zu glauben. Seit 2005 kümmerte sich Spahn an wichtigen Stellen im Parlament um Gesundheitspolitik." Im Mai 2010 will Spahn seine Politas-Anteile zwar verkauft haben: "Er habe den Eindruck eines möglichen Interessenkonflikts vermeiden

wollen, lautet die Begründung."
Wer nachhakte, schaute jedoch in die Röhre: "Spahn schickte uns damals eine Stellungnahme zu dem Focus-Artikel zu", schrieb der Verein Lobby Control, "aber die Stellungnahme ließ wichtige Fragen offen. Wir haben Spahn eine Reihe von Nachfragen geschickt
- aber bis heute keine Antwort erhalten".
Jens Spahn stellte als Bundestagsabgeordneter schon in sehr jungen Jahren seine Dienste einer Lobbyfirma zur Verfügung, an der er zudem beteiligt war. Er war ein Pharmalobbyist! Wie kommt es, daß ausgerechnet er zum Gesundheitsminister Deutschlands wurde? Sollten nicht eigentlich die besten der besten, die ehrlichsten der ehrlichsten und die am wenigsten in Lobbyismus verstrickten Personen diese Ämter übernehmen?
(Gerhard Wisnewski/Tilman Knechtel)<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/24-26): >>**Wie tödlich ist das "Corona-Virus"?**
Wenn ein gefährliches Virus durch Europa wütet, dann sagt einem schon der gesunde Menschenverstand, daß sich dadurch die Gesamttodeszahlen in Europa extrem erhöhen müssen. Das ist für jeden zu begreifen. Warum sollte man radikale Maßnahmen wie Ausgangssperren durchsetzen, wenn keine klar höhere Sterblichkeit festzustellen ist? Das wäre Irrsinn.
Am 7. Januar 2020 wurde laut offiziellen Verlautbarungen das neue Corona-Virus (SARS-CoV-2) in China entdeckt. Studien bestätigen mittlerweile allerdings, daß das Virus schon Monate vorher zirkulierte. Das österreichische Nachrichten-Portal "die Presse" erklärt:
Forscher der ETH Zürich und ein Forschungsteam der Universität Mailand gehen inzwischen davon aus, daß das Virus bereits im Oktober-November 2019 angefangen hatte, zu zirkulieren, und nicht wie zunächst angenommen erst im Dezember.
Diese Studien gehen davon aus, daß COVID-19 erst im Laufe der Zeit sein hohes Ansteckungspotential entwickelt hatte, doch nichtsdestotrotz hatte das Virus damit eigentlich mehr als genug Zeit, sich ungehindert verbreiten zu können. Man muß bedenken, daß sich eine infizierte Person, die Symptome entwickelt wie etwa Hustenreiz, bereits in einem fortgeschrittenen Krankheitsstadium befindet. Bereits Tage - ja sogar Wochen - bevor sich die Krankheit überhaupt bemerkbar macht, gilt der infizierte Mensch als potentieller Überträger. Der Lockdown kam also in jedem Fall zu spät.
Hätte das Virus bei einer Inkubationszeit (Zeit zwischen Infektion mit einem Krankheitserreger und dem Auftreten der ersten Symptome) von gerade einmal zwei bis zehn Tagen nicht schon früh im Winter 2019/2020 für hohe Todeszahlen auf der ganzen Welt sorgen müssen?
Die Gesamtmortalität in Europa lag allerdings monatelang im Normalbereich oder sogar darunter, obwohl COVID-19 Europa gemäß neuester Erkenntnisse längst erreicht hatte. Eine erhöhte Mortalität hätte frühzeitig im europäischen Monitoring (EuroMOMO) sichtbar werden müssen, doch diese war lange nicht festzustellen.
Erst Ende Februar 2020 wurde ein kurzzeitiger, mittlerweile wohl wieder zurückgehender Anstieg der Gesamttodeszahlen in Europa erkennbar. Inwieweit man diesen Anstieg einem gefährlichen Virus zurechnen kann, steht zur Debatte. Zahlreiche andere Faktoren (siehe S.32 ff.), vor allem die eingeleiteten Maßnahmen, müßten ebenso berücksichtigt werden. Fakt ist: Auch die erhöhten allgemeinen Todeszahlen Ende Februar 2020 überschritten die vom Winter 2016/2017 nicht. Diese Zeit erhöhter Mortalität ging damals von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt vonstatten.
Es ist schwer nachzuvollziehen, wie ähnliche Ziffern heute einen europaweiten Shutdown rechtfertigen. Ob dieses Hoch, auf das ganze Jahr gerechnet, eine Rolle spielen wird, ist noch unklar. Der deutsche Virologe Hendrik Streeck vermutete in einem Interview Mitte März, daß COVID-19 die Gesamtsterblichkeit in Deutschland nicht erhöhen werde, die normalerweise bei rund 2.500 Personen pro Tag liege. Streeck erwähnte den Fall eines 78 Jahre alten Mannes

mit Vorerkrankungen, der an einem Herzversagen starb, nachträglich positiv auf COVID-19 getestet und deshalb in die Statistik der COVID-19-Todesfälle aufgenommen wurde.
"Der europäische 'Mortalitäts-Monitor', an den wöchentlich alle Sterbefälle gemeldet werden, zeigt sogar momentan eine Untersterblichkeit an. Auch der befürchtete Ansturm auf die Krankenhäuser ist ausgeblieben. Es fehlen somit belastbare Daten, die die Schwere der Eingriffe rechtfertigen."
Professor Dr. Stefan Homburg, Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen an der Leibniz-Universität in Hannover, am 02.04.2020, als die Daten noch keine Übersterblichkeit anzeigten, Maßnahmen jedoch bereits durchgesetzt wurden.

Harmloser als eine Grippe?

Eine epidemiologische Studie aus Japan kam zu dem Ergebnis, daß die Mortalität bei COVID-19-Patienten selbst in der chinesischen Stadt Wuhan bei nur 0,04 % bis 0,12 % gelegen habe und somit eher geringer sei als bei der saisonalen Grippe, deren Todesrate bei ca. 0,1 % liegt. Als Grund für die offenbar stark überschätzte Tödlichkeit von COVID-19 vermuten die Forscher, daß in Wuhan ursprünglich nur die schwereren Fälle erfaßt worden seien, die Krankheit bei vielen Personen jedoch symptomlos oder mild verlief.
Eine neue französische Studie mit dem Titel "SARS-CoV-2: Angst versus Daten" schlußfolgerte, daß "das Problem durch SARS-CoV-2 vermutlich überschätzt wird", da sich "die Mortalität von SARS-CoV-2 nicht wesentlich unterscheidet von gewöhnlichen Coronaviren (Erkältungsviren), die in einem Krankenhaus in Frankreich untersucht wurden". Diese "Corona-Viren" kommen jedes Jahr vor und werden bei Erkältungen regelmäßig entdeckt, sind also nichts Besonderes und vor allem nichts besonders Gefährliches.
Laut Stanford-Professor John P. A. Ioannidis gibt es für die derzeit beschlossenen Maßnahmen keine ausreichende medizinische Datengrundlage. Das neue Coronavirus sei womöglich selbst bei älteren Personen nicht gefährlicher als einige der üblichen Corona-Viren. Er zeigte anhand der Daten des Kreuzfahrtschiffes Diamond Princess, daß die alterskorrigierte Letalität (Anteil der Verstorbenen unter den Erkrankten) von COVID-19 bei 0,025 % bis 0,625 % liegt, das heißt im Bereich einer starken Erkältung oder einer Grippe.
Eine erhöhte Sterblichkeit Ende Februar 2020 ist auch in Schweden feststellbar, das auf die extremen "Schutz-Maßnahmen" wie im Rest Europas verzichtete. Würde man davon ausgehen, daß COVID-19 den Hauptfaktor für die Übersterblichkeit darstellt, dann müßte man auch feststellen, daß die europaweite Lockdown-Politik relativ nutzlos war, da die Todeszahlen in den meisten Ländern mit Lockdown genauso anstiegen wie in Schweden.

Rechtsmediziner: "Ohne Vorerkrankung ist in Hamburg an Covid-19 noch keiner gestorben"

Schlagzeile der Hamburger Morgenpost vom 06.04.2020. Aussage des Hamburger Rechtsmediziners Püschel, der mittlerweile schon über 100 positiv auf Corona getestete Verstorbene untersucht hat.
"Dieses Virus beeinflußt in einer völlig überzogenen Weise unser Leben. Das steht in keinem Verhältnis zu der Gefahr, die vom Virus ausgeht. Und der astronomische wirtschaftliche Schaden, der jetzt entsteht, ist der Gefahr, die von dem Virus ausgeht, nicht angemessen. Ich bin überzeugt, daß sich die Corona-Sterblichkeit nicht mal als Peak in der Jahressterblichkeit bemerkbar machen wird."
Prof. Dr. Klaus Püschel, Rechtsmediziner und Chef der Hamburger Rechtsmedizin
Der deutsche Immunologe und Toxikologe Professor Stefan Hockertz erklärte in einem Interview, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als die Influenza (Grippe), sondern nur viel genauer beobachtet werde.
Gefährlicher als das Virus seien die Angst und die Panik, die durch die Medien ausgelöst wurden, sowie die "autoritäre Reaktion " vieler Regierungen. Er betonte zudem, daß viele der

angeblichen "Corona-Toten" in Wirklichkeit an anderen Erkrankungen gestorben und zusätzlich positiv auf Corona-Viren getestet worden seien. Hockertz vermutete, daß bis zu zehnmal mehr Personen als berichtet COVID-19 bereits gehabt, davon indes kaum etwas bemerkt hätten.
Der argentinische Virologe und Biochemiker Pablo Goldschmidt erklärte ebenfalls, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als eine starke Erkältung oder die Grippe. Es sei sogar möglich, daß der COVID-19-Erreger bereits in früheren Jahren zirkulierte, aber nicht entdeckt worden war, da man nicht nach ihm gesucht hatte. Dr. Goldschmidt sprach von einem "globalen Terror", der durch Medien und Politik erzeugt worden sei. Jedes Jahr würden weltweit drei Millionen Neugeborene und 50.000 Erwachsene allein in den USA an einer Lungenentzündung sterben.
Der renommierte italienische Virologe Giulio Tarro argumentierte, daß die Mortalität von COVID-19 auch in Italien bei unter 1 % liege und damit vergleichbar mit der Grippe sei. Die höheren Werte ergäben sich nur, weil nicht zwischen Todesfällen mit und durch COVID-19 (siehe S. 32 ff.) unterschieden werde, und weil die Anzahl der (symptomfreien) Infizierten stark unterschätzt werde.
Virologie-Professor Dr. Carsten Scheller von der Universität Würzburg erklärte in einem Podcast, daß Corona durchaus mit der Influenza vergleichbar sei und bisher sogar zu weniger Todesfällen geführt habe. Er vermutete, daß die in den Medien oft dargestellten Exponentialkurven eher mit der zunehmenden Anzahl an Tests zu tun haben könnten als mit einer ungewöhnlichen Ausbreitung des Virus selbst.
Auch was die Ansteckungsgefahr angeht, ist der Corona-Virus eher harmlos: In einem neuen Faktenblatt schreibt die WHO, daß sich COVID-19 nach bisherigen Erkenntnissen langsamer als die Influenza verbreite (um circa 50 %), und daß die vorsymptomatische Übertragung von COVID-19 wesentlich niedriger liege als bei der Influenza. Großbritannien hat COVID-19 übrigens inzwischen von der Liste der gefährlichen Infektionskrankheiten entfernt, da die Mortalitätsrate "insgesamt niedrig" liege.
"(Unser Artikel) kommt zu dem Schluß, daß das Problem von SARS-CoV-2 wahrscheinlich überschätzt wird, da jedes Jahr 2,6 Millionen Menschen an Atemwegsinfektionen sterben, verglichen mit weniger als 4.000 Todesfällen bei SARS-CoV-2 zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels."
Die französischen Wissenschaftler Yanis Roussel, Audrey Giraud-Gatineau, Marie-Thérèse Jimenoe, Jean-Marc Rolain, Christine Zandotti, Philippe Colson und Didier Raoult in einem Beitrag zur "Corona-Krise"
Forscher der US-Elite-Uni Stanford behaupten: ***Corona ist nicht gefährlicher als eine Grippe!***
Schlagzeile bei Blick-Online am 21.04.2020
"Sie haben eine Infektion, die etwas ernster ist als eine Grippe mit einer tödlichen Pandemie verwechselt. ... Dieser Wahnsinn wird noch sehr wehtun. Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht."
Prof. Dr. Maria Rita Gismondo, Virologin aus Italien und Direktorin eines biomedizinischen Instituts in Mailand, über "Corona" ...<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/74): >>**Hochrenommierter Mikrobiologe hält Corona-Maßnahmen für "kollektiven Selbstmord"**
Sucharit Bhakdi ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie. Er ist emeritierter Professor der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und war von 1991 bis 2012 Leiter des dortigen Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene.
In einem Interview vom 19.03.2020 erklärte Bhakdi - einer der meistzitierten Experten auf

dem Gebiet der medizinischen Mikrobiologie -, daß es "falsch" und "gefährlich irreführend" sei, das neue Corona-Virus für die ihm zugeschriebenen Todesfälle hauptverantwortlich zu machen, da Vorerkrankungen und die Luftverschmutzung in chinesischen und norditalienischen Städten eine wichtigere Rolle spielten. Die zu diesem Zeitpunkt diskutierten oder beschlossenen Maßnahmen bezeichnete er als "grotesk", "sinnlos", "selbstzerstörerisch" und "kollektiven Selbstmord", der die Lebenserwartung der Senioren verkürzen werde und von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden dürfe.
Es folgte am 26. März 2020 ein offener Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem Bhakdi ihr bisher unbeantwortete Fragen stellte. Verkürzt lauten diese:
1. Wurde bei den Hochrechnungen, die sagen, daß fünf Prozent aller infizierten Menschen schwer erkranken und beatmungspflichtig werden und damit das Gesundheitssystem bald angeblich im Übermaß belasten werden, zwischen symptomfreien Infizierten und tatsächlichen, erkrankten Patienten unterschieden?
2. Wurde überhaupt nach anderen Corona-Viren gesucht, die seit langem im Umlauf sind und sich laut einer von Bhakdi angeführten Studie in der Gefährlichkeit nicht von SARS-CoV-2 unterscheiden?
3. Hat es bereits eine stichprobenartige Untersuchung der gesunden Allgemeinbevölkerung gegeben, um die Realausbreitung des Virus zu validieren, oder ist dies zeitnah vorgesehen?
4. Gedenkt Deutschland weiterhin, "Corona-Tote" zu melden, sobald festgestellt wird, daß das Virus beim Tod vorhanden war - unabhängig von anderen Faktoren? Wie soll dann zwischen echten Corona-bedingten Todesfällen und zufälliger Viruspräsenz zum Todeszeitpunkt unterschieden werden?
5. Welche Bemühungen werden unternommen, um der Bevölkerung andere Faktoren der erschreckenden Situation in Italien näherzubringen (u.a. Luftverschmutzung, weniger verfügbare Betten in den Intensivstationen)? So könne man den Menschen verständlich machen, daß Szenarien wie in Italien oder Spanien in Deutschland nicht realistisch seien. Bereits zuvor wurde die universitäre E-Mail-Adresse des emeritierten Professors Bhakdi deaktiviert, nach Protesten aber ebenfalls reaktiviert. Ein Akt der Zensur?
"Drakonische Maßnahmen, die die Grundrechte der Menschen auf so umfassende Weise einschränken, dürfen doch nur verhängt werden, wenn es gesicherte Hinweise dafür gibt, daß ein neues Virus überaus gefährlich ist. ... Gab es je einen solchen wissenschaftlich begründeten Hinweis für COVID-19? Aus meiner Sicht lautet die einfache Antwort: Nein."
Professor Dr. Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, ehemaliger Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz. *(Tilman Knechtel)*<<

Das Widerstandsrecht der Deutschen: Die Hoffnung stirbt zuletzt - Noch ist Deutschland nicht verloren

Keine Freiheit und Selbstbestimmung für die Deutschen

> Der germanische Geist ist der Geist der Freiheit.
> *Georg Wilhelm F. Hegel (1770-1831, deutscher Philosoph)*

Die Deutschen wurden nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 systematisch entmündigt, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Versailler Friedensdiktates drastisch eingeschränkt.
Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).
Obgleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfaßbaren Zustand. Anstatt das sogenannte Volk der "Dichter und Denker" über die historische Wahrheit und Realität zu informieren, wurden die Deutschen systematisch zu einem "Volk der Täter" umerzogen und ihre mehr als tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte fast auf die 12 Jahre des NS-Regimes reduziert.
August H. Hoffmann von Fallersleben (1798-1874, von 1830-42 Prof. für deutsche Sprache und Literatur in Breslau) schrieb im Jahre 1843 "Das Lied der Freiheit" (x891/…):
>>Es lebe, was auf Erden
nach Freiheit strebt und wirbt
von Freiheit singt und saget,
für Freiheit lebt und stirbt.

Die Welt mit ihren Freuden
ist ohne Freiheit nichts
die Freiheit ist die Quelle
der Tugend und des Lichts.

Es kann, was lebt und webet
in Freiheit nur gedeihn.
Das Ebenbild des Schöpfers
kann nur der Freie sein.

Frei will ich sein und singen,
so wie der Vogel lebt,
der auf Palast und Kerker
sein Frühlingslied erhebt.

Die Freiheit ist mein Leben
und bleibt es immerfort,
mein Sehnen, mein Gedanke,
mein Traum, mein Lied und Wort.

Es lebe, was auf Erden
nach Freiheit strebt und wirbt,

von Freiheit singt und saget,
für Freiheit lebt und stirbt.

Fluch sing ich allen Zwingherrn,
Fluch aller Dienstbarkeit!
Die Freiheit ist mein Leben
und bleibt es alle Zeit.<<

Den Deutschen wurde infolge der jahrzehntelangen systematischen Umerziehung jegliche Form von nationaler Identität, Nationalstolz oder Patriotismus ausgetrieben bzw. vorenthalten, deshalb sollten wir uns unbedingt an die mehr als tausendjährige ruhmreiche Geschichte unserer Vorfahren erinnern.

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Mehr Patriotismus wagen!**

Deutschland ist ein großartiges Land. Warum tun wir uns so schwer damit, stolz auf dieses Land zu sein? Kaum ein Volk hat das schlechte Gewissen wegen seiner eigenen Identität so verinnerlicht wie die Deutschen. Die perfektionierte Selbstverleugnung und der ängstliche Eifer, bloß nicht "typisch deutsch" daherzukommen, wirken auf andere genau so: typisch deutsch. Und das macht uns in der Welt nicht beliebter, sondern läßt das Mißtrauen wieder wachsen.

Für einen Italiener oder Briten, einen Franzosen oder Polen ist Stolz auf das eigene Land eine Selbstverständlichkeit. Es ist die Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls, über das man nicht erst diskutieren muß. Sie stehen zu ihrem Land, mit allen historischen Höhen und Tiefen, und sind gerade deswegen gute Europäer, weil sie ihren festen Platz kennen. …

Nationalstolz ist normal und kein Verbrechen

Wir Deutschen haben keinen Grund, unseren Staat und das, was Generationen aufgebaut haben, leichtfertig an alle Welt zu verschenken und zu verschleudern. Fast ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es höchste Zeit, die deutschen Nationalneurosen zu überwinden.

Auch die Deutschen haben eine Geschichte, auf die sie stolz sein können, ohne die finsteren Jahre des Nationalsozialismus und seine Verbrechen dabei auszublenden. Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung, die in der Aufklärung wurzelt, die Reformer und Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, das Hambacher Fest und die Märzrevolution von 1848 hervorgebracht hat, die Republik von 1919, der Widerstand gegen Hitler und gegen die kommunistische "DDR-Diktatur" bis zur friedlichen Revolution und zum Mauerfall 1989 bieten Anknüpfungspunkte genug, um selbstbewußt in die Zukunft zu gehen.

Der "German Genius", dem ein britischer Historiker unlängst ein respektvolles Standardwerk gewidmet hat, wird in der Welt ebenso geschätzt wie deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz, eine der Grundlagen des weltweiten Erfolgs unserer Industrieprodukte und damit unseres Wohlstands.

"Typisch deutsch" ist in weiten Teilen der Welt noch immer ein Ausdruck der Anerkennung.

Wir sollten uns nicht selbst schlechter machen, als andere uns sehen und endlich mehr Patriotismus wagen. …<<

> Was ist des Deutschen Vaterland? Ist's Preußenland ist's Schwabenland? ... Soweit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt: Das soll es sein!
> *Ernst Moritz Arndt (1769-1860, deutscher Prof. für Geschichte und Dichter)*

Unsere Vorfahren verteidigten ihre Heimat mehr als 2.000 Jahre mutig und tapfer gegen alle Angriffe der Römer, Hunnen, Sarazenen/Mauren, Slawen, Wikinger, Magyaren, Polen, Rus-

sen, Dänen, Schweden, Franzosen und Osmanen, deshalb dürfen wir uns nicht feige aus der Verantwortung stehlen, sondern sind verpflichtet, unsere Heimat mit allen Kräften zu verteidigen.
Der deutsche Lehrer und Komponist Hermann Grote (1885-1971) verfaßte um 1926 den Text des "Niedersachsenliedes ..." (x846/...):
>>1. Von der Weser bis zur Elbe,
Von dem Harz bis an das Meer
Stehen Niedersachsens Söhne,
Eine feste Burg und Wehr
Fest wie unsre Eichen
Halten allezeit wir stand,
Wenn Stürme brausen
Übers deutsche Vaterland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekinds Stamm.

2. Wo fiel'n die römischen Schergen?
Wo versank die welsche Brut?
In Niedersachsens Bergen,
An Niedersachsens Wut
Wer warf den römischen Adler
Nieder in den Sand?
Wer hielt Freiheit hoch
Im deutschen Vaterland?
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekinds Stamm.

3. Auf blühend roter Heide
Starben einst vieltausend Mann
Für Niedersachsens Treue
Traf sie des Franken Bann.
Viel tausend Brüder fielen
Von des Henkers Hand.
Viele tausend Brüder
Für ihr Niedersachsenland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekinds Stamm.

4. Aus der Väter Blut und Wunden
Wächst der Söhne Heldenmut.
Niedersachsen soll's bekunden:
Für die Freiheit Gut und Blut.
Fest wie unsre Eichen halten
Allezeit wir stand,
Wenn Stürme brausen
Übers deutsche Vaterland.

Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil, Herzog Wittekinds Stamm.<<
Auch wenn unser Kampf für den Erhalt unserer Heimat und die Wiedergewinnung von Freiheit und Gerechtigkeit scheitern sollte, werden wir wenigstens nicht zu den ungezählten feigen, unehrenhaften Mitläufern gehören, die ihre Heimat widerstandslos aufgeben und an ihre unbarmherzigen Feinde ausliefern.
Michael Öchsner (1816-1893) verfaßte 1860/61 den Text der "Bayernhymne" (x846/...):
>>Gott mit dir du Land der Bayern,
Heimaterde, Vaterland!
Über deinen weiten Gauen
Walte seine Segenshand!
Er behüte deine Fluren,
Schirme deiner Städte Bau
Und erhalte dir die Farben
Deines Himmels, Weiß und Blau!

Gott mit uns, dem Bayernvolke,
Wenn wir, unsrer Väter wert,
Stets in Eintracht und in Frieden
Bauen unsres Glückes Herd;
Daß vom Alpenland zum Maine
Jeder Stamm sich fest vertrau'
Und die Herzen freudig eine
Unser Banner, weiß und blau!

Gott mit dir, dem Bayernvolke,
Daß wir uns'rer Väter wert,
Fest in Eintracht und in Frieden
Bauen uns'res Glückes Herd!
Daß mit Deutschlands Bruderstämmen
Einig uns ein jeder schau
Und den alten Ruhm bewähre
Unser Banner weiß und blau!

Gott mit uns und Gott mit allen,
Die der Menschen heilig Recht
Treu beschützen und bewahren
Von Geschlechte zu Geschlecht.
Frohe Arbeit, frohes Feiern,
Reiche Ernten jedem Gau,
Gott mit dir, du Land der Bayern
Unterm Himmel weiß und blau!<<

Das wahre Vaterland ist das Land, wo man die meisten Menschen trifft, die einem gleichen.
Stendhal, eigentlich Marie-Henri Beyle (1783-1842, französischer Schriftsteller)

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtete in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 - 2005 über die Heimat (x853/...): >>**Geborgenheit im Vaterhaus?**

... Ältere Leser werden sich noch an die Wunschkonzerte von Heinz Goedecke erinnern, die regelmäßig während des Krieges stattfanden und den von Narvik im äußersten Norden bis Afrika stationierten Soldaten mit ihren vertrauten Liedern und Schlagern wenigstens vorübergehend ein illusionäres Gefühl der Heimatverbundenheit gaben.

Draußen in der weiten Ferne und einem ungewissen Schicksal ausgesetzt gewann der Begriff der "Heimat" einen magischen Klang und den Zauber einer unaussprechlichen Sehnsucht, die sich bei der großen Vertreibung und Völkerwanderung nach dem Kriege immer noch steigerte! …

Der Mensch und seine Heimat

Zweifellos ist die Heimatverbundenheit eine Urkonstante des menschlichen Wesens. Ebenso wie er nicht nur ein Einzelwesen, sondern immer auch ein Gemeinschaftswesen ist, bleibt der Mensch auf die Heimat angewiesen, um sich voll entfalten zu können. Beide Momente: "Gemeinschaft" und "Heimat" gehören zu seiner Natur und bedingen sich wechselseitig.

Das ist freilich auch der Grund dafür, warum es so schwer und auch fruchtlos ist, den Begriff der Heimat in eine Lehrbuchdefinition zu pressen oder in abstracto über ihn zu räsonieren.

Soviel dürfte feststehen, daß Heimat die vertraute geistige, menschliche und reale, konkrete Umgebung oder Umwelt meint, in der wir leben und uns bewegen können wie der Fisch im Wasser. Zu ihr gehören in erster Linie Geschichte, Tradition und Erinnerung, ohne die der Mensch im luftleeren Raum aufwachsen würde. Das haben u.a. Schelling, Hegel, Hölderlin und die Romantik - sie allerdings oft in einer unechten Verklärung der Geschichte - mit Recht gegenüber dem Rationalismus und der Aufklärung betont.

Zur Heimat gehören auch die gewachsenen Institutionen, Sitten, Gebräuche, Gewohnheitsrechte und das ganze Ensemble der Traditionen, in die der Mensch hineingeboren wird und die ihn unmerklich formen, ihm Halt, Regeln und Maßstäbe geben …<<

Bernhard Thiersch (1793-1855, Gymnasiallehrer) verfaßte im Jahre 1830 den Text des "Preußenliedes" bzw. der "Nationalhymne der Preußen" (x846/...):

>>1. Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?
Die Fahne schwebt mir weiß und schwarz voran;
daß für die Freiheit meine Väter starben,
das deuten, merkt es, meine Farben an.
Nie werd ich bang verzagen,
wie jene will ich's wagen
Sei's trüber Tag, sei's heitrer Sonnenschein,
Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein.

2. Mit Lieb' und Treue nah' ich mich dem Throne,
Von welchem mild zu mir ein Vater spricht;
Und wie der Vater treu mit seinem Sohne,
So steh' ich treu mit ihm und wanke nicht.
Fest sind der Liebe Bande;
Heil meinem Vaterlande!
Des Königs Ruf dring in das Herz mir ein:
Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein!

3. Nicht jeder Tag kann glühn im Sonnenlichte;
Ein Wölkchen und ein Schauer kommt zur Zeit;
Drum lese keiner mir es im Gesichte,
Daß nicht der Wünsche jeder mir gedeiht.
Wohl tauschten nah und ferne
Mit mir gar viele gerne;
Ihr Glück ist Trug und ihre Freiheit Schein:
Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein!

4. Und wenn der böse Sturm mich wild umsauset,
Die Nacht entbrennet in des Blitzes Glut;
Hat's doch schon ärger in der Welt gebrauset,
Und was nicht bebte, war der Preußen Mut.
Mag Fels und Eiche splittern,
Ich werde nicht erzittern;
Es stürm' und krach', es blitze wild darein!
Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein!

5. Wo Lieb' und Treu' sich so den König weihen,
Wo Fürst und Volk sich reichen so die Hand,
Da muß des Volkes wahres Glück gedeihen,
Da blüht und wächst das schöne Vaterland.
So schwören wir auf's neue
Dem König Lieb' und Treue!
Fest sei der Bund! Ja schlaget mutig ein!
Wir sind ja Preußen, laßt uns Preußen sein.

6. Und wir, die wir am Ost- und Nordseestrande,
Als Wacht gestellt, gestählt von Wog' und Wind,
Wir, die seit Düppel durch des Blutes Bande
An Preußens Thron und Volk gekettet sind,
Wir woll'n nicht rückwärts schauen,
Nein, vorwärts mit Vertrauen!
Wir rufen laut in alle Welt hinein:
Auch wir sind Preußen, wollen Preußen sein!

7. Des Preußen Stern soll weithin hell erglänzen,
Des Preußen Adler schweben wolkenan,
Des Preußen Fahne frischer Lorbeer kränzen,
Des Preußen Schwert zum Siege brechen Bahn.
Und hoch auf Preußens Throne
Im Glanz von Friedrichs Krone
Beherrsche uns ein König stark und mild,
Und jedes Preußen Brust sei ihm ein Schild!<<

Recht auf Selbstbestimmung

> Frei will ich leben und also sterben, niemand berauben und niemand beerben.
> *Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.
Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, deshalb sind die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der Alliierten bzw. die bisherige Vormundschaft oder die Gebrechlichkeitspflegschaft umgehend zu beenden.
Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>… Artikel 1
(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.
(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.
(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Abschluß von völkerrechtlich anerkannten Friedensverträgen

> Wer seine Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu erreichen, wird beides verlieren.
> *Benjamin Franklin (1706-1790, nordamerikanischer Politiker)*

Um das unwürdige Sklavendasein im gegenwärtigen Vasallenstaat Bundesrepublik Deutschland endlich zu beenden, benötigt Deutschland unbedingt den Abschluß von völkerrechtlich anerkannten Friedensverträgen für den Ersten Weltkrieg (der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 wurde zweifelsfrei durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungen und war deshalb von Anfang an nichtig bzw. ungültig) und für den Zweiten Weltkrieg (der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 stellt völkerrechtlich keinen Friedensvertrag dar).
Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor nicht geklärt. Die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Überleitungsvertrages von 1954 (wie z.B. Militärbasen, Truppenstationierung, Stationierung von US-Atomwaffen, Stationierungskosten, Medienkontrolle usw.) bestätigen eindeutig, daß Deutschland weiterhin ein besetzter, unsouveräner Staat ist. Diese völkerrechtswidrige Besatzungssituation kann nur durch abschließende Friedensverhandlungen zwischen einer demokratisch gewählten souveränen deutschen Regierung und den damaligen Siegermächten geklärt und beendet werden.
Um die völkerrechtliche Befreiung und Souveränität Deutschlands zu realisieren und wiederherzustellen, sind während der zukünftigen Friedensverhandlungen folgende Schwerpunkte aufzuklären und zu bereinigen:
1. Beendigung aller geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Überleitungsvertrages von

1954 (Stationierung von US-Atomwaffen, Medienkontrolle usw.). Auflösung der ausländischen Militärbasen in Deutschland und Abzug aller ausländischen Truppen.
2. Klärung der noch strittigen völkerrechtlichen Gebietsansprüche der Deutschen und endgültige Grenzziehungen bzw. Grenzregulierungen.
3. Abrechnung der noch strittigen Reparationen (unter Anrechnung aller Reparationen und Besatzungskosten Ost-, Mittel- und Westdeutschlands sowie der verdeckten Wiedergutmachungen und speziellen "Ausgleichszahlungen" der Bundesrepublik Deutschland an die NATO, EU, EURATOM sowie Berücksichtigung von Altlasten der Besatzungstruppen, wie z.B. Sanierung der gesamten Wismut-Region usw.).
4. Rückgabe aller völkerrechtswidrig geraubten deutschen Kulturgüter.
5. Juristische Aufarbeitung der an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen. Da Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Massenverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind die an Deutschen ungesühnten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen endlich durch den Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen juristisch zu prüfen und zu ahnden. Das Völkerrecht gilt für alle Völker, deshalb sind auch die alliierten Siegermächte für ihre Kriegs- und Nachkriegsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen, denn gegenseitiges Verzeihen setzt vor allem Gerechtigkeit und Wahrheit voraus.
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **47. Tag der Heimat - ein Rückblick**
… Erinnern wir uns der Worte des großen Friedenspapstes Pius XII: "Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!"
Der völkerrechtswidrige und menschenverachtende Raub eines Viertels Deutschlands mag Europa vor neuen gewaltsamen Konflikten bewahren. Zu echter Versöhnung oder gar Freundschaft mit den östlichen Nachbarn leistet er keinen Beitrag. ...<<
6. EU-Austritt. Der sofortige EU-Austritt dürfte völkerrechtlich unproblematisch sein, weil der Beitritt zur Ruhrbehörde bzw. Ruhrstatut gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war auch die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften, wie z.B. in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU, von Anfang an nichtig und damit unwirksam.
7. Nato-Austritt. Die Bundesrepublik Deutschland sollte umgehend die Neutralität bzw. Bündnisfreiheit - nach dem Vorbild Finnlands, Österreichs, Schwedens und der Schweiz - anstreben.
8. UN-Austritt, falls die Siegermächte nicht bereit sind, die noch immer aufrechterhaltenen Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und Artikel 107) der UN gegen Deutschland zu löschen.

Pflicht zum Widerstand

> Stärket die müden Hände und macht fest die wankenden Knie! Saget den verzagten Herzen: Seid getrost, fürchtet euch nicht! ... Gott, der da vertilgt, kommt und wird euch helfen.
> *Jesaja 35, 3-4*

Die Menschen unterscheiden sich vor allem durch Geist, Vernunft und Rationalität von allen anderen Lebewesen. Diese Fähigkeiten ermöglichen es den Menschen, Entwicklungen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
Wenn wir unser Land retten wollen, müssen wir endlich aufwachen, uns endlich wehren und endlich Widerstand leisten, um die gefährlichsten Destabilisierungsmaßnahmen des NWO-Imperiums, die durch die deutsche Regierung eingeleitet wurden, sofort zu entschärfen oder rückgängig zu machen, denn wir befinden uns schon viel zu lange in einem komaähnlichen Todesschlaf.

Der im Jahre 1932 geborene österreichische Schriftsteller Konrad Windisch schrieb in seinem Gedicht "Deutschland" (x900/…):
>>… Sie haben Dich furchtbar verstümmelt und gefesselt,
aber das Schlimmste: sie haben Dir in Deinem Elend
noch ein Narrengewand angezogen
und einen Schandblock um den Hals gehängt.
Jetzt mußt Du tanzen nach dem Geklimper von Euro und Dollar.
Du, verspottet und elend, genarrt und verhöhnt,
behängt mit Flitter und geschmückt mit Dornen,
laß Dir sagen: Ich liebe Dich. …

Auch, wo man Dir - Heimat der Stille - tosenden Lärm aufzwingt,
auch, wo man Dich - Heimat der Denker - des Geistes beraubt,
auch, wo man Dich - Heimat des Mutes - feige macht,
dort, wo Du Dich Deiner am meisten schämst, liebe ich Dich.

Siehe, mit Dir wollen wir alles ertragen,
die verlorene Krone suchen und sie Dir voller Ehrfurcht wiedergeben.
Mit Dir sind wir niemals allein,
durch uns sollst Du die Tränen vergessen.
In der Stunde Deines tiefsten Elends,
dürftig verborgen durch Neon und Chrom,
sind jene bei Dir, die Dein Elend am härtesten trifft.
Sie lieben Dich, Deutschland.

Magst Du den anderen erbärmlich und klein,
gering und verdorben erscheinen –
uns bist Du Vater und Mutter zugleich.
Unsere Liebe sei Dir ein Trost.
Wir haben Dir nichts zu verzeihen,
verzeihe Du uns, daß wir zu schwach sind,
Deine Ketten zu sprengen und den Dich umgebenden Tand zu verbrennen.
Schenk uns die Kraft deiner Ewigkeit,
wir geben Dir alles, was uns verblieb.
Denn wir lieben Dich, Deutschland.<<

Trotz der drohenden Katastrophe leisten vermutlich nur wenige Deutsche aktiv Widerstand, denn der deutsche Michel zeichnete sich leider schon immer durch Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.
Viele mittel- und westdeutschen Mitläufer bzw. Gutmenschen, die infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche weiterhin die Realität ausblenden und sich tatkräftig an der Ausgrenzung und Verfolgung der patriotischen Widerstandsbewegung beteiligen, werden schon bald selbst zu den Verfolgten zählen.
Der evangelische Pastor Martin Niemöller (1892-1984, wegen "Kanzelmißbrauchs und staatsfeindlicher Hetze" verurteilt, verbrachte 7 Jahre als "persönlicher Gefangener des Führers" in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau) schrieb z.B. über die bleierne Langsamkeit der deutschen Widerstandsbewegung gegen den NS-Terror (x103/48): >>Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.
Als die Nazis die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozi-

aldemokrat.
Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschaftler.
Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.<<
Die deutschen Studenten Alexander Schmorell **(**1917-1943, hingerichtet) und Hans Scholl (1918-1943, hingerichtet) schrieben 1942 im ersten Flugblatt der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" (x907/…): >>Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique "regieren" zu lassen. Ist es nicht so, daß sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmaß der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unseren Augen gefallen ist und die grauenvollsten und jegliches Maß unendlich überschreitenden Verbrechen ans Tageslicht treten?
Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, daß es, ohne eine Hand zu regen, im leichtsinnigen Vertrauen auf eine fragwürdige Gesetzmäßigkeit der Geschichte das Höchste, das ein Mensch besitzt und das ihn über jede andere Kreatur erhöht, nämlich den freien Willen, preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen - wenn die Deutschen, so jeder Individualität bar, schon so sehr zur besitzlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang.
Goethe spricht von den Deutschen als einem tragischen Volke, gleich dem der Juden und Griechen, aber heute hat es eher den Anschein, als sei es eine seichte, willenlose Herde von Mitläufern, denen das Mark aus dem Innersten gesogen und die nun ihres Kerns beraubt, bereit sind, sich in den Untergang hetzen zu lassen.
Es scheint so - aber es ist nicht so; vielmehr hat man in langsamer, trügerischer, systematischer Vergewaltigung jeden einzelnen in ein geistiges Gefängnis gesteckt, und erst als er darin gefesselt lag, wurde er sich des Verhängnisses bewußt. Wenige nur erkannten das drohende Verderben, und der Lohn für ihr heroisches Mahnen war der Tod. Über das Schicksal dieser Menschen wird noch zu reden sein.
Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt, werden die Boten der rächenden Nemesis (griechische Göttin der Vergeltung) unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen des unersättlichen Dämons geworfen sein. Daher muß jeder einzelne seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewußt in dieser letzten Stunde sich wehren, soviel er kann, arbeiten wider die Geißel der Menschheit, wider den Faschismus und jedes ihm ähnliche System des absoluten Staates. Leistet passiven Widerstand - Widerstand -, wo immer Ihr auch seid, verhindert das Weiterlaufen dieser atheistischen Kriegsmaschine, ehe es zu spät ist … Vergeßt nicht, daß ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es erträgt!<<
Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902 in London geboren, Jurist und Verwaltungsexperte, nahm im Jahre 1939 Verbindung zum militärischen Widerstand um Beck auf) wurde nach dem gescheiterten Bombenattentat auf Hitler vom 20.07.1944 verhaftet.
Der unbeugsame "rote Graf" Schulenburg verteidigte sich später vor dem NS-Volksgerichtshof unerschrocken gegenüber dem tobenden "Blutrichter" Freisler (x084/217): >>... Wir haben diese Tat auf uns genommen, um Deutschland vor einem namenlosen Elend zu bewahren. Ich bin mir klar, daß ich daraufhin gehängt werde, aber ich bereue meine Tat nicht und hoffe, daß sie ein anderer in einem glücklichen Augenblick, durchführen wird! ...<<
Graf von der Schulenburg wurde am 10.08.1944 zum Tod verurteilt und noch am selben Tag im Gefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet.
Schulenburg schrieb in einem Abschiedsbrief an seine Frau (x084/217-218): >>... Was wir getan haben, war unzulänglich, aber am Ende wird die Geschichte richten und uns freispre-

chen. ... Du weißt, daß mich auch die Liebe zum Vaterland trieb.<<
Ungeachtet der Tatsache, daß die arglistigen Destabilisierungsmaßnahmen des eigenen Staates (Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, Energiewende, Euro-Rettung, EZB-Schuldenpolitik, Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung usw.) bereits gigantische Schäden verursachten, ist unser Land noch nicht endgültig verloren, aber es bleibt nicht mehr viel Zeit.

Alle Deutschen haben gemäß Artikel 20 (Absatz 4) des deutschen Grundgesetzes " … das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist"

> Das Volk steht auf, der Sturm bricht los.
> *Theodor Körner (1791-1813, deutscher Dichter)*

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern es existiert eine Art Scheindemokratie, in der die deutschen Parteien und Politiker nicht den Wählerwillen des Volkes verwirklichen, sondern gewöhnlich im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte handeln und die Interessen der Wirtschaftslobbyisten (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) vertreten.
Die katastrophalen Fehlentwicklungen unserer heutigen Gesellschaft (Umerziehung, NS-Schuldkult, politische Korrektheit, Gleichmacherei, EU-Transferzahlungen, ständig neue Entschädigungsleistungen, Globalisierungsideologie, Multikulti, Migrationskrise, Genderismus, Einführung von Gentechnik etc.) wurden nachweislich durch die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und die maßgeblichen NWO-Verantwortlichen eingeleitet und durch die fremdbestimmten deutschen Parteien und Politiker - ohne die Zustimmung des Volkes - realisiert.
Für die angeblich befreiten ehemaligen Bürger der DDR, deren Hoffnungen und Illusionen auf Freiheit und Demokratie sich nach der Wiedervereinigung sehr schnell in Luft auflösten, war die gegen das deutsche Volk gerichtete diktatorische Politik der DDR 2.0 besonders schlimm. Es war deshalb nur verständlich, daß sich zuerst in Mitteldeutschland große Hoffnungslosigkeit und erbitterter Widerstand gegen die systematische Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat entwickelten.
Angesichts der von fremdbestimmten Politikern arglistig eingeleiteten katastrophalen politischen Destabilisierungsmaßnahmen, die alle staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes den gesamten deutschen Staat unaufhaltsam zerstören werden, ist es höchste Zeit, daß das Deutsche Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn "alle Deutschen haben - gemäß Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes - das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand

gegen den von der deutschen Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg und die geplante Stillegung aller Kohlekraftwerke.
Die ideologische Energiewende (Kampf der selbsternannten Öko-Propheten gegen die vermeintlich von den Menschen verursachte Erderwärmung zur Rettung des Weltklimas) führt statt der angekündigten Rettung des Weltklimas lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der Energieversorgungssicherheit.
Zur Senkung der deutschen CO2-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen betrugen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 zusätzliche Investi-

tionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro erforderlich.
Windkraft, Photovoltaik und Biomasse-Stromerzeuger können ohne die bisherigen Grundlastkraftwerke (Kern- und Kohlekraftwerke) keine stabile Energieversorgung garantieren, so daß es infolge der Flatter-Einspeisung durch die "Erneuerbaren" (Energietechnik des Mittelalters) zwangsläufig zum Zusammenbruch der Stromversorgungsnetze kommen wird. Die ideologische Energiewende wird unumkehrbar ins Chaos führen, denn ohne konventionelle Reservekraftwerke sowie ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher kann zukünftig keine sichere Energieversorgung gewährleistet werden. Allein von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind zum Beispiel derzeitig nur 35 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden.
Die staatlich angeordnete "Energiewende" wird zwar niemals das Weltklima retten, aber sie wird gewiß nicht nur die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft, sondern letzten Endes auch den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland vollständig zerstören.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die fortwährende Entmündigung und ideologische Umerziehung ("Frankfurter Schule": Neomarxistische Gehirnwäsche).
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen den masochistischen Schuldkult (NS-Kollektivschuldvorwurf als Herrschafts- und Machtinstrument: Verächtlichmachung des Eigenen, Förderung des kollektiven Minderwertigkeitskomplexes, Aufrechterhaltung eines latenten Schuldbewußtseins).
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die linkslastige Berichterstattung der durch Zwangsbeiträge finanzierten öffentlich-rechtlichen Medien (Durchsetzung der "politischen Korrektheit" mit Hilfe der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender = Meinungsgleichschaltung statt Meinungsfreiheit).
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Staatliche Kompetenzen der Nationalstaaten werden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die EU-Haftungs- und Schuldenpolitik (geplante Vergemeinschaftung der EU-Schulden etc.).
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die systematische Schwächung der Bundeswehr. Infolge der Steigerung von Auslandseinsätzen, Aussetzung der Wehrpflicht, der Reduzierung der Streitkräfte und wegen ungenügender Finanzierung ist die Bundeswehr heute praktisch nicht mehr verteidigungsfähig.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die Tolerierung des Linksextremismus. Verfassungsfeindliche und terroristische Aktionen der Linksradikalen bleiben nicht selten unbehelligt und werden vielerorts sogar durch staatliche Organisationen gefördert und finanziell unterstützt.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die Destabilisierung des demokratischen Nationalstaates und der nationalen Identität durch Massenmigration (illegale Flüchtlingspolitik = Masseneinwanderung bzw. Unterwanderung durch fehlende Grenzsicherungsmaßnahmen).
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die schleichende Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland (Tolerierung einer gemeingefährlichen totalitären Eroberungs- und Unterdrückungsideologie, obwohl in fast allen islamischen Ländern z.B. jede Art von Religionsfreiheit gewaltsam unterdrückt wird und der Islam nachweislich keine friedfertige "Religionsgemeinschaft" ist, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert).

Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die totalitäre Gender-Ideologie (ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielen, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen).
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die Verleugnung des christlichen Erbes sowie Anfeindungen und Zurückdrängung von christlichen Werten und Positionen (Schwächung der christlichen Religionen durch staatliche Tolerierung von radikalen Sekten und atheistischen Organisationen).
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die Abschaffung der traditionellen Familie. Die Zersetzung und Zerstörung der altehrwürdigen bürgerlichen Familie: Berufstätigkeit beider Elternteile ermöglicht die gezielte Manipulation der Kinder durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagsschulen und die eigenmächtige Umsetzung der Gender-Ideologie.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die Absenkung des Bildungsstandards für alle Schüler (Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen).
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die fremdbestimmten Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die nicht die Interessen "des deutschen Volkes" vertreten, sondern denen es in erster Linie um die Sicherung der besetzten Machtpositionen und der Durchsetzung der sogenannten Neuen Weltordnung (Abschaffung des deutschen Nationalstaates, Umvolkung usw.) geht.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die permanenten Rechtsbrüche von fremdbestimmten Mitgliedern der deutschen Bundesregierung. Alle beteiligten Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstießen, blieben bisher völlig unbehelligt und konnten ihre verfassungsfeindliche Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen. In einem demokratischen Rechtsstaat, der das Gemeinwohl der bereits "länger hier lebenden und arbeitenden Deutschen" wirklich schützt, müssen selbstverständlich auch Politiker, die gegen geltendes deutsches Recht verstoßen, juristisch (im Namen des Volkes) zur Rechenschaft gezogen werden.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die nach wie vor eingeschränkte Selbstbestimmung der Bundesrepublik Deutschland. Das neue Verwaltungskonstrukt BRD und DDR = BRD übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die bis zum heutigen Tag fortgeltende völkerrechtswidrige Besatzungssituation. Die Befugnisse und geheimen Vorbehaltsrechte des Überleitungsvertrages von 1954 (Militärbasen, Truppenstationierung, Stationierung von US-Atomwaffen, Stationierungskosten, Medienkontrolle u.a.) der Alliierten bestätigen zweifelsfrei, daß Deutschland weiterhin ein besetztes Land ist.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die EU-Mitgliedschaft. Die Zwangsmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919 und diente hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Die Europäische Union (EU), die ursprünglich eine "Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG) war, setzt sich gegenwärtig in erster Linie für die Bildung eines undemokratischen EU-Einheitsstaates (EUdSSR) und die konsequente Durchsetzung der gesellschaftszerstörenden NWO-Ideologien ein.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die Beibehaltung der sogenannten Feindstaatenklauseln Artikel 53 und 107. Aufgrund dieser UN-Feindstaatenklauseln

können die ehemaligen Siegermächte, falls sich die Deutschen gegen die immer noch gültigen alliierten Nachkriegsregelungen und geheimen Vorbehaltsrechte des Überleitungsvertrages von 1954 auflehnen sollten, gemäß Haager Landkriegsordnung jederzeit den Waffenstillstand beenden und die Feindseligkeiten ohne UN-Mandat wieder aufnehmen.
Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand gegen die NATO-Mitgliedschaft. Angesichts der aggressiven Osteuropapolitik der NATO sollte die Bundesrepublik Deutschland umgehend die Neutralität bzw. Bündnisfreiheit (nach dem Vorbild Finnlands, Österreichs, Schwedens und der Schweiz) anstreben. Falls das US-Imperium den vermutlich bereits geplanten Krieg gegen Rußland beginnt, werden die Russen sicherlich zuerst die US-Atomwaffenstützpunkte in Deutschland angreifen und vernichten.
Die Tageszeitung "Berliner Zeitung" berichtete am 14. April 2014 über ein US-Geheimabkommen mit der UdSSR: >>**Rußland und Deutschland: Es geht nicht um die Krim**
Rolf Hochhuth
… Helmut Schmidt, noch mit 94 der klügste BRD-Politiker, hat durchschaut, was in Wahrheit gespielt wird: Nicht um die Krim geht es momentan, diese Insel ist nur der sichtbarste Ausdruck dessen, was seit Jahrzehnten von der westeuropäischen Vormundschaftsbehörde Pentagon angezielt wird:
"Die Idee, die Ukraine und Georgien in die Nato aufzunehmen, stammt aus den USA. Nach den Reden einiger amerikanischer Zeitungen sind dafür menschenrechtliche Gesichtspunkte ausschlaggebend, ... aber es sind imperiale Motive, die dahinterstehen.
Wir Deutschen haben angesichts unserer Geschichte im 20. Jahrhundert gute Gründe, mit eigener Beteiligung an militärischen Interventionen zurückhaltend zu sein. Bisweilen hört man, wir müßten uns aus Solidarität im Nato-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument paßt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt."
Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, was Europäer sich hier von den Amerikanern aufbürden lassen.
Doch die USA können trotzdem ruhig schlafen: Sie wissen ja, was wir Europäer, mit denen sie seit dem Kalten Krieg Blinde Kuh spielen, erst vor zwei Jahren erfahren haben. Und was sie sogar dem allertreuesten ihrer Partner, Konrad Adenauer, stets verschwiegen haben: Daß Kreml und Weißes Haus seit 1952 ein Geheimabkommen haben, demzufolge, sollte doch der Kalte Krieg in einen heißen ausarten, garantiert in Rußland und Amerika keine Fensterscheibe kaputtgeht, sondern "lediglich" Polen und Germany weggemacht werden: Der ungeheuerlichste Verrat an einem Verbündeten, von dem je erfahren hat, wer noch Geschichte liest. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Karl Bröger (1886-1944) schrieb während der Ruhrbesetzung im Jahre 1923 das Gedicht "Nichts kann uns rauben" (x901/…):
>>Nichts kann uns rauben
Liebe und Glauben
Zu unserm Land.

Es zu erhalten
Und zu gestalten
Sind wir gesandt.

Mögen wir sterben
Unseren Erben
Gilt dann die Pflicht.

Es zu erhalten
Und zu gestalten
Deutschland stirbt nicht.<<

Kampf um die Freiheit und Verteidigung der Heimat

> Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen … dennoch gerne zeitlebens unmündig bleibt.
> *Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)*

August H. Hoffmann von Fallersleben (1798-1874, von 1830-42 Prof. für deutsche Sprache und Literatur in Breslau) schrieb am 26. August 1841 auf der damals britischen Insel Helgoland "Das Lied der Deutschen" bzw. "Das Deutschlandlied" (x230/41-42):
>>Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt,
Wenn es stets zum Schutz und Trutze
Brüderlich zusammenhält.
Von der Maas bis an die Memel,
Von der Etsch bis an den Belt -
Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt.

Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang
Sollen in der Welt behalten
Ihren alten, schönen Klang,
Uns zu edler Tat begeistern
Unser ganzes Leben lang.
Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang.

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland,
Danach laßt uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand.
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand.
Blüh im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland.<<
Hoffmann von Fallersleben wurde im Jahre 1842 wegen des "Deutschlandliedes" von der preußischen Regierung als Professor entlassen und mußte Preußen verlassen. Der liberale Patriot wurde erst 1848 rehabilitiert.
Die in der Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland angestrebte "Einigkeit und Recht und Freiheit / Für das deutsche Vaterland …" (3. Strophe des "Liedes der Deutschen") mahnt die Deutschen, endlich Einigkeit und Recht und Freiheit einzufordern.
Wer den derzeitigen Vasallenstatus Deutschlands beenden und wieder zur Einigkeit, Recht und Freiheit zurückkehren will, sollte sich zunächst unbedingt mit der Geschichte des Deutschen Reiches sowie den arglistigen, verbrecherischen Machenschaften der NWO-Organisationen und ihren zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern beschäftigen.

Infolge der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche (Schuldkult und Verächtlichmachung des Eigenen: NS-Kollektivschuld, Nationalmasochismus und Schuldbewußtsein) ist den meisten Deutschen anscheinend jeglicher Realitätssinn und der gesunde Menschenverstand abhanden gekommen. Fast das gesamte Land ähnelt gegenwärtig einem Irrenhaus, in dem die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln an der Zurechnungsfähigkeit des deutschen Volkes oder kritisieren die antidemokratische Herrschaft der eigenmächtig agierenden deutschen Politiker und Parteien oder kritisieren den alles beherrschenden Meinungs- und Gesinnungsterror der selbsternannten "Gutmenschen".

> Das, was dem Leben Sinn verleiht, gibt auch dem Tod Sinn.
> *Antoine de Saint Exupery, eigentlich Marie Roger Comte (1900-1944, französischer Schriftsteller)*

Es ist eine Schande, für die es keine Rechtfertigung gibt, daß ein ehemals gebildetes Volk von etwa 63,4 Millionen Deutschen nicht in der Lage ist, diese gegen Deutschland gerichtete menschenverachtende NWO-Politik zu erkennen und zu beenden. Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Wenn der Staat diese Aufgaben unentwegt ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihre demokratischen Rechte selbst zu verteidigen und das undemokratische System zu reformieren. Wenn die Deutschen nicht die Kraft aufbringen, wirkungsvoll Widerstand zu leisten, dann werden sie mit absoluter Sicherheit untergehen.

Genug ist Genug! Der derzeitige ideologische Wahnsinn sowie der Meinungs- und Gesinnungsterror dürfen nicht mehr ohne Gegenwehr hingenommen werden. Wir müssen unverzüglich zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! In einer Demokratie muß die Staatsgewalt vom Volk ausgehen und darf niemals von irgendwelchen kriminellen NWO-Organisationen und ihren gehorsamen Erfüllungsgehilfen und ihren willigen Handlangern dominiert werden.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde durch die eigene Regierung bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß. Ohne die Rückkehr zum gesunden Menschenverstand zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat zwangsläufig zur Hölle auf Erden werden.

Wir haben nur noch eine Chance, unsere Heimat vor dem drohenden Untergang zu bewahren, wenn wir gegen die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen und die wahnsinnigen Machenschaften der religiösen Öko-Hysteriker und falschen Klimapropheten unverzüglich Widerstand leisten.

Erinnert euch an die Freiheitskämpfe unserer tapferen Vorfahren und verteidigt endlich eure Heimat. Im Verlauf der mehr als tausendjährigen Geschichte der Deutschen gab es nie einen anderen Weg, um die Freiheit und die Heimat zu erhalten. **Einigkeit, Recht und Freiheit** wird es auch zukünftig nicht kampflos geben!

Wenn wir nicht wie unsere Vorfahren bereit sind, unsere Heimat und unsere Freiheit bis zum letzten Atemzug zu verteidigen, werden wir mit Sicherheit das tragische Schicksal der Ostdeutschen (Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße) erleiden.

Alle mittel- und westdeutschen Patrioten, die noch nicht der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche zum Opfer gefallen sind, müssen sich jetzt trotz drohender Ausgrenzung und Diffamierung mutig gegen die verdeckte Vormundschaft der westlichen Siegermächte und die angestrebten verbrecherischen Ziele der "Neuen Weltordnung" wehren und erbitterten Wider-

stand leisten.
Bei diesem Widerstand geht es nicht nur um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.
Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie man unsere mehr als tausendjährige ruhmreiche deutsche Geschichte konsequent ausblendet und wie man uns im Rahmen einer systematischen Umvolkung allmählich aus unserem Heimatland Deutschland verdrängt bzw. vertreibt, sondern wir müssen endlich aufstehen und mutig mit erhobenem Haupt die Heimat unserer ehrenhaften, tapferen Vorfahren mit allen Kräften verteidigen.
Jeder aufrechte deutsche Patriot, der sich mit seinem Volk sowie seinem Heimatland identifiziert und gemäß Artikel 20 (Absatz 4) des deutschen Grundgesetzes Widerstand leistet, kann seine gesamte Existenz oder sogar sein Leben verlieren, aber dieser Einsatz ist letzten Endes gerechtfertigt, wenn man damit seine Heimat vor dem Untergang bewahren und das Schicksal der ewigen Heimatlosigkeit vermeiden kann.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht, damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug verteidigen, denn wir sind es unseren Vorfahren und unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der deutschen Geschichte, Band 12 (33 PDF-Dateien): **01.05.2019.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten deutschen Geschichte, Band 12 (33 PDF-Dateien): **01.08.2021.**
Einstellungstermin der 2. erweiterten Chronik, Band 12/1 – Band 12/2 – Band 12/3 (3 PDF-Dateien): **01.04.2025**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x001283/79) = Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter

	Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x023	Maser, Werner: Das Regime. Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x027	Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Das III. Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x033	Overesch, Manfred: Das III. Reich 1939-1945. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen

	1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x049	Holmsten, Georg: Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland. Bindlach 1989.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland. Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, Robert H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x066	Trevor-Roper, Hugh: Hitlers letzte Tage. 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrech-

	ten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x084	Graml, Hermann (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x096	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Das Jahrbuch Nr. 1. Aktuell 2000. Das Lexikon der Gegenwart von A-Z. 16. Auflage. Dortmund 1999.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x103	Klemperer, Klemens von: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945. Berlin 1994.
x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Ostdeutsche Gedenktage 1989. Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Bonn 1989.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1948-1949. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.

x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x152	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 10. Bonn 1994.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x163	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1998.
x169	Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden de Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x172	Baker, Nicholson: Menschenrauch. Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x194	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In der frühen Neuzeit. 1. Auflage. Stuttgart 1970.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): Nationalhymnen. Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x264	Gosztony, Peter: Stalins fremde Heere. Das Schicksal der nichtsowjetischen Truppen im Rahmen der Roten Armee 1941-1945. Bonn 1991.
x265	Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung,

	Verbrechen und Terror. München 2004.
x267	Johann, Ernst (Hg): Innenansicht eines Krieges. Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x281	Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x290	Reiners, Ludwig: Bismarck gründet das Reich. München 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x305	Axel Springer Verlag (Hg.): 50 Jahre Deutschland. Das deutsch-deutsche Geschichtsbuch von BILD. Hamburg 1999.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x308	Naimark, Norman N.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x313	Fabian, Frank: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: Verraten – verkauft – verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x318	Losurdo, Domenico: Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x319	Flocken, Jan von: 1000 Jahre Deutsches Reich. Unsere Geschichte, unsere Leistungen, unser Stolz. 2. Auflage. COMPACT-Geschichte Nr. 1. Werder 2018 (Havel).
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder 2018 (Havel).
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder 2018 (Havel).
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): Volksaustausch. Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 18. Werder 2018 (Havel).
x323	Elsässer, Jürgen (Hg.): Schwarzbuch Angela Merkel. Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute. COMPACT Edition Nr. 3. Werder 2016 (Havel).
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x339	Abdel-Samad, Hamed: Integration. Ein Protokoll des Scheiterns. München 2018.
x341	Elsässer, Jürgen (Hg.): Zensur in der BRD. Die schwarze Liste der verbotenen Autoren. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 9. Werder (Havel) 2016.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): Heil Hillary! Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-

	Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): Politische Morde. Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x345	Elsässer, Jürgen (Hg.): Freimaurer. Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 23. Werder (Havel) 2019.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): Tiefer Staat. Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x349	Elsässer, Jürgen (Hg.): Feindbild Familie. Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2013.
x350	Elsässer, Jürgen (Hg.): Krieg gegen Rußland. Wie die NATO nach Osten marschiert. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2014.
x351	Elsässer, Jürgen (Hg.): Klimawandel. Fakten gegen Hysterie. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 15. Werder (Havel) 2017.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x355	Barmettler, André (Hg.): Die hybride Kriegsführung. ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.
x356	Barmettler, André (Hg.): Corona-Hysterie ohne Beweise. ExpressZeitung. Ausgabe 32. Mai 2020. Oberwil/Schweiz.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x800	Bracht, Hans Werner: http://www.deutscherosten.de/BRACHT.htm - 19.04.2011.
x816	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 16. Band: Urals - Z. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.-com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x858	http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/ - Oktober 2015.
x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015.
x862	http://horst-koch.de/energiewende-gebote-oder-irrwege/ - Januar 2016.
x864	http://horst-koch.de/erneuerbare energie gegen kernenergie/ - Januar 2016.
x865	http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/merkels-energiewende-extrem-teuer-aber-direkt-in-die-sackgasse/ - Januar 2016.
x866	http://horst-koch.de/welche energietechnik ist den deutschen erlaubt/ - Januar 2016.
x869	http://www.bandulet.de/Berichte/zahlmeister.html – Juli 2016.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker-/Reden/1985/05/19850508_Rede.html – September 2016.

x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x879	http://www.kas.de/wf/doc/kas_7309/ - September 2016.
x880	http://horst-koch.de/europa-vatikan-u-die-neue-weltordnung/ - Dezember 2016.
x881	http://horst-koch.de/fluechtlingsstroeme / - Dezember 2016.
x882	http://horst-koch.de/wertezersetzung-familie/ - Dezember 2016.
x883	http://horst-koch.de/weltkommunismus-k-koch/ - Dezember 2016.
x884	http://horst-koch.de/europa-schafft-sich-ab/ - Dezember 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x889	http://horst-koch.de/ Die Zerstörung der Person/ - Dezember 2016
x890	https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018
x891	http://gedichte.xbib.de/Fallersleben_gedicht_Das+Lied+der+Freiheit.htm - Januar 2018
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&viev=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info … - Februar 2018
x898	https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-themen/islam/spannungsfelder/religionsfreiheit/ - April 2018
x899	http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/der-islamische-staat/artikel/-detail/scientology-fuer-islamisten-1289/ - April 2018
x900	http://www.liebe-zu-deutschland.de/Deutschland.htm - August 2018
x901	https://www.volksliederarchiv.de/nichts-kann-uns-rauben/ - August 2018
x902	https://www.freiewelt.net/ - Januar 2019
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergründe-der-europäischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x907	https://ssg-oberhausen.de/das-ssg/sophie-scholl-und-die-weisse-rose/190-flugblaetter-der-weissen-rose.html - April 2019
x914	https://horst-koch.de/freiheit-gleichheit-bruederlichkeit/ - April 2019
x917	https://horst-koch.de/griff-des-islam-nach-europa/ - April 2019
x918	https://horst-koch.de/kopftuch-als-uniform/ - April 2019
x932	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-betreibt-aufloesung-deutschlands.html – Juli 2019
x933	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-kapert-deutschland.html – Juli 2019
x934	https://www.afd.de/erika-steinbach-zum-70-geburtstag-des-grundgesetzes/ – Juli 2019
x935	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/11/18/das-verhaengnis-der-politischen-parteien/ – Juli 2019
x936	https://www.magazin2000plus.de/index.php/magazine/extra/extra-11-detail – Juli 2019
x937	http://www.gottliebtuns.com/komitee300.htm – Juli 2019
x938	http://www.gottliebtuns.com/round_table_cfr_3.htm – Juli 2019
x946	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschafts-instrument/ – November 2019
x947	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/06/29/islam-und-gewalt-gehort-der-islamismus-zum-islam/ – November 2019
x948	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/11/04/die-europaeische-union-von-anfang-an-instrument-der-us-geostrategie/#more-5772 – November 2019

x949	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/09/23/die-eu-als-vorstufe-zu-einer-weltregierung/ – November 2019
x950	https://kritisches-netzwerk.de/forum/das-modell-elitendemokratie-ist-historisch-verheerend-gescheitert – November 2019
x951	https://kritisches-netzwerk.de/forum/rainer-mausfeld-gezielte-zersetzung – November 2019
x952	https://kritisches-netzwerk.de/forum/der-parteien-staat-gewaltenteilung-existiert-deutschland-nur-auf-dem-papier – November 2019
x954	https://kritisches-netzwerk.de/forum/die-scheindemokratie-warum-schweigen-die-laemmer – November 2019
x955	https://horst-koch.de/vatikanmigranten/ – November 2019
x958	https://horst-koch.de/minarette/ – November 2019
x960	https://horst-koch.de/ber-niedergang-deutschlandshaisenko/ – November 2019
x963	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/21/buergerkriege-voraussehbar/ – November 2019
x964	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/09/29/die-deutsche-obrigkeitshoerigkeit-und-ihr-ursprung/ – November 2019
x965	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/08/17/gezielte-verharmlosung-des-islam/ – November 2019
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ – November 2019
x971	https://de.wikipedia.org/wiki/The_Tavistock_Institute –April 2020
x974	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/11/24/weltmacht-uno-antidemokratische-rechtssetzung-von-oben/ – November 2019
x977	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreisssaal-der-eu/#more-4262 – September 2020
x1.101	https://horst-koch.de/christus-und-die-welt-des-antichristus/ - April 2022

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.